FRIEDE, FREUDE, DEUTSCHER EINTOPF

Rechte Mythen, NS-Verharmlosung
und antifaschistischer Protest

herausgegeben vom Arbeitskreis
gegen den kärntner Konsens



mandelbaum *kritik & utopie*

Wir haben uns entschlossen, „Friede, Freude, deutscher Eintopf" online und kostenfrei zur Verfügung zu stellen – nicht zuletzt aufgrund der politischen Wichtigkeit des behandelten Themas. Die Papierversion ist nach wie vor verfügbar und wir würden uns über eine Bestellung freuen:
http://www.mandelbaum.at/books/806/7636

FRIEDE, FREUDE, DEUTSCHER EINTOPF

Rechte Mythen, NS-Verharmlosung
und antifaschistischer Protest

herausgegeben vom Arbeitskreis gegen
den kärntner Konsens

mandelbaum *kritik & utopie*

Gedruckt mit Unterstützung durch

Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus
Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH) an der Universität Wien
Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH)
MA 7 – Kulturabteilung der Stadt Wien – Referat Wissenschafts- und Forschungsförderung
Grüne Bildungswerkstatt Kärnten/Zelena Akademija Koroška

Lektorat: Renate Nahar
Satz & Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu
Druck: Primerate, Budapest

Inhalt

Teil 3: Aktuelle Entwicklungen

VALENTIN SIMA

Vorwort

Ich habe den *AK gegen den kärntner Konsens* im Jahr 2005 kennen gelernt, als ich gebeten wurde, ein Zusammentreffen bzw. eine Diskussion mit der Zeitzeugin Ana Zablatnik zu moderieren und zu begleiten. Ana Zablatnik hatte den Widerstand der PartisanInnen unterstützt, wurde deshalb im Jahr 1944 verhaftet und ist einer schweren (vielleicht schwersten) Bestrafung nur durch den Zusammenbruch des Nazismus entkommen. Das Treffen mit der Zeitzeugin fand am Vortag der jährlichen Ulrichsbergfeier statt. Es hatten sich circa 50 Personen versammelt und es kam zu einer lebhaften und teilweise auch kontroversen Diskussion. In den nächsten beiden Jahren konnte ich weitere Gespräche mit ZeitzeugInnen moderieren. Und ich machte immer dieselbe Erfahrung: Die Personen, die sich zum Treffen eingefunden hatten, waren aufmerksame und kritische ZuhörerInnen sowie – die ZeitzeugInnen betreffend – sensible NachfragerInnen. Viele von ihnen waren auch historisch gut informiert und kannten den geschichtspolitischen Diskurs in Österreich. Davon zeugt auch die Webseite der Gruppe.

Es ist daher zu begrüßen, dass der AK nun die Anstrengung unternommen hat, das versammelte Wissen und den Stand der Recherchen auch in einem Buch vorzulegen. Sicher weisen die einzelnen Kapitel Unterschiede auf und man muss nicht allen Schlussfolgerungen bzw. Thesen zustimmen. Doch ist es oft gerade die Zuspitzung, die den Leser und die Leserin zwingt, eine Sache neu zu überdenken. Besonders wichtig erscheint mir der Versuch, den „Ulrichsberg" auch in die gesamtösterreichische Geschichtspolitik einzubetten, und mit der Bezugnahme auf das Gebirgsjägertreffen bei Mittenwald in Bayern und kritische Aktivitäten dazu wird ein noch breiterer Kontext hergestellt. Es werden aber auch Formen von Erinnerungskultur behandelt, die sich in Opposition zum Mainstream befinden.

Kein Zweifel: Es handelt sich um eine engagierte Schrift und es sind ihr viele ebenso engagierte und kritische LeserInnen zu wünschen.

Dr. Valentin Sima ist Assistenzprofessor am Institut für Geschichte der Universität Klagenfurt/Celovec, Schwerpunkt seiner Forschung ist die regionale Zeitgeschichte mit besonderem Fokus auf die Geschichte der Kärntner SlowenInnen. Zuletzt erschienen: „Das Peršman-Massaker in der Erinnerungspolitik und seine justizielle Untersuchung.“ In: Entner, Brigitte u.a. [Hrsg.]: Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus im Alpen-Adria-Raum. Internationale Tagung/Odpor proti fašizmu in nacizmu v alpsko-jadranskem prostoru. Mednarodni posvet. Klagenfurt/Celovec, 24.-25.2.2011. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 2011, S. 117-127

HEIDEMARIE UHL

Vorwort

Der Ulrichsberg nimmt in der Topographie des österreichischen Gedächtnisses eine besondere Position ein. Das kärntner Landesehrenmal ist mehr als ein Anschauungsobjekt für die widersprüchliche Geschichtspolitik der Nachkriegszeit und für die Durchsetzung des Gefallenengedenkens in der lokalen und regionalen Erinnerungskultur, obwohl die Heldendenkmäler für die Wehrmachtssoldaten in diametralem Gegensatz zur offiziellen These von Österreich als erstem Opfer des Nationalsozialismus stehen. All dies lässt sich auch von den örtlichen Kriegerdenkmälern ablesen, die Botschaft des Ulrichsbergs geht aber weit darüber hinaus.

Die Errichtung von Kriegerdenkmälern war zunächst keine Selbstverständlichkeit, nach 1945 stand, ganz im Sinne der Opferthese, die Würdigung jener Menschen im Vordergrund, die ihr Leben im Kampf gegen den Nationalsozialismus geopfert hatten. Die gesellschaftliche Anerkennung des Widerstandes gegen das NS-Regime als Basis des neuen Österreich sollte allerdings nur von kurzer Dauer sein, mit dem Zerbrechen des antifaschistischen Grundkonsenses 1947/48 fanden auch die Denkmalprojekte für die Opfer des NS-Regimes ein rasches Ende.[1] Mit dem Beginn des Kalten Krieges und der Reintegration der ehemaligen NationalsozialistInnen – mehr als 500.000 ÖsterreicherInnen hatten der NSDAP angehört[2] – bestimmte das

1 Vgl. Heidemarie Uhl, Denkmäler als Medien gesellschaftlicher Erinnerung. Die Denkmallandschaft der Zweiten Republik und die Transformationen des österreichischen Gedächtnisses, in: Regina Fritz, Carola Sachse, Edgar Wolfrum [Hrsg.]: Nationen und ihre Selbstbilder. Postdiktatorische Gesellschaften in Europa, Göttingen 2008 (Diktaturen und ihre Überwindung im 20. und 21. Jahrhundert 1), S. 62-89

2 Vgl. Winfried R. Garscha, Entnazifizierung und gerichtliche Ahndung von NS-Verbrechen, in: Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer, Reinhard Sieder [Hrsg.]: NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 852-883

Buhlen um das beträchtliche Wählerpotential der „Ehemaligen" die Geschichtspolitik der beiden Großparteien, die sich nun von der Erinnerung an den Widerstand weitgehend zurückzogen.

Erst in dieser Phase formierte sich das Gedenken an die gefallenen Wehrmachtssoldaten, wobei man sich anfangs durchaus bewusst war, dass die „Heldenehrungen" im Gegensatz zur Opferthese standen, in der die Soldaten als Opfer eines „sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg(s)"[3] galten. „Von nun an", hieß es in einem Zeitungskommentar zum Totengedenken aus dem Jahr 1949, werden die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs „auch im Gedächtnis unseres Volkes einen Ehrenplatz einnehmen", und zwar nicht als Opfer des Krieges – „es ist nicht wahr, daß all die Hunderttausende nur durch ein raffiniertes System in den Tod getrieben" wurden –, sondern als „Helden der Pflichterfüllung und der Tapferkeit."[4]

Kriegerdenkmäler entstehen somit nicht nur zeitlich nach den in der unmittelbaren Nachkriegszeit errichteten Denkmälern für den Widerstand, sondern stehen in Antithese zur Geschichtsauffassung von Österreich als erstem Opfer der nationalsozialistischen Angriffspolitik.

Getragen wurde das Gefallenengedenken von den Kameradschaftsverbänden, die bereits Anfang der 1950er Jahre zehntausende Mitglieder zählten. Zu den wichtigsten Aktivitäten der Ortsverbände zählte die Errichtung eines Kriegerdenkmals bzw. die Erweiterung des bestehenden Denkmals für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs. Die Unterzeichnung des *Staatsvertrages* und der Abzug der Besatzungsmächte im Jahr 1955 bedeuteten nur insofern eine Zäsur, als die Kameradschaftsverbände nun verstärkt durch öffentliche Aufmärsche in den urbanen Zentren ihr politisches Gewicht demonstrieren konnten. Die Selbstdarstellung Österreichs im Sinne der Opferthese war seit 1945 ein zentrales Anliegen im Hinblick auf die Verhandlungen um den *Staatsvertrag* gewesen, darauf brauchte nun nicht mehr Rücksicht genommen zu werden.

3 Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs, 27. April 1945, in: Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, 1 Stück, 1. Mai 1945

4 Helden und Opfer. Totengedenken im vierten Jahr nach Kriegsende, in: *Murtaler Zeitung*, 29. Oktober 1949, S. 3

Als Ausdruck der Tendenzen zu einer Revision der Opferthese[5] ist auch die neue Kategorie die Landesehrenmäler zu sehen, die nach 1955 als Prestigeprojekte der Kameradschaftsverbände in Kooperation mit offiziellen Stellen in den Bundesländern realisiert wurden: am kärntner Ulrichsberg und auf der steirischen Riegersburg (1959), am Geschriebenstein im Burgenland (1961) und in der Wallfahrtskirche Maria Taferl in Niederösterreich (1963). Sie sind vor allem auch als Symbole für die Machtposition des Kameradschaftsbundes und anderer Soldatenvereinigungen zu sehen, als Zeichen dafür, dass diese Organisationen das Geschichtsbild nicht nur auf lokaler, sondern auch auf Ebene des gesamten Bundeslandes definierten.[6] Die kaum präsenten Verbände der Widerstandskämpfer und Opfer des Nationalsozialismus, die wenigen Denkmäler für die Gegner des NS-Regimes wurden damit auch auf offizieller Landesebene marginalisiert und aus dem Gedächtnis der Wir-Gemeinschaft ausgeschlossen.

Der Ulrichsberg entsteht zwar im Kontext des skizzierten österreichischen Nachkriegsgedächtnisses, seine geschichtspolitischen Intentionen gehen aber weit darüber hinaus. Die örtlichen Kriegerdenkmäler und auch die erwähnten Landesehrenmäler gedachten der Gefallenen als Helden, die in treuer Pflichterfüllung ihr Leben für die „Heimat“ opferten. Wenngleich in der Umdeutung des NS-Angriffskrieges zu einer Verteidigung der „Heimat“ gegen Feinde aus dem „Osten“ die Argumente der NS-Kriegspropaganda anklingen, so vermied die Sprache des Gefallenengedenkens in der Regel explizite Übereinstimmungen mit der NS-Ideologie: Die Inschriften der Kriegerdenkmäler berufen sich auf überzeitliche soldatische Tugenden wie Treue und Pflichterfüllung, verzichtet wurde insbesondere auf nationale Sinnstiftungen, stattdessen erfolgte die Berufung auf die „Heimat“. Generell lässt sich nach 1945 in den „Tätergesellschaf-

5 Vgl. zu den Tendenzen einer „Renazifizierung“ nach 1955: Walter Hacker [Hrsg.]: Warnung an Österreich. Neonazismus: Die Vergangenheit bedroht die Zukunft, Wien/Frankfurt am Main/Zürich 1966

6 Vgl. Heidemarie Uhl, Kriegerdenkmäler, in: Emil Brix, Ernst Bruckmüller, Hannes Stekl [Hrsg.]: Memoria Austriae I. Menschen – Mythen – Zeiten, Wien 2004, S. 545-559; Reinhold Gärtner, Sieglinde Rosenberger: Kriegerdenkmäler. Vergangenheit in der Gegenwart, Innsbruck 1991

ten“ eine Zäsur in der Erinnerungskultur für die Gefallenen erkennen, auf die Reinhart Koselleck hingewiesen hat: Kriegerdenkmäler würdigen die in der Vergangenheit erbrachten Opfer der Soldaten, die bislang traditionelle Verpflichtung für gegenwärtige und zukünftige Generationen, deren Vermächtnis und Nachfolge anzutreten, wurde nun in der Regel nicht mehr geäußert.[7]

Die Widmung des Heimkehrerdenkmals am Ulrichsberg spricht eine andere Sprache: Nicht der Toten wird gedacht, sondern die „Heimgekehrten“ stellen Forderungen an das „Vaterland“, für „heute und für alle Zukunft“, der Verweis auf das „Opfer von Zehntausenden“ dient dafür als Legitimation. Das „Vermächtnis der Heimgekehrten“ ist der wenig verhohlene Machtanspruch derjenigen, die mit „Treue“, „Tapferkeit“ und „Liebe“ für das „Vaterland“ gekämpft haben. Diese Codewörter greifen die „Lingua Tertii Imperii“ auf und sprechen damit offenkundig nach wie vor bestehende Übereinstimmungsfelder mit der NS-Ideologie an. Zumindest wurde diese Intention dem Denkmal zugeschrieben – der Ulrichsberg sollte als einziges Denkmal in Österreich nicht nur zum Anziehungspunkt für „Ehemalige“, sondern auch für „Unbelehrbare“ und „Ewiggestrige“ aus Österreich und ganz Europa werden.

In den folgenden Jahrzehnten wurden die Ulrichsbergfeiern zur jährlichen Re-Inszenierung eines geschichtspolitischen Konsenses, in dem das offizielle Kärnten/Koroška bzw. Österreich – ausgedrückt durch die Beteiligung des Bundesheeres und von hochrangigen Landes- und Bundespolitikern – die Botschaft dieses Vermächtnisses wenn nicht akzeptierte, so doch tolerierte.

Die Landesehrenmäler auf der Riegersburg, am Geschriebenstein und in Maria Taferl haben insgesamt wenig Relevanz entfaltet, durch die geschichtspolitischen Konflikte in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren wurde eine distanzlose Übereinstimmung mit der NS-Kriegspolitik zunehmend untragbar. In Kärnten/Koroška konnte sich der Geist des Jahres 1959 hingegen noch lange halten, die politischen Kontroversen um die Ulrichsbergfeiern erschienen aber

7 Reinhart Koselleck, Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Odo Marquard, Karlheinz Stierle [Hrsg.]: Identität, München 1979, S. 255-276

zunehmend anachronistisch, abgekapselt von den Debatten der österreichischen und europäischen „generation of memory“ über den Umgang mit der NS-Vergangenheit.[8] Während in den Diskussionen um das österreichische Gedächtnis seit der Waldheim-Debatte 1986 die Kritik an der Opferthese im Vordergrund stand, schienen Kärnten/Koroška wie unter einer Glasglocke in den geschichtspolitischen Positionen der 1950er Jahre verfangen, wurde der Widerstand diffamiert und über die Verbrechen des Nationalsozialismus geschwiegen. Umso mehr ist das Engagement jener zu würdigen, die sich für diese unerwünschte Erinnerung engagierten.

Das Zerbrechen der Nachkriegsmythen hat schließlich mit einiger Verspätung auch die Gedenkfeiern am Ulrichsberg erreicht – ob dieses Bundesland nun in der österreichischen, der europäischen Normalität angekommen ist, wird der zukünftige Umgang mit dem Gedenken für die Opfer des Nationalsozialismus und für den Widerstand gegen das NS-Regime in Kärnten/Koroška zeigen.

Mag.[a] phil. Dr.[in] phil. Heidemarie Uhl ist Historikerin der Kommission für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften mit dem Forschungsschwerpunkten Gedächtnisforschung, Umgang mit NS-Vergangenheit, Theorie der Kulturwissenschaften.

8 Jay Winter, The Generation of Memory: Reflections on the Memory Boom in Contemporary Historical Studies, in: Bulletin of the German Historical Institute 27 (2000), S. 69-92; dt.: Die Generation der Erinnerung. Reflexionen über den „Memory-Boom“ in der zeithistorischen Forschung, in: WerkstattGeschichte 30/2001, S. 5-16

VORWORT DES AK GEGEN DEN KÄRNTNER KONSENS

Keine Praxis ohne Analyse

Dieses Buch ist ein Ergebnis von fünf Jahren antifaschistischer Auseinandersetzung mit dem „Gefallenen- und Heimkehrergedenken“ am kärntner Ulrichsberg. Die in diesem Kontext entstandenen Recherchen sollen damit einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden, gleichzeitig wollen wir die Chance für einen Rückblick auf die Proteste nutzen.

Die Vorgeschichte: In Mittenwald/Bayern formierte sich 2003 mit dem *AK Angreifbare Traditionspflege* erstmals Protest gegen das Gebirgsjägertreffen am Hohen Brendten. Seit über 50 Jahren treffen sich dort jährlich zu Pfingsten einige tausend aktive und ehemalige Gebirgsjäger aus Bundeswehr und Wehrmacht. Die Ausblendung nationalsozialistischer Verbrechen bzw. die Leugnung der Beteiligung von Gebirgsjägereinheiten erinnerte 2005 angereiste österreichische Aktivist_innen an das rechts-revisionistische Ulrichsbergtreffen in Kärnten/Koroška. Die Idee eines Protestwochenendes in Österreichs schönstem Bundesland, dem „Hügel- und Seen-Minimundus“, entstand. Da sich die beiden Kameradschaftstreffen nicht nur durch ihre Lage in alpiner Panoramalandschaft ähneln, sondern beide der Heldenverehrung der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges frönen, folgte in den letzten Jahren eine Vernetzung zwischen dem *AK gegen den kärntner Konsens* und dem *AK Angreifbare Traditionspflege*, die auch in dieses Buch Eingang gefunden hat.

Am Beispiel des Ulrichsbergs in Kärnten/Koroška lässt sich die Bedeutung der Heldenverehrung von Wehrmachts- und (Waffen-) SS-Soldaten für deren Kameradschaftsverbände, die Vertreter_innen der rechten kärntner Traditionsverbände, die Landsmannschaften und das Bundesheer nachzeichnen. Hier treffen sich im geeinten Gedenken Alt- und Neonazis mit Burschenschaftern und „Heimat-Vertriebenen“. Das gesamte neu-rechte bis neonazistische Spektrum findet auf der weiten Bergkuppe Platz. Gleichzeitig ist das Ulrichsbergtreffen fest im kärntner Mainstream verankert und wurde von

den kärntner Landesregierungen unter SPÖ- und später FPÖ-Führung gestützt. Auch die Bundespolitik suchte gerade in der Hochphase des Ulrichsbergtreffens in den 1960er bis 1980er Jahren die Nähe zum Veteranen- und Kameradschaftstreffen am Berg. Die *Ulrichsberggemeinschaft* (UBG) – ein für Außenstehende kaum zu durchblickendes Netz von deutschtümelnden „Heimatverbänden", Landsmannschaften, Vereinen und politischen Parteien – gibt schon seit Jahrzehnten unter dem Deckmantel eines „Kameraden- und Totengedenkens" immer wieder geschichtspolitische Impulse, die weit über die rechte und rechtsextreme Szene hinaus wirksam sind.

Der Gipfel des Ulrichsbergs ist dabei nur die Spitze des Eisbergs; ein Großteil des rechts-revisionistischen Alltags in Österreich liegt quasi unterhalb der politischen Wahrnehmungsschwelle. An dieser Stelle muss auch festgehalten werden, dass in Kärnten/Koroška zwar politische Zustände einer eigenen, grauslichen Qualität herrschen, es aus antifaschistischer Perspektive aber nicht darum gehen kann, sich auf deren Kritik zu beschränken und von einem besseren – weil gemäßigteren – Rest-Österreich auszugehen. Der Impuls des restlichen Österreichs, sich an den „kärntner Verhältnissen" abzuputzen, ist demaskierend. Gesellschaftlich unhaltbare Missstände, der alltägliche und institutionalisierte Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus, antislowenische Ressentiments und der Wunsch danach, einen Schlussstrich unter die *Auseinandersetzung* mit dem Nationalsozialismus zu ziehen, enden nicht an den kärntner Landesgrenzen.

Das Ulrichsbergtreffen – ein so idealtypischer wie facettenreicher Ansatzpunkt für antifaschistischen Protest – liefert Stoff genug für beides: für die geschichtspolitische Auseinandersetzung mit österreichischen Zuständen und für den antifaschistischen Protest dagegen. Dieser darf aber inhaltlich nicht im luftleeren Raum hängen bleiben, in dem das Ulrichsbergtreffen in einem Freund-Feind-Schema als reines „Nazi-Treffen" codiert wird. Wir wollen in diesem Buch den Verknüpfungen der extrem rechten und neonazistischen Sinngebungen am Ulrichsberg nachgehen, denn daraus lassen sich einige spannende Fragen über und Erklärungsansätze für die Verfasstheit des rechten Revisionismus in Österreich ableiten. Gerade weil antifaschistische Politik viel mehr ist, als den „Feind im Nazi" zu

erkennen und zu benennen, geht es darum, inhaltliche Bezüge, Muster und Kontinuitäten, aber auch Brüche und Differenzen aufzuzeigen. Die Recherche der Gedenktraditionen am Ulrichsberg leitet zu einer Auseinandersetzung mit den post-nazistischen Herrschaftsverhältnissen in der Zweiten Republik über.

Im ersten Teil der Publikation sollen der politische Hintergrund des Ulrichsbergtreffens und der UBG, die vorherrschenden ideologischen Bezüge und die Absurdität des „Heimkehrer- und Kameradengedenkens" erläutert werden. Um die Kontextualisierung zu erleichtern, finden sich hier auch ausführliche Artikel zur österreichischen und kärntner Geschichte und Geschichtspolitik. Im zweiten Teil werden zwei geschichtspolitische Themenblöcke bearbeitet: Eingangs sollen die verschiedenen Gedenktraditionen in der österreichischen Täter_innen-Opfer-Umkehr und die ihnen spezifischen Inhalte herausgearbeitet werden. Ergänzt wird dieser Themenblock durch einen Beitrag des *AK Angreifbare Traditionspflege* zum deutschen Veteranentreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald/Bayern. Der zweite Themenblock widmet sich Opfern der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik in Kärnten/Koroška, die keinen Eingang in die landläufigen Formen von Erinnerungs- und Gedenkpolitik gefunden haben. In der Zusammenstellung der Texte wird deutlich, wie hegemonial das Täter_innengedenken ist, während die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus kaum sichtbar und schon gar nicht institutionalisiert ist. Der abschließende dritte Teil widmet sich aktuellen Entwicklungen rund um die Bergfeier. Schwerpunkte liegen hier auf der Geschichte der antifaschistischen Proteste und der Veränderung der Haltung des Bundesheeres. Abschließend wagen wir einen Ausblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen.

Die verschiedenen Zugänge antifaschistischer Arbeit, vom Organisieren von Straßenprotesten bis zum Formulieren Parlamentarischer Anfragen, wurden über die Jahre hinweg von vielen verschiedenen Menschen – vornehmlich in Klagenfurt/Celovec, Graz und Wien – getragen. Aus diesem Zusammenhang heraus entstand im Herbst 2009 – als das Ulrichsbergtreffen erstmals nicht in der gewohnten Form stattfand – die Idee, die Rechercheergebnisse in Form eines Buches zu publizieren und die eigene antifaschistische Praxis

zu reflektieren. Nach fast zwei Jahren freut sich die Redaktionsgruppe nun über das fertige Produkt – und wir hoffen, auch alle anderen Aktivist_innen finden sich in der einen oder anderen Stelle wieder.

Für unseren politischen Zugang gilt, dass wir an der Realität des Ulrichsbergtreffens in Kärnten nichts reformieren oder modifizieren wollen. Wir stehen diesem Veteranentreffen nicht diskursiv gegenüber – wir wollen, dass Schluss damit ist! Schluss mit einer relativierenden Geschichtsschreibung in Österreich, die Opfer von „Krieg und Vertreibung" stets auf der eigenen Seite sieht; Schluss mit der Selbstverständlichkeit, dass NS-Verbrecher_innen, -Anhänger_innen, -Profiteur_innen und -Applaudierer_innen Karriere in der Zweiten Republik machen konnten und können, ohne dass sie je ernsthaft nach ihrem persönlichen Background im Nationalsozialismus gefragt wurden oder werden; und Schluss mit einer angeblichen „Friedensfeier", die den militaristischen Kadavergehorsam abfeiert und damit die menschliche Freiheit ad absurdum führt.

Seit 1958 – seit mehr als 50 Jahren – werden all diese Bezüge beim Ulrichsbergtreffen hochgehalten und Personen geehrt, die zum Teil selbst den Nationalsozialismus repräsentierten oder sich ihn, als nachgeborene Neonazis, wieder herbeisehnen.

Der Ulrichsberg ruft? – Halt's Maul!

Teil 1:
Hintergründe und Kontexte

JOHANNES DOBERS UND STEFANIE MAYER

Geschichts- und Gedenkpolitik in Österreich

Ein Spaziergang in Wien kann verwirren…

Wer als Touristin nach Wien kommt, wird früher oder später zum Heldenplatz kommen, dem Platz vor der Wiener Hofburg, seit 1945 Amtssitz des österreichischen Bundespräsidenten. Der Heldenplatz war nicht nur in der Vergangenheit ein geschichtsträchtiger Platz, auch heute wird hier, insbesondere auf symbolischer Ebene, Geschichte geschrieben. Der Weg von den monarchistischen Reiterdenkmälern in der Mitte des Platzes zum Äußeren Burgtor ist nicht weit. Spätestens hier wird die Touristin wohl stutzen müssen. Auf der einen Seite erblickt sie eine Krypta, in der sich das aus Marmor gehauene Denkmal des „Unbekannten Soldaten" befindet, das an die Toten der beiden Weltkriege erinnern soll. Dreht sie sich um, erblickt sie den „Weiheraum für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes", der dem Gedenken an „die Opfer im Kampfe für Österreichs Freiheit" gewidmet ist. Sollte unsere Touristin nur ein kleines bisschen von europäischer Zeitgeschichte verstehen, so wird sie sich vermutlich wundern, wie es angeht, dass hier einerseits jenen gedacht wird, die für die Ziele des Nationalsozialismus in den Krieg zogen, und gleichzeitig jenen, die sich eben gegen dieses Regime und seine Ziele und für die Wiedererrichtung des österreichischen Staates einsetzten. Nun ist diese verwirrende Tatsache jedoch keiner Schlamperei geschuldet, der offenkundige Widerspruch ist vielmehr symbolischer Ausdruck der Geschichtspolitik der Zweiten Republik, die wir im Folgenden etwas genauer betrachten wollen.

Entstehung der Opferthese

In der unmittelbaren Nachkriegszeit entstanden nicht nur in Wien Denkmäler, die dem Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus gedachten. Das bekannteste Werk aus dieser Zeit ist wohl das Russische Befreiungsdenkmal am Schwarzenbergplatz. Das monumentale Denkmal, das die zwölf Meter große Statue eines Rotgardisten auf einem 20 Meter hohen Sockel zeigt, wurde nach nur dreimonatigen Bauarbeiten am 19. August 1945 enthüllt (Menkovic 1999, 117 f.). Anlässlich der Enthüllungsfeierlichkeiten erklärte Bundeskanzler Leopold Figl:

> „Sieben Jahre schmachtete das österreichische Volk unter dem Hitlerbarbarismus. Sieben Jahre wurde das österreichische Volk unterjocht und unterdrückt, kein freies Wort der Meinung, kein Bekenntnis zu einer Idee war möglich, brutaler Terror und Gewalt zwangen die Menschen zu blindem Untertanentum." (Zit. n. Uhl 2000)

Figls Rede steht exemplarisch für die offizielle Sicht Österreichs in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der der Nationalsozialismus als ein von außen kommendes Phänomen dargestellt wurde, in das die Österreicher_innen, die keine Sympathien für ihn hegten, durch seinen brutalen Terrorapparat hineingezwungen worden seien.

Am 27. April 1945 schrieb die provisorische Regierung des Landes diese Erzählung von Österreich als (erstem) Opfer des Nationalsozialismus in der „Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs" fest. Mit expliziter Bezugnahme auf die *Moskauer Deklaration* von 1943 wird Österreich als „das erste freie Land, das der Hitlerischen Aggression zum Opfer gefallen ist", bezeichnet. Der „Anschluss" erscheint hier als „militärische kriegsmäßige Besatzung", die dem „hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden ist", und wird somit in die Nähe der gewaltsamen militärischen Eroberung anderer Staaten gerückt. Die Österreicher_innen trügen für diese Zeit keine Verantwortung, da

> „die nationalsozialistische Reichsregierung Adolf Hitlers kraft dieser völligen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Annexion des Landes das macht- und willenlos gemachte Volk Österreichs in einen sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg geführt hat, den kein Österreicher jemals gewollt hat, jemals

> vorauszusehen oder gutzuheißen instand gesetzt war, zur Bekriegung von Völkern, gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat.“ (Proklamation 1945)

Die Helden dieser Erzählung sind, entsprechend der ebenfalls in der *Moskauer Deklaration* festgeschriebenen Forderung der alliierten Mächte, dass Österreich einen eigenen Beitrag zu seiner Befreiung zu leisten habe, die österreichischen Widerstandskämpfer_innen, die sich der nationalsozialistischen Fremdherrschaft entgegenstellten. Dazu noch einmal Figl in der oben zitierten Rede:

> „In den Fabriken und Büros, an der Front und in der Heimat wurde stille und erfolgreiche, aber auch gefährliche Sabotage am Hitlerstaate geübt. [...] Wir wahren Österreicher [standen] in einer Front mit den Soldaten der alliierten Armeen.“ (Zit. n. Uhl 2000)

Diejenigen, die tatsächlich „gefährliche Sabotage“ übten – und da wären in Österreich jedenfalls als erste die Kärntner Partisan_innen zu nennen – waren es wohl nicht, die Figl hier als „wahre Österreicher“ bezeichnete.

Dieses Bild gegenüber den Alliierten zu belegen und gleichzeitig den Österreich-Patriotismus in der Bevölkerung zu stärken, war Aufgabe des 1946 von der Regierung herausgegebenen *Rot-Weiß-Rot-Buches*. Auf seinem Umschlag prangte das neue österreichische Staatswappen, der Bundesadler mit den nach 1945 hinzugefügten gesprengten Ketten als Zeichen für Österreichs Befreiung vom Nationalsozialismus. Aus der politischen Zielsetzung dieser Publikation machten die (namentlich nicht genannten) Autor_innen keinen Hehl. So heißt es im ersten Satz des Vorwortes:

> „Die vorliegende Schrift bildet den ersten Teil einer Publikation, die dazu bestimmt ist, Schicksal und Haltung Österreichs während der zwölfjährigen Dauer des Dritten Reiches darzustellen und Anspruch auf den Status und die Behandlung als ‚befreiter Staat‘ im Sinne der Moskauer Deklaration zu begründen.“ (Zit. n. Mark 2006, 30)

Im Bezug auf die Rolle der Österreicher_innen im Zweiten Weltkrieg findet sich dieselbe Floskel vom „macht- und willenlos gemachten Volk“ wie in der Unabhängigkeitserklärung. Diese Selbstdarstellung

Österreichs wird dadurch ergänzt, dass jegliche Zustimmung zum Feldzug der Wehrmacht geleugnet wird:

> „Die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zum Hitlerkrieg war von allem Anfang an ablehnend, sofern sie nicht von seinem Ausgang die einzige Möglichkeit einer Befreiung vom Nazijoch erhoffte." (Zit. n. Uhl 2003)

Die Tatsache, dass im Kapitel „Die Opfer" lediglich die „österreichischen Patrioten in den Kerkern und Gefängnissen der Gestapo" ihren Platz finden, verdeutlicht ein weiteres Charakteristikum der Politik der Opferthese: An einem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, abseits der Vereinnahmung des Widerstands unter österreichpatriotischer Prämisse, war die Republik in der unmittelbaren Nachkriegszeit herzlich wenig interessiert.

Die antinationalsozialistische Politik der unmittelbaren Nachkriegszeit und die gleichzeitige Externalisierung des Nationalsozialismus manifestierten sich auch in der Ausstellung „Niemals Vergessen", die 1946 in Wien gezeigt wurde. In dieser Ausstellung, die nach Wolfgang Kos etwas überspitzt als „eine traditionell gearbeitete moderne Propagandaausstellung, durch deren Bildkraft Menschen gegen totalitäre Propaganda immunisiert werden sollten" (Kos 1994, 954), bezeichnet werden kann, erschien der Nationalsozialismus als ein pathologisches Phänomen, das sich durch die Verführung der Bevölkerung durch eine geistig kranke Führerschicht auszeichnet (ebd., 956). Es fehlten sowohl „Hinweise auf die Anschlussbegeisterung von 1938 und auf die nationalsozialistischen Verstrickungen der Österreicher" als auch ein Verweis auf den österreichischen Antisemitismus (ebd., 956 f.).

Ein weiteres Charakteristikum österreichischer Geschichtspolitik, das sich an dieser Ausstellung festmachen lässt, ist die Nicht-Thematisierung des Austrofaschismus. Der ursprüngliche Titel, „Antifaschistische Ausstellung", der der ÖVP ein Dorn im Auge war, weil unter ihm auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Dollfuß-Schuschnigg-Regime hätte stattfinden können, scheiterte an der Versöhnungspolitik zwischen SPÖ und ÖVP. Die Abänderung des Titels und die Nicht-Thematisierung der Zeit von 1934 bis 1938 war unbedingte Voraussetzung für die Finanzierung der Ausstellung durch die Stadt Wien. Wenig verwunderlich ist auch

die österreichpatriotische Distanzierung von Deutschland, die etwa in der Betonung der „historische[n] Gegnerschaft Preußens contra Österreich“ ihren Ausdruck findet.

Auf Basis der zuvor zitierten Quellen lässt sich die Opferthese, die das Selbstbild des offiziellen Österreichs und seine (vor allem außenpolitisch wirksame) Selbstdarstellung bis in die 1980er Jahre maßgeblich bestimmte, also etwas überspitzt wie folgt zusammenfassen:

Beim „Anschluss“ Österreichs an das „Dritte Reich“ im März 1938 handelte es sich um eine militärische Okkupation, die gegen den Willen der Österreicher_innen vollzogen wurde. Diese mussten sich jedoch dem brutalen Terrorapparat des „Dritten Reiches“ beugen und viele von ihnen waren deswegen auch gezwungen, gegen ihren Willen in der Wehrmacht zu dienen, wenn sie nicht heldenhaft mit den Alliierten gegen die Nazis für die Befreiung Österreichs gekämpft haben.

Diese These ist aus mehreren Gründen falsch. Einige der wichtigsten Gegenargumente sollen hier zumindest angeschnitten werden:

Zunächst wird ein Blick auf das Anschlussgeschehen, der sich auf die militärische Okkupation beschränkt, der historischen Realität nicht gerecht. Stattdessen soll der Anschluss hier nach Emmerich Tálos als dreifacher Prozess charakterisiert werden. Der erste Prozess steht für

> „den Druck, der vom nationalsozialistischen Deutschland ausgeübt wurde, der sich seit 1936 stetig verstärkt hatte und in der Androhung der Besetzung und dem Einmarsch deutscher Truppen am 12. März seine deutlichsten Spuren hinterließ.“ (Tálos 2008, 2)

Doch das ist eben nur die halbe Wahrheit, denn die beiden anderen Prozesse waren innerösterreichischer Natur: einerseits die „Infiltrierung des Herrschaftsapparates auf allen Ebenen bis hin zur Vaterländischen Front, sowie die offizielle Übernahme der politischen Macht durch die Nationalsozialisten“ (ebd.) und andererseits das pseudorevolutionäre nationalsozialistische Aufbegehren von unten. Als die deutschen Truppen dann am 12. März „nicht in Gefechtsformation, sondern mit Fahnen und Musik“ (Bukey 2001, 51) österreichischen

Boden betraten, wurde ihnen unter frenetischem Jubel ein Empfang bereitet, der selbst so manchen deutschen Stabsoffizier zum Staunen brachte: Die deutschen Truppen seien empfangen worden,

> „wie wohl seit dem Einzug der Truppen nach der Reichsgründung Bismarcks deutsche Soldaten nicht mehr begrüßt wurden." (Zit. n. Bukey 2001, 51)

Die Truppen zogen nach Graz, wo Adolf Hitler am Abend vor 60.000 bis 80.000 Menschen unter lautem Beifall eine Rede hielt. Eigentlich hatte man es nicht für notwendig erachtet, die Steiermark und Kärnten/Koroška zu besetzen, jetzt schickte man aber doch ein paar Soldaten hin, um „gerade diesen beiden um die deutsche Sache besonders verdienten Ländern bald Freude zu machen" (zit. n. ebd., 53). Am 15. März hielt Hitler schließlich die berühmte Rede auf dem Heldenplatz, wo er vor zehntausenden begeisterten Menschen Österreichs „Eintritt ins Deutsche Reich" verkündete. Mit derselben Begeisterung traten die Österreicher_innen auch den nationalsozialistischen Organisationen (NSDAP, HJ, *Bund deutscher Mädel*/BdM, *NS-Frauenschaften*, *Deutsche Arbeitsfront*/DAF und viele andere) bei. Der Ansturm auf Parteimitgliedschaften war so groß, dass die NSDAP unmittelbar nach dem „Anschluss" eine bis Ende 1939 in Kraft bleibende Aufnahmesperre verhängte und nur noch so genannten „Illegalen" – Personen, die sich bereits vor 1938 für die seit 1933 verbotene Partei eingesetzt hatten – eine Mitgliedschaft ermöglichte. Bis 1943 wurden schließlich beinahe 700.000 Österreicher_innen Parteimitglieder der NSDAP (Jagschitz 2000, 108 f. und FN 67), unzählige mehr waren in den verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen aktiv. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Wien waren bereits Ende 1938 beinahe 30 Prozent der gesamten Stadtbevölkerung in der DAF organisiert (Tálos 2000, 70).

Unmittelbar nach dem „Anschluss" begann auch die brutale Verfolgung derjenigen, die in der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft keinen Platz hatten. Neben den politischen Gegner_innen waren das zu diesem Zeitpunkt vor allem die Juden und Jüdinnen (vgl. dazu den Beitrag *Jüdisches Leben im „Deutschen Kärnten"*, zur Verfolgung der Kärntner Slowen_innen siehe *„Macht mir dieses Land wieder deutsch!"*). Diese wurden in Österreich jedoch

> „nicht Opfer einer von außen kommenden Politik. Jene Ausschreitungen und Raubzüge, die bisher in Deutschland unvorstellbar gewesen waren und nunmehr das ganz besondere Ambiente des nazistischen Wiens ausmachten, setzten nicht erst nach dem Einmarsch der deutschen Truppen, sondern bereits in der Nacht davor ein.“ (Rabinovici 2000, 57)

Der österreichische Antisemitismus verwunderte auch so manche_n Nationalsozialist_in aus dem so genannten „Altreich“. So hielt ein SS-Korrespondent im SS-Organ *Schwarzes Korps* fest,

> „die Wiener hätten über Nacht erreicht, was sie in dem langsam Fortschritte machenden, schwerfälligen Norden bis heute nicht geschafft hätten. In Österreich müsse ein Judenboykott nicht erst organisiert werden – die Leute hätten ihn von sich aus begonnen.“ (Bukey 2001, 193)

Insbesondere im Licht der Härte dieses österreichischen Antisemitismus erscheint der Teil der Unabhängigkeitserklärung als besonders zynisch, in dem betont wird, es wären Völker bekriegt worden, „gegen die kein wahrer Österreicher jemals Gefühle der Feindschaft oder des Hasses gehegt hat“.

Neben diesen drei Punkten (innerösterreichische Machtübernahme, Zustimmung zum Anschluss und Antisemitismus) sei auf die führende Rolle von Österreichern in der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie verwiesen: Da wären beispielsweise Ernst Kaltenbrunner, immerhin ab 1943 „zweiter Mann“ des SS-Apparats nach Himmler; Franz Novak, der die Deportation von 1,7 Millionen Juden und Jüdinnen in die Vernichtungslager organisierte; Anton Brunner und Alois Brunner, die Liquidatoren der österreichischen bzw. slowakischen und griechischen Juden und Jüdinnen; Odilo Globočnik, der die „Aktion Reinhard“ (circa 1,9 bis 2,2 Millionen jüdische Opfer) mit einem Stab, dem 25 Österreicher angehörten, durchführte; Franz Stangl, nach seiner Tätigkeit in der „Euthanasie“-Anstalt Hartheim ab 1942 Kommandant der Vernichtungslager Treblinka und Sobibor; und nicht zuletzt war auch Adolf Eichmann in Österreich aufgewachsen (Botz 1986, 28).

Als letzter Punkt soll hier noch die Rolle von Österreichern in der Wehrmacht, insbesondere deren Verstrickung in Kriegsverbrechen, angesprochen werden.

> „Mehr als eine Million österreichische Soldaten und Offiziere dienten im Zweiten Weltkrieg in der Deutschen Wehrmacht. […] Österreicher trugen den Aggressionskrieg mit und halfen, ihn zu ermöglichen. Nur wenige wagten es, sich den Ansprüchen der deutschen Kriegsmaschinerie zu verweigern. Österreichische Einheiten waren in sensiblen Kriegsgebieten eingesetzt, wo sie zum Teil in militärischen Führungspositionen durchaus ‚effizient' ihre soldatische ‚Pflicht' erfüllten." (Malina 1989, 145)

Beispielhaft kann hier der österreichische General der Infanterie Franz Böhme genannt werden: Zur Bekämpfung des Widerstands, der sich im besetzten Jugoslawien regte, wurde Böhme nach Serbien geschickt. Im Herbst 1941 machte das Gerücht von Verstümmelungen deutscher Wehrmachtssoldaten die Runde. Obwohl Böhme durch einen Obduktionsbericht mitgeteilt wurde, dass die deutschen Soldaten weder misshandelt noch verstümmelt worden waren, ließ er für jeden der 21 getöteten deutschen Soldaten hundert Häftlinge ermorden.

> „Nicht nur der Befehl kam von einem Österreicher, auch an der Durchführung der Erschießungen war eine Reihe von österreichischen Soldaten und Offizieren beteiligt. Nach Aussage des Offiziers, der einen Teil der Erschießungskommandos befehligte, beruhte die Teilnahme daran auf Freiwilligkeit; es hätten sich mehr Freiwillige für die Erschießungen bereitgefunden als notwendig waren. Die Soldaten wussten auch, wer ihre Opfer waren: Laut der Aussage eines österreichischen Soldaten wurde er, nachdem er von einem Urlaub zu seiner Einheit zurückgekommen war, von seinen Vorgesetzten mit der Frage empfangen: ‚Gehst du mit, Juden erschießen?'" (Safrian 1989, 54)

Zurückdrängung der Widerstandserzählung und die Etablierung einer „zweiten Erzählung" über den Nationalsozialismus

Da sich die Erfahrungen vieler Österreicher_innen so stark von jenen unterschieden, die die staatliche Geschichtspolitik vorschrieb, ist es wenig verwunderlich, dass sich neben der Opferthese andere Erzählungen über den Nationalsozialismus durchsetzten. Es sind die Erzählungen der Kriegsteilnehmer, die Erzählungen im Kreis der Familien und Stammtische und nicht zuletzt die Traditionspfle-

ge vieler Vereine, Betriebe und Gemeinden. Die Darstellung dieser Erzählung, die sich ja gerade durch ihre mündliche Tradierung auszeichnet, gestaltet sich schwieriger als die der Opferthese, die in den Gründungsdokumenten der Zweiten Republik festgeschrieben wurde. Dass diese „zweite Erzählung" über Österreich vor allem mündlich tradiert wurde (und wird), heißt jedoch nicht, dass es keine Zeugnisse oder Belege für dieses Narrativ gäbe. Ihren unmittelbaren Ausdruck findet sie beispielsweise in der österreichischen Denkmallandschaft, genauer gesagt in den Gefallenendenkmälern, die sich im ersten Nachkriegsjahrzehnt zur „Norm des Erinnerns" (Heidemarie Uhl) an den Nationalsozialismus entwickelten. Werfen wir einen Blick auf den gesellschaftspolitischen Kontext ihrer Entstehung:

Während die Opferthese, die sich trotz ihrer Falschheit, ihrer Schuldabwehr und ihrer Aussparungen durch die Distanz zu Inhalten und Zielen des Nationalsozialismus auszeichnete, auf außenpolitischer Ebene bis in die 1980er Jahre die Selbstdarstellung Österreich maßgeblich bestimmte, ist auf innenpolitischer Ebene bereits wenige Jahre nach Ende des Krieges ein Kurswechsel zu beobachten.

Wie eingangs ausgeführt, wurden Widerstandsdenkmäler in der unmittelbaren Nachkriegszeit auch außerhalb von Wien unter Beteiligung aller Parteien errichtet. Der sich verschärfende Kalte Krieg und der damit verbundene Antikommunismus erlaubten auch ehemaligen Nationalsozialist_innen das Anknüpfen an gemeinsame Feindbilder. Dazu kam das zunehmend entspannte Verhältnis zu den Westalliierten, das die positive Bezugnahme auf den österreichischen Widerstand zur Legitimation der Zweiten Republik als nicht mehr notwendig erscheinen ließ. Durch diese Faktoren wurde die Widerstandserzählung zu einem

> „politisch etikettierten Geschichtsverständnis, das sich im Wesentlichen auf die Organisation der Widerstandskämpfer, auf Teile der Sozialistischen Partei, vor allem aber auf die KPÖ beschränkte." (Uhl 2001, 24)

Bereits wenige Jahre nach Ende des Krieges waren Denkmäler für die Opfer des Faschismus kaum noch durchsetzbar oder wurden an den Rand gedrängt. Ein Beispiel für diese Marginalisierung ist das 1949 enthüllte Freiheitskämpferdenkmal der Stadt Graz:

> „Bereits im November 1945 erfolgte die Beschlussfassung durch den Stadtrat. Ein österreichweiter Wettbewerb erbrachte vornehmlich Entwürfe von freistehenden, monumentalen Objekten, deren figurative Gestaltung auf die Befreiung Österreichs verwies. 1948 wurde schließlich entschieden von einer Skulptur Abstand zu nehmen und eine schlichte Gedenktafel anzubringen. Auch die Enthüllungsfeier am 1. November 1949 brachte den reduzierten Stellenwert der Gedächtniskultur für die Opfer des NS-Regimes zum Ausdruck: Kaum 50 Personen sollen daran teilgenommen haben, die Hälfte davon geladene Gäste, hochrangige Politiker waren nicht vertreten." (Uhl 1996, 151)

Diese Marginalisierung des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus erfolgte im Kontext einer zunehmenden Reintegrationspolitik gegenüber den ehemaligen Nationalsozialist_innen, insbesondere in Bezug auf die Nationalratswahl von 1949, bei der die rund 700.000 „Minderbelasteten" wieder wahlberechtigt waren und das „würdelose Buhlen um die Stimmen der Ehemaligen" (Rudolf Neck) seinen Höhepunkt erreichte.

Vor diesem innenpolitischen Hintergrund entstanden ab 1949/50 in nahezu jeder österreichischen Ortschaft Gefallenendenkmäler, die der Erzählung der Kriegsteilnehmer Ausdruck verliehen. Diese Bewegung wurde maßgeblich vom *Österreichischen Kameradschaftsbund* (ÖKB) bzw. seinen Vorläuferorganisationen, aber auch von der katholischen Kirche, Gemeinden, dem *Schwarzen Kreuz* und dem Militär getragen. Häufig war die Planung und Errichtung eines Gefallenendenkmals mit der Gründung einer Ortsgruppe des Kameradschaftsbundes verbunden.

Dass die sich hier etablierende Erzählung im deutlichen Kontrast zur staatlich verordneten Geschichtspolitik stand, war den Kameradschaftsverbänden durchaus bewusst:

> „Eine große Wendung hat sich vollzogen. Während 1945 und später der Soldat in jeder erdenklichen Weise diffamiert wurde, soldatische Pflichterfüllung als Verbrechen, Desertion und Mord an den eigenen Kameraden jedoch als Heldentat gewertet wurde, hat sich nunmehr in Österreich eine gesunde Auffassung durchgesetzt." (Zit. n. Uhl 2000)

Diese Denkmäler sind nicht einfach nur symbolische Grab- und Trauerstätten für die Angehörigen gefallener Soldaten, sondern sie nehmen eine wichtige Funktion im geschichtspolitischen Diskurs ein. Sie bedeuten die Rehabilitierung, oft auch Verherrlichung der Soldaten, die auf der Seite der Wehrmacht für das „Dritte Reich“ gekämpft haben. Einziges Thema dieser Denkmäler ist „der Krieg“, während der Nationalsozialismus und seine Verbrechen unsichtbar bleiben.

> „Der Krieg wird [...] als Verhängnis oder Natur-‚Gesetz‘ empfunden, dem der Einzelne dann mehr oder minder hilflos ausgeliefert ist. In lebensgeschichtlichen Erinnerungen wird vom ‚Kriegseinsatz‘ als vaterländischer ‚Pflicht‘ gesprochen. Wohl wird auf die tragische Verstrickung des einzelnen in das Kriegsgeschehen hingewiesen, gleichzeitig aber die absolute Notwendigkeit der militärischen Handlungszwänge hervorgehoben.“ (Malina 1989, 163)

Mit den Kriegerdenkmälern wird den Soldaten gedacht, die ihr Leben in „Pflichterfüllung“ zur „Verteidigung der Heimat“ gelassen haben. Von der tatsächlichen Rolle, die sie im Krieg einnahmen, schweigen die Kriegerdenkmäler. Einen Hinweis auf die Einheiten, in denen sie kämpften, sucht man vergeblich. Von der gesellschaftlichen Einbettung des Krieges, seinen Funktionen und Zielen, den Kriegsverbrechen, dem ganzen staatlichen Terrorapparat sowie der politischen und rassistischen Verfolgung wird geschwiegen. Dem Stehsatz „im Tod sind alle gleich“ entsprechend, scheinen z. B. Deserteure und Opfer der NS-Militärjustiz neben den toten Wehrmachtssoldaten auf, ganz so, als sei über beide gleichsam ein Unglück gekommen, dem sie hilflos ausgeliefert waren. Der Krieg wird hier zur (Natur-)Katastrophe, in der es keine Ursachen und Verantwortlichen gibt. In anderen Fällen werden Widerstand und Desertion überhaupt verurteilt:

> „Wir Frontsoldaten haben mit eigenen Landsleuten, die mit der Waffe in der Hand unsere eigenen Kameraden töteten, erschlugen oder verrieten, nichts, aber schon gar nichts gemein.“ (Zit. n. Uhl 2000)

Die Kriegerdenkmäler sprechen hier also keine einheitliche Sprache, sondern bündeln unterschiedliche Diskurse und Positionierungen.

So sehr sich die zwei – hier idealtypisch bestimmten – Erzählungen auch unterscheiden, in einigen Punkten ähneln sie sich doch: in ihrer Schuldabwehr und im Ausblenden der Täter_innen sowie der (allermeisten) NS-Verbrechen und ihrer Opfer sowie schließlich in ihrem geschlechterpolitischen Subtext, der Frauen und ihre Erfahrungen marginalisiert. Diese zentralen Muster sollen hier noch einmal zusammengefasst werden:

Die staatliche Geschichtspolitik leugnet die Verantwortung von Österreicher_innen, weil sie diese selbst als Opfer sehen will und die Erzählung der Kriegsteilnehmer leugnet sie, weil sie „Pflichterfüllung" zur allgemeinen Tugend erhebt oder den nationalsozialistischen Angriffskrieg zur „Verteidigung der Heimat" oder gar zum „Abwehrkampf gegen den Bolschewismus" umlügt.

Deutlich werden die Gemeinsamkeiten auch im der Aussparung von NS-Verbrechen und ihrer Opfer. Die Geschichte des Nationalsozialismus wird in den Kriegerdenkmälern zu einer Geschichte des Krieges verengt. Terror und Verfolgung werden nicht thematisiert, müsste man sich dann doch auch die Fragen stellen, *wer* terrorisierte und *wer* verfolgte, das heißt, man müsste auch die Rolle der Wehrmacht bei der Schaffung von Voraussetzungen für den nationalsozialistischen Terrorapparat und die Beteiligung verschiedener Einheiten bei NS-Verfolgung und Kriegsverbrechen thematisieren. In jenen Fällen, wo Widerstand gegen den Nationalsozialismus explizit erwähnt wird, wird er in diesem militarisierten Totengedenken in der Regel diffamiert und verurteilt.

Auch das offizielle Österreich hatte an einem Gedenken an die verschiedenen Opfergruppen – von Entschädigung gar nicht erst zu reden – wenig bis kein Interesse. Die Bezugnahme auf den Widerstand wiederum diente der Legitimation der Zweiten Republik – dementsprechend selektiv war die Betrachtungsweise.

Ruth Klüger hat die geschlechterpolitischen Aspekte von Kriegs- und NS-Erinnerungen pointiert zusammengefasst:

> „Die Kriege gehören den Männern, daher auch die Kriegserinnerungen. Und der Faschismus schon gar, ob man nun für oder gegen ihn gewesen ist: reine Männersache." (Klüger 1994,12)

Wenn überhaupt, dann fanden Frauen in die dominanten geschichtspolitischen Erzählungen nur als passive „Opfer" Eingang –

wobei je nach politischer Zielsetzung manchmal tatsächlichen Opfern des Nationalsozialismus, häufiger jedoch den Opfern alliierter Bombardierungen oder den „trauernden Müttern" der Gefallenen gedacht wurde. Widerstandskämpferinnen wurden (entgegen der historischen Realität) meist als bloße „Helferinnen" der (oder gar „ihrer") Männer betrachtet, nicht als eigenständig politisch Handelnde. Täterinnenschaft von Frauen blieb erst recht ausgespart – wenn überhaupt, dann wurde sie in sensationsheischender Weise als Werk einzelner geradezu pathologischer Furien, denen gerade die Attribute „echter Weiblichkeit" fehlen würden, inszeniert. Der alltägliche Beitrag von Frauen zur Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Systems, etwa ihre Rolle als Ariseurinnen und Denunziantinnen, ihre wirtschaftliche Bedeutung als Arbeitskräfte und ihre Rolle für den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen, blieb bis heute wenig reflektiert. Diese Löschung von Frauen aus der Geschichte, die die Opferthese ebenso wie die Erzählungen der Kriegsteilnehmer strukturiert, lässt sich als Ausdruck, gleichzeitig aber auch als Bestätigung der Geschlechterverhältnisse in der Zweiten Republik verstehen. Es ist wohl kein Zufall, dass diese Auslassung außerhalb der feministischen Forschung auch in kritischen Betrachtungen österreichischer Geschichtspolitik kaum Beachtung findet.

Die Erosion der Opferthese im Zuge der Waldheim-Affäre

Die späten 1980er Jahre waren eine bewegte und wichtige Zeit für den Umgang Österreichs mit seiner Vergangenheit: die Frischenschlager-Reder-Affäre im Jahr 1985[1], der deutsche „Historikerstreit" ab 1986, das Gedenkjahr 1988 und vor allem die Kandidatur des ehemaligen UN-Generalsekretärs Kurt Waldheim für das Amt des Bundespräsidenten 1986.

Kurt Waldheim hatte 1971 schon einmal als Spitzenkandidat der ÖVP für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert, anschlie-

1 Der freiheitliche Verteidigungsminister hatte den vorzeitig aus italienischer Haft entlassenen Kriegsverbrecher Walter Reder am Flughafen mit Handschlag begrüßt. Reder wurde 1951 verurteilt, weil er im Herbst 1944 die Zivilbevölkerung des ganzen Landstriches Marzabotto ausrotten ließ, nachdem die Partisan_innen, die er verfolgte, in die Berge geflüchtet waren.

ßend fungierte Waldheim zweimal als UN-Generalsekretär, bis er 1981 nach dem Scheitern seiner dritten Kandidatur nach Österreich zurückkehrte. Im März 1985 entschloss sich die ÖVP schließlich, Waldheim als Kandidaten aufzustellen. Rund einen Monat später nominierte die SPÖ Kurt Steyrer als ihren Gegenkandidaten.

Die „Waldheim-Affäre" begann rund ein Jahr später. Sie entzündete sich an einem Artikel in der Wochenzeitschrift *Profil*, aus dem hervorging, dass Waldheim nicht nur seine Mitgliedschaft bei SA und Nationalsozialistischem Studentenbund verheimlicht, sondern auch Teile seiner Kriegsvergangenheit verschwiegen hatte. In seinen biographischen Berichten hatte er angegeben, nach seiner Verwundung an der Ostfront 1941 nicht mehr „kriegsdienstverwendungsfähig" gewesen zu sein. Tatsächlich aber diente er ab 1942 im Stab des Armeeoberkommandos 12 (ab 1943 Heeresgruppe E) unter dem 1947 als Kriegsverbrecher hingerichteten Alexander Löhr auf dem Balkan. Neben der Durchführung so genannter „Sühnemaßnahmen" im Zuge der brutalen Partisan_innenbekämpfung hatten Löhr und seine Einheiten die Deportation der rund 42.000 Mitglieder zählenden jüdischen Gemeinde Saloniki beaufsichtigt.

Waldheim bestritt zunächst alle an ihn herangetragenen Vorwürfe und bezeichnete die Kritik als „großangelegte Verleumdungskampagne", die schon lange geplant und „zentral gesteuert" sei (Gehler 1996, 8). In diesem Zusammenhang sagte er auch:

> „Ich habe im Krieg nichts anderes getan als hunderttausende Österreicher auch, nämlich meine Pflicht als Soldat erfüllt." (Zit. n. Uhl 2000)

Die Affäre gewann schnell eine Dynamik, in der gut recherchierte Beiträge eher die Ausnahme als die Regel waren. Auf der einen Seite gab es sensationsgierige, nicht nachweisbare Anschuldigungen gegen Waldheim, die bis zur Bezeichnung Waldheims als „SS Butcher" reichten (Gehler 1996, FN 193). Auf der anderen Seite wurde in Österreich die Kritik des *Jüdischen Weltkongresses* (WJC) oft falsch wiedergegeben. Danach machte man sich daran, sich über die falsch wiedergegebenen Vorwürfe zu empören und sie als unhaltbare Verleumdung darzustellen.

> „Die vom Waldheim-Lager erfolgreich durchgeführte Strategie, die Vorwürfe des WJC zu verzerren oder erheblich aufzu-

> blasen, fand in den österreichischen Medien starke Unterstützung." (Wodak u.a. 1990, 31)

Die Kritik von ausländischen Organisationen und Medien erschien in Österreich vorwiegend als Verleumdungs- oder Hetzkampagne gegen Waldheim, in der der WJC eine zentrale Rolle spielte.[2] Den Vogel schoss eine Wahlbroschüre ab, die an die österreichischen Haushalte verschickt wurde. Unter der Schlagzeile „Die Verleumdungskampagne. So wollten sie Kurt Waldheim fertigmachen!" heißt es da:

> „25. März 1986. Der Jewish World Congress beginnt mit seiner ungeheuerlichen Menschenjagd. Der Psychoterror wird fortgesetzt."

Josef Haslinger hat dazu polemisch, aber nicht unzutreffend angemerkt:

> „Hier wird, mit wenigen Worten, alles umgedreht. Opfer, soviel ist inzwischen klar, ist immer Kurt Waldheim und alle, die sich mit ihm identifizieren sollen. Menschenjagd seinerzeit war Pflicht, deren Kritik heute ist Menschenjagd." (Haslinger 2001, 33)

Diese Konstellation erinnert zu stark an die Rede von der jüdischen Weltverschwörung, als dass die Mobilisierung antisemitischer Gefühlslagen in der österreichischen Bevölkerung ausbleiben konnte.[3]

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang auch an die ÖVP-Plakatstrategie: Auf gelbem Hintergrund prangte da unter anderem der Slogan „Wir Österreicher wählen, wen wir wollen". Im Kontext der „Kampagne mit der Kampagne", mit der die Volkspartei ihrem Kandidaten schließlich den Sieg sicherte, ist dieser Slogan nicht einfach als nationalistisch, sondern auch als Artikulation antisemi-

2 Waldheim: „[Die internationale Presse] ist von dem jüdischen Weltkongreß dominiert. Das ist wohl bekannt." (Zit. n. Wodak u.a. 1990, FN 69)

3 Laut einer Umfrage, die das Gallup-Institut (in Zusammenarbeit mit dem Wiener Institut für Publizistik) nach dem Wahlkampf Waldheims 1986 durchführte, waren die antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber 1980 deutlich gestiegen. „16 % meinten überhaupt gleich, dass ‚es für Österreich besser wäre, gäbe es keine Juden im Land' und 36 % stimmten der Aussage zu, ‚die Juden seien teilweise selbst daran schuld, dass sie in ihrer Geschichte so oft verfolgt wurden'." (Ebd., 35)

tischer Ressentiments zu verstehen. Kritik von Juden und Jüdinnen sollte so per se als „äußere Einmischung“ diskreditiert werden.

Im Jahr 1987 wurde schließlich eine Historikerkommission gebildet, die sich der Klärung der Causa Waldheim annehmen sollte. Im Februar 1988 veröffentlichte sie ihre Ergebnisse.

Waldheims Rolle auf dem Balkan wird hier so beschrieben, dass er durch die Weitergabe von Nachrichten, die der Festlegung von Zielen für „Säuberungsaktionen“ dienten, „konsultative Unterstützung von Unterdrückungsmaßnahmen“ geleistet habe. Die Kommission betonte außerdem, dass er nicht gegen die Verbrechen protestiert habe, sondern im Gegenteil wiederholt im Zusammenhang rechtswidriger Vorgänge mitgewirkt und damit den Vollzug erleichtert habe (Wodak u.a. 1990, 14; Gehler 1996, 33).

Auch die Reaktion des ehemaligen Außenministers Karl Gruber (ÖVP) auf den Historikerbericht soll nicht unerwähnt bleiben. Er meinte im ORF-Inlandsreport, angesprochen auf den Befund der Historikerkommission, dass Waldheim in vielen Punkten nicht die Wahrheit gesagt hatte:

> „Das stimmt ja nicht. Das sagt die Kommission. Die Kommission, das waren ja nicht seine Freunde, das dürfen Sie nicht vergessen, das waren ja praktisch alles seine Gegner. Der Deutsche ist ein Sozialist [sic!], die anderen sind von der jüdischen Abstammung her [sic!], die natürlich auch nicht seine Freunde sind.“ (Zit. n. Gehler 1996, 37)

Zu trauriger Berühmtheit brachte es auch der damalige Generalsekretär der ÖVP Michael Graff mit seinem Ausspruch:

> „Solange nicht bewiesen ist, dass er [Waldheim] eigenhändig sechs Juden erwürgt hat, gibt es kein Problem.“ (AZ 17.9.1987)

Im Zusammenhang mit dem paradoxen Umgang Österreichs mit seiner Vergangenheit ist vor allem Waldheims Rechtfertigung von Interesse. Berthold Unfried hat es sehr elegant ausgedrückt:

> „Mit dem berühmten Satz, daß er ‚nur seine Pflicht erfüllt‘ habe ‚wie Hunderttausende Österreicher‘ hat Waldheim eine Erinnerungswahrheit der Kriegsteilnehmer ausgesprochen, die bis dahin aus dem offiziellen staatlichen Diskurs verbannt war. Damit hat er die offizielle Staatsversion von Österreich als Op-

> fer von Nationalsozialismus und Krieg von höchster Stelle aus pulverisiert.“ (Unfried 1997, 307)

Die Waldheim-Affäre bedingte die Transformation der staatlichen Geschichtspolitik, die nun unter dem Stichwort „Mitverantwortungsthese“ gefasst werden kann. Gemeint ist damit eine Deutung des Nationalsozialismus, die zwar betont, dass der Staat Österreich das „erste Opfer“ gewesen sei, die aber die Mitverantwortung von Österreicher_innen am Zustandekommen und Funktionieren des Nationalsozialismus nicht völlig außen vor lässt. Der in der Schusslinie der Kritik stehende Kurt Waldheim erklärte im Gedenkjahr 1988:

> „Es gab auch hunderttausende Österreicher, die den Anschluss begrüßten, Hitler und den Einmarsch bejubelten und viel falsche Hoffnung daran knüpften. Es war eine Massenpsychose, wie sie nur totalitäre Regime zustande bringen. […] Wir dürfen nicht vergessen, dass viele der ärgsten Schergen des Nationalsozialismus Österreicher waren. Es gab Österreicher, die Opfer, und andere, die Täter waren. […] Als Staat aber war Österreich das erste Opfer Hitlers. Daran ist nicht zu rütteln.“ (Zit. n. Mark 2006, 94)

Größere Bekanntheit hat die Erklärung von Franz Vranitzky am 10. Juni 1993 vor der Hebräischen Universität in Jerusalem erlangt:

> „Es ist unbestritten, dass Österreich im März 1938 Opfer einer militärischen Aggression mit furchtbaren Konsequenzen geworden war: Die unmittelbar einsetzende Verfolgung brachte hunderttausende Menschen unseres Landes in Gefängnisse und Konzentrationslager, lieferte sie der Tötungsmaschinerie des Nazi-Regimes aus, zwang sie zu Flucht und Emigration. Hunderttausende fielen an den Fronten oder wurden von den Bomben erschlagen. […] Dennoch hatten auch viele Österreicher den Anschluss begrüßt, haben das nationalsozialistische Regime gestützt, haben es auf vielen Ebenen der Hierarchie mitgetragen. Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reiches beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle.“ (Zit. n. Mark 2006, 97)

48 Jahre nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus sprach damit erstmals ein österreichischer Bundeskanzler die Täter_innenschaft der Österreicher_innen an.

Auch Bundespräsident Thomas Klestil fand bei seinem Amtsantritt 1992 sowie im Jahr 1994 vor der Knesset ähnliche Worte zur Rolle Österreichs in den Jahren 1938 bis 1945.

Aufstieg der FPÖ und ihre geschichtspolitische Positionierung

Die einzige Partei, die diesen Schwenk hin zur „Mitverantwortungsthese" gar nicht mitmachte, war die FPÖ. Die FPÖ hatte aber auch nie die Opferthese vertreten. Vielmehr stand sie, seitdem sie 1956 aus dem *Verband der Unabhängigen* (VdU) hervorgegangen war, für die Erzählung der Kriegsteilnehmer auf politischer Ebene ein und konnte daher besonders von den im Zuge der Waldheim-Affäre mobilisierten Gefühlen profitieren. Im September 1986 setzte sich auf dem Innsbrucker Parteitag Jörg Haider gegen den (vergleichsweise) liberalen Norbert Steger durch. Bei der Nationalratswahl im November desselben Jahres konnte die FPÖ ihre Stimmen verdoppeln (von 4,79 auf 9,73 Prozent und 18 Mandate). Mit Jörg Haider wurde die FPÖ nun von einem Politiker geführt, der nicht nur keinen Hehl aus seinen Sympathien für den Nationalsozialismus machte, sondern auch noch geschickt genug war, diese Inhalte so zu verpacken, dass die, die er ansprach, wussten, was er meinte, er aber gerichtlich in der Regel nicht belangt werden konnte (vgl. dazu Scharsach/Kuch 2000).

Neben seinen zahlreichen Auftritten auf dem Ulrichsberg wird Haiders geschichtspolitische Positionierung insbesondere an seinem Einsatz für Kriegsverbrecher deutlich. So rügte er seinen Parteikollegen Friedhelm Frischenschlager, dass er sich im Nachhinein dafür entschuldigt hatte, Walter Reder am Flughafen mit Handschlag willkommen geheißen zu haben. Wie weit sich die Rede der soldatischen Pflichterfüllung ausdehnen lässt, bewies Haider 1985 im ORF-Abendjournal, in dem er behauptete, Reder habe „nur seine Pflicht getan" und dass „[d]as Schicksal Walter Reders [...] jeden unserer Väter ereilen [hätte] können" (zit. n. Scharsach 1992, 112).

Auch gegen die Entfernung einer Gedenktafel für Alexander Löhr in der österreichischen Landesverteidigungsakademie legte er Protest ein. Die Bezeichnung Löhrs durch Haider als „historisch verdiente Persönlichkeit" wird von den *Kärntner Nachrichten* (Zeitung der kärntner Freiheitlichen) noch übertroffen, für die es sich bei Löhr um „einen untadeligen österreichischen Offizier" handelte (zit. n. ebd., 110 f.).

Bei der Nationalratswahl 1999 wurde die FPÖ mit 26,9 Prozent zweitstärkste Partei. Mit dem Regierungsantritt der schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000 traten die Widersprüche der österreichischen Geschichtsdeutung noch einmal deutlich hervor: Bundespräsident Klestil verpflichtete die Koalitionspartner Wolfgang Schüssel und Jörg Haider dazu, eine Präambel zum Koalitionspakt zu unterzeichnen, in der unter anderem die „kritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit" sowie die Anerkennung der „Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust" festgeschrieben wurde. Nichtsdestotrotz reaktivierte Bundeskanzler Schüssel am 9. November [!] 2000 in einem Interview mit der *Jerusalem Post* die totgeglaubte Opferthese:

> „Der souveräne Staat Österreich war buchstäblich das erste Opfer des Nazi-Regimes. […] Sie nahmen Österreich mit Gewalt. Sie [die Österreicher] waren die allerersten Opfer" (zit. n. Mark 2006, 101).

Da bildeten nun also zwei Parteien die Regierung, die durch die Aussage Schüssels und die Geschichtspolitik Haiders das paradoxe Verhältnis Österreichs zum Nationalsozialismus par excellence verkörperten, und mussten auf Druck Klestils eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich zu einer differenzierten Sicht in der Beurteilung des Nationalsozialismus bekannten, die aber in fundamentalem Gegensatz zu dem stand, was sie selbst von sich gaben. Wie gesagt: Durch offenkundige Widersprüche ließ sich die österreichische Geschichtspolitik noch nie irritieren.

Inszenierungen – Geschichte(n) auf der Bühne der Gegenwart

Ganz konkret zeigt sich der Umgang eines Staates mit seiner Geschichte in der Politik gegenüber seinen (ehemaligen) Bürger_innen – das heißt im Fall Österreichs besonders in seinem Umgang mit Op-

fern und Täter_innen der NS-Verbrechen. Es würde den Rahmen sprengen, hier die Geschichte der Entnazifizierung und der Nachkriegsprozesse gegen NS-Täter_innen zu behandeln oder die unwillige, schleppende und nur allzu oft verhinderte materielle Entschädigung von NS-Opfern bzw. die Rückgabe des gestohlenen Eigentums aufzuarbeiten. Ersteres verlief in etwa parallel zur Entwicklung der „Opferthese", das heißt, nach der kurzen antifaschistischen Phase unmittelbar nach Kriegsende erlahmte der Eifer der österreichischen Behörden rasch und NS-Verbrecher mussten kaum noch befürchten, von der österreichischen Justiz belangt zu werden. Zweiteres hingegen blieb ein zäher und langwieriger Kampf, in dem unter anderem die nur als widerwärtig zu bezeichnende Hierarchisierung von Opfergruppen und die selektive Rezeption des Widerstandes ins Auge springen. Bis hinein ins Sozial- und Pensionsrecht reichte aber auch die Bevorzugung von NS-Täter_innen gegenüber ihren Opfern. Zumindest zwei wesentliche Punkte sind in diesem Zusammenhang hervorzuheben:

Erstens entwickelte sich in Österreich schon ab den 1950er Jahren eine Politik des Abtauschens von Maßnahmen zu Gunsten von NS-Opfern mit solchen zu Gunsten der Täter_innen. Diese Logik des Abgleichens von Interessen und damit der impliziten Gleichsetzung der Gruppen lässt sich bis in das Regierungsprogramm der FPÖ-ÖVP-Regierung im Jahr 2000 verfolgen. Hier heißt es wörtlich:

> „Die Bundesregierung wird um sachgerechte Lösungen in den Fragen aller im Zuge des Zweiten Weltkrieges zur Zwangsarbeit gezwungenen Personen, der österreichischen Kriegsgefangenen sowie der in Folge der Benesch-Dekrete [sic!] und Avnoj Bestimmungen nach Österreich vertriebenen deutschsprachigen Bevölkerung bemüht sein." (FPÖ/ÖVP 2000)

In geradezu atemberaubender Weise wird hier die NS-Zwangsarbeit mit den Sühnemaßnahmen, die zum Teil nach Kriegsende gegen Nationalsozialist_innen verhängt wurden, in einen Topf geworfen und noch um zwei weitere Gruppen angeblicher „Opfer" ergänzt.

Zweitens widersprach die konkrete österreichische Politik gegenüber Täter_innen und Opfern der Lebenslüge „Opferthese" in vielen Fällen vollkommen – überdeutlich wird dies in der Behand-

lung von Deserteuren der Wehrmacht als „Vaterlandsverräter“, wo sie doch gemäß der Opferthese als Helden, die sich dem Zwang des fremden Regimes widersetzten, hätten gefeiert werden müssen (siehe dazu den Artikel *„... in Uniform nach Jugoslawien desertiert... um nicht deutscher Soldat zu werden“*).

Im folgenden Abschnitt wird Geschichtspolitik allerdings enger gefasst und an Hand einiger Beispiele aus dem Bereich der symbolischen Politik, der Festakte und Inszenierungen erläutert. Nicht nur der Inhalt des Gedenkens ist dabei für die kritische Aufarbeitung von Interesse, sondern auch dessen Form, die viel darüber aussagt, welche Gruppen in die jeweilige Inszenierung einbezogen werden sollen, wer angesprochen wird, wer zu Wort kommt und welches Selbstverständnis staatlicherseits bedient wird. In Österreich zeigen sich in der symbolischen Politik mit der Vergangenheit seit jeher Ambivalenzen und Widersprüche, die einen genaueren Blick verlangen.

Was zu feiern? Die Erfindung einer Nation

Ohne Zweifel kann der österreichische Nationalfeiertag am 26. Oktober als zentrales Element staatlicher Geschichts- und Identitätspolitik gelten – er bietet sich daher auch als Einstieg in eine kritische Aufarbeitung an. Welche Bedeutung staatlicherseits dem identitätsstiftenden Feiern zugemessen wurde, lässt sich übrigens daran ermessen, dass im Oktober 1946 die (historisch bedeutungslose) Erwähnung der Bezeichnung „Ostarrichi“ in einer Urkunde den Anlass für mehrwöchige Feiern bot. Gerade noch begeisterte Anhänger_innen der deutschen „Volks- und Schicksalsgemeinschaft“ sollten nun auf eine – stark an austrofaschistischen Vorbildern orientierte, doch vom politischen Deutschnationalismus gesäuberte – Österreich-Ideologie eingeschworen werden. Ein deutlicheres Beispiel für die (versuchte) Erfindung nationaler – immerhin 950-jähriger – Traditionen und vermeintlicher Kontinuitäten lässt sich kaum vorstellen. Eine Neuauflage erfuhr das Stück allerdings erst bei den 1000-Jahr-Feiern 1996.

Die Geschichte kontinuierlicher nationaler Feiertage lässt sich in der Zweiten Republik mit dem 13. April 1946 beginnen: Drei Tage lang wurde das Naheliegende gefeiert und der *Tag der Befreiung*

in Wien begangen. Auf Initiative des Gemeinderates wurden öffentliche Gebäude beflaggt und eine Festsitzung ebenso abgehalten wie Schulfeiern, Kranzniederlegungen und Aufmärsche, die „die Leistungen der Roten Armee und die von ihr gebrachten Opfer würdigen" sollten (zit. n. Spann 1997, 149). Zunächst breit und bald auch über Wien hinaus begangen, verlor der Feiertag in den folgenden Jahren an Akzeptanz, bis schließlich 1954 nur noch ein paar Kranzniederlegungen als „Akt der Pietät" übrig blieben (ebd., 150) und nur noch eine Minderheit von (kommunistischen) Gegner_innen des Nationalsozialismus daran festhielt, das Gedenken an das Ende des NS-Regimes als Erinnerung an die Befreiung hochzuhalten. Wie sehr sich die Bedeutung des Begriffs verschoben hatte, wurde spätestens 1955 klar: „Befreiung" meinte fortan das Ende der alliierten Besetzung. Dementsprechend erfolgte auch die Festlegung des *österreichischen Unabhängigkeitstags* bzw. *Tags der Flagge*, der zunächst vor allem als Anlass für schulische Feiern gedacht war: Mit Inkrafttreten des *Staatsvertrages* am 27. Juli 1955 begann eine 90-Tages-Frist für den Abzug der alliierten Truppen, womit (theoretisch) am 25. Oktober der „letzte fremde Soldat" Österreich verlassen hätte müssen – Unterrichtsminister Heinrich Drimmel (ÖVP) verfügte per Erlass, dass an diesem Tag „in jeder Schule eine feierliche Hissung der Flagge stattzufinden habe" (ebd., 151). Etwas offizieller wurde die Sache erst ein Jahr später, als der Ministerrat beschloss, alljährlich am 26. Oktober den *Tag der österreichischen Fahne* (allerdings nicht als arbeits- oder schulfreien Feiertag) zu begehen. Begründet wurde die Wahl des Datums da bereits mit der Neutralitätserklärung Österreichs als „der ersten Dokumentation eines selbstständigen politischen Wollens Österreichs in voller Freiheit" (ebd.) – die Mär vom „Abzug des letzten alliierten Soldaten" erwies sich allerdings als überaus haltbar und gilt bis heute als gängige Erklärung für das Datum des Nationalfeiertags. Problematisch ist das nicht nur, weil es den historischen Fakten widerspricht, sondern weil es zu einem nationalen Mythos beiträgt, der die „Befreiung" auf das Jahr 1955 datiert.

Doch halt! Von „national" war in den 1950er Jahren noch bewusst nicht die Rede. So schnell gaben die Österreicher_innen schließlich das „Deutschtum" nicht auf. Mit dem unabhängigen Kleinstaat hatten sich Bevölkerung und Eliten angesichts der Situa-

tion rasch angefreundet, „Nation“ und „Volk“ aber blieben schwierige Themen, von denen sich die Politiker_innen lieber fernhielten. Klar brachte der US-Politologe William Bluhm die Sache auf den Punkt, als er über die FPÖ schrieb:

> „Sie [die FPÖ] ist die einzige der drei wichtigen Parteien, deren Führungspersonen gerne über ‚die österreichische Nation‘ sprechen und die eine klare und eindeutige Haltung zu dem Thema haben. Sie sind dagegen.“ (Bluhm 1973, 156; eigene Übersetzung)

Für die Österreicher_innen, die sich als Teil der nationalsozialistischen deutschen Volksgemeinschaft begriffen (hatten), bedeutete dies: Es war ohne weiteres möglich, ein_e gute_r österreichische_r Staatsbürger_in zu werden, ohne deshalb aufhören zu müssen, Deutsche_r zu sein. Bis heute bewegt sich das österreichische Selbstverständnis zwischen zwei entgegengesetzten Positionen. Auf der einen Seite steht ein Verständnis der österreichischen Staatsnation – das heißt ein politisches Nationsverständnis, das auf die Gleichberechtigung aller Bürger_innen abzielt und keine „einigende“ Kultur, Abstammung oder ähnliches behauptet, dadurch aber auch viel Platz für andere „kulturelle“ oder „ethnische“ (also etwa „deutsche“) Identifikationen lässt. Auf der anderen Seite das bruchlos an die Inhalte des alten Deutschnationalismus (Sprache, Kultur, Blut und Volk) anknüpfende Verständnis einer weißen, deutschsprachigen, ausschließenden Nation. Nur auf den ersten Blick – oder besser: nur in jeweils sehr spezifischen, keineswegs allgemein gültigen Definitionen – erscheinen Deutsch- und Österreichnationalismus daher als Gegensätze, bei näherem Hinsehen entpuppen sie sich viel eher als Zwillinge, die sich gegenseitig stützen. Eindrucksvoll auf der Klaviatur beider Nationalismen spielte beispielsweise Jörg Haider, der die Rede von der „ideologischen Missgeburt“ der österreichischen Nation ohne weiteres mit patriotischen Inszenierungen verband. Wissenschaftlich formuliert wurde die These vom Zusammenhang von Österreich- und Deutschnationalismus von Albert Reiterer, der 1988 angesichts empirischer Untersuchungen, die eine hohe Zustimmung zur Eigenständigkeit der österreichischen Nation ergaben, festhielt,

> „[...] daß der Österreichnationalismus zu einem nicht unbeträchtlichen Teil ein gewandelter und manchmal auch nur ein verkleideter Deutschnationalismus ist." (Reiterer 1988, 44)

In der Zweiten Republik der 1960er Jahre dachte die Politik allerdings in einfacheren Schemata. Das immer lautere Auftreten von Neonazis – unter anderem die Auseinandersetzungen um den antisemitischen Universitätsprofessor Taras Borodajkewycz, im Zuge derer ein Burschenschafter den KZ-Überlebenden Ernst Kirchweger ermordete – wurde nicht zum Anlass genommen, dem (mythisch aufgeladenen) Nationalismus per se eine Absage zu erteilen, sondern wurde ganz im Gegenteil zum Grund dafür, sich erst recht für die Festigung der österreichischen Nation einzusetzen. Am 25. Oktober 1965 wurde daher im Nationalrat einstimmig beschlossen, den *Tag der Fahne* künftig als Nationalfeiertag zu begehen – ein gesetzlicher Feiertag (das heißt arbeits- und schulfrei) wurde er jedoch vorerst nicht. Vorangegangen waren der Einigung eine Menge Debatten um die Wahl des Datums. Zumindest Teile der Sozialdemokratie hätten den 12. November, den Tag der Ausrufung der Ersten Republik, vorgezogen – unannehmbar für die Konservativen, die am „roten Feiertag" vor allem das Ende der Monarchie bedauerten und zudem ins Treffen führen konnten, dass „Deutsch-Österreich" 1918 nichts Eiligeres zu tun hatte, als den (von den Alliierten verhinderten) Anschluss an Deutschland zu beschließen. Aus heutiger Perspektive lässt sich nur mutmaßen, dass die FPÖ gerade deshalb mit diesem Datum „durchaus einverstanden" gewesen wäre (zit. n. Spann 1997, 156). Die Befreiung vom Nationalsozialismus und selbst die Wiedererrichtung Österreichs am 27. April hätte hingegen die „Ehemaligen" verprellen und/oder Erinnerungen an die ungeliebten Alliierten wachrufen können und wurde daher kaum in Erwägung gezogen, ebenso wenig wie der 8. Mai, der Tag der Kapitulation der nationalsozialistischen Wehrmacht. Von Seiten der ÖVP fanden vor allem der 15. Mai, als Tag der Unterzeichnung des *Staatsvertrages*, und der 26. Oktober Zustimmung. Dass man sich schließlich auf diesen einigte und den – dem Druck der Sowjetunion geschuldeten – Neutralitätsbeschluss zu einem zentralen Inhalt der österreichischen Identität machte, ist eine der vielen Ironien dieser Geschichte.

Auch wenn das Datum nun festgelegt war – die Diskussion war deshalb noch nicht vorbei. Schon im nächsten Jahr tauchte die Frage auf, ob der Nationalfeiertag ein gesetzlicher, arbeitsfreier Feiertag werden sollte. Die entgegengesetzten Interessen von Arbeitnehmer_innen- und Wirtschaftsvertreter_innen prallten hier aufeinander, gegen den Abtausch mit einem katholischen Feiertag machte wiederum die Kirche mobil. Für 1966 konnten sich die beiden Großparteien nur auf ein Provisorium einigen, erst im Juli 1967 wurde dem Nationalfeiertag endgültig der Status eines arbeitsfreien, bezahlten Tages zuerkannt. Interessant ist dabei vor allem der Wandel in der Position der FPÖ. Hatte sie 1966 noch für den Nationalfeiertag gestimmt, lehnte sie diesen nun scharf ab: Von der „Abkehr von der historischen Wahrheit" (Friedrich Peter) war hier die Rede, der „Retortengeburt" (Gustav Zeilinger) bzw. der „neu erfundenen und konstruierten Nation" (Otto Scrinzi) (alle Zitate n. Spann 1997, 159). Nebenbei: Scrinzi hatte soweit recht – selbstverständlich handelte es sich bei der österreichischen Nation um eine Erfindung und Konstruktion, doch gilt das für alle Nationen, bloß dass etwa die deutsche gute hundert Jahre mehr auf dem Buckel hat. Als extrem rechter Nationalist hat Scrinzi das freilich ganz anders gemeint... Während die FPÖ-Abgeordneten sich also ideologisch weit aus dem (deutschnationalen) Fenster lehnten, betonten sie gleichzeitig ihre Loyalität zum österreichischen Staat. Hier zeigte sich ein traditioneller Deutschnationalismus, wie ihn das ideologisch gefestigte rechtsextreme („Dritte") Lager in Österreich vertritt – der Verzicht auf die Forderung nach der politischen Vereinigung aller „Deutschen" in einem gemeinsamen Staat ist hier wohl in erster Linie den Rechts- und Politikverhältnissen in der Zweiten Republik geschuldet.

Schwerer als diese klar zuordenbare politische Minderheit wiegt jedoch die oben angesprochene Übernahme „völkischer", das heißt vor allem rassistischer und antisemitischer, Vorstellungen in den „guten" Nationalismus der Österreicher_innen. Elemente rechtsextremer Ideologie können sich ebenso gut mit österreichischem wie mit deutschem Nationalismus verbinden – zumal eine Politik, die sich seit Jahrzehnten der Stärkung eines vermeintlichen „Österreichbewusstseins" verschrieben hat, den Nationalismus auch noch fördert. Besonders fatal erscheint dabei der militärische Klimbim, der

in Form von Leistungsschauen, Militärparaden und Kranzniederlegungen (wieder) zum fixen Repertoire jedes Nationalfeiertags gehört – problematisch ist dabei nicht nur der geschichtspolitische Aspekt und der zweifelhafte Bezug auf militärische Traditionen (vgl. dazu die Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen* sowie *Bundesheer im Rückzugsgefecht*); auch aktuell spielt das Bundesheer mit dem so genannten „Assistenzeinsatz" an der burgenländischen Grenze eine (allerdings in der Praxis vernachlässigbare) unrühmliche Rolle in der versuchten Abschottung gegen transnationale Migration.

Gedenk-Bedenk-Event

Die oben in Bezug auf das Verhältnis verschiedener Formen des Nationalismus in Österreich angesprochene Ambivalenz durchzieht in vergleichbarer Form auch das heutige österreichische Geschichtsverständnis, das zwischen der Selbstwahrnehmung als Opfer – erst des Nationalsozialismus, dann der Alliierten –, dem Eingeständnis einer „Mitschuld" an den nationalsozialistischen Verbrechen und der ungebrochenen Identifizierung mit den Täter_innen von damals schwankt. Auf breiter, nationaler Ebene wurde der Bruch mit der Opferthese erstmals im Gedenkjahr 1988, anlässlich des 50. Jahrestags des „Anschlusses" Österreichs an NS-Deutschland symbolisch zelebriert. In den gewählten Formen blieb die offizielle Geschichtspolitik damals noch konventionell – Symposien, wissenschaftliche Veranstaltungen und Publikationen, Gedenkfeiern, Ausstellungen und ähnliche Aufbereitungen der Geschichte standen im Zentrum der Inszenierung. Pauschalisierend lässt sich diese Herangehensweise durch ihren Fokus auf die (durchaus auch kritische) Wissensvermittlung charakterisieren.

Was sich seither verändert hat, sind nicht so sehr die Ambivalenzen österreichischer Geschichtsdeutung, sondern die Formen der Vermittlung, die sich durch eine zunehmende Orientierung an großangelegten, auf persönliche Beteiligung und emotionale Betroffenheit zielenden „Events" kennzeichnen lassen. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig – die (späte) „Entdeckung" der *Oral History* und der Bedeutung von Zeug_innenschaft, der Wunsch, die letzten Überlebenden selbst zu Wort kommen zu lassen, Verände-

rungen didaktischer Konzepte, die nicht mehr abstrakte Wissensvermittlung, sondern individuelle Erfahrung in den Mittelpunkt zu stellen versuchen, und nicht zuletzt die neuen technischen Möglichkeiten sind nur einige der Faktoren, die hier zu nennen wären. Für all diese Entwicklungen lassen sich gute Gründe anführen, sie alle haben aber auch Schattenseiten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Konzentration auf individuelle Erfahrungen lässt Geschichte „lebendiger" und nachvollziehbarer erscheinen, macht aber, wenn sie nicht ausreichend in eine kritische Reflexion gesellschaftlicher Strukturen eingebettet ist, Geschichte(n) auch austauschbar und verbaut die Möglichkeit zu differenzieren. Individuelles Leid erscheint gleich, ob es nun Juden und Jüdinnen in der NS-Zeit oder deutschen „Vertriebenen" (siehe dazu den Artikel *Heimatrecht is very schlecht!*) nach 1945 widerfährt, und erst die Einbettung in die historischen Abläufe zeigt die Unterschiede, lässt erkennen, welche Ursachen zu welchen Folgen führten und wer auf gesellschaftlicher Ebene die Täter_innen und wer die Opfer waren. Die oben angesprochenen Ambivalenzen des österreichischen Geschichtsbilds befördern allerdings gerade *nicht* diese kritische, gesellschaftspolitisch angelegte Reflexion, sondern die Einebnung der Unterschiede, die in der Konsequenz Täter_innenschaft verschwinden lässt. Besonders deutlich zu sehen (aber nicht auf diese beschränkt) ist dieses unklare und in seinen Konsequenzen höchst problematische Verhältnis anhand der „Gedenk-Events" der letzten Jahre, von denen darum hier einige beispielhaft herangezogen werden sollen.

Beginnen wir mit einem „Event" der Kategorie „gut gemeint"; dem auf Schulen ausgerichteten Projekt *A letter to the stars*. Inhaltlich ging es hier – zumindest an der Oberfläche – zunächst um das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, in weiterer Folge verschob sich der Schwerpunkt auf die Begegnung von Schüler_innen mit Überlebenden, den so genannten „letzten Zeugen".[4] Nachdrücklich im Gedächtnis blieb allerdings die Großveranstaltung, die das Projekt 2003 am Wiener Heldenplatz abhielt: Schüler_innen ließen weiße Luftballons steigen, an die Kärtchen mit ihren „Briefen"

4 Die Stationen des Projekts können ausführlich auf der Homepage www.lettertothestars.at/ nachgelesen werden.

an einzelne NS-Opfer geheftet waren. Auf Großleinwand wurde das (vermeintlich) jugendgerechte Kulturprogramm ebenso übertragen, wie die Kurz-Statements, die einzelnen Überlebenden zugestanden wurden, und die Werbung der unterstützenden Firmen. Unter den Sponsoren befand sich beispielsweise Siemens – ein Konzern, der im Nationalsozialismus ganz massiv von Zwangs- und Sklav_innenarbeit profitiert hatte und etwa in Ravensbrück fixer Teil des KZ-Systems war (vgl. Köchl 2004). Von dieser Konzerngeschichte freilich ließ sich bei *A letter to the stars* rein gar nichts erfahren.

Doch nicht nur die Geschichte der eigenen Sponsoren blieb im Dunkeln, auch sonst fehlte ein inhaltlicher Rahmen, wodurch es zur Gänze von den Lehrer_innen abhing, wie die Umsetzung des Projekts funktionierte. Die erschreckenden Stilblüten, die sich auf Grund dieses Zugangs in einigen Briefen der Jugendlichen finden, lassen sich bis heute auf der Projekthomepage abrufen (vgl. auch Köchl 2004, wo einige besonders dramatische Exemplare zitiert werden). Erschreckend ist beim Lesen der „Briefe" vor allem, dass aus den allermeisten das ehrliche Bemühen der Schüler_innen spricht, mit den von ihnen recherchierten Geschichten der Ermordeten zu Rande zu kommen, und gleichzeitig ein völliges Nicht-Begreifen der historischen Zusammenhänge. Trotz aller Kritik hielt *A letter to the stars* am einmal gewählten individualisierten und entkontextualisierten Zugang fest. Dass das Projekt auch die Einladung Überlebender an Schulen fördert, ist prinzipiell sicher positiv – doch auch hier fehlt die Einbettung in einen historischen Kontext.

Vielleicht deutlicher als in jeder Analyse der abgehaltenen Veranstaltungen selbst, enthüllt sich die Problematik von *A letter to the stars* im Umgang mit Kritik. Anstelle einer Auseinandersetzung, eines Offenlegens der eigenen Anliegen und der Konzeption des Projekts, verschanzen sich die Initiatoren hinter den Aussagen Überlebender. Als sich etwa die *Israelitische Kultusgemeinde* (IKG) öffentlich skeptisch zur Art und Weise der Einladung von 250 Überlebenden nach Österreich im Rahmen des Projekts *38/08 A letter to the stars* äußerte (IKG, OTS 14.12.2007), bestand die Antwort aus einer langen Liste (ausgesprochen rasch zusammengetragener) Stellungnahmen „Österreichischer Holocaust-Überlebender" zur Kritik. Die Verantwortlichen selbst verlautbarten lediglich, dass sie sich „ausschließlich

den Bedürfnissen der eingeladenen Überlebenden sowie der teilnehmenden SchülerInnen und LehrerInnen verpflichtet“ fühlen würden (Verein Lernen aus der Zeitgeschichte, OTS 14.12.2007). In vergleichbarer Weise reagierte der Verein schon Monate zuvor auf die Kritik des *Jewish Welcome Service* (JWS) mit einem Untergriff auf die angeblich ökonomische Motivation der Kritik, um danach die moralische Autorität des – bereits verstorbenen – langjährigen Leiters des JWS Leon Zelman ins Treffen zu führen, der sich positiv über das Projekt geäußert hatte (Verein Lernen aus der Zeitgeschichte, OTS 10.9.2007).

Was derartige Gedenkprojekte verwischen, ist der notwendige Unterschied der Perspektive von Überlebenden und Täter_innengesellschaft in der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen. Die im ganzen Projekt angelegte Selbst-Identifikation mit den Opfern lässt die Täter_innen (die oft genug in der eigenen Familiengeschichte zu finden wären) aus dem Blick geraten. Berichte von Zeitzeug_innen können die kritische Analyse von eliminatorischem Antisemitismus und Rassismus, von gesellschaftlichen Strukturen, die den Nationalsozialismus ermöglichten, und der Eingebundenheit der „ganz normalen“ nicht-verfolgten Bevölkerung in die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht ersetzen. Das heißt nicht, dass die Berichte von Überlebenden nicht wichtig, ihre Aufzeichnung und Weitergabe kein notwendiges Unterfangen wäre – im Gegenteil! Bleiben sie aber für sich alleine stehen, ohne dass die Position der österreichischen Mehrheitsgesellschaft beleuchtet und hinterfragt wird, ergibt sich daraus alles andere als eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte. Ähnliches lässt sich von einer ganzen Reihe weiterer „Gedenk-Events“ der letzten Jahre sagen, denen freilich oft gerade jene Aspekte fehlten, die bei *A letter to the stars* positiv zu beurteilen sind. Wenn etwa die Wiener Philharmoniker im Steinbruch von Mauthausen ein Konzert geben (2000), lässt sich daran kaum etwas kritisch deuten. Deutlich hat die Historikerin Eva Blimlinger die Funktion dieser Events auf den Punkt gebracht:

> „Diese und vergleichbare Events [...] haben nichts oder nur am Rande mit Gedenken zu tun, sie dienen vorrangig der Vermarktung und Promotion der Shoah, letztlich des Nationalsozialismus. Die Frage, gibt es ein ‚richtiges‘, gibt es ein ‚falsches‘ Ge-

> denken, stellt sich daher in diesem Zusammenhang gar nicht, es ist *kein* Gedenken." (Blimlinger 2009, 22)

Die Re-Inszenierung von Geschichte als Event-Erlebnis für ein breites Publikum ist allerdings nicht auf das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus beschränkt. Im Vergleich wird besonders die Austauschbarkeit der Inszenierungen deutlich, die das offizielle Ge- und Bedenken der letzten Jahre in Österreich zu einem Brei herunterkochten, der – ganz unabhängig vom Inhalt – Geschichte stets nur in Form leichtverdaulicher Häppchen präsentierte. Erinnert sei hier nur an die im „Gedankenjahr" 2005 anlässlich des 50. Jubiläums des Abschlusses des *Staatsvertrages* und des Abzugs der alliierten Truppen stattgefundene Inszenierung *25peaces – 25pieces*. Vom sprachlichen Ärgernis abgesehen, waren die 25 „Friedensstücke" vor allem eine geschichtspolitische Zumutung: Genau eines, ein schwarzer Block über dem Balkon der Hofburg, von dem aus Hitler 1938 zu den jubelnden Wiener_innen gesprochen hatte, nahm mit seiner Aufschrift explizit, aber völlig unspezifisch auf „die Opfer des Nationalsozialismus" Bezug – zu denen einer der beiden Projektleiter dann bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Pläne unterschiedslos „Bombenopfer, Juden und Homosexuelle" zählte (Science.ORF 2005). Zu diesem Zeitpunkt war freilich überhaupt noch geplant, den Opfern durch weiße Kreuze am Heldenplatz zu gedenken – keine kritische Analyse könnte deutlicher als dieser (schließlich aufgegebene) Plan zeigen, welchen Stellenwert das Projekt jüdischen und anderen nicht-christlichen NS-Opfern zubilligte: gar keinen. Der Rest der Inszenierung war völlig ungebrochen dem Leid der österreichischen Bevölkerung gegen Kriegsende, der Besatzung durch die Alliierten und schließlich dem *Staatsvertrag* gewidmet. NS-Täter_innen waren (wen wundert's) weit und breit nicht zu sehen. Von Kühen im Park des Schloss Belvedere, über Gemüsegärtchen am Heldenplatz und eingemauerte Denkmäler erschien nichts zu billig und zu bieder, um an die Not der letzten Kriegsphase und der unmittelbaren Nachkriegszeit zu erinnern. Die Inszenierung war dabei derart biegsam, dass sich auch subversiver Aktivismus schwer tat, noch für Verstörung zu sorgen. Die „Entführung" einer der Belvedere-Kühe durch Aktivist_innen im Umfeld der Wiener Initiative *Public Netbase* etwa war eine ausgesprochen witzige und gut inszenierte Medienguerilla-

Aktion, die als solche auch ankam. Die durchaus ernst zu nehmenden geschichtspolitischen Forderungen der Aktivist_innen (insbesondere Anerkennung für Partisan_innen und Deserteure) schafften es dennoch kaum in die massenmediale Berichterstattung, weil sie im Trubel der Inszenierungen und Gegeninszenierungen untergingen (vgl. Mayr 2005 und www.raketa.at).

War Opa Nazi?

In der österreichischen geschichtspolitischen Selbstdarstellung hat Täter_innenschaft der „ganz normalen Österreicher_innen" bis heute kaum einen Platz gefunden.[5] Es bedurfte immer wieder Anstößen von außen, um überhaupt eine Diskussion zu entfachen. Nachdrücklich gelang das der so genannten „Wehrmachtsausstellung" (eigentlich: *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944*), die im Herbst 1995 erstmals in Wien und in den folgenden Jahren in mehreren Landeshauptstädten gezeigt wurde, und daher hier abschließend beleuchtet werden soll. Im Unterschied zur zweiten, überarbeiteten Fassung versuchte die erste Wehrmachtsausstellung vor allem durch das Zeigen von Fotografien einen unmittelbaren Zugang der Besucher_innen zu den Gräueltaten zu schaffen und Betroffenheit zu erzeugen. Die Fotos zeigten die Perspektive der Täter, unterschieden sich aber deutlich von der offiziellen NS-Propagandafotografie; es waren Schnappschüsse von Soldaten: Bilder, mit denen Täter stolz ihre Verbrechen dokumentierten, Kriegserinnerungen – in vieler Hinsicht einem privaten Fotoalbum vergleichbar. Diese Form der Präsentation, die gerade die Leerstellen in der familiären Geschichtserzählung aufzeigte, auf Konfrontation zielte und keine Ausflüchte erlaubte, war einer der Gründe für die heftigen Auseinandersetzungen.

5 Diese pauschale Kritik trifft weder auf die wissenschaftliche historische Aufarbeitung zu, noch sollen damit die vielfältigen lokalen, privat oder von kleinen politischen Gruppen getragenen Gedenkinitiativen in Misskredit gebracht werden. Auf der Ebene staatlicher und quasi-staatlicher Geschichtspolitik jedoch wird der Nationalsozialismus bis heute externalisiert und erscheint als Angelegenheit einiger weniger bekannter Täter_innen, nicht als ein Regime, das sich auf breite Zustimmung und aktive Beteiligung weiter Teile der Bevölkerung stützen konnte.

Die grundlegende Aussage der Ausstellung – die Darstellung der freiwilligen und systematischen Beteiligung der Wehrmacht und damit der einfachen Soldaten an den Verbrechen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik – entsprach zwar schon damals dem Konsens der historischen Forschung, stieß aber dennoch in der Öffentlichkeit auf heftigen politischen Widerstand. Schließlich wurde die gesamte Schau zurückgezogen und – offiziell aufgrund einiger weniger falsch zugeordneter Fotos – komplett überarbeitet und neu konzipiert. Die zweite Ausstellung präsentierte sich deutlich textlastiger, schon im Design wesentlich kühler und weniger unmittelbar, und war aus der Perspektive der Täter_innengesellschaften deutlich leichter verdaulich. Sie sollte keine Emotionen wecken – Erschütterung, Wut, Trauer und Hass sollten aus der wissenschaftlichen Aufarbeitung ausgeklammert werden. Vor allem aber fehlte die Thematisierung des Antisemitismus und des antislawischen Rassismus der „ganz normalen Soldaten" als Bedingung für die Beteiligung der Wehrmacht an der Shoah und den Verbrechen gegen nicht-jüdische sowjetische Bürger_innen. Der Fokus verschob sich von den handelnden Personen auf die Institutionen. Hannes Heer, Leiter der ersten Wehrmachtsausstellung, charakterisierte die Neubearbeitung folgendermaßen:

> „Sie zeigte Taten ohne Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber niemand war dabei." (Heer 2004, 11)

Als diese zweite Ausstellung im Frühling 2002 in Wien zu sehen war, sorgte sie denn auch (abseits der extremen Rechten) für weitaus weniger Kontroversen. Zum „Aufreger" wurde vor allem, dass deklarierte Neonazis und Burschenschafter – zum Teil mit engen Kontakten zur FPÖ – geschützt von einem Großaufgebot der österreichischen Exekutive auf dem Heldenplatz eine Protestkundgebung abhielten, um anschließend „Sieg Heil!" brüllend durch die Wiener Innenstadt zu marschieren, ohne dass die Polizei eingeschritten wäre (vgl. Pfeifer 2002).

Der ursprünglichen Ausstellung hingegen war es gelungen, die gängige österreichische Geschichtspolitik gleich in mehrfacher Hinsicht anzugreifen:

> „Erstmals thematisierte sie die rassistische Vernichtungspraxis als Teil des Kriegsalltags im Osten und Südosten Europas [...]

> Mit diesem Zugang war die Grenze zwischen Alltag und Verbrechen und zwischen Krieg und Judenvernichtung weggefallen. Zudem verschob sich der Blick auf die Täter. Nicht eingrenzbare, ideologisch hochmotivierte gesellschaftliche Randsegmente – etwa personifiziert im KZ-Aufseher – oder ein anonymer bürokratischer Apparat, sondern die männliche Mitte der Gesellschaft[6] stellte die Akteure. Damit war die Trennung von verbrecherischem Regime und Volksgemeinschaft aufgehoben.“ (Manoschek 1999, 99)

Es ist hier nicht möglich, im Detail auf die Reaktionen an den verschiedenen Standorten der Ausstellung und auf die sich hier abzeichnenden geschichtspolitischen Argumentationsmuster der Schuldabwehr und -umkehr einzugehen. Hier sei daher nur auf zwei besonders vielsagende Beispiele verwiesen: ÖVP-Verteidigungsminister Werner Fasslabend lehnte es 1995 aus „Termingründen“ ab, die internationale Tagung *Vernichtungskrieg der Wehrmacht* im Begleitprogramm der Ausstellung in Wien zu eröffnen (ebd., 101), und hielt im selben Jahr die Festrede am Ulrichsberg – deutlichere Symbole einer geschichtspolitischen Positionierung lassen sich kaum finden.

Dass auf dem Ulrichsberg in dieselbe rechts-revisionistische Kerbe geschlagen wurde, ist nicht verwunderlich, wobei sich die Wut vor allem gegen Michael Außerwinkler, der den Ehrenschutz für die Ausstellung (mit) übernommen hatte, richtete. Als der FPÖ-Politiker und spätere Finanzminister Karl-Heinz Grasser bemerkte, dass er die Ausstellung besucht hatte, brach ein Sturm der Entrüstung los, der den Redner beinahe daran gehindert hätte, seinen Satz zu Ende zu bringen und mit der Forderung nach „Gerechtigkeit für die Kriegsgeneration“ und der Verurteilung der Wehrmachtsausstellung als „unmoralisch“ die Zuhörer_innen wieder auf seine Seite zu ziehen (vgl. Rencher 1999).

6 Unter den circa 18 Millionen Wehrmachtssoldaten waren circa 1,3 Millionen Österreicher – das entspricht etwa 38 Prozent der männlichen Bevölkerung des Landes.

Erinnern für die Zukunft?

Gedenk- und Geschichtspolitik hat zwar die Vergangenheit als Gegenstand, ist jedoch in ihren politischen Zielen und Konsequenzen stets auf die Gegenwart gerichtet. Die Frage, wie Geschichte erinnert wird, ist damit keine akademische, die wir getrost den Historiker_innen überlassen könnten, sondern eine durch und durch politische. Es macht einen Unterschied für das Selbstverständnis einer Nation und eines Staates, wie Geschichte erinnert wird – ob als Opfergeschichte oder in Anerkennung von Verantwortung und Täter_innenschaft. So wird etwa in der Lüge von Österreich als Opfer des Nationalsozialismus in der traditionellen Opferthese der Ausschluss von Juden, Jüdinnen, Roma, Sinti und Menschen mit Behinderungen aus dem nationalen „Wir" weitergeschrieben – für sie, die tatsächlichen Opfer des Nationalsozialismus, und ihre Geschichten kann es keinen Platz geben, weil sonst die Täter_innen innerhalb der vermeintlichen österreichischen Opfergemeinschaft ins Bild rücken müssten.

Im Rahmen dieses Artikels haben wir versucht, beispielhaft aufzuzeigen, dass im österreichischen Kontext unterschiedliche, sich immer wieder verändernde Geschichtspolitiken zu beobachten sind, die unterschiedliche Versionen der „gemeinsamen Geschichte" der österreichischen Nation bereithalten. Diese Koexistenz von höchst widersprüchlichen Bildern in Bezug auf den Nationalsozialismus gelingt nicht zuletzt durch den geschickten Einsatz der Doppeldeutigkeit des Opferbegriffs: Mit seiner Hilfe lässt sich das Gedenken an NS-Opfer und Widerstandskämpfer_innen abhandeln und mit jenem „Opfer", zu dem die nationalsozialistische Volksgemeinschaft gegen Kriegsende vermeintlich wurde, parallel setzen. Ehemalige Wehrmachtssoldaten und NS-Täter_innen lassen sich – je nach Standpunkt – als „Opfer" des Nationalsozialismus (da in den Krieg gezwungen), als „Opfer" des Krieges (denn Krieg führen heißt leiden), als „Opfer" der Alliierten (schließlich waren sie die Verlierer_innen) oder in einem mythologisch überhöhten Sinn als „Opfer" für die „Heimat" (ein Begriff, der stets auch als Synonym für „Volk und Vaterland" verstanden wird) betrachten.

Dieses Changieren mit dem Begriff des „Opfers" ist auch ein wesentlicher Schlüssel zum Verständnis der Inszenierung am Ulrichs-

berg. So wird es möglich, je nach Bedarf eine andere Facette der Feier in den Vordergrund zu stellen. Es lässt sich etwa einerseits behaupten, dass es bloß um alte Männer gehe, die ihre gefallenen Freunde betrauern wollten, während in einer anderen Lesart unmittelbar an den NS-Jargon anschließend das „Opfer" der Wehrmachtssoldaten im politischen Sinn gewürdigt und Treue zu deren (politischen) Zielen bekundet wird. Für jene, die verstehen sollen – Alt- und Neonazis und Rechtsextremist_innen – ist die Botschaft deutlich genug: Hier werden ihre „Helden" geehrt. Gleichzeitig ist die Inszenierung sehr nahe am vertrauten, in jedem Dorf gepflegten (katholischen) Gefallenengedenken. Wer damit beginnt, am Ulrichsberg kritisch nachzufragen, landet notgedrungen in der so genannten „Mitte der Gesellschaft". Denn der in Österreich auch abseits rechtsextremer Kreise etablierte *double speak* in Bezug auf die Vergangenheit bietet den Nährboden für den rechten Revisionismus und die NS-Verherrlichung am Berg.

Literatur

Blimlinger, Eva (2009). Luftballons und Briefe in den Himmel. Gedenken und Erinnern als Event. In: Hinter den Mauern des Vergessens... Erinnerungskulturen und Gedenkprojekte in Österreich. (= Spurensuche. Zeitschrift für Geschichte der Erwachsenenbildung und Wissenschaftspopularisierung. 18. Jg., Heft 1-4/2009) S. 17-22

Bluhm, William T. (1973). Building an Austrian Nation. The Political Integration of a Western State. New Haven/London

Botz, Gerhard (1986). Eine deutsche Geschichte 1938 bis 1945? Österreichische Geschichte zwischen Exil, Widerstand und Verstrickung. In: Zeitgeschichte, 13. Jg., Nr. 1. S. 19-38

Bukey, Evan Burr (2001). Hitlers Österreich. „Eine Bewegung und ein Volk". Hamburg/Wien

Fleischer, Hagen (2009). Erinnerungen an die „Causa W.". In: Lehmann, Brigitte/Rabinovici, Doron/Summer, Sibylle [Hrsg.]: Von der Kunst der Nestbeschmutzung. Dokumente gegen Ressentiment und Rassismus seit 1986. Wien. S. 32-40

Gärtner, Reinhold/Rosenberger, Sieglinde (1991). Kriegerdenkmäler. Vergangenheit in der Gegenwart. Innsbruck

Gehler, Michael (1996). „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes..."? Die Waldheim-Affäre 1986-1992. In: Gehler, Michael/Sickinger, Hubert [Hrsg.]: Politische Affären und Skandale in Österreich.

Von Mayerling bis Waldheim. Thaur/Wien/München. Zit. nach Online-Version: www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/gehlerwaldheim.pdf (12.3.2011)

Grigat, Stephan/Markl, Florian (2003). Österreichische Normalität. Postfaschismus, Postnazismus und der Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Jörg Haider. In: Grigat, Stephan [Hrsg.]: Transformation des Postnazismus. Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus. Freiburg. S. 105-134

Hammerstein, Katrin (2010). Divided Austria – History Fiction in Linz. In: Perspectives on Memory and Identity. Ed. by B. Marrin and K. Hammerstein, Vienna: IWM Junior Visiting Fellows' Conferences, Vol. 28. www.iwm.at/index.php?option=com_content&task=view&id=310&Itemid=125

Haslinger, Josef (2001). Politik der Gefühle. Ein Essay über Österreich. Frankfurt am Main

Heer, Hannes (2004). Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei. Berlin

Jagschitz, Gerhard (2000). Von der „Bewegung" zum Apparat. Von der Phänomenologie der NSDAP 1938-1945. In: Tálos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard [Hrsg.]: NS-Herrschaft in Österreich. Wien. S. 88-122

Klüger, Ruth (1994). weiter leben. Eine Jugend. München

Köchl, Sylvia (2004). Fly over Mauthausen. In: Malmoe 20/2004

Kos, Wolfgang (1994). Die Schau mit dem Hammer. Zur antifaschistischen Ausstellung „niemals vergessen!" in Wien 1946. In: Jan Tabor [Hrsg.]: Kunst und Diktatur. Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922-1956. Bd. 1. Wien. S. 124-134

Malina, Peter (1989). Nach dem Krieg. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes/Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, Abteilung für politische Bildung [Hrsg.]: Österreicher und der Zweite Weltkrieg. Wien. S. 145-169

Manoschek, Walter (1999). Österreichische Opfer oder Großdeutsche Krieger. In: Hamburger Institut für Sozialforschung [Hrsg.]: Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Hamburg. S. 87-111

Marchart, Oliver (2005). Gedenken mit Zeitloch. Opferstatus als Staatsdoktrin. In: Jungle World Nr. 11, 16. März 2005

Mark, Oliver (2006). Die Opferthese im Spiegel der Medien. Diplomarbeit. Wien

Mayr, Lisa (2005). Blasted into peaces. Eine virtuelle Kuh-Entführung als Drama in vier Akten. In: Kulturrisse 03/05

Menkovic, Biljana (1999). Politische Gedenkkultur. Denkmäler – Die Visualisierung politischer Macht im öffentlichen Raum. Wien. Insb. S. 111-151

Pfeifer, Karl (2002). Österreich läßt Neonazi am Heldenplatz aufmarschieren. In: hagalil.com/20-04-2002, http://judentum.net/europa/heldenplatz.htm

Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs vom 27. April 1945 (St.G.Bl. 1/1945). www.verfassungen.de/at/unabhaengigkeit45.htm (14.3.2011)

Rabinovici, Doron (2000). Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat. Frankfurt a. Main

Reiterer, Albert F. (1988) [Hrsg.]. Nation und Nationalbewußtsein in Österreich. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Wien

Rencher, Norbert (1999). Ulrichsberg-Dokumentation. Klagenfurt

Safrian, Hans (1989). Österreicher in der Wehrmacht. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes/Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport, Abteilung für politische Bildung [Hrsg.]: Österreicher und der Zweite Weltkrieg. Wien. S. 39-57

Scharsach, Hans-Henning (1992). Haiders Kampf. Wien

Scharsach, Hans-Henning/Kuch, Kurt (2000). Haider. Schatten über Europa. Köln

Spann, Gustav (1997). Der österreichische Nationalfeiertag. In: Brix, Emil/Stekl, Hannes [Hrsg.]: Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa. Wien. S. 145-169

Tálos, Emmerich (2000). Von der Liquidierung der Eigenstaatlichkeit zur Etablierung der Reichsgaue der Ostmark. In: Tálos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard [Hrsg.]: NS-Herrschaft in Österreich. Wien. S. 55-72

Tálos, Emmerich (2008). „Anschluss" 1938. Deutungen und Lehre. (LF) IGOV-Research & Discussion Papers Series. ISSN 1996-9430

Uhl, Heidemarie (1996). Erinnerung als Versöhnung. Zur Denkmalkultur und Geschichtspolitik der Zweiten Republik. In: Zeitgeschichte, Jg. 23, Nr. 5/6. S. 146-160

Uhl, Heidemarie (2000). Transformationen des österreichischen Gedächtnisses. Geschichtspolitik und Denkmalkultur in der Zweiten Republik. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte. 29. Jg. S. 317-341. www.oeaw.ac.at/ikt/mitarbeit/uhl/uhl2.html (12.3.2011)

Uhl, Heidemarie (2001). Das „erste Opfer". Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 30, Nr 1. S. 19-34

Uhl, Heidemarie (2003). Die Moskauer Deklaration und der Umgang Österreichs mit der „Opfer-These". Referat auf dem Symposium „60 Jahre Moskauer Deklaration" der Alfred Klahr Gesellschaft. www.klahrgesellschaft.at/Referate/Uhl_2003.html (13.3.2011)

Unfried, Berthold (1997). Versionen der Erinnerung an Nationalsozialismus und Krieg in Österreich und ihre Veränderungen in der Waldheim-Debatte. In: Zeitgeschichte, Jg. 24, Nr. 9/10. S. 302-316

Wodak, Ruth/Pelikan, Johanna/Nowak, Peter/Gruber, Helmut/DeCilla, Rudolf/Mitten, Richard (1990). Die „Kampagne“ und die Kampagne mit der „Kampagne“. In: Wodak, Ruth u.a. [Hrsg.]: „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien Zum Nachkriegsantisemitismus. Frankfurt a. Main. Zit. nach Online-Version: www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/wodak.pdf (12.3.2011)

Medien- und WWW-Ressourcen

AZ (Arbeiter-Zeitung), 17.9.1986: „Solange er nicht sechs Juden erwürgt hat…“ Drastisches von ÖVP-Generalsekretär Graff zum Fall Waldheim. www.arbeiter-zeitung.at/cgi-bin/archiv/flash.pl?seite=19871117_A04;html=1 (14.3.2011)

FPÖ/ÖVP (2000): Regierungsprogramm

IKG, OTS 14.12.2007: IKG - Wien und Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden haben Bedenken gegenüber „38/08 A letter to the stars“. www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071214_OTS0122/ikg-wien-und-bundesverband-der-israelitischen-kultusgemeinden-haben-bedenken-gegenueber-3808-a-letter-to-the-stars

Science.ORF: „25 Peaces“ zum Gedenkjahr 2005. 28.1.2005. http://sciencev1.orf.at/science/news/132281

Verein Lernen aus der Zeitgeschichte, OTS 10.9.2007: Gegendarstellung von A Letter To The Stars. www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070910_OTS0182/gegendarstellung-von-a-letter-to-the-stars

Verein Lernen aus der Zeitgeschichte, OTS 14.12.2007: Österreichische Holocaust-Überlebende zum Projekt „A Letter To The Stars 38/08“. www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071214_OTS0280/oesterreichische-holocaust-ueberlebende-zum-projekt-a-letter-to-the-stars-3808

www.raketa.at/index.php?id=4651 – Kuh-Entführung blutig beendet! 10.-16. Mai 2005 (28.2.2011)

AK GEGEN DEN KÄRNTNER KONSENS

„Wo man mit Blut die Grenze schrieb …“

Geschichten, Mythen, Traditionen – zur Inszenierung „Deutschkärntens“

Rechtsextremismus, Deutschnationalismus und NS-verklärende Geschichtsbilder sind in Österreich (das sollte im Beitrag *Geschichts- und Gedenkpolitik in Österreich* deutlich geworden sein) keineswegs nur in Kärnten/Koroška zu finden – und doch scheint es oft, als seien sie in keinem anderen Bundesland so weit verbreitet und so sichtbar wie hier. Woran das liegt, lässt sich nicht eindeutig beantworten – *ein* Grund dafür ist unserer Überzeugung nach aber in der spezifischen Geschichte dieses Bundeslandes, oder besser: im heutigen Umgang mit dieser Geschichte, zu suchen. Im folgenden Beitrag versuchen wir an Hand von zwei Beispielen einen groben Überblick über die Entwicklungen im Land nördlich der Karawanken im 20. Jahrhundert und ihre aktuellen (Be-)Deutungen in politischer Hinsicht zu geben. Viele zentrale Fragen, die in weiteren Artikeln in diesem Buch ausführlich behandelt werden, deuten wir im folgenden Text nur an – Ziel ist es, jenen Leser_innen, die mit der Zeitgeschichte Kärntens/Koroškas nicht vertraut sind, einen Einstieg zu ermöglichen und eine Art Hintergrundfolie für detailliertere Analysen aufzuspannen. Diese Fokussierung bedingt auch eine zentrale Einschränkung: Im Folgenden behandeln wir ausschließlich den deutschkärntner Mainstream – die davon in vielerlei Hinsicht abweichende kärntnerslowenische (Gegen-)Geschichte bleibt ausgeklammert.

Vom Grenzkonflikt...[1]

Die sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts im ganzen Habsburgerreich verschärfenden Nationalitätenkonflikte machten auch vor Kärnten/Koroška nicht halt. Basis dafür war das sich – besonders mit und nach der gescheiterten Revolution von 1848 – steigernde „Nationalgefühl“ der unterschiedlichen ethnischen und sprachlichen Gruppen. Diese strebten nun – getreu den Grundsätzen des ethnischen Nationalismus – nach einer je eigenen politischen Vertretung bzw. einem eigenen Staat für die jeweilige Nation. Eine besondere Rolle spielte dabei der Deutschnationalismus: Deutsch war – trotz der in manchen Bereichen durchaus gängigen Mehrsprachigkeit – die dominante Sprache innerhalb der Monarchie; eine politische Dominanz, die sich nicht zuletzt in ökonomische Vorteile übersetzte und die von Nationalist_innen zur „kulturellen Überlegenheit“ umgemünzt wurde. Das Verhältnis des Deutschnationalismus zu anderen nationalen Bestrebungen war damit von vornherein ein asymmetrisches: Ging es ersterem darum, bestehende Privilegien zu erhalten und weiter auszubauen, lassen sich andere Nationalismen innerhalb der Monarchie in erster Linie als Reaktion auf diese Unterdrückung verstehen. Dass sie dabei allerdings selbst ausgrenzend, unterdrückend und marginalisierend vorgingen, darf dabei nicht vergessen werden. Insbesondere der Antisemitismus stellte dabei eine gemeinsame Klammer dieser ethnisch bzw. „völkisch“ definierten Nationalismen dar. Diese Ambivalenz gilt auch für den slowenischen Nationalismus, der nach Unabhängigkeit strebte, wobei allerdings auch „Ideen einer eigenen südslawischen Einheit im Rahmen der Monarchie“ (Bogataj 1989, 55) verfolgt wurden. In Kärnten/Koroška war dies nicht zuletzt ein Gegenentwurf zum deutschnationalen Programm der „Germanisierung“ der Slowen_innen, das sich folgendermaßen zusammenfassen lässt:

1 Teile dieses wie auch anderer Abschnitte beziehen sich auf die Diplomarbeit: Goetz, Judith (2010). Bücher gegen das Vergessen. Kärntnerslowenische Literatur über Widerstand und Verfolgung im Kontext der Holocaustautobiographie. Eingereicht an der Universität Wien. Die Verfasserin ist auch Mitautorin des vorliegenden Textes.

> „Besonders vor den Reichratswahlen 1911 erhöhten die in Kärnten führenden deutschnationalen Kräfte ihren Druck und scheuten auch nicht vor Erpressung oder Gewaltanwendung zurück, um ihre Vormacht weiterhin sicherzustellen.“ (Baumgartner 2003, 40 f.)

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie wurde Slowenien Teil des SHS-Staats, des *Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen.* Wie in vielen Gebieten der Monarchie brachen daraufhin Grenzstreitigkeiten aus, Scharmützel an der Grenze zwischen SHS-Truppen und kärntner Freiwilligenverbänden bzw. Resten der österreichischen Armee waren die Folge. Pointiert hält der Historiker Valentin Sima fest:

> „Es kam zu kleineren bewaffneten Auseinandersetzungen, die letztlich mit der völligen militärischen Niederlage der Kärntner Verbände endeten.“ (Sima 2005)

Nach diesem in der deutschkärntner Ideologie als „Freiheitskampf“ gegen den „slawischen Aggressor“ mystifizierten „Kärntner Abwehrkampf“ griffen die siegreichen Alliierten des Ersten Weltkriegs ein und legten in der Friedenskonferenz von Paris 1919 fest, dass in den slowenisch- bzw. gemischtsprachigen Gebieten Kärntens/Koroškas eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit zu Österreich bzw. zum SHS-Staat zu entscheiden habe. Der Vertrag von Saint Germain verpflichtete den österreichischen Staat zudem zur Einhaltung von Minderheitenschutzbestimmungen – die österreichische Regierung, die alles daran gesetzt hatte, diesen Verpflichtungen zu entgehen, konnte sich nicht durchsetzen (Haas/Stuhlpfarrer 1977, 32). In den folgenden Monaten setzte sich in Kärnten/Koroška eine gewaltige Propagandamaschinerie in Gang, die sich insbesondere an die slowenischsprachigen Kärntner_innen richtete und ihnen kulturelle, wirtschaftliche und bürokratische Gleichberechtigung in Österreich versprach. Tatsächlich entschied sich bei der Abstimmung am 10. Oktober 1920 die Mehrheit der betroffenen Bevölkerung (circa 59 Prozent) – darunter auch viele Kärntner Slowen_innen – für die Zugehörigkeit des Gebiets zur Republik Österreich. Nach der Volksabstimmung und trotz des Umstandes, dass diese ohne die Stimmen der Kärntner Slowen_innen niemals zu Gunsten Österreichs ausgegangen wäre, wurde die Zwangsassimilierungspolitik fortgesetzt und

gegen die Nichtanpassungswilligen als „Heimatverräter_innen“ gehetzt. Statt einer Umsetzung der zugesicherten Rechte kam es in der Zwischenkriegszeit zu einer Verschärfung der antislowenischen „Germanisierungspolitik“ – nicht nur, aber ganz besonders im Schulbereich. Als Kennziffer für den „Erfolg“ dieser – von den Nationalsozialist_innen auf die Spitze getriebenen (vgl. dazu den Artikel *„Macht mir dieses Land wieder deutsch!“*) – Repressionspolitik kann gelten, dass sich 1890 etwa 25 Prozent der kärntner Bevölkerung als slowenischsprachig deklarierten, während das heute nur noch knapp drei Prozent tun.[2]

... zum „Abwehrkampf“

So unspektakulär die kärntner Situation nach dem Maßstab des eben erst zu Ende gegangenen Weltkrieges war (kaum eine der österreichischen Grenzen war zu diesem Zeitpunkt unumstritten; verwiesen sei hier nur auf die Auseinandersetzungen um die burgenländisch-ungarische Grenze bei Sopron/Ödenburg oder auf den Konflikt um Südtirol/Alto Adige), so nachdrücklich bestimmt sie bis heute die regionale Geschichtspolitik. Der 10. Oktober, Jahrestag der Volksabstimmung, ist Landesfeiertag und wird (vor allem an den Schulen) entsprechend vorbereitet. Mit einem Festumzug in der Landeshauptstadt Klagenfurt/Celovec, Ansprachen, Festakten und einer Vielzahl weiterer Aktivitäten wird dieser Tag begangen. Die österreichische Bundesregierung leistet in Form der so genannten „Abstimmungsspende“ einen Zuschuss zu den maroden Landesfinanzen – am Mythos des „Verrats“ an der deutschkärntner Bevölkerung durch die Wiener Regierung in den Jahren 1918 bis 1920 wird das freilich nichts mehr ändern. Fast das ganze Land wirft sich in Tracht und winkt mit kärntner Fahnen. Das ganze Jahr über er-

2 Derartige Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen, sind doch Volkszählungen und ähnliche Erhebungen (gerade gegenüber sprachlichen Minderheiten) stets Elemente staatlicher Kontrollpolitiken, die daher kritisiert und oft auch boykottiert wurden. Zudem verlangen derartige Umfragen nach eindeutigen Zuordnungen, die der Realität der Mehrsprachigkeit oft nicht gerecht werden. In diesem Sinn sollen die Zahlen nicht als Abbild der Wirklichkeit verstanden werden, sondern als starker Hinweis auf die gewaltsame Verdrängung des Slowenischen in Kärnten/Koroška.

innern Denkmäler an den vermeintlich heldenhaften Kampf für ein „freies und ungeteiltes Kärnten“. So dient die Fortsetzung und Kultivierung von „Feierlichkeiten“, wie jener rund um den 10. Oktober, auch der Aufrechterhaltung minderheitenfeindlicher, antislowenischer Ressentiments.

Der „Abwehrkampf“ steht in Kärnten/Koroška allerdings für mehr und Schlimmeres als einfach nur für volksdümmliche Unterhaltung. Als fundamentaler und unumstrittener Gründungsmythos leistet er alles, was Geschichtspolitik leisten kann: Er legitimiert aggressiv antislowenische Ressentiments ebenso wie den deutschnational aufgeladenen Regionalpatriotismus der Deutschkärntner_innen, indem er das Bild einer Bedrohung aus dem Süden wieder und wieder inszeniert. Gegen jede Rationalität wird so die Behauptung aufrechterhalten, Zweisprachigkeit würde eine „Slowenisierung“ des Landes bedeuten[3], und eine dauernde Bedrohung der vermeintlichen kärntner „Einheit“ halluziniert. Dass in Wahrheit die nationalsozialistische Wehrmacht beim Überfall auf Jugoslawien die kärntner Grenzen in südlicher Richtung überschritt, dass die slowenische und nicht die deutsche Sprache über Jahrzehnte geächtet und in der NS-Zeit verboten war und dass es die „heimattreuen“ Kärntner_innen waren, die ihre slowenischsprachigen Nachbar_innen denunzierten, bleibt völlig ausgeblendet. Umso besser verbinden sich die genannten Elemente mit geschichtspolitischen Mythen in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und den Partisan_innenkampf. Lisa Rettl meint, „dass der politischen Inszenierung der Grenzkämpfe im Rahmen des Kärntner Landesfeiertags neben der Schaffung einer gemeinsamen Kärntner Gruppenidentität“ auch eine zweite Funktion zukommt:

> „Der ‚Abwehrkampf‘ wird auch zum erfolgreichen Abwehrkampf gegen die eigene Schuldverstrickung und Beteiligung am Holocaust bzw. der Verfolgung, Deportation und Vertreibung der Kärntner SlowenInnen.“ (Rettl 2006, 36)

3 Ein solches Vokabular wird nicht nur von extrem rechten Politiker_innen wie beispielsweise Andreas Mölzer und den kärntner „Heimatverbänden“ verwendet, sondern auch von den Historikern Wilhelm Wadl und Alfred Ogris in der offiziellen landesgeschichtlichen Zeitschrift *Carinthia I* (*Der Standard*, 25./26.11.2006).



10.-Oktober-Umzug in Klagenfurt/Celovec 2010

Der Mythos vom „Abwehrkampf" fungiert dabei gleichzeitig als Alternative zur gängigen österreichischen Geschichtserzählung. Der Nationalsozialismus lässt sich durch diesen Gründungsmythos in anderer Form „entsorgen", als es die traditionelle österreichische Opferthese vermochte. Mag das restliche Österreich seine Geburtsstunde 1955 (oder im besten Fall gar 1945) ansetzen; für Kärnten/Koroška sind das Jahr 1920 und die deutschkärntnerische Einheit der zentrale Bezugspunkt. Das Jahr 1938 taucht hier nicht als Zäsur auf, erst 1945 brach – wenn wir der offiziellen Erzählung folgen – die „eigentliche Schreckenszeit" an, während der Nationalsozialismus völlig normalisiert, eingemeindet und gerade dadurch unsichtbar gemacht wird (vgl. Rettl 2006, 64). Seine ungebrochene Akzeptanz verdankt der Mythos vom „Abwehrkampf" aber auch seiner Flexibilität, lässt sich doch bei Bedarf auch die Volksabstimmung als Beleg für die demokratische Frühreife der kärntner Wahlberechtigten aus dem Hut zaubern. Die freilich – und so wird der Bogen zurück zum antislowenischen Ressentiment geschlagen – als Folge der bewaffneten Auseinandersetzungen verstanden wird, womit der Kampf als Vorbedingung der Demokratie erscheint.

Dass die im Mythos vom „Abwehrkampf" erzeugten Bilder kaum Berührungspunkte mit der historischen Realität aufweisen, tut ihrer politischen Funktion keinen Abbruch, waren sie doch von vornherein im Zusammenhang mit politischen und ideologischen Zielen kreiert worden. Der deutschnationale Mythos erstarkte im Lauf der 1920er und 1930er Jahre und wurde auch von den Nationalsozialist_innen hoch gehalten. Als ein Beispiel kann die kärntner Landeshymne dienen: Ihre vierte Strophe, die die Zeile „Wo man mit Blut die Grenze schrieb" enthält, wurde 1930 dazu gedichtet. Gesungen wird sie bis heute (vgl. Sima 2005).

Als erster Gau ...[4]

Der mit dem Mythos des Abwehrkampfes verbundene antislowenische Rassismus stellt die Kehrseite eines aggressiven Deutschnationalismus dar, der sich in den 1920er und 1930er Jahren mit der erstarkenden nationalsozialistischen Bewegung verband. „Heimatverbände", Vereine zum Schutz des so genannten „Grenzlanddeutschtums", der *Turnerbund* und ähnliche Einrichtungen stellten einerseits den Nährboden für den Nationalsozialismus bereit und boten andererseits nach dem Verbot der NSDAP in Österreich 1933 den legalen Deckmantel für weitere Aktivitäten. Begünstigt wurde diese Entwicklung auch durch die betont deutschnationale Haltung der kärntner Sozialdemokratie, die damit keine wirkliche Alternative zu den völkischen Parteien und Verbänden anbot.

Als ein Beispiel für die Stärke der NSDAP in Kärnten/Koroška kann der so genannte Juliputsch gegen das Dollfuß-Regime im Jahr 1934 herangezogen werden. Obwohl das Attentat auf den Bundeskanzler erfolgreich war, verlief der Putschversuch insgesamt für die Nationalsozialst_innen katastrophal. Schon nach wenigen Stunden hatten regierungstreue Truppen im Großteil Österreichs die Situation wieder unter Kontrolle gebracht, viele Putschist_innen sahen sich genötigt, nach Deutschland oder Jugoslawien zu flüchten. In Kärnten/Koroška verzögerte sich die Niederschlagung des Putsches

4 Die folgende Darstellung basiert wesentlich auf dem Artikel „... konnten am Morgen des 12. März als erster ‚Gau' die vollständige ‚Machtübernahme' melden...", in: AK gegen den kärntner Konsens 2008.

um einen vollen Tag, nachdem es den Nazis gelungen war, die Region Wolfsberg/Volšperk unter ihre Kontrolle zu bringen. Einen Hinweis auf die Stärke der aufständischen Kräfte und die Heftigkeit der Kämpfe liefern die Zahlen der Todesopfer: 97 Tote gab es in Kärnten/Koroška, bei 247 im gesamten Bundesgebiet (vgl. www.aeiou.at).

Ab Anfang 1938 konnte die NSDAP – obwohl offiziell noch verboten – wieder zunehmend offen auftreten. Der „Anschluss“ selbst ging in Kärnten/Koroška ungemein rasch über die Bühne. Bereits am 11. März 1938 – die deutschen Truppen hatten die Grenze Österreichs noch nicht überschritten – patrouillierte der NS-Ordnungsdienst vor dem Polizeikommissariat in Klagenfurt/Celovec und gegen Abend waren die wichtigsten öffentlichen Institutionen wie die Landes- und Bezirkshauptmannschaften, die Landwirtschaftskammer, das Gebäude der *Vaterländischen Front* und die Redaktion des *Kärntner Tagblattes* in den Händen von SA und SS. Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür, wie reibungslos die NS-Machtübernahme vor sich ging, zeigte sich in Villach/Beljak: 1.000 SA-Männer marschierten bewaffnet vor das Polizeigebäude, um dieses zu besetzen. Das war aber gar nicht nötig, denn die Polizeieinheit war bereits in „mustergültiger Ordnung“ mit Hakenkreuz-Armbinden angetreten. Bereits am Morgen des 12. März war die gesamte Verwaltung im Sinne des Nationalsozialismus umgestellt. Die kärntner NSDAP konnte als erster Gau die „vollständige Machtübernahme“ melden. Während des Nationalsozialismus konnte der Gau Kärnten seine Grenzen zweimal vergrößern: zunächst im Oktober 1938 um Osttirol und nach dem Überfall auf Jugoslawien um das Mießtal/Mežiska dolina und Oberkrain/Gorenjska.

Der Nationalsozialismus in Kärnten/Koroška wird im Rahmen dieser Publikation in einer Reihe von Beiträgen eingehend behandelt, die in ihrer Gesamtheit ein komplexes Bild der Geschehnisse geben, sodass hier auf eine Zusammenfassung verzichtet werden soll.

Von der Befreiung...

Für Kärnten/Koroška gilt – wie für ganz Österreich –, dass die Befreiung vom Nationalsozialismus durch den militärischen Sieg der Alliierten erlangt wurde, wobei der Kampf der Kärntner Partisan_in-

nen an der Seite der jugoslawischen Verbände besonders hervorzuheben ist. In der kärntner Erinnerungskultur hat sich jedoch ein anderer Mythos der „Selbstbefreiung“ etabliert, deren Hergang der Historiker Valentin Sima allerdings wenig schmeichelhaft folgendermaßen beschreibt:

> „In den letzten Tagen vor dem 8. Mai 1945 bemühten sich Angehörige der alten politischen Eliten in Zusammenarbeit mit ‚Realisten‘ im NS-Herrschaftsapparat wie Gauhauptmann Meinrad Natmeßnig, den kärntner Gauleiter und Reichsstatthalter Friedrich Rainer zum Rücktritt zu bewegen, was schließlich auch gelang. Am Abend des 7. Mai wandte sich Rainer via Rundfunk an die Bevölkerung: ‚Die Besetzung Kärntens durch feindliche Streitkräfte hat begonnen [...] Ich selbst werde als Nationalsozialist von den Feinden als Sprecher für Kärntens Interessen nicht anerkannt und nicht gehört. Ich mache daher als Reichsstatthalter Platz, um jenen Kräften, die der Auffassung unserer Feinde besser entsprechen, Gelegenheit zur Bildung einer politischen Plattform zu geben [...] Nationalsozialisten und Nationalsozialistinnen! Ich danke Euch für eure Treue zum Führer! Seine Idee lebt in uns! Tretet jetzt alle geschlossen mit allen euren Kräften ein für das freie und ungeteilte Kärnten!‘ Und Gauhauptmann Natmeßnig übergab die Regierungsgeschäfte in die Hände des neuen Landeshauptmannes Hans Piesch mit dem Auftrag, ‚gegen einen inneren und äußeren Feind‘ für ein freies und ungeteiltes Kärnten einzutreten.“ (Sima 2005)

Diese Vorgänge, die nichts mit Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu tun haben, sondern im Gegenteil auf die vielfachen Kontinuitäten hinweisen, werden heute gelegentlich herangezogen, um die angebliche demokratische Reife Kärntens/Koroška zu betonen. Gleichzeitig wird der tatsächliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus als „innerer und äußerer Feind“ verleumdet. Wie kaum ein anderer historischer Mythos dient dazu die Geschichte der „Verschleppten“, der nach Kriegsende angeblich von Partisan_innen entführten und ermordeten „Kinder, Frauen und Männer“ – wie es auf einem Denkmal in der Innenstadt von Klagenfurt/Celovec heißt.

Eine Kurzfassung der historischen Fakten[5]: Im Frühling 1945 wurden 263 Personen aus Kärnten/Koroška (dazu kamen noch mehr als 150 Personen aus der Steiermark sowie weitere 32 aus dem NS-Besatzungsapparat im heutigen Slowenien – ihr Schicksal wird hier ausgeklammert) von der jugoslawischen Armee verhaftet und ein Teil davon über die Grenze gebracht, wobei vier Personen bald nach ihrer Verhaftung zu Tode kamen – zwei davon wurden nachweislich ermordet. 163 kehrten nach einigen Monaten nach Kärnten/Koroška zurück, 96 galten als „vermisst“. Diese 96 fielen mit großer Wahrscheinlichkeit in Jugoslawien Hinrichtungen (zumeist ohne Gerichtsverfahren) zum Opfer oder verstarben in Internierungslagern. Die jugoslawische Armee dürfte bei den Verhaftungen anhand von unmittelbar vor Kriegsende angelegten Listen vorgegangen sein, die zum Teil noch durch Angaben von Ortsansässigen ergänzt wurden. Feststeht, dass es sich zumindest beim Großteil der Verhafteten um führende lokale Vertreter_innen und Anhänger_innen des NS-Regimes handelte – der Anteil der „Parteigenossen“ betrug 77 Prozent – sowie um Personen, die sich bei den Deportationen slowenischer Familien im Jahr 1942 besonders hervorgetan hatten.

...zu den Verschleppten

Um noch einmal Valentin Sima zu zitieren:

> „Der Wunsch nach Aufklärung des Schicksals der Vermissten und die Benennung außergerichtlicher Liquidierungen als Mord und Verbrechen sind legitim. Revisionistische Geschichtspolitik beginnt jedoch dort, wo die ‚Verschleppten‘ zur generellen Kriminalisierung des Widerstandes eingesetzt werden.“ (Sima 2005)

Binnen kürzester Zeit wurden die Verhaftungen durch die jugoslawische Armee zu einem beliebten Mittel „heimattreuer“ (sprich: deutschnationaler) Kärntner_innen, um gegen die Kärntner Partisan_innen Stimmung zu machen. Deren Diskreditierung wiederum galt als „Argument“ gegen die legitimen Ansprüche der slowenischsprachigen Minderheit als Ganzes. So wurden nach dem Zweiten

5 Der folgende Abschnitt basiert auf dem Artikel „Die Verbrechen der anderen...“, in: AK gegen den kärntner Konsens 2008.

Weltkrieg nach wie vor antislowenische Haltungen bedient und besonders durch die Verbindung mit antikommunistischen Ressentiments aufrechterhalten:

> „Der traditionelle Antislowenismus blieb in der Öffentlichkeit unter dem Einfluss der Gebietsforderungen Jugoslawiens und des einsetzenden Kalten Krieges mit dem seit dem Dritten Reich forcierten Antikommunismus weiter aufs Engste verknüpft. Es galt die Formel ‚Nationalslowene = Kommunist und Sezessionist'. Der Antikommunismus diente dabei als Vehikel zur Überlagerung des Antislowenismus. Die am Widerstand beteiligten Kärntner Slowenen können nicht – wie es heute immer noch geschieht – sämtlich als Kommunisten bezeichnet werden." (Entner/Wilscher 2002)

So ist es wohl kein Zufall, dass ab 1947, als der Kampf der „Deutschkärntner" gegen die 1945 eingerichteten zweisprachigen Schulen begann, erstmals ein Zusammenhang zwischen so genannten „Verschleppungen" und Kärntner Partisan_innen hergestellt wurde. Tat sich zunächst besonders die kärntner ÖVP mit ihrem publizistischen Organ, der *Volkszeitung,* hervor, legte ab 1952 die kärntner Redaktion der *Kleinen Zeitung* mit zwei hetzerischen Artikelserien („Die Mörder sind unter uns" und „Die blutige Grenze") nach. Darin benutzte die *Kleine Zeitung* auch eine 1952 von der Sicherheitsdirektion Klagenfurt erstellte und als „streng vertraulich" ausgewiesene „Amtliche Darstellung" der Vorgänge von 1945 – wobei freilich jeder Hinweis auf die Nazi-Vergangenheit der Verhafteten unterblieb. Stattdessen wurde der Mythos geschaffen, es habe sich um eine „Racheaktion" gegen jene Kärntner_innen gehandelt, die sich im „Abwehrkampf" bzw. bei der Volksabstimmung von 1920 besonders profiliert hätten. Hier zeigt sich deutlich, wie sich die unterschiedlichen Geschichtsmythen, die durch den Hass auf alles Slowenische verbunden sind, gegenseitig stützen. Die Historikerin Brigitte Entner weist demgegenüber darauf hin, dass die „Schwarzen Listen" der jugoslawischen Armee recht konkrete Beschuldigungen gegen die einzelnen Genannten enthalten hätten:

> „Vielfach sind es Beschreibungen, wie sich die Genannten gegenüber Fremd- und Zwangsarbeitern benommen hätten, wie sie sich an der Entnationalisierungspolitik der Nationalsozia-

> listen im okkupierten Slowenien bereichert hätten, wie sie sich an der Verfolgung von slowenisch sprechenden kärntner Mitbürgern beteiligt hätten und wie sie zum eigenen Vorteil, aber auch aus purer Gehässigkeit nicht vor Denunziationen zurückgeschreckt hätten.“ (Entner 2007)

Ihren sichtbarsten Ausdruck findet die deutschnationale Täter_innen-Opfer-Umkehr im bereits erwähnten „Denkmal der Opfer der Kärntner Partisanen“ am Klagenfurter Domplatz (zu einer vergleichbaren Strategie der faschistischen kroatischen *Ustaša* siehe den Beitrag *Willkommen in Kärnten* in diesem Buch). Flaschberger und Reiterer beschreiben dieses Argumentationsmuster folgendermaßen:

> „Der Partisanenkampf wird nicht als Reaktion auf die Besetzung Jugoslawiens durch die Hitlertruppen gesehen, sondern als neuerlicher Einfall Jugoslawiens in Kärnten interpretiert, als ob dies auch alles ohne die nationalsozialistische Aggression geschehen wäre. Der Beitrag der Partisanen zur Befreiung Österreichs wird verdrängt, die offiziellen Heldenehrungen finden vor jenen Kriegerdenkmälern statt, wo die Angehörigen der deutschen Wehrmacht verewigt sind.“ (Flaschberger/Reiterer 1980, 57)

2002 wurde das Anfang der 1990er Jahre errichtete Denkmal erweitert und zu einem altarartigen Klotz mit revisionistischer Inschrift umgestaltet. Propagiert hatte den Ausbau die *Plattform Kärnten,* ein Zusammenschluss von *Österreichischem Kameradschaftsbund* (ÖKB), *Ulrichsberggemeinschaft* (UBG), *Kärntner Abwehrkämpferbund* (KAB), *Kärntner Heimatdienst* (KHD), der *Kärntner Landsmannschaft* und dem *Verband der volksdeutschen Landsmannschaften*. Als Sprecher der Plattform trat der Journalist und langjährige *Kleine*-Chefredakteur Heinz Stritzl in Erscheinung. Der deutschnationale Zusammenschluss hat sich mittlerweile aufgelöst, da die restlichen Verbände den vorgeblichen inhaltlichen Schwenk des KHD in Richtung einer Einigung mit Vertreter_innen der Kärntner Slowen_innen nicht mittragen wollten – KAB, UBG und ÖKB „gedenken“ allerdings unbeirrt weiterhin gemeinsam. Im Rahmen der *Antifaschistischen Aktionstage* gegen das Ulrichsbergtreffen war dieses Denkmal auch immer wieder Ziel von Protestaktionen (siehe den Beitrag *Pusten, Beamen, Schleifen, Sprengen* in diesem Buch).

Symbol Ortstafel

Der *Staatsvertrag* von 1955, der die Souveränität der Republik Österreich wieder herstellte, enthielt in seinem Artikel 7 auch Bestimmungen über die Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten/Koroška, im Burgenland und in der Steiermark. Angesichts der Diskrepanz zur kärntner Realität soll hier auszugsweise zitiert werden:

> „Artikel 7. Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten [...]
> 2. Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen; [...]
> 3. In den Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens, des Burgenlandes und der Steiermark mit slowenischer, kroatischer oder gemischter Bevölkerung wird die slowenische oder kroatische Sprache zusätzlich zum Deutschen als Amtssprache zugelassen. In solchen Bezirken werden die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache wie in Deutsch verfasst. [...]
> 5. Die Tätigkeit von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheit zu nehmen, ist zu verbieten.“ (BGBl. 152/1955)

Eigentlich ist dieser Text nicht kompliziert zu lesen: Überall, wo Angehörige der Minderheit leben, ist Zweisprachigkeit in Behörden und Gerichten, auf Schildern, Wegweisern und Ortstafeln sicherzustellen, es besteht Anspruch auf Unterricht in der Muttersprache und minderheitenfeindliche Organisationen sind zu verbieten. Keine Formulierung des *Staatsvertrages* legt auch nur im Mindesten nahe, dass diese Rechte von der Erreichung eines bestimmten Prozentsatzes an slowenisch- bzw. kroatisch-sprachigen Menschen in Relation zur Gesamtbevölkerung abhängig sein sollten. Das Beharren auf bestimmten Prozentsätzen und die Forderung nach einer „Minderheitenfeststellung“ gehören jedoch bis heute zum fixen Repertoire jener slowen_innenfeindlichen kärntner Organisationen, die nach dem Buchstaben des *Staatsvertrages* längst verboten sein müssten.

Der Abbau der garantierten Minderheitenrechte begann schon wenige Jahre nach Unterzeichnung des *Staatsvertrages*. Ein besonders umkämpfter Bereich war dabei stets die Schulpolitik: 1958 wurde der verpflichtende zweisprachige Unterricht in den gemischtsprachigen Gebieten abgeschafft, was dazu führte, dass nach einer massiven Kampagne der deutschnationalen Organisationen 10.588 von 12.774 Kindern vom slowenischsprachigen Unterricht abgemeldet wurden (vgl. Kattnig 1977, 13). Im Jahr darauf beschloss der Nationalrat das *Minderheitenschulgesetz für Kärnten* (BGBl. 101/1959); nun mussten Eltern ihre Kinder ausdrücklich zum slowenischsprachigen Unterrricht anmelden, was viele aus Angst vor Stigmatisierung und gesellschaftlicher Ausgrenzung der Kinder unterließen (vgl. Malle/Entner 2003). Erst in jüngster Zeit scheint sich zumindest in einigen Gebieten eine Art Trend zum zweisprachigen Unterricht abzuzeichnen – auch einsprachig deutschsprachige Eltern erkennen vermehrt den Wert einer zweisprachigen Ausbildung für ihre Kinder.

Zu *dem* Symbol des bis heute nicht abgeschlossenen Kampfes um Minderheitenrechte in Kärnten/Koroška wurde allerdings die zweisprachige Ortstafel. Die Bestimmungen des *Staatsvertrages* sind auch in diesem Punkt eindeutig – umgesetzt wurden sie bis heute dennoch nicht. Erst als Anfang der 1970er Jahre bei Protestaktionen in Kärnten/Koroška einsprachige Tafeln übermalt bzw. ergänzt wurden, nahm sich der österreichische Gesetzgeber überhaupt der Frage an und beschloss 1972 ein Bundesgesetz zur *Anbringung von zweisprachigen topographischen Bezeichnungen und Aufschriften in den Gebieten Kärntens mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung* (BGBl. 270/1972), das insgesamt 205 zweisprachige Ortstafeln vorsah. Auf die Aufstellung der ersten Tafeln im September 1972 folgte der so genannte „Ortstafelsturm“; in aktueller historischer Forschung auch als „Ortstafelpogrom“ bezeichnet, um auf den gewalttätigen Charakter der Ausschreitungen hinzuweisen, die sich nicht in bloßer Sachbeschädigung erschöpften, sondern als massive Bedrohung und Einschüchterung der Kärntner Slowen_innen angelegt waren. Es handelte sich dabei auch keineswegs um spontane Unmutsäußerungen, sondern um koordinierte und wohlorganisierte Aktionen deutschnationaler Kärntner_innen, die die Ortstafeln aus dem Bo-

den rissen, mit Autokonvois Höfe und Dörfer terrorisierten und jederzeit bereit waren, auch tätlich gegen Menschen vorzugehen (vgl. Gstettner 2002; ders. 2004). Auf der Ebene der Mythenbildung knüpften die „Ortstafelstürmer_innen" direkt am „Abwehrkampf" an: Zweisprachige Schilder wurden als „slowenische Landnahme" phantasiert, zudem habe „Wien" zum zweiten Mal die braven Kärntner_innen verraten. Beide Elemente spielen bis heute eine wichtige Rolle in der kärntner Landespolitik.

Die Bundesregierung versuchte gar nicht erst, sich gegen den deutschnationalen Protest, der vor allem von den „Heimatverbänden" (KHD und KAB) getragen wurde, durchzusetzen. Mit der aus dem 1976 beschlossenen *Volksgruppengesetz* (BGBl. 396/1976) abgeleiteten *Topographieverordnung* (BGBl. 306/1977) reduzierte sich die Zahl der geplanten Ortstafeln auf 96. Im Widerspruch zum *Staatsvertrag* machte das *Volksgruppengesetz* die Gewährung von Minderheitenrechten von der Zahl der betroffenen Personen abhängig – in bestimmten Gebieten seien „wegen der verhältnismäßig beträchtlichen Zahl (ein Viertel) der dort wohnhaften Volksgruppenangehörigen topographische Bezeichnungen zweisprachig anzubringen", heißt es hier (BGBl. 396/1976). Dasselbe gilt für die Zulassung einer zweiten Amtssprache und das Recht auf Förderung der Sprache. Die Volkszählung, mit der die Anzahl der Minderheitenangehörigen festgestellt hätte werden sollen, wurde von vielen kärntnerslowenischen Organisationen bekämpft, zum Teil waren Boykottaufrufe erfolgreich – seither ist der Streit um die zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten/Koroška nicht abgerissen. Immer wieder wurde versucht, auf juristischem Weg die Herstellung eines verfassungskonformen Zustands zu erzwingen – ohne Erfolg, da die kärntner Politik bindende Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofs einfach ignorierte. Ende April 2011 (kurz vor Fertigstellung dieses Beitrags) wurde in Verhandlungen, denen auch Vertreter der drei wichtigsten politischen Organisationen der Kärntner Slowen_innen angehörten, eine Einigung erzielt: Künftig sollen 164 zweisprachige Ortstafeln in Kärnten/Koroška stehen, außerdem wurden Förderungen für zweisprachige Kindergärten, die slowenische Musikschule und slowenische Kultureinrichtungen ausverhandelt. Eine von der in Kärnten/Koroška regierenden Partei FPK/FPÖ durchgesetzte briefliche,

rechtlich nicht verbindliche „Bürgerbefragung“ ergab eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit für den Kompromiss. Feststeht allerdings, dass auch mit dem nun ausverhandelten Paket die seit mehr als 65 Jahren verankerten Rechte der Kärntner Slowen_innen nur ungenügend umgesetzt werden. Die Kritik von Seiten einiger Organisationen der österreichischen Volksgruppen blieb bislang jedoch wirkungslos. Am 6. Juli 2011 wurde die entsprechende Novelle des *Volksgruppengesetzes* im Nationalrat beschlossen.

Fazit

Die geschichtspolitische Landschaft in Kärnten/Koroška, in die sich das so genannte „Heimkehrergedenken“ am Ulrichsberg nahtlos einfügt, ist durch unterschiedliche Mythen gekennzeichnet, die aufeinander verweisen und sich gegenseitig stützen. Politisch brisant wird diese Situation, weil es sich dabei um Mythen handelt, an die rechte und rechtsextreme Politik besonders gut andocken kann und die die verfahrene politische Situation in Österreich südlichstem Bundesland teilweise erklären können. Nicht zuletzt lassen sich auch die Stärke der FPÖ (bzw. ihrer Derivate) und die groteske Verehrung ihres ehemaligen „Führers“ Jörg Haider als Effekte einer spezifischen Politik aus und mit der Vergangenheit deuten. Als Elemente der gängigen deutschkärntner Geschichtserzählung, an die rechte und rechtsextreme politische Ideologien anschließen können, wären zumindest die folgenden zu nennen:

Sowohl dem Mythos vom „Abwehrkampf“ wie auch jenem der „Partisanenverbrechen“ liegt die paranoide Abwehr des Slowenischen zu Grunde, an die antislowenische Politik – vom Schulbereich bis zur Auseinandersetzung um zweisprachige Ortstafeln – anknüpfen kann. Vergleichbare fiktive Bedrohungsszenarien lassen sich heute auch in aktueller rassistischer Politik gegen Asylwerber_innen und Migrant_innen in Stellung bringen. In Bezug auf die Kärntner Slowen_innen kommt dazu allerdings noch die historische Täter_innen-Opfer-Umkehr, die durch die völlige Ausblendung der NS-Verbrechen einerseits und der Kontinuitäten antislowenischer Politik andererseits erreicht wird. Diese historischen Auslassungen betreffen NS-Opfer generell – auch die vertriebenen und ermordeten Juden und Jüdinnen, die Opfer der NS-Euthana-

sie und der Konzentrationslager, die Zwangsarbeiter_innen, die politisch oder als „asozial“ bzw. als „Zigeuner“ Verfolgten und andere Opfergruppen tauchen in diesen Erzählungen nicht auf. Damit muss auch von den wirklichen Täter_innen nicht gesprochen werden, während stattdessen der Widerstand der Partisan_innen verleumdet wird. Gerade die Mär von den „Verschleppten“ und ihre Verknüpfung mit dem „Abwehrkampf“ erlaubt es in völliger Verkehrung der Tatsachen aus NS-Täter_innen Opfer zu machen. Es wird damit möglich, sich positiv auf Nationalsozialist_innen zu beziehen – werden diese doch nicht als Nazis, sondern als „heimattreue“ Kärntner_innen imaginiert. Während es logisch erschiene, dass die enge Verbindung einiger prominenter Abwehrkämpfer_innen zum Nationalsozialismus zu einem kritischen Blick auf den so genannten „Abwehrkampf“ führen müsste, geschieht in Wirklichkeit also das Gegenteil – ja mehr noch, es werden gleich sämtliche Nationalsozialist_innen mit Hinweis auf den „Abwehrkampf“ von jeder Schuld freigesprochen und der Zweite Weltkrieg zu einer Art verlängertem Grenzkonflikt. Selbst in dieser Betrachtungsweise muss freilich noch der NS-Angriffskrieg gegen Jugoslawien ausgespart bleiben, um dem Bild der Kärntner_innen als Gemeinschaft von sich wacker verteidigenden Opfern Plausibilität zu verleihen.

Diese angebliche geeinte, doch stets von innen wie von außen bedrohte Gemeinschaft stellt einen idealen Nährboden für rechte und rechtsextreme Politikvorstellungen dar und steht im krassen Gegensatz zur bürgerlich-liberalen Idee einer modernen Gesellschaft, die durch Widersprüche, Konflikte und (mehr oder weniger demokratische) Aushandlungsmechanismen bestimmt ist (von linken und libertären Utopien wollen wir an dieser Stelle gar nicht sprechen). Die Arbeit des AK war in den letzten Jahren darauf ausgerichtet, in diese Situation (auch) auf geschichtspolitischer Ebene zu intervenieren.

Literatur

AK gegen den kärntner Konsens (2008). Nikoli Več Ulrichsberg! Ulrichsberg Wegbeamen! Textsammlung 2008. Darin: „Die Verbrechen der anderen...“, S. 12-14. Online: www.u-berg.at/texte/andere_verbrechen.htm (3.5.2011) und: „... konnten am Morgen des 12. März als erster ‚Gau‘ die vollständige ‚Machtübernahme‘ melden...“, S. 20-22. Online: www.u-berg.at/texte/anschluss_koroska.htm (3.5.2011)

Baumgartner, Nadja (2003). Wenn der „Dialog“ zum Druckmittel wird. Eine diskurshistorische Analyse der Minderheitenfeindlichkeit in Kärnten bzw. des diskriminierenden Sprachgebrauchs in ausgewählten Kärntner Printmedien. Diplomarbeit Uni Wien

BGBl. 152/1955. Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich. www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1955_152_0/1955_152_0.pdf (3.5.2011)

BGBl. 101/1959. Bundesgesetz: Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten. www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1959_101_0/1959_101_0.pdf (3.5.2011)

BGBl. 270/1972. Bundesgesetz: Anbringung von zweisprachigen topographischen Bezeichnungen und Aufschriften in den Gebieten Kärntens mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung. www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1972_270_0/1972_270_0.pdf (3.5.2011)

BGBl. 396/1976. Bundesgesetz: Volksgruppengesetz. www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1976_396_0/1976_396_0.pdf (3.5.2011)

BGBl. 306/1977. Verordnung: Bestimmung von Gebietsteilen, in denen topographische Bezeichnungen in deutscher und slowenischer Sprache anzubringen sind. www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblPdf/1977_306_0/1977_306_0.pdf (3.5.2011)

Bogataj, Mirko (1989). Die Kärntner Slowenen. Hermagoras-Verlag. Wien/Klagenfurt/Celovec

Der Standard (25/26.11.2006). Verfassungsrichter prüfen Zusatztafeln. Online unter: http://derstandard.at/2672948?seite=2 (22.4.2011)

Entner, Brigitte/Wilscher, Heidi (2002). Wo Mannesmut und Frauentreu die Heimat sich erstritt auf's neu … In: Gedenkdienst 4/02. Online abrufbar unter: www.gedenkdienst.at/index.php?id=316

Entner, Brigitte (2007). Vergessene Opfer? Die „Verschleppten“ vom Mai 1945 im Spiegel historischer Aufarbeitung und regionaler Geschichtspolitik. www.uni-klu.ac.at/his/downloads/Beitrag_Entner.pdf (26.4.2011)

Flaschberger, Ludwig/Reiterer, Albert (1980). Der tägliche Abwehrkampf. Erscheinungsformen und Strategien der ethnischen Assimilation bei den Kärntner Slowenen. Braumüller Verlag. Wien

Goetz, Judith (2010). Bücher gegen das Vergessen. Kärntnerslowenische Literatur über Widerstand und Verfolgung im Kontext der

Holocaustautobiographie. Diplomarbeit. Eingereicht an der Universität Wien

Gstettner, Peter (2002). Der Kärntner Ortstafelsturm vor 30 Jahren. Eine sozialpsychologische Analyse der Mikropolitik und um das Jahr 1972 in Kärnten. In: Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft 4/2002. Online unter: www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Gstettner_4_02.html (3.5.2011)

Gstettner, Peter (2004). „...wo alle Macht vom Volk ausgeht". Eine nachhaltige Verhinderung. Zur Mikropolitik rund um den „Ortstafelsturm" in Kärnten. In: ÖZP 33 (1), S 81-94. Online unter: www.oezp.at/pdfs/2004-1-05.pdf (3.5.2011)

Haas, Hanns/Stuhlpfarrer, Karl (1977). Österreich und seine Slowenen. Löcker & Wögenstein. Wien

Kattnig, Franz (1977). Das Volksgruppengesetz. Eine Lösung? Der Standpunkt der Kärntner Slowenen. Slowenisches Informationscenter/Slovenski informacijski center. Klagenfurt/Celovec

Malle, Avguštin/Entner, Brigitte (2003). Die Kärntner Slowenen. Online unter www.scribd.com/doc/33328426 (3.5.2011)[6]

Rettl, Lisa (2006). Erinnerunsgk(r)ämpfe. In: Rettl, Lisa/Koroschitz, Werner. Ein korrekter Nazi. Oskar Kraus. NS-Oberbürgermeister von Villach. Drava Verlag. Klagenfurt/Celovec. S. 11-98

Sima, Valentin (2005). Zwischen Mythen und Realität. Erinnerungspolitik in Kärnten nach 1945. Referat am Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft „Kontinuität und Wandel der österreichischen Geschichtsmythen. Eine kritische Bilanz des Gedenkjahres 2005" am 29. Oktober 2005. www.klahrgesellschaft.at/Mitteilungen/Sima_2_06.html (22.4.2011)

6 Es existiert auch eine vom Land Kärnten herausgegebene Fassung dieser Broschüre, die jedoch durch Streichungen und Ergänzungen, die mit den Autor_innen nicht abgesprochen sind, die Aussagen in sinnentstellender Weise verdreht.

AK GEGEN DEN KÄRNTNER KONSENS

Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen

> „Der ‚Heilige Berg Kärntens', kegelförmig, 1.015 m über dem Meeresspiegel, liegt zwischen der Landeshauptstadt Klagenfurt und der Herzogstadt St. Veit im ‚Zollfeld'. Ganz Mittelkärnten liegt dem Beschauer auf der Bergspitze zu Füßen der bizarren Karawankenkette, der heute südlichsten Grenze des deutschen Sprach-, Kultur- und Lebensraumes [...] Kelten und Illyrier – der indogermanischen Völkergruppe zugehörig – siedelten in diesem Gebiet. Die Römer nannten diese Bewohner ‚die Noriker'. Auf diesem Berg, latinisiert ‚Mons Carantanus', entstand eine heilige Kultstätte, die der Göttin ‚Isis Noreia', der Spenderin des Erdsegens und der Fruchtbarkeit, und dem Gott ‚Cosoumotanus' geweiht war."

So mythisch beschreibt Norbert Rencher in der Ulrichsberg-Dokumentation die Geschichte des Ulrichsbergs (Rencher 1999, 7).[1] Für alle, die sich mit der österreichischen Geographie nicht so gut auskennen, sei vorausgeschickt, dass Kärnten/Koroška, das an das heutige Slowenien grenzt, das südlichste Bundesland Österreichs ist und sich der Ulrichsberg nur wenige Kilometer nördlich der Landeshauptstadt Klagenfurt/Celovec befindet.

Das so genannte Ulrichsbergtreffen wurde 1958 erstmals initiiert und fand von 1959 bis 2008 jährlich auf dem Ulrichsberg statt. Unter dem Motto „Der Ulrichsberg ruft" lud die *Ulrichsberggemein-*

1 Ulrichsberg-Dokumentation Nr. 1 (1999), verfasst von Norbert Rencher. Norbert Rencher, der ursprünglich zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde, zählte sich 1953 zu den glücklichen „Heimkehrern" und wurde sowohl im Heimkehrerverband tätig als auch aktives Mitglied der *Gesellschaft zur Errichtung eines Ehrenmales auf dem Zollfeld*, der späteren *Ulrichsberggemeinschaft* (UBG). In der UBG bekleidete er über die Jahre verschiedene Ämter, insbesondere als Organisator der Ulrichsbergfeier und Schriftführer des Vereins. Als Chronist der UBG gab er 1999 die erste (und bisher letzte) Ulrichsberg-Dokumentation heraus.

schaft (UBG) zu einer Gedenkveranstaltung für die „gefallenen Kameraden“ und die glücklichen „Heimkehrer“ aus dem Krieg ein. Die Gedenkstätte am Ulrichsberg und die Ulrichsbergfeier stellen ein Beispiel für ein heroisierendes revisionistisches Soldatengedenken dar, das insbesondere an die Soldaten des Zweiten Weltkriegs erinnern möchte und sowohl die Gefallenen als auch die Heimkehrer aller Waffengattungen inklusive der (Waffen-)SS einschließt. Verdeutlicht wird dies nicht nur durch die im so genannten „Ehrenhain“ angebrachten Gedenktafeln – von diesen wird später noch ausführlich die Rede sein –, sondern auch durch Aussagen, die bei der Feier getroffen wurden, wie zum Beispiel: „Kein einziger Soldat, welcher Waffengattung auch immer, hat es verdient, von dieser Feier ausgeschlossen zu werden“[2] oder „Wir machen [...] zwischen der sogenannten Totenkopf-SS und den Soldaten der Waffen-SS einen Unterschied. [...] die ehemaligen Teilnehmer der Waffen-SS sind Soldaten und sie sind am Ulrichsberg gerne willkommen.“[3]

Die Gründungsgeschichte der Ulrichsberg-Gedenkstätte

Die Gründungsgeschichte der Gedenkstätte am Ulrichsberg soll im Folgenden kurz umrissen werden. Im Mai 1946, bereits ein Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges, gründeten Kriegsheimkehrer, allen voran Blasius Scheucher[4], den *Heimkehrerbund* der ÖVP Kärnten, in dessen Mittelpunkt die Sorgen und Wünsche der Heimkehrer standen: „Heimkehrer nach vorne!“ Dieser Bund von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen wurde von den Alliierten mit der Begründung, dass jede Vereinigung von ehemaligen Mitgliedern einer militärischen Formation untersagt sei, umgehend verboten (Rencher 1999, 13 f.). Schon im Juli 1946 erfolgte unter dem Namen *Heim-*

2 Jörg Haider, Landeshauptmann von Kärnten, 1990

3 Rudolf Gallob, Präsident der UBG, 2005

4 Blasius Scheucher (1911-1962) war während des Zweiten Weltkrieges Gebirgsjäger und Mitbegründer der Gebirgsjägerkameradschaft *Kameradschaft vom Edelweiß*. Er war einer der Hauptinitiatoren der Gründung der *Gesellschaft zur Errichtung eines Ehrenmales auf dem Zollfeld*, der späteren *Ulrichsberggemeinschaft* (UBG), und bis zu seinem Tod deren Obmann. Außerdem machte er in der ÖVP zuerst als Stadtrat und von 1950 bis 1962 als Vizebürgermeister von Klagenfurt/Celovec politische Karriere.

kehrer-Hilfs- und Betreuungsstelle (HHB) eine Neugründung. Die HHB wurde kurz darauf wieder aufgelöst und in das so genannte *Soziale Hilfswerk* der ÖVP integriert. Unter dem Motto „Frontgeist gegen Klassenkampf“ forderte der damalige Stadtrat Blasius Scheucher, dass alle heimgekehrten Frontsoldaten in den Aufbau der Demokratie eingebunden werden müssten. Zeitgleich wurde Blasius Scheucher in das Landesparteipräsidium der ÖVP entsandt (Rencher 1999, 15). Nach der Auflösung der HHB riefen deren Proponenten am 10. Oktober 1947 zu einem ersten Heimkehrergedenken auf dem Zollfeld/Gosposvetsko polje auf, an dem angeblich 20.000 Besucher_innen teilnahmen. Als Datum der Kundgebung wurde nicht zufällig der Jahrestag der kärntner Volksabstimmung festgelegt (siehe die Beiträge *„Wo man mit Blut die Grenze schrieb...“* und *Der Ulrichsberg ruft!,* die unter anderem auch die geschichtlichen Hintergründe der Volksabstimmung im Jahr 1920 erläutern).

Die seit 1953 geplante Errichtung eines Ehrenmales auf dem Zollfeld scheiterte 1954 am Widerstand der Kirche, die eine Errichtung eines Ehrenmales für Soldaten auf kirchlichem Boden ablehnte. Der neue Vorsitzende der *Gesellschaft zur Errichtung eines Ehrenmales auf dem Zollfeld*, der späteren *Ulrichsberggemeinschaft* (UBG)[5], Graf Leopold Goëss, in dessen Privatbesitz sich der Ulrichsberg befand,



stellte daraufhin die Kuppe des Berges für die Errichtung einer Gedenkstätte zur Verfügung. Am 12. Oktober 1958 erfolgte im Rahmen einer Feier die Grundsteinlegung für die Errichtung des Heimkehrerkreuzes am Ulrichsberg und am 17. Mai 1959 fand die Weihe der Ulrichsberg-Gedenkstätte statt, die angeblich 12.000 Menschen auf den Ulrichsberg zog (Rencher 1999, 16, 19 f.). Im Oktober desselben Jahres fand dann die erste der in den folgenden Jahrzehnten jährlich abgehaltenen Ulrichsbergfeiern statt.[6]

Ulrichsberg-Gedenkstätte und „Ehrenhain"

> „Siehe Vaterland, das haben wir dir zurückgebracht, unsere Treue, unsere Tapferkeit, unsere Liebe, geweiht durch die Opfer von Zehntausenden. Es wird dir viel bedeuten müssen, heute und für alle Zukunft."

Dieses „Vermächtnis der Heimgekehrten" wurde 1958 anlässlich der Feier zur Grundsteinlegung für die Errichtung des Heimkehrerkreuzes angebracht (Rencher 1999, 24).

Die zentralen Elemente der Gedenkstätte bilden ein 20 Meter hohes Stahlkreuz[7] und der so genannte „Ehrenhain", der sich in der Ruine der gotischen Kirche St. Ulrich aus dem 15. Jahrhundert befindet. An den Wänden der Kirchenruine hängen über fünfzig Gedenktafeln, vor allem von Militärverbänden aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, von so genannten „Vertriebenen", aber auch des *Österreichischen Bundesheeres* sowie des *Roten Kreuzes* und der Feuerwehr.

Direkt über dem Eingang der Kapellenruine hängt seit 1984 ein Abguss des Reliefs *Kameraden*, gestaltet von Arno Breker, einem von Adolf Hitler besonders protegierten Künstler, der während der nationalsozialistischen Herrschaft mit einigen Großprojekten zur künstlerischen Verherrlichung des NS-Regimes betraut war. Ursprünglich

6 Die UBG selbst definiert das Jahr 1959 als den Start der jährlichen Feierlichkeiten, nimmt aber zeitweise auch Bezug auf das Jahr der Grundsteinlegung, somit hatte die UBG 2008 und 2009 einen 50er zu feiern.

7 Wie hoch das Stahlkreuz tatsächlich ist, ist nebensächlich; der Korrektheit wegen sei erwähnt, dass die Angaben zwischen 20, 23 oder auch 24 Metern schwanken.

war dieses Relief für einen 240 Meter langen Fries in Albert Speers neuem Berlin, welches in Germania umbenannt werden sollte, geplant. Arno Brekers Skulpturen brachten die nationalsozialistische Kunstauffassung besonders deutlich zum Ausdruck. Mit dem Relief *Kameraden* schuf er eine idealisierte Abbildung des vorbildhaften Mustersoldaten, einer durch Opferbereitschaft gekennzeichneten Kameradschaft und eine heroische Darstellung des Kriegstodes. Die Darstellung der Szene repräsentiert sowohl arische Idealmaße als auch eine Ästhetisierung männlicher Kraft. Das Relief steht für die offiziell wieder geschaffene bzw. zusammentreffende Gemeinschaft aus der Kriegszeit, die damit auch in einer symbolischen und ästhetisierten Form im „Ehrenhain“ abgebildet wird.

Im „Ehrenhain“ befinden sich zahlreiche Gedenktafeln von ehemaligen Wehrmachts- und (Waffen-)SS-Verbänden, darunter einige, die der so genannten „Freiwilligen“ aus verschiedenen Ländern (z. B. Spanien, Norwegen, Lettland, Belgien) gedenken, sowie diverser Gebirgsjägerregimente (z. B. *Kameradschaft Gebirgsjäger-Regiment 139*, *Kameradschaft vom Edelweiß*, *Gebirgsartillerie-Regiment 112, Kameradschaft der ehemaligen 118. Jäger-Division*). Insbesondere die Gedenktafeln der so genannten „Europäischen (SS-) Freiwilligen-Verbände“, auf die im Beitrag *Politische Elitesoldaten. Europäische „Freiwillige“ in der Waffen-SS* in diesem Buch ausführlich eingegangen wird, untermauern den revisionistischen Charakter der Gedenkstätte. Auch den Gebirgsjägern – denen auch Blasius Scheucher, einer der Mitbegründer der UBG, angehörte –, die jährlich ein Treffen in Mittenwald in Bayern abhalten, ist ein eigener Beitrag gewidmet: *Der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“. Von einer Selbsthilfevereinigung für Kriegsverbrecher zum Traditionsdienstleister der Bundeswehr.* Unter den Inschriften auf den Gedenktafeln befindet sich auch eine Abwandlung des SS-Wahlspruchs „SS-Mann, deine Ehre heißt Treue“, nämlich: „Des Soldaten Ehre ist seine Treue“ mit der Unterschrift „Im ehrenden Gedenken an alle gefallenen u. vermissten Kameraden unserer Truppe. Gewidmet in Dankbarkeit der Garnisonsstadt Klagenfurt“. Obwohl diese Ehrentafel, deren Text 1984 zur 25-Jahr-Feier festgelegt wurde, selbst keinerlei Hinweis auf die Stifter trägt, ist ihre Anbringung mit großer Wahrscheinlichkeit der

Kameradschaft IV (K IV)[8] zuzuordnen. Sowohl diese Tafel als auch eine Mehrzahl der Tafeln von ehemaligen „Freiwilligen-Verbänden" aus verschiedenen Ländern Europas enthalten einen Hinweis auf „ihre ehemalige Garnisonsstadt". Der Zusammenhang zwischen den „Freiwilligen" und der Garnisonsstadt Klagenfurt/Celovec ergibt sich aus der Ausbildung der Waffen-SS in einer SS-Junkerschule, die sich in der Lendorf/Dhovše-Kaserne bei Klagenfurt/Celovec befand. (Auf das in der SS-Kaserne angesiedelte Außenlager des KZs Mauthausen wird im Artikel *Loibl-KZ – das „vergessene" Konzentrationslager* näher eingegangen.)

Auch den Ritterkreuzträgern – das *Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes* war die höchste Auszeichnung für Wehrmachts- und (Waffen-)SS-Angehörige, die für „besondere Tapferkeit vor dem Feind" und „hervorragende Truppenführung" von Adolf Hitler persönlich verliehen und von zahlreichen Kriegsverbrechern getragen wurde – ist eine Gedenktafel gewidmet. Diese trägt die Inschrift: „1938-1954 Unseren gefallenen Kameraden zur Ehre – Die Ritterkreuzträger". Interessanterweise befinden sich unweit der Tafel der Ritterkreuzträger drei Tafeln des *Österreichischen Bundesheeres*. Insgesamt erhielten 320 Österreicher das *Ritterkreuz*, von denen rund 40 in der Zweiten Republik in das neu gegründete *Österreichische Bundesheer* aufgenommen wurden (vgl. Berger 2003). Die deutsche *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V.* bildet einen internationalen Dachverband für Ritterkreuzträger aus ganz Europa. Über den Verein, der Anfang der 1990er Jahre immerhin noch rund 1.000 Mitglieder zählte, werden Treffen organisiert und eine kriegsverherrlichende und die „Umerziehung des deutschen Volkes" beklagende Mitgliederzeitung mit dem Namen *Das Ritterkreuz* herausgegeben.[9] Besonderes Anliegen des Vereines ist die Traditionspflege der Soldatentugenden – Pflichtbewusstsein, Opferbereitschaft, Kameradschaft –, die er auch in Bundeswehr und Bundesheer verbreitet.

8 Näheres zur K IV siehe S. 87

9 o. A.: Alte Kameraden. In: Blick nach rechts, Nr. 27, 21.12.1992; vgl. auch Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und GenossInnen vom 22.9.1993 im deutschen Bundestag, S. 2

Besondere Aufmerksamkeit verdienen auch die Gedenktafeln des SchAD-Österreich und die der *Angehörigen der ärztlichen Akademie Berlin-Graz*. Die Tafel des SchAD-Österreich (SchAD, *Schutzverband ehemaliger Arbeitsdienstangehöriger*) erinnert an die gefallenen Arbeitsdienstangehörigen des RAD (*Reichsarbeitsdienst*). Jugendliche zwischen 18 und 25 wurden ab 1935 zu einem halben Jahr Arbeitsdienst, der als „Ehrendienst am deutschen Volke“ galt, verpflichtet. Während der RAD anfänglich vor allem wirtschaftliche Aufgaben (z. B. Forst- und Wegebauten, Hilfsarbeiten beim Bau der Reichsautobahnen) hatte, bildete er ab 1944 fast nur noch militärisch aus. Die Einweihung dieser Gedenktafel am 14. September 1986 beschreibt Norbert Rencher in der Ulrichsberg-Dokumentation folgendermaßen:



Gedenktafel des „SchAD-Österreich“

> „Die Einweihung einer Ehrentafel der Kameraden des Arbeitsdienstes – SCHAD – […] oblag dem Militärdekan Prof. Duller. In seiner Kurzansprache sagte er u. a.: ‚Niemals aber gab es eine Zeit, in der man der Geschichte im Sinne des tatsächlich Geschehenen nicht Gewalt angetan hätte […] Die Zeche bezahlt immer einer mit oft undifferenzierten Pauschalverurteilungen […] Auch wenn sich irgendein Zeitgeschichtler aufpludert und bestreitet, daß der Dienst unter dem Spaten nicht als ein Dienst an einer Ideologie verstanden wurde, sondern vielmehr ein Dienst für die Menschen von damals war.‘“

Außerdem merkt Norbert Rencher an: „Die Behörde informierte die UBG, daß die Bezeichnung ‚RAD – w.J.‘ unter das Verbotsgesetz (Abzeichengesetz 1960) fällt.“ (Rencher 1999, 119)

Bei der Einweihung der Tafel trug eine Kranzschleife nämlich die Bezeichnung der Vereinigung RAD w.J. (*Reichsarbeitsdienst weibliche Jugend*), die entfernt werden musste. Wie es möglich ist, dass die RAD/SchAD-Tafel mit gleicher Widmung und unverändertem RAD-Emblem noch immer in der Gedenkstätte am Ulrichsberg hängt, ist unklar – eigentlich müsste auch diese unter das Verbotsgesetz fallen.

„In Memoriam – den im Einsatz für Heimat und Vaterland gefallenen, vermißten und nach Kriegsende gewaltsam zu Tode gekommenen Ärzten, Schwestern und Sanitätsdienstgraden beider Weltkriege und der Abwehrkämpfe" erinnern die *Angehörigen der ärztlichen Akademie Berlin-Graz*. Ganz bewusst wird hier durch ein Weglassen der SS-Runen ausgespart, dass es sich dabei um eine Akademie der SS handelte. So stellt diese Inschrift nicht nur ein Paradebeispiel einer Täter_innen-Opfer-Umkehr, sondern auch einen perfiden Versuch, die Medizinverbrechen des Nationalsozialismus zu legitimieren, dar. Die *SS-Ärztliche Akademie* wurde 1940 von Berlin nach Graz verlegt und diente zur Ausbildung von SS-Ärzten und SS-Sanitätsoffizieren. (Im Beitrag *Verdrängt und vergessen – Kontinuitäten der NS-Medizin* wird näher auf die *SS-Ärztliche Akademie* in Graz eingegangen und daran anknüpfend ein Kapitel vergessener NS-Kontinuitäten aufgegriffen.)

In dem Sammelsurium an Gedenktafeln befindet sich in zentraler Position auch eine des *Kärntner Abwehrkämpferbundes* (KAB): „Den Gefallenen und Opfern des Kärntner Freiheitskampfes 1918 – 1920 in Dankbarkeit gewidmet." Der KAB besteht aus Veteranen und Nachkommen des so genannten „Kärntner Abwehrkampfes" – der im Beitrag „*Wo man mit Blut die Grenze schrieb...*" näher erläutert wird – und pflegt dessen Tradition im deutschnationalen Sinne mit ausgesprochener Frontstellung gegen die slowenische Minderheit. Der KAB arbeitete immer eng mit dem *Kärntner Heimatdienst* (KHD) zusammen, beide regionalen Großorganisationen werden vom *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus* (1993, 242 f.) als rechtsextreme Vorfeldorganisationen eingestuft. Im Jahr 2008 kam es zwischen den beiden Organisationen, die über Jahrzehnte eine unzertrennliche Gemeinschaft im „Kampf" für die „Kärntner Interessen" gebildet hatten, durch den Vorwurf des KAB, der KHD

hätte sich von der Heimattreue verabschiedet, zu einem Zerwürfnis. Der erhobene Vorwurf bezog sich auf die Aufnahme eines Dialogs mit Vertreter_innen der slowenischen Minderheit in Kärnten/Koroška und hatte einen (vorübergehenden) Rückzug des KHD von den Ulrichsbergfeierlichkeiten zur Folge.

Obwohl innerhalb der UBG argumentiert wurde, dass eine Einbeziehung der Opfer der Zivilbevölkerung den eigentlichen Sinn des Ehrenmales als Soldatengedenken stören und dies zu weite Kreise ziehen würde (Rencher 1999, 22), wurden letztlich dennoch Tafeln von und für Zivilist_innen angebracht.

Die „Volksdeutschen Landsmannschaften“ wurden bereits 1959 in die *Ulrichsbergarbeitsgemeinschaft* aufgenommen, aber erst 1987 wurde ihre eigene Gedenktafel mit der Inschrift „Unseren Gefallenen und Opfern aus Flucht und Vertreibung“ feierlich enthüllt (Rencher 1999, 22, 123). Wer glaubt, es könnten damit auch die Opfer der NS-Deportationen gemeint sein, irrt. Vielmehr geht es etwa um „Donauschwaben“, „Sudetendeutsche“ oder „Gottscheer“, die zu eigenen völkischen Einheiten als „Volksgruppen“, die außerhalb von Deutschland und Österreich angesiedelt waren, stilisiert werden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gründeten sich in Österreich und Deutschland verschiedene Landsmannschaften als Interessensorganisationen der so genannten „Vertriebenen“. Im Vordergrund stehen Entschädigungsforderungen und die Anerkennung der Singularität des Leids der „deutschen Vertriebenen“, die tatsächlichen Ursachen für die Umsiedlungspolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit werden komplett ausgeblendet. (Näheres zu den „deutschen Vertriebenen“ ist im Beitrag *Heimatrecht is very schlecht!* nachzulesen.)

Das geeinte Europa der Vaterländer

Am 1. Oktober 1994 wurde der Ulrichsberg durch die Enthüllung des *Europasteines* zur „Europagedenkstätte“ erklärt. Norbert Rencher weihte den Stein unter anderem mit folgenden Worten ein:

> „Männer aus allen europäischen Ländern haben die Notwendigkeit erkannt, für ein Europa ohne Kommunismus zu kämpfen. Ihre visionäre Tat haben viele dieser Freiwilligen Europäer mit dem Leben bezahlt. Hier auf dem Ulrichsberg – in dieser

> europäischen Gedenkstätte – haben diese Kriegsopfer zusammen mit allen Toten der beiden letzten Kriege, des Kärntner Abwehrkampfes und allen Opfern, die hilflos Gewalt erlitten, eine würdige Ruhestätte gefunden. Die Ulrichsberggemeinschaft bekundet mit diesem Werk die geistige Verbundenheit der Vergangenheit in eine gute Zukunft für die nachfolgenden Generationen in einem einigen Europa. [...] Glaubt mit uns an ein Europa der Vaterländer." (Zit. n. Rencher 1999, 151)

Hiermit wird deutlich, dass der am Ulrichsberg vertretene Europagedanke auf Antikommunismus und Antibolschewismus beruht und die ehemaligen Soldaten der (Waffen-)SS und der Wehrmacht angeblich für ein freies, geeintes Europa gekämpft hätten. Ähnliche Aussagen ziehen sich durch viele der Reden, die im Rahmen der Ulrichsbergfeierlichkeiten insbesondere bei den Krumpendorfabenden (auf diese wird später noch näher eingegangen) gehalten wurden. Zum Beispiel fand Jörg Haider sowohl 1985 als auch 1995 ähnliche Worte für die „lieben Kameraden" der (Waffen-)SS-Traditionsverbände, unter diesen die *Kameradschaft IV*:

> „Ihre Opfer sollen nicht umsonst gewesen sein! Ohne Ihren Opfermut gäbe es heute nicht jene Freiheit im westlichen Europa, die für viele schon so selbstverständlich geworden ist."

Und an der Entwicklung Europas werde deutlich, dass die „[...] Grundlage von euch für Frieden und Freiheit gelegt wurde." (Zit. n. Scharsach/Kuch 2000, 32)

Die Selbstdarstellung der Nationalsozialisten klang nicht viel anders, erklärte doch Propagandaminister Joseph Goebbels in seiner Rede am 18. Februar 1943:

> „Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk allein besitzen mit ihren Verbündeten die Kraft, eine grundlegende Rettung Europas aus dieser Bedrohung [dem Bolschewismus, Anm.] durchzuführen." (Zit. n. Scharsach/Kuch 2000, 32)

Die Ulrichsbergfahrer_innen

Die Urkunde der damals noch *Gesellschaft zur Errichtung eines Ehrenmals auf dem Zollfeld* genannten späteren *Ulrichsberggemeinschaft*, die 1958 bei der ersten Feierstunde angeblich im Sockel des Ulrichsbergkreuzes eingemauert wurde, wurde von folgenden Or-

ganisationen unterzeichnet: *Kameradschaft ehemaliger Gebirgsjäger; Heimkehrerverband Österreich, Land Kärnten; Kärntner Gebirgsschützenbund; Österreichischer Marinebund, Land Kärnten; Österreichischer Soldatenverband, Kameradschaft IV, Land Kärnten; Kärntner Sängerbund; Achter Jägerbund; Kärntner Abwehrkämpferbund; Kärntner Kriegsopferverband; Kärntner Landsmannschaft* (Rencher 1999, 23). In den folgenden Jahrzehnten arbeitete die UBG auch mit zahlreichen anderen Kameradschaften und (Veteranen-)Verbänden zusammen.

Unter diesen kam der *Kameradschaft IV* (K IV), einer rechtsextremen Veteranenorganisation ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS, eine Schlüsselstellung zu. Die K IV versucht die Waffen-SS, die vom *Nürnberger Gerichtshof* als Teil der SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt wurde, als vierten Teil der Wehrmacht und damit als unbedenklich hinzustellen und leitet auch ihren Namen daraus ab. Seitens des Bundesministeriums für Inneres wurde 1992 eine Überprüfung der Tätigkeit der K IV eingeleitet. Bezug nehmend auf die Zeitschrift *Die Kameradschaft* stellte der damalige Innenminister Franz Löschnak fest, dass sie die Verbrechen des NS-Regimes verharmlose und die (Waffen-)SS glorifiziere. Die K IV kam etwaigen vereinsrechtlichen Schritten im Oktober 1995 durch eine freiwillige Selbstauflösung des Bundesverbandes zuvor.[10]

Die zentrale Rolle der K IV wird nicht nur durch die von ihr gestifteten oder aufgestellten Gedenktafeln („Wir gedenken unserer toten Kameraden – Österreichischer Soldatenverband Kameradschaft IV"; „Des Soldaten Ehre ist seine Treue"), sondern auch durch das von ihr mit organisierte Rahmenprogramm deutlich. Gemeinsam mit der UBG veranstaltete die K IV am Tag vor dem Ulrichsbergtreffen traditionellerweise eine Begleitveranstaltung, die auch als „Krumpendorftreffen" – dem noch ein eigener Abschnitt gewidmet wird – bekannt wurde. Dabei fungierte die K IV als Schnittstelle sowohl zwischen den verschiedenen europäischen (Waffen-)SS-Veteranen-Verbänden, von denen seit Bestehen des Treffens jährlich

10 Zusammengefasste Informationen von: DÖW, Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands. „Kameradschaft IV (K IV)/Die Kameradschaft", www.doew.at

Delegationen aus ganz Europa anreisen, als auch zwischen der soldatischen Kriegsgeneration und einer nationalen und internationalen rechtsextremen Klientel.

Aufgrund des offensichtlichen Naheverhältnisses der UBG zu (Waffen-)SS- und Wehrmachtsveteranen und einer fehlenden (deutlichen) Distanzierung von nationalsozialistischem Gedankengut erfreute sich die Ulrichsbergfeier einer breiten Akzeptanz vor allem bei rechts-außen stehenden Organisationen. Zu den Feierlichkeiten reiste neben zahlreichen Kärntner_innen, Vertretern von Burschenschaften, dem *Ring Freiheitlicher Jugend* (RFJ) und dem *Ring Freiheitlicher Studenten* (RFS) ein bunt gemischtes Publikum bestehend aus Mitgliedern von (SS-)Veteranenverbänden (z. B. aus Deutschland, Norwegen, Belgien, Finnland, Frankreich, Schweden, Dänemark, Italien und den Niederlanden) und Vertreter_innen europäischer rechtsextremer Organisationen und Parteien (z. B. HIAG[11], *Stille Hilfe*[12], *Voorpost* aus Belgien, *Vlaams Belang*) sowie nationalen und internationalen Neonazis an. Die Teilnahme von in vollem Wichs antretenden Burschenschaftern war von Beginn an zentraler Bestandteil der Feierlichkeiten und die Burschenschaften stellen, als politische Vorfeldorganisationen der FPÖ, eine wichtige Verbindung zwischen der deutschnationalen Studentenschaft und der etablierten Politik dar.

Zudem nahmen neben dem *Österreichischen Bundesheer*, das bis 2008 bei den Feierlichkeiten eine tragende Rolle spielte, hochrangige Bundespolitiker_innen und Regierungsangehörige fast aller politischen Parteien nicht nur offiziell an der Ulrichsbergfeier teil, sondern erklärten sich auch bereit, die Festrede zu halten. Die Teilnahme des offiziellen Österreich in Form des Bundesheeres und von Landes- und Bundespolitiker_innen diente der demokratischen Legimitierung, und der UBG ist es dadurch gelungen, die Gedenkstätte und die Ulrichsbergfeier als Friedenssymbole für ein geeintes (EU-)Europa zu verkaufen. (Mit der „Verkaufsstrategie“ und der Etablierung der Ulrichsbergfeier als „Volksfest“ beschäftigt sich ausführlich der Beitrag *Der Ulrichsberg ruft!*)

11 Siehe S. 94
12 Siehe S. 94

Die Ulrichsbergfeier

> „Hoch ragt das Kreuz auf dem Ulrichsberg über unserer geliebten Heimat. Es ist 1. ein Zeichen großen Leides, 2. Sinnbild des Sieges und 3. Mahnmal für die Heimat. Es erinnert uns an die unzähligen Millionen, die in Leid und Not standen. Sind dies nicht vor allem auch die Soldaten, die großes Leid trugen für andere, für ihre geliebte Heimat, für Frauen und Kinder, Mütter und Väter? So ist dieses Kreuz der Dank der Heimat an ihre Soldaten für die leidvollen Opfer, die sie brachten. Das Kreuz ist aber auch der Dank der aus dem großen Leide des Krieges Heimgekehrten. [...] Das Heimkehrerkreuz ist aber auch ein Sinnbild des Sieges – oft mit Edelsteinen geschmückt – das die Rettung durch den Tod des Gottessohnes symbolisiert. [...] Das Heimkehrerkreuz ist ein Mahnmal für die Heimat, für das Kärntner Land – ein herrlich' Land." (Zit. n. Rencher 1999, 28)

So lautet ein Ausschnitt aus der Predigt, die anlässlich der Einweihung des Heimkehrerkreuzes am 17. Mai 1959 von Bischof Joseph Köstner gehalten wurde, der das zentrale Anliegen der UBG genau auf den Punkt bringt: Verehrung soldatischen Heldentums – Kameradschaft, Pflichttreue und Heimatliebe bis zum Tode!

Die Ulrichsbergfeier, die wie schon erwähnt seit 1959 – seit 1961 unter dem Motto „Der Ulrichsberg ruft" – jährlich abgehalten wurde, lief in einer ritualisierten Form ab: Militärmusik, Begrüßung, Grußbotschaften, Messe, Festrede, Kranzniederlagen, Ausklang der Feier bei Speis und Trank. Das Bundesheer und die farbentragenden Korporationen (Burschenschaften) bildeten von Anfang an den festlichen Rahmen, das Bundesheer sorgte zudem einerseits für die musikalische Begleitung und eine Ehrenwache, andererseits für den logistischen Ablauf der Feier. (Die engen Beziehungen des *Österreichischen Bundesheeres* zum Ulrichsberg werden im Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen* aufgearbeitet.) Einem militärischen Auftakt, der Begrüßung der anwesenden Kameradschaften, Abordnungen und ehrenwerten Einzelpersonen durch den Obmann der UBG und einer Messe folgte der Höhepunkt der Feier: die Festrede. Deren Inhalt war meist mehr oder weniger austauschbar und variierte nur in seiner Radikalität bzw. in seiner Nicht-Distanzierung von nationalsozialistischem Gedankengut.

Die Ehre, diese zu halten, hatte oft der jeweils amtierende kärntner Landeshauptmann[13], der Verteidigungsminister[14] oder der Militärkommandant des Landes Kärnten[15] sowie Historiker(_innen)[16] oder auch der Obmann des KAB[17], 1967 sogar der damalige Bundeskanzler Josef Klaus. Unumstößlicher Bestandteil jeder Rede war es – mit einigen wenigen Ausnahmen –, Soldatentum, Ehre, Treue, Kameradschaft und Opfertod hervorzuheben und dem Soldaten im Krieg ein heroisches, aufopferndes Wesen zu verleihen. Soldaten und Heimkehrer von der Front wurden einerseits zu Helden stilisiert, andererseits zu mehrfachen „Opfern" gemacht: zuerst „Opfer" des Krieges und in der Nachkriegszeit „Opfer" der „Siegerjustiz". Außerdem mussten die aus der Kriegsgefangenschaft Heimgekehrten die Opfer und Mühen des Wiederaufbaus auf sich nehmen. (Auf den am Ulrichsberg propagierten „Helden-Opfer-Mythos" wird im Artikel *Der Ulrichsberg ruft!* genauer eingegangen.)

Die Festredner(_innen) nahmen auch immer wieder Bezug auf aktuelle Ereignisse und waren somit unmittelbar politisch tätig. Die UBG setzte sich aktiv für die Freilassung von Walter Reder, einem ehemaligen SS-Obersturmbannführer, der für ein Massaker in der italienischen Ortschaft Marzabotto verantwortlich war und dafür 1951 in Bologna zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, ein. Karl Semmelrock entbot 1969 im Namen der UBG „[...] dem letzten österreichischen Gefangenen Major Walter Reder ihren Gruß" (zit. n. Rencher 1999, 54) und 1974 hielt der evangelische Heimkehrer-Pfarrer Ernst Hildebrandt einen flammenden Appell für dessen Heimkehr:

> „[W]enn alle Völker unter dem Kreuz stünden, gäbe es keine Kriegsgefangenen, dann wäre auch Major Walter Reder frei

13 z. B. Hans Sima, 1969; Leopold Wagner, 1974, 1980, 1984; Christoph Zernatto, 1991, 1998; Jörg Haider, 1985 (als Landesrat), 1990, 2000

14 z. B. Karl Schleinzer, 1961, 1962, 1963; Robert Lichal, 1989; Werner Fasslabend, 1995

15 z. B. Anton Holzinger, 1959, 1966; Julius Grund, 1975; Gerd Ebner, 1997

16 Claudia Fräss-Ehrfeld, 2003; die Historikerin war die einzige Frau, die jemals die Festrede halten durfte.

17 z. B. Fritz Schretter, 2006

> und dann würden nicht nur die Sieger recht haben, dann gäbe es Versöhnung.“ (Zit. n. Rencher 1999, 67)

Allen Ernstes bezeichnete die UBG einen verurteilten Kriegsverbrecher als den letzten österreichischen Kriegsgefangenen. Im Jahr 1985 wurde Walter Reder aus der Haft entlassen und bei seiner Einreise nach Österreich vom damaligen Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager mit Handschlag in Empfang genommen, was sogar in Österreich ein Skandal war. Im gleichen Jahr dokumentierte Norbert Rencher die Enttäuschung darüber, dass Walter Reder wider Erwarten nicht zur Ulrichsbergfeier kam (Rencher 1999, 117).[18]

In den Reden wurde auch nicht mit Tipps für die Weltpolitik im Allgemeinen und die österreichische Innenpolitik im Speziellen gespart[19]:

> „Man muss denen, die hungern, den Hunger stillen helfen, man muss denen, die arm sind, so viel geben, dass sie wenigstens bescheiden leben können, dann wird der Terrorismus auch sich nicht so selbstverständlich entwickeln können.“[20]
>
> „Friede und Freiheit haben ihren Preis, und darum JA zu unserem Bundesheer.“[21]

Zudem werden der „moralische[n] Niedergang der Menschheit“ und das „schrankenlose Streben nach Luxus, Wohlergehen und Bequemlichkeit“[22] beklagt und über die Geißeln der Gegenwart geschwafelt: „Lassen wir uns nicht vom Materialismus überrollen“.[23] Auch die Jugend wird vielfach angesprochen und versucht, ihr anstatt von „langhaarigen Perversen“ und „haltlosen Figuren“, die ihr nicht als Vorbilder dienen sollten[24], die soldatischen Tugenden –

18 Walter Reder nahm zwar nicht 1985, aber 1988 und 1989 an der Ulrichsbergfeier teil und wurde in Krumpendorf/Kriva vrba als Ehrengast herumgereicht (vgl. Fanta/Sima 2003).

19 Alle folgenden Zitate (abgesehen von Rudolf Gallob) zit. n. Rencher 1999

20 Rudolf Gallob, Präsident der UBG, 2005; das vollständige Transkript der Rede ist auf http://u-berg.at nachzulesen.

21 Stefan Knafl, Landeshauptmann-Stellvertreter von Kärnten, 1983

22 Militärdekan Felix Mayer, 1980

23 Karl Semmelrock, 1969

24 Karl Semmelrock, 1969

„Kameradschaft, Pflichttreue und Heimatliebe bis zum Tode!“ – als Werte zu vermitteln.

Zudem wurden jegliche Protestveranstaltungen gegen das Ulrichsbergtreffen kritisiert und die beteiligten Aktivist_innen diskreditiert, lächerlich gemacht und gleichzeitig bedroht. Die Palette reichte von „Polithexe“ bis zu „[...] wir rechnen ab mit diesen Menschen“.[25] Den verbalen Drohungen durch die UBG folgten nicht nur einmal tätliche Attacken von Neonazis auf protestierende Antifaschist_innen, beispielsweise wurde bei den *Antifaschistischen Aktionstagen* 2005 der Infostand angegriffen und 2008 in Krumpendorf/Kriva vrba wurden Aktivist_innen verprügelt. (Die vom *AK gegen den kärntner Konsens* organisierten *Antifaschistischen Aktionstage* werden im Beitrag *Pusten, Beamen, Schleifen, Sprengen* ausführlich beschrieben und deren Auswirkungen einer kritischen Reflexion unterzogen.)

Zum Abschluss der Feierlichkeiten wurde traditionell entweder das *Kärntner Heimatlied* oder das Soldatenlied *Ich hatte einen Kameraden* angestimmt und sowohl vor dem Stahlkreuz als auch im „Ehrenhain“ Kränze abgelegt. Die Kranzniederlagen wurden immer von Soldaten des *Österreichischen Bundesheeres* begleitet und die abgeworfenen Kränze durch eine Ehrenwache behütet.

Einige Tagesordnungspunkte wurden im Laufe der Jahre verändert. Unter anderem schrammten die von den Kameraden aus ganz Europa überbrachten Grußbotschaften immer wieder knapp an einer nationalsozialistischen Wiederbetätigung vorbei, sodass diese unter dem Druck der Staatspolizei zuerst zensuriert und dann endgültig abgeschafft wurden. Ebenso wurde, um den Gegner_innen der Ulrichsbergfeier eine Angriffsfläche weniger zu bieten, das so genannte Muldensingen, bei dem sich insbesondere die Kameraden der K IV zusammenfanden, um alte Soldatenlieder zu singen, aufgegeben.

25 Rudolf Gallob, 2005

Kameradschaftsabend in Krumpendorf/Kriva vrba

Neben der Feier am Ulrichsberg bildeten die Kameradschaftsabende, insbesondere der „Krumpendorfabend“[26], der von der K IV maßgeblich mit organisiert wurde, einen zentralen Bestandteil der Ulrichsbergfeierlichkeiten. Während die UBG bei der öffentlichen Bergfeier um Mäßigung bemüht war, fand hinter verschlossenen Türen eine Feier der anderen Art statt, die dem Gedankenaustausch zwischen Alt und Jung, (Waffen-)SS-Veteranen sowie deren Angehörigen und Nachfahren im Geiste, den Neonazis, diente. Trotz aller Sicherheitsmaßnahmen gelangten nicht nur einmal Bilder und Tondokumente dieses Treffens in die Öffentlichkeit. Außerdem waren in einschlägigen Nazi-Foren immer wieder begeisterte Berichte über die gelungene „Völkerverständigung“ beim Treffen der „Europäischen Patrioten“ zu lesen. Euphorisch berichtet wurde in diesem Zusammenhang vor allem über die ehrlichen Gespräche zwischen Jungen und Alten mit den ehemaligen Soldaten, vor allem den Europäischen Freiwilligen [Code für SS-Männer, Anm.], und den Austausch von unverfälschten Informationen. Auch Autogrammjäger, die auf der Suche nach ehemaligen Soldaten der (Waffen-)SS waren, kamen stets auf ihre Rechnung.

Am bekanntesten von den legendären Krumpendorftreffen ist wohl jener Abend im Jahr 1995, an dem Jörg Haider in seiner Rede vor ehemaligen (Waffen-)SS-Mitgliedern und Ritterkreuzträgern behauptete, sie hätten sogar eine Vorbildfunktion für die Jugend, weil sie „anständige Menschen“ geblieben sind,

> „[...] die einen Charakter haben und die auch beim größten Gegenwind zu ihrer Überzeugung stehen und ihrer Überzeugung bis heute treu geblieben sind.“[27]

26 Der Ort Krumpendorf/Kriva vrba befindet sich nur wenige Kilometer außerhalb von Klagenfurt/Celovec direkt am Wörthersee/Vrbsko jezero.

27 Im Originalton dokumentiert durch eine Videoaufnahme des Hamburger SS-Veteranen Franz Schmitz, der die Veranstaltung für bettlägerige Kameraden, die sich die Reise nach Klagenfurt nicht mehr zumuten wollten, filmte. Krumpendorf/Kriva vrba, 30.9.1995 (Scharsach/Kuch 2000, Fußnote 17)

Diese Aussage rehabilitiert pauschal die Generation der Kriegsteilnehmer und Kriegsverbrecher, spricht sie von aller Schuld frei und macht sie zu ehrenwerten Mitgliedern der Gesellschaft.

Unter den Anwesenden befanden sich Gudrun Burwitz, Tochter von *Reichsführer-SS* Heinrich Himmler, Otto Kumm, der letzte Kommandant der *SS-Leibstandarte Adolf Hitler*, der dänische Kriegsverbrecher Soeren Kam und SS-Offiziere wie Peter Timm von der berüchtigten *SS-Sturmbrigade Dirlewanger* oder Henri Moreau von der *SS-Division Wallonie* (Scharsach/Kuch 2000, 25).

Gudrun Burwitz ist der Ideologie ihres Vaters und dem Nationalsozialismus immer verbunden und in der Szene aktiv geblieben. Zum Beispiel ist sie seit 1951 im Verein *Stille Hilfe* tätig, der sich die (juristische) Unterstützung und Betreuung inhaftierter, verurteilter oder flüchtiger ehemaliger (Waffen-)SS-Mitglieder und (mutmaßlicher) NS-Kriegsverbrecher zur Aufgabe gemacht hat. Außerdem war sie Funktionärin der *Wiking-Jugend*, die nach dem Vorbild der Hitlerjugend organisiert und ideologisch ausgerichtet war und 1994 wegen Verfassungsfeindlichkeit verboten wurde.

Otto Kumm[28] war SS-Brigadeführer, Generalmajor der Waffen-SS und letzter Kommandant der *SS-Leibstandarte Adolf Hitler*. Im März 1938 wurde Otto Kumm Kompaniechef der in Klagenfurt/Celovec stationierten SS-Standarte *Der Führer* und nahm mit dieser 1939 am Überfall auf Polen teil. Für seine zahlreichen erfolgreichen Kampfeinsätze erhielt er das *Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub und Schwertern*. Otto Kumm gilt als einer der Mitbegründer der *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS e.V.* (HIAG), die 1951 als „Traditionsverband" in Deutschland gegründet wurde. Eines der erklärten Ziele der HIAG war (und ist) eine Durchsetzung der gesellschaftlichen und juristischen Wahrnehmung der Angehörigen der (Waffen-)SS als normale Soldaten. Die HIAG wurde zeitweilig als rechtsextremistisch vom Verfassungsschutz beobachtet und war bei der Bevölkerung und in Medien ab den 1960er Jahren zunehmend umstritten. Der Bundesverband löste sich 1992 auf, regionale Organisationen existierten aber vereinzelt weiter.

28 Otto Kumm (1909-2004)

Soeren Kam, ein in Dänemark zu lebenslanger Haft verurteilter ehemaliger SS-Freiwilliger, gehört wie Otto Kumm in die Reihe der mit dem *Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes* Ausgezeichneten. Mit Otto Kumm hat er außerdem gemeinsam, dass er ebenfalls zeitweilig in Klagenfurt/Celovec stationiert war, nämlich zur Ausbildung in der schon erwähnten SS-Junkerschule, die sich in der heutigen Lendorf/Dhovše-Kaserne befand.

Unter den Gäst_innen der Krumpendorfabende war auch die enge Freundin von Gudrun Burwitz, und wie diese Unterstützerin der *Stillen Hilfe*, Florentine Rost van Tonningen[29] zu finden. Florentine Rost van Tonningen war seit ihren Jugendjahren bekennende Nationalsozialistin und unterstützte bereits in den 1930er Jahren die nationalsozialistische Bewegung in den Niederlanden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie wegen Kollaboration angeklagt und zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Ihre Villa in den Niederlanden, die sie Anfang der 1950er Jahre nach ihrer Haftentlassung bezog, war jahrelang eine Art Wallfahrtsort für Rechtsextreme, Alt- und Neonazis, Revisionist_innen und Holocaustleugner_innen, die sie als Idol verehrten. Zeit ihres Lebens hielt sie an der NS-Ideologie des Antisemitismus, Rassismus, Sozialdarwinismus und des Führerkults fest – eine Nazi-Ikone im wahrsten Sinn des Wortes.

Als einer der prominentesten Referenten aus der rechtsextremen Szene war auch Jürgen Rieger[30] einmal angekündigt. Über Jürgen Rieger ließen sich ganze Bücher schreiben, deshalb sei hier nur gesagt, dass er der Hauptorganisator und Initiator des *Rudolf-Hess-Gedenkmarsches* in Wunsiedel war, 1969 dem *Bund Heimattreuer Jugend* beitrat, Funktionär der NDP und der 1994 verbotenen *Wiking-Jugend*, Vorstand der *Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung*[31] und prominenter Anwalt in zahlreichen Prozessen gegen Neonazis war. Nicht zuletzt wurde er in zahlreichen Strafverfahren wegen Körperverletzung und wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole und Verhetzung – teilweise allerdings nur zu Geldstrafen – verurteilt.

29 Florentine Sophie (Florrie) Rost van Tonningen (1914-2007)
30 Jürgen Hans Paul Rieger (1946-2009)
31 Bis 1972: *Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege* [sic!]

Im Jahr 2000 versuchte der Vorsitzende des *Kameradenwerkes Korps Steiner*, Kurt Meyer, einmal mehr, den deutschen Angriffs- und Vernichtungskrieg umzudeuten:

> „Ohne unsere Soldaten der Waffen-SS würde es heute kein freies Europa geben. Wir wären vom Kommunismus-Bolschewismus überrollt worden. Bekennen wir, dass unsere damalige Regierung den Mut hatte, 1941 den Befehl zum Vormarsch zu geben. Das war kein Leichtsinn. Es war die letzte Rettung Europas." (Zit. n. Neues von ganz rechts – Oktober 2000; www.doew.at)

Welcher Geist in Krumpendorf/Kriva vrba weht, zeigt auch ein im Jahr 2000 dort verteiltes Flugblatt:

> „Ich bewundere Adolf Hitler von Tag zu Tag mehr. Der Mann hat zwölf Jahre regiert. Er hat mehr als fünf Jahre Krieg geführt, davon drei Jahre äußerst erfolgreich! Und das mit einem Volke, welches zu einem Drittel emigriert war, zu einem Drittel im Konzentrationslager saß und zu einem Drittel wütenden Widerstand leistete. Das soll dem Mann einmal erst einer nachmachen." (Zit. n. Neues von ganz rechts – Oktober 2000; www.doew.at)

In diesem illustren Personenkreis von ehemaligen Mitgliedern der (Waffen-)SS und deren Unterstützer_innen, von verurteilten und mutmaßlichen Kriegsverbrechern, deren Geisteskindern und deren Helfeshelfer_innen, von Alt- und Neonazis fallen Gäste mit einem auf die Finger tätowierten „Sieg Heil" nicht einmal mehr auf.

Epilog

> „Direktor Dr. Gernot Piccotini des Kärntner Landesmuseum schreibt im Nachwort der wissenschaftlichen Broschüre ‚Der Ulrichsberg, ein heiliger Berg Kärntens': ‚Die Kärntner Ulrichsberg-Gemeinschaft hat im Jahre 1959 die Ruine der Kirche St. Ulrich durch Konservierung nicht nur vor dem weiteren Verfall bewahrt, sondern durch die Ausgestaltung der Kirchenruine und ihrer Umgebung zu einer würdigen Gedenkstätte für die Opfer beider Weltkriege, des Kärntner Abwehrkampfes sowie für die Opfer des Luftkrieges in der Heimat und die der Volksdeutschen, auch zur Fortsetzung der sakralen Tradition

auf dem Ulrichsberg bis in die Gegenwart, beigetragen.'" (Zit. n. Rencher 1999, 8)

Nachdem 2009 der damalige Obmann der UBG, Wolf Dieter Ressenig im Internet Nazi-Devotionalien anbot, wurde dem *Österreichischen Bundesheer* von Verteidigungsminister Norbert Darabos per Dekret die Teilnahme an der Ulrichsbergfeier untersagt. Wie viel Vorarbeit nötig war, um einen Verteidigungsminister dazu zu bringen, dieses Verbot auszusprechen, wird im Artikel *Bundesheer im Rückzugsgefecht* geschildert. Alles zusammen löste in der UBG gröbere Turbulenzen aus und so sah sie sich dazu gezwungen, ihre lange geplante 50-Jahr-Feier abzusagen. Im Stadtsaal von Krumpendorf/Kriva vrba fand 2009 auch keiner der legendären Kameradschaftsabende statt, dennoch gibt es Hinweise darauf, dass es in anderen Räumlichkeiten dementsprechende Treffen gab.

Während die UBG nur noch um Schadensbegrenzung bemüht war, beschloss die FPÖ kurzerhand, sich den Ulrichsberg nicht nehmen zu lassen. Sie rief daher 2009 zu einer Kranzniederlage und Feier im engsten Kreis auf, zu der neben Mitgliedern der FPÖ einschlägig bekannte Neonazis, beispielsweise der wegen Wiederbetätigung rechtskräftig verurteilte Neonazi Gottfried Küssel, auftauchten. Die UBG selbst distanzierte sich bereits im Vorfeld von dieser Feier, weil diese nicht ihren Vorstellungen und Traditionen entsprach, konnte sie jedoch nicht verhindern.

Ein Jahr nach der Absage der 50-Jahr-Feier trat die personell umstrukturierte UBG 2010 neuerlich auf den Plan und organisierte wieder eine Feier, diesmal jedoch nicht am Ulrichsberg, sondern am Zollfeld beim Herzogstuhl.

Wie sich dieser Spuk weiterentwickeln wird und ob und wann die beschworene Gegenwart möglicherweise zur Vergangenheit wird, bleibt abzuwarten. Der Einschätzung der Zukunft der Ulrichsbergfeier ist am Ende dieses Buches ein eigener Beitrag gewidmet: *Das Echo auf den Ruf des Ulrichsbergs.*

Literatur

Berger, Florian (2003). Ritterkreuzträger im Österreichischen Bundesheer 1955-1985. Wien

Fanta, Walter/Sima, Valentin (2003). Stehst mitten drin im Land. Das europäische Kameradentreffen am Kärntner Ulrichsberg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec

Rencher, Norbert (1999). Ulrichsberg-Dokumentation Nr. 1. Klagenfurt

Scharsach, Hans-Henning/Kuch, Kurt (2000). Haider – Schatten über Europa. KiWi Paperback – Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln

Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus. 2. Auflage 1993. Hrsg. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (vergriffen; liegt im DÖW auf)

Internetquellen und weitere Informationen

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW). www.doew.at

AK gegen den kärntner Konsens. www.u-berg.at; vollständige Transkripte einiger Festreden; Bilder und weitere Informationen zu den Gedenktafeln im „Ehrenhain“

AK GEGEN DEN KÄRNTNER KONSENS

Der Ulrichsberg ruft!

Traum …?

Heute – es ist ein Sonntag im Herbst – heißt es früh aufstehen, denn der Ulrichsberg ruft wieder. Nicht nur in ganz Kärnten – vor allem in Krumpendorf, wo die Gäste aus ganz Europa logieren –, sondern auch in weiten Teilen Österreichs werfen sich hunderte Menschen in Montur. Bei den einen gehört der (Kärntner) Trachtenanzug oder ein Dirndl zum Aufputz, bei anderen kommt nur die alte Uniform in Frage. Sitzen auch alle Orden richtig? Vor allem das *Ritterkreuz* muss zur Geltung kommen, daran erkennen die alten und jungen Kameraden gleich, wer ein wirklich tapferer Soldat war.

Andere wiederum ziehen ein passendes T-Hemd an und fragen sich: Wird heute der richtige Tag für die *Reichskriegsflagge* sein? Zumindest einpacken kann man sie ja. Doch halt! Die Staatspolizei und die Antifanten [Antifaschist_innen, Anm.] sind sicher wieder in Aktion, da muss man aufpassen, was man mit sich herumträgt.

Am Bahnhofsvorplatz in Klagenfurt stehen die Shuttlebusse schon bereit, die nach etwa 30 Minuten Fahrt am Fuß des Ulrichsbergs ankommen. Am Weg nach Karnburg, dem Ort am Fuße des Berges, treffen sie mit den Reisebussen aus Deutschland, den Niederlanden, Belgien oder Frankreich zusammen. Auch zahlreiche private PKWs bahnen sich ihren Weg über die schmale Bergstraße – in den letzten Jahren auch an Demonstranten, Blockaden und Polizeiabsperrungen vorbei.

Am Parkplatz beim „Kollerwirt“, wo schon das Festzelt für die Bewirtung nach der Feier aufgestellt ist, angekommen, steht ein etwa 45-minütiger Fußmarsch bevor. Für diejenigen, die den Aufstieg zum Gipfel aus Altersgründen nicht mehr schaffen oder denen er zu mühsam ist, stehen Militärfahrzeuge bereit, welche die Gäste in nur fünf Minuten direkt zur Gedenkstätte hoch oben am Ulrichsberg bringen. Oben angekommen, warten die „Marketenderinnen“

– Frauen im Dirndl – ein Schnapserl zur Stärkung nach dem Aufstieg und zur Einstimmung auf die Feier auf.

Die Vertreter der Burschenschaften in vollem Wichs mit Kapperl, Degen und Fahnen sind schon angetreten, ebenso die Militärkapelle des Bundesheeres – ein würdiger feierlicher Rahmen. Die Vertreter des *Kärntner Abwehrkämpferbundes* und der ((Waffen-)SS-) Veteranen-Organisationen aus ganz Europa präsentieren stolz ihre Fahnen, die *Kameradschaft IV* mit ihrer schwarze Fahne mit dem Wahlspruch „Des Soldaten Ehre heißt Treue" – früher hieß das noch „Unsere Ehre heißt Treue" – ist natürlich auch dabei.

Ein kurzer Blick in den Ehrenhain ruft Erinnerungen an die alten Kameraden wach, alle sind sie hier auf den Ehrentafeln vertreten – die Gebirgsjäger, die (Waffen-)SS-Veteranen, die Ritterkreuzträger, die Abwehrkämpfer. All die tapferen Soldaten, die für die Heimat, für Kärnten, für Deutschland heroisch gekämpft und sich geopfert haben. Für eine nähere Betrachtung ist nach der Feier Zeit genug, vor allem die Kränze werden dann das Bild noch eindrucksvoller und fotogener machen, aber jetzt geht's los.

Ich habe einen Kameraden

Tusch! Die Militärkapelle spielt zum Auftakt der Feier. Ruhe! Es folgt die Begrüßung der Anwesenden durch einen Vertreter der *Ulrichsberggemeinschaft*. Auch heute sind sie wieder gekommen, all die tapferen Männer, die Kameraden, die Heimkehrer, die alten und jungen Soldaten – vertreten durch die zahlreichen Veteranen-Organisationen und das *Österreichische Bundesheer*. Tief verbunden durch eine Kameradschaft, die es nur zwischen Männern geben kann. Kameradschaft hat uns in schwierigen Zeiten zusammengehalten und verbindet uns bis heute, hält uns aufrecht. Kameradschaft ist ein Wert, den auch die Jungen hier auf dem Berg verstehen, der ihnen in Zukunft Halt geben wird, den sie weiter tragen sollen.

Wie oft ich es wohl noch hier herauf schaffen werde? Viele der alten Kameraden habe ich schon lange nicht gesehen, in den letzten Jahren ist es einigen zu mühsam geworden und manche weilen nicht mehr unter uns. Das waren halt noch bessere Zeiten, als man mit den Kameraden, die wussten, was Krieg heißt, die an der gleichen Front gekämpft haben, die auch das Grauen der Kriegsgefan-

genschaft und die Heimkehr erlebt haben, Erfahrungen und Gedanken austauschen konnte. Die Jungen verstehen das einfach nicht so gut – wobei manche schon. Man muss sich um den Nachwuchs, der weiterhin der Soldaten gedenken und unsere Gedanken weiter tragen wird, vielleicht doch nicht so viele Sorgen machen. Auch wenn sie noch recht jung sind, Kameraden im Geiste sind sie ja trotzdem und so stolz darauf, ein Autogramm von uns Alten zu bekommen.

Wir sind Helden

Auch heute geht der Festredner auf die soldatischen Tugenden Pflichtbewusstsein, Opferbereitschaft und vor allem Kameradschaft ein. Solche Worte lassen das schöne Relief *Kameraden*, das so treffend alle Tugenden eines Soldaten in sich vereint, vor dem geistigen Auge aufblitzen. Unsere Soldaten sind Helden, das kann wohl niemand bezweifeln. Nur durch ihren Heldenmut haben wir heute den Weltfrieden, nur durch sie ist Europa das, was es heute ist – frei. Und die jungen Soldaten werden dafür sorgen, dass das auch so bleibt, diese immer wieder aufflammenden Diskussionen, das Bundesheer abzuschaffen, sind einfach unverständlich.

Ein bisschen pathetisch ist das alles aber schon... Doch zugegeben, nach den Erzählungen gestern am Abend in Krumpendorf muss man sie einfach als Helden anerkennen, diese Kämpfer, die unsere deutsche Heimat verteidigt haben. Ich kann stolz darauf sein, dass auch mein Großvater damals ganz vorne an der Front im Kampf gegen diese Kommunisten dabei war, dafür hat er ja auch das *Ritterkreuz* bekommen, das er mir kurz vor seinem Tod geschenkt hat. Tragen kann ich es ja nicht, das wäre doch ein wenig anmaßend, aber gestern in Krumpendorf haben wir gegen diese Antifanten auch Mut bewiesen, das war ein toller Kampf.

Wir sind Opfer

Unsere treuen gefallenen Kameraden haben sich im Krieg für die Heimat geopfert und die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft haben unsere zerstörte Heimat wieder aufgebaut – unsere Generation musste so viele Opfer bringen. Auch die Frauen, die ihre Männer, ihre Söhne, die im Kampf heldenhaft gefallen sind, verloren haben und den Bombenhagel der Alliierten miterleben mussten,

haben mitgeholfen, aus den Trümmern ein neues Österreich aufzubauen.

Wie kann man das denn nur anders sehen? Den Historikern fällt immer wieder etwas anderes ein, warum die ganze Kriegsgeneration Verbrecher gewesen sein sollen. Wer von uns wollte denn schon diesen Krieg, wer hat denn schon freiwillig gekämpft? Wir mussten ja! Und dann die Kriegsgefangenschaft in Russland, da haben sie uns behandelt wie den letzten Dreck. Uns Heimkehrern aus einem sieglosen, plötzlich sinnlos gewordenen Krieg hat man nicht geglaubt, dass wir nur für das Vaterland gekämpft haben. So viel Unrecht wie uns, der Kriegsgeneration, angetan wurde, hat es in ganz Europa noch nicht gegeben, das muss man doch sehen und begreifen. Diese Linken sollten lieber einmal Geschichte lernen anstatt unsere Friedensfeier ständig zu stören.

Heimat, Kärntner Heimat

Schön, dass auch den Abwehrkämpfern noch gedacht wird, die vor langer Zeit unsere Heimat gesichert haben. Ohne ihren Opfermut wäre unsere schöne Kärntner Heimat heute nicht bei Österreich, sondern bei Slowenien oder einem anderen dieser kommunistischen Länder. Die Abwehrkämpfer haben dafür gekämpft und gelitten, dass unsere Heimat so schön ist wie heute, ohne sie hätten die Slawen und Kommunisten Kärnten schon 1920 überrannt.

Auch aus dem zweiten Versuch der Kommunisten, uns unsere Kärntner Heimat wegzunehmen, ist nichts geworden, die Tito-Partisanen hatten nichts anderes im Sinn, als Kärnten zu einem Teil Jugoslawiens zu machen, unvorstellbar, wie es uns heute gehen würde, wenn sie das geschafft hätten. Und diese slowenische Minderheit, die soll endlich Deutsch lernen und nicht immer noch mehr Rechte wollen, die haben ja die vielen Vertriebenen auch nicht, die wurden ihrer Heimat beraubt und müssen nun völlig entrechtet fern von dieser leben.

Unser Kärnten ist so ein schönes Heimatland, das lassen wir uns weder schlecht reden noch durch zweisprachige Ortstafeln verschandeln. Wir sind stolz auf Kärnten und unsere Traditionen, vor allem das Friedensfest am Ulrichsberg und die 10. Oktober-Feier-

lichkeiten, die gehören genauso zu uns wie der Kärntner Trachtenanzug.

Es lebe Europa

Der *Europastein* steht nun schon seit 1994 hier, erst 1995 kam Österreich zur Europäischen Union – die *Ulrichsberggemeinschaft* hat immer schon einen besonderen Weitblick und ein Gespür für die richtigen Werte gehabt. Das Zusammenwachsen Europas ist wichtig für unseren Wohlstand und unsere Sicherheit, den Frieden. Aber die Ost-Erweiterung kann ein Problem für uns werden, da gehört schon aufgepasst, dass das nicht zu weit geht und womöglich auch noch die Türkei in die EU aufgenommen wird, irgendwo muss ja Schluss sein. Ein islamisches Land, das passt nicht in unseren christlichen Kulturkreis.

Seit Jahren gedenken wir an einer der schönsten europäischen Friedensgedenkstätten unserer toten Kameraden und bekunden somit unsere geistige Verbundenheit mit der Vergangenheit in eine gute Zukunft in einem geeinten Europa – ein befriedigender Gedanke, ein wichtiger Beitrag, den Frieden in Europa, in der ganzen Welt aufrechtzuerhalten. Schon die Wehrmacht hat gegen den Kommunismus und Bolschewismus gekämpft – wir alle stehen für ein Europa der Vaterländer.

... und Wirklichkeit!

Solche und ähnliche Gedanken bewegen möglicherweise die Besucher_innen des Ulrichsbergtreffens. Aber was steht tatsächlich dahinter? Wie ist es möglich, dass sich an diesem Ort so unterschiedliche Teilnehmer_innen – (deutschnationale) Burschenschaftler, *Österreichisches Bundesheer*, (Waffen-)SS-Veteranenorganisationen, Soldatenverbände, „Heimatverbände", der *Kärntner Abwehrkämpferbund*, Rechtsextremist_innen und Neonazis[1] – mit Politiker_in-

1 Die Unterscheidung zwischen Rechtsextremist_innen und Neonazis bezieht sich auf den Grad ihrer Radikalität: Neonazis zeichnen sich durch ihre inhaltliche Nähe zum Nationalsozialismus und ihre Leugnung seiner Verbrechen, Gewalttätigkeit und Gewaltakzeptanz aus. Neonazismus ist somit zugespitzter Rechtsextremismus plus Gewalt plus offene

nen fast aller Parteien und der (bürgerlichen) „Normalbevölkerung“ zu einer gemeinsamen Feier zusammenfinden? Welche gemeinsamen Beweggründe stehen dahinter, wo gibt es auf den ersten Blick keine Gemeinsamkeiten, auf den zweiten aber vielleicht doch? Wo werden Symbole auf verschiedene Weise interpretiert und woraus ergibt sich schlussendlich die eingeschworene Gemeinschaft der Ulrichsberg-besucher_innen? Im Folgenden wollen wir versuchen, gemeinsame identitäre Anknüpfungspunkte für die Besucher_innen des Ulrichsbergtreffens aufzuzeigen.

Voran gestellt werden soll dem nachstehenden „Ausflug“ in die Welt des Ulrichsberggedenkens die gebräuchlichste Definition des Begriffs „Rechtsextremismus“, der kurz umrissen durch folgende Charakteristika definiert wird: Kult des (Helden)Todes; Freund-Feind-Schema, dichotomes Denken, Reduktion der Komplexität sozialen Lebens; (deutscher oder völkischer oder integraler) Nationalismus; Verschwörungstheorien (rationalisierte Paranoia); „Sündenbock“-Mechanismen (Neigung zu Projektionen); nationalisierende (pro-deutsche) Geschichtsbetrachtung bis hin zu „Revisionismus“ (Holocaust-Relativierung oder -Leugnung). Dazu kommt eine Demonstration von Stärke und Männlichkeit und ein damit verbundener Hass auf alles als „weiblich“ identifizierte „Schwache“ (vgl. Schiedel 2007).

Für sich genommen und in einem anderen Kontext sind viele der genannten Elemente nicht zwangsläufig rechtsextrem. Sie stellen vielmehr Anknüpfungspunkte zur politischen „Mitte“ dar, welche es den Rechtsextremist_innen erlauben als Träger_innen der Mehrheitsmeinung zu posieren. Das hält sie gleichzeitig nicht davon ab, sich als von „Faschismuskeulen“ und „Gesinnungsterror“ verfolgte Minderheit zu stilisieren (vgl. Schiedel 2007).

Aus den nachstehenden Ausführungen sollte klar werden, in welchem Milieu das Ulrichsbergtreffen angesiedelt ist und wo die

NS-Apologie (Schiedel 2007, 29). Prinzipiell wird Neonazismus in Österreich durch das Verbotsgesetz strafrechtlich verfolgt, de facto ist das Gesetz sehr eng formuliert. Der Begriff „Neonazi“, wie er in diesem Artikel verwendet wird, ist nicht explizit als Vorwurf einer strafbaren Handlung zu verstehen, dient aber dazu, den Grad der Radikalität zu verdeutlichen.

Berührungspunkte zwischen Rechtsextremismus und breiter gesellschaftspolitischer Akzeptanz liegen.

Kameradschaft, Pflichttreue und Heimatliebe bis zum Tode!

Diese Grundideen – Kameradschaft, Pflichtbewusstsein, vor allem in Sinne eines soldatischen Treueeides, und die Liebe zur „Heimat“ – haben laut Eigenaussage der *Ulrichsberggemeinschaft* (UBG) zur Errichtung des so genannten „Heimkehrerkreuzes“ geführt (Rencher 1999, 40).

Die UBG stellt erstens das Gedanken an die gefallenen Soldaten, deren Kameradschaft untereinander, deren Pflichterfüllung und Pflichtbewusstsein, deren Treue und Liebe zur „Heimat“ und deren Heldenmut, der letztendlich zu ihrem Tod geführt hat, und zweitens das Glück der „Heimkehrer“, die dem Tod entrinnen konnten und die als „Verkünder der Sinnlosigkeit des Krieges“, als „Mahner für den Frieden“ stehen sollen, in den Vordergrund ihrer Feierlichkeiten. Die sich selbst als „Heimkehrer“ bezeichnenden Kriegsveteranen verknüpfen das Gedenken an die toten Kameraden direkt mit einer Willenskundgebung für einen dauerhaften Frieden, die sich in dem wiederholten Spruch „Nie wieder Krieg!“ widerspiegelt. Ein Gedanke, der den des Friedens noch weiterführt, ist die Idee eines demokratischen und friedlichen Europas, das seit 1994 durch den *Europastein* symbolisiert werden soll und sich auch in der ab 1997 neuen offiziellen Vereinsbezeichnung *Ulrichsberggemeinschaft – Heimkehrer- und Europagedenkstätte* ausdrückt (Fanta/Sima 2003, 158).[2]

Diese Grundpfeiler, die von der UBG standhaft nach außen hin vertreten werden, sind einerseits im Mainstream weitgehend positiv besetzt und lassen andererseits viel Raum für unterschiedlichste Interpretationen. Somit wird für die Besucher_innen der Ulrichsbergfeier eine Palette an möglichen Identifikationsmomenten und Anknüpfungspunkten geschaffen.

2 Im Lauf ihrer Geschichte hat die heutige UBG öfter ihre offizielle Vereinsbezeichnung geändert, vgl. dazu Fanta/Sima 2003.

Das Phänomen Kameradschaft unter Männern

> „Wir wissen, daß im Begriff Kameradschaft gelebter Humanismus, ehrliche Menschlichkeit und aktivste Solidarität verwirklich ist." (Rencher 1999, 13)

An oberster Stelle der ethischen Werte, welche die UBG dem Soldatentum zuschreibt, steht die „Kameradschaft":

> „Kameradschaft ist verwirklichte Nächstenliebe und praktizierte Solidarität. Nie kann Kameradschaft Unrecht sein." (Rencher 1999, 105)

Die Wertigkeit von „Kameradschaft" drückt sich auch in den Namen der von der UBG und in ihrem Umfeld herausgegebenen Soldatenzeitschriften *Ich hatt' einen Kameraden* und *Die Kameradschaft* aus.[3] Um dem erfolglosen Einsatz im Zweiten Weltkrieg und der Kriegserfahrung im Nachhinein einen tieferen Sinn zu verleihen, wird „Kameradschaft" an sich als zeitloser Wert konstruiert. Dadurch wird es möglich, alle Kriegsteilnehmer – die ehemaligen Soldaten der Wehrmacht und der (Waffen)-SS – losgelöst von ihrer Involvierung in die NS-Verbrechen in den Kreis der „treuen Kameraden" aufzunehmen.

Das Konzept der „Kameradschaft" wird sowohl im Bundesheer als auch unter den ehemaligen Soldaten der Wehrmacht und der (Waffen)-SS und deren Veteranenorganisationen hochgehalten. Obwohl die UBG selbst eine Unterscheidung zwischen der soldatischen und anderen Kameradschaftsformen trifft – bei der selbstredend ersterer die höhere Bedeutung zugemessen wird –, unterstreicht die Teilnahme von Burschenschaften, Feuerwehr und nicht zuletzt Neonazis die Ulrichsbergfeier als eine Feier der generationenübergreifenden Männerbünde.

Genauso wie in der hegemonialen Geschichtserzählung Kriege und Kriegserinnerungen einzig und alleine Männern zu gehören scheinen, können auch am Ulrichsberg nur Männer Helden der Geschichte sein – dazu wird passenderweise in der Bundeshymne

3 *Ich hatt' einen Kameraden* wurde von der UBG vom September 1953 bis Juni 1954 herausgegeben. Im September 1954 erschien die erste Nummer des Blatts *Die Kameradschaft*. Obwohl die UBG ihre Verbindung zu dieser Zeitschrift in Abrede stellt, dient sie ihr dazu, ihre wesentlichen Botschaften in die Öffentlichkeit zu transportieren (vgl. Fanta/Sima 2003).

„Heimat bist du großer Söhne…" proklamiert und „Ich hatte einen Kameraden…" gesungen. So wird auch die Funktion dieses Events zur Kultivierung und Aufrechterhaltung einer soldatischen und patriarchalen Identität deutlich. Obwohl zum Beispiel Bundesheer und Feuerwehr durch das „Anwerben" von Frauen eine Öffnung der Männerbünde suggerieren und Frauen zweifellos auch in der rechtsextremen Szene eine Rolle spielen, bleiben Frauen aus „Heldentum" und „Kameradschaft" ausgeschlossen.

Dennoch wird allen Teilnehmer_innen an der Ulrichsbergfeier der angeblich zeitlose Wert der „Kameradschaft" in überhöhter Form vermittelt und einer so positiven Bewertung unterzogen, dass dieser in unreflektierter Weise als gesellschaftliche Normalität akzeptiert werden kann. Somit wird allen – angefangen beim Mainstream bis in die Neonazi-Szene – ein generationenübergreifender Berührungspunkt offeriert, auch denjenigen, denen eine Aufnahme in Männerbünde verwehrt wird.

Helden, Opfer und Feinde braucht das Land

> „[D]enn es kann doch nicht so sein, dass jene, die auf der Siegerseite gestanden sind, als Helden gefeiert werden, während jene, die auf der Verliererseite gestanden sind, zu Verbrechern gestempelt werden." (Jörg Haider, Festrede 1990)

Am Ulrichsberg werden alle Soldaten einerseits zu Helden stilisiert, die an der Front kämpfend das Vaterland verteidigt und mannhaft die zerstörte „Heimat" wieder aufgebaut haben. Andererseits machen sie sich selbst aber auch zu Opfern, die von Außenstehenden als solche anerkannt werden wollen: Opfer ihrer Zeit, Opfer eines Krieges, Opfer der Nachkriegsjustiz, und als „Heimkehrer" aus der Kriegsgefangenschaft mussten sie das Opfer des Wiederaufbaus auf sich nehmen. Ebenso sind die „Daheimgebliebenen" – genauso wie die „Heimat" selbst – Opfer des Krieges, vor allem des „Bombenterrors der Alliierten" und der Siegerjustiz.

Da – wie schon erwähnt – Kriege und Kriegserinnerungen prinzipiell den Männern gehören, treten Frauen in diesem Szenario nur als in Beziehung zum Mann gesetzte Wesen in Erscheinung – als Mütter oder Ehefrauen (vgl. Rettl 2002). Der weiblichen Bevölkerung wird jedoch auch ein Opferstatus zuerkannt, einerseits als Op-

fer der alliierten „Besatzer“ und zum Teil als „Trümmerfrauen“, die sich am Wiederaufbau der „Heimat“ aktiv beteiligen mussten, andererseits als sich aufopfernde Mütter der Gefallenen, die ihre Männer und Söhne verloren haben. Das nationalsozialistische Frauenbild mit seiner Festlegung von Frauen auf ihre Rolle als „Soldatenmütter“ scheint hier durch.

Im Zentrum der Erinnerung steht das persönliche Schicksal, dem man (angeblich) ausgeliefert war. Unter dem Mantel der „Pflichterfüllung“ wird die eigene Verantwortung für und die Beteiligung an den NS-Verbrechen geleugnet – Täter_innen werden zu „pflichterfüllenden Opfern“ der Geschichte. Opfermythos und Heldentum gepaart mit Kameradschaft verbinden sich zu einem Bild, genau wie es durch das Relief *Kameraden*, das im so genannten „Ehrenhain“ am Ulrichsberg hängt, verdeutlicht wird. (Einer näheren Beschreibung des „Ehrenhains“ und des Reliefs *Kameraden* ist ein Abschnitt des Artikels *Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen* gewidmet.) Heldentum und Opfermut – zwei positiv bewertete Tugenden, die darüber hinaus eng mit Treue und Kameradschaft verbunden werden, vereinigen sich im Soldaten als Verteidiger des Vaterlands und der „Heimat“. Bei so vielen positiven Vorzeichen fällt es leicht, auch Kriegsverbrecher in den Kreis der Helden aufzunehmen.

Die gefallenen Soldaten, die Heimgekehrten, die so genannten deutschen „Vertriebenen“, die „Soldatenmütter“– sie alle können jedoch nur dann als Opfer gesehen werden, wenn die tatsächlichen Opfer des Nationalsozialismus ausgeblendet werden. Ein Gedenken an die Opfer des deutschen (lies: österreichischen) Vernichtungskrieges und des industriellen Massenmordes ist ein Tabu, denn ein solches würde die Frage nach den (Mit)Täter_innen aufwerfen und damit sowohl die eigene Opferrolle in einem anderen Licht erscheinen lassen als auch im Widerspruch zur Geschichte eines „heldenhaften Einsatzes für die Heimat“ stehen.

Als es Josef Martinz in seiner Festrede 2005 wagte, die Opfer des Nationalsozialismus und die Verbrechen der SS-Totenkopfver-



Relief „Kameraden" im Ehrenhain am Ulrichsberg

bände und der Waffen-SS zu erwähnen[4], verließ ein großer Teil des Publikums empört die Veranstaltung und die UBG sah sich zu einer Richtigstellung genötigt und verkündete, dass die ehemaligen Mitglieder der Waffen-SS herzlich willkommen seien.[5]

Im Einklang damit braucht das kollektive „Wir" der Kameraden zugleich Feind_innen, gegen die man sich gemeinsam verteidi-

4 Josef Martinz sagte in der Festrede 2005: „Für mich gibt es auch einen klaren Unterschied zwischen Wehrmachtsangehörigen und den zu den anderen Einheiten Zwangsrekrutierten einerseits, und Mitgliedern der SS-Totenkopfverbände und Waffen-SS andererseits, die ihre menschenverachtenden Taten, und wir kennen diese, in den Konzentrationslagern, aber nicht nur dort, begangen haben. Hier gibt es nichts zu tolerieren und nichts zu beschönigen. Hier und das muss auch klar gesagt werden, wurden ganz bewusst Verbrechen begangen, Verbrechen an der Menschlichkeit." Das komplette Transkript der Festrede von Josef Martinz kann auf www.u-berg.at nachgelesen werden.

5 Rudolf Gallob, 2005 Präsident der UBG: „Wir machen [...] zwischen der so genannten Totenkopf-SS und den Soldaten der Waffen-SS einen Unterschied. [...] [W]eil die ehemaligen Teilnehmer der Waffen-SS sind Soldaten und sie sind am Ulrichsberg gerne willkommen."

gen muss. Schulter an Schulter haben die Kameraden gegen den gemeinsamen Feind – den Bolschewismus – gekämpft. Dieser Kampf für die angebliche Freiheit wird in antislowenischen Ressentiments und nicht zuletzt im Feindbild „Partisan_innen“ perpetuiert. Schlug sich der Deutschnationalismus der Kärntner_innen schon lange in einer Politik der Ausgrenzung der slowenischsprachigen Minderheit nieder, so wurde 1941 mit der Forderung Adolf Hitlers „Macht mir dieses Land deutsch“ der endgültige Befehl zur Deportation der Kärntner Slowen_innen gegeben. (Siehe den Artikel *„Macht mir dieses Land wieder deutsch!“*) Gleichzeitig schlossen sich viele Kärntner Slowen_innen dem antifaschistischen Kampf der Partisan_innen an, die am Ulrichsberg für ein gemeinsames Feindbild stehen, denn sie hätten doch immer nur aus rein nationalistischem und/oder kommunistischem Kalkül heraus gekämpft, um Gebietsansprüche für Slowenien zu stellen. Den Partisan_innen wird der Stempel „Feind“ aufgedrückt und ihr Kampf gegen den Faschismus delegitimiert.

Jene, die sich am Ulrichsberg treffen, sehen sich kollektiv als Opfer der Nachkriegsgesellschaft, „Heimkehrer“ genauso wie „Daheimgebliebene“ – eine einzige Nation der Opfer und der bis heute Verfolgten: verfolgt von den Kommunist_innen, von den Medien, von Historiker_innen, vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands* und von Antifaschist_innen, als deren Opfer sich auch Rechtsextremist_innen und Neonazis sehen. Gleichzeitig sind sie alle Held_innen, im Sinne einer, die „wahren“ Werte hochhaltenden, dem „Zeitgeist“ trotzenden (Volks)Gemeinschaft, die allen Anfeindungen zum Trotz mutig und tapfer gegen die Medienwelt und „einäugige Historiker“ kämpft und dabei noch einmal den „Geist wahrer und selbstloser Kameradschaft“ durchlebt (vgl. Rettl 2002).

Die UBG präsentiert sich so januskšpfig, wie sie selbst den Ulrichsberg schon 1954 beschrieben hat:

> „[...] des mons carantanus, eines der vier heiligen Berge, an die sich aus der frühesten Geschichte des Landes ein Toten- und Vegetationskult knüpfte. Dem dämonischen Doppelgesicht der Gottheit des Todes und Lebens – Januskopf – verbunden, hinterließ dieser Ehrfurcht fordernde Brauch bis in unsere lebendige Gegenwart seine Spuren im Stammesbewußtsein des Kärntners.“ (Aus: „Das Zollfeld ruft!“; zit. n. Rencher 1999, 18)

Am Ulrichsberg wird die gesamte Kriegsgeneration – NS-Verbrecher_innen inklusive – als Heldin und Opfer gefeiert und betrauert: von Schuld und Täter_innen keine Spur.

Das Europa, das sie meinen

> „Wir alle hier, die Daheimgebliebenen und unsere gefallenen Kameraden, bildeten einstens die Europaarmee im Kampf gegen den Kommunismus." (Paul Rösch 1975, Europareferent der UBG; zit. n. Rencher 1999, 69)

Am Ulrichsberg nährt der grundlegende Tenor einer antikommunistischen und revisionistischen Europaidee die Selbstrechtfertigung der Waffen-SS als „Europa-Armee" (vgl. Fanta/Sima 2003). Wie schon Paul Rösch in seinem Grundsatzreferat vor der versammelten UBG 1975 den „Kampf der Europaarmee" beschwor, hob der damalige Landesrat Mario Ferrari-Brunnenfeld in seiner Festansprache 1978 unter anderem hervor, dass die „ehemaligen Soldaten die zielstrebigen Vorkämpfer für ein vereinigtes Europa waren", und forderte alle dazu auf, „unermüdlich für die Verteidigung von Recht und Ordnung sowie für Frieden und Freiheit in Europa anzutreten". (Rencher 1999, 78)

Die bei der Ulrichsbergfeier überbrachten Grußbotschaften und Leser_innenbriefe an *Die Kameradschaft* malen das „Vereinte Europa im Sinne der Waffen-SS" weiter aus. So schreibt ein begeisterter Ulrichsbergfahrer 1975:

> „Den verbindenden Gedanken des Ulrichsberges auf europäische Dimensionen auszuweiten, war nur den Kameraden der ehemaligen Waffen-SS möglich, weil nur diese Truppe in der Lage war, Freiwillige aus anderen Ländern in ihre Reihen aufzunehmen. [...] [A]uf den Schlachtfeldern ist der Europagedanke, mit Blut besiegelt, erste Wirklichkeit geworden. Nicht von oben herab, wie auch heute Europa nicht von oben herab diktiert werden kann. Europa kann nur aus uns erwachsen, aus uns, die wir dieses erlittene Vermächtnis unserer gefallenen Kameraden zu verwirklichen haben." (Zit. n. Fanta/Sima 2003, 85)

Die Grußbotschaften der europäischen Teilnehmer_innen haben den gleichen Tenor und klingen dann etwa so:

> „Liebe neue Generation, wenn ihr es schafft – wenn ihr Europa wieder dazu bringt, was es einst war, die Quelle der Kultur – die Quelle einer gesunden Welt – wenn ihr das schafft, dann waren wir nicht umsonst Soldaten." (Zit. n. Rencher 1999, 133)

Durch die geopolitischen Umbrüche in Richtung eines EU-Europas und schließlich durch den Beitritt Österreichs zur EU ergab sich für die UBG die Möglichkeit einer Modernisierung ihres Europagedankens. So versuchte die UBG durch die Aufstellung des *Europasteins* im Jahr 1994 die Gedenkstätte als europäische Friedensgedenkstätte zu propagieren, um sie so besser in der Mainstream-Gesellschaft verankern zu können. Gleichzeitig erging damit ein Appell an die Politiker_innen, ein soziales, demokratisches und friedliches Europa zu schaffen.

Doch bei der Einweihung des *Europasteins* wurde zum wiederholten Mal klar, auf welchem Boden der Europagedanke am Ulrichsberg ruht:

> „Männer aus allen europäischen Ländern haben die Notwendigkeit erkannt, für ein Europa ohne Kommunismus zu kämpfen. Ihre visionäre Tat haben viele dieser Freiwilligen Europäer mit dem Leben bezahlt." (Zit. n. Rencher 1999, 151)

Die (Wieder)Vereinigung Deutschlands wird 2001 von Karl Semmelrock felsenfest als „[...] eine späte Bestätigung dafür, dass wir mit unserem opfervollen Einsatz gegen den Kommunismus und Bolschewismus seinerzeit nicht ganz falsch gelegen sind", interpretiert (zit. n. Rettl, 2002).

Dennoch lassen die mit Europa-Worten durchsetzten Reden am europäisch beflaggten Ulrichsberg leicht den Eindruck aufkommen, dass dieses Treffen tatsächlich zur Stärkung eines EU-Europas abgehalten wird. Auch (christlich-)konservative Kreise wie jene der ÖVP, die Europa als abendländische Wertegemeinschaft definieren, können sich mit dem Gedanken eines friedlichen Europas anfreunden. Ein vereintes EU-Europa, das als friedenssicherndes Nachkriegsprojekt verstanden wird, steht kaum im Verdacht, für rechtes Gedankengut anfällig zu sein, und bietet dem gesellschaftlichen Mainstream die Möglichkeit, sich mit der Feier zu identifizieren.

Der Europagedanke am Ulrichsberg hat somit viele Facetten und nicht alle meinen mit ihrem „Europa-Bekenntnis" das gleiche. Die unterschiedlichen Definitionen von Europa machen „Europa"



Der „Europastein" dient während der Feier als Redner_innen-Pult

zu einem Scharnierbegriff, der den Besucher_innen aus den unterschiedlichen (politischen) Milieus – Bürgerlichen, Rechtskonservativen, Rechtsextremen und Neonazis – gleichermaßen als Identifikationsmoment dient: Europa wird einerseits als Vaterlandsbegriff, der in Volksgrenzen denkt, sich für die Wiederherstellung einer völkischen Einheit – ein Europa der Völker – einsetzt und sich gegen einen „multikulturellen Einheitsbrei" verwehrt, gedacht. Dem gegenüber steht das Konzept des Zusammenrückens Europas, um den Frieden – damit verbunden jedoch auch die Außengrenzen vor allem gegen Zuwanderung – zu sichern und die imaginierte christlich-europäische Wertegemeinschaft zu erhalten.

Der Friede, den sie meinen

> „[D]enn nur Menschen, die die Apokalypse des Krieges erlebt haben, können den Unterschied zwischen Krieg und Frieden wirklich ermessen." (Gerd Vallon, Festrede 1979; zit. n. Rencher 1999, 84)

Eng verbunden mit dem Europagedanken, der so weit reicht, dass der Ulrichsberg als „Europaberg" bezeichnet wird, wird mit den Schlagworten „Friede" und „Nie wieder Krieg" die zeitlose Botschaft „Wir wollen den Weltfrieden" propagiert, wobei es den Soldaten vorbe-

halten bleibt, zu verstehen, was Frieden wirklich bedeutet. Gleichzeitig mit dem Bekenntnis zum Frieden, das am Ulrichsberg lautstark verkündet wird, wird einer militärisch gesicherten Friedensordnung das Wort geredet, denn in den Ruf nach Frieden darf sich bei einem Soldatengedenken natürlich keine Ablehnung des Soldatischen mischen: „Friedensbereitschaft darf Wehrgesinnung nicht ausschließen", verkündet Paul Rösch 1982 (Rencher 1999, 94). Die Kombination aus soldatischem Friedensgedanken und einer Pro-Bundesheer-Haltung klingt bei Gerd Vallon 1974 dann so:

> „Wir Gezeichneten des Krieges wissen, daß die Folgen solcher Auseinandersetzungen Ungerechtigkeit, Gewalt, Verwüstung und Katastrophen sind. Wir müssen alles tun, um den Frieden zu erhalten. Dazu gehört aber, daß endlich Schluß gemacht wird, unser Bundesheer, das unseren Frieden sichert, ständig anzugreifen und zu diffamieren!" (Zit. n. Rencher 1999, 67)

Die Notwendigkeit einer militärischen Landesverteidigung zur Friedenssicherung wird (nicht nur am Ulrichsberg) quer durch alle Bevölkerungsschichten anerkannt und „Friede" an sich als grundlegendes Konzept demokratischer Staaten verstanden. Diese ausgesandten Botschaften finden bei den Ulrichsbergbesucher_innen inklusive Politiker_innen breiten Anklang und werden in den von Politikern gehaltenen Festreden von diesen auch selbst propagiert.

Kärnten/Koroška: das Bollwerk des Deutschnationalismus

> „Wenn die damaligen jugoslawischen Forderungen erfüllt worden wären, dann würde der rote Kommunistenstern heute am Tauernkamm wehen! Wie dann die Weltlage aussehen würde, entzieht sich wohl jeder Beurteilung!" (Aus: Die Kameradschaft 1970; zit. n. Fanta/Sima 2003, 67)

Die Ulrichsberg-Gedenkstätte und die Ulrichsbergfeier beziehen in ihr Gedenken nicht nur die Soldaten – die gefallenen und die heimgekehrten – des Ersten und Zweiten Weltkriegs ein, sondern auch die des so genannten „Kärntner Abwehrkampfes" 1918/1919 (siehe den Artikel *„Wo man mit Blut die Grenze schrieb...!"*). Die gemeinsame Inszenierung des Gedenkens der kärntner Abwehrkämpfer und der Gefallenen der beiden Weltkriege hat für beide Seiten einen ideologischen Nutzen: Der „Abwehrkampf" der kleinen Gruppe der



Gedenktafel des „Kärntner Abwehrkämpferbundes"

Deutschkärntner(_innen) erhält eine geschichtlich größere Bedeutung, und umgekehrt wird der hegemoniale deutsche Angriffskrieg in dieser Gesellschaft auch zum deutschen und europäischen „Abwehrkampf" (vgl. Fanta/Sima 2003, 67).

Der Ulrichsberg selbst ist traditionellerweise ein Ort, an dem seit langer Zeit der so genannten „Abwehrkämpfer" gedacht wird:

> „Schon in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts gedachte man am Ulrichsberg der Toten aus dem Abwehrkampf 1918/19, der die Voraussetzung der ersten Volksabstimmung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs war. Deutschbewußte Kärntner mit Studenten aus ganz Österreich und freiwillige Kampfgenossen aus Tirol gestalteten immer am 10. Oktober, dem Tag ‚Kärnten frei und ungeteilt', diese Gedenkstunde." (Rencher 1999, 8)

So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass der *Kärntner Abwehrkämpferbund* (KAB) sowohl am Ulrichsberg selbst als auch innerhalb der UBG seit vielen Jahren eine tragende Rolle spielt. Der KAB pflegt die Tradition des so genannten „Abwehrkampfes" im deutschnationalen Sinne mit ausgesprochener Frontstellung gegen die slo-

wenische Minderheit, die der geradezu absurden kärntner Urangst vor den „Slaw_innen“ Rechnung trägt.

Über den so genannten „Abwehrkampf“ bietet der Ulrichsberg für die Besucher_innen der Feier zwei mögliche Identifikationsmomente: Einerseits ist dieser „Kampf für die Freiheit“ nicht nur in Kärnten/Koroška, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus positiv bewertet, was sich zum Beispiel im Jahr 2010 zur 90-Jahr-Feier in den stundenlangen bundesweiten Fernsehübertragungen widerspiegelte. Andererseits steht der „Kärntner Abwehrkampf“ in enger Verbindung mit dem in Kärnten/Koroška am Beginn des 20. Jahrhunderts erstarkenden Deutschnationalismus – die abgewehrte „slawische Bedrohung“ bedeutet für Deutschkärntner_innen einen „Sieg“. Kärnten/Koroška wird so gesehen retrospektiv zum Bollwerk gegen den Kommunismus und gleichzeitig zu einem Schutzwall für das *Deutschtum*, das es zu verteidigen gilt.

Im Zusammenhang damit schürt die UBG antislowenische Ressentiments und verbreitet völkisches Gedankengut. So meinte Gerd Vallon 1974 zu innerkärntnerischen Problemen:

> „Wir verstehen nicht, daß eine Minderheit allein Rechte zu haben glaubt und nicht verstehen will, daß auch die völkische Mehrheit [sic!] Rechte und Ansprüche haben muß [...].“ (Rencher 1999, 67)

Ein Jahr darauf wird der ganze Weg auf den Ulrichsberg mit Heimatparolen markiert: „Es gibt kein Slowenisch-Kärnten“ und „Deutsche und windische Kärntner einig gegen Slowenisierung“.[6] Kritik an diesen Slogans und einer Fahne mit der Aufschrift „Kärnten deutsch, frei und ungeteilt“ wird mit dem Argument, was denn sonst auf einer Fahne stehen solle, etwa: „Kärnten slowenisch, unfrei und geteilt?“, abgewehrt (Rencher 1999, 70).

6 Der deutschnationale „Historiker“ Martin Wutte stellte die Theorie auf, dass Kärntner Slowen_innen gar keine Slowen_innen seien – die „Windischen“ wären vielmehr auf „natürliche Art und Weise“ und „aus Verschmelzung bzw. aus der ‚Bluts-‘, ‚Kultur-‘ und ‚Schicksalsgemeinschaft‘ mit den Deutschen“ entstanden und stünden den Deutschkärntner_innen viel näher als den Slowen_innen. Siehe Fußnote 2 im Artikel *„Macht mir dieses Land wieder deutsch!“*

Deutsche Patriot_innen unter sich

Zusammenfassend fügt sich im Ulrichsberggedenken der Kampf der Deutschen Wehrmacht nahtlos in den Grenzland- und Abwehrkampf-Mythos ein, der nach 1945 durch die Verteidigung der Grenze zum kommunistischen Jugoslawien fortgesetzt wurde. Der diffuse Begriff der „Heimat", der in diesem Zusammenhang bei den Ulrichsbergfeiern immer wieder bemüht wird, ist damit je nach Sichtweise beides – das kleine (deutsche) Kärnten/Koroška und das kleine Vaterland Österreich oder das große „Deutsche Reich". Der Heimatdiskurs mit seiner scheinbaren Idylle ist Teil der propagierten Verharmlosung der an NS-Ideale angelehnten Grundhaltung, die unter dem Mäntelchen einer angeblich europäischen Friedensfeier sowohl (kärntner) Patriot_innen als auch ehemalige Wehrmachtssoldaten, Kollaborateur_innen, NS-Sympathisant_innen und Neonazis eint (vgl. Rettl 2002). Als verbindendes Element kann im Grunde der Deutschnationalismus gesehen werden, der das „große deutsche Volk" zum Verteidiger der „Heimat" werden lässt. Wie Kärntner_innen den Spagat schaffen, zugleich Österreicher_innen und Deutsche zu sein, wird im Artikel *„Wie man mit Blut die Grenze schrieb…!"* näher beleuchtet.

Die bisher ausgeführten inhaltliche Anknüpfungspunkte – Kameradschaft, Heldenverehrung, Opfermythos, Europabegriff, Völkerfrieden, Heimatliebe, Deutschnationalismus – liefern der heterogenen Besucher_innenschaft, je nach Interpretation, die Beweggründe, an der Ulrichsbergfeier teilzunehmen. Darüber hinaus trägt die rituelle Inszenierung der Feier wesentlich dazu bei, über die Grenzen dieser Zusammengehörigkeit ein Gemeinschaftsgefühl zu erzeugen.

Rituale verbinden

Rituale dienen dazu, ein positives „Wir"-Gefühl, eine gemeinsame Identität zu erzeugen. Das gemeinsame Erleben, das „Dabeisein" bei den Ulrichsbergfeierlichkeiten verbindet die Besucher_innen über die Generationen hinweg und lässt die unterschiedlichen politischen Anschauungen in den Hintergrund treten.

Genau diese gemeinsame erlebte „Wir"-Emotion wird durch den ritualisierten Ablauf der Feier bedient. Über Jahrzehnte bot die Feier den Besucher_innen, die auf den bei der Gedenkstätte in Form einer Arena fix montierten Sitzbänken Platz genommen hat-

ten, immer das gleiche Bild: In vorderster Reihe die in vollem Wichs angetretenen Burschenschaften, die Fahnen schwingenden Abordnungen des *Kärntner Abwehrkämpferbundes*, der soldatischen Kameradschaftsbünde und der (Waffen-)SS-Veteranenorganisationen, dazu die musikalische Untermalung durch eine Militärkapelle. Davor das Rednerpult, später auch der *Europastein*, dahinter das hoch aufragende Stahlkreuz und die Kapellenruine, in der sich der „Ehrenhain" befindet. Auch die Veranstaltung selbst folgt(e) in einer ritualisierten Form immer demselben Muster: Antreten des Bundesheeres, Militärmusik, Begrüßung durch einen Vertreter der UBG, von Militärpfarrern zelebrierte christliche Messe, Festrede, Abschlusslied, Kranzniederlagen, dazwischen eingestreut Grußbotschaften von Vertreter_innen der anwesenden Organisationen und der so genannten „Jugend", und schließlich Ausklang der Feier bei Speis und Trank in gemütlicher Bierzeltatmosphäre.

Die christliche Messe, die einen zentralen Punkt des Rituals darstellt, trägt zur sakral-kultischen Inszenierung der Feierlichkeiten bei. Durch den Gebrauch der Wörter „Opfer" und „geweiht" im „Vermächtnis der Heimgekehrten"[7], das den Kreuzsockel ziert, erfährt auch die Kriegsteilnahme eine sakrale Aufwertung (Fanta/Sima 2003, 22), die durch das riesige Stahlkreuz als christliches Symbol noch verstärkt wird und sich nahtlos in das durch Kirchlichkeit geprägte Kärnten/Koroška einfügt. Das zackige militärische An- und Abmelden des Bundesheeres am Beginn und am Ende der Feier – das skurrilerweise nicht nur gegenüber dem Militärkommandanten, sondern auch gegenüber einem Mitglied der UBG erfolgt – verbindet das religiöse mit einem militärischen Ritual, das die Gesamtinszenierung umrahmt.

Deutschnationale Burschenschaftler und Neonazis haben zwar mit der Religion nicht viel am Hut, aber eine „Weihe" des Vaterlands durch den Soldatentod vereinigt letztendlich auch germanisch-geprägte Kriegermythen mit christlich religiösen Vorstellungen. Auf diese

7 „Vermächtnis der Heimgekehrten! Siehe Vaterland, das haben wir dir zurückgebracht, unsere Treue, unsere Tapferkeit, unsere Liebe, geweiht durch die Opfer von Zehntausenden. Es wird dir viel bedeuten müssen, heute und für alle Zukunft."

Weise ist eine breite Identifikationsbasis geschaffen, die weder religiöse noch nicht-religiöse Besucher_innen ausschließt (vgl. Rettl, 2002).

Bei oberflächlicher Betrachtung lässt sich das Ulrichsbergtreffen als ein Volksfest inklusive Freiluft-Gottesdienst mit Militärmusik interpretieren – ein Wochenend-Event, dessen Besuch keiner Rechtfertigung bedarf.

Friede, Freude, deutscher Eintopf

Die Ulrichsbergfahrer_innen können sich des „Refrains" – wie es Walter Fanta nennt –, einer Wiederholung weitgehend identischer Formulierungen, sicher sein: Soldaten- und Heldenverehrung, Opfermythen, Geschichtsrevisionismus, Heimatliebe (bis zum Tod), antislowenische Ressentiments und ein ausgeprägter Antikommunismus finden eine kontinuierliche Repräsentanz. Durch das wiederholte gemeinsame Erinnern, das Erzählen der immer gleichen Geschichtsmythen und durch die Sakralisierung des Gedenkens erfahren die Teilnehmer_innen ein mythisches Gemeinschaftserlebnis, das sie seit Jahrzehnten in einem diffusen „Wir" verbindet.

Die oftmals verklausulierte Sprache und die Verwendung von Scharnierbegriffen vermitteln dem heterogenen Publikum unterschiedliche Botschaften, die je nach Interpretation dem ganzen Spektrum an Teilnehmer_innen – konservativ bürgerlich bis rechtsextrem neonazistisch – identitäre Anknüpfungsmöglichkeiten bieten. Der *Ulrichsberggemeinschaft* ist es über Jahrzehnte nicht nur gelungen, ein revisionistisches Soldatengedenken fest in der kärntner Gedenk(un)kultur zu verankern, sondern dieses auch einem breiten Publikum als integrativen Massen-Event zu verkaufen.

Die Teilnahme von Vertreter_innen der demokratisch gewählten Parteien – FPÖ und deren Spalt- und Fusionsprodukte BZÖ und FPK sowie ÖVP und SPÖ – und das wiederholte Auftreten von Bundes- und Landespolitikern als Festredner dienten gleichzeitig als Schutz- und Legitimationsfunktion sowie dazu, den offiziellen Charakter der Feierlichkeiten herauszustreichen.

Der Ulrichsberg hat über Jahrzehnte gerufen. Gekommen sind alle: Kriegsverbrecher, Freiwillige, Veteranen, Heimkehrer, Alt- und Neonazis, deutschnationale Burschenschaftler, aber auch viele Kärntner_innen auf der unreflektierten Suche nach einem Ausflugs-

ziel für das Wochenende und hochrangige Politiker(_innen) auf der Suche nach Wähler_innenstimmen. Der Janusberg mit seinem dämonisches Doppelgesicht konnte über Jahrzehnte beides sein: Familien-Ausflugsziel und Neonazi-Treff.

Literatur

Fanta, Walter/Sima, Valentin (2003). Stehst mitten drin im Land. Das europäische Kameradentreffen am Kärntner Ulrichsberg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec

Rencher, Norbert (1999). Ulrichsberg-Dokumentation Nr. 1. Klagenfurt

Rettl, Lisa (2002). Der Ulrichsberg ruft. Oder: Alles was recht(s) ist. In: Peter Gstettner/Grete Anzengruber/Peter Malina [Hrsg.]. Die Mühen der Erinnerung. Zeitgeschichtliche Aufklärung gegen den Gedächtnisschwund Bd.1. Wien. Nachzulesen auch auf www.kaernoel.at

Scharsach, Hans-Henning/Kuch, Kurt (2000). Haider – Schatten über Europa. KiWi Paperback – Kiepenheuer & Witsch Verlag, Köln

Schiedel, Heribert (2007). Der Rechte Rand. Extremistische Gesinnungen in unserer Gesellschaft. Edition Steinbauer, Wien

Weitere Informationen

www.u-berg.at

Teil 2:
Gedenktraditionen

Rechter Unfug

Rechte und rechtsextreme Geschichtspolitik ist nicht auf Kärnten/Koroška und schon gar nicht auf den Ulrichsberg beschränkt. In den folgenden Texten werden spezifische militaristische, rechte und rechtsextreme Gedenktraditionen in Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit aus unterschiedlichen Perspektiven behandelt. Der Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen* stellt sich der Frage, was das Bundesheer am Ulrichsberg zu suchen hat. Der *AK Angreifbare Traditionspflege*, der die Proteste gegen die jährliche – in mancher Hinsicht mit dem Ulrichsbergtreffen vergleichbare – Feier der Gebirgsjäger im bayrischen Mittenwald organisierte, steuerte einen Text zum *Kameradenkreis der Gebirgstruppe* bei. In ganz Europa existieren Vereinigungen ehemaliger Freiwilliger der (Waffen-)SS, die beim Ulrichsberg gern gesehene Gäste sind. Ein Artikel widmet sich daher den historischen Hintergründen dieser NS-verherrlichenden „Traditionspflege“. Doch auch unabhängig vom Ulrichsberg können Rechtsextremist_innen in Kärnten/Koroška „Urlaub bei Freunden“ machen. Das gespenstische Treiben ehemaliger kroatischer *Ustaše* und ihrer Anhänger_innen bei Bleiburg/Pliberk ist Thema des Textes *Willkommen in Kärnten*. Abschließend geht es dann um die Erinnerungstradition der so genannten „Vertriebenen“, die in den letzten Jahren auch im Mainstream vermehrt zum Thema wurde und darüber hinaus seit Jahrzehnten zum Standardinventar rechtsextremer Argumentation gehört.

MATHIAS LICHTENWAGNER

Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen: Bundesheer, Wehrmacht und (Waffen-)SS

Entstehung, Bezugnahmen und Kontinuitäten des kärntner Militärkommandos. Oder: Was sucht das Bundesheer am Ulrichsberg?

Dieser Artikel beschäftigt sich mit der Traditionspflege[1] des *Österreichischen Bundesheeres* und den Kontinuitäten desselben zu Verbänden des „Dritten Reichs", wofür die Unterstützung des Ulrichsbergtreffens als Beispiel dient. Dabei wird insbesondere das Militärkommando Kärnten/Koroška – seine Teilverbände, Traditionspflege und Geschichte – in den Blick genommen. Anhand von zwei Biographien soll die persönliche wie historische Ebene dieser Kooperation herausgestrichen werden. Der Artikel bildet die Basis für die Bewertung der bis zuletzt engen Kooperation von Bundesheer und *Ulrichsberggemeinschaft*, die in einem eigenen Artikel vorgenommen wird (siehe Artikel *Bundesheer im Rückzugsgefecht*).

50 Jahre Ulrichsberg, 50 Jahre Bundesheer mit dabei: Fakten

Das *Österreichische Bundesheer* (im Folgenden: BH) unterstützte das Ulrichsbergtreffen seit seiner Gründung und Etablierung in den 1950er Jahren. Das BH war schon in die Errichtung der Gedenkstätte aktiv eingebunden: Pioniere führten etwa Sprengungen zur Sicherung des Geländes durch, Rekruten waren zum Anlegen der Zufahrtswege auf den Ulrichsberg abgestellt (vgl. Rencher 1999, 26). Auch bei der Weihe der Gedenkstätte im Mai 1959 nahmen bereits mehrere BH-Abordnungen aus Kärnten/Koroška teil, die aller-

1 Traditionspflege bezeichnet die Bezugnahmen einer militärischen Einheit auf Vorgänger-Einheiten u. Ä., vgl. dazu ausführlich den Artikel *Bundesheer im Rückzugsgefecht*.

erste Festrede hielt der erste Militärkommandant des Bundeslandes nach 1945 (vgl. ebd., 27, 31). Mehrere hochrangige Offiziere waren seit Beginn in der *Ulrichsberggemeinschaft* (UBG) aktiv, nahmen an Vorstandssitzungen teil, sorgten für die Rückendeckung und Unterstützung aus dem BH und hielten den Kontakt ins Verteidigungsministerium in Wien. Von 1959 bis inklusive 2008 stellte das BH der UBG Material wie etwa Zelte oder auch Transportfahrzeuge zur Verfügung. Busse, Jeeps und Truppentransporter fuhren Gäste vom Parkplatz zum „Heimkehrerkreuz". Die Unterstützung fand darüber hinaus auch auf symbolischer Ebene statt: Die Militärkapelle war als musikalische Untermalung der Feierlichkeiten ebenso fixer Bestandteil wie die Teilnahme hochrangiger BH-Angehöriger in Uniform, was durch deren namentliche Begrüßung bei der Feier noch unterstrichen wurde. Die feierliche „militärische Abmeldung" gegenüber dem ranghöchsten Offizier nahm dieser nicht alleine, sondern zusammen mit dem Obmann der UBG ab. Die als Höhepunkt der Feierlichkeit stattfindende prozessionsartige Ablage von Kränzen am „Heimkehrerkreuz" wurde von Bundesheerrekruten in Paradeuniform durchgeführt, die Kränze nach der Ablage von den Rekruten bewacht und nach der Veranstaltung in den „Ehrenhain" getragen. Dort befinden sich auch 2011 noch mehrere Gedenktafeln, die das offizielle BH-Emblem tragen.

Das BH ist bis zuletzt einer der wesentlichen Stützpfeiler des Ulrichsbergtreffens gewesen. Dabei stellt der Ulrichsberg aber nur eines von mehreren Beispielen für die engen und vielfältigen Verbindungen des Netzwerks von „Heimkehrern" (Soldaten/Offiziere der Wehrmacht/(Waffen-)SS) und „Aktiven" (Bundesheersoldaten/-offiziere), die an deren Geschichte und Identität anzuschließen versuchen, dar. Die Geschichte des Militärkommandos Kärnten/Koroška weist vielfältige Rückbezüge auf, die im Folgenden anhand der Biographien zweier Personen, die auch im Nachkriegs-Kärnten und -Bundesheer eine Rolle gespielt haben, gezeigt werden sollen. Durch diese Biographien soll auch die Struktur von in Österreich aufgestellten Wehrmachts-Gebirgsjägereinheiten im Allgemeinen und deren Beteiligungen an Massakern und Überfällen etwas erhellt werden.

Nordlandfahrer, Freiwilligen-SS, Kärntner Militärkommandant, Ulrichsberg-Festredner Anton Holzinger

Holzinger wurde 1901 geboren, trat 1920 ins Bundesheer der Ersten Republik ein und stieg rasch die Rangleiter in verschiedenen Gebirgsjägereinheiten hinauf. 1938 wurde er als Hauptmann in die Wehrmacht übernommen und Kompaniechef im Kärntner *Gebirgsjägerregiment 138*. Er nahm in dieser Einheit am Überfall auf Polen teil und wurde bereits bei diesem mit dem *Eisernen Kreuz II. Kl.* ausgezeichnet. Wie ein Großteil der in Österreich aufgestellten Wehrmachtseinheiten war seine Einheit in Südpolen eingesetzt, im Nachhinein merkte er dazu an:

> „Ein größerer Einsatz blieb dem Regiment verwehrt, groß aber waren die Leistungen [...] durch Galizien, an Krakau vorbei über Mislenice [...] und alles brannte auf den Angriff auf Przemysl." (Hacker 1960b, 96)

Zusammen mit dem *Gebirgsjägerregiment 139* unter Alois Windisch nahm Holzinger im *Gebirgsjägerregiment 138* im Jahr 1940 am Überfall auf das neutrale Norwegen teil, hier bereits als „Führer der Aktion ‚Wildente'", einer Spezialmission (vgl. Thomas 1993, 363). Laut Holzinger verlief der Überfall so:

> „Eine Handvoll Gebirgsjäger, unterstützt von den tapferen Matrosen und Fallschirmjägern, hatten eine vielfache Übermacht aufgehalten, in einem Kampf, in dem alles gegen die tollkühnen Nordlandfahrer verschworen schien."

Und anderswo:

> „Das Regiment, das die Hauptlast des Kampfes trug und dessen Helden die Männer von Narvik waren, war das Kärntner Hausregiment, das wieder unvergänglichen Lorbeer um sein Feldzeichen gewunden hatte." (Hacker 1960a, 87)

Es folgten weitere Beförderungen und er wechselte als Bataillonsführer ins *Gebirgsjägerregiment 139*, diente also direkt unter Alois Windisch. Nach einem kurzen Ausflug ins deutsche Afrikakorps übernahm er schlussendlich das Kommando über das *Gebirgsjägerregiment 139* (vgl. Barthou 2007, 90).

„Einsatz an der Spitze eines Gebirgsjägerregiments gegen Partisanen am Balkan“[2]

Als es mit der deutschen Expansion zu Ende ging, verschlug es Holzinger zurück in die „Heimat“: Ab 1943 war er Regimentsführer, nach Eigenangaben sogar Kommandeur, von mindestens drei Waffen-SS-Einheiten. Auch die *23. Waffen-Gebirgsdivision* der SS wurde von ihm 1944 in Klagenfurt/Celovec aufgestellt, ausgebildet und danach auf den Balkan geführt (vgl. Barthou 2007, 90; Thomas 1993, 364). All diese Einheiten waren unter dem Deckmantel der „Bandenbekämpfung“ zur militärischen Bekämpfung von PartisanInnen am Balkan eingesetzt. Während im militärischen Bereich alle Großangriffe und Kesselversuche gegen Hochburgen und Rückzugsgebiete der PartisanInnen fehlschlugen, zeichneten sich die Gebirgsjäger in dieser Phase des Krieges durch systematische Massaker an der Zivilbevölkerung aus (vgl. Shepherd 2009, 90 f.). Als es mit dem Reich endgültig zu Ende ging, übernahm Holzinger noch das Kommando über das *Gebirgsjägerregiment 136*, später das *SS-Volksgrenadierregiment 603* und im April 1945 die zur SS gehörenden „Kampfgruppe Holzinger“ (vgl. Mehner 1995, 269; Thomas 1993, 364). Mit 20. April 1945 wurde er vom Oberstleutnant zum Oberst befördert (vgl. Barthou 2007, 70).

Holzinger schaffte die unbeschadete Übernahme in den Staatsdienst. Von 1945 bis 1955 war er in verschiedenen staatlichen Dienststellen tätig, etwa Offizier der *Military Government Civil Police* (vgl. Blüml 2005, 23). Am 25. Mai 1955, zehn Tage nach Unterzeichnung des *Staatsvertrages*, bewarb er sich um eine Übernahme ins BH. Der „Oberstenparagraph“, der eine Übernahme von Obersten und höheren Diensträngen der Wehrmacht ins BH strikt verbot, wurde auf ihn durch Ausnützung eines Schlupfloches vom Verteidigungsministerium nicht angewandt. Jenes Schlupfloch – Nichtbeachtung von Beförderung, die formal nach der Unabhängigkeitserklärung Österreichs am 27. April 1945 stattfand –, das für mehrere dutzend hoher Wehrmachtsoffiziere angewandt wurde, traf auf Holzinger gar nicht zu, da er schon am 20. April zum Oberst ernannt wurde (vgl. Barthou 2003, 70, 91). Die Ausnutzung dieses

2 Berger 2003

formalen Schlupfloches, die mit militärischen Notwendigkeiten im Zuge des Aufbaus des Bundesheeres begründet wurde und wird, stellt schon für sich eine höchst fragwürdige Politik dar und steht im klaren Widerspruch zu den Bestimmungen des *Staatsvertrages*. Holzinger, der eigentlich auf keine Hilfe aus den Konkordanzparteien hoffen konnte, da er dem VdU nahe stand, schaffte es trotzdem (vgl. Barthou 2003, 146). Er wurde 1956 Kommandant der *7. Gebirgsbrigade*, die aus verschiedenen, im Geheimen aufgebauten und den alliierten Remilitarisierungsverboten zuwiderlaufenden Gendarmerie-Kadern hervorgegangen war (vgl. Festschrift 2006a, 17), sein Stellvertreter wurde der spätere Verteidigungsminister Karl Lütgendorf (vgl. Barthou 2007, 91-92). Auch in der Festschrift der Einheit wird explizit auf die Vergangenheit des ersten Brigadekommandanten eingegangen:

> „Der erste Name in der Brigadegeschichte ist Oberstleutnant Anton Holzinger [...]. Nicht untypisch für die ersten Offiziere und Unteroffiziere ist er ein mehrfach ausgezeichneter Weltkriegsteilnehmer in der Wehrmacht [...]." (Festschrift 2006a, 17)

Auf die Leistungen und Auszeichnungen des „Weltkriegsteilnehmers" – Oberst der Wehrmacht, Führer von Spezialmissionen im Zuge des Überfalls auf Norwegen, Waffen-SS-Kommandant, ausgezeichnet mit beiden *Eisernen Kreuzen*, dem *Infanterie-Sturmabzeichen*, dem *Finnischen Freiheitskreuz* und der *Winterschlacht-Medaille* und schon 1941 mit dem *Ritterkreuz* – ist man also auch 2006 besonders stolz im Bundesheer (ebd.; Thomas 1993, 365). Und so sieht auch die von ihm gestiftete Traditionspflege aus:

Geschichtsschreibung eines Waffen-SS- und Bundesheer-Brigade-Kommandanten

Holzinger war in den sich schrittweise etablierenden Heimkehrer- und Soldatenverbänden aktiv, die ab spätestens 1951 in Kärnten/Koroška am Narvik- und Gebirgsjäger-Mythos zu bauen begannen.[3] Während 1955 ein geplantes Gebirgsjägertreffen noch

3 Für den parallel verlaufenden Aufbau von Gebirgsjäger-Traditionsverbänden in Mittenwald/Bayern vgl. den Artikel *Der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe" – Von einer Selbsthilfevereinigung für Kriegsverbrecher zum Traditionsdienstleister der Bundeswehr* in diesem Buch.

polizeilich untersagt wurde, war danach die Sicht der Heimkehrer auf die „Heldentaten" der kärntner Gebirgsjäger hegemonial. In den folgenden Jahren wurden mehrere Gebirgsjägertreffen durchgeführt, etwa die große Gebirgsjägerfeier im Jahr 1959 im Andenken an den „kühnen Sieg über Norwegens Nordarmee" (Hacker 1960a, 85). Für Holzinger war und blieb der Überfall auf Norwegen „eines der kühnsten Unternehmen der Kriegsgeschichte" (ebd., 86). Zur Kontinuität zwischen Wehrmacht und Bundesheer meinte er:

> „Heute tragen wieder Söhne des Landes Kärnten als Soldaten der 7. Gebirgsbrigade den grauen Rock. Sie werden, stolz auf ihre Väter, sich als pflichtbewusste Söhne ihrer Heimat erweisen und das Erbe, die Tradition und das Vermächtnis der Gefallenen würdig bewahren." (Ebd., 87)

Mit dabei war unter anderem auch Walther Fritz[4], ebenfalls Narvik-Kämpfer und mittlerweile Landtagsabgeordneter, auf den später noch eingegangen werden soll (vgl. ebd., 85-88). Einige Zeitungsberichte wiesen 1959/60 zwar darauf hin, dass solch kriegsbegeisterter Militarismus von ehemaligen Wehrmachts- und nun Bundesheer-Offizieren im Widerspruch zur Gründungslegende der erst vier Jahre alten Republik stünde, diese „Warnung an Österreich" verklang jedoch ungehört (Hacker 1960a, 1960b). Die ersten Schritte zum hegemonialen Täter-Gedenken waren getan, Kristallisationspunkte waren nicht zufällig der Ulrichsberg und Krumpendorf/Kriva Vrba.

Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen

Am 17. Mai 1959 nahm Holzinger zusammen mit anderen Offizieren und dem Verteidigungsminister an der Einweihung der Gedenkstätte am Ulrichsberg teil (vgl. Rencher 1999, 28-30) und organisierte die materielle wie symbolische Unterstützung durch das BH. Die UBG bedankte sich danach für die

> „tatkräftige Unterstützung bei der Vorbereitung, aber auch [...] Bereitstellung eines Ehrenzuges und Ehrenposten wie auch der Transportfahrzeuge. [...] wodurch ein sichtbarer Brücken-

4 Walther-Werner Fritz, ÖVP-Abgeordneter, 19.-21.GP (13.5.1919-4.4.1999)

> schlag zwischen den Soldaten-Generationen deutlich gemacht wurde.“ (Ebd., 31)

Holzinger stellte, zusammen mit Michael Annewanter, die Verbindung zum BH sicher und nahm auch an Vorstandssitzungen der UBG teil (vgl. ebd., 43, 59). Bei der ersten echten Oktober-Ulrichsbergfeier hielt Holzinger die Festrede (vgl. ebd., 31) und legte damit in seiner Funktion als erster kärntner Militärkommandant und Täter selbst den Grundstein für 50 Jahre unhinterfragte Zusammenarbeit zwischen Bundesheer und Tätergeneration – symbolisch wie auch verbal. In seiner Rede beklagte er die „Tragik des österreichischen Soldaten, [d]er nach zwei großen Kriegen nur wenig bedankt blieb“ (Fanta/Sima 2003, 94). Sichtbarer konnte der gewünschte Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen wohl nicht ausfallen. Die Unterstützung durch das BH ist vor allem deshalb bedeutend, weil es in der UBG immer wieder Vorbehalte gegen den Einfluss der „Siegerpresse“, der Alliierten und der „Politik“ generell gab – als Täter wollte man unter sich sein.

> „Um die Verbindung zwischen uns Altsoldaten und dem Bundesheer auch äußerlich zu dokumentieren, wäre ein Festredner aus dem soldatischen Bereich anstatt eines Politikers besonders wertvoll.“ (Ebd., 43, vgl. ebd., 72)

Das Bundesheer trug aktiv dazu bei, den Graben zwischen Politik und Tätern zu überwinden, die Täter und ihre Geschichtsschreibung in die Nachkriegsgesellschaft zu integrieren und in die eigene Traditionspflege zu übernehmen. Die regelmäßige Teilnahme von Verteidigungsministern wirkte für die Etablierung der Ulrichsbergfeiern zusätzlich stabilisierend und gegen Kritik immunisierend.[5] Holzinger stellte als Regimentskommandant im Norwegen-Feldzug und nun Brigadekommandant des Bundesheeres bzw. kärntner Militärkommandant den glaubwürdigen Brückenschlag von Wehrmacht

5 1959 Ferdinand Graf; 1961-1963 Karl Schleinzer, 1989 Robert Lichal, 1995 Werner Fasslabend. Es nahmen auch Verteidigungsminister teil, ohne dass sie die Festrede hielten, noch viel öfter wurden Grußworte des Verteidigungsministers verlesen (vgl. Rencher 1999, 30 u. 178; Fanta/Sima 2003, 98).

zum Bundesheer dar und sicherte durch seine Funktionen die Unterstützung bei der Etablierung der Ulrichsbergfeiern.

„Ausgesprochene Führernatur" Alois Windisch

Der 1888 geborene Windisch nahm am Ersten Weltkrieg teil und ging hoch dekoriert aus diesem hervor. Er blieb dem Bundesheer der Ersten Republik als Ausbildner erhalten, unter anderem in den „Höheren Offizierskursen", eines Offizierslehrgangs unter der Leitung des Obmanns des illegalen *Nationalsozialistischen Soldatenrings*/NSR Maximilian de Angelis (Bernardis 2008, 32; Schwarz 1996, 82-84). Windisch, seit 1936 Oberst des Generalstabs, wurde in die Wehrmacht übernommen und am 1. August 1938 zum Kommandant des *139. Gebirgsjägerregiments* ernannt, welches sich aus kärntner und steirischen Einheiten zusammensetzte und der *3. Gebirgsdivision* unter General Dietl unterstand (vgl. Schwarz 1996, 85). Am 1. September 1939 überschritt das Regiment die Grenze nach Polen und war in der Folge, wie Holzinger, in Südpolen mit Ziel Przemysl eingesetzt (vgl. ebd., 89), wurde aber schon nach kurzer Zeit nach Norden verlegt, um am Überfall auf Norwegen teilzunehmen.

Eroberung und Verteidigung des Erzhafens Narvik

Am 9. April 1940 gingen als erstes zwei Kompanien des *139. Gebirgsjägerregiments* nahe Narvik in Norwegen an Land (vgl. ebd., 112) – das Regiment war somit schon beim zweiten Überfall an vorderster Stelle dabei. Nach der Besetzung Narviks übernahm Windischs Einheit die Verteidigung nach Norden. Ende April landeten alliierte – darunter französische, polnische und britische – Einheiten in der Nähe von Narvik, befreiten die Stadt zwar wieder, konnten die sich verschanzenden Gebirgsjäger aber nicht rechtzeitig besiegen (vgl. ebd., 133 f.). Windisch und seine Einheit hielten ihre Stellung nahe Narvik, obwohl ihnen der Rückzug ins neutrale Schweden sogar von der Wehrmachtsführung nahe gelegt wurde (vgl. ebd., 125). Die alliierten Truppen wurden Ende Mai wieder abgezogen, um an der Verteidigung Frankreichs und der Evakuierung des bei Dünkirchen eingekesselten *Britischen Expeditionskorps* teilzunehmen; die Gebirgsjäger verbuchten den Abzug hingegen – unterstützt von der

NS-Propaganda – als ihrem heldenhaften Todesmut geschuldet. Norwegen blieb bis Mai 1945 von der Wehrmacht besetzt und wurde nie von den Alliierten befreit. Alois Windisch wurde am 20. Juni 1940 für die Verteidigung gegen den alliierten Befreiungsversuch das *Ritterkreuz* sowie wie allen beteiligten Soldaten der *Narvikschild* verliehen, eine einmalige besondere Auszeichnung (vgl. ebd., 136). Der „Kampfverband Narvik", der hauptsächlich aus dem *139. Gebirgsjägerregiment* unter Windisch bestand, führte einen Überfall auf einen neutralen Staat durch und zog sich auch nicht aus diesem zurück, als dies militärisch geboten und angeordnet war. Die Eroberung und Verteidigung waren der erste propagandistisch umfassend verwertete Sieg des „Dritten Reichs", die Bedeutung für den weiteren Kriegsverlauf, die Moral der Wehrmacht und der Westalliierten unbezahlbar:

> „Die Kämpfe waren in mehrfacher Hinsicht Auftakt zu einer Änderung der propagandistischen, politischen und filmischen NS-Bearbeitung des Zweiten Weltkriegs." (Gethmann 1998, 175)

„Niederbrennen von Häusern und Erschießen von Gefangenen"[6]

Das *139. Gebirgsjägerregiment* war danach an der Eroberung Nordnorwegens und dem Überfall auf die UdSSR und die Stadt Murmansk beteiligt (vgl. ebd., 135 f.). Das Regiment wurde dabei stark dezimiert, danach weiter an verschiedenen Fronten eingesetzt. Windisch wurde Anfang Oktober 1941 abgezogen (vgl. ebd., 145) und als Ausbildner verwendet. 1943 stellte er als solcher etwa im heutigen Niederösterreich ein Regiment auf, das kurz darauf in eine der drei kroatischen Freiwilligen-Legionen (*Hrvatska Legija*) – die *373. Infanteriedivision* bzw. „Tigerdivision" – aufgenommen wurde. Als Kommandant des Regiments führte Windisch dieses Mitte 1943 zum Kampf gegen die PartisanInnen in den Raum um Mostar (vgl. ebd., 147), am 1. September 1943 wurde er zum Generalmajor ernannt (vgl. ebd., 148). Es folgten diverse weitere Zuteilungen, darunter die Führung des Wehrmachtsstreifendienstes und die Ernennung zum Festungskommandanten von Kolosjoki (dem heutigen Nikel/Russland). Ende 1944 wurde er wieder zur Bekämpfung von PartisanInnen im Raum Split eingesetzt (vgl. ebd., 149-150). Der

6 Schwarz 1996, 153

alliierte Fortschritt zwang ihn, sich nach Österreich zurückzuziehen. Er wurde am 9. Mai 1945 nahe Freistadt von der US Army gefangen genommen und Anfang Juni der Roten Armee übergeben, welche ihn nach Moskau brachte und wegen Kriegsverbrechen anklagte. Das Verfahren ging ohne Urteil aus, da er angab, am Balkan eingesetzt gewesen zu sein, und in Moskau nur Kriegsverbrechen gegen RotarmistInnen verhandelt wurden. So wurde er im Juli 1946 an Jugoslawien übergeben und dort angeklagt,

> „ein kroatisches Regiment aufgestellt, in Bosnien im Einsatz geführt, und Kriegsverbrechen, wie das Niederbrennen von Häusern und Erschießen von Gefangenen – begangen zu haben." (Ebd., 153)

Am 2. September 1947 wurde Windisch zu 20 Jahren Haft verurteilt und ins Gefängnis Sremska Mitrovica nahe Belgrad gebracht. Ende 1949 befanden sich von ursprünglich 15.700 Kriegsgefangenen nur mehr 450 in jugoslawischer Gefangenschaft, darunter Alois Windisch (vgl. ebd., 155). Aus einem der ersten Helden des nationalsozialistischen Eroberungskrieges wurde auch einer der letzten...

„Ja musste er denn dorthin?"[7]

Windisch wurde am 30. Juli 1952 nach Österreich überstellt und feierlich von ehemaligen Gebirgsjägern, dem späteren Verteidigungsminister Ferdinand Graf und Landeshauptmannstellvertreter Matthias Krassnig, der für Windisch und zwei weitere verurteilte Kriegsverbrecher einen Empfang durch die Landesregierung ausrichten ließ, empfangen (vgl. ebd., 159). Windisch nahm in der Folge an etlichen Traditionstreffen der Gebirgsjäger in Kärnten/Koroška teil, die schon seit Jahren seine Freilassung betrieben hatten. Die Einweihung des Ulrichsbergs erlebte er knapp nicht mehr, ebenso die große Gebirgsjägerfeier 1959: Er verstarb am 2. Jänner 1959. An seinem Begräbnis nahmen etliche hochdekorierte Angehörige der Wehrmacht und (Waffen-)SS, darunter aber vor allem ehemalige Angehörige des *Gebirgsjägerregiments 139*, teil. Beim Begräbnis warf

7 Frage von Bundespräsident Theodor Körner an jenen Gebirgsjäger, der sich 1952 für den „Kriegshelden und nun -gefangenen Windisch" einsetzte und angab, dass dieser Narvik erobert habe (Schwarz 1996, 157).



Gedenktafel des 139. Gebirgsjägerregiments im Ehrenhain am Ulrichsberg

der Landtagsabgeordnete Walther Fritz, ebenfalls am Überfall auf Narvik beteiligt, seinem Kommandanten nicht etwa Erde ins Grab nach, sondern jene *Reichskriegsflagge*, die im April 1940 in der Stadt Narvik gehisst wurde, als Alois Windisch und seine Gebirgsjäger die Stadt überfielen. 1967 wurde die Bundesheerkaserne in Klagenfurt/Celovec in Alois-Windisch-Kaserne umbenannt (vgl. ebd., 163-164) und ihm so ein fortwirkendes Gedächtnis durch die Gebirgsjäger der Zweiten Republik gestiftet.

„Heimkehrer nach vorn!"[8]

Für die „Heimkehrer" aus Wehrmacht und (Waffen-)SS etablierten sich nach 1945 verschiedene zivile und militärische Verbände bzw. Vereine. Diese sind eng mit der Entstehung der UBG verbunden: Der UBG gelang es, die direkt nach 1945 gegründeten Soldaten-, Heimkehrer- und Traditionsverbände als Dachorganisation zu vereinen. Mehr als zwei Drittel der Gründungsmitgliedsverbände der UBG sind Soldatenverbände, gleiches gilt für die Unterzeichner der Gründungsurkunde (vgl. den Artikel *Fakten und Zahlen, S. 77*).

8 Rencher 1999, 15

Die Etablierung dieser Vereine verlief keineswegs ungestört: Die ersten Organisierungsversuche von Soldatenverbänden als auch jene der UBG scheiterten noch an der mangelnden gesellschaftlichen Unterstützung und den in den ersten Jahren nach der Befreiung tatsächlich angewandten Entmilitarisierungs- und Entnazifizierungsbestimmungen durch die Alliierten. Der am 18. Mai 1946 gegründete *Heimkehrerbund* der ÖVP Kärnten wurde bereits im Juni wieder aufgelöst, weil der *Alliierte Rat* Vereinigungen von Mitgliedern ehemaliger militärischer Formationen nicht duldete. Die im Juli 1946 gegründete *Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstelle* war statutarisch besser aufgestellt und konnte in fast gleicher personeller Zusammensetzung ihre Arbeit – unter dem Motto „Heimkehrer nach vorn!" – aufnehmen (Rencher 1999, 13 f.). Erst in den Jahren nach 1955 stieg die Unterstützung kontinuierlich an, die UBG hatte bis 1959 bereits 20 Verbände unter ihrem Banner versammelt (vgl. ebd., 25.).

Soldatenverbände und die UBG

Die Soldatenverbände formierten sich zu einem Zeitpunkt, zu dem sowohl unklar war, wie es mit der Republik und deren etwaigen neuen Streitkräften weitergehen würde, als auch die Heimkehrer eine unklare öffentliche Meinung vorfanden. Sie etablierten sich vorrangig als finanzielle und moralische Selbsthilfeorganisationen, propagierten aber von Beginn an ihre Sicht über Opfer und TäterInnen, über Kriegsschuld und Leistungen. Während der *Österreichische Kameradschaftsbund* auf Bundesebene auftrat, arbeiteten die Soldatenverbände auf Landesebene, was den Vorteil mit sich brachte, dass so persönliche Weltkriegskontakte in staatliche Institutionen und Verwaltung genützt werden konnten. Die UBG selbst besteht noch heute mehrheitlich aus Soldatenverbänden und verfügt seit ihrer Entstehung über ein ausgezeichnetes Netzwerk, was sich sowohl an der prominenten Liste der Festredner als auch an den Mitgliedern und Obmännern der UBG ablesen lässt. (Zur parallelen Entwicklung in der BRD und den Verbindungen dorthin vgl. den nächsten Artikel.)

Wie schon der erste Heimkehrerverband 1946 an den rechtlichen Bestimmungen des Verbotsgesetzes und den Entmilitarisierungs- und Entnazifizierungsbestimmungen scheiterte, so hatten auch die Soldatenverbände etliche Schwierigkeiten, Vereine zu grün-

den. Damit lässt sich erklären, warum sich für die Zeitspanne bis etwa 1950 kaum Aktivitäten und Aufzeichnungen finden. Anfang der 1950er Jahre organisierten sich Gebirgsjäger, um durch konzentrierten Druck noch in alliierter Kriegsgefangenschaft befindliche Kameraden frei zu bekommen, und positionierten sich so bereits als mehrfache „Opfer“: Opfer der Alliierten, der Politik, des Kommunismus und – bei Bedarf – der Führung des „Dritten Reichs“. Im Mai 1951 fand in Pörtschach am Wörthersee/Poreče ob Vrbskem jezeru das erste Zusammentreffen ehemaliger Offiziere und Soldaten des *Gebirgsjägerregiments 139* statt – auch hier dominierte das Ziel, für den ehemaligen Kommandanten der Einheit Alois Windisch zu intervenieren. Im Frühling 1952 folgte das zweite Treffen von ehemaligen Gebirgsjägern dieser Einheit, diesmal in St. Veit/Št. Vid (vgl. Schwarz 1996, 157). Als Windisch 1952 frühzeitig entlassen wurde, empfingen ihn Politik und Kameraden gebührend durch Empfänge, Feiern und geschmückte Bahnhöfe. 1955 fühlten sich die ehemaligen Gebirgsjäger gesellschaftlich bereits so erstarkt und durch den gerade fünf Monate alten *Staatsvertrag* von alliierter Knechtschaft befreit, dass für 1. bis 2. Oktober ein „Edelweiß-Treffen“ geplant war und in Klagenfurt/Celovec eine Gebirgsjäger-Gedenkstätte errichtet werden sollte. Das Treffen wurde polizeilich untersagt, die Gedenkstätte nicht errichtet (Rencher 1999, 19). Es folgten weitere Treffen, etwa im April 1957 das „Narviktreffen“ in Klagenfurt/Celovec. Im Jahr 1959 sollte das Ausrichten einer Gebirgsjägerfeier im Andenken an den „kühnen Sieg über Norwegens Nordarmee“ (Hacker 1960a, 85) in Österreich schon kein Problem mehr darstellen. Erst Proteste im Ausland – vor allem im neutralen und damit Österreich während des Kalten Krieges besonders verbundenen Norwegen – ließen manche Personen ihre Teilnahme absagen, etwa den ÖVP-Landtagsabgeordneten und Narvik-Gebirgsjäger Fritz (vgl. ebd., 86), während Holzinger, später Militärkommandant von Kärnten/Koroška, vom „kühnsten Unternehmen der Kriegsgeschichte“ berichten konnte (ebd., 86). Die Geschichtsschreibung durch ehemalige Wehrmachts-Gebirgsjäger und (Waffen-)SSler wirkte bereits ab 1950 hegemonial, sodass sie auch von Landes- und Bundespolitik, den Vereinen und dem BH mitgetragen und multipliziert wurde. Das Gedenken am Ulrichsberg stellt dafür nur einen Kristallisationspunkt dar. Dass die

Wehrmacht und insbesondere Gebirgsjäger an Kriegsverbrechen beteiligt waren, wurde mehrheitlich nicht wahrgenommen; die Tatsache, dass die kärntner Gebirgsjäger vor allem zur Bekämpfung von PartisanInnen eingesetzt waren, stellte dafür kein Hindernis dar.

Bundesheer und UBG

Nach der Befreiung Österreichs schien es für kurze Zeit ausgeschlossen, dass Österreich eigene Streitkräfte zugestanden würden. Das 1945 eingerichtete Staatssekretariat für Heerwesen wurde vom *Alliierten Rat* Ende 1945 mit einstimmigem Beschluss verboten, auch drei (!) weiteren Versuchen eines Schatten-Verteidigungsministeriums war das gleiche Schicksal beschieden (vgl. Barthou 2007, 14). Militärische und paramilitärische Organisationen waren verboten, lediglich die Gendarmerie war „nach echt ‚militärischem Muster organisiert'" (Hesztera 1999, 24 f.). Auf sie fiel die Wahl zum Aufbau einer geheimen – und was die ursprünglichen Vorgaben des *Alliierten Rates* anbelangt: illegalen – Bundesheer-Aufbauorganisation.

„auch die Gegner jeglicher Wiederaufrüstung einer Landesverteidigung wurden munter"[9]

Außenpolitisch durch die militärische Aufrüstung der NATO und der Staaten der Warschauer Vertragsorganisation und innenpolitisch durch die Konflikte im Jahr 1950 war eine Kluft im *Alliierten Rat* entlang der Ost-West-Blöcke entstanden (vgl. Barthou 2007, 15). So war es jenen österreichischen PolitikerInnen, die ein Interesse am Aufbau einer militärischen Aufrüstung hatten, möglich, auf die Westalliierten einzuwirken, um eine schrittweise Wiederbewaffnung zur Feindabwehr nach innen ebenso wie nach Osten zu erreichen (vgl. Blasi 2005, 50-51). Hauptargument hierbei war wahlweise die Abwehr eines äußeren Feinds aus dem Osten oder gezielt übertriebene Angaben über kommunistische paramilitärische Verbände im Inland. Schon direkt nach 1945 wurde begonnen, pensionierte Gendarmen und frühere Angehörige des Bundesheeres der Ersten Republik, vor allem aber Wehrmachtssoldaten, Heimkehrer und Frontsoldaten als „Hilfsgendarmen" anzuwerben (vgl. Weber

9 Weber 2002, 8

2002, 5). Zwischen 1946 und 1952 wurden in den westlichen Bundesländern so genannte „Gendarmerieschulen“ aufgebaut und dafür „Gruppenkommandanten [...], die entweder im 1. Bundesheer oder bei der Wehrmacht gedient hatten“ (ebd., 6), gesucht, wobei „es an kriegserfahrenen Zugs- und Gruppenkommandanten nie mangelte“ (Hesztera 1999, 37). „Großer Wert wurde auf die militärische Grundausbildung gelegt“ (Weber 2002, 6), die „Ausbildung hatte mit Gendarmerieausbildung eher weniger zu tun, es sind die ersten Schritte in Richtung einer militärischen Ausbildung“ (ebd., 8) gewesen. Die Rekrutierten störte dies aber nicht, „die Masse der Beamten war ja Weltkriegsteilnehmer und an militärische Ordnung gewöhnt“ (Hesztera 1999, 40). Es war „strenge Geheimhaltung“ notwendig, da die Wiederbewaffnung sowohl von der freien als auch der KP-nahen Presse, der KPÖ und dem sowjetischen Teil des *Alliierten Rates* kritisch betrachtet wurde (vgl. Weber 2002, 8; Hesztera 1999, 35). Schrittweise gelang es, immer größere Kontingente aufzubauen – neun Alarmabteilungen à 500 bis 600 Personen (vgl. Weber 2002, 9), organisiert in so genannten „Hilfskörpern“/HK (vgl. Hesztera 1999, 45) – und für diese Kasernen und Ausbildner zu gewinnen sowie ihnen Waffen und Panzer zukommen zu lassen. Das Verbot für Österreich, sich *je* wieder mit schweren Waffen zu bewaffnen, wurde bereits 1953 – noch vor dem *Staatsvertrag* – gebrochen, indem oberösterreichische „Gendarmen“ in amerikanischen Uniformen zum Artillerie-Scharfschießen in der Ramsau antraten (vgl. Sams 2002, 99).

„Wir Frontsoldaten waren damit einmal aufs Erste zufrieden“[10]

Nicht nur personell – Heimkehrer, Frontsoldaten, Angehörige des „Ersten“ Bundesheeres sowie Wehrmachtsoffiziere als Ausbildner (vgl. Hesztera 1999, 81) –, sondern auch optisch – es wurde etwa der Stahlhelm der Wehrmacht übernommen (vgl. ebd., 78) – stellten die „Hilfsgendarmen“ der „Alarmabteilungen“/„Hilfskörper“ eine Kontinuität zur Wehrmacht dar; dito die Kasernen in Kärnten/

10 Weber 2002, 5

Koroška.[11] Auch der Erfahrungsschatz in der Kriegsführung dockte dort an, wo er 1945 aufgehört hatte:

> „Der Kampf gegen bewaffnete Banden, seien es ausgebrochene Häftlinge, Kleinkriegsgegner oder Partisanen, hatte schon im 2. Weltkrieg größeren und besser ausgerüsteten Verbänden zu schaffen gemacht." (Ebd., 80)

Augenfälliger kann eine Bezugnahme auf die verbrecherische PartisanInnenbekämpfung durch (Waffen-)SS und Wehrmacht 1943 bis 1945 wohl nicht ausfallen. Schon ab Ende 1951, vor allem aber ab 1955, konnten die Einheiten, die bisher nicht nach außen sichtbar sein durften, zunehmend Öffentlichkeitsarbeit leisten und etwa Übungen im Gelände und in Großverbänden durchführen (vgl. ebd., 80). 1952 wurden die Alarmabteilungen/„Hilfskörper" in die B-Gendarmerie überführt, wodurch ihre Sonderstellung gegenüber der normalen Gendarmerie auch nach außen gezeigt wurde (vgl. ebd., 45). Die „Hilfskörper" verfügten noch über kein Erkennungszeichen – galten sie ja offiziell als normale „Gendarmen"; die B-Gendarmerie verwendete ab 1952 eine stilisierte „Brennende Granate" als Erkennungszeichen.

„1955 schlug die Stunde der noch jungen Wehrmachtsgeneration"[12]

Nach Erhalt des *Staatsvertrages* wurde die B-Gendarmerie ins Bundesheer überführt und verfügte sofort über schwere Waffen, Kader und viele „alte Kämpfer".

> „Von Anfang an arbeiteten daher Wehrmachtsoffiziere an der B-Gendarmerie und am ‚Aufgebot' mit. Damit wurden alte Netzwerke wieder reaktiviert und [...] konnten sich diese an ‚höchster Stelle' wieder finden." (Barthou 2007, 18)

11 Im Februar 1950 wurde in der Kaserne in Krumpendorf/Kriva Vrba die Fahreinheit Kärnten aufgestellt, weitere Alarmabteilungen befanden sich in der Lendorf/Dhovše-Kaserne (vormaliges KZ-Lager/SS-Kaserne) oder etwa in Unterbergen/Podgora (vgl. ebd., 61, 63) nahe dem ehemaligen KZ-Außenlager Loibl-Nord. Hierbei handelt es sich lediglich um eine Auswahl, zu letzteren beiden siehe den Artikel *Loibl-KZ – das „vergessene" Konzentrationslager*.

12 Barthou 2007, 18

> „Fast alle Generale am Anfang des Bundesheeres der Zweiten Republik entstammen aus dem Generalstab der Wehrmacht.“ (Ebd.)

„Verbindung zwischen uns Altsoldaten und dem Bundesheer“[13]

Über mehrere Personen wie auch Praxen lässt sich ein Brückenschlag zwischen BH und der UBG belegen. Etwa Major Michael Annewanter, der sich mit Anton Holzinger die Funktion des Verbindungsoffiziers zur UBG kameradschaftlich teilte. Annewanter taucht schon 1945 bei der „Wehrmachtsdemobilisierung“ in der Außenstelle Lienz auf, 1951 dann als hochrangiger Offizier im „Hilfskörper“ (Hesztera 1999, 82, dort falsch geschrieben: Rittmeister Anewanter; Blüml 2005) sowie ab 1958 als „Verbindungsoffizier vom Bundesheer“ in der *Arbeitsgemeinschaft zur Errichtung des Heimkehrerkreuzes auf dem Ulrichsberg* (vgl. Rencher 1999, 25). Annewanter setzte sich später für die Umbenennung der ehemaligen Jägerkaserne in Klagenfurt in Alois-Windisch-Kaserne ein (vgl. Schwarz 1996, 164), folgte 1974 den beiden Narvik-Kämpfern Anton Holzinger und Julius Grund als Kommandant der *7. Jägerbrigade* und wurde 1977 kärntner Militärkommandant, eine Funktion, die bis dahin bereits *drei* Narvik-Kämpfer innehatten.[14] Es ist nicht weiter verwunderlich, dass in solchen Bundesheereinheiten das Andenken an die zweifelhaften Leistungen der „Nordlandfahrer“ hochgehalten wird. Holzinger kehrte – wie dargestellt – erst 1955 zu den „Jägern“ der *7. Jägerbrigade* zurück, von 1956 bis 1962 war er erster Kommandant, der spätere Verteidigungsminister Karl Lütgendorf sein Stellvertreter. Holzinger folgte ein anderer Wehrmachts-Gebirgsjäger, Julius Grund, nach. Die *7. Jägerbrigade* ging aus den oben beschriebenen, in Kärnten/Koroška aufgestellten „Hilfskörpern“ und „Alarmabteilungen“ hervor (vgl. BM.LV 2011). Diese Bundesheer-Aufbauorganisationen sind auch mit einer Tafel am Ulrichsberg vertreten: Im „Ehrenhain“ befindet sich eine Tafel sowohl

13 Rencher 1999, 43

14 Anton Holzinger (1963-1966), Josef Gerstmann (1971-1973) und Julius Grund (1973-1977). Ob Annewanter als Teil des *141. Gebirgsjägerregiments* auch Teil des Narvik-Überfalls war, ist unklar.

mit Bundesheer-Emblem als auch mit der „Brennenden Granate" der B-Gendarmerie, gleich neben der Tafel des *Ordens der Ritterkreuzträger*. Auch das passt ins Bild: Windisch und Holzinger waren Ritterkreuzträger der ersten Stunden.

> *„... daß die bisherige Unterstützung und Teilnahme des Österreichischen Bundesheeres unbedingt gesichert werden müßte, da nur so die Ulrichsbergfeier durchgeführt werden könne"*[15]

Das BH leistet seit den ersten Feiern 1959 am Ulrichsberg wesentliche substantielle und ideelle Unterstützung. Die Unterstützung funktioniert aber nicht nur in eine Richtung, auch das BH profitiert durch Traditions- und Identitätsbildung. Schon in den 1950er Jahren übernehmen kärntner Gebirgsjägerverbände den beschworenen Mythos, und so fällt es ihnen heute schwer, in ihrer Traditionspflege nicht an die Narvik- und Eismeerkämpfer zu denken. Die positive Bezugnahme reicht von Holzingers Zitat von den „Söhnen Kärntens" im „grauen Rock" (vgl. oben und Hacker 1960a, 87) bis zur 2006 (!) erschienenen Feierschrift zum 50. Bestandsjubiläum des *Jägerbataillons 25*: „Gebirgsjägerregiment 139 [...], legendär geworden durch das Narvik- Unternehmen 1940, eine Traditionspflege dieses Verbandes durch das 2. Österreichische Bundesheer ist allerdings explizit ausgeschlossen" (Festschrift 2006b, 25). Eine positive Bezugnahme auf ein scheinbar „legendäres" Unternehmen ist noch immer eine positive Bezugnahme, auch und gerade wenn auf ein Verbot dieser Bezugnahme hingewiesen wird. Der aktuelle Militärkommandant von Kärnten/Koroška, Brigadier Gunther Spath, beklagt in derselben Publikation in einem Epilog, dass „gescheite zeitgeistige Nachgeborene" über „‚Kadavergehorsam', ‚unmoralische Führung', ‚Sinnlosigkeit' und Ähnliches" der „alten Soldaten" urteilen würden (ebd., 28-29). Solche Tiraden sind aber noch gar nichts im Vergleich zu den Äußerungen, die Spath etwa in den rechtsextremen Blättern *Aula* und *Zur Zeit*[16], auf Veranstaltungen der rechtsextre-

15 Rencher 1999, 57
16 *Aula* Nr. 7/8, 1987; *Aula* Nr. 7/8, 1995; *Zur Zeit* Nr. 14, 2003; *Aula* Nr. 3, 2004

men *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik* (AFP)[17] und bei den nicht minder rechtsextremen *Kärntner Kulturtagen*[18] von sich gibt. Spath sieht aber nicht nur das Militärkommando und rechtsextreme Kreise als Zielpublikum seiner Positionen, auch in unauffälligen soldatischen Traditionsverbänden ist er aktiv: Der „7er-Bund", dem Spath als Obmann vorsteht, ist auch mit einer Tafel im „Ehrenhain" vertreten und streicht auf der Homepage des *Jägerbataillons 25* heraus, dass „ein Großteil der ehemaligen Khevenhüller [gemeint ist das k.u.k. *Infanterieregiment Nr. 7*, Anm.] in das Nachfolgeregiment, das Gebirgsjägerregiment 139 über[gegangen ist]." (Homepage Jgb. 25 2010, 1)

Bei den Ulrichsbergfeiern selbst, bei welchen, wie dargestellt, das Bundesheer seit der Etablierung eine zentrale Rolle spielte, befinden sich etliche Bezüge zu den Narvik-Gebirgsjägern. Bei der Feier 1970 wurde etwa dazu aufgerufen, „die Erhaltung des Freiseins immer wieder zu erkämpfen" und weiter „unsere[n] tapferen Soldaten, die zwischen Nordmeer und Afrika in fremder Erde ihre letzte Ruhe gefunden haben, [zu gedenken, so]daß wir heute hier mitten in unserer freien herrlichen Kärntner Heimat stehen können" (Rencher 1999, 56). Im „Ehrenhain" befinden sich – neben den Tafeln von diversen Gebirgsjägerverbänden – insgesamt vier Gedenktafeln, die einen Bezug zum Bundesheer der Zweiten Republik aufweisen, wovon zwei das offizielle Bundesheer-Emblem tragen (vgl. dazu ausführlich den Artikel *Bundesheer im Rückzugsgefecht*).

17 Redebeitrag bei und Teilnahme an der *35. politischen Akademie der AFP*, Oktober 2000 in Mitterberg; zusammen mit Inge Rauscher („Argumente gegen die EU") und dem Holocaust-Leugner Walter Lüftl („Wird die Lüge Pflicht?"), Quelle: Kommentare zum Zeitgeschehen. Folge 369, November 2000

18 An den *14. Kärntner Kulturtagen* im Jahr 2005, von Otto Scrinzis rechtsextremem *Kulturwerk Österreich* veranstaltet, nahmen neben Spath Holocaust-Leugner und Revisionisten, darunter Walter Post und Walter Marinovic, teil. Spaths Referat zu „Globalismus und Imperialismus" begeisterte die Zeitschrift *Aula* derart, dass sie in der folgenden Ausgabe einen Bericht darüber abdruckte. Quelle: DÖW. Neues von ganz rechts. Oktober 2005

> *„Österreich verpflichtet sich, alle Organisationen faschistischen Charakters aufzulösen, die auf seinem Gebiete bestehen, und zwar sowohl politische, militärische und paramilitärische…“*[19]

Die problematische Traditionspflege des Bundesheeres und des Verteidigungsministeriums, die sowohl den Buchstaben als auch dem Geist des *Staatsvertrages*, insbesondere Artikel 9 und 12, widersprechen, zog über die Jahrzehnte unterschiedliche Kritiken auf sich. Zwischen 1945 und 1955 war es der *Alliierte Rat*, der versuchte, eine offene Bezugnahme auf die Wehrmacht oder die (Waffen-)SS zu verhindern. Nach Erlangung des *Staatsvertrages* fiel diese Kontrollinstanz weg, die durch die Ost-West-Spannungen bereits zuvor ihre gemeinsame Haltung eingebüßt hatte. Sowohl kritische als auch kommunistische Medien verfolgten die Genese des BH wie dessen Teilnahme am Ulrichsbergtreffen aufmerksam und kritisch. Der sowjetische Generalkonsul bezeichnete 1978 das Ulrichsbergtreffen an sich und die Bundesheerteilnahme im Besonderen als Verstoß gegen Artikel 9 des *Staatsvertrages* (Rencher 1999, 78). Die Kritik riss im folgenden Zeitraum zwar nicht ab, die Auseinandersetzung war aber klar entschieden: Das BH, unter den Westalliierten verdeckt aufgebaut und mit augenfälligen Kontinuitäten zu Wehrmacht und (Waffen-)SS, war in der Mehrheitsbevölkerung – sowohl der gesamtösterreichischen als auch insbesondere der kärntner – etabliert und anerkannt. Kritik an der Traditionspflege, etwa 1983 durch die *Österreichische Gewerkschaftsjugend* oder 1985 durch die *Vereinigung demokratischer Soldaten Österreichs*, stellte eher Pflichtübungen dar. Es sollte erst ab 1995 gelingen, die BH-Beteiligung am Ulrichsberg wieder zum Thema zu machen (vgl. Artikel *Bundesheer im Rückzugsgefecht*).

Im Artikel konnte mittels einer historischen Recherche gezeigt werden, auf welche Weise die Heimkehrer- und Soldatenverbände die UBG inhaltlich prägten und ihr Geschichtsbild nicht nur dort, sondern auch in der kärntner Lokalpolitik und Gesellschaft verankern konnten. An der Etablierung und Immunisierung des Ulrichsbergtreffens wirkten neben diesen Soldatenverbänden maßgeblich hochrangige Proponenten des BH wie auch das BH als Instituti-

19 *Staatsvertrag*, Artikel 9

on an sich mit. Dies diente dazu, das Erbe von und das Andenken an Wehrmacht und (Waffen-)SS in das demokratische Nachkriegs-Österreich zu überführen. Die Schnittmengen stellten – wie durch zwei Biographien gezeigt wurde – Einzelpersonen dar, die sich in all diesen Gruppen einbrachten und sie dadurch vernetzten. Die im Artikel dargestellten Personen sind hierbei nur eine Auswahl: Die Taten kärntner Gebirgsjäger bedürfen grundsätzlich einer systematischen Aufarbeitung – „zwischen Nordmeer und Afrika". Das Bundesheer kann dazu ob der vielfältigen Überschneidungen, Kontinuitäten, Traditionsbezüge und des hochrangigen Personals am rechten Rand ganz offensichtlich keinen Beitrag leisten.

Literatur

Barthou, Peter: Der „Oberstenparagraph" im Bundesheer. Diplomarbeit. Universität Wien, 2007.

Berger, Florian: Ritterkreuzträger im Österreichischen Bundesheer 1955-1985. Wien, 2003.

Blasi, Walter: Die B-Gendarmerie. Die Vorläuferorganisation des Österreichischen Bundesheeres. In: Etschmann, Wolfgang [Hrsg.]: Zum Schutze der Republik... 50 Jahre Bundesheer. Wien, 2005. S. 49-65.

BM.LV 2011, Österreichisches Bundesheer: 7. Jägerbrigade. Unter: www.bmlv.gv.at/sk/lask/brigaden/jgbrig7/brigade.shtml, 13.2.2011.

Blüml, Erich: Wehrhaftes Kärnten. Klagenfurt/Celovec, 2005.

DÖW: Neues von ganz rechts – Oktober 2005. Wien, 2005. Auf: http://döw.at/frames.php?/projekte/rechts/chronik/2005_10/kaernten.html (13.3.2011).

Evangelische Kirche in Österreich [Hrsg.in]: Robert Bernardis. Österreichs Stauffenberg zum ehrenden Gedenken anlässlich seines 100. Geburtsjubiläums. Wien, 2008.

Fanta, Walter/Sima, Valentin: Stehst mitten drin im Land. Das europäische Kameradentreffen am Kärntner Ulrichsberg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2003.

Festschrift 2006a: Festschrift 50 Jahre 7. Jägerbrigade 1956-2006. Wien, 2006.

Festschrift 2006b: Festschrift 50 Jahre Jägerbataillon 25. Klagenfurt, 2006.

Homepage Jgb. 25: Geschichte des Kärntner k.u.k. Infanterie-Regiments „Graf von Khevenhüller Nr. 7"/IR7. In: Homepage des Jägerbataillon 25. Unter: www.jgb25.at/?path=article&contentid=23, Änderung vom 22.6.2010.

Gethmann, Daniel: Das Narvik-Projekt. Film und Krieg. Bonn, 1998.

Hacker: 1960a: Hacker, Walter: Sollen Österreicher Hitlers Sieg über Norwegen feiern? In: Neues Österreich vom 28. Juni 1960. Zit. n. Hacker, Walter:

Warnung an Österreich. Neonazismus – Die Vergangenheit bedroht die Zukunft. Wien, 1966. S. 85-88.
Hacker: 1960b: Hacker, Walter: Gilt unsere Verfassung noch? In: Neues Österreich vom 12.11.1960. Zit. n. Hacker, Walter: Warnung an Österreich. Neonazismus – Die Vergangenheit bedroht die Zukunft. Wien, 1966. S. 95-99.
Hesztera, Franz: Von der „A-Gendarmerie" zur B-Gendarmerie. Der Aufbau des Österreichischen Bundesheeres 1945 bis Herbst 1952. Mattighofen, 1999.
Mehner, Kurt: Die Waffen-SS und Polizei 1939-1945. Führung und Truppe. Norderstedt, 1995.
Rencher, Norbert: Ulrichsberg-Dokumentation, Nr. 1. Klagenfurt/Celovec, 1999.
Unteroffiziersgesellschaft Oberösterreich/Flödl, Manfred [Red.]: Alarm-Bataillon 1. B-Gendarmerie Oberösterreich. Hörsching, 2002.
Sams: Geheime Ausbildung an den s-Waffen. In: Unteroffiziersgesellschaft Oberösterreich/Flödl, Manfred [Red.]: Alarm-Bataillon 1. B-Gendarmerie Oberösterreich. Hörsching, 2002. S. 99-110.
Schwarz, Walter A.: Generalmajor a.D Alois Windisch. Wien, 1996.
Shepherd, Ben: With the Devil in Titoland: A Wehrmacht Anti-Partisan Division in Bosnia-Herzegovina, 1943. In: War In History. In: War in History, 16. Jg, H. 1, S. 77-97.
Thomas, Franz: Die Ritterkreuzträger der Gebirgstruppe. Bd. 1, A-K.
Weber: Die Entwicklung der Sicherheitskräfte von 1945 bis zum 15. August 1952. In: Unteroffiziersgesellschaft Oberösterreich/Flödl, Manfred [Red.]: Alarm-Bataillon 1. B-Gendarmerie Oberösterreich. Hörsching, 2002. S. 4-9.

AK ANGREIFBARE TRADITIONSPFLEGE

Der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“

Von einer Selbsthilfevereinigung für Kriegsverbrecher zum Traditionsdienstleister der Bundeswehr

Zu den Veteranen, die sich am Ulrichsberg treffen, zählen auch ehemalige Soldaten der nationalsozialistischen Wehrmachts-Gebirgstruppen. Vier der elf Gebirgsdivisionen und damit mehr als ein Drittel der Soldaten stammten aus Österreich. Am Ulrichsberg finden sich Gedenktafeln mehrerer dieser Einheiten. Unter anderem vom *Gebirgsjägerregiment 139*, das zur *3. Gebirgsdivision* unter dem nationalsozialistischen Mustergeneral Eduard Dietl und dem Generalmajor Julius Ringel gehörte, der 1941 die ebenfalls aus Österreich stammende *5. Gebirgsdivision* beim Überfall auf Kreta befehligte. Seit 1952 versuchte der *Kameradenkreis der Gebirgstruppe* von München aus alle ehemaligen Angehörigen der Gebirgsdivisionen zu organisieren, auch die aus Österreich und Italien (Südtirol). Als regionale Veteranenorganisation von Gebirgsjägern in Österreich gründete Blasius Scheucher (siehe dazu den Artikel *Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen*) die *Kameradschaft ehemaliger Gebirgsjäger* in Kärnten. Auch sie war Mitgliedsorganisation im *Kameradenkreis der Gebirgstruppe*. An der Einweihung des Denkmals auf dem Ulrichsberg am 16./17. Mai 1959 nahmen viele Mitglieder des Kameradenkreises aus der Bundesrepublik, aus Österreich und Italien teil. Als Repräsentant der Wehrmachts-Gebirgstruppe legte General Julius Ringel dort unter dem Jubel seiner ehemaligen Männer den Kranz des Kameradenkreises nieder.

Der *Kameradenkreis der Gebirgstruppe* selbst hatte bereits zwei Jahre zuvor damit begonnen, ein Schauspiel zu organisieren, das in der Bundesrepublik Deutschland ohne Vergleich ist: Ehemalige Angehörige von Gebirgstruppen der Wehrmacht und der Waffen-SS treffen sich gemeinsam mit Gebirgsjägerreservisten und aktiven Gebirgssoldaten der Bundeswehr jeden Pfingstsonntag, um am

„Ehrenmal“ der Gebirgstruppe auf dem nahe Mittenwald (Bayern) gelegenen Hohen Brendten einen Feldgottesdienst zu Ehren ihrer, wie es heißt, „gefallenen Kameraden“ zu feiern. Mit dieser Feier erheben sie bis heute den Anspruch, als Akteure im geschichtspolitischen Diskurs mitzuwirken und ihre Sicht von Krieg, Ehre, Vaterland etc. durchzusetzen. Österreichische und italienische Veteranen nehmen regelmäßig daran teil, bis zum 2007 erfolgten Verbot durch den damaligen Verteidigungsminister Norbert Darabos auch Angehörige des *Österreichischen Bundesheeres* (zur Traditionspflege des Bundesheeres vgl. die Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen* und *Bundesheer im Rückzugsgefecht*).

Im Folgenden sollen Geschichte, Organisation und Funktion der Veteranenorganisation skizziert und darauf eingegangen werden, welche geschichtspolitische Position sie in Bezug auf Nationalsozialismus und Vernichtungskrieg einnimmt. Wir gehen davon aus, dass eine Untersuchung der österreichischen Kameradschaftsorganisationen „unter dem Edelweiß“ zu ähnlichen Ergebnissen führen würde. Der vorliegende Text beruht im Wesentlichen auf der Analyse der *Gebirgstruppe*, dem zweimonatlich erscheinenden Mitteilungsblatt des Kameradenkreises. Alle nicht anders nachgewiesenen Zitate stammen aus Beiträgen dieser Publikation.

Aufbau und Entwicklung

Im Kontext des Kalten Krieges, der zeitgenössischen Auseinandersetzung um die Wiederaufrüstung und der Diskussionen um die juristische, wirtschaftliche und historische Rehabilitation der Wehrmachtssoldaten initiierten ehemalige Generäle und Kommandeure der Gebirgstruppe zu Pfingsten 1952 eine Großkundgebung der Veteranen in München. Die Initiatoren wollten öffentlich intervenieren, um „Pionierarbeit“ nicht nur für den Aufbau der Kameradschaftsorganisation, sondern auch „für das gesamte deutsche Soldatentum“ zu leisten. Wie andere Veteranen der Wehrmacht auch erhoben die Gebirgsjäger erstmals öffentlich den Anspruch, „auf Teilhabe an der großen Opfergemeinschaft, als die sich die Deutschen konstituierten, um den Schuldvorwurf der Weltöffentlichkeit abzuwehren.“ (Kühne 2006, 232)



Gedenktafel der „Kameradschaft ehemaliger Gebirgsjäger" im Ehrenhain

Vom Erfolg der Kundgebung ermutigt, gründeten die Initiatoren am 17. November 1952 den *Münchener Kameradenkreis ehemaliger Gebirgsjäger e.V.* Er verstand sich als eine Art geschäftsführender Ausschuss, der die übergreifende Organisationsarbeit leistete, das Mitteilungsblatt *Die Gebirgstruppe* herausgab, die Gebirgsjäger politisch vertrat und gegen jede Kritik am Militär agitierte. Neben diesem „kleinen", aus rein formaler Notwendigkeit gegründeten Verein existierte der „große" Kameradenkreis, wie sich die eigentliche Kameradschaftsorganisation nannte. Er bestand aus lokalen/regionalen Zusammenschlüssen früherer Gebirgsjäger sowie aus Traditionskameradschaften einzelner Truppenteile. Dieses lose, auf zwei Säulen ruhende Gebilde definierte sich als „kameradschaftliches Bündnis", das sich per Edelweiß-Abzeichen und Mitteilungsblatt nach außen zeigte. In seinen besten Zeiten sollen sich ihm etwa 17.000 Gebirgsjäger verbunden gefühlt haben, womit es trotz seines Alleinvertretungsanspruchs auch zu seinen besten Zeiten nie mehr als etwa 10 Prozent der Gebirgsjägerveteranen repräsentierte.

Am 10. Juni 1957 schloss der *Kameradenkreis der Gebirgstruppe* seine organisatorische und politische Formierung mit der Einweihung seines „Ehrenmals" auf dem Hohen Brendten bei Mittenwald

ab. Angehörige von immer mehr ehemaligen Gebirgsjägereinheiten organisierten sich unter dem Dach des Kameradenkreises. Dazu zählten Gebirgsjäger aus der Waffen-SS und dem *Polizei-Gebirgsjägerregiment 18*, einer Gebirgsjägereinheit der Ordnungspolizei, die zu einem Drittel aus Österreich stammte und für etliche Kriegsverbrechen in Slowenien und Griechenland verantwortlich war. 1958 gründeten ehemalige Wehrmachts-Gebirgsjäger in Bozen die erste Ortskameradschaft in Italien. Die Organisierung der ehemaligen Südtiroler Gebirgsjäger stieß in Italien auf vehemente Ablehnung. In Österreich war es ähnlich, dort wandte sich 1962 sogar der damalige Verteidigungsminister Karl Schleinzer (ÖVP) gegen die Gebirgsjäger-Kameradschaften.[1] Als Ausdruck dieser weit gespannten Organisationsbemühungen und seines Anspruchs, alle Gebirgsjäger unabhängig von ihrer Nachkriegsnationalität zu vertreten, änderte der Verein 1958 seinen Namen in *Kameradenkreis der ehemaligen Gebirgstruppe e.V.* Die Konsolidierung der Organisation ließ auch das politische Gewicht des Kameradenkreises wachsen.

Der Veteranenverband organisierte sich nach dem Vorbild der hierarchisch aufgebauten ehemaligen Gebirgstruppe. Im Gegensatz dazu stand die Bezeichnung „Kameradenkreis“: Ein „Kreis“ lässt die innere Struktur unbeachtet und scheint etwas Egalitäres zu sein, weil er sich auf die angebliche „Kameradschaft“ von Offizier und Mannschaft bezieht. Ein zweiter, von den Gebirgsjägern viel benutzter Begriff zur Charakterisierung ihrer Sozialstrukturen ist jener der „Seilschaft“. Sie beziehen ihn auf die Praxis des Bergsteigens, um ihr Verständnis von „Kameradschaft“ und sozialen Verhältnissen im Inneren der überschaubaren kleinen Einheiten zu bezeichnen.

In der Regel ignoriert wird die Funktion des Kameradenkreises als Instrument der Selbsthilfe. Hierzu zählte nicht nur finanzielle Hilfe, wofür 1959 eigens der Verein *Kameradenhilfe der Gebirgstruppe* gegründet worden war, sondern auch juristischer Beistand durch Experten des Verbandes, das Absprechen von Aussagen in Ermittlungsverfahren oder das Verstecken polizeilich gesuchter Mitglieder. Beispielsweise wurde General Ringel in Österreich von ehema-

1 Der Ulrichsbergfeier blieb Schleinzer hingegen treu; von 1961 bis 1963 hielt er dort die Festrede.

ligen „Kameraden“ versteckt, als die Polizei wegen eines Verfahrens als Kriegsverbrecher nach ihm fahndete. Der Kameradenkreis lässt sich daher auch als „Selbsthilfevereinigung für Kriegsverbrecher“ bezeichnen, eine Funktion, die solange relevant bleiben wird, wie noch Verfahren gegen ehemalige Gebirgsjäger anhängig sind. Die Selbstbeschreibung als „Seilschaft“ wird damit auch einer anderen Bedeutung dieses Begriffs gerecht, nämlich der als einer eingeschworenen, verdeckt arbeitenden Gruppe Gleichgesinnter.

Mit einer Satzungsänderung im November 1982 öffnete sich der Kameradenkreis für aktive Soldaten und Reservisten der Bundeswehr. Zusätzlich zu den beiden bisherigen Säulen der Gebiets- und der Traditionskameradschaften schuf er als dritte Säule zu diesem Zweck die so genannten Truppenkameradschaften für ehemalige und aktive Angehörige der *1. Gebirgsdivision* der Bundeswehr. Der „kleine“ und der „große“ Kameradenkreis verschmolzen zum heutigen Kameradenkreis, der dank der Öffnung weiter expandieren konnte.

1994 vollzog die Organisation einen Generationenwechsel. Inzwischen werden fast alle Ämter von aktiven oder ehemaligen Bundeswehr-Soldaten ausgeübt. Weil sich der *Kameradenkreis der Gebirgstruppe* rechtzeitig und konsequent für die Bundeswehr öffnete, entging er vorerst dem Schicksal anderer Veteranenorganisationen, die seit den 1980er Jahren ihre dominierende Stellung im geschichtspolitischen Diskurs über die Wehrmacht und den Zweiten Weltkrieg eingebüßt (Kühne 2001, 96 f.) oder mangels Mitgliedern zu bestehen aufgehört hatten. Dennoch befindet sich der Kameradenkreis seit etwa 2004 in einer Phase des Niedergangs und immer mehr Kameradschaftsorganisationen lösen sich auf.

Seit Anfang der 1980er Jahre bemühte sich der Kameradenkreis verstärkt um Kontakte zu Gebirgsjäger-Vereinigungen anderer Staaten. Am 24. Mai 1985 wurde die *International Federation of Mountain Soldiers* (IFMS) als Zusammenschluss US-amerikanischer, französischer, italienischer, österreichischer und deutscher ehemaliger Gebirgstruppen gegründet. Er vollzog damit zum einen die Integration der Bundeswehr in das damalige NATO-Bündnis nach. Zum anderen sollten die Begegnungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern dem Kameradenkreis dabei helfen, das stark gesunkene ge-

sellschaftliche Ansehen des ehemaligen und des aktuellen Soldatentums zu verbessern.

Viktimisierender Totenkult, militarisierte Trauer

Sowohl die katholische als auch die protestantische Kirche spielen in Gestalt der ehemaligen Feld- bzw. der heutigen Standortgeistlichen eine unabdingbare Rolle für den viktimisierenden Totenkult und die gesellschaftliche Akzeptanz des Kameradenkreises. Die ehemaligen Feldgeistlichen der Gebirgstruppe unterstützen den Kameradenkreis seit seiner Anfangszeit bis heute gegen die „Widrigkeiten" einer kritischen Öffentlichkeit. Die Kirchen verschaffen dem Kameradenkreis ein positives Image, eine sakral-militärische Form für die Kameradschaftstreffen sowie eine nachträgliche Rechtfertigung für die Beteiligung der einzelnen Soldaten am Vernichtungskrieg, indem sie den Kriegsdienst zu einem religiös überhöhten notwendigen Opfer stilisieren. Die Sakralisierung des Gedenkens will verhindern, dass dies durch kritische Reflexionen hinterfragt und relativiert wird. Die vereinseigene „Weihestätte" des Kameradenkreises auf dem Hohen Brendten soll zu einem Ort der Frag- und Kritiklosigkeit (Eschebach 2005, 51) gemacht werden.

Das „liturgische" Jahr des Kameradenkreises ist seit über 50 Jahren fast unverändert: Fixpunkte sind das Pfingst-Treffen auf dem Hohen Brendten und das September-Treffen auf dem Grünten bei Sonthofen im Allgäu (Bayern). Hinzu kommen einige Sportveranstaltungen sowie die regionalen und lokalen Kameradschaftstreffen. Von Beginn an wurde Wert darauf gelegt, den Veteranentreffen „Gehalt und Erlebniswert" zu geben. Die oft alkoholvernebelte und rührselige Verklärung der Kriegserlebnisse wurde in ein die Familien einbeziehendes Unterhaltungsprogramm eingebettet, in dem die zu „Kameradenfrauen" reduzierten Ehegattinnen eine wichtige Rolle spielten. Feste und immer wiederkehrende Elemente dieser Treffen sind ein ökumenischer Gottesdienst, Musik von lokalen Kapellen oder dem Gebirgsmusikkorps, die Teilnahme örtlicher Krieger- und Schützenvereine, der Feuerwehr sowie verbündeter und befreundeter Organisationen. Ehemalige Kommandeure oder Kameradschaftsvorsitzende, hochrangige Bundeswehroffiziere und Politiker bis hin zu Ministern halten Ansprachen, es werden Kränze niedergelegt und

Salut geschossen. Das Vereinsleben lässt sich zusammenfassen als Zusammenwirken von verklärender und heroisierender Erinnerung, ritualisiertem Gefallenenkult, einem die Familien einschließenden generationenübergreifenden Freizeitangebot sowie geschichtspolitischen Stellungnahmen, die die Wehrmacht und das Soldatentum insgesamt betreffen. Mit seinen öffentlichen Veranstaltungen und mittels der Einbindung ziviler Institutionen in den Ablauf der Feiern versucht der Kameradenkreis, eine enge Verknüpfung des Militärischen mit dem Zivilen herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Die bei den Gedenkveranstaltungen inszenierte Trauer um die verstorbenen Gebirgsjäger erweist sich als militarisierte Trauer (Shatan 1983, 235), die nicht den jeweiligen individuellen Verlust eines geliebten Menschen bearbeitet, sondern die Bereitschaft zum erneuten Kampf zur Schau stellt. Die Gedenkveranstaltungen dienen der Absicherung der eigenen Identität und formulieren mit der Ansprache des Präsidenten den Anspruch, die eigene Konstruktion der Vergangenheit im öffentlichen Gedächtnis durchzusetzen. Das Interesse der von der Volks- zur Erinnerungsgemeinschaft gewordenen alten und neuen Gebirgsjäger an einer hegemonialen Vergangenheits-Konstruktion speist sich aus Gegenwart und Zukunft – das Vergangene wird entkontextualisiert und den Anforderungen der neuen Kriege entsprechend re-codiert. Die Brendten-Feier des Kameradenkreises ist von daher eine idealtypische Form von Geschichtspolitik.

Tradition und Traditionspflege

Unter Traditionspflege verstehen wir ein Ensemble sozialer Praktiken, das zur Konstitution einer militaristischen Gemeinschaft und ihrer Aufrechterhaltung im Innern sowie zur Identitätsbildung und Selbstdarstellung nach außen dient. Traditionspflege hat das Ziel, die Traditionsgemeinschaft als Akteur im jeweiligen Gedenkdiskurs handlungsfähig zu machen. Das Traditionsverständnis des Kameradenkreises beruht wesentlich auf seiner Haltung zum nationalsozialistischen Vernichtungskrieg, denn primär geht es dem Kameradenkreis darum, die Wehrmacht als Stifterin von Tradition für heutige Soldaten zu legitimieren, weshalb er sich trotz aller historischer Forschungserkenntnisse an die Lüge klammert, die

Wehrmacht sei nicht am Vernichtungskrieg beteiligt gewesen. Aus demselben Grund verschweigt er konsequenterweise die Rolle der Wehrmacht, eben auch jene von Gebirgsjägereinheiten, bei der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden. Traditionspflege im Sinne des Kameradenkreises erhebt den Anspruch auf Definitionsmacht über die Geschichte der Gebirgstruppe. Mit dieser Art von Geschichtspolitik greift er auch in jeweils aktuelle militärpolitische Debatten ein, etwa zur Frage der Wehrpflicht oder zur Struktur der Streitkräfte.

Bis in die 1960er Jahre hinein spielte das Thema „Tradition“ kaum eine Rolle im Kameradenkreis, weil die Anforderungen der Integration in das zivile Leben, die wirtschaftliche Situation der einzelnen Veteranen, das Sprechen über die Kriegserfahrungen sowie die Pflege der Kameradschaft und die Konsolidierung der Kameradschaftsorganisation im Vordergrund standen. Auch für die Planer der 1955 gegründeten Bundeswehr, ihre zivilen Berater und das Parlament spielte die militärische Tradition bis 1958 nur eine untergeordnete Rolle (Abenheim 1989, 34). Zentrale Begriffe waren anfangs vor allem Kameradschaft, Heimatliebe, Treue, Hilfsbereitschaft, christliche Frömmigkeit sowie das Gedenken an die im Krieg getöteten „Kameraden“. Der so definierte Traditionsraum galt als Basis der genuin soldatischen Tugenden: Kameradschaft, Pflichterfüllung, Tapferkeit, Opferbereitschaft. „*Das* ist es, was *wir* unter Tradition verstehen und weitergeben wollen.“

Seitdem das Thema „Tradition“ in den 1960er Jahren für den Kameradenkreis an Bedeutung gewann, orientierte er sich inhaltlich grundsätzlich an der Bundeswehr. Der Kameradenkreis vertrat und vertritt ein Traditionsverständnis, das den viktimisierenden Totenkult nutzt, um das komplexe Kriegsgeschehen in kriegstechnokratisch-handwerkliche Tätigkeiten und eine unüberschaubare Anzahl individueller Erlebnisse aufzulösen, indem er ausschließlich vom Schicksal des einzelnen Soldaten ausgeht. Mit dieser Methode konnten die Veteranen den historischen Kontext, in dem der Vernichtungskrieg stattfand, systematisch ausblenden, um dadurch das Bild einer „sauberen“ Wehrmacht, die „ehrenhaft“ gekämpft habe, zu erzeugen. Es gelang den Veteranen, diesen Mythos gesellschaftlich zu etablieren, weshalb der Kameradenkreis die Werte eines ewig

unveränderlichen deutschen Soldatentums propagieren konnte, das von den Geschehnissen des Zweiten Weltkriegs nicht beeinflusst worden sei.

Das im Kameradenkreis gepflegte statische Traditionsverständnis schuf in seinen einzelnen Unterorganisationen eine Art „Familiengedächtnis“ (Welzer 2002), welches sich in der gemeinsamen Erinnerung an die Zeit des Zweiten Weltkriegs konstituierte und das von den angeblich unveränderbaren „soldatischen Tugenden“ strukturiert wird. Der Begriff „Familiengedächtnis“ liegt in diesem Kontext nahe, bezeichnen sich doch viele Kameradschaften als „Familie“, an deren Spitze der ehemalige Kommandeur steht, welcher respekt- und liebevoll „Papa“, „Vati“ oder „Vater“ genannt wird.

Politisch-kulturelle Änderungen in der bundesdeutschen Gesellschaft, die Öffnung zur Bundeswehr und der Traditionserlass des sozialdemokratischen Verteidigungsministers Hans Apel vom September 1982 zwangen den Kameradenkreis zu gewissen Modifikationen seines Traditionsverständnisses. Der neue Traditionserlass forderte eine wertorientierte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und sah vor, in der deutschen Geschichte nach geeigneten Vorbildern für die Bundeswehr zu forschen, anstatt lediglich ein ungebrochenes Kontinuum preußisch-deutschen Soldatentums zu propagieren. Damit war auch klar, dass die Wehrmacht als Institution keine Tradition für die Bundeswehr begründen konnte. Der für den Kameradenkreis entscheidende Satz in Punkt 6 des Erlasses lautet: „In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos missbraucht.“

Vor allem die zweite Satzhälfte bot den Veteranen die Handhabe, die geforderte wertorientierte Auseinandersetzung zu umgehen und stattdessen die Wehrmachts-Soldaten nach wie vor ausschließlich als „Opfer“ zu definieren. Dies ist bis heute das grundlegende Ideologem, das die geschichtspolitische Position des Kameradenkreises und sein Verständnis von Tradition einerseits umschreibt und es andererseits nahtlos in den aktuellen geschichtspolitischen Diskurs der „Ver-Opferung“ der Deutschen integriert. Andererseits spricht der Kameradenkreis viel und gern über „soldatische Leistungen“ Einzelner, meint damit aber die Wehrmacht insgesamt.

Kameradenkreis und Vernichtungskrieg

Explizite und konkrete Äußerungen über den Zweiten Weltkrieg vermeidet der Kameradenkreis und spricht stattdessen vage von einem „dunklen Kapitel“. Auch über den Nationalsozialismus finden sich keine Aussagen in der *Gebirgstruppe*. Die Haltung des Kameradenkreises zu Nationalsozialismus und Vernichtungskrieg zeigte sich jedoch in seiner Position zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, die erstmals im März 1995 in Hamburg gezeigt wurde.

Sofort stimmte die *Gebirgstruppe* ihre LeserInnenschaft auf das darin angeblich heraufbeschworene „Horrorbild einer verbrecherischen Wehrmacht“ ein. Gebetsmühlenartig begegneten Mitglieder des Kameradenkreises den in der Ausstellung präsentierten Fakten mit der bundesdeutschen Lebenslüge, die Soldaten der Wehrmacht seien „im guten Glauben an ihre Pflicht von einem verbrecherischen System missbraucht worden“. Der Kameradenkreis nutzte für die Auseinandersetzung mit der Ausstellung eine Begrifflichkeit als Waffe, die aus der Nachkriegszeit stammt und mit der er dokumentiert, dass er ideologisch nach wie vor in der Zeit des Kalten Krieges verhaftet ist.

Die umfassende zeitgenössische Zustimmung zum Nationalsozialismus rechtfertigt der Kameradenkreis damit, dass der einzelne Soldat keine Alternative zur Identifizierung mit dem nationalsozialistischen Staat gehabt habe und dass er schließlich nicht freiwillig in den Krieg gezogen sei. Dieser geschichtspolitischen Strategie folgend, veröffentlicht die *Gebirgstruppe* immer wieder Erlebnisberichte im Landser-Stil und versucht, Erlebnisberichte in den Rang wissenschaftlicher Arbeiten zu erheben, um Forschungsergebnisse der seriösen Geschichtswissenschaft zu relativieren.

Der *Kameradenkreis der Gebirgstruppe* verherrlicht, entsprechend seiner militaristischen Logik und seiner fehlenden Distanz zum Krieg, die ehemalige Wehrmacht und die Veteranen der Gebirgstruppen als Vorbilder, „die der nachfolgenden Generation das Koordinatensystem ihrer Werteordnung, nämlich die feste Verankerung unseres Handelns in der Tradition der Freiheit und der Verantwortung, der Toleranz und der Würde“ weitergäben. Sie seien es, die „uns die zeitlosen militärischen Werte wie Pflicht, Treue, Tapferkeit und Kameradschaft“ vorgelebt hätten. In dieses Argument sind

die nationalsozialistischen Soldaten explizit einbezogen. Mit einem Satz werden aus diesen Veteranen des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges und Helfern der Shoah friedliebende, demokratische, würdevolle Bewahrer der Tradition.

Aus Anlass der 2001 eröffneten, neu konzipierten zweiten Wehrmachtsausstellung rief der Kameradenkreis wieder zu Protesten auf: „Wehren wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln!“ Erneut würden ehemalige Wehrmachtssoldaten pauschal verurteilt werden, obwohl Verbrechen nur von einer geringen Anzahl von Soldaten begangen worden seien. Niemand habe das Recht, die mehr als 18 Millionen deutscher Soldaten für die verbrecherische Politik der Führung des nationalsozialistischen Deutschlands verantwortlich zu machen.

Als Folge der Proteste des *Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege* und der *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten* (VVN/BdA) sah sich der Kameradenkreis 2003 jedoch zu einem zögernden Eingeständnis genötigt. Er sei sich der Verbrechen gegen das Kriegsvölkerrecht – auch durch Gebirgstruppen – insbesondere im Zweiten Weltkrieg bewusst, verabscheue und verurteile diese. „Unser ganzes Volk“ müsse „mit diesem Erbe“ leben.

> „Es gab und es gibt aber keine Kollektivschuld – weder damals noch heute. Es gibt nur personale Schuld, der sich der Einzelne stellen muss, hier vor einem irdischen Richter und nach unserem christlichen Verständnis dereinst vor seinem Herrgott.“

In zynischer Verdrehung der Verhältnisse stellt der Kameradenkreis diesem unwilligen Eingeständnis den „unbarmherzige[n], hinterhältige[n] und völkerrechtswidrige[n] Partisanenkampf“ gegenüber. Er behauptet, PartisanInnen hätten nicht der Haager Landkriegsordnung und dem Schutz des Völkerrechts unterstanden, sodass sie gefoltert und ermordet werden durften – und mit ihnen, im Rahmen so genannter „Bandenbekämpfung“, auch die BewohnerInnen der Orte, in deren Nachbarschaft sie kämpften. Mit dieser unzutreffenden (Schreiber 2006) und ständig wiederholten Behauptung dokumentiert der Kameradenkreis, dass es ihm um Schuldabwehr, um das Abschieben von Verantwortung für die eigenen Kriegsverbrechen auf den Kriegsgegner und um die Verteidigung der Lüge von der „sauberen“ Wehrmacht geht.

Traditionsdienstleister

In den 1950er Jahren begannen die ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht, so auch die Veteranen der Gebirgstruppe, die Erfahrung kriegerischer Gewalt und die Teilnahme am Vernichtungskrieg in einen „überzeitlich dimensionierten Mythos vom Krieg“ einzuordnen, wobei das historisch Spezifische dieses Krieges verdrängt und erste Facetten eines eigenen Veteranen-Gedenkdiskurses herausgebildet wurden. Es gelang den Veteranen, ihre per Kameradschaftstreffen und Verbandszeitschriften kollektivierten, vergesellschafteten und normalisierten Kriegserinnerungen in das von Wirtschaftswunder und Kaltem Krieg geprägte „kulturelle Koordinatensystem“ der Nachkriegsgesellschaft zu übersetzen und hegemonial werden zu lassen. Durch die Nutzung „überzeitlicher, biologistischer und schicksalhafter Kategorien“ mythologisierten die Veteranen den Krieg und schufen insbesondere einen Opfermythos, der von Militär, Soldaten und kriegführenden Gesellschaften ausschließlich in Form einer heroischen Leidensgeschichte erzählte. Diese strukturiert bis heute die öffentliche Erinnerung des Gefallenenkults, vermittelt durch die *Gebirgstruppe* sowie die zahlreichen Regiments- und Divisionsgeschichten, tradiert und reproduziert mittels der Kameradschaftstreffen. Der Opfermythos ermöglichte es,

> „militärische Leistung – die kriegerische Aggression – im sozialen Gedächtnis zu behalten, indem er sie durch die gleichzeitige Erinnerung an das Leiden reinigte. Je größer die Leichenberge, desto entschiedener die Inanspruchnahme eines Opferstatus.“ (Kühne 2001, 100)

Der Kameradenkreis nutzt primär das Verschweigen der Shoah und des verbrecherischen Charakters des Vernichtungskrieges sowie die ausschließliche Darstellung der gestorbenen Soldaten als Opfer, um sich an den deutschen Gedenkdiskurs über Nationalsozialismus, Shoah und Zweiten Weltkrieg anzuschließen. Er transformiert Wertvorstellungen, soziale Praktiken, Erfahrungen, Normen und Mythen von der Wehrmacht in die Bundeswehr und ist insofern Traditionsdienstleister. Er ist aber auch Bindeglied zwischen dem Militär und der Zivilgesellschaft: in der Richtung vom Militärischen zum Zivilen, indem er seine Wertvorstellungen etc. in die zivile Gesellschaft transportiert; in der anderen Richtung, indem er der kämpfenden

Truppe soziale Beziehungen, Geld und andere Ressourcen zur Verfügung stellt (z. B. in Form von Spenden für Hilfsprojekte im Kosovo) und so den Soldaten den Rücken stärkt, ihrem Kampf Sinn gibt, ihre Erwartungen auf Sozialprestige bestätigt, Zweifel und Kritik aus dem zivilen Bereich beseitigt. Er ist insofern Transmissionsriemen und Medium, wodurch er indirekt Teil der Kampfeinsätze der heutigen Gebirgstruppe wird.

Literatur

Abenheim, Donald (1989): Bundeswehr und Tradition. Die Suche nach dem gültigen Erbe des deutschen Soldaten (= Beiträge zur Militärgeschichte, 27), München.

De Libero, Loretana (2006): Tradition in Zeiten der Transformation: Zum Traditionsverständnis der Bundeswehr im frühen 21. Jahrhundert, Paderborn.

Eschebach, Insa (2005): Öffentliches Gedenken. Deutsche Erinnerungskulturen seit der Weimarer Republik, Frankfurt/New York.

Kühne, Thomas (2001): Zwischen Vernichtungskrieg und Freizeitgesellschaft. Die Veteranenkultur der Bundesrepublik (1945-1995). In: Naumann, Klaus [Hrsg.]: Nachkrieg in Deutschland, Hamburg, S. 90-113.

Kühne, Thomas (2006): Kameradschaft. Die Soldaten des nationalsozialistischen Krieges und das 20. Jahrhundert, Göttingen.

Schreiber, Gerhard (2006): „Bedenkenlose Totalität des Vernichtungswillen“. Deutsche Kriegsverbrechen in Italien, Vortrag 2002 in Detmold. In: Verein zur Förderung alternativer Medien [Hrsg.]: La Resistenza. Beiträge zu Faschismus, deutscher Besatzung und dem Widerstand in Italien, 3. Auflage, Erlangen, S. 45-48.

Shatan, Chaim F. (1983): Militarisierte Trauer und Rachezeremoniell. In: Passett, Peter/Modena, Emilio [Hrsg.]: Krieg und Frieden in psychoanalytischer Sicht, München 1983, S. 220-249.

Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline (2002): „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a. M.

Kriegsverbrechen

Den Gebirgstruppen der Wehrmacht lassen sich mindestens 60 Kriegsverbrechen in Polen, Norwegen, Griechenland, Frankreich, der ehemaligen Sowjetunion, dem ehemaligen Jugoslawien, Italien und Albanien nachweisen. Darunter stechen die Verbrechen in Kephallonia (Griechenland 1943) und Kommeno (Griechenland 1944) heraus. Auf der Insel Kephallonia ermordeten Gebirgsjäger mehr als 3.000 gefangene und entwaffnete italienische Soldaten und in Kommeno ermordeten sie 317 Menschen auf unvorstellbar bestialische Weise. Andere Gebirgsjäger wirkten an der Deportation der griechischen Juden und Jüdinnen mit, praktizierten im französischen Vercors und in Norwegen die Politik der verbrannten Erde und ermordeten in ganz Europa Zehntausende. Die so genannte „Bandenbekämpfung" – die brutale Bekämpfung des Widerstands in den besetzten Gebieten – diente als Deckmäntelchen für den Terror gegen die Zivilbevölkerung. Lediglich ein einziger Gebirgsjäger wurde von der deutschen Justiz für seine Verbrechen zur Rechenschaft gezogen: 2009 verurteilte das Landgericht München den Gebirgsjäger Josef Scheungraber aus Ottobrunn für die Ermordung von zehn Menschen im italienischen Falzano di Cortona zu lebenslanger Haft.

Proteste

Organisiert vom *Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege* protestierten seit 2002 antifaschistische Gruppen, KriegsgegnerInnen und geschichtspolitische AktivistInnen gegen das Treffen der Veteranen in Mittenwald (Bayern). Sie forderten die Entschädigung der Opfer der Gebirgsjäger, die Verurteilung der Täter, die Einstellung der Brendten-Feier und die Auflösung der Bundeswehr. Mit ZeitzeugInnen-Veranstaltungen, Demonstrationen, phantasievollen und öffentlichkeitswirksamen Auftritten konfrontierten sie jedes Jahr zu Pfingsten die Veteranen und die gastgebende Gemeinde Mittenwald. Bis zu 500 Menschen aus der gesamten BRD und aus Österreich nahmen an den Protesten teil. Weil die Mobilisierungsfähigkeit nachzulassen schien, übernahm ein Teil des Vorbereitungskreises 2008 die Kampagne und organisierte unter weitgehendem Verzicht auf öffentliche Proteste einen gescheiterten Versuch, die Feier auf dem Brendten unmittelbar zu stören. Danach war die Mobilisierung tatsächlich zusammengebrochen und 2009 wurde mit der Aufstellung eines Denkmals in Mittenwald, das an die Verbrechen der Gebirgsjäger erinnerte, das Ende der Proteste selbstbestimmt besiegelt. Die Gemeinde Mittenwald räumte das Denkmal zwar ab, musste aber später klein beigeben und im März 2010 wurde das Denkmal dann zum zweiten Mal aufgestellt: mit behördlicher Genehmigung, kirchlichem Segen und unter Beteiligung von Kameradenkreis und Bundeswehr.

RAINER HACKAUF

Politische Elitesoldaten

Europäische „Freiwillige" in der (Waffen-)SS

Im „Ehrenhain" der „Europagedenkstätte" am Ulrichsberg hängen zahlreiche Gedenktafeln[1], die an Angehörige[2] der (Waffen-) SS bzw. Verbände der (Waffen-)SS erinnern sollen. Aufgrund der in Österreich geltenden Verbotsgesetze[3] sind an den Tafeln keine SS-Runen angebracht, auch der Wahlspruch der SS „Unsere Ehre heißt Treue" findet sich daher in nur leicht abgeänderter Version „Des Soldaten Ehre ist seine Treue" auf einer Tafel. Auffällig ist auch die relativ große Anzahl an Tafeln, die an ausländische „Soldaten" oder „Freiwillige" erinnern. Gemeint sind damit jene Angehörigen der (Waffen-)SS, die beispielsweise als schwedische, russische, lettische, ungarische, französische, belgische, spanische oder dänische Staatsbürger in die (Waffen-)SS eingetreten sind und in der Folge ebenfalls an zahlreichen *Kriegsverbrechen*, wie auch *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* beteiligt waren.

1 Eine Dokumentation einiger Tafeln findet sich auf www.u-berg.at; zu Gedenkstätte und „Ehrenhain" siehe auch den Artikel *Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen*.

2 Da die SS eine patriarchale Organisation war, wird im Folgenden die männliche Schreibweise verwendet. Hingewiesen sei aber trotzdem darauf, dass im so genannten SS-Gefolge weibliches Personal in der Verwaltung und im Krankenwesen wie auch als Wachpersonal in Konzentrations- und Vernichtungslagern tätig war.

3 Für Österreich gilt der § 3 des Verbotsgesetzes, nach dem der Wehrverband SS verboten ist. In der Bundesrepublik Deutschland ist über das Organisationsverbot hinaus auch die Verbreitung von Propagandamaterial und Verwendung von Symbolen der SS (§§ 86 und 86a StGB) strafbar. Trotz dieser Verbote gibt es bis heute eine Reihe von „Traditionsverbänden" der (Waffen-)SS-Angehörigen, wie etwa die *Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS* (HIAG) in Deutschland oder die *Kameradschaft IV* (K IV) in Österreich.

Die Anfänge der (Waffen-)SS

Wehrmacht und (Waffen-)SS entstanden in Folge der Remilitarisierung Deutschlands nach 1933. Diese ging einerseits Hand in Hand mit einem massiven Rüstungsprogramm, wurde andererseits aber auch von einem großen personellen Wachstum der beiden Organisationen begleitet. So war der zahlenmäßige Umfang der (Waffen-)SS im letzten Kriegsjahr mit rund 910.000 Angehörigen über hundertmal so groß als noch zehn Jahre zuvor.[4] Dieser Anstieg an Angehörigen der (Waffen-)SS war nur durch eine massive Rekrutierung von Ausländern[5], in erster Linie der als „Volksdeutsche" bezeichneten nichtjüdischen, deutschsprachigen Bevölkerung außerhalb des „Deutschen Reiches", möglich geworden. Handelte es sich bei den Angehörigen der (Waffen-)SS am Anfang fast ausschließlich um so genannte „Reichsdeutsche" (auch Österreicher und „Sudetendeutsche" zählten im NS-Jargon zu diesen), wurden ab 1939 sowohl „Volksdeutsche" als auch so genannte „nichtdeutsche Germanen" rekrutiert. Ende des Krieges bestand die (Waffen-)SS schließlich zu mehr als der Hälfte aus Soldaten mit (ursprünglich) nicht-deutscher StaatsbürgerInnenschaft.

Der Begriff „Waffen-SS" wurde Anfang November 1939 für den Sprachgebrauch in der SS-Administration eingeführt und setzte sich binnen kurzer Zeit gegenüber den alten Bezeichnungen wie „Verfügungstruppe" und „Totenkopfverbände" durch.[6] Gewählt wurde er dabei, um zu verdeutlichen, dass die „Waffen-SS", unter Führung des *Reichsführers-SS und Chef der Deutschen Polizei*

4 Vgl. FÖRSTER 2003, 89

5 Der Begriff „Ausländer" ist problematisch, wird aber im Folgenden mangels einer besseren Bezeichnung verwendet. Zwei kurze Anmerkungen dazu: Zum einen zählten ÖsterreicherInnen und Sudetendeutsche als „reichsdeutsche" StaatsbürgerInnen und damit nicht als „AusländerInnen". Zum anderen ging mit dem Eintritt in die (Waffen-)SS zumindest für so genannte „Volksdeutsche" in der Regel die Zuerkennung der deutschen StaatsbürgerInnenschaft einher. Je nach Bestimmungen des Herkunftslandes musste dafür die alte StaatsbürgerInnenschaft aufgegeben werden bzw. wurde diese aberkannt.

6 Vgl. WEGNER 2010, 127



Gedenktafeln für europäische Freiwillige der (Waffen-)SS

Heinrich Himmler [7], ein von der Wehrmacht unabhängiger, bewaffneter Verband war. Zum Ausdruck kommt darin auch das angespannte Verhältnis, das zwischen den beiden konkurrierenden Strukturen bestand. Militärisch waren die Teile der (Waffen-)SS, die sich am Krieg beteiligten, zwar auch der Heeresführung unterstellt, ideologisch unterstanden sie aber ausschließlich dem *Reichsführer-SS*. Auch nach dem Krieg, so zumindest die Pläne von Himmler, sollte die (Waffen-)SS bestehen bleiben und als „pangermanische Volksarmee" die Grenzen bewachen.[8]

Rekrutierung ausländischer (Waffen-)SS-Angehöriger

Zu systematischen Anwerbungsversuchen seitens der SS-Führung von Ausländern war es bis dahin nicht gekommen, auch wenn laut Himmler im Zuge der so genannten *Sudetenkrise*[9] „zum ersten Mal rund 20 Ausländer in den Reihen der SS als Offiziere und Männer gewesen [seien] und zwar Schweizer, Dänen, Balten, Deutsche

7 Heinrich Himmler (*7. Oktober 1900 in München; †23. Mai 1945 in Lüneburg), ab 1929 *Reichsführer-SS*, ab 1936 *Chef der Deutschen Polizei*

8 Vgl. WEGNER 2010, 310 ff.

9 Ab Ende 1937 lässt Adolf Hitler unter dem Operationsnamen „Fall Grün" den militärischen Angriff auf die Tschechoslowakei (ČSR) vorbereiten. Im Laufe des Jahres 1938 gerät die ČSR immer mehr unter Druck Deutschlands und dessen Verbündeter. Die daraus entstandene diplomatische Krise wird mit der Unterzeichnung des *Münchner Abkommens* am 30. September 1938 beendet. Italien, Großbritannien und Frankreich geben – gegen den Willen der tschechischen Regierung – ihre Zustimmung zum Anschluss des Sudetenlandes an das „Deutsche Reich". Deutsche Truppen besetzen tags darauf Teile der ČSR.



aus Siebenbürgen und Polen".[10] Selbst wenn schon früher immer wieder ausländische Freiwillige in die (Waffen-)SS eingetreten waren, begannen konkrete Vorbereitungen für Anwerbungen im größeren Stil erst Ende 1939 mit dem Erlass für die Neuordnung der SS-Ergänzungs-Richtlinien.[11] Gottlob Berger[12], Leiter des für Rekrutierungen zuständigen SS-Ergänzungsamtes, gelang es auf diesem Weg, die Begrenzung an Neurekrutierungen zu umgehen, die der (Waffen-)SS vom *Oberkommando der Wehrmacht* (OKW) vorgegeben wurde. Das OKW, als oberste Musterungsbehörde, wollte so eigentlich verhindern, dass aus der (Waffen-)SS eine zweite militärische Formation, in Konkurrenz zur Wehrmacht, entsteht und sich zum anderen den Zugriff auf wehrpflichtige Männer sichern. Doch die zahlenmäßige Begrenzung durch das OKW für Neuanwerbungen bezog sich nur auf so genannte „Reichsdeutsche", während Ausländer davon nicht betroffen waren. Auf diesem Weg ergänzten sich die pragmatische Überlegungen zur Umgehung der Anwerbebeschränkungen mit den völkischen Vorstellungen von Himmler: „In diesem Sinne hatte die Europa-Ideologie der SS neben ihrer expansionistischen auch eine Legitimationsfunktion." (WEGNER 2010, 317; siehe auch den Artikel *Der Ulrichsberg ruft!*)

So wurde gleich nach der Besetzung der „germanischen" Länder im Norden und Westen damit begonnen, Freiwillige anzuwerben und wallonische, flämische, französische und niederländische *Legionen* aufgestellt. Aus dänischen und norwegischen Freiwilligen

10 Zit. n. WEGNER 2010, 302
11 Vgl. MILATA 2007, 51
12 Gottlob Berger (*16. Juli 1896 in Gerstetten; †25. Januar 1975 in Stuttgart), ab 1936 Chef des SS-Ergänzungsamtes, ab 1940 Chef des übergeordneten SS-Hauptamtes

wurden die Standarten „Nordland“ und „Westland“ gebildet und 1940 mit dem deutschen SS-Regiment „Germania“ vereinigt. Finnen, Schweden und Schweizer wurden in der SS-Panzer-Division „Wiking“ zusammengeführt. Im Gegensatz zur Anwerbung dieser zum Großteil „nichtdeutscher Germanen“ war die Rekrutierung so genannter „Volksdeutscher“ in Südosteuropa erfolgreicher. So gab es 1941 rund 6.000 „volksdeutsche“ Angehörige der (Waffen-)SS, zwei Jahre später waren es schon über 120.000 – die meisten von ihnen kamen aus Rumänien, Ungarn, Serbien und Kroatien.[13]

Um dem Personalbedarf der Fronttruppen nachzukommen, kam es ab 1943 zu zwei Entwicklungen. So wurden die Richtlinien für die Aufnahme in die (Waffen-)SS an die kriegsbedingten Gegebenheiten angepasst. Wurden die Kriterien für die Mitgliedschaft in der (Waffen-)SS als „soldatischem Orden nordisch bestimmter Männer“[14] schon bis dahin gelockert, wird mit der Aufnahme von ausländischen Verbänden eine Truppe zweiter Klasse innerhalb der (Waffen-)SS geschaffen. An der Spitze der Hierarchie der sich formierenden Vielvölkerarmee standen dementsprechend „ordensfähige, SS-taugliche Deutsche“, gefolgt von „nicht ordensfähigen, nicht SS-tauglichen Deutschen und Germanen“, ganz unten „Nichtdeutsche, Nichtgermanen“.[15] Neben „Volksdeutschen“ kämpfen nun auch beispielsweise Verbände aus dem Baltikum und der Ukraine oder russische Kosaken als Teil bzw. unter dem Kommando der (Waffen-)SS. In der Schlussphase des Krieges wurden auch (Waffen-)SS-Einheiten aus der bosnisch-muslimischen Bevölkerung gebildet.

Auch die „Freiwilligkeit“ stand mit dem Voranschreiten des Kriegsverlaufes und den steigenden Verlusten von Soldaten im Fronteinsatz nicht mehr im Vordergrund. Rekrutierungen fanden durchaus unter Vorspiegelung falscher Tatsachen[16] oder zwangsweise statt.

13 Vgl. mit BOOG 1990, 838

14 Heinrich Himmler 1937 in „Die SS als antibolschewistische Kampforganisation.“ (Nach WEGNER 2010, 38)

15 Zit. n. WEGNER 2010, 315

16 So werden 1939/1940 im Zuge der „1000-Mann-Aktion“ Mitglieder der, den Nazis nahestehenden, *Deutschen Jugend* (DJ) für die (Waffen-)SS rekrutiert. Offiziell wurde den jungen Männern bei der Anwerbung jedoch

So wurden im Zuge des Krieges nach und nach Abkommen zwischen der SS-Führung und den Regierungen kollaborierender Staaten geschlossen, die es der (Waffen-)SS erlaubten, Musterungen unter so genannten „Volksdeutschen“ vorzunehmen. War bis dahin die StaatsbürgerInnenschaft für den Wehrdienst in einer entsprechenden (nationalen) Armee ausschlaggebend, gilt diese Beschränkung für die (Waffen-)SS nicht mehr. Musterungen konnten nun offiziell auch außerhalb des „Deutschen Reiches“ stattfinden, wobei wehrtauglichen Männern oftmals bewusst verschwiegen wurde, dass diese Musterungen, wie auch der Eintritt in die (Waffen-)SS, auf „Freiwilligkeit“ beruhten.[17] Trotz allem kann resümiert werden, dass auch die meisten ausländischen Angehörigen freiwillig der (Waffen-)SS beigetreten sind bzw. die Möglichkeiten, den Wehrdienst stattdessen in einer regulären Armee zu leisten, ganz bewusst nicht genutzt haben. Motivation für den Eintritt in die (Waffen-)SS war dabei oftmals weniger die vollständige Identifizierung mit der NS-Ideologie, als vielmehr ein miteinander geteilter Antibolschewismus als maßgebliche ideologische Verbindungslinie.

Einsatzgebiete und ideologische Schulung

Die Bandbreite der Einsatzgebiete der ausländischen Angehörigen der (Waffen-)SS umfasste grundsätzlich die der „reichsdeutschen“ Freiwilligen. Diese reichte vom Einsatz an der Front über die Zuteilung zur *Inspektion der Konzentrationslager* (IKL)[18] bis zum Dienst in den SS-Totenkopfverbänden. Je nach Herkunft variierte aber die Häufigkeit der Zuteilung zu bestimmten Aufgaben. So

gesagt, dass schulische „Ausbildungsplätze“ in Deutschland vergeben würden. Erst im Zuge der Musterung nach der Ankunft in Wien wurde ihnen der eigentliche Zweck offenbart (vgl. MILATA 2007, 49 ff.).

17 Vgl. MILATA 2007, 151 ff.

18 Die Inspektion der Konzentrationslager wurde 1934 als zentrale SS-Verwaltungs- und Führungsbehörde für die NS-Konzentrationslager gegründet. Als oberster Inspekteur der Konzentrationslager fungierte Theodor Eicke, Lagerkommandant des KZ Dachau und SS-Oberführer. 1939 wird Eicke zum Kommandeur der SS-Totenkopf-Standarten berufen, Richard Glücks, ab 1943 SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS, folgt ihm als Leiter der IKL nach.

fanden sich (Waffen-)SS-Angehörige aus Nord- und Osteuropa vergleichsweise häufiger als Wachpersonal in Konzentrations- und vor allem Vernichtungslagern. „Ausländische" Divisionen der (Waffen-)SS wurden in den besetzten Gebieten meist zur so genannten „Bandenbekämpfung" – also im Kampf gegen PartisanInnen – eingesetzt, so in Jugoslawien, Griechenland und Frankreich, ebenso in der Sowjetunion und Italien. „Volksdeutsche" wurden darüber hinaus auch öfter Divisionen zugeteilt, die besonders schlecht ausgerüstet waren und in denen die Todesrate besonders hoch war. Analog zu den schon erwähnten „Rassenhierarchien" auch innerhalb der (Waffen-)SS stellten sich so ungleiche Behandlungen innerhalb der Truppe dar.

Die Multinationalisierung der (Waffen-)SS im Laufe des Krieges spiegelte sich darüber hinaus in einer Veränderung der Schulungen auf den (Waffen-)SS-Junkerschulen in Bad Tölz, Braunschweig, Klagenfurt/Celovec[19] und Prag als auch bei der Propaganda innerhalb der Truppe wider. So nahm mit Aufkündigung des Hitler-Stalin-Paktes zu Kriegsbeginn die antisemitische Propaganda ab. Die ideologischen Schulungen hatten immer mehr den Zweck, über den Antibolschewismus Gemeinsamkeiten in der multinationalen Zusammensetzung herauszustreichen und so den Zusammenhalt zu fördern.[20]

> „Der besondere Nachdruck, den die (Waffen-)SS auf Motivation und Korpsgeist legte, entsprang auch dem Wissen um ihre Heterogenität. Stärker als in der Wehrmacht war die Verschmelzung von Ideologie und Berufsethos von Anfang an als Erziehungsziel institutionalisiert. Die Verbindung von Waffe und Weltanschauung, Professionalität und Politik, Tradition und Neubeginn sollte nicht nur die Durchführung des jeweiligen Auftrages sicherstellen, sondern auch Einheitlichkeit im Denken und *corporate identity* schaffen." (FÖRSTER 2003, 89 f.)

19 Die heute unter dem Namen Khevenhüllerkaserne vom Bundesheer genutzten Gebäude der ehemaligen Lendorf/Dhovše-Kaserne in Klagenfurt/Celovec beherbergten von 1942 bis 1945 eine SS-Kaserne samt zugehöriger „SS-Junkerschule" (eine von vier Eliteschulen für SS-Offiziersanwärter im damaligen „Deutschen Reich") und ein Außenlager des KZ Mauthausen. Siehe auch den Artikel *Loibl KZ – Das „vergessene" Konzentrationslager*

20 Vgl. FÖRSTER 2003, 113

„Europagedenkstätte" am Ulrichsberg

Eine *corporate identity,* die zumindest auch unter zahlreichen ehemaligen Freiwilligen den Krieg überdauern sollte. Anders als bei der Wehrmacht haben sich die Verbrechen der (Waffen-)SS in Konzentrations- und Vernichtungslagern, bei den „Säuberung" genannten Massenmorden an der lokalen (oft jüdischen) Bevölkerung an der Front oder den brutalen Vergeltungsaktionen gegenüber der Zivilbevölkerung im Zuge des Kampfs gegen PartisanInnen ins öffentliche Bewusstsein eingeprägt. So ist die Beteiligung an Kriegsverbrechen sowie die direkte und indirekte Beteiligung an den Massenmorden in Konzentrations- und Vernichtungslagern durch die (Waffen-)SS heute unstrittig. Dies liegt nicht zuletzt auch am *Nürnberger Prozess* gegen die Hauptkriegsverbrecher 1946, in Folge dessen nicht nur die SS, sondern auch die Waffen-SS als verbrecherische Organisation verboten wurde. Um dies vergessen zu machen, wurde seitens ehemaliger Angehöriger nach dem Krieg versucht, die (Waffen-)SS als „Vierte Säule"[21] der Wehrmacht darzustellen. Dies verweist vor allem darauf, dass der Zweite Weltkrieg durch das Bild einer „sauberen Wehrmacht" nach 1945 verklärt wurde. So blieben die Verbrechen der Wehrmacht[22] bis in jüngere Vergangenheit kaum thematisiert[23], auch wenn sie denjenigen der (Waffen-)SS nicht unbedingt nachstanden.

21 Darauf spielt auch die Namensgebung der *Kameradschaft IV*, einer bis heute bestehenden Vereinigung ehemaliger (Waffen-)SS-Angehöriger in Österreich, an.

22 Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs verübten Teile der (Waffen-)SS allein und in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zahllose *Kriegsverbrechen* wie Massenexekutionen von ZivilistInnen und Vertreibungen aus den besetzten Gebieten. *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* wurden vor allem im Zuge der Überstellung von sowjetischen Kriegsgefangenen an KZs durch die Wehrmacht ermöglicht. Etwa bei der Übergabe von über 140.000 „politisch Untragbaren" sowjetischen Kriegsgefangenen ab Sommer 1941 an die SS, die diese sofort ermordete (vgl. IBEL 2008, 17 ff.). Zwischen 1941 und 1945 starben darüber hinaus 3,3 von über fünf Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen unter „Obhut" der Wehrmacht.

23 Ab den beiden „Wehrmachtsausstellungen" waren Kriegsverbrechen durch Wehrmachtssoldaten auch am Ulrichsberg erstmals Thema; wenngleich die Verbrechen in Abrede gestellt und die Ausstellung pauschal

Um die Verstrickung in *Kriegsverbrechen* und *Verbrechen gegen die Menschlichkeit* zu relativieren, wurde nach dem Krieg von ehemaligen (Waffen-)SS-Angehörigen daher gerne die Nähe zu soldatischen Zeremonien gesucht. Beispielhaft hierfür ist das Ulrichsbergtreffen, das von ehemaligen „Heimkehrern"– Wehrmachts- wie SS-Soldaten – in den späten Fünfzigern des vorigen Jahrhunderts ins Leben gerufen wurde. Zusammen mit dem *Österreichischen Bundesheer* wurde dort „Traditionspflege" betrieben, um vor dem Hintergrund des Kalten Krieges den Angriff auf die Sowjetunion als Kampf gegen den Kommunismus für ein freies Europa umzudeuten. Ehemalige (Waffen-)SS-Angehörige der *Kameradschaft IV* konnten so nicht nur Organisation, Inhalt und Durchführung der jährlichen Feiern maßgeblich mitgestalten, sondern nutzten die Ulrichsbergfeier auch, um sich – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – Jahr für Jahr in Krumpendorf/Kriva Vrba bei Klagenfurt/Celovec zu treffen. (Siehe den Artikel *Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen*.)

Auch im so genannten „Ehrenhain" der „Europagedenkstätte" am Ulrichsberg ist die Beteiligung von ehemaligen Angehörigen der (Waffen-)SS unübersehbar. Wie eingangs schon erwähnt, hängen dort zahlreiche Gedenktafeln, die an die aus verschiedenen Ländern stammenden (Waffen-)SS-Einheiten erinnern sollen und auf Initiative ehemaliger Angehöriger errichtet wurden. Beispielhaft für die auch personellen Verstrickungen zwischen *Ulrichsberggemeinschaft* und ehemaligen Angehörigen der (Waffen-)SS ist etwa die Widmungstafel[24] der *Kameradschaft des XV.K.K.K. General Helmuth von Pannwitz*, die an das *XV. Kosaken-Kavallerie-Korps*[25] erin-

diskreditiert wurde. So endete etwa 1996 eine ursprünglich nicht vorgesehenen Rede des LHStv. (und späteren Finanzministers) Karl-Heinz Grasser, „indem er Gerechtigkeit für die Kriegsgeneration einforderte und die Wehrmachtsausstellung als unmoralisch verurteilte." (RENCHER 1999, 164)

24 Das Innenministerium wollte eine Anbringung der SS-Tafel ursprünglich verhindern, doch nach einer Intervention des ehemaligen ÖVP-Bundesrates Leopold Goëss bei LH Jörg Haider war dies scheinbar kein Thema mehr (vgl. RENCHER 1999).

25 Kosakenformationen kämpften nicht nur auf Seiten der Roten Armee, sondern als „russische Freiwillige" auch in der Wehrmacht und (Waffen-) SS. Helmuth von Pannwitz wurde im November 1942 durch das Oberste

nern soll. In diesem war auch Leopold Goëss, bis zu seinem Tod im Jahr 2005 Besitzer des Ulrichsberges, als Abteilungskommandant tätig. Das Korps, das bei Kriegsende der (Waffen-)SS unterstellt war, wurde speziell zur PartisanInnenbekämpfung in Jugoslawien, Kroatien und Bosnien eingesetzt, im Zuge derer zahlreiche Kriegsverbrechen durch Angehörige dieser Einheit begangen wurden.

Während über diese Verbrechen nach dem Krieg lieber geschwiegen wurde, standen Schuldverdrängung und -relativierung im Vordergrund. Beispielhaft dafür sei Leopold Goëss zitiert, der noch bei seiner letzten Rede am Ulrichsberg meinte: „[E]s ist für mich der gefallene SS-Mann und der gefallene Gebirgsjäger oder Marine- oder Luftwaffenangehöriger gleich, und verursacht das gleiche Leid wie die anderen auch […]“.[26] Mit Leid ist hier nicht etwa ein spätes Schuldeingeständnis gegenüber den Opfern von Kriegsverbrechen durch das Kosaken-Korps, in dem Goëss aktiv war, gemeint. Der Begriff Leid wird hier verwendet, um SS-Angehörige mit jenen der Wehrmacht gleichzusetzen. So kann abschließend resümiert werden, dass ehemalige Angehörige der (Waffen-)SS in Österreich nach dem Krieg keine Probleme hatten, an einem gemeinsamen soldatischen Gedenken festzuhalten, das vor allem aus Opfermythen und Verdrängung von Kriegsverbrechen bestand. Damit nicht genug, waren es, wie anhand der *Ulrichsberggemeinschaft* sichtbar wird, gerade ehemalige SS-Angehörige, die integrative Figuren für diese Art der militärischen „Traditionspflege“ darstellten. (Siehe auch den Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen.*) Das Selbstverständnis, Teil einer europäischen Elite im Abwehrkampf gegen eine vermeintliche „kommunistische Gefahr“ (gewesen) zu sein, konnte

Heereskommando zum Kommandeur aller Kosakenformationen ernannt. Diese werden zunächst an der Ostfront eingesetzt, später zur so genannten „Bandenbekämpfung“ gegen PartisanInnen. Im Sommer 1944 werden die, bis dahin der Wehrmacht unterstellten, Kosaken in die (Waffen-)SS eingegliedert. Nach seiner Gefangennahme wird von Pannwitz 1947 in Moskau hingerichtet, das Urteil 2001 aufgrund „seiner Schuld an Verbrechen gegen die Völker der Sowjetunion und Jugoslawiens“ bestätigt.

26 Das vollständige Transkript seiner letzten Rede am Ulrichsberg ist auf www.u-berg.at nachzulesen.

so auch nach Kriegsende bruchlos beibehalten werden und fand am Ulrichsberg auch seinen entsprechenden Ausdruck.

Literatur

BOOG Horst u.a.[Hrsg.]: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6, Der globale Krieg: Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941-1943, Stuttgart 1990

FÖRSTER Jürgen: Die weltanschauliche Erziehung in der Waffen-SS. „Kein totes Wissen, sondern lebendiger Nationalsozialismus“; Seiten 87-113. In: Jürgen MATTHÄUS u.a.: Ausbildungsziel Judenmord? „Weltanschauliche Erziehung“ von SS, Polizei und Waffen-SS im Rahmen der „Endlösung“, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag, 2003

IBEL Johannes [Hrsg.]: Einvernehmliche Zusammenarbeit? Wehrmacht, Gestapo, SS und sowjetische Kriegsgefangene, Berlin: Metropol, 2008

MILATA Paul: Zwischen Hitler, Stalin und Antonescu. Rumäniendeutsche in der Waffen-SS, Köln [u.a.]: Böhlau, 2007

RENCHER Norbert: Ulrichsberg-Dokumentation, Nr. 1. Klagenfurt 1999

WEGNER Bernd: Hitlers politische Soldaten. Die Waffen-SS 1933-1945; 9. Aufl., Paderborn [u.a.]: Schöningh, 2010

ALEXANDER SLUSARCYK

Willkommen in Kärnten

Alle Jahre wieder pilgern hunderte rechte und rechtsextreme Kroat_innen nach Kärnten/Koroška um der gefallenen und ermordeten Ustaša-Soldaten zu gedenken.

Wer rund um den 15. Mai in Kärnten/Koroška weilt, kann in der Nähe von Bleiburg/Pliberk, am Loibacher Feld, Zeug_in einer recht eigentümlichen Veranstaltung werden. Tausende Menschen – 2008 waren es circa 9.000 – gedenken der so genannten „Tragödie von Bleiburg". Gemeint ist damit ein historischer Mythos: der vermeintliche „Verrat" an kroatischen und slowenischen Nazi-Kollaborateur_innen durch die britische Armee 1945, deren Auslieferung an die siegreiche jugoslawische Armee und die daran anschließenden Liquidierungen. Während es in Titos Jugoslawien als Tabu galt, über die Erschießungen nach 1945 zu reden, wurden in der „exil-kroatischen" Geschichtsschreibung die Vorgänge rund um die Kapitulation Nazi-Deutschlands und seiner *Ustaša*-Verbündeten mythologisiert. Die Geschichte wurde im Sinne einer angeblich ungeschlagenen und nur durch Verrat besiegten „kroatischen Armee" bzw. gleich des gesamten „kroatischen Volkes" umgedeutet (zu den historischen Hintergründen siehe Kasten *Ustaše*).

Die Gedenkveranstaltung in Bleiburg/Pliberk selbst ist eine Mischung aus Jahrmarkt, Bierzelt und katholischer Messe. Bereits am Hinweg zur Gedenkstätte bekommt mensch von mehreren Händler_innen *Ustaša*-Abzeichen und -Symbole – welche im Übrigen in Kroatien verboten sind – angeboten. Zwischen den Reliquien der „Helden" von damals, die Helden von heute: z. B. T-Shirts von Ex-General Gotovina, der erst im April 2011 vom Kriegsverbrechertribunal in Den Haag zu 24 Jahren Haft verurteilt wurde.[1] Über

1 Am 25. Juni 1991 erklärte sich Kroatien per Referendum für unabhängig. Als Reaktion darauf gründeten kroatische Serb_innen einen international

eine Bahntrasse erreicht mensch einen Hügel, von dem aus die Gedenkstätte überblickt werden kann. Hunderte Menschen – teilweise in *Ustaša*-ähnlicher Aufmachung und entsprechende Fahnen schwingend – versammeln sich vor der Stätte. Ein kleiner Zaun trennt den offiziellen Teil der Veranstaltung, mit Vertretern der kroatischen Kirche und Politiker_innen, von den anderen Besucher_innen. Ist der offizielle Teil der Veranstaltung vorbei, drängen die Besucher_innen zu dem Gedenkstein (dessen Aufschrift ist zweisprachig und lautet: „U čast i slavu poginuloj hrvatskoj vojsci – svibanj 1945“, was eigentlich „Ruhm und Ehre der gefallenen kroatischen Armee – Mai 1945“ heißt, die deutsche Übersetzung am Stein lautet aber „Zum Gedenken an die gefallenen Kroaten – Mai 1945“). Der Stein wurde großteils von der Emigrantenorganisation *Vereinte Kroaten Kanadas* finanziert.[2] Ist der offizielle Teil der Veranstaltung vorbei, drängen die Besucher_innen zu dem Gedenkstein, um sich selbst davor ablichten zu lassen, begehrt hierbei: die Nähe zu prächtigen *Ustaša*-Uniformen. Am Rande mit dabei: eine kleine Truppe österreichischer Polizist_in-

nicht anerkannten Staat, die *Republik Serbische Krajina* (RSK). In der Folge kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen und zu Zusammenstößen zwischen kroatischen Einheiten und serbischen paramilitärischen Kräften, die offen durch die *Jugoslawische Volksarmee* unterstützt wurden. Es folgte der fast vier Jahre andauernde Kroatienkrieg. Um die weitere Abspaltung der RSK zu verhindern, starteten die kroatischen Truppen Anfang August 1995 die Operation „Sturm“, die unter anderem von Ante Gotovina befehligt wurde. Während die Kroat_innen die Gebiete der selbsternannten serbischen Republik zurückeroberten, flohen etwa 200.000 Serb_innen vor den Truppen. Diejenigen, die zurückblieben, wurden in der Folge teilweise Opfer von Kriegsverbrechen. Der Ex-General wurde in acht von neun Anklagepunkten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und des Verstoßes gegen das Kriegsrecht in Den Haag für schuldig befunden. Ein Urteil, das in weiten Teilen der kroatischen Bevölkerung Unverständnis, Wut und Trauer hervorgerufen hat, gilt der ehemalige Fremdenlegionär, der auch schon Paramilitärs in Kolumbien, Guatemala, Paraguay und Argentinien ausgebildet hat, doch als Held des kroatischen „Vaterländischen Krieges“.

2 Stefan Dietrich, Der Bleiburger Opfermythos, Zeitgeschichte, Heft 5 2008, Seite 301



Ustaša-Fahnen bei der Gedenkveranstaltung in Bleiburg/Pliberk 2008

nen, die entweder den Verkehr regeln oder, wie 2008, einen kroatischen Minister nach seiner Rede zu seinem Auto eskortieren.

Die Flucht

Am 6. Mai 1945 erfuhr der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe E der deutschen Wehrmacht, Alexander Löhr, von der bevorstehenden bedingungslosen Kapitulation des „Deutschen Reichs" und informierte am folgenden Tag Ante Pavelič, den *Poglavink* (Führer) des seit 1941 von den Nationalsozialist_innen geduldeten faschistischen *Unabhängigen Staat Kroatien* (*Nezavisna Drzava Hrvatska*, NDH) darüber. Weder Löhr, noch Pavelič hatten vor, sich den heranrückenden Partisan_innen zu ergeben. Sie befahlen daher den Rückzug bzw. die Flucht nach Österreich, wo sie hofften, sich den Briten ergeben zu können. Die *Jugoslawische Armee* wollte die faschistischen Truppen allerdings unbedingt auf eigenem Territorium zur Aufgabe zwingen und versuchte mit aller Kraft und einem Großteil ihrer Soldat_innen, diesen Rückzug zu unterbinden. Die Folge waren schwere Gefechte, die auch noch Tage nach der offiziellen Kapitulation Deutschlands anhielten und alleine auf der Seite der Partisan_innen 18.838 Tote und 61.671 Verletzte forderten. Wie viele

Tote und Verletzte auf der Seite der Flüchtenden zu verzeichnen waren, ist nicht bekannt, es kann aber von vergleichbaren Zahlen ausgegangen werden.[3] Während sich also *Ustaša*-Verbände blutige Gefechte mit den Partisan_innen lieferten, setzte sich ihr Führer Pavelič schon am 6. Mai nach Salzburg ab, wo er sich mit seiner Familie bis 1946 versteckt hielt, um dann mit Hilfe des Vatikans über die so genannte „Rattenlinie"[4] nach Argentinien zu flüchten. Gleichzeitig mit den Kämpfen dürfte es auch zu den ersten Racheaktionen und Morden durch Partisan_innen gekommen sein. Dokumentiert ist jedenfalls ein Befehl Titos vom 14. Mai, dass das Töten von Gefangenen einzustellen sei. Am 14. und 15. Mai gelang der letzte große Durchbruch von rund 30.000 Menschen nach Bleiburg/Pliberk. Die Kapitulation wurde jedoch vom britischen Brigadekommandeur, General Patrick Scott zurückgewiesen, und die Befehlshaber der Einheiten der *Ustaša* und *Domobranen* (slowenische Kollaborateure) mussten sich den Vertreter_innen der Volksbefreiungsarmee ergeben. Die Kapitulation der flüchtenden Truppenteile von *Ustaša*-Verbänden, *Domobranen* und Wehrmacht erfolgte jedoch nicht ausschließlich in Bleiburg/Pliberk, sondern zu unterschiedlichen Zeitpunkten und hauptsächlich auf jugoslawischem Territorium, da der Großteil den Durchbruch nach Österreich gar nicht erst geschafft hatte. Vladimir Žerjavic, der unter anderem Opferzahlen im ehemaligen Jugoslawien erforschte, spricht von 45.000 bis 55.000 *Ustaše* und *Domobranen*, die in Folge der Ereignisse rund um Bleiburg/Pliberk umgekommen sind.[5]

3 Ebd.

4 „Rat lines" war die von US-amerikanischen Geheimdienst- und Militärkreisen geprägte Bezeichnung für Fluchtrouten führender Vertreter_innen des NS-Regimes und Angehöriger der SS sowie der *Ustaša* nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

5 Vladimir Žerjavic, Yugoslavia Manipulations with the Number of Second World War Victims, 1992, www.hic.hr/books/manipulations/index.htm; vgl. auch Ljiljana Radonic, Krieg um Erinnerung, 2010, Bleiburg und der Kreuzweg

Der Mythos …

Schon bald nach Kriegsende bemühten sich diverse kroatische Exil-Verbände um eine Geschichtsschreibung, die ihren eigenen, revisionistischen Interessen entsprach. So gründeten bereits in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts ehemalige Offiziere der *Domobranen* und *Ustaša*-Armee den so genannten Bleiburger Ehrenzug (Počasni Bleiburški Vod, PBV) mit Sitz in Klagenfurt/Celovec. Ziel des Vereins war und ist es, die Erinnerung an die „unschuldigen Opfer des kommunistischen Terrors" wachzuhalten und die Ereignisse vom Mai 1945 in der Öffentlichkeit im „richtigen Licht" darzustellen. Die Vereinigung gehört zudem der von Ante Pavelič gegründeten kroatischen Befreiungsbewegung (*Hrvatski oslobodilački pokret*, HOP) an, welche mit allen Mitteln den jugoslawischen Staat bekämpfte und sich einen Kleinkrieg mit dem Jugoslawischen Geheimdienst lieferte.[6] Im Verständnis der *Ustaša*-Nationalist_innen war der Rückzug der NDH-Verbände angeblichen Verhandlungen mit den Westalliierten geschuldet und nicht etwa der Angst vor Racheaktionen der heranrückenden siegreichen *Jugoslawischen Volksarmee*. So wurde nach 1945 aus flüchtenden *Ustaša*-Soldaten die „kroatische Armee" bzw. das „kroatische Volk", die durch falsche Versprechen getäuscht, verraten und schließlich bei Bleiburg/Pliberk in die Falle gelockt worden wären.[7] Dabei werden die vorangegangenen Verbrechen der *Ustaše* genauso ignoriert wie der Umstand, dass eine große Anzahl von Kroat_innen im Widerstand aktiv war.

Nach dem Zusammenbruch des jugoslawischen Staates in den 1990er Jahren erhielten die kroatischen *Ustaša*-Exil-Verbände neuen Auftrieb, da sie eine direkte Verbindung zwischen dem neuen unabhängigen Staat Kroatien und dem NDH-Staat sahen. Unterstützung erhielt dieser Gedanke auch von der ersten frei gewählten Regierung unter Präsident Franjo Tuđman, welche trotz der offiziellen Verankerung des Antifaschismus in der kroatischen Verfassung vor allem während des Krieges 1991-1995 ganz gezielt *Ustaša*-Symbole verwendete und positive Bezüge auf den NDH-Staat suchte. Gleichzei-

6 Stefan Dietrich, Der Bleiburger Opfermythos, Zeitgeschichte 2008, Seite 304

7 Ebd.

tig wurden Partisan_innen-Denkmäler und -Gedenktafeln zerstört oder abmontiert, dafür Straßen nach *Ustaša*-Verbrecher_innen wie z. B. Mile Budak – gefeierter NDH-Dichter und Stellvertreter von Pavelič – benannt. Die Zahl der Opfer im KZ Jasenovac wurde klein geredet, die Politik einer nationalen „Versöhnung" zwischen *Ustaša* und Partisan_innen, die angeblich beide auf ihre Art für die kroatische Sache gekämpft hätten, unterworfen und eine Täter_innen-Opfer-Umkehr betrieben (z. B. in Tuđmans Buch *Irrwege der Geschichtswirklichkeit*, in dem die Juden und Jüdinnen als verantwortlich für die Ereignisse in Jasenovac dargestellt wurden).[8] Erst nach dem Tod Tuđmans im Dezember 1999 und der Annäherung Kroatiens an die EU wurde die NDH-Vergangenheit wieder kritischer betrachtet. So wurden die Straßen wieder umbenannt und von dem Plan Tuđmans, aus dem Konzentrationslager Jasenovac eine „gemeinsame" Gedenkstätte für Täter_innen und Opfer zu machen, Abstand genommen.

Der Höhepunkt der Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg war der „Fall Šakić". Der ehemalige Lagerkommandant von Jasenovac, Dinko Šakić, der auch schon Ante Pavelič bei der Flucht nach Argentinien geholfen hatte, war noch 1990 selbst beim Bleiburger *Ustaša*-Treffen. Dort verkündete er stolz, dass er alles, was er getan hatte, nochmals tun würde. Wörtlich sagte er:

> „Alles, was wir im Krieg getan haben, war im Interesse Kroatiens und der Christenheit. Ich bedauere, dass wir nicht das getan haben, was sie uns vorwerfen, getan zu haben."[9]

1994 traf er Präsident Tuđman in Argentinien und bezeichnete in einem Interview den *Ustaša*-Staat als „Fundament, auf dem das heutige Kroatien aufgebaut ist".[10] 1998 wurde er von Argentinien an Kroatien ausgeliefert und 1999 in Zagreb zur Höchststrafe von 20 Jahren Haft verurteilt. Dem Urteil gingen monatelange Debatten über den antikroatischen internationalen Druck „gewisser Kreise" und Verschwörungstheorien bezüglich des Zeitpunkts des Verhaf-

8 Ljiljana Radonic, Vergangenheitspolitik in Kroatien – Vom Geschichtsrevisionismus zur Aufarbeitung der Vergangenheit?, Zeitgeschichte 2008

9 Erich Rathfelder, *Stuttgarter Zeitung*, 18.5.1998, Seite 4

10 Arens Roman, *Basler Zeitung*, 30.5.1998, Seite 8

tungsgesuchs voraus – so vermutet z. B. die Zeitung *Vjesnik*, dass „der Zweck solchen Drucks ist, die kroatische Führung dazu zu zwingen, der Revision des Dayton-Friedensabkommens zuzustimmen“.[11]

Ein anderer gesuchter kroatischer Kriegsverbrecher konnte nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Milivoj Ašner, ehemaliger *Ustaša*-Polizeichef von Požega, entzog sich bis zu seinem Tod am 14. Juni 2011 erfolgreich der kroatischen Justiz. Er lebte unbehelligt – da angeblich vernehmungsunfähig – in Klagenfurt/Celovec und plauderte während der EM 2008, nachdem er in der Klagenfurter „Fan-Zone“ gefilmt worden war, mit einem *Sun*-Reporter, dem er erzählte, „er sei jederzeit bereit, vor Gericht auszusagen“.[12] Kulanz erwies Österreich dem bis auf Platz zwei der Liste der zehn meistgesuchten Nazi-Kriegsverbrecher des *Simon-Wiesenthal-Zentrums* in Jerusalem vorgerückten Ašner auch hinsichtlich seiner Staatsbürger_innenschaft. Bereits 1946 eingebürgert, hatte er 1990 eine kroatische Staatsbürger_innenschaft beantragt und sich nicht um die Beibehaltung der österreichischen bemüht. Damit hätte er laut Gesetz automatisch die österreichische Staatsbürger_innenschaft verloren, was jedoch von den Behörden nicht weiter verfolgt wurde.[13] Noch 2008 sprach sich Jörg Haider für den vermutlichen NS-Verbrecher und gegen seine Abschiebung aus:

> „Er soll seinen Lebensabend bei uns verbringen dürfen. Er ist seit Jahren ein Klagenfurter Bürger, der friedlich bei uns lebt. Das ist eine nette Familie. Wir schätzen diese Familie sehr.“[14]

11 Ljiljana Radonic, Krieg um Erinnerung, 2010, Der Prozess gegen Dinko Šakić, Seite 221

12 Österreichische Justiz ermittelt gegen den ehemaligen Polizeichef von Požega, August 2005, aktualisiert Juni 2008, www.nachkriegsjustiz.at/aktuelles/zuroff_2005_aschner.php (9.5.2011)

13 Offizielle Beschwerde wegen Ašner, 31.3.2006, http://volksgruppen.orf.at/kroatenungarn/aktuell/stories/48210 (9.5.2011)

14 Haiders schützende Hand: Gesuchter Nazi soll in Klagenfurt Lebensabend verbringen, 18.6.2008, www.news.at/articles/0825/10/209529/haiders-hand-gesuchter-nazi-klagenfurt-lebensabend (9.5.2011)

... und der Umgang in Kärnten/Koroška

Freilich hat Jörg Haider nicht nur einem gesuchten NS-Verbrecher Rückendeckung gegeben. Als der *Ustaša*-Sänger Marko Perkovic alias Thompson – übrigens ein gern getragenes T-Shirt-Motiv bei der Gedenkveranstaltung in Bleiburg/Pliberk – zur EM-Eröffnung 2008 in St. Andrä/Št. Andrež hätte auftreten sollen, wurde antifaschistischer Widerstand laut und das Konzert abgesagt. Thompson, der sich nach dem Maschinengewehr benannt hat, welches er angeblich im Krieg 1991 benützt haben soll, bezieht sich in seinen Liedern positiv auf die *Ustaše* und den faschistischen *Unabhängigen Staat Kroatien* (NDH). Bezeichnenderweise wurde Thompson nach der Absage vom damaligen kärntner Landeshauptmann Jörg Haider persönlich zu einem EM-Spiel eingeladen.

Auch schon 2004, als die Erweiterung der Gedenkstätte am Loibacher Feld mediale Erwähnung fand und sich Oppositionsparteien und slowenische Verbände in Kärnten/Koroška gegen das „*Ustaša*-Denkmal" aussprachen, verteidigte der damalige Landeshauptmann dieses. Auf den Einwand, dass es sich dabei um das Denkmal eines faschistischen Regimes handle, antwortete Haider: „In Wien gibt es noch immer ein Denkmal für die rote Armee." Pragmatischer sah es der Bleiburger SPÖ-Bürgermeister Stefan Visotschnig. Dieser hatte „keine Einwände gegen das Denkmal, zumal das jährliche Gedenktreffen am Muttertag positiv für die Bleiburger Gastronomie sei".[15] Beim Aufstellen von zweisprachigen Ortstafeln war der Bürgermeister schon weit vorsichtiger. Drei Monate nach dem Artikel in den *Salzburger Nachrichten* erklärte er dem *Falter*, dass „uns nichts Unangenehmeres passieren" könnte, als „wenn wir jetzt eine zweisprachige Ortstafel aufstellen, bevor es ein entsprechendes Gesetz aus Wien gibt". Weil:

> „Zwei oder drei Spinner würden dann die Atmosphäre vergiften. Die Tafel wär am nächsten Tag wieder weg. Und wir hätten einen Riesenmedienwirbel."[16]

Relativ klar beurteilt hingegen der im Jahr 2010 gewählte kroatische Präsident Ivo Josipović die Gedenkfeier am Loibacher Feld. Auf die

15 *Salzburger Nachrichten* vom 6.9.2004

16 *Falter* 52/04 vom 22.12.2004



Ustaša-Gedenktafel im Ehrenhain am Ulrichsberg

Frage des *Standard,* warum er nicht zur Gedenkveranstaltung im Mai, sondern einen Monat später einen Kranz bei der Gedenkstätte abgelegt hätte, meinte er am 12. Juni 2010:

> „An den Feiern in Bleiburg, wo der Ustaša-Staat gefeiert wird, habe ich nicht teilgenommen und werde das auch in Zukunft nicht tun. Die kroatische Verfassung gründet die Republik mit Recht auf den antifaschistischen Kampf..."[17]

Überhaupt werden in Kärnten/Koroška von so manchen die „Ereignisse" rund um den 8. Mai 1945 entsprechend der eigenen Geschichte im Nationalsozialismus verkürzt wiedergegeben. So zitiert die *Krone* am 27. Februar 2003 aus der rechts-revisionistischen Video-Dokumentation von Andreas Mölzer und erzählt von einer „weiteren furchtbaren Tragödie" auf kärntner Boden, nämlich von „britischen Lügen" welche die „Kroaten täuschten".[18] Diese zweiteilige Video-„Dokumentation" Mölzers war im übrigen die Reaktion auf eine 2002 im ORF ausgestrahlte Darstellung des Partisan_innenkampfes in Kärnten/Koroška von Gerhard Roth, in der dieser

17 *Der Standard* vom 12.7.2010
18 *Neue Kronen Zeitung* vom 27.2.2003

den Partisan_innenkampf – historisch richtig – als Widerstand gegen den Nationalsozialismus darstellte und nicht in einen Versuch, Südkärnten an Jugoslawien anzuschließen, uminterpretierte, wie es in Kärnten so gerne gemacht wird. Landeshauptmann Haider bezeichnete daraufhin den Beitrag in einer OTS-Aussendung „als eine ungeheuerliche Geschichtsverfälschung durch den ORF" und Roth als „fachlich inkompetenten Journalisten". Zudem forderte er den ORF auf, „als Wiedergutmachung für diesen unvorstellbaren Akt der Geschichtsverfälschung eine objektive Berichterstattung über die Kärntner Geschichte" zu ermöglichen.[19] Der Kärntner Landtag verurteilte mit den Stimmen der FPÖ und der ÖVP den ORF-Film, die kärntner FPÖ startete eine Unterschriftenaktion dagegen. *Heimatdienst*, *Abwehrkämpferbund* und *Ulrichsberggemeinschaft* behaupteten, die „tito-kommunistische" Partisanen-Dokumentation strotze vor Unwahrheiten, sei ein „Machwerk", ein „an einseitiger Tito-Partisanen-Propaganda nicht mehr zu überbietendes Pamphlet". Zudem reichte die FPÖ Kärnten beim Bundeskommunikationssenat in Wien eine „Popularbeschwerde" gegen den ORF ein.[20]

In einer gesellschaftlichen Stimmung, in der antifaschistische Widerstandskämpfer_innen allgemein noch immer so gesehen werden, wie die nationalsozialistische Propaganda sie darstellte – als „Feinde" und „verbrecherische Banden" –, werden „Erkenntnisse" über „Verbrechen der Tito-Partisanen" als Bestätigung der eigenen Opferrolle dankbar inhaliert (siehe dazu den Beitrag *„Wo man mit Blut die Grenze schrieb..."*). Verbrechen der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft im Allgemeinen und gegen Kärntner Slowen_innen im Speziellen können so besser ausgeblendet werden, und es fällt leichter, antifaschistischen Widerstand auf kärntner Boden zur Bedrohung und den Kampf dagegen zum ewigen „Abwehrkampf" umzulügen.

Wie sich so ein historisches Verständnis in der Gegenwart in Worte fassen lässt, bringt ein Online-Artikel des ORF Kärnten zum

19 www.ots.at/presseaussendung/OTS_20020421_OTS0030/lh-haider-fordert-wiedergutmachung-fuer-skandaloese-brennpunkt-sendung

20 Peter Gstettner, Partisanenwiderstand in Kärnten, betrifft widerstand Nr. 60, Jänner 2003, www.memorial-ebensee.at (9.5.2011)

achten Mai 2010 gut auf den Punkt. Unter dem Titel *Der 8. Mai aus Kärntner Sicht*[21] wird Folgendes erzählt:

> „Die erste Maiwoche 1945 war eine der dramatischsten Wochen in Kärntens Geschichte. Das Kriegsende war von Verschleppungen, Verhaftungen und Hinrichtungen überschattet."

Neben diesem „finsteren Kapitel Zeitgeschichte" gibt es noch das „dunkelste Kapitel in der britisch-kärntnerischen Geschichte", die Auslieferung der „schnell nach Kärnten gekommenen" *Ustaše* und *Domobranen*. Nach all diesen „Tragödien", die der „8. Mai aus Kärntner Sicht" gebracht hat, wird erst im letzten Absatz klar, worum es eigentlich in diesem Artikel geht: um einen Bericht über die *Arbeitsgemeinschaft 8. Mai* und deren Forderung, den achten Mai, den Tag der Befreiung vom nationalsozialistischen Joch, zum Feiertag ausrufen zu lassen, den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken und den Artikel 7 des *Staatsvertrages* zu erfüllen.

21 Der 8. Mai aus Kärntner Sicht, 8.5.2010, http://kaernten.orf.at/stories/441463 (9.5.2011)

Ustaše

Als am 25. März 1941 das Königreich Jugoslawien den Achsenmächten – also dem „Deutschen Reich" und seinen Bündnispartnern – beitrat, kam es zwei Tage später in Belgrad zum Staatsstreich. Die neue Regierung annullierte den Beitritt. Daraufhin griffen Wehrmachtsverbände am 6. April 1941 Jugoslawien an und überrannten in kurzer Zeit jeglichen Widerstand. Bereits am 17. April musste Jugoslawien kapitulieren. Der *Ustaša*-Miliz und ihrem Führer Ante Pavlić (der bis dahin im italienischen Exil lebte) wurde von Deutschland „erlaubt", den *Unabhängigen Staat Kroatien* (*Nezavisna Država Hrvatska*, NDH) auszurufen. Die *Ustaše* ließen keine Zeit verstreichen und gingen mit äußerster Brutalität gegen Serb_innen, Juden und Jüdinnen sowie Roma/Romnija und kroatische Antifaschist_innen vor. Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der NDH als einziges verbündetes Regime der Nationalsozialist_innen sogar eigene Konzentrationslager betrieb. Allein im KZ Jasenovac wurden ungefähr 90.000 Menschen ermordet.

REBECCA RAUBEIN

Heimatrecht is very schlecht!

Die Landsmannschaften der „Heimatvertriebenen“ deklarieren ihr „Recht auf Heimat“ als Menschenrecht. Ihre Dachorganisation VLÖ (Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs) wird bereits im Gründungsakt der Ulrichsberggemeinschaft 1958/59 als Mitglied genannt. Im Folgenden soll der völkische Revanchismus der Vertriebenenverbände im Kontext des „Heimkehrertreffens am Ulrichsberg“ seziert werden.

„Unseren Gefallenen und Opfern aus Flucht und Vertreibung“ ist die Tafel des VLÖ im so genannten „Ehrenhain“ am Ulrichsberg gewidmet. Namentlich erwähnt werden die, bei Errichtung der Tafel, im VLÖ organisierten österreichischen Landsmannschaften.[1] Was da im Subtext mitschwingt, nämlich dass es sich bei den geehrten Toten auch um Soldaten, da Gefallene, handelt, steht auf den ersten Blick in Widerspruch zum Bild des zivilen Leids, das die „Vertriebenen“ (auch) repräsentieren. Im Soldaten- und Heimkehrerkontext des Ulrichsbergtreffens ist diese Ehrung aber nur logisch und anschlussfähig. Und im Selbstbild der „Vertriebenen“ ist die Überhöhung und Mystifizierung des soldatischen Opfers, des heroischen, wenn auch letztlich vergeblichen Kampfes um die „Alte Heimat“ konstituierend. Zivile Opfer, in den zahlreichen Ergüssen der „Vertriebenen“-Literatur stets als Frauen, Kinder und Alte gekennzeichnet, stehen somit nicht im Gegensatz zum heldenhaften Kampf, sondern sind quasi die Leinwand, auf die das Bild des verlorenen Kampfes um die „Heimat“ aufgetüncht werden kann. Gerade

1 In dieser Reihenfolge: die Volksdeutschen Landsmannschaften der Donauschwaben, Sudetendeutschen, Gottscheer, Untersteirer und Mießtäler, der Siebenbürger Sachsen und der Buchenlanddeutschen (siehe: www.u-berg.at/texte/foto19.htm). Die Tafel wurde erst am 5. Juli 1987 errichtet (siehe www.bund-der-vertriebenen.de/pdf-mahnmal/ausland.pdf).

in der kollektiven Identitätskonstruktion der *Ulrichsberggemeinschaft* wird deutlich, wie sich die Inszenierung der „Vertriebenen"-Verbände und ihrer Vertreter_innen vollzieht. Der Artikel widmet sich eingangs der Überschneidung der Bedeutungsinhalte von *Ulrichsberggemeinschaft* und „Vertriebenen"-Verbänden. Konkretisiert wird dies anhand der *Sudetendeutschen Landsmannschaft* als größter, einflussreichster und einer der am weitesten rechts stehenden Organisationen im VLÖ. Im Folgenden soll die rechtliche und gesellschaftliche Entwicklung der „Vertriebenen"-Verbände in Österreich und Deutschland sowie die geschichtliche Bedeutungszu- und -abnahme beleuchtet werden. Schlussendlich steht ein Ausblick auf die politische Bedeutung der „Vertriebenen"-Verbände: eine nahe Zukunft, die mit der Errichtung des „Zentrums gegen Vertreibungen" in Berlin einen geschichtspolitischen Backlash befürchten lässt.

Die Heimsuchung am Ulrichsberg

Vorab: Ich verstehe das Selbstbild der „Heimatvertriebenen" als identitäre Konstruktion, die sich in verschiedenen Settings aktivieren und mit unterschiedlich akzentuierten Bedeutungen aufladen lässt. Bei weitem nicht nur im rechts-revisionistischen Gefüge des „Wehrmachts- und Heimkehrergedenkens" am Ulrichsberg, sondern vielmehr auch in mannigfaltigen Diskursen der Nachkriegsgesellschaften Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1990, wie später noch gezeigt werden soll.

Eine gewisse Bereitschaft zur Ironie verleitet zu der Frage, wie „Heimat" – laut Credo der „Vertriebenen"-Community ewiges Menschenrecht, unteilbar und regional gebunden – als „Heimkehr" am Ulrichsberg in Kärnten/Koroška zelebriert werden kann. Der ideologische Begriff der „Heimat" fügt sich eben nicht nahtlos in das Bild der „Heimkehr" des Ulrichsbergtreffens ein. Die „Heimkehr" war den Soldaten der (Waffen-)SS und der Wehrmacht vorbehalten. Dieses soldatische Privileg wurde vor allem von den Kameradschaftsverbänden vehement verteidigt. Die *Ulrichsberggemeinschaft* schaffte es aber, den ursprünglichen Sinn der zelebrierten „Heimkehr" bzw. des „Opfers" der gefallenen Kameraden des Zweiten Weltkrieges um die Sinngebung des „zivilen Opfers" zu erweitern. Der Historiker Walter Fanta unterscheidet hier in einen Primär- und Sekundärsinn,

letzterer ermöglicht, dass im „Ehrenhain“ am Ulrichsberg eine Tafel für 119 „durch Flieger- und Bombenangriffe […] in den Kriegsjahren 1944-45 in Kärnten“ Getötete hängt (Fanta 2003, 15-16). Eine andere Tafel wurde „[...] von jenen aus den abgetrennten Gebieten der ehemaligen Monarchie Vertriebenen deutscher Zunge, die in Kärnten wieder eine Heimat gefunden haben“, gewidmet (ebd.).[2]

Am Ulrichsberg ist die „Heimat“ ein verdammt hehres Gut, die kärntner bzw. österreichische „Heimat“ wird hier gleichbedeutend mit der groß-deutschen, völkischen „Heimat“ immer gegen den äußeren Feind – den Kommunismus, die UdSSR, die ČSSR, die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien (SFRJ) und ihre Nachfolgestaaten, die Partisan_innen etc. – verteidigt (siehe den Beitrag *Der Ulrichsberg ruft!*). Wie Fanta zutreffend schreibt:

> „Loyalitätskonflikte zwischen dem Bekenntnis zum Deutschtum einerseits und dem immer wieder formulierten Anspruch auf Staatstreue gegenüber der Republik Österreich und der oft beschworenen Kärntner Heimattreue existieren [...] nicht. Die Ulrichsberg-Ikonik schafft es [...], Nation, Vaterland, Heimat und Europa [...] zu integrieren.“ (Fanta/Sima 2003, 65)

Das „Heimat“-Bild der „Vertriebenen“-Verbände wird als heimatliches Gefühl durch Bilder, Legenden und Erzählungen zu einem historischen Gesamtkonstrukt verdichtet, aus dem politische Forderungen abgeleitet werden können (vgl. Salzborn 2000, 138). Ganz faktisch führt dies bei den „Vertriebenen“-Verbänden zu einem Kitsch-Output immensen Umfangs: nachkolorierte Ansichtskarten illustrieren das Leben in ehemals „volksdeutschen“ Dörfern und Städten, individuelle Erlebnisliteratur zur „Vertreibung“ füllt endlose Regalmeter und der Hang zu allem Folkloristischen findet in Trachtentanzveranstaltungen seinen Niederschlag. Skurrilste Devotionalie im Produkte-Shop der „Vertriebenen“ ist wohl die „Heimat-Erde“, die „im hoch-attraktiven Acryl-Glaskasten mit 25 farbigen Wappen“ (vgl. Salzborn 2000, 131) erstanden werden kann. In

2 In den Sekundärsinn sind laut Fanta auch weitere „Opfergruppen“, wie die Gefallenen des Ersten Weltkrieges und des kärntner Abwehrkampfs, die „Opfer der Partisanen“ und die nach „Jugoslawien Verschleppten“ einzuordnen (vgl. Fanta 2003, 16).

dieser Ikone ist der Kitsch-Mythos auf den Punkt gebracht: Blut und Boden, Volk und Territorium gehören immer untrennbar zusammen – und sei es auch nur symbolhaft im heimischen Setzkasten.

Dabei beruht das „Heimat“-Verständnis der „Vertriebenen“-Verbände als Gesamtsumme von Sprache und Dialekten, Gebräuchen und Traditionen, Gesängen, Trachten und Handwerk vor allem auf dem Konstrukt des völkischen Deutschtums. Im Nationalsozialismus wurde eine allgemeingültige Gemeinschaft der „Volksdeutschen“, die über regionale Gemeinschaften hinausging, zum real-politischen Konzept. Weitergehend wurde erst durch den *Generalplan Ost*[3] ein hoher Anteil der zukünftigen „Vertriebenen“ in den Gebieten ansässig, die ihnen später zur „Alten Heimat“ werden sollten (vgl. Salzborn 2000, 29). Gerade die gesellschaftliche Aufwertung (sozio-ökonomisch, politisch und ideologisch) in der „rassen“-biologischen „Raum für Volk“-Politik wurde von den „Vertriebenen“ verinnerlicht und ist prägend für die Identität als „Opfer“ eines der größtmöglichen „Menschheitsverbrechen“ (vgl. www.oelm.at) – dem Verlust der „Heimat“.

Als mystifizierter Kitsch und Platzhalter für die eigene rassistische Herrenmenschen-Attitüde konnte das Opfer der verlorenen „Heimat“ von den „Vertriebenen“-Verbänden in den Kanon der *Ulrichsberggemeinschaft* übersetzt werden (siehe den Beitrag *Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen*). „Heimat“ dient als Identitätsmarker im post-nationalsozialistischen Revisionismus, die „Heimkehr“ ist hier eine in den Schoß einer völkisch nationalistischen Interessensgemeinschaft, die das „Opfer“ der „volksdeutschen“ Kriegsleiden anerkennt und gleichzeitig nach außen vertritt. Innerhalb des Wehrmachts- und (Waffen-)SS-Kameradentreffens am Ulrichsberg in Kärnten/Koroška konnten sich die „Vertriebenen“ einer Würdigung ihrer Rolle im Nationalsozialismus sicher sein. In den

3 Im *Generalplan Ost* bündelten sich „rassen“-biologische Konzepte für eine „Germanisierung“ im „Osten“. Das Planungsamt des *Reichskommissariates für die Festigung deutschen Volkstums* (RKF), die Planungsgruppe Gr. lll B beim Sicherheitsdienst des *Reichssicherheitshauptamtes* der SS (RSHA) und das *Institut für Agrarwesen und Agrarpolitik* der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität erstellten ab 1940 Pläne für eine deutsche „Kolonisierung“ von Gebieten in Ost- und Südosteuropa.

„Heimat"-Kontext des Ulrichsberg-Gedenkens, in dem „Kärntner Grenzlanddeutschtum", Tradition und Tracht einen hohen Stellenwert genießen, fügt sich die Identitätskonstruktion der „Vertriebenen" passgenau ein. Während das Ulrichsbergtreffen vice versa von der Partizipation am „Vertriebenen"-Schicksal profitieren konnte. *Win-win* nach dem verlorenen Krieg!

Die Erfindung der „Heimatvertriebenen"

Die Identitätsschaffung als der „Heimat" verlustig gegangene „Vertriebene" vollzieht sich anhand einer inneren und einer äußeren geschichtlichen Konstruktion. Der Überhöhung der eigenen „Volksgeschichte", die an die jeweiligen historisch-geographischen Regionen gekoppelt ist und aus der alle als unangenehm empfundenen Erinnerungen verdrängt werden, steht die Betonung der Verbrechen der „Anderen" gegenüber. Der Verlust des Nationalsozialismus, der verloren gegangene Krieg und die Erfahrung als nicht gerade willkommen geheißene Flüchtlinge in den Mehrheitsgesellschaften der alliierten Besatzungszonen bzw. der drei Nachfolgestaaten DDR, BRD und Republik Österreich führten zu einer enormen kollektiven Abwertungserfahrung, die sich in einer Täter_innen-Opfer-Umkehr und Forderungen nach Entschädigung und Wiedergutmachung ausdrückte.

Um die Identitätskonstruktion in der Geschichtspolitik der „Vertriebenen"-Verbände dekonstruieren zu können, ist es notwendig, einige historische Gegebenheiten näher zu beleuchten. Der Begriff der „Volksgemeinschaft" ist keine Wortschöpfung des Nationalsozialismus, bereits um 1900 geläufig, drückte er das Sehnen nach einer vormodernen Gemeinschaft aus. Nach dem Ersten Weltkrieg setzte sich die Bezeichnung „Volksdeutsche" für die Angehörigen der deutschsprachigen Minderheiten, vor allem in den Staaten Ost- und Südosteuropas, durch. Die Kategorisierung in so genannte „Reichsdeutsche" und „Volksdeutsche" wurde im Nationalsozialismus aber nicht mehr allein nach der „Abstammung" (*ius sanguinis*), sondern nach den Kriterien der *Nürnberger Rassegesetze* von 1935[4] vollzogen.

4 Während des Reichsparteitages der NSDAP in Nürnberg wurden am 15. September 1935 die *Nürnberger Rassengesetze* verkündet. Es handelte

Die deutschsprachigen Minderheiten in den Ländern Ost- und Südosteuropas entwickelten ihr „Volkstumsbewusstsein" als Deutsche vor dem Hintergrund der neuen Großmachtpolitik des nationalsozialistischen „Deutschen Reichs", an dessen Aufstieg eigene politische Forderungen und Erwartungen geknüpft wurden. Der Historiker Wolfgang Emmerich (1971, 98 ff.) beschreibt den politischen Gehalt des sich etablierenden „Volkstumsbegriffs" wie folgt:

> „Umso mehr wurde der Volkstumsbegriff nun Bestandteil einer nationalistischen Ideologie und politischen Propaganda. Er diente vielfach als patriotisches Bindemittel, um die realen Gegensätze [...] zu überdecken oder visionär zu überwinden: etwa indem eine ideale Volksgemeinschaft als entscheidendes Merkmal des Volkstums beschworen wurde, die es tatsächlich nicht gab. Damit wurde der Begriff zum einen zu einem begrifflich unbestimmbaren irrationalen, vorbewussten Einheitsgefühl, zum anderen konnte er so nicht nur gegen äußere, sondern auch ‚innere Reichsfeinde' gewendet werden."

Exemplarisch soll der „Volkstumsbegriff" am Beispiel der „Sudetendeutschen" in der ehemaligen Tschechoslowakei erläutert werden.

Wer mit den Begriffen „Sudetendeutsche" bzw. „Sudetenland" operiert, muss sich gewahr sein, dass es sich dabei um politische Kampfbegriffe handelt, in die Welt gesetzt durch die *Sudetendeutsche Partei* (SdP) Konrad Henleins. Der Historiker Wolfgang Wippermann spricht von einem „Kunstwort", das von den Angehörigen der „deutschen Minderheit" in der Frontstellung gegen den tschechoslowakischen Staat eingeführt wurde (vgl. Salzborn 2000, 33). Salzborn (2000, 35) zitiert Wippermann wie folgt:

> „Der Kampf der ‚Sudetendeutschen' war somit in seinen Grundkonstanten ein explizit völkisch motivierter, der eine An-

sich um zwei Gesetze: das *Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre* (auch „Blutschutzgesetz" genannt) und das *Reichsbürgergesetz*. Das *Reichsbürgergesetz* schuf für „Arier" den Status des „Reichsbürgers" mit allen dazugehörigen politischen Rechten. Jüdinnen und Juden durften lediglich die Staatsbürger_innenschaft behalten. Die „vollen politischen Rechte" wurden ihnen aberkannt und die staatsbürgerliche Gleichheit zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen damit per Gesetz beendet.

> gliederung der ‚Sudetengebiete' an das Deutsche Reich [bzw. Österreich, Anm. d. Autorin] erstrebte. Es stand dem antifeudalen, nationalstaats-orientierten und emanzipatorischen Streben der Tschechen entgegen, das zur Gründung der Tschechoslowakei geführt hatte."

Mit etwa drei Millionen Angehörigen stellte die deutschsprachige Minderheit in der *Tschechoslowakischen Republik* (ČSR) nach 1918 einen Bevölkerungsanteil von circa 22 Prozent. Die Verfassung der ČSR sah, bei Gewährung genereller Menschen- und Individualrechte, keine (völkischen) Kollektivrechte vor.

> „Weil die Angehörigen der ‚deutschen Minderheit' staatlicherseits als ‚deutsch sprechende Tschechoslowaken' angesehen wurden, erhielten sie ebenso wenig gesonderte Gruppenrechte wie alle anderen Bürger der Tschechoslowakei. Teil dieses Demokratieverständnisses war es, dass die ‚Sudetendeutschen' ungehindert – wie alle anderen auch – durch eigene Parteien ihre Interessen im parlamentarischen System vertreten konnten." (Salzborn 2000, 34; vgl. Gemeinsame deutsch-tschechische Historikerkommission [Hrsg.]: 1996, 23 ff.)

Die deutschsprachige Bevölkerung fürchtete um den Verlust ihrer politisch-gesellschaftlichen Vormachtstellung, die sie in der Habsburgermonarchie inne gehabt hatte. 1933 gründete Konrad Henlein die *Sudetendeutsche Heimatfront*, die sich schnell zur *Sudetendeutschen Partei* (SdP) entwickelte. Henlein wollte „heim ins Reich", in den 1930er Jahren wollte das auch die erdrückende Mehrheit der „Sudetendeutschen". Bei den Parlamentswahlen 1935 stimmten 66 Prozent der „deutschen Volksgruppe" für die SdP (vgl. Glotz 2003, 116).[5]

Die Politik der *Sudetendeutschen Partei* war mit den Plänen Nazi-Deutschlands akkordiert: Henleins SdP steigerte ihre Aktivitäten unmittelbar nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich am 12. März 1938. In der Folge wurde Henlein von Hitler instruiert, unannehmbare Forderungen an den tschechoslowakischen

5 Peter Glotz, sozialdemokratischer Historiker, soll als langjähriges Präsidiumsmitglied des BdV (*Bund der Vertriebenen*) nicht als unhinterfragte Quelle genannt werden.

Staat zu richten[6] (vgl. Glotz 2003, 120). Am 30. September 1938 beschlossen die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs, unter Vermittlung Benito Mussolinis, das *Münchner Abkommen* mit dem „Deutschen Reich".[7] Das Abkommen erlaubte eine Annexion des „Sudetenlands" als „Protektorat Böhmen und Mähren". Im Sudetengebiet wurde der NSDAP-Gau „Sudetenland" mit Henlein als Gauleiter errichtet – die Tschechoslowakei war als Staatsgebilde de facto nicht länger existent.[8] Der Einmarsch der Wehrmacht am 15./16. März 1939, im zynischen Sprachgebrauch des Nationalsozialismus die „Erledigung der Rest-Tschechei" (vgl. http://ns-archiv.de), wurde vom größten Teil der deutschen Minderheit frenetisch bejubelt. Der Widerstand gegen das NS-Regime im „Protektorat" wurde blutig unterdrückt.[9] Von den etwa 385.000 tschechischen Jüdinnen und Juden haben lediglich 35.000 Menschen die Shoah überlebt, bis auf wenige hundert Überlebende wurden etwa 8.000 Menschen als Roma ermordet.

6 Im berühmt gewordenem Satz: „Wir müssen also immer so viel fordern, dass wir nicht zufriedengestellt werden können." (Zit. n. Salzborn 2000, 36)

7 Unter Ausschluss der tschechischen Regierung

8 Polen und Ungarn okkupierten im Zuge des *Münchner Abkommens* große Gebiete der Tschechoslowakei.

9 Als „Vergeltungsmaßnahmen" für das Attentat des tschechischen Widerstands auf den stellvertretenden Reichsprotektor Reinhard Heydrich im Juni 1942 wurden die böhmischen Dörfer Lidice und Lezaky zerstört. Die 192 männlichen Einwohner Lidices, die älter als 15 Jahre waren, wurden vor Ort erschossen. Die 195 Frauen wurden in das KZ Ravensbrück deportiert, wo 52 von ihnen ermordet wurden. Die 98 Kinder des Dorfes wurden nach Łódź im so genannten Reichsgau Wartheland deportiert, wo sie nach „rassischen" Kriterien selektiert wurden, zwölf Kinder wurden als „germanisierungsfähig" in nationalsozialistische Familien verbracht, die anderen 87 Kinder wurden vermutlich im Vernichtungslager Chełmno zusammen mit elf Kindern aus Lezaky vergast. Die gesamte Bevölkerung Lezakys und einige Arbeiter aus einem nahe gelegenem Steinbruch, insgesamt 47 Personen, wurden im Gestapo-Quartier der Stadt Pardubice erschossen.

Sudetendeutsche Landsmannschaft

Zur Gründung des *Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft* (SL) kam es in der BRD maßgeblich auf Bestreben namhafter und hochrangiger Alt-Nazis. Die Gründungsproklamation aus dem Jahr 1949, die *Eichstätter Erklärung*, benennt bereits alle rechts-revisionistischen Forderungen und NS-Relativierungen, die ab 1950 mit der *Charta der Heimatvertriebenen* zu zentralen Grundelementen der „Heimatpolitik“ wurden.

> „Wir Sudetendeutschen wollen nicht Vergeltung, sondern Gerechtigkeit [sic!] [...] Unsere unabdingbare Forderung ist die Rückgabe der Heimat in den Sprach- und Siedlungsverhältnissen von 1937.“ (www.maffersdorf.de)

Unterzeichnet wurde die *Eichstätter Erklärung* unter anderem von Walter Brand, Hauptleitungsmitglied der *Sudetendeutschen Partei* und Leiter der Kanzlei Henleins (www.nadir.org). Walter Becher, der seit 1931 NSDAP-Mitglied und Ressortleiter des NSDAP-Gauorgans *Die Zeit* war, gehört ebenso zu den Unterzeichnenden (ebd.) wie Friedrich Brehm, ehemaliger SS-Sturmbannführer und Hauptabteilungsleiter im *Rasse- und Siedlungsamt* der SS (Salzborn 2000, 103). Die *Sudetendeutsche Landsmannschaft* agiert seit ihrer Gründungsperiode (Ende der 1940er bis in die frühen 1950er Jahre) länderübergreifend zwischen Österreich und der BRD (bzw. Deutschland nach 1990). Zentral ist der SL aber die Unterscheidung nach so genannten Gesinnungsgemeinschaften, derer es drei gibt: die katholische *Ackermann-Gemeinde* (AG), die sozialdemokratische *Seliger-Gemeinde* (SG) und den völkischen *Witikobund* (WB) (Salzborn 2000, 106). Der *Witikobund* als „legaler rechter Flügel des Triptychons“ spielt innerhalb der SL im Vergleich zu den beiden anderen Gesinnungsgemeinschaften eine bedeutsamere Rolle (vgl. Salzborn 2000, 107). In der BRD waren und sind „Witikonen“ als Politiker(_innen) mit der *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD) vernetzt, hatten und haben aber auch gute Kontakte zur und in die *Freie Demokratische Partei – Die Liberalen* (FDP) und zur aus dieser hervorgegangenen *Nationalliberalen Aktion* (NLA) bzw. zur *Christlich Demokratischen/Sozialen Union* (CDU/CSU). Erst 2002 wurde eine spezifisch österreichische Sektion des WB gegründet; dem *Arbeitskreis Witikobund Österreich* stand seitdem Martin Graf, Dritter Nationalratspräsident, Mitglied

der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) und „Alter Herr" der rechtsextremen Burschenschaft Olympia, vor. Seit Herbst 2002 ist Graf auch Mitglied im Vorstand des pangermanischen *Witikobundes* in Deutschland. In einem von der Boulevardzeitung *Österreich* veröffentlichten Artikel wurde im Februar 2011 ein Auszug aus dem Vereinsregister des *Arbeitskreises Witikobund Österreich* abgedruckt. Der darin belegte stellvertretende Vorsitz des oberösterreichischen FPÖ-Landesrats und Parteiobmanns Manfred Haimbuchner sorgte kurzzeitig für mediale Aufmerksamkeit (vgl. www.stopptdierechten.at).

Geschichte wird gemacht – Die „Vertriebenen"-Verbände in der BRD und in Österreich nach 1945

Die europäische Nachkriegsordnung wurde abschließend durch das *Potsdamer Abkommen* von August 1945 geregelt (vgl. www.documentarchiv.de). Darin wurde unter Punkt XIII. die Überführung der deutschen Bevölkerungsteile geregelt.[10] Für die Politik der „Vertriebenen" stehen aber andere, nationale Gesetze auf der Agenda, die sie bis heute angreifen und skandalisieren: die so genannten *Beneš-Dekrete* der ČSSR (ab 1992 der *Tschechischen Republik*) und die *AVNOJ-Beschlüsse* des *Antifaschistischen Rats der nationalen Befreiung Jugoslawiens* (serbokroatisch: *Antifašističko v(ij)eće narodnog oslobođenja Jugoslavije*). Sowohl die *Präsidenten-Dekrete* (benannt nach dem tschechischen Präsidenten Edvard Beneš) als auch die *AVNOJ-Beschlüsse* regelten unter anderem den Verlust der jeweiligen Staatsbürger_innenrechte und die Beschlagnahmung des Besitzes der deutschsprachigen Bevölkerung.[11] In beiden Dokumenten

10 „Die drei Regierungen [der USA, Großbritanniens und der UdSSR, Anm. d. Autorin] haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll." (Wortlaut des *Potsdamer Abkommens*)

11 Als *Beneš-Dekrete* werden allgemein (und inkorrekt) die Rechtsnormen bezeichnet, die in den Jahren 1940 bis 1945 durch die tschechoslowakische Exil-Regierung in London erlassen worden sind. Von den insgesamt

wird festgehalten, dass von diesen Maßnahmen Personen ausgenommen sind, die sich entweder selbst nicht als „Deutsche“ verstanden oder verhalten hatten oder am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt waren. Namentlich die *Sudetendeutsche Landsmannschaft* koppelt bis zum heutigen Tag ihre politischen Forderungen an eine Erklärung der *Beneš-Dekrete* zum „toten Unrecht“.[12]

Die Verwendung des Begriffs „Vertriebene“ wurde erst um 1947 etabliert – ein Terminus, in dem das „Unrecht der Vertreibung“ sinnstiftend angelegt ist. Salzborn schreibt:

> „Die Anwendung des Begriffs ‚Vertreibung‘ in seiner heutigen Bedeutung war [...] noch gänzlich unbekannt. Im Potsdamer Abkommen kommt er weder in der englisch- noch in der französisch-, deutsch- oder polnischsprachigen Fassung vor.“ (Salzborn 2000, 40)

Gängige Begrifflichkeit war die Bezeichnung „Flüchtling“, wobei nach Herkunftsgebieten unterschieden wurde.

> „Obgleich es keinen historischen Vorgang gegeben hat, der es erlauben würde, den Transfer der deutschen Bevölkerung infolge des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges generalisierend als ‚Vertreibung‘ zu bezeichnen, gibt es die individuelle Geschichte von Einzelpersonen.“ (Salzborn 2000, 43)

In den Erlebnisberichten und autobiographischen Aufzeichnungen von „Vertriebenen“ wird das eigene Selbstverständnis als unschuldige, zivile „Opfer“ in der Endphase des deutschen Vernichtungskrie-

143 Dekreten werden diejenigen, die die Entziehung der Staatsangehörigkeit für die Angehörigen der deutschen und ungarischen Minderheit und die Vermögensentziehung regeln, von den „Vertriebenen“-Verbänden zur plakativen Forderung genutzt, die *Beneš-Dekrete* abzuschaffen. Eine Forderung der schwerlich nachgekommen werden kann, da es sich bei den Dekreten um die Verfassungsordnung Tschechiens handelt. Vor der EU-Erweiterung 2004 wurde in einer von „Vertriebenen“-Vertreter_innen losgetretenen Diskussion der Beitritt Tschechiens an die Niederlegung der *Beneš-Dekrete* gekoppelt.

12 Das tschechische Parlament erklärte im April 2002, dass es sich bei den den Entzug der Staatsbürger_innenschaft/Vermögensentzug regelnden Dekreten um „totes Recht“ handeln würde bzw. diese „erloschen“ wären und folglich aus ihnen keine „neuen Rechtsverhältnisse“ entstehen könnten.

ges und der Nachkriegsordnung festgeschrieben. Das „Schicksal der Heimatvertriebenen" wurde zu einem der bestimmenden Narrative in der (west-)deutschen Nachkriegsgeschichte. In der Alltagskultur durch „Heimatvertriebene" Figuren in Film und Fernsehen repräsentiert; bis heute berichtet etwa die Tagesschau der ARD jährlich vom *Tag der Heimat* am 5. August. In der *Lindenstraße*, dem Longseller des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, vertreibt der „Heimatvertriebene" Joschi Bennarsch „Heimaterde". Die Homepage der Serie erklärt die Aktivitäten des Charakters Bennarsch wie folgt:

> „Er verkauft Mutterboden aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, damit Heimatvertriebene den alten Sitten entsprechend Erde aus ihren Herkunftsgebieten mit in ihr Grab nehmen können." (vgl. www.lindenstrasse.de)

2007 erhielt der Fernsehfilm *Die Flucht* bei der Bambiverleihung den Publikumspreis als „das TV Ereignis des Jahres" (www.bambi.de).

Dass die Geschichtsdeutung der „Vertriebenen" Wirkungsmacht erlangen konnte, lässt sich auch aus diversen Gesetzen der BRD nach 1949 ablesen.[13] Zupass kam den „Vertriebenen" dabei das deutsche Staatsangehörigkeitsverständnis, das *ius sanguinis*, das Staatsangehörigkeit nach der Abstammung regelt.

> „Die deutsche Nation wurde nicht als eine staatsbürgerliche Willensgemeinschaft, sondern als eine durch gemeinsame Abstammung und gemeinsames ‚Blut' geprägte Volksgemeinschaft verstanden." (Wippermann 1999, 19)

Im Nationalsozialismus wurden anschließend an das völkische Konzept von Staatsangehörigkeit, das sich im 19. Jahrhundert durchgesetzt hatte, weite Gebiete in Südost- und Osteuropa beansprucht, da sie zum deutschen „Volks- und Kulturboden" zu rechnen seien. Im post-nazistischen Deutschland blieben „Vertriebene Deutsche", die

13 Anders die Situation in der DDR: Ein „Recht auf Heimat" lehnte die DDR als Ausdruck revanchistischen Denkens ab. Als „Heimat" galt der SED nicht eine Stadt oder eine Landschaft, sondern der sozialistische Staat. Auch aus diesem Grunde wurden die „Heimatvertriebenen" in der DDR „Umsiedler" genannt. 1955 galt die Integration der Umsiedler in der DDR als erfolgreich beendet.

völkischen Traditionslinien hatten, weiterhin Bestand. Als „Deutsche“ gelten nach Artikel 116 des Grundgesetzes immer noch primär diejenigen Staatsbürger_innen, die „deutscher Volkszugehörigkeit“ sind. Zum Begriff (der) des „Deutschen“ besagt der § 116, Abs. 1:

> „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist [...] wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reichs nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“ (Grundgesetz für die Bundesrepublik Textausgabe, Stand 2002, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004)

Mit der Formulierung „Abkömmling“ ist legalistisch fixiert, was den „Vertriebenen“ ihr Bekenntnis-Status ist. „Vertriebene_r“ ist demnach nicht nur, wer die „Heimat“ als Flüchtling verlassen musste, sondern wer sich (abstammungsmäßig) dazu bekennt. Das heißt, dass Gebietsansprüche an Generationen vererbt werden können, die in diesen Gebieten selbst nie gelebt haben. Der Status als „Bekenntnisvertriebene“ ist auch im *Bundesvertriebenen Gesetz* (BVFG) von 1951 ausdrücklich festgeschrieben: indem klar gestellt wird, dass sich das Recht auf Rückkehr nicht auf in den ehemals deutschen Gebieten lebende Personen beschränkt – da es sonst mit dem Ableben dieser Generation verfallen würde.

> „Mit der Weitergabe der Vertriebeneneigenschaft wird somit ein konkretes politisches Ziel verfolgt, das von den realen historischen Vorgängen der Umsiedlung abstrahiert, um daraus politischen Nutzen ziehen zu können.“ (Salzborn 2000, 18-19)

Im April 1949 wurde der *Zentralverband der vertriebenen Deutschen* (ZvD) gegründet, der sich Ende 1951 mit der *Sudetendeutschen Landsmannschaft* und der *Landsmannschaft Schlesien* zum *Bund der vertriebenen Deutschen* (BdV) vereinigte. Beim ersten überregionalen *Tag der Heimat* wurde am 5. August 1950 die *Charta der deutschen Heimatvertriebenen* bei einer Massenveranstaltung in Stuttgart verkündet. Darin heißt es, das die „Vertriebenen“ „im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, [...] ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, [...] ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Auf-

gabe aller europäischen Völker" auf „Rache und Vergeltung verzichten" [sic!] (vgl. www.bund-der-vertriebenen.de).

In der Charta findet sich kein Wort über die Ursachen des Krieges, zu den nationalsozialistischen Massenverbrechen, zur Shoah, zur „Euthanasie", zur Vernichtung von Pol_innen, Roma und Sinti, sowjetischen Kriegsgefangenen und anderen verfolgten Gruppen; kein Wort zum *Generalplan Ost*, der die Vertreibung und Vernichtung von Millionen „slawischer Untermenschen" nach dem „Endsieg" vorsah. Stattdessen der großzügige Verzicht auf Rache und Vergeltung, der in der Bundesrepublik Deutschland noch positiver aufgenommen wurde als in Österreich. Die „Vertriebenen"-Verbände wurden mitsamt ihren Mitgliedern politisch, ökonomisch und kulturell erfolgreich integriert und der ganze Prozess als eines der großen Nachkriegswunder verstanden und verkauft. In der BRD sind die wesentlichen Rahmenbedingungen prominent im *Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge* (kurz *Bundesvertriebenengesetz*) geregelt (www.gesetze-im-internet.de). Das *Lastenausgleichgesetz* (LAG), das die „Abgeltung von Schäden und Verlusten, die sich infolge der Vertreibungen und Zerstörungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben haben", definiert, wurde 1952 verabschiedet (vgl. Salzborn 2000, 63).

> „Die Vertriebenenverbände waren jahrzehntelang um eine möglichst weitgefasste Auslegung des LAG und eine breite Ausschöpfung der entsprechenden finanziellen Mittel bemüht. Und ihr Kampf um finanzielle Alimentierung und Entschädigung war erfolgreich [...]." (Salzborn 2000, ebd.)

Bis 1969 gab es ein eigenes Vertriebenenministerium, das die Ansprüche der „Heimat-Vertriebenen" vertrat.

In Österreich orientierte sich der VLÖ an der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte. Die politische Stimmung in Österreich war jedoch ungleich schlechter als in der BRD. Hier funktionierte die Schuldabwehr der österreichischen Bevölkerung, die die eigene Begeisterung für den Nationalsozialismus auf die „Volksdeutschen" projizierte.

> „Auch Sudetendeutsche Flüchtlinge wurden nur höchst widerwillig und in geringem Ausmaß in Österreich aufgenommen; die provisorische Staatsregierung Renner und der niederöster-

> reichische Landeshauptmann Leopold Figl etwa forderten eine sofortige Grenzsperre zur Tschechoslowakei durch die Rote Armee […]. [Es] […] zeigte sich in den Debatten der Provisorischen Staatsregierung eine Pauschalverurteilung aller Sudetendeutschen als Nationalsozialisten, wogegen man gegenüber den ‚eigenen' Nazis wesentlich mehr Verständnis aufbrachte." (Rathkolb 2005, 37)

Die Abspaltung der eigenen Begeisterung für den Nationalsozialismus und die Schuldprojektion auf die „volksdeutschen" Flüchtlinge war allerdings nur eine Achse im post-nationalsozialistischen Österreich. Parallel dazu bahnte sich eine Integration der „Volksdeutschen" an. Diese wurden gegen die *Displaced Persons* (DP) auf österreichischem Gebiet in Stellung gebracht. Franz Prinke, Nationalratsabgeordneter der ÖVP, meinte 1946:

> „Wir alle wären froh, wenn ganz besonders die fremdsprechenden ausländischen versetzten Personen [sic!] aus Österreich verschwinden würden; die deutschsprechenden sind ja zum größten Teil bemüht, uns die fehlenden Arbeitskräfte zu ersetzen." (www.vloe.at)

Mit den fehlenden Arbeitskräften waren die repatriierten NS-Zwangsarbeiter_innen gemeint. Der Aufbauwille der „Vertriebenen" und ihr Beitrag zum österreichischen bzw. deutschen „Wirtschaftswunder" wurden zu einem populären Bestandteil der eigenen Geschichtsschreibung.

Das *Gmundner Abkommen*, 1953 zwischen Österreich und der BRD geschlossen, wurde von den „Vertriebenen"-Verbänden als unzureichend aufgefasst. Um sich in der politischen Auseinandersetzung um Lastenausgleichsforderungen besser positionieren zu können, wurde 1954 der VLÖ als Dachverband der Volksdeutschen Landsmannschaften gegründet. In der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des VLÖ heißt es:

> „Die Gründungsversammlung ging am 11. September 1954 im Gasthof ‚Zum Weißen Lamm' in Linz vor sich. Die Gründung des VLÖ wurde noch am nächsten Tag, an dem in Linz 30.000 Heimatvertriebene zum ‚Tag der Volksdeutschen' versammelt waren, im Rahmen einer Großkundgebung proklamiert." (www.vloe.at)

Mit den politischen Umbrüchen in den Staaten des so genannten „Ostblocks“ gelang es dem VLÖ, eine größere politische Bedeutung zu erlangen. Der langjährigen Forderung nach einem „Kulturzentrum der heimatvertriebenen Altösterreicher deutscher Sprache“[14] wurde 1996 nachgekommen, das Haus im 3. Wiener Gemeindebezirk wurde in Anwesenheit des damaligen Nationalrats- und heutigen Bundespräsidenten Heinz Fischer eingeweiht.

> „Das Niveau der Einbindung und Subventionierung der ‚Vertriebenen‘ änderte sich noch einmal schlagartig mit dem Eintritt der Haider-FPÖ in die Regierungskoalition (FPÖ-ÖVP) im Frühjahr 2000. Das Vertriebenenmilieu – ein wichtiges Wählerklientel der damaligen FPÖ – erlangte prominent Erwähnung im Koalitionspapier der beiden Parteien. In den folgenden beiden Jahren wurde nicht nur ein Vertriebenenfonds installiert, in den Bund und Länder 7,3 Millionen Euro einzahlten, sondern eine FPÖ trieb in Union mit der Kronen Zeitung u.a. eine grausig geschichtspolitische Diskussion über sog. Beneš-Dekrete und sog. eigenes ‚Opfertum‘ in bis dahin unbekannte Höhen. Die Spitzen der […] Landsmannschaften wurden heiter in allen österreichischen Tageszeitungen als Experten zitiert.“ (Schoiswohl 2005, 1)

Seit 1998 ist das *Felix-Ermacora-Institut* im *Haus der Heimat* angesiedelt. Diesem Institut fällt die Aufgabe zu, das „Unrecht der Vertreibung“ völkerrechtlich aufzubereiten bzw. die Interessen der „Vertriebenen“, vorgeblich wissenschaftlich abgesichert, in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Besorgniserregend sind auch die pädagogischen Umtriebe. Im *Haus der Heimat* konzipierte Unterrichtsmaterialien wurden in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium für den Geschichtsunterricht an Mittelschulen erstellt. Zum Unterrichtsansatz meinte Barbara Rosenkranz, wichtig sei es,

> „die Versäumnisse von Zeitgeschichte und Schulunterricht aufzuholen und die Frage der Benesch-Dekrete [sic!] jetzt, vor dem Beitritt Tschechiens, in die politische Debatte zu bringen und zu lösen.“ (Ebd., 2)

14 Bei dem Terminus „Altösterreicher (deutscher Sprache)“ handelt es sich um einen Kampfbegriff der Parteien FPÖ und ÖVP.

Den Versäumnissen in der Thematisierung des „eigenen Opfers" sollte auch durch den Einsatz von „Vertriebenen" als Zeitzeug_innen an österreichischen Schulen entgegengewirkt werden.

Und endet nicht…

Am 12. März 2011, dem 73. Jahrestag des „Anschlusses" an das nationalsozialistische „Deutsche Reich", sprach die Präsident[15] des BdV, Erika Steinbach, auf einer Veranstaltung der *Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreichs* in Wien zum Thema: „Durch Wahrheit zum Miteinander"; beides wichtige Punkte auf der „Vertriebenen"-Agenda. Steinbach sagte dort, dass es unzulässig sei, die „Vertreibungsverbrechen" durch jene des Nationalsozialismus zu „relativieren oder gar zu entschuldigen". Im O-Ton:

> „Eine Entschuldigung derart bewegt sich abseits jeglicher Menschenrechtsnormen und ist latent gespeist aus dem archaischen Blutrachedenken [sic!]. […] Niemand wird mich mit dem Argument von Ursache und Wirkung davon überzeugen, dass eine Barbarei die andere jemals entschuldigen kann oder darf." (Mitschrift der Autorin)

In der Behauptung, dass der eigentliche Ursprung gegenseitiger Verbrechen in der Unterdrückung der deutschen Minderheit läge, wird der Nationalsozialismus verharmlost und die Shoah relativiert.

Die politische Person Erika Steinbach steht für eine rechts-revisionistische Verschärfung des Kurses des BdV. Bereits kurz nach ihrer Wahl zur Vorsitzenden im Jahr 1998 meinte sie in einem Interview:

> „Engagiert man sich für von Rotarmisten vergewaltigte deutsche Frauen und deutsche Heimatvertriebene, gilt das als revanchistisch. Das ist National-Masochismus. Ich werde mich dem Zeitgeist nicht ducken." (Zit. n. Salzborn 2000, 83-84)

1991 hatte sie als eine von 13 Abgeordneten der CDU/CSU im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und damit gegen die Aufgabe deutscher Gebietsansprüche an Polen gestimmt – die bis nach der so genannten „Deutschen Wiedervereinigung" faktisch bestanden hatten.

15 Die dezidierte Antifeministin Steinbach bestand auf einer Anrede in der männlichen Form.

Die Initiative Steinbachs für ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin führte 2008 zur Gründung der *Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung*. 2009 wurde sie vom BdV für den Stiftungsrat vorgeschlagen, unter anderem auf Grund vehementer Kritik von Seiten der polnischen Regierung allerdings letztendlich nicht in diesen gewählt.[16] Die Ernennung der BdV-Funktionäre Arnold Tölg und Hartmut Saenger als stellvertretende Mitglieder des Stiftungsrates führte im Herbst 2010 dazu, dass der *Zentralrat der Juden in Deutschland* seine Mitgliedschaft in der Stiftung ruhend legte. Tölg hatte unter anderem in einem Interview mit der neu-rechten *Jungen Freiheit* zur Frage der finanziellen „Entschädigung“ für Zwangsarbeiter_innen gemeint, dass „[g]erade die Länder, die am massivsten Forderungen gegen uns richten“, selbst in Sachen Zwangsarbeit „genügend Dreck am Stecken“ hätten (zit. n. Frankfurter Rundschau, 22. Juli 2010, 66. Jg., Nr. 167, 5). Wie Tölg wurden Hartmut Saenger klar revanchistische Positionen attestiert. Saenger hatte im August 2009 in einem Beitrag für die *Pommersche Zeitung* geschrieben:

> „Im März 1939 machte Polen sogar gegen Deutschland mobil und gab damit Hitler die Möglichkeit der Aufkündigung des deutsch-polnischen Nichtangriffspakts von 1934.“ (www.tagesschau.de)

Steinbach sah sich daraufhin bemüßigt, Saenger mit folgenden Worten zu verteidigen:

> „[Ich] kann es auch leider nicht ändern, dass Polen bereits im März 1933 [sic!] mobil gemacht hat.“[17] (Ebd.)

Die geschichtliche Interpretation Steinbachs, in der sie die Verteidigungshaltung Polens nach der Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakei zu einem drohenden Akt militärischer Aggression gegen

16 Der Stiftungsrat besteht aus 21 Mitgliedern, von denen 19 vom Bundestag gewählt werden. Der/Die Präsident_in der Stiftung *Deutsches Historisches Museum* und der/die Präsident_in der Stiftung *Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* sind kraft Amtes Mitglieder. Neben den fünf vom BdV entsendeten Mitgliedern werden je zwei Angehörige des Rats durch die Katholische und Evangelische Kirche sowie den *Zentralrat der Juden* vorgeschlagen.

17 Steinbach bezog sich auf das Saenger-Zitat und damit auf 1939; www.tagesschau.de

Nazi-Deutschland umdeutete, führte zu massiver Kritik auch aus den Reihen ihrer eigenen Partei. Die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke, meinte treffend:

> „Steinbachs Relativierung der deutschen Kriegsschuld entspricht der Logik von Hitlers Lüge ‚ab 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen'." (Ebd.)

Steinbach legte in Folge ihren Sitz im Parteivorstand der CDU nieder, da sie ihre eigenen „konservativen Positionen" nicht mehr in der Partei vertreten sah. Sie fungiert aber weiterhin als *Sprecherin für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe* der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Steinbachs Sorge um „konservative Positionen" in der CDU/CSU erscheint derzeit aber völlig unbegründet. Am 10. Februar 2011 wurde der von der CDU/CSU-FDP-Regierung eingebrachte Antrag, den 5. August zum *Bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Vertreibung* zu erklären, gegen die Stimmen der Opposition angenommen.[18] Der Antrag beruft sich auf die *Charta der Heimatvertriebenen* und ihrer Proklamation am ersten *Tag der Heimat*. Damit hat die rechts-revisionistische Täter_innen-Opfer-Umkehr der „Vertriebenen" noch im Jahr 2011 eine prominente Würdigung im höchsten politischen Gremium Deutschlands gefunden. Weder die Tatsache, dass in der Charta vollständig entkontextualisiert auf „Rache und Vergeltung" verzichtet wurde, noch das totale Ausblenden der Shoah und der nationalsozialistischen Verbrechen in den besetzten Gebieten oder die Tatsache, dass ein Teil der Unterzeichner

18 Aus dem Antrag „60 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Aussöhnung beenden" vom 15.12.2010: „Die Deutschen nehmen Vertreibung auch deshalb mit besonderer Sensibilität war, weil sie selbst in ihrer jüngeren Geschichte massiv davon betroffen waren. […] Für Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist diese eine Schicksalserfahrung, die bis in die Gegenwart nachwirkt. Dahinter steht die Erkenntnis, dass die Generation der Kriegskinder noch heute weit stärker als angenommen unter den damaligen Erlebnissen leidet und diese erst mit dem Ablauf des Berufslebens aufarbeitet. Unverarbeitete Traumata werden sogar, das belegen wissenschaftliche Untersuchungen, an die nächste Generation weitergegeben. Um die Geschichte der eigenen Familie besser verstehen zu können, begeben sich auch die Enkel von Vertriebenen verstärkt auf Spurensuche." (Drucksache 17/4193)

der Charta als Funktionäre der NSDAP und der SS maßgeblich an diesen beteiligt waren, scheinen für die CDU/CSU-FDP-Koalition ein Problem darzustellen. Ungebrochen und unhinterfragt würdigen CDU/CSU und FDP die *Charta der Heimatvertriebenen* als „wesentlichen Meilenstein auf dem Weg zur Integration und Aussöhnung" und die Verdienste der „Vertriebenen" nach dem Zweiten Weltkrieg.

In Österreich liegt die politische Vertretung der „Vertriebenen"-Interessen derzeit bei der FPÖ.[19] Im Herbst 2010 hatte Martin Graf als Dritter Nationalratspräsident einen *Tag der Heimatvertriebenen im Nationalratsklub* veranstaltet und dabei das Buch *Die Wiederaufbauleistung der Altösterreicher in der Zweiten Republik* vorgestellt. Voraussichtlich im Herbst 2011 soll der zweite *Tag der Heimat* im Parlament zelebriert werden, der VLÖ rief die „heimatvertriebenen" Frauen auf, ihre „vergessenen Heldinnengeschichten" in literarische Form zu bringen. Nach den medial stark rezipierten politischen Anmaßungen der „Vertriebenen" rund um die EU-Erweiterung 2004 scheinen ihre Interessen im Windschatten der FPÖ eine neuerliche Renaissance zu erfahren.

Abschließendes

Der Historiker Jörg Hackmann schreibt:

> „Die religiös-naturrechtliche Ummantelung von ‚Heimat' und ihre Verwendung ohne jede historisch-politische Kontextualisierung bot mehrfachen Nutzen: Zum einen wurde von Beginn an die Frage nach den praktischen Konsequenzen dieser Beschwörung des Rechts auf ‚die' Heimat verhüllt [...]. Zum anderen war der Rekurs auf das Heimatrecht geeignet, eine über die Grenzen Deutschlands von 1937 hinausgehende Klammer zu schaffen, die die recht heterogenen Gruppen, wie etwa die früheren deutschen Minderheiten und die Bevölkerung der deutschen Ostprovinzen, zusammenfassen konnte. Zudem wurde die Forderung nach Rückkehr entindividualisiert und der Rechtsanspruch zu ei-

19 Wenn auch zu allen Jubiläumsveranstaltungen der Verbände stets Grußbotschaften von hochrangigen SPÖ/ÖVP-Politiker_innen verlesen werden. Gerade die ÖVP gerierte sich jahrzehntelang als Vertreterin der Interessen der „Vertriebenen".

ner Angelegenheit der deutschen Nation erklärt, die nicht auf die Generationen der unmittelbar Betroffenen beschränkt blieb. Und nicht zuletzt bot sich Heimat als idealisierter Raum ursprünglicher Unschuld als geeignete Folie für die Selbstdeutung der Vertriebenen als Opfer an [...].“ (www.europa.clio-online.de)

In den Ulrichsbergdiskurs fügt sich die Mär vom „Vertriebenenleid“ an mehreren Stellen perfekt ein: Da ist die Überschneidung im Bild der „Heimat“/„Heimkehr“ sowie die Figur des erbrachten „Opfers“, die einen deutsch-österreichischen Revisionismus bedient. Und vor allem mangelt es beidseitig nicht am Antikommunismus.

Gerade der so genannte „Europagedanke“ der *Ulrichsberggemeinschaft*, der als modernisierte Form der „Heimkehrer-Thematik“ zur Chiffre für die Verherrlichung der (Waffen-)SS wurde (siehe den Beitrag *Politische Elitesoldaten – „Freiwillige“ in der (Waffen-)SS* in diesem Buch), bietet den rechts-revisionistischen Kitt für die Beteiligung der „Vertriebenen“-Verbände am Ulrichsbergtreffen. Wie die als „Freiwillige“ codierten (Waffen-)SS-Soldaten waren die „Vertriebenen“ deutsches Bollwerk gegen den „Bolschewismus aus dem Osten“. Dass das Ulrichsbergtreffen gerade auch die soldatische Leistung der (Waffen-)SS abfeiert und den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg zu einem Verteidigungskampf gegen die „Schreckensherrschaft des Kommunismus“ verbiegt, stellt eine besondere Qualität im rechten Revisionismus dar. Die Selbstdarstellung der „Vertriebenen“ als „Opfer des Kommunismus“ wurde hingegen in gesamtgesellschaftliche Diskurse in Österreich und Deutschland übernommen.

Home is where the heart is, home is so remote,
Home is just emotion, sticking in my throat.
Let's go to your place. (Lene Lovic)

Literatur

Baumann, Jochen/Dietl, Andreas/Wippermann Wolfgang. Blut oder Boden. Doppel-Pass, Staatsbürgerrecht und Nationsverständnis. Berlin, 1999

Fanta, Walter/Sima, Valentin. Stehst mitten drin im Land. Klagenfurt/Celovec 2003

Glotz, Peter. Die Vertreibung. München 2003

Mayer, Stefanie. „Totes Unrecht“? Die „Beneš-Dekrete“ im medialen Diskurs – zwischen völkischen Denken und kritisch-wissenschaftlicher Aufarbeitung.

In: Heiko Kaufmann, Helmut Kellershohn, Jobst Paul [Hrsg.]. Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie. Münster 2005
Rathkolb, Oliver. Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005
Salzborn, Samuel. Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände. Berlin 2000
Schoiswohl, Thomas. Haus der Heimat. Wien 2005
www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Themen/Revanchismus/nwh/witi.html
www.maffersdorf.de/chronik/band_05maffersdorf_anhang_17.htm
www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Themen/Revanchismus/nwh/sl.html
www.stopptdierechten.at/2011/02/11/witikobund-gauleiter-henleins-nachfolger/
www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html
www.u-berg.at/texte/foto19.htm
www.lindenstrasse.de/Leute/Rollen/_B/Philomena_Bennarsch/index.jsp
www.europa.clio-online.de/site/lang__de/ItemID__463/mid__11428/40208214/default.aspx
http://u-berg.lnxnt.org/materialien/ubergbroschuere2009_web.pdf
www.uni-klu.ac.at/hleustik/gottschee/archiv/.../gz/.../november_2001.pdf
www.europa.clio-online.de/site/lang__de/ItemID__463/mid__11428/40208214/default.aspx
www.bund-der-vertriebenen.de/derbdv/charta-dt.php3
www.bund-der-vertriebenen.de/pdf-mahnmal/ausland.pdf
www.vloe.at
www.ns-archiv.de/krieg/1938/tschechoslowakei/erledigung-rest-tschechei-21-10-1938.php

Verdrängte Verbrechen

Haben wir uns im vorigen Themenblock dem Gedenken an verbrecherische Organisationen, Verbände und Strukturen zugewandt, so richten wir im Folgenden den Fokus auf die nationalsozialistische Verfolgung. Der erste Artikel wendet sich den antislowenischen Ressentiments zu, die im Nationalsozialismus in Deportationen und Enteignungen einen Höhepunkt erreichten. Darauf folgt ein Beitrag zur Deportation von Juden und Jüdinnen aus Kärnten/Koroška und zu den antisemitischen Kontinuitäten, die hier ebenso bestehen wie in Österreich allgemein. Im Artikel *Der erste „zigeunerfreie Gau"* wird die antiziganistische Verfolgung im Nationalsozialismus im Rahmen ihrer historischen Entwicklung in Österreich mit Schwerpunkt auf Kärnten/Koroška aufgearbeitet.

Zwei Texte widmen sich dem Komplex Zwangsarbeit: Zunächst wird die Geschichte des Außenlagers des KZs Mauthausen am Loiblpass und der Umgang damit in der Zweiten Republik umfassend dargestellt. Ein zweiter Artikel fasst Informationen zur Zwangsarbeit außerhalb des Lagersystems im „Deutschen Reich" und speziell in Kärnten/Koroška prägnant zusammen. In einem eigenen Beitrag werden anhand einer der vielen Gedenktafeln im „Ehrenhain" Aspekte der Geschichte der NS-Medizinverbrechen und im Besonderen deren Nachwirkungen im medizinischen Bereich heute aufgearbeitet.

Als letzten Aspekt greifen wir schließlich den Komplex des Partisan_innenwiderstandes auf: Zuerst wird der Frage nachgegangen, wie sich Widerstand und Desertion zueinander verhalten und bedingen sowie welche geschichtspolitischen Bilder dazu – im Mainstream ebenso wie im Rahmen der antifaschistischen Proteste – existieren. Zwei Artikel zum Widerstand der kärntner-slowenischen Partisan_innen und zum Partisan_innenmuseum am Peršmanhof schließen den Block ab. Mit einer Analyse der dort geleisteten Erinnerungsarbeit leiten sie zudem zur Auseinandersetzung mit aktueller Geschichtspolitik im abschließenden dritten Teil der Publikation über.

JUDITH GOETZ

„Macht mir dieses Land wieder deutsch!“[1]

Nationalsozialistische Verfolgung und die Deportationen der Kärntner SlowenInnen

Das Schicksal der Kärntner SlowenInnen während des Nationalsozialismus wurde zwar wissenschaftlich umfangreich aufgearbeitet, Eingang in das gesellschaftliche Bewusstsein oder in etablierte Gedenkpolitiken hat die nationalsozialistische Verfolgung der Minderheit bis heute jedoch nicht gefunden.

1938 bei den Kärntner SlowenInnen

Das Jahr 1938 bzw. die Machtergreifung der NationalsozialistInnen in Österreich hatte auch Auswirkungen auf die in Kärnten lebende slowenischsprachige Bevölkerung. Die Haltungen der Minderheit gegenüber dem NS-Regime waren jedoch sehr unterschiedlich und reichten von der Unterstützung bis zum aktiven Kampf gegen die MachthaberInnen, sodass nicht selten in einer Familie sowohl NationalsozialistInnen als auch PartisanInnen anzutreffen waren. Die Einstellungen änderten sich aber während des Zweiten Weltkriegs auch: War zu Zeiten des Anschlusses Österreichs an Deutschland 1938 noch um die Kärntner SlowenInnen geworben worden, so änderte sich dieser Kurs bald.

> „Das neue Herrschaftssystem in Österreich verwirklichte in aller Öffentlichkeit, was in Kärnten bisher an antislowenischer Politik nicht öffentlich, sondern nur halb im Verborgenen betrieben wurde.“ (Bogataj 1989, 79)

Mirko Messner (1990, 93) meint, dass die NationalsozialistInnen unmittelbar nach dem Anschluss mit „koordinierter und systematischer Germanisierungsaktivität“ begannen.

1 So lautete ein Befehl Adolf Hitlers aus dem Jahr 1941.

> „Sie bedienten sich dabei der formellen und informellen Organisationsstrukturen des Kärntner Deutschnationalismus.“ (Ebd., 93)

Dennoch standen VertreterInnen der Minderheit dem Nationalsozialismus vorerst loyal gegenüber, sodass die beiden Repräsentanten Joško Tischler und Franc Petek sogar eine Loyalitätserklärung veröffentlichten, um „unter neuen Bedingungen nationales Überleben“ zu ermöglichen (vgl. Bogataj 1989, 80).

> „Die Kärntner Slowenenführung glaubte offensichtlich, eine weitgehende Übernahme von Bestandteilen nationalsozialistischer Ideologie könne den Kärntner Slowenen unter diesen neuen Bedingungen nationales Überleben gestatten.“ (Haas/Stuhlpfarrer 1977, 76)

Spätestens im Juli 1938 hatten die kärntner NationalsozialistInnen jedoch „die Zentralisierung der Slowenenfrage in Klagenfurt“ erreicht und somit auch freie Hand in der weiteren Vorgangsweise. Das bedeutete, dass von nun an das weitere Vorgehen im Umgang mit der kärntnerslowenischen Minderheit von Klagenfurt aus geregelt und umgesetzt wurde. So kam es 1939 zu einer Volkszählung, bei der erstmals die Unterscheidung zwischen „Windischen“[2] und „Slowenen“ angeführt wurde. Darüber hinaus wurde nach Volkszugehörigkeit und Muttersprache getrennt gefragt, sodass es auch möglich war, sich dem „deutschen Volk“ zugehörig zu fühlen und dennoch Slowenisch als Muttersprache anzugeben. Zudem kam es

2 Eine entscheidende Rolle in der Aufrechterhaltung und Legitimation des Antislowenismus kommt der so genannten Windischen-Theorie zu, einer Thesensammlung des deutschnationalen „Historikers“ Martin Wutte. Ihm zufolge wären die Kärntner SlowenInnen gar keine SlowenInnen, die „Windischen“ wären vielmehr auf „natürliche Art und Weise“ und „aus Verschmelzung bzw. aus der ‚Bluts-‘, ‚Kultur-‘ und ‚Schicksalsgemeinschaft‘ mit den Deutschen“ entstanden und stünden den DeutschkärntnerInnen viel näher als den SlowenInnen. Weitere Argumente beziehen sich auf historische, kulturelle, geografische, politische und sprachliche Rahmenbedingungen. Obgleich es sich bei seinen Ausführungen, die unter dem Titel „Deutsch-Windisch-Slowenisch“ 1927 veröffentlicht wurden, keinesfalls um eine wissenschaftliche Arbeit handelt und viele seiner Thesen wissenschaftlich widerlegt wurden, sind sie bis heute weit verbreitet.

zu verschiedenen Maßnahmen zur Beschneidung des slowenischen Lebens in Kärnten/Koroška, die von der Versetzung politischer Vertreter über die Einstellung des slowenischen Unterrichts in Schulen sowie später des Kulturlebens bis hin zum Verbot der slowenischen Sprache in der Öffentlichkeit reichten.

Zur führenden kärntner nationalsozialistischen Elite zählten vor allem der NSDAP-Gauleiter und Reichsstatthalter, nationalsozialistische Landeshauptmann und Reichsstadthalter von Salzburg und Kärnten/Koroška Friedrich Rainer[3] und der nationalsozialistische Funktionär Alois Maier-Kaibitsch[4], der sich bereits sehr früh für die Einsiedlung so genannter deutscher Grenzbauern einsetzte, also die Ansiedlung von deutschen KanaltalerInnen in den „volkstumspolitisch gefährdeten Bezirken" Südkärntens, wie Heinrich Himmler sie selbst bezeichnet hatte. Himmler war von Hitler „mit der Funktion des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums" betraut worden und somit für die gesamte „Aus- und Umsiedlungspolitik" zuständig. Umgesetzt wurden diese „Maßnahmen" durch bereits bestehende Organisationen wie die *Deutsche Ansiedlungsgesellschaft* sowie die *Volksdeutsche Mittelstelle*. Die Finanzierung erfolgte durch die von Himmler gegründete Bank *Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft*, die ihren Standort in Berlin hatte (Stuhlpfarrer 2002, 124). Eindeutschung und Verfolgung waren, wie auch Haas und Stuhlpfarrer (1977, 83) meinen, zwei aufeinander abgestimmte und sich gegenseitig ergänzende Mittel, die gegen die slowenische Minderheit in Kärnten/Koroška eingesetzt wurden. Beide können als Teil der „nationalsozialistischen Volkstumspolitik" gesehen werden, die die „rassenpolitische" Umsetzung der *Nürnberger Gesetze* zur Aufgabe hatte, von der Erhaltung der „Reinheit des deutschen Blutes" bis hin zum Schutz des „deutschen" Volkes gegen so genannte „Fremdvölkische" reichte und durch unterschiedliche Mittel („Umvolkung", Bekämpfung, Vernichtung) umgesetzt wurde.

3 Rainer wurde 1945 von britischen Soldaten verhaftet, nach Nürnberg überstellt und 1947 nach Jugoslawien ausgeliefert, wo er von einem Militärgericht zum Tod verurteilt wurde.

4 Maier-Kaibitsch wurde nach 1945 als Kriegsverbrecher zu lebenslanger Haft verurteilt (siehe Kasten).

Von der Germanisierung zu den Deportationen

Von verschiedenen HistorikerInnen wird in Bezug auf den Umgang mit der slowenischen Minderheit während des Nationalsozialismus von unterschiedlichen Phasen gesprochen. So nennt beispielsweise Valentin Sima (2000) drei Phasen der „Zwangsassimilation“ und Germanisierung bzw. des Umgangs mit der kärntnerslowenischen Minderheit im Nationalsozialismus. Er beschreibt eine erste Phase, die bis 1941 ging, von einer Entnationalisierungspolitik gekennzeichnet war und sich gegen alles Slowenische im öffentlichen Bereich, wie beispielsweise Schulen oder geistliche Vertreter, richtete. Theodor Domej erkennt in dieser ersten Phase auch eine Veränderung im Umgang mit der slowenischen Minderheit, der lange Zeit auf der Ebene der strukturellen Gewalt ausgetragen worden war. Das heißt, dass Gewalt nicht vorrangig von konkreten AkteurInnen und physisch ausgeübt wurde, sondern vor allem durch gesellschaftliche Strukturen, die durch Werte, Normen und Gesetzgebungen auf gewaltsame Art und Weise das Leben bzw. die Grundbedürfnisse der betroffenen Gruppe einschränkten und zu deren Benachteiligung und Diskriminierung führten. So waren Angehörige der kärntnerslowenischen Minderheit bis zu diesem Zeitpunkt vor allem auf einer strukturellen Ebene durch Maßnahmen wie Verbot der Sprache oder des Vereinswesens vom Nationalsozialismus betroffen. Dies änderte sich jedoch mit den Anfängen der politischen Verfolgung hin zu sichtbaren Gewaltakten gegen die kärntnerslowenische Bevölkerung.

> „Einen Bruch mit dieser Tradition bedeutete die Vertreibung der slowenischen Intelligenz, vor allem der slowenischen Geistlichkeit, aus dem Siedlungsgebiet der slowenischen Volksgruppe in Kärnten. […] Auch die Einweisung einzelner politischer Gegner des Nationalsozialismus in Konzentrationslager und Zuchthäuser gehörte natürlich zur offenen Gewalt.“ (Domej 1992, 230)

Eine zweite Phase, in der sich die NationalsozialistInnen dem Kampf gegen alles Slowenische im nichtstaatlichen Bereich, wie unter anderem Kulturvereine, widmeten, verortet Sima (2000, 267) nach dem Überfall auf Jugoslawien. Im so genannten Balkanfeldzug wurden im April 1941 Jugoslawien und Griechenland vom „nationalsozialistischen Deutschen Reich“ angegriffen, was insbesondere in Jugos-

lawien einen erfolgreichen Widerstandskampf durch von Tito angeführte PartisanInnen zur Folge hatte, denen die nationalsozialistische Wehrmacht unterlegen war. In dieser Zeit fielen auch die letzten Hemmschwellen in der Wahl der Mittel zur Verfolgung der kärntnerslowenischen Minderheit. Eine erneute Verhaftungswelle durch die NationalsozialistInnen setzte ein, die sich vor allem gegen Priester und die kulturellen Eliten richtete. Zudem wurde von den NS-MachthaberInnen Slowenisch auch in der Kirche verboten, Vereine aufgelöst, Vermögen eingezogen, Zeitungen eingestellt und Genossenschaften zerstört.

Die dritte Phase wiederum erkennt Sima ab April 1942 in der Deportation von 221 kärntnerslowenischen Familien (vgl. ebd., 267).

> „Bis zu diesem Punkt verstanden die traditionellen deutschnationalen Eliten Kärntens anscheinend die Slowenenpolitik des NS-Regimes teilweise noch als Vollendung ihrer Sehnsüchte. Mit der Vertreibung 1942 ging aber das Regime noch einen Schritt weiter – in Richtung manifester Gewalt gegen eine größere Gruppe von Personen, mit dem Ziel ihrer zwangsweisen Entfernung aus der angestammten Heimat.“ (Sima 1992, 137 f.)

Die NationalsozialistInnen eskalierten damit die manifeste Gewalt und setzten einen weiteren Schritt zur „Bereinigung des Slowenenproblems“. Die Deportationen galten gleichzeitig als Maßnahme zur „Bandenbekämpfung“, also zum Kampf gegen die PartisanInnen, der durch die enge Verbindung der kärntnerslowenischen Minderheit zum organisierten Widerstand oftmals auch als Vorwand für die politische Verfolgung der Minderheit herangezogen wurde. Sima unterscheidet in Anlehnung an Haas zwischen zwei unterschiedlichen Typen „ethnischer Homogenisierung“: einerseits „gewaltsame Assimilation“ und andererseits „physische Entfernung“, eine Steigerung, die in der nationalsozialistischen Politik durchwegs zum Ausdruck kommt und somit auch die grausamste Form antislowenischer Politik verdeutlicht. Diese Steigerung der Gewalt gegen Kärntner SlowenInnen kann gleichzeitig auch als die Konsequenz des durch den NS-Apparat auf die Spitze getriebenen Nationalismus sowie der „NS-Rassenpolitik“ begriffen werden, die generell für den Nationalsozialismus kennzeichnend war.

Der vielfach verwendete Begriff „Aussiedlung“ ist mit Recht umstritten, nicht zuletzt weil er „verharmlosend“ wirkt und eher mit „Umsiedlung“ als mit der geplanten und teils durchgeführten Vernichtung der slowenischen Minderheit assoziiert wird. Allerdings meinen Pittler und Verdel (1992, 261), dass der Begriff „Aussiedlungen“ im Laufe der 1980er Jahre vor allem von HistorikerInnen kritisiert wurde, jedoch nicht von den Opfern selbst. Sie führen das nicht zuletzt auf deren Selbstwahrnehmung zurück: Viele Betroffene hätten sich selbst nicht als Opfer anerkannt, sondern meinten, im Vergleich zu anderen KZ-Häftlingen ohnehin „Glück“ oder es „nicht so schlimm“ gehabt zu haben. Unabhängig davon lässt sich allerdings festhalten, dass auf der Seite der NationalsozialistInnen klar von „Bereinigung des Slowenenproblems“ gesprochen wurde. Nicht zuletzt deshalb scheint der Ausdruck „Deportationen“ besser für die Beschreibung des Schicksals der kärntnerslowenischen Minderheit geeignet. Moritsch (1996, 28 ff.) geht sogar noch einen Schritt weiter und bezeichnet die Deportationen als „ethnische Säuberung“. Der Begriff „Aussiedlungen“ wirkt oftmals verharmlosend, weil er die Ebenen der politischen Verfolgung und teilweise auch Vernichtung sowie den durch Zwang hervorgerufenen Aufenthalt in unterschiedlichen nationalsozialistischen Lagern nicht zu fassen vermag, zentrale Aspekte der nationalsozialistischen Verfolgung bleiben damit unerwähnt.

Von den Deportationen zum PartisanInnenwiderstand

Am 14. April 1942 kam es zur Deportation von 1.075 Kärntner SlowenInnen bzw. 221 Familien in ein Sammellager in der Ebenthaler Straße in Klagenfurt/Celovec (vgl. Sima 2002, 152), „angeblich wegen hochverräterischer und kommunistischer Einstellung, in Wirklichkeit jedoch zur ‚Bereinigung des Slowenenproblems in Kärnten‘“ (Bogataj 1989, 85). Durchgeführt wurden die Deportationen, die im NS-Jargon auch „K-Aktion“ genannt wurden, durch das in Lees bei Veldes/Lesce pri Bledu stationierte *Reservepolizeibataillon 171* auf Basis von – von der Gestapo und dem *Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums* angefertigten – Listen. Die Grundlage dafür stellte die Volkszählung von 1939 dar. Die kärntnerslowenischen Familien, die von der Deportation betroffen

waren, wurden zuerst in das Lager in der Ebenthaler Straße (Lager Ebenthal*)* gebracht, wo sie registriert und ihnen Nummern zugewiesen wurden. Von MitarbeiterInnen der *Deutschen Ansiedlungsgesellschaft* (DAG) wurden hier so genannte Übernahmeprotokolle erstellt, in denen die Besitztümer und das Vermögen genau aufgezeichnet wurden.

> „Die Ausgesiedelten hatten zusammen eine landwirtschaftliche Gesamtfläche von 5.542 Hektar, 197 Pferden, 1.490 Rindern, 1.291 Schweinen und 874 Schafen zurück gelassen, wie dies auch von der DAG aufgenommen wurde. Zuwenig, um alle Übernahmewünsche (Kauf, Pacht oder Nutzungsrecht) befriedigen zu können." (Karner 2005, 29)

Zu den neuen „BesitzerInnen" zählten Kanaltaler Bauern und Bäuerinnen, so genannte „volkspolitisch zuverlässige ParteigenossInnen" sowie örtliche Parteifunktionäre, teilweise auch NachbarInnen. Trotz Protest von Geistlichen und anderer kärntner Prominenz wurden die Deportationen auf Initiative der kärntner nationalsozialistischen Elite fortgeführt. Lediglich 158 Personen wurden aus dem Lager Ebenthal aufgrund der Intervention von Verwandten, die oftmals auch NS-Funktionen innehatten oder sich zumindest den NationalsozialistInnen angeschlossen hatten, wieder frei gelassen. Die restlichen 917 deportierten Angehörigen der kärntnerslowenischen Minderheit wurden weiter in andere Lager der *Volksdeutschen Mittelstelle* wie beispielsweise Hesselberg, Hagenbüchach oder Frauenaurach überstellt, wo sie den Schikanen des nationalsozialistischen Lageralltags ausgesetzt waren. Zusammenfassend lässt sich also sagen:

> „Ziel antislowenischer Politik, unabhängig vom Verhalten der Minderheit, war es, die Slowenen insgesamt zum Verschwinden zu bringen. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung war die am 14. und 15. April 1942 erfolgte Vertreibung von 917 Personen, der in den Kriegsmonaten viele andere folgten und die seitens der NS-Machthaber als Maßnahmen gegen Widerstandssympathisanten, -förderer und -unterstützer charakterisiert wurden." (Malle 2007, 116)

Spätestens in Anbetracht der Deportationen änderte sich die anfängliche Loyalität der slowenischen Minderheit gegenüber dem Nationalsozialismus, was unter anderem auch in der starken Unterstüt-

zung des organisierten PartisanInnenwiderstands resultierte. Brigitte Entner (2008, 43) betont in Anlehnung an Valentin Sima, dass die Rebellion den Kärntner SlowenInnen nicht unbedingt „in die Wiege gelegt worden“ wäre, da die meisten Angehörigen der Minderheit eher christlich konservativ und „fügsam“ dem Staat gegenüber eingestellt waren und zumindest die Funktionäre sich sogar trotz der Benachteiligungen lange Zeit dem NS-Regime gegenüber loyal verhalten hatten. Den Anstoß für den Aufbau des Widerstands gaben folglich vor allem der Überfall der NS-Einheiten auf Jugoslawien sowie die Deportationen von Angehörigen der kärntnerslowenischen Minderheit. Die Deportationen stellten eine Art „Zäsur“ dar, nach der auch christlich eingestellte Angehörige der Minderheit begannen, mit dem Widerstand zu sympathisieren. Zuvor hatte es zwar auch unterschiedliche Widerstandsformen wie beispielsweise Gegenpropaganda gegeben, zum bewaffneten Widerstand vor allem in Südkärnten kam es aber erst im Jahr 1942 (siehe die Beiträge *Der Gedenkort Peršmanhof. Ein Stachel in der kärntner Erinnerungslandschaft* und *In Uniform nach Jugoslawien desertiert...*).

Nach 1945

Wenngleich die auf Vernichtung ausgerichtete antislowenische Politik durch das Ende des Nationalsozialismus beendet wurde, wurden antislowenische Haltungen auch in der Zweiten Republik weiterhin kultiviert und büßten kaum an Aktualität ein. Dadurch, dass geschichtsverfälschende Erzählungen der Vergangenheit in Kärnten/Koroška bis heute dominant sind und minderheitenfeindliche Mythen fortbestehen, wird auch der Antislowenismus als wirkungsvolles gesellschaftliches Phänomen fortgesetzt.

Auch nach Kriegsende schien sich die Situation der kärntnerslowenischen Minderheit nicht unbedingt zum Besten zu wenden. Während jene Angehörigen der Minderheit, die im Widerstand aktiv gewesen waren, sofort nach Kärnten/Koroška zurückkehren konnten, gestaltete sich die „Heimreise“ für jene, die in unterschiedlichen Lagern die Befreiung erlebten, schwieriger und dauerte circa drei Monate. Auch als 273 Personen aus den ehemaligen Lagern auf dem Villacher Bahnhof ankamen, wurden diese nicht freudig empfangen, sondern beinahe wieder zurückgeschickt.

PartisanInneneinheiten rückten 1945 in den letzten Kriegstagen zeitgleich mit britischen Truppen in Kärnten ein und leiteten so die Befreiung des Landes von der NS-Herrschaft ein. Es kam zu einer knapp 14 Tage dauernden Doppelbesetzung von Teilen Südkärntens durch britische und jugoslawische alliierte Truppen. Als jedoch die PartisanInnen aufgrund alliierten Druckes aus Kärnten/Koroška abziehen mussten, verschlechterte sich das Klima und die politische Stimmung richtete sich erneut gegen die Minderheit. Zudem taten sich auch weitere Probleme auf: Viele fanden ihre Häuser und Höfe desolat oder noch von anderen Menschen bewohnt vor, die sich weigerten, diese zu verlassen. Entschädigungszahlungen ließen noch lange auf sich warten. Dazu kam auch, dass die Maßnahmen zur Rückerstattung oder Entschädigung der Betroffenen mit Schwierigkeiten verbunden waren, und auch der gesellschaftliche Umgang mit den ehemals Deportierten sowie früheren PartisanInnen wurde weder von Anerkennung noch von Eingeständnissen der Schuld bzw. der Beteiligung an den NS-Verbrechen durch die kärntner Bevölkerung begleitet. Im Gegenteil: Durch die Etablierung eines verfälschenden, geschichtsrelativistischen Diskurses wurde nicht nur das Stereotyp der heimatverräterischen Kärntner SlowenInnen, die während des Nationalsozialismus ohnehin nur für Slowenien gekämpft hätten, fortgesetzt, sondern auch Ursache und Wirkung in der Auseinandersetzung zwischen PartisanInnen und NationalsozialistInnen vertauscht und die Deportationen verharmlost. Diese Tendenzen werden (bis heute) einerseits im gesellschaftlichen Umgang mit der Minderheit deutlich, andererseits aber auch in der politischen und rechtlichen Verfahrensweise, sowohl im Hinblick auf die „Ausgesiedelten" als auch auf ehemalige PartisanInnen sowie deren UnterstützerInnen. So heißt es beispielsweise in der Jugend-Broschüre des *Kärntner Abwehrkämpferbundes* (KAB) verharmlosend und verfälschend:

> „Die während des zweiten Weltkriegs ausgesiedelten Slowenen, die nach dem Kriegsende alle wieder nach Kärnten zurückkehren konnten und ihre Höfe wohlbestellt zurück erhalten haben, wurden mehrmals durch das Land Kärnten und die Bundesregierung finanziell entschädigt. Keine Entschädigung dagegen gibt es für jene Personen, deren Familienangehörige von den Tito-Partisanen verschleppt und ermordet wurden."

Nicht nur die Entschädigung für Sachgüter, wie etwa intakte Höfe mit vielen Tieren, von denen nach dem Krieg wenig übrig war, gestaltete sich schwierig, sondern auch die Rückübertragung der Höfe ins Grundbuch. So wurden zwar anfänglich so genannte Hofbegehungskommissionen mit Beteiligung von VertreterInnen der Minderheit, des Landes und der Gemeinde sowie den derzeitigen NutzerInnen eingerichtet, die gesetzlichen Grundlagen für die Restitution wurden jedoch erst 1947 durch das dritte Rückstellungsgesetz[5] geschaffen.

> „Insgesamt wurden zwischen 1946 und 1949 sieben Rückstellungsgesetze beschlossen. Diese wiesen aber in sich keine durchgängige Systematik auf, sodass es für die Betroffenen schwierig war herauszufinden, welches Gesetz für ihren Fall anwendbar und bei welcher Behörde ein Antrag einzubringen war.“[6]

5 „Drittes Rückstellungsgesetz: (BG vom 6. Februar 1947 über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen; BGBl 1947/54) *Gegenstand*: Entzogene Vermögen, die sich in der Hand von Einzelpersonen, Firmen oder Institutionen befanden. *Vollziehende Behörde*: Bei den Landesgerichten für Zivilrechtssachen eingerichtete Rückstellungskommissionen, die aus dem Vorsitzenden und dessen Stellvertretern, die alle Richter sein mussten, sowie aus Beisitzern bestand, die Laien waren. Zweite Instanz waren die bei den Oberlandesgerichten eingerichteten Rückstellungsoberkommissionen, dritte Instanz war die Oberste Rückstellungskommission beim Obersten Gerichtshof. *Bedeutung*: Das Dritte war das wichtigste aller Rückstellungsgesetze, betraf es doch die größte Zahl entzogener Vermögen. Dementsprechend heftig wurde es politisch von Wirtschaftskreisen und dem Verband der Unabhängigen, einem Sammelbecken unter anderem ehemaliger Nationalsozialisten, publizistisch und parlamentarisch bekämpft. Alle Versuche, das Gesetz zum Nachteil der geschädigten Eigentümer zu ändern, scheiterten am Widerstand der Westalliierten. Zahlenangaben sind keine verfügbar, da ein großer Teil der Akten der Rückstellungskommissionen 1986 – vermutlich aus Unwissenheit – vernichtet wurde. Auf Ersuchen des DÖW wurde diese Aktenvernichtung 1986 gestoppt, allerdings konnte damit nur mehr ein kleiner Teil der Akten gerettet werden.“ Vgl. www.doew.at/frames.php?/service/ausstellung/doew_restitution/3.html (17.3.2010)

6 www.doew.at/frames.php?/service/ausstellung/doew_restitution/3.html (17.3.2010)

Zwar kam es 1946 zu ersten Entschädigungen von Seiten des Bundes, spätestens Ende der 1940er Jahre wurden die Versprechungen, wie Entner und Wilscher (vgl. 2006, 69) betonen, jedoch nicht weiter verfolgt. Anfang der 1950er Jahre wurden die letzten Auszahlungen sogar an eine Verpflichtung, keine weiteren Zahlungsbeträge zu fordern, gekoppelt (vgl. ebd., 70). Dazu kam noch die Schwierigkeit, dass die Zahlungen auf Basis der Hofbegehungen erfolgten, die bei weitem nicht alle Besitztümer berücksichtigt hatten und nicht von allen Betroffenen durchgeführt worden waren. Außerdem wurden lediglich die so genannten „Ausgesiedelten" dabei berücksichtigt, Menschen, die im Widerstand tätig gewesen waren, jedoch nicht.

Erst das Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die *Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung* (*Opferfürsorgegesetz*, OFG) regelte auch den Umgang mit ehemaligen PartisanInnen und ihren HelferInnen. Viele ehemalige PartisanInnenkämpferInnen oder -unterstützerInnen konnten jedoch die dafür nötigen Voraussetzungen nicht erfüllen, da beispielsweise „Fahnenflucht" als Grund für einen Anspruch nur anerkannt wurde, wenn sie „zum Zwecke des Einsatzes für ein freies, demokratisches Österreich" (Entner/Wilscher 2006, 72) erfolgt war oder eine Verfolgungsmaßnahme, die die Flucht gerechtfertigt hätte, bewiesen werden konnte. „Weiters hatten sie sowohl den ‚aktiven Kampf' als auch dessen Freiwilligkeit zu beweisen." (Ebd., 73) Doch gerade das Vorlegen von Beweisen war oftmals mit Schwierigkeiten verbunden, wie die Historikerinnen weiter betonen:

> „Nicht für alle, die den PartisanInnenkampf unterstützten, war der Weg zu einer Amtsbescheinigung problemlos. Zunächst musste bewiesen werden, dass die Unterstützung der FreiheitskämpferInnen tatsächlich erfolgt war. Eine Verhaftung wegen bloßen Verdachtes darauf reichte dafür nicht aus. Die Gestapo hingegen hatte nicht gezögert, Verdächtige auch ohne Beweise zu verhaften. Geübte Praxis war es, die Verdächtigen in ‚Schutzhaft' zu nehmen und in ein KZ zu deportieren. Ein ehemaliger KZ-Häftling, der ‚nur' auf Grund des Verdachtes der PartisanInnenunterstützung deportiert worden war, war folglich vor dem OFG anspruchslos – als ob die erlebten Traumata und materiellen Schäden durch die erlebte Haft in diesem Fall geringe-

> re gewesen wären. Weiters musste die Freiwilligkeit der Hilfeleistung nachgewiesen werden.“ (Ebd., 74)

Darüber hinaus mussten auch Beweise dafür geliefert werden, dass die betreffende Person PartisanInnen nicht nur unterstützt hatte, weil sich Verwandte oder FreundInnen in ihren Reihen befanden (ebd., 75). Wie auch Entner (2008, 50) verdeutlicht, wurden vor allem Frauen durch das OFG ausgegrenzt, weil es ihre Formen des Widerstands nicht anerkannte. Dazu kam in Kärnten/Koroška durch den geschichtsrevisionistischen Umgang mit den Menschen, die im Widerstand tätig gewesen waren, auch die Schwierigkeit, sich dazu zu bekennen, da damit auch durchaus eine gesellschaftliche Schlechterstellung verbunden sein konnte.

> „[D]ie gesellschaftliche Ächtung durch große Teile der Mehrheitsbevölkerung führte in vielen Fällen dazu, dass engagierte WiderstandskämpferInnen, die für ihren Einsatz auch vom NS-Regime verfolgt worden waren, in der Folge diese Phase ihres Lebens ausblendeten und sich „nur“ als Opfer der NS-Zeit und des bisweilen auf beiden Seiten brutal geführten PartisanInnenkampfes wahrgenommen haben und (noch immer) wahrnehmen.“ (Entner/Wilscher 2008, 51)

Erst durch eine Novelle des OFG im Jahr 1988 erhielten alle ehemaligen Deportierten Anspruch auf Entschädigung (ebd., 74). Gleichzeitig spiegelt die katastrophale Situation der Entschädigung sowie auch die zahlreichen damit verbundenen Hürden im Grunde genommen nur den gesellschaftlichen, insbesondere den kärntnerischen Umgang mit den ehemaligen KämpferInnen und Deportierten wider.

Literatur

Bogataj, Mirko (1989): Die Kärntner Slowenen. Klagenfurt/Celovec, Wien/Dunaj: Hermagoras-Verlag.

Domej, Teodor (1992): O ponemčevanju južne Koroške za časa nacizma in odmevi nanj (1938-1942). In: Malle, Avguštin/Sima, Valentin [Hrsg.]: Zveza Slovenskih Izseljencev. Narodu in državi sovražni. Pregon koroških Slovencev 1942. Volks- und staatsfeindlich. Die Vertreibung von Kärntner Slowenen 1942. Celovec/Klagenfurt: Drava Verlag, Hermagoras-Verlag. S. 210-231.

Entner, Brigitte (2002): Deportation. In: Malle, Avguštin [Hrsg.]: Pregon koroških Slovencev 1942, 2002. Die Vertreibung der Kärntner Slowenen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag. S. 173-196.

Entner, Brigitte/Wilscher, Heidi (2002): Wo Mannesmut und Frauentreu die Heimat sich erstritt auf's neu … In: Gedenkdienst 4/02. Online abrufbar unter: www.gedenkdienst.at/index.php?id=316

Entner, Brigitte/Wilscher, Heidi (2006): „Sämtlich Slovenen!" Kärntner SlowenInnen zwischen Entrechtung und Diskriminierung. In: Pawlowsky, Verena/Wendelin, Harald [Hrsg.Innen]: Ausgeschlossen und entrechtet. Raub und Rückgabe. Österreich von 1938 bis heute. Wien: Mandelbaum Verlag. S. 54–76.

Entner, Brigitte (2008): Wie weiblich ist der Widerstand? Kärntner Slowenen und Sloweninnen im Kampf gegen das NS-Regime. In: Baumgartner, Andreas/Girstmair, Isabella/Kaselitz, Verena (2008): Wer widerstand? Who resisted? Biografien von WiderstandskämpferInnen aus ganz Europa im KZ Mauthausen und Beiträge zum Internationalen Symposium 2008. Wien: Mauthausen-Komitee Österreich. S. 43-52.

Haas, Hanns/Stuhlpfarrer, Karl (1977): Österreich und seine Slowenen. Wien: Löcker & Wögenstein.

Kärntner Abwehrkämpferbund (KAB) (2007): Jugend braucht Heimat. Online abrufbar unter: www.kab.or.at/img/shop/jugendfolder.pdf

Karner, Stefan (2005): Die Aussiedlung der Kärntner Slowenen 1942. In: Karner, Stefan/Moritsch, Andreas [Hrsg.]: Aussiedlung - Verschleppung - nationaler Kampf. Kärnten und die nationale Frage Band 1. Klagenfurt/Celovec, Wien/Dunaj: Heyn Verlag. S. 21-52.

Malle, Avguštin/Sima, Valentin [Hrsg.] (1992): Zveza Slovenskih Izseljencev. Narodu in državi sovražni. Pregon koroških Slovencev 1942. Volks- und staatsfeindlich. Die Vertreibung von Kärntner Slowenen 1942. Celovec/Klagenfurt: Drava Verlag, Hermagoras-Verlag.

Malle, Avguštin [Hrsg.] (2002): Pregon koroških Slovencev 1942, 2002. Die Vertreibung der Kärntner Slowenen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Malle, Avguštin (2007): Widerstand unter den schwersten Bedingungen. Kärntner Slowenen im Widerstand. In: Karner, Stefan/Duffek, Karl [Hrsg.]: Widerstand in Österreich 1938–1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005. Graz, Wien: Verein zur Förderung d. Forschung von Folgen nach Konflikten u. Kriegen. S. 111-123.

Messner, Mirko (1990): Die Kärntner Slowenen und das Jahr 1938. In: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes [Hrsg.in]: Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen. Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern wie Verfolgten. Band 4: Die Kärntner Slowenen. Wien: Österr. Bundesverlag. S. 88-95.

Moritsch, Andreas [Hrsg.] (1996): Austria Slovenica. Die Kärntner Slovenen und die Nation Österreich. Koroški Slovenci in avstrijska nacija. Klagenfurt/Celovec, Wien/Dunaj [u.a.]: Hermagoras-Verlag.

Pittler, Andreas/Verdel, Helena (1992): Die Vertreibung der Kärntner Slowenen im Spiegel der Erzählten Geschichte. In: Malle, Avguštin/Sima, Valentin [Hrsg.]: Zveza Slovenskih Izseljencev. Narodu in državi sovražni. Pregon koroških Slovencev 1942. Volks- und staatsfeindlich. Die Vertreibung von Kärntner Slowenen 1942. Celovec/Klagenfurt: Drava Verlag, Hermagoras-Verlag. S. 258-265.

Sima, Valentin (1992): Die Vertreibung der Kärntner Slowenen 1942. In: Malle, Avguštin/Sima, Valentin [Hrsg.]: Zveza Slovenskih Izseljencev. Narodu in državi sovražni. Pregon koroških Slovencev 1942. Volks- und staatsfeindlich. Die Vertreibung von Kärntner Slowenen 1942. Celovec/Klagenfurt: Drava Verlag, Hermagoras-Verlag. S. 133-208.

Sima, Valentin (2000): Gewalt und Widerstand 1941-1945. In: Moritsch, Andreas [Hrsg.]: Die Kärntner Slovenen 1900-2000. Bilanz des 20. Jahrhunderts. Klagenfurt/Celovec; Wien/Dunaj [u.a.]: Verlag Hermagoras/Mohorjeva. S. 263-280.

Sima, Valentin (2002): Die Vertreibung slowenischer Familien als Höhepunkt deutschnationaler Politik in Kärnten. In: Malle, Avguštin [Hrsg.]: Pregon koroških Slovencev 1942, 2002. Die Vertreibung der Kärntner Slowenen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag. S. 133-172.

Stuhlpfarrer, Karl (2002): Umsiedlungen und Deportationen während des zweiten Weltkriegs. In: Malle, Avguštin [Hrsg.] (2002): Pregon koroških Slovencev 1942, 2002. Die Vertreibung der Kärntner Slowenen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag. S. 119-132.

Alois Maier-Kaibitsch

Alois Maier-Kaibitsch war im nationalsozialistischen Kärnten maßgeblicher Organisator der so genannten „Aussiedlung“ der Kärntner SlowenInnen im Jahr 1942. Er diente 1919 als Hauptmann der Maschinengewehrkompanie beim 7. Infanterieregiment. In einem Artikel der nationalsozialistischen *Kleinen Kärntner Zeitung* vom 11. Februar 1942 wurden die „Leistungen“ von Maier-Kaibitsch im so genannten „Abwehrkampf“ ausführlich bejubelt und auch von seinen Aktivitäten für die illegale NSDAP vor „dem Siege“ berichtet. Nach den bewaffneten Grenzkämpfen war er an den Vorbereitungen zur kärntner Volksabstimmung 1920 als stellvertretender Geschäftsführer des *Kärntner Heimatdienstes b*eteiligt, 1921 wurde er Geschäftsführer dieser Organisation. Ab 1924 setzte er seine Karriere als Geschäftsführer des *Kärntner Heimatbundes* fort, der zentralen deutschnationalen antislowenischen Organisation der Zwischenkriegszeit, die in den „Verbotsjahren“ auch der Tätigkeit der illegalen Nazis Unterschlupf und Deckung gewährte. Er wurde mitsamt seinen Mitstreitern 1938 bruchlos in den NS-Entnationalisierungsapparat übernommen. Im April 1941 war der mittlerweile zum Major beförderte Maier-Kaibitsch mit einer Gebirgsjägerdivision beim Überfall auf Jugoslawien dabei und wurde danach „zum Leiter der Dienststelle des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums in diesem Gebiet berufen“ – in dieser Funktion war er wesentlich für die Planung und Durchführung der Deportation von Kärntner SlowenInnen in mehrere Lager im „Altreich“ verantwortlich.

Der *Kärntner Heimatdienst* (KHD) fand noch in einer 1959 – ein Jahr nach Maier-Kaibitschs Tod – erschienenen Broschüre schwülstige Lobesworte für den Nazi, der in einem Nachkriegsprozess nach § 5 des Kriegsverbrechergesetzes zu lebenslangem Kerker verurteilt, jedoch schon 1956 krankheitshalber entlassen worden war.

Verband ausgesiedelter Slowenen [Hrsg.] (1982): Pregnanstvo in upor. Ob 40. obletnici pregnanstva koroških Slovencev in njihove vključitve v boj proti nacifašizmu./Vertreibung und Widerstand. Zum 40. Jahrestag der Vertreibung der Kärntner Slowenen und ihrer Eingliederung in den Kampf gegen den Nazifaschismus. Klagenfurt/Celovec.

STEFANIE MAYER

Jüdisches Leben im „Deutschen Kärnten“

Wenn heute im Täter_innenland Österreich an die Vernichtung des jüdischen Lebens im Zuge der Shoah erinnert wird, denkt man nicht zu Unrecht zuerst an Wien – jene Stadt, in der Juden und Jüdinnen quer durch alle sozialen Schichten circa zehn Prozent der Bevölkerung ausmachten. Jene Stadt, wo jüdische Kultur pulsierte, wo aber auch der Antisemitismus grassierte, von dem sich Hitler inspirieren ließ, und wo tätliche Übergriffe schon vor dem so genannten „Anschluss“ und der Machtübernahme des Nationalsozialismus an der Tagesordnung waren.

Die kleineren jüdischen Gemeinden, die in ganz Österreich in Kleinstädten und am Land existierten, sind wesentlich weniger bekannt – wohl nicht zuletzt deshalb, weil das Vernichtungswerk des Nationalsozialismus hier von Dauer war. Koroška/Kärnten ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme: Bis 1938 existierte hier eine kleine jüdische Gemeinde mit etwa 300 Mitgliedern, die ein Bethaus in Celovec/Klagenfurt betrieb und ein reges Vereinsleben pflegte. Nach dem „Anschluss“ wütete auch hier der uneingeschränkte antisemitische Terror, der die systematische Entrechtung und scheinlegale Ausplünderung ebenso umfasste wie nackte Gewalt. Ebenso wie die jüdische Bevölkerung in den anderen Bundesländern wurden auch die kärntner Juden und Jüdinnen[1] – sofern es ihnen nicht gelungen war, rasch ins Ausland zu flüchten – in den folgenden Monaten da-

1 „Juden und Jüdinnen“ verdeckt hier die Differenz von Selbstbezeichnung und nationalsozialistischer Zuschreibung, die sich in keiner Weise um die Selbstdefinition der Betroffenen kümmerte. Von der nationalsozialistischen Verfolgung waren daher auch Personen betroffen, die sich selbst nicht als jüdisch verstanden. Aus Gründen der Lesbarkeit verzichten wir darauf, diese Differenz im Folgenden in jedem Fall deutlich zu machen.

zu gezwungen, nach Wien zu übersiedeln, von wo aus die Deportationen in die Konzentrations- und Vernichtungslager starteten. Die jüdische Gemeinde in Celovec/Klagenfurt wurde nach 1945 nicht wieder gegründet, ihre Spuren im Stadtbild sind heute nur noch schwer zu finden.

Umso dringender stellt sich die Aufgabe, sich mit der jüdischen Geschichte Koroškas/Kärntens auseinanderzusetzen und nach Möglichkeiten eines würdigen Gedenkens an die ermordeten, deportierten und vertriebenen kärntner Juden und Jüdinnen zu suchen. Für die Nachkommen der Täter_innen müsste zudem die Aufarbeitung des Antisemitismus – des Vernichtungsantisemtismus der Nationalsozialist_innen, aber auch der antisemitischen Kontinuitäten, die diesen erst ermöglichten und dann in die Zweite Republik tradierten – ein zentrales Anliegen sein. Von beidem ist in Koroška/Kärnten abseits einiger engagierter und ungemein wichtiger, jedoch chronisch unterfinanzierter und von offizieller Seite weitgehend ignorierter Forschungs- und Erinnerungsprojekte kaum etwas zu bemerken.[2]

Im vorliegenden Text versuchen wir, zunächst auf die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Celovec/Klagenfurt und auf deren Vernichtung, das heißt die Deportation, Ermordung und Vertreibung ihrer Mitglieder im Nationalsozialismus, aber auch auf den Widerstand einzugehen. Danach folgt eine Auseinandersetzung mit der historischen und aktuellen Bedeutung des Antisemitismus in rechten und rechtsextremen Ideologien im spezifischen kärntner Kontext, wie sie unter anderem am Ulrichsberg vertreten werden.

Die jüdische Gemeinde in Celovec/Klagenfurt

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde Celovec/Klagenfurt als eigenständige organisatorische Einheit lässt sich bis ins Jahr 1887 zurückverfolgen, als – 20 Jahre nachdem die Dezemberverfassung mit dem österreichisch-ungarischen Ausgleich auch Juden und Jü-

2 Einen kleinen Beitrag zur Aufarbeitung versuchte der *AK gegen den kärntner Konsens* durch die Abhaltung von geschichtspolitischen Stadtspaziergängen und die Erstellung einer Broschüre zu leisten, die auch einige Orte jüdischen Lebens in Celovec/Klagenfurt umfasst. Die Broschüre kann von www.u-berg.at heruntergeladen werden.

dinnen ungehinderten Aufenthalt und Religionsausübung im ganzen Habsburgerreich zusicherte – auch in Celovec/Klagenfurt der *Israelitische Kultusverein* und die Beerdigungsbrüderschaft *Chewra Kadisha* gegründet wurden. Zunächst trat allerdings nur etwa die Hälfte der Klagenfurter Juden und Jüdinnen dem Kultusverein bei, während außerhalb der Stadt Wohnende erst recht fern blieben (Walzl 1987, 36). Schon drei Jahre später veränderte sich allerdings die Situation: Mit dem „Gesetz, betreffend die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der israelitischen Religionsgesellschaft“ (RGB 57/1890; 15.4.1890) schrieb der Staat die Mitgliedschaft bei einer *Israelitischen Kultusgemeinde* verpflichtend vor. In der Folge gelang es dem *Klagenfurter Kultusverein* nicht, sich einerseits gegen die bereits bestehende *Kultusgemeinde Graz* und andererseits gegen das Misstrauen der lokalen Behörden durchzusetzen. Celovec/Klagenfurt wurde der Grazer Gemeinde zugeschlagen (ebd., 49). Erst nach dem Ersten Weltkrieg, am 1. Jänner 1923, wurde Celovec/Klagenfurt zu einer selbstständigen Kultusgemeinde. In der Zwischenzeit bestand allerdings die *Chewra Kadisha* weiter und erreichte, dass 1895 direkt außerhalb der Mauern des christlichen Friedhofs in St. Ruprecht, wo schon zuvor Juden und Jüdinnen bestattet worden waren, ein Jüdischer Friedhof angelegt wurde. Dieser Friedhof überstand die NS-Zeit weitgehend unbeschädigt und legt heute noch Zeugnis vom jüdischen Leben in Celovec/Klagenfurt ab. Er ist jedoch beinahe unbekannt – wer ihn besuchen möchte, muss erst bei der Stadtverwaltung den Schlüssel organisieren (Danglmaier/Stromberger 2006, 44 f.).

Seit Mitte der 1960er Jahre hat die Stadt Celovec/Klagenfurt die Betreuung des Geländes übernommen. Zwar war der Friedhof in der Nachkriegszeit der *Chewra Kadisha* rückgestellt worden, doch verfügte diese nicht über die finanziellen Mittel für eine Renovierung. 1959 wandte sich ihr Repräsentant, Emil Preis, mit der Bitte um Unterstützung an die Gemeinde, die daraufhin die Besitzverhältnisse des Grundstücks überprüfte und dabei feststellte, dass der Friedhof formal stets in ihrem Eigentum gestanden hatte. Am 3. Juli 1964 schließlich beschloss der Gemeinderat, die Renovierung auf Kosten der Stadt durchzuführen (Walzl 1987, 306 f.), heute sind allerdings viele der Grabsteine (wieder) stark verwittert. Für Bestattun-

gen ist die IKG Graz zuständig, eine eigene Kultusgemeinde konnte nach der Shoah in Celovec/Klagenfurt nicht mehr etabliert werden.

Ebenso unscheinbar und nur von Eingeweihten zu entdecken ist die Gedenktafel, die an die ehemalige Synagoge in der Platzgasse 3 erinnert (vgl. ausführlich Danglmaier 2006, 20 ff.). Das Gebäude war Anfang der 1920er Jahre von den praktizierenden Juden und Jüdinnen als Bethaus adaptiert worden; direkt darüber befand sich die Wohnung des Rabbiners und an den Feiertagen kamen die Gemeindemitglieder aus dem ganzen Bundesland hier zusammen. Unmittelbar nach dem so genannten „Anschluss" beschlagnahmte die Gestapo das Gebäude, das dann im Zuge des Novemberpogroms 1938 zum ersten Ziel der nationalsozialistischen Zerstörungskommandos in Celovec/Klagenfurt wurde. Die Einrichtung wurde dabei zerschlagen und auf die Straße geworfen, die Bücher verbrannt. Im weiteren Kriegsverlauf zerstörte ein Bombentreffer das Haus.

Verfolgung im Nationalsozialismus

Wie in ganz Österreich waren auch in Koroška/Kärnten Juden und Jüdinnen schon unmittelbar nach dem so genannten „Anschluss" dem antisemitischen Terror ausgesetzt. Noch im März 1938 wurden auch in Koroška/Kärnten Juden und Jüdinnen verhaftet, viele von ihnen nach Dachau deportiert und dort Wochen oder Monate festgehalten, bevor sie unter der Auflage, das „Deutsche Reich" binnen kürzester Zeit zu verlassen, freigelassen wurden. Jüdischen Jugendlichen wurde der Besuch von höheren Schulen verboten, die systematische Ausplünderung begann. Wir können hier nur einige wenige Beispiele anführen, um das Ausmaß des Terrors zu veranschaulichen:

Nicht nur als Geschichte der Verfolgung, sondern auch als Geschichte des Widerstands kann jene von Lotte Weinreb (geb. Friedländer) verstanden werden. Sie betrieb eine Gemischtwarenhandlung, das „Warenhaus Weinreb" im Haus der Familie in Celovec/Klagenfurt. Der Laden wurde bereits am 22. März 1938 von der Gauleitung der NSBO (*Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation*; Vorläuferin der *Deutschen Arbeitsfront*, DAF) „übernommen" – das heißt überfallartig besetzt. Zwangsweise wurde ein „kommissarischer Leiter" eingesetzt, Bargeld und Konten wurden beschlag-

nahmt, die jüdischen Angestellten der Firma beurlaubt (Danglmaier 2006, 7). Das Unternehmen wurde in der Folge liquidiert. Das Haus der Familie wurde vom *Kärntner Heimatbund* (KHB), der nationalsozialistischen Vorgängerorganisation des heutigen KHD unter dem Multifunktionär Alois Maier-Kaibitsch (siehe dazu auch den Artikel *„Macht mir dieses Land wieder deutsch!“*), „arisiert“. Lotte Weinreb selbst wurde nach dem „Anschluss“ gleich dreimal verhaftet: zunächst als Wirtschaftstreibende, dann als Zionistin und schließlich wegen ihrer Beziehungen nach Palästina. Tatsächlich war – und blieb – sie ebenso wie ihr Mann Isidor Weinreb politisch aktiv. Die Weinrebs gehörten zu den aktiven Mitgliedern der Klagenfurter jüdischen Gemeinde. Isidor Weinreb war Vizepräses der *Israelitischen Kultusgemeinde Celovec/Klagenfurt* und Obmann der Klagenfurter Gruppe des *Zionistischen Landesverbandes für Österreich*. Lotte Weinreb wiederum war langjährige Präsidentin der 1935 gegründeten Klagenfurter Ortsgruppe der WIZO (*Women's International Zionist Organisation*). Beide Vereine wurden am 22. März 1938 staatspolizeilich aufgelöst, was allerdings nicht das Ende der Aktivitäten der Weinrebs in Koroška/Kärnten bedeutete. Als etwa im August 1938 ein Flüchtlingstransport, der Juden und Jüdinnen auf das rettende Schiff nach Rijeka (damals Fiume) bringen sollte, an der Grenze aufgehalten wurde, setzte sich Lotte Weinreb tatkräftig für die Versorgung der mehr als 700 Wartenden ein. Letztlich musste der Transport allerdings umkehren, da das gecharterte griechische Schiff Rijeka nicht anlief und sich die italienischen Grenzbeamten weigerten, die Flüchtlinge passieren zu lassen, solange das Schiff nicht im Hafen lag. Zu diesem Zeitpunkt arbeitete Lotte Weinreb bereits in Wien im so genannten Pal-Amt[3] an der Organisation von Einreisebewilligungen und Transportmöglichkeiten nach Palästina. Es gelang ihr, die Zusage von Adolf Eichmann, dass er Juden und Jüdinnen, die sofort auswanderten, aus den Gefängnissen entlassen würde, auszunutzen und 60 Menschen die Flucht zu ermöglichen. Als Isidor Weinreb und Lotte Weinreb die Möglichkeit erhielten, einen Trans-

3 Palästina-Amt wurden Dienststellen der *Jewish Agency for Palestine* genannt, die versuchten, Juden und Jüdinnen die Flucht nach Palästina zu ermöglichen.

port zu begleiten und dazu von Eichmanns Zentralstelle Tourist_innenpässe erhielten, beschlossen sie, nicht mehr zurückzukehren. Bei ihrer Flucht konnten die Weinrebs jeweils 10 Reichsmark mitnehmen, nachdem sie 119.000 RM „Reichsfluchtsteuer“ bezahlt hatten (Walzl 1988, 210 f.). Lotte Weinreb kam 1951 mit dem Ziel zu bleiben nach Celovec/Klagenfurt zurück, entschloss sich aber noch im selben Jahr zur Rückkehr nach Israel (ebd., 304).

Das Novemberpogrom 1938 bedeutete auch für Juden und Jüdinnen in Koroška/Kärnten einen neuen Höhepunkt antisemitischer Verfolgung. Nicht nur das Innere des Bethauses wurde zerstört, auch Privatwohnungen wurden angegriffen. Die damals 16-jährige Esther Schuldmann (geb. Erna Zeichner) erinnert sich in einem Interview an die Gewalt, deren Augenzeugin sie am 10. November 1938 in der elterlichen Wohnung wurde:

> „Es war kein Mob, es waren ordentliche, gut angezogene Menschen. Vielleicht waren sie Studenten, vielleicht waren sie Beamte. […] Sie haben an der Tür geklopft, ich hab sie aufgeschoben und hab gesagt: ‚Guten Tag, was wünschen Sie?‘ […] Und sind dann hinein in die […] Zimmer und haben alles umgeworfen. Ohne Hast, sie haben eins nach dem andern getan. Sie haben so gemacht wie Arbeiter. So wie wenn sie irgendeinen Job gehabt hätten, das war mir sehr auffallend. […] Ich war sprachlos. Mich haben sie gar nicht beachtet. […] der ganze Tag ist vergangen mit noch solchen Gruppen. […] Haben auch noch zerbrochen und haben auch nichts gesagt.“ (Interview mit Esther Schuldmann; zit. n. Danglmaier/Stromberger 2006)

Erna Zeichner gelangte auf abenteuerlichen Wegen mit einer Jugend-Alija nach Israel, nachdem sie 17 Monate als Flüchtling in Jugoslawien ausgeharrt hatte. Von 1.500 Jugendlichen des Transports erreichten nur 150 Palästina, die anderen fielen nach der Besetzung Jugoslawiens den Nazis in die Hände.

Ernas Bruder, Otto Zeichner, hatte Celovec/Klagenfurt bereits im Oktober 1938 in Richtung Wien verlassen. Ihm gelang im Frühling 1939 die Flucht nach Holland, doch dort schlugen seine Versuche, ein Zertifikat für die Einreise nach Palästina zu erhalten, fehl. 1942 wurde Otto in Auschwitz ermordet. Ihr Vater, der Zionist Moritz Zeichner, war bereits im Juni 1938 verhaftet, nach Da-

chau deportiert und von dort im November ins Konzentrationslager Buchenwald weiter verschleppt worden. Nach Dachau stellten ihm die Klagenfurter Behörden auch den Bescheid (samt Beschwerdemöglichkeit) zu, dass sein Geschäft als „jüdischer Betrieb“ von der Gewerbebehörde erfasst worden sei – nur eines von vielen Beispielen für die absurden Blüten, die die NS-Bürokratie in ihrem Bemühen um scheinbare Legitimität trieb. Seine Freilassung im Dezember 1938 war an die Bedingung gekoppelt, das „Deutsche Reich“ in den nächsten Wochen zu verlassen. Moritz Zeichner gelang 1939 die Flucht mit einem illegalen Transport nach Palästina. Die Mutter Berta Zeichner musste jedoch mit ihrer Schwester Julie Spitz in Wien zurückbleiben, von wo aus sie deportiert und in Kielce ermordet wurde (Danglmaier 2006, 10).

Wie die Schwestern Spitz wurden auch die anderen kärntner Juden und Jüdinnen, nachdem die (scheinlegale) Ausplünderung abgeschlossen war, nach Wien deportiert, um das Ziel der Nazis, Koroška/Kärnten „judenrein“ zu machen, zu verwirklichen. Verzweifelt versuchten viele nun in letzter Minute, die Flucht in ein anderes Land zu organisieren. Viele von ihnen wurden während des Wartens auf Visa und Ausreisegenehmigungen verhaftet, deportiert und ermordet, ebenso wie jene, die in Nachbarländer geflohen waren, die in den folgenden Jahren von der nationalsozialistischen Wehrmacht besetzt wurden. Im „Buch der Namen“ sind die Namen von 49 in der Shoah ermordeten Kärntner_innen aufgeführt – eine vollständige Erforschung steht allerdings bis heute aus (Haider 2010, 122 ff.).

Deutschtum und Antisemitismus

Über die Bedeutung des Antisemitismus für europäische Nationalismen im Allgemeinen und den Deutschnationalismus im Besonderen lassen sich in einem kurzen Artikel nur Andeutungen machen. Das gilt umso mehr für die Frage, warum Antisemitismus gerade in Deutschland und Österreich in einen beispiellosen Massenmord führte, in dessen Dienst sich moderne staatliche und technische Rationalität und die organisatorischen Möglichkeiten der Bürokratie ebenso stellten, wie eine explizit anti-moderne, rückwärtsgewandte Ideologie und das Ressentiment gegen oder der blanke Hass auf Juden und Jüdinnen. Keine historische Einordnung, keine Erläuterung

einzelner Elemente, keine Debatte um moderne und anti-moderne Aspekte des Nationalsozialismus vermag wirklich begreiflich zu machen, wie ein solches Vernichtungsprogramm unter dem johlenden Beifall der „arischen“ Mehrheitsbevölkerung umgesetzt werden konnte. Binnen weniger Jahre verschwand jeder zehnte Bewohner und jede zehnte Bewohnerin Wiens aus der Stadt (durch Flucht oder Deportation, selten in ein Versteck). Die zerstörten jüdischen Geschäfte, die Schüler_innen und Student_innen, die von Schulen und Universitäten verwiesen wurden, die brennenden Synagogen und die geifernden Radioberichte, das alles ist gut dokumentiert und Zeitzeug_innen in lebendiger Erinnerung – während sich der Großteil der Mehrheitsbevölkerung nach 1945 auf den Standpunkt stellte, man hätte „nichts gewusst“. Diese Weigerung, die Shoah als Teil der eigenen Täter_innen-Geschichte zu akzeptieren, ist ein wesentliches Motiv des Antisemitismus nach 1945 – des so genannten „sekundären Antisemitismus“, oft auch als Antisemitismus nicht „trotz“, sondern „wegen Auschwitz“ bezeichnet (vgl. Bergmann 2007). Der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex brachte den Mechanismus zynisch auf den Punkt:

> „Die Deutschen [lies: Österreicher_innen; Anm.] werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.“

Es ist nicht zuletzt deshalb schwierig, über Antisemitismus zu schreiben, weil viele unterschiedliche Ebenen zu berücksichtigen sind, die in einem komplexen und wandelbaren Verhältnis zueinander stehen. Unterschiedliche Formen des Antisemitismus stützen und stärken sich gegenseitig, analytische Differenzierungen helfen, reale Phänomene zu verstehen, die selbst selten exakten Definitionen folgen. Die folgende Skizze versucht, durch eine bewusst pointierte Darstellung einige Anhaltspunkte zu liefern. Wir beschränken uns dabei auf einige im deutschen Sprachraum besonders relevante Strömungen – die Rolle des Antisemitismus im Prozess der europäischen Nationenbildung insgesamt wäre ein spannendes Thema, das aber den Rahmen dieses Artikels sprengt:

Eine Ebene des antisemitischen Ressentiments ist jene des traditionellen Rechtsextremismus und Deutschnationalismus (auch wenn dieser sich mittlerweile gern österreichpatriotisch präsentiert – vgl. dazu den Artikel *Geschichts- und Gedenkpolitik in Österreich*),

der in direkter Kontinuität zum Nationalsozialismus an völkischen Ideen festhält. In dieser wahnhaften Vorstellung einer „rassisch“, das heißt in biologisch vorgegebenen Hierarchien, geordneten Welt bleibt auch die nationalsozialistische Vorstellung vom Judentum als „Gegenrasse“ virulent. Juden und Jüdinnen verkörpern in diesem Denken das wesentlichste Negativbild zu den vermeintlichen „deutschen Tugenden“ von Ehre, Treue und Pflichterfüllung (zum nicht weniger mörderischen antiziganistischen Ressentiment siehe den Artikel *Der erste „zigeunerfreie Gau“*). Ein nationales „Wir“ kann in diesem Denken nur in rassistischer Weise als „Volk“ definiert werden, das Juden und Jüdinnen nicht nur ausschließen, sondern bekämpfen soll. Die Shoah wird aus dieser Perspektive vielfach eher gerechtfertigt als geleugnet. Abgestritten werden jene Elemente, die – wie der industrialisierte Massenmord in den Gaskammern der Vernichtungslager – mit der Selbststilisierung des „edlen Deutschen“ in Konflikt geraten. Aus taktischen und rechtlichen Gründen – der Rassenwahn des Nationalsozialismus ist nach 1945 auch in Österreich einigermaßen diskreditiert – stellen Rechtsextreme in der öffentlichen Propaganda den offenen Antisemitismus häufig zurück bzw. verwenden Codes – der bekannteste ist hier die Rede von der „Ostküste“ und dem vermeintlich dort ansässigen „internationalen Finanzkapital“–, um den Begriff „Jude“ zu vermeiden. An den antisemitischen Projektionen und der Bedeutung des Antisemitismus als zentraler Achse des rechtsextremen Weltbilds ändert das jedoch nichts.

Eine weitere ganz wesentliche Ebene ist der bereits angesprochene „sekundäre Antisemitismus“, der die Abwehr von Schuld in Bezug auf die Verbrechen des Nationalsozialismus mit einer Täter_innen-Opfer-Umkehr verbindet. Die geschichtspolitische Lebenslüge der Zweiten Republik, die These von Österreich als erstem Opfer Hitler-Deutschlands, schuf dafür den idealen Nährboden. Denn die wirklichen Opfer des Nationalsozialismus stören dieses Bild, weil ihre Geschichten die Position der Täter_innen offen legen. Diese auch außerhalb rechtsextremer Kreise weit verbreitete Form des Antisemitismus leugnet die Shoah nicht, sie ignoriert sie so weit wie irgendwie möglich – deutlich wird das auch an der Weigerung, sich genauer mit der nationalsozialistischen Verfolgung von Juden und Jüdinnen zu beschäftigen. Ebenso wenig beschäftigen sich Vertreter_

innen dieses Antisemitismus mit der tatsächlichen Restitutions- und Entschädigungspolitik der Zweiten Republik, was sie jedoch nicht davon abhält, „gigantische“ Zahlungen an Juden und Jüdinnen oder den Staat Israel herbei zu halluzinieren. Besonders deutlich wird diese Form des Antisemitismus dort, wo die Shoah mit Verweis auf die israelische Politik gegenüber den Palästinenser_innen oder Ähnlichem relativiert werden soll.[4]

Gerade dieses letzte Element zeigt sich auch im linken Anti-Zionismus – also der spezifischen Ablehnung des jüdischen Nationalismus –, der meist durch die (oft völlig unreflektierte) Übernahme antisemitischer Denkmuster geprägt ist. Vom traditionellen, rechten Antisemitismus grenzt sich der linke ab: Als verfolgte und diskriminierte Individuen sind Juden und Jüdinnen hier wohlgelitten – als Nation unter anderen hingegen verhasst. Auch hier geht es um die nicht-begriffene deutsch-österreichische Vergangenheit und um die Ignoranz gegenüber der Bedeutung Israels als Staat der Shoah-Überlebenden.[5] Andererseits kann sich auch hinter dem linken Philosemitismus, der Selbst-Identifikation von Mehrheitsangehörigen mit Juden und Jüdinnen und dem Staat Israel, eine Abwehr der eigenen (familiären) Verstricktheit in NS-Verbrechen verbergen.

Während der linke Antisemitismus in Koroška/Kärnten kaum eine Rolle spielt, sind die oben angeführten Formen des traditionellen völkischen und des sekundären Antisemitismus durchaus bedeutsam. Aktuell wie auch historisch überlagert dabei der offen

4 Eine ähnliche Strategie der Relativierung lässt sich auch im aggressiven Verweis auf vermeintliche Kriegsverbrechen von Partisan_innen oder der Sowjet-Armee beobachten, mit dem nationalsozialistische (Kriegs-)Verbrechen legitimiert werden sollen. Diese Verbrechen selbst lassen sich jedoch nicht mit der Shoah vergleichen.

5 Vor falschen Kurzschlüssen in jeder Richtung ist zu warnen: Israel ist nicht nur der Staat europäischer Überlebender, es ist auch durch eine vielfältige Gesellschaft, die Menschen unterschiedlichster Hintergründe und Überzeugungen umfasst, geprägt. Der wesentliche Punkt ist aber ein anderer: Politische Debatten im deutschsprachigen Raum haben nur oberflächlich Israel und seine Politik zum Thema, bei näherem Hinsehen wird klar, dass hier das österreichische bzw. deutsche Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit auf dem Prüfstand steht.

propagierte antislowenische Rassismus häufig den Antisemitismus. Die beiden Feindbildkonstruktionen stützen und stützten sich jedoch auch gegenseitig, wie beispielsweise in antisemitischen Hetzschriften aus den 1930er Jahren, in denen das vermeintliche Ziel der Juden, „andere Völker zu entnationalisieren“ mit der angeblichen Bedrohung durch slawische Ansprüche zu einer gemeinsamen Gefahr stilisiert wurde (Walzl 1987, 109). Die zentrale Bedeutung des antislawischen Rassismus, der sich in Koroška/Kärnten ja bis heute als politisch höchst wirksam erweist, ließ auch dort, wo eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit stattfand, den Antisemitismus und die Shoah häufig in den Hintergrund treten – das gilt, wie wir selbstkritisch bemerken müssen, auch für die Proteste und Aktionen des *AK gegen den kärntner Konsens*. Im folgenden Abschnitt versuchen wir daher, eine Leerstelle unserer bisherigen Recherchen und Überlegungen zu füllen, indem wir an einem exemplarischen Beispiel antisemitische Muster im Rahmen der Ulrichsbergfeier aufzeigen.

Der Ulrichsberg und die Ehre der Täter

Gleich vorweg: Weder die Überschrift noch die folgenden Überlegungen wollen suggerieren, dass Antisemitismus ein „Männerproblem“ und Frauen keine Täterinnen seien – ganz im Gegenteil, gerade der Antisemitismus, die alltägliche Diskriminierung und Denunziation, das Profitieren von Entrechtung und Ausplünderung wurden wesentlich von weiblichen Mitgliedern der NS-Volksgemeinschaft getragen. Dass hier nun dennoch Männer als Täter im Zentrum der Überlegungen stehen, ist eine Folge des spezifischen (kritischen) Fokus auf das Ulrichsbergtreffen bzw. auf dominante geschichtspolitische Erzählungen – deren Ausblendung von Frauen als Handelnde wird von uns in unserer Kritik also mitvollzogen.

Im hergebrachten Kanon der Ulrichsbergfeiern ist die Shoah kein explizites Thema. Im klar gesteckten Rahmen des Erinnerns an Krieg, Gefangenschaft und Heimkehr haben die Verbrechen des Nationalsozialismus keinen Platz – schon gar nicht jene, die das Bild des „deutschen Soldaten“ unmittelbar berühren. Denn für diese bietet die Inszenierung zwei mögliche Anknüpfungspunkte: jenen des Helden, im Kampf für die (nicht näher bestimmte) „Heimat“, und

jenen des Opfers, über das der Krieg wie eine Naturkatastrophe hereinbrach – die Rolle des Verbrechers im Vernichtungskrieg ist hier nicht vorgesehen. Auf dieser ganz grundlegenden Ebene unterscheidet sich die Ulrichsbergfeier nur graduell von (religiösen) Gefallenengedenken, wie sie in beinahe jedem österreichischen Ort stattfinden. Am Ulrichsberg wird freilich vieles explizit und bewusst inszeniert, was andernorts als unreflektierte Struktur erst analytisch herauszuarbeiten wäre – unter anderem wären hier der offen positive Bezug auf die (Waffen-)SS und andere verbrecherische Einheiten, die aggressive Abwehr antifaschistischer Kritik und der damit verbundene Anspruch auf Durchsetzung des eigenen rechts-revisionistischen Geschichtsbilds als allgemein gültiges zu nennen.

Was passiert, wenn die Shoah am Berg – wenn auch in verklausulierter und relativierender Form – doch Erwähnung findet, zeigte sich beispielhaft 2005, als ÖVP-Landesrat Josef Martinz in seiner Festrede Folgendes sagte:

> „[I]n diesem Sinne ist es sicher auch nicht möglich, sämtliche Kriegsteilnehmer von Schuld frei zu sprechen. Für mich gibt es auch einen klaren Unterschied zwischen Wehrmachtsangehörigen und den zu den anderen Einheiten Zwangsrekrutierten einerseits, und Mitgliedern der SS-Totenkopfverbände und Waffen-SS andererseits, die ihre menschenverachtenden Taten – und wir kennen diese – in den Konzentrationslagern, aber nicht nur dort, begangen haben. Hier gibt es nichts zu tolerieren und nichts zu beschönigen. Hier und das muss auch klar gesagt werden, wurden ganz bewusst Verbrechen begangen, Verbrechen an der Menschlichkeit.“[6]

Im Festzelt brach an dieser Stelle Entrüstung aus, und ein großer Teil der Besucher_innen verließ erbost die Veranstaltung. Der Präsident der *Ulrichsberggemeinschaft*, Rudolf Gallob, sah sich denn auch veranlasst, die Haltung des Vereins klarzustellen:

> „Wir stehen in einem ganz kurzen Bereich des Referates des Festredners im Widerspruch zu ihm. Wir machen nämlich zwischen der so genannten Totenkopf-SS und den Soldaten der

6 Komplette Transkripte der zitierten wie auch einiger anderer Reden können auf www.u-berg.at nachgelesen werden.

> Waffen-SS einen Unterschied. Das ist jetzt kein Vorwurf, sondern nur eine Klarstellung, weil die ehemaligen Teilnehmer der Waffen-SS sind Soldaten und sie sind am Ulrichsberg gerne willkommen.“

Dass die SS in ihrer Gesamtheit vom Internationalen Gerichtshof in Nürnberg 1945/46 als verbrecherische Organisation eingestuft wurde, stört da nicht. Auf verquere Art und Weise spricht Gallob hier allerdings einen richtigen Punkt an: Die Differenzierung zwischen SS und Wehrmacht, bei der die moralische Verurteilung der SS den Freispruch der Wehrmacht unterstreichen soll, lässt sich im Licht der historischen Fakten, die die Beteiligung der Wehrmacht an der Shoah eindeutig belegen, nicht aufrechterhalten. Verwiesen sei hier unter anderem auf die Rolle der Gebirgsjägereinheiten (vgl. dazu den Artikel *Der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“ – Von einer Selbsthilfevereinigung für Kriegsverbrecher zum Traditionsdienstleister der Bundeswehr*) bei der Vernichtung der jüdischen Gemeinden auf dem Balkan oder auf die Beteiligung von Wehrmachtssoldaten an den Massenerschießungen von Juden und Jüdinnen im Zuge des Überfalls auf die Sowjetunion, wie sie die so genannte Wehrmachtsausstellung (vgl. dazu den Beitrag *Geschichts- und Gedenkpolitik in Österreich*) dokumentierte. Der bei den Ulrichsbergfeiern eine zentrale Rolle einnehmende Antikommunismus dient zur Legitimation des NS-Vernichtungskriegs (siehe dazu den Artikel *Der Ulrichsberg ruft!*). Darin klingt auch die nationalsozialistische Propaganda gegen den „jüdischen Bolschewismus“ nach.

Während antislawischer Rassismus und Antikommunismus am Ulrichsberg deutlich ausgesprochen werden, werden die antisemitischen Kontinuitäten der rechten Gedenk- und Geschichtspolitik erst auf den zweiten Blick sichtbar – äußern sie sich doch vor allem in Auslassungen. Diesen antisemitischen Kontinuitäten zu wenig Beachtung geschenkt zu haben, ist als Manko der bisherigen Arbeit des AK festzuhalten.

Literatur

Bergmann, Werner (2007): Antisemitismus - eine Einführung. www.antisemitismus.net/geschichte/bergmann.htm (14.3.2011)

Danglmaier, Nadja (2006): Die jüdische Gemeinde in Klagenfurt – von gesellschaftlicher Assimilation zur Zerstörung. Auseinandersetzung von Jugendlichen mit verdrängter Regionalgeschichte (Abschlussarbeit)
Danglmaier, Nadja/Stromberger, Helge (2006): Orte der nationalsozialistischen Gewalt in Klagenfurt (Broschüre)
Haider, Hans (2007): Kärntner Jüdinnen und Juden. Gedemütigt, verfolgt, vertrieben, ermordet (Broschüre)
Haider, Hans (2008; 3. erw. Auflage): Nationalsozialismus in Villach. Kitab Verlag/Edition kärnöl

Odilo Globočnik und Ernst Lerch

Zwei kärntner Haupttäter der Shoah

Globočnik wurde 1904 geboren, trat 1931 der NSDAP und 1934 der SS bei. Im November 1939 wurde er zum SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin ernannt. An seiner Seite: Ernst Lerch, 1914 geborener Klagenfurter und Freund aus illegalen NSDAP-Zeiten. 1936 hatte Lerch – zu diesem Zeitpunkt bereits SS-Obersturmbannführer – die Leitung des SD (Sicherheitsdienst der SS) für Kärnten übernommen. 1938 fungierte Globočnik als Lerchs Trauzeuge, 1940 holte er ihn als Adjutanten nach Lublin, wo Lerch auch Stabsführer im „Judenreferat“ wurde. Ende 1941 erhielt Globočnik von Heinrich Himmler den Auftrag zur Vorbereitung der „Aktion Reinhard“, im Zuge derer die „Experten“ der *T4-Aktion* ihre Erfahrung mit der Vergasung behinderter Menschen in den Dienst des Mordes an rund zwei Millionen Juden und Jüdinnen im so genannten *Generalgouvernement* stellen sollten. 1942 wurden die Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka in Betrieb genommen, in denen bis Oktober 1943 mindestens 1,75 Millionen Menschen ermordet wurden. Die allermeisten Ermordeten waren Juden und Jüdinnen, es befanden sich darunter aber auch einige tausend Roma und Sinti, davon etwa 5.000 aus Österreich (unter anderem aus Koroška/Kärnten). Ebenfalls im Distrikt Lublin lag das Konzentrations- und Vernich-

Haider, Hans (2010): Opferliste der Jüdinnen und Juden aus Kärnten. In: Wilhelm Baum et al. [Hrsg.]. Buch der Namen. Die Kärntner Opfer des Nationalsozialismus. Kitab Verlag
Walzl, August (1987): Die Juden in Kärnten und das Dritte Reich. Universitätsverlag Carinthia

tungslager Majdanek, wo bis zur Befreiung im Juli 1944 mindestens 200.000 Menschen starben.

1943 wurde Globočnik nach Triest versetzt und ließ hier das Konzentrationslager Risiera di San Sabba errichten. Lerch kam mit nach Triest und war dort unter anderem als Koordinator des „Einsatz R“ mit der so genannten „Bandenbekämpfung“, dem schrankenlosen Terror gegen die Zivilbevölkerung, betraut. Zu Kriegsende setzten sich Globočnik und Lerch nach Koroška/Kärnten ab und gerieten in britische Gefangenschaft – während Globočnik aus Angst vor einer Auslieferung an Polen mittels Zyankalikapsel Selbstmord beging, gelang Lerch die Flucht aus dem Internierungslager Wolfsberg. 1949 wurde er in Celovec/Klagenfurt festgenommen und wegen der Flucht aus der Kriegsgefangenschaft zu zwei Jahren Haft verurteilt, von denen er nur wenige Wochen absitzen musste. Lerch blieb daraufhin in Celovec/Klagenfurt, betrieb wie schon in den 1930er Jahren ein Kaffeehaus und galt als respektables Mitglied der Gesellschaft. Ein Verfahren gegen ihn und Ernst Pohl, einen weiteren alten Bekannten aus der illegalen NSDAP, wurde 1972 eröffnet und vier Jahre später auf Betreiben der Staatsanwaltschaft eingestellt. Der millionenfache Mord blieb in Österreich straflos.

Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann [Hrsg.] (2001): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. dtv
Haider, Hans (2007): Kärntner Jüdinnen und Juden. Gedemütigt, verfolgt, vertrieben, ermordet (Broschüre)

MARIUS WEIGL

Der erste „zigeunerfreie Gau“

Die „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ in Kärnten/Koroška 1918–1945

Antiziganismus – ein Spannungsverhältnis zwischen polizeilicher Praxis und Ideologie

Beim Begriff Antiziganismus handelt es sich um einen Neologismus, der in den 1970er Jahren von Reimer Gronemeyer, dem Leiter des Projektes „Tsiganologie“ an der Universität Gießen, eingeführt wurde. Er sollte ursprünglich nicht als Pendant zu „Antisemitismus“ fungieren, sondern nach Bernhard Streck, einem weiteren Mitglied des Projekts, eine Begründung dafür liefern, dass die Verfolgungen und Ermordungen von „Zigeunern“[1] aufgrund ihres „zigeunerischen Eigensinns“, der eine Integration in die Gesellschaft nicht ermöglicht hätte, eben *keinen* (!) Genozid darstellen.[2] Doch der Begriff verselbständigte sich und wurde mit der antijüdischen und (ab dem 19. Jahrhundert) antisemitischen Ausgrenzung und Verfolgung parallelisiert. Obwohl der Begriff Antiziganismus problematisch ist, kann er als Hilfswerkzeug dienen, um Inklusions- und Exklusionstechniken durch das Stigma „Zigeuner“ zu analysieren. Wird Antiziganismus isoliert als Rassismus gegen Roma und Sinti interpretiert, werden nicht nur die rassialisierenden Vorstellungen des 19. Jahr-

1 Fremdbezeichnungen werden in diesem Artikel unter Anführungszeichen gesetzt – auch bei „Juden“ oder „Polen“. Es geht dabei um ein Zitieren des diskriminierenden Sprachduktus. Eine „Übersetzung“ in Eigenbezeichnungen kaschiert und relativiert die Diskriminierung seitens der Verfolger_innen. Aus diesem Grund wird bei den Fremdbezeichnungen auch keine geschlechtergerechte Sprache verwendet.

2 Vgl. Michael Zimmermann, Antiziganismus – ein Pendant zum Antisemitismus? Überlegungen zu einem bundesdeutschen Neologismus. In: Klaus-Michael Bogdal [Hrsg.], Literarischer Antisemitismus nach Auschwitz, Stuttgart/Weimar 2007, S. 337 f.

hunderts perpetuiert, indem „Zigeuner“ mit „Romaundsinti“ übersetzt wird, sondern auch deren gesellschaftliche Funktion verdeckt.[3]

Deklassierung ist der kapitalistischen Vergesellschaftung und Industrialisierung eingeschrieben. „Zigeuner“ galten aufgrund eines längeren Prozesses, der durch Ausschluss- und Verfolgungspraktiken gekennzeichnet war, als die unterste Schicht der europäischen Gesellschaften. Im Zuge der Staatenbildung und des beginnenden Kapitalismus mussten Produktivkräfte vor der Mobilisierung erst dingfest gemacht werden. Deswegen stellte Umherziehen, aber auch mobiles Gewerbe – das nicht zwingend Armut bedeutete – ein Problem für die Erfassung und Disziplinierung der Bevölkerung dar, die durch diese Erfassungsmethoden ja überhaupt erst als Bevölkerung konstruiert wurde. Daher müssen antiziganistische Maßnahmen im Kontext der Herausbildung von Staaten, das heißt von Staatszugehörigkeit und Heimatrecht, Armenfürsorge und sozialer Absicherung, aber auch von Passwesen und Bewegungsfreiheit betrachtet werden. In diesem Sinne konnotiert der Begriff Antiziganismus nicht nur eine Ideologie, sondern eine dem modernen Staat inhärente Funktion:

> „Modern states have to be aware of the needs and activities of its citizens and take steps to control and regulate, to ensure conformity with laws and other standards of behaviour, and to protect its citizens, whether in terms of their health, morality, security or property. The position of a nomadic population in a sedentary-based polity and society demands particular attention. Nomadism touches a variety of official nerves, whether political, social or economic. A key dilemma, historically, for all states has been how best to distinguish the acceptable

3 Vgl. Franz Maciejewski, Elemente des Antiziganismus. In: Jacqueline Giere, Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils, Frankfurt a. M./New York 1996, S. 9-28; Im selben Band: Wim Willems, Außenbilder von Sinti und Roma in der frühen Zigeunerforschung, S. 87-108; Wulf D. Hund [Hrsg.], Zigeuner. Geschichte und Struktur einer rassistischen Konstruktion, Duisburg 1996

and respectable forms of nomadism and nomadic groups from those considered unrespectable, unwelcome and parasitical.“[4]

„Zigeuner“ war seit der Herausbildung der „guten Policey“ im 17. Jahrhundert ein polizeilicher Ordnungsbegriff[5], der auf unterschiedliche Personengruppen angewendet und auch synonym zu „Landstreicher, Bettler und Vaganten“ verwendet wurde. Letztendlich bestimmte – trotz der wissenschaftlichen „Erkenntnisse“ der „Völkerkunde“ – die Polizei, wer als „Zigeuner“ galt.

Im Rahmen des nationalsozialistische Vernichtungsprogramms wurden Menschen verfolgt, zwangssterilisiert und ermordet, die schon vor dem Nationalsozialismus als „Zigeuner“ stigmatisiert und verfolgt worden waren. Die Zahl der Ermordeten kann aus zwei wesentlichen Gründen nicht genau eruiert werden. Der erste betrifft die Definition der Verfolgungstatbestände: Einerseits fielen unter den polizeilichen Ordnungsbegriff „Zigeuner“ unterschiedliche fahrende Personen – mehrere Romagruppen, Sinti, Jenische –, andererseits wurden sie auch als „Asoziale“ in Konzentrationslager verschleppt. Zweitens sind die Berichte der Einsatzgruppen, die die Massenerschießungen in besetzten Gebieten Osteuropas durchführten, vage und unvollständig.[6] Die Zahl der Ermordeten wird zwischen 100.000 und einer halben Million geschätzt[7], unter ihnen

4 David Mayall, „Britain’s Most Demonised People?“: Political Responses to Gypsies and Travellers in Twentieth Century England. In: Michael Zimmermann [Hrsg.], Zwischen Erziehung und Vernichtung. Zigeunerpolitik und Zigeunerforschung im Europa des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2007, S. 257

5 Vgl. Leo Lucassen, Zigeuner. Die Geschichte eines polizeilichen Ordnungsbegriffes in Deutschland 1700–1945, Köln/Weimar/Wien 1996

6 Vgl. Michael Zimmermann, Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistischer „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 1996, S. 370-383

7 Donald Kenrick und Gratten Puxon gingen 1972 von 219.000 Ermordeten aus; 1989 revidierte Kenrick die Zahl auf 196.000, Zimmermann spricht von 90.000 Ermordeten. Vgl. Guenter Lewy, The Nazi Persecution of the Gypsies, Oxford University Press 2000. Die Zahl 250.000 bis 500.000 wird oft in populären oder politischen Veröffentlichungen verwendet. Vgl. Roma und Sinti – Völkermord, online unter www.schule.at/index.php?url=pages&kthid=5867 (29.4.2011); Der Völkermord an Sinti und Roma, online unter www.dhm.de/lemo/html/wk2/holocaust/sintiro-

waren etwa 9.450 Österreicher_innen.[8] Die erste explizit so bezeichnete „Zigeunerdeportation“ wurde im November 1941 aus der „Ostmark“ durchgeführt. Kurz nach ihrer Verschleppung in das Ghetto von Łódź[9] wurden die Deportierten in Gaswägen ermordet. Ein Jahr später wurden Vorbereitungen für Deportationen nach Auschwitz-Birkenau getroffen. Heinrich Himmlers Auschwitz-Erlass stammt vom 16. Dezember 1942. Ein internes Schreiben der Kriminalpolizeileitstelle Wien vom 11. März 1943, „Betrifft: Einweisung von Zigeunermischlingen in ein Konzentrationslager“, war die Anweisung zur Durchführung dieses Erlasses; das Original konnte bis heute nicht aufgefunden werden.[10]

Dass österreichische „Zigeuner“ als erste explizit als „Zigeuner“ etikettierte Gruppe deportiert und ermordet wurden, ist kein Zufall; ebenso wenig, dass sich die nationalsozialistische Verfolgungspolitik nach dem „Anschluss“ durch das Vorpreschen lokaler Polizeistellen und österreichischer Nationalsozialist_innen radikalisierte. Um diesen radikalen Antiziganismus erklären zu können[11], muss der Fokus auf die „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ in der Ersten Republik gelegt werden – und im Rahmen dieses Artikels besonders auf das Land Kärnten. Für diese Region liegt bis dato noch keine breite Analyse der Verfolgung vor.[12] Dennoch ist es möglich, die regionale

ma/index.html (29.4.2011); Wolfgang Wippermann, „Wie die Zigeuner“, Antisemitismus und Antiziganismus im Vergleich, Berlin 1997, S. 167

8 Vgl. Florian Freund, Gerhard Baumgartner, Harald Greifeneder [Hrsg.], Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti, Wien 2004, S. 51

9 Auch „Ghetto Litzmannstadt“ genannt. Łódź wurde von den Nazis „zu Ehren“ des Generals und NSDAP-Mitglieds Karl Litzmann 1940 in „Litzmannstadt“ umbenannt.

10 Vgl. Florian Freund. Oberösterreich und die „Zigeuner“. Politik gegen eine Minderheit im 19. und 20. Jahrhundert, Linz 2010, S. 272

11 Momentan arbeite ich im Kontext meiner Diplomarbeit zu diesem Thema.

12 Erste Forschungen zu diesem Thema in Kärnten/Koroška sind: Sinti in Villach, Geächtet – Verfolgt – Ermordet, online unter www.net4you.com/haiderftp/namen/sinti.html (9.4.2011); Gernot Haupt, Armut zwischen Ideologie und Ökonomie. Über die (Un)-Wirksamkeit wirtschaftlicher Argumentation gegenüber Verelendung am Beispiel der Diskussion

antiziganistische Politik vor allem durch die Analyse der überregionalen Zusammenarbeit zu skizzieren.

Selbstgeschaffene „Sachzwänge"

Die so genannten „Sachzwänge", auf die im Kontext der antiziganistischen Politik immer wieder verwiesen wurde, waren in Wirklichkeit politisch geschaffen. Sie rekurrierten auf den rechtlichen Komplex des Heimatrechts bzw. der Staatsbürger_innenschaft, auf Arbeitslosigkeit und Armenfürsorge. In der Ersten Republik war das Heimatrecht Voraussetzung, um österreichische Staatsbürger_in zu werden. Es war mit der Heimatzuständigkeit ident, an die die Armenfürsorge gekoppelt war; das heißt, jede Gemeinde musste ihre Mitglieder versorgen, wenn diese verarmten. Wurde eine Person arbeitslos und somit der Fürsorge zugeteilt, konnte sie in die Heimatgemeinde abgeschoben werden. Daraus ergaben sich Probleme für jene Menschen, deren Heimatzuständigkeit dementiert oder denen das Heimatrecht – z. B. nach Verurteilungen – aberkannt wurde. Dazu muss angemerkt werden, dass Verarmung einer Gesetzesübertretung gleichkam. „Fremden" wurden Fürsorgeleistungen per se verweigert – Armut, aber auch Kleinkriminalität (Mundraub) waren oft die Folge. Wenn noch dem mobilen Gewerbe seine Existenzberechtigung abgesprochen, das heißt diese Arbeit verboten wurde, wurde Armut produziert. „Heimatlose" wurden – ebenso wie Staatenlose – regelrecht zwischen den Landesgrenzen hin- und hergeschoben. Besonders sticht in diesem Zusammenhang die Bestimmung im Zigeunererlass von 1888 hervor, die es ermöglichte, die staatlichen Kosten für die Abschiebung von „Zigeunern" durch die aufgefundenen Barmittel oder den Erlös des zwangsversteigerten Eigentums (Wägen und Handelswaren) zu decken. Da die Staatsbürger_innenschaft vom Heimatrecht abhing, konnte der Verlust des Heimatrechts unter Umständen auch den Verlust der staatsbürgerlichen Rechte bedeuten.

Gleichzeitig diente das Hin- und Herschieben von Arm- oder/ und Heimatlosgemachten als Rechtfertigung, um noch repressiver

über Bettlerlager 1935/36, online unter www.ifsoz.org/content/lesenswert/bettler/gh_armut.pdf (25.4.2011)

vorzugehen. Ursache und Wirkung wurden vertauscht: Die vermeintliche Asozialität von „Bettlern, Landstreichern, Vaganten und Zigeunern“ wurde zur Begründung für eben jene Politik, die es den Betroffenen unmöglich machte, sich selbst zu erhalten.

„Zigeuner“-Diskurs und -Politik von 1918 bis 1938[13]

Nach dem Ersten Weltkrieg hieß es im Staatsamt für Inneres und Unterricht, dass durch den Ersten Weltkrieg die „Wanderbewegung der Zigeuner“ zum Stillstand gekommen sei, weshalb die „Zigeunerfrage“ als „gelöst“ betrachtet werden könne. Es lassen sich jedoch unterschiedliche Haltungen bei den einzelnen Landesbehörden nachweisen: So behaupteten z. B. die Tiroler Behörden eine Zunahme der „zigeunerischen Landplage“, und auch in Oberösterreich wurden präventive Maßnahmen zur „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ getroffen. Für Kärnten/Koroška hingegen sah die Landesregierung antiziganistische Maßnahmen als nicht mehr notwendig an.[14] Als 1922 das Burgenland Teil Österreichs wurde, radikalisierte sich die antiziganistische Politik nicht nur seitens der burgenländischen Behörden, sondern auch anderer Landesregierungen.

Aus der Perspektive der Antiziganist_innen stellten sich in Bezug auf die Behandlung der „Zigeuner“ zwei Probleme: Es handelte sich nicht um „Fremde“, sondern um österreichische Staatsbürger_innen mit Rechten (z. B. Bewegungsfreiheit), und zudem geboten die im Vertrag von St. Germain verankerten Minderheitenrechte die Gleichberechtigung aller Staatsbürger (!) „ohne Unterschied der Geburt, Staatsangehörigkeit, Sprache, Rasse oder Religion“. Wer als „zigeunerisch“ zu gelten hätte, war zwar auf ideologischer Ebene leicht in rassistischen Begriffen formuliert, doch in der Umsetzung der Verfolgungspolitik dominierten soziographische Kategorien. Als Scharnier, um diese Ambivalenz aufzuheben, fungierten der eugenische Diskurs und die Kriminalbiologie. Antiziganistische Gesetzgebungen in Nachbarländern – etwa das *Bayrische Arbeitsscheuengesetz* von 1926 und das *Tschechoslowakische Zigeunergesetz* von 1927

13 Folgende Ausführungen nach Freund, Oberösterreich, S. 85-152

14 Vgl. Zigeunerunwesen-Bekämpfung, Wien, am 13. März 1922, Burgenländisches Landesarchiv (BLA), I. a. Pol, Zigeunerakt, Mappe 1922

– dienten in Österreich als Vorbild für Versuche, ein eigenes Zigeunergesetz zu formulieren. Letztlich scheiterte dieses Vorhaben an den erwähnten Problemen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Position der kärntner Landesregierung von Relevanz: Diese forderte 1928, dass auch die so genannten „Stierzler“[15] in die „Bekämpfung der Zigeunerplage“ inkludiert werden sollten, da es um ein Gesetz gegen arbeitslose Umherziehende ginge und nicht um „dem allgemeinen Sprachgebrauch nach eigentlich eine Rassenbezeichnung“.[16] 1931 hielt die Landesregierung allgemein fest, dass

> „das Amt […] im allgemeinen von einem Gesetz nach dem Muster des bayrischen oder tschechoslowakischen kaum eine wirksame Unterdrückung der Zigeunerplage [erwartet], [es] glaubt jedoch, dass hiedurch immerhin eine gewisse Regelung des Zigeunerwesens und eine Erleichterung der Kontrolle eintreten könnte. Im allgemeinen wird empfohlen, Zigeunern die Ausübung von Gewerben im Umherziehen gänzlich zu verbieten, weiters die Gemeinden zu beauftragen, ihrer Armenversorgungspflicht in wirklich ausreichendem Masse nachzukommen und ausserdem die Errichtung von Anstalten, die die Unterbringung und Behandlung von vaganten Elementen ermöglichen würden. Allerdings wird zugegeben, dass bei der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage des Staates ein derartiges Programm wohl kaum verwirklicht werden könnte.“[17]

Auch die *Münchner Zigeunerzentrale* von 1899 dürfte als Vorbild relevant gewesen sein, denn in den 1930er Jahren wurde versucht, eine *Internationale Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens* zu etablieren, die schließlich in Wien eingerichtet wurde. Inwieweit die

15 „Stierzler“ oder „Stürzler“, Herumtreiber_in (auch Schulschwänzer_in); vgl. Sprache in Österreich, online unter http://gwei.ostarrichi.org/wort-17477-reise-at-Stürzler.html (29.4.2011)

16 Zit. n. Freund, Oberösterreich, S. 114 f.

17 Vgl. Besondere Vorschriften für Zigeuner, GZ 103.482-13/60, Bundeskanzleramt (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit), Beilage A zur Zahl 165670 – GD 2/1931, Österreichisches Staatsarchiv (OeStA), Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für Inneres (BMI), Zigeuner und Landfahrerwesen, GZ 124.130-13/55

Wiener Zentrale tatsächlich „international“ war, spielt im Kontext der nationalsozialistischen Verfolgungen keine maßgebliche Rolle. Wichtiger ist, dass die Karteien beider Zentralstellen die Basis für die Definition, Erfassung und Enteignung, für Deportation, Zwangsarbeit und Massenmord sowie für die Zwangssterilisierungen bildeten.

1935 wurden im Austrofaschismus so genannte Bettlerlager errichtet, und im selben Jahr ersuchten der Kärntner Landtag und die Landwirtschaftskammer Kärntens den Landeshauptmann, die Errichtung eines Bettlerlagers für Kärnten/Koroška einzuleiten. „Landstreicher, Bettler, Bettelmusikanten, Hausierer, Arbeitsscheue … etc.“ sollten interniert und zur Zwangsarbeit herangezogen werden, die Umsetzung scheiterte schließlich aber an den Kosten. Zwar wurden wohl auch „Zigeuner“ in solche Lager eingewiesen, doch dominierte – wie schon in den Jahren davor – die Praxis der Abschiebung. Anhand von polizeilichen Fahndungsblättern lässt sich nicht nur diese Praxis von kärntner Gendarmen nachweisen, es lassen sich auch Heimatorte in Kärnten/Koroška bestimmen. Klagenfurt/Celovec, Kirchbach im Gailtal, Windisch-Bleiberg/Slovenji Plajberk, Seebach b. Villach/Jezernica u Beljak wurden angeführt[18], wobei der letztgenannte Ort 1936 als „Zigeunerlager“ bezeichnet wurde. Es handelte sich dabei allerdings wohl nicht um ein Lager mit Zwangscharakter, sondern eher um die Übernahme des exkludierenden und vorurteilsbehafteten Sprachduktus aus dem Burgenland.

Der wichtigste Faktor im Hinblick auf die nationalsozialistische Verfolgung ist, dass der österreichische Polizeiapparat bezüglich der Etikettierung und Erfassung von „Zigeunern“ bereits komplett entwickelt war und entsprechende Karteien existierten. Im Vergleich zu den antiziganistischen Maßnahmen in Deutschland ab 1933 werden die Unterschiede deutlich, die schließlich ab 1938 zur Radikalisierung der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik führten.

18 Vgl. Grazer tägliches Fahndungsblatt. Hrsg. von der Polizeidirektion in Graz für die Bundesländer Kärnten und Steiermark. 1928-1938

„Rassenhygiene" und „Bettlerrazzien" – sozialpolitische Maßnahmen in NS-Deutschland vor 1938

Die antiziganistischen Politiken im nationalsozialistischen Deutschland standen bis 1936 großteils in Kontinuität zu den polizeilichen Praktiken der Weimarer Republik.[19] Die Praxis am Land changierte zwischen Abschiebung und Duldung, da die Behörden befürchteten, dass ein vehementeres Vorgehen eine Zunahme von Abschiebungen aus anderen Bezirken auslösen würde. Ausnahmen bildeten die lokalen Maßnahmen im urbanen Raum: In Köln, Düsseldorf, Frankfurt, Königsberg, Braunschweig und Berlin wurden Lager errichtet und Menschen festgehalten. Das Lager Berlin-Marzahn wurde einen Monat vor Beginn der Olympiade 1936 mit der Begründung errichtet, dass sonst das Stadtbild durch „Zigeuner" „verunreinigt" werden würde.

Diese Lager, die noch keinem einheitlichen System entsprachen und in denen keine Zwangsarbeit verrichtet werden musste, standen im Kontext der reichsweiten Razzien gegen „berufsmäßige Bettler", die ab September 1933 bis zum Angriffskrieg gegen Polen jährlich durchgeführt wurden. Mobiles Gewerbe wurde als Anbieten „minderwertiger Waren" definiert und unter „berufsmäßiges Betteln" subsumiert. Durch die Vereinheitlichung des Polizeiapparates in den Jahren 1936/37 wurden diese Razzien massiver und radikaler. Ende 1937 gab das Reichsinnenministerium den *Grundlegenden Erlass zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung durch die Polizei* aus, der die juristische Grundlage für die „Aktion Arbeitscheu Reich" bilden sollte, im Zuge derer mehr als 10.000 Personen in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Auf gesetzlicher Ebene war das *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* (GzVeN) vom 14. Juli 1933 ein entscheidender Schritt in der Entwicklung der Genozidpolitik. „Zigeuner" wurden im Kontext der „Rassenhygiene" zwangssterilisiert, da sie schon vor dem Nationalsozialismus unter anderem als „Asoziale" par excellence stigmatisiert und als „Nährboden der Asozialität und Kriminalität"

19 Vgl. Martin Luchterhandt, Der Weg nach Birkenau. Entstehung und Verlauf der nationalsozialistischen Verfolgung der „Zigeuner", Lübeck 2000, S. 37-72; Zimmermann, Rassenutopie, S. 77-100

konstruiert wurden. Zusätzlich wurde kurz nach der *Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz* und dem *Blutschutzgesetz* im Oktober 1935 das *Erbgesundheitsgesetz* erlassen. In den Kategorien der *Nürnberger Gesetze* fielen „Zigeuner“ unter „artfremd“.[20] Somit wurden „Zigeuner“ de jure aus dem „Deutschen Volkskörper“ ausgeschlossen.

Eine explizit rassistische Gesetzgebung existierte in Österreich zwar nicht, de facto waren jedoch polizeiliche Praxis und gesellschaftlicher Ausschluss rassistisch geprägt. Dass kein Gesetz zur Zwangssterilisierung verabschiedet wurde, lag wohl an der klerikal-katholischen ideologischen Basis des Austrofaschismus, die mit derartigen eugenischen Maßnahmen nicht vereinbar war.[21] Die polizeiliche Praxis der Abschiebungen war hingegen in Österreich repressiver und es existierte ein – wenn auch nur rudimentär ausgebildetes – Lagersystem mit Zwangscharakter gegen „Landstreicher, Vaganten, Arbeitsscheue, … etc.“.

Radikalisierung und Massenmord

Nach dem 12. März 1938 wurden auf österreichischem Gebiet sofort verschärfte antiziganistische Verfolgungsmaßnahmen – insbesondere Verhaftungsaktionen – auf regionaler, aber auch überregionaler Ebene eingeleitet. Dadurch wurde eine radikalisierende Dynamik der selbst geschaffenen „Sachzwänge“ in Gang gesetzt, die wiederum als Argument und Druckmittel für Interventionen zur „Lösung der Zigeunerfrage“ in Berlin diente. Die genannte Dynamik war allerdings nicht von vornherein intendiert, vielmehr handelte es sich um „steckengebliebene“ Versuche, durch rasches und radikales Vorgehen eine völlige Vertreibung auf regionaler Ebene durchzuführen. Auf überregionaler Ebene verschärfte sich die Gesetzeslage: Am 16. März verloren „Zigeuner“ das Wahlrecht, am 13. Mai er-

20 Vgl. Luchterhandt, Birkenau, S. 64-68

21 Vgl. Monika Löscher, Katholizismus und Eugenik in Österreich. „… dass die katholische Auffassung alle vernünftigen Versuche der positiven Eugenik voll Freude begrüßt und unterstützt…“. In: Gerhard Baader, Veronika Hofer, Thomas Mayer [Hrsg.], Eugenik in Österreich. Biopolitische Strukturen von 1900-1945, Wien 2007, S. 140-161

ließ Reinhard Heydrich[22] per Rundschreiben die Anordnung, dass Fluchtversuche von „Zigeunern“ ins „Altreich“ zwecks einer großen Erfassungsaktion verhindert werden sollten. Das Rundschreiben galt ausschließlich für das Land Österreich und im Unterschied zum „Altreich“ wurde explizit der Begriff „Zigeuner“ verwendet.

In Kärnten/Koroška wandte sich die Kriminalpolizei Klagenfurt Anfang Mai an den Landeshauptmann und späteren Gauleiter Wladimir von Pawlowski, um die dringende Errichtung eines Bettlerlagers zur „Bekämpfung des Vaganten- und Landstreicherunwesens“ zu erörtern. Pawlowski entschied sich am 12. Mai dagegen, da ihm nur eine reichsweite Regelung effektiv erschien.[23] Ob er von Heydrichs Erlass wusste, ist nicht bekannt.

Noch bevor der oben erwähnte *Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung* am 26. Juli 1938 auch in Österreich in Kraft trat, wurden im Juni 232 Burgenländer_innen als „Zigeuner“ in KZs verschleppt. Im Oktober desselben Jahres wurde die *Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens* im RKPA (*Reichskriminalpolizeiamt*) – ab 1939 als Abt. V des *Reichssicherheitshauptamtes* (RSHA) – in Berlin eingerichtet, um die weitere Verfolgungspolitik zu steuern. Dabei handelte es sich vorwiegend um einen Transfer der *Münchner Zigeunerzentrale* und der Akten der *Internationalen Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens* aus Wien.

Am 8. Dezember wurde Himmlers so genannter Grunderlass zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“ ausgegeben. Dieser erste reichsweite Erlass, der einheitliche Verfolgungsmaßnahmen vorschrieb, betonte gleichzeitig, dass die Bekämpfung „aus dem Wesen der Rasse heraus in Angriff zu nehmen“[24] sei. Nach wie vor waren aber in der Praxis die seit der Zwischenkriegszeit angewandten Definitionskriterien für „Zigeuner und nach Zigeunerart umherziehende Personen“ ausschlaggebend. Es ist charakteristisch für die österrei-

22 Reinhard Heydrich, *1907, Leiter des RSHA und „Stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren“, 1942 bei einem antifaschistischem Attentat getötet. Nachfolger als Leiter des RSHA wurde einer der Eichmann-Männer, der Österreicher Ernst Kaltenbrunner.

23 Haupt, Armut, S. 5 f.

24 Freund, Oberösterreich, S. 171 f.

chischen Verfolgungspraktiken, dass der Grunderlass ein Hemmnis darstellte und die Maßnahmen im Land Österreich sogar milderte. Dementsprechend drängten und intervenierten die Gauleitungen Niederdonaus und der Steiermark auch im folgenden Jahr in Berlin.[25] Parallel dazu wurden wieder Eigeninitiativen ergriffen: Am 15. Juni 1939 wurde ein Schulbesuchsverbot für „Zigeunerkinder“ in der Steiermark, Niederdonau und Wien erlassen – den restlichen Gauen stand die Verhängung des Verbots offen. In Kärnten wären 28 (25) Kinder betroffen gewesen[26], man wollte aber auch in diesem Punkt auf reichsweite Bestimmungen warten. Ebenfalls im Juni 1939 sollten 3.000 „Zigeuner“ im Alter von über 16 Jahren aus dem ehemaligen Burgenland zur Zwangsarbeit für die Kriegsindustrie deportiert werden (2.000 nach Dachau, 1.000 Frauen und Mädchen nach Ravensbrück), um gegen angebliche „Arbeitsscheu“ vorzugehen. Da jedoch viele derjenigen, gegen die diese Maßnahme gerichtet war, in der Rüstungsindustrie in Österreich beschäftigt waren, konnte nur ein Drittel der geforderte Zahl erreicht werden. Dennoch wurden alleine in Oberwart durch die Deportationen 352 Kinder und bedürftige Angehörige zurückgelassen. Eben diesen Menschen wurde in der Folge das Anrecht auf Fürsorge verwehrt – mehr noch, die Forderung nach Fürsorgeleistungen wurde als „Beweis“ der angeblichen „Asozialität“ und der „Arbeitsscheu“ herangezogen.[27] Ende Juni 1939 erhoben die lokalen Behörden Forderungen, Lager für „Zigeuner“ in Niederdonau sowie in der Steiermark einzurichten.

Nach dem Überfall auf Polen änderte sich die Politik insofern, als nun die Deportation von „Juden“ im Zentrum stand. Dabei wurde in Erwägung gezogen, drei bis vier Waggons mit „Zigeunern“ an die Deportationszüge von Wien nach Nisko am San – die ersten, mit denen „Juden“ in das *Generalgouvernement* deportiert wurden –

25 Vgl. Freund, Oberösterreich, S. 173

26 Vgl. Freund, Baumgartner, Greifeneder [Hrsg.], Vermögensentzug, Restitution und Entschädigung, S. 66; in der Tabelle des Landesschulrats Kärnten über die schulpflichtigen „Zigeunerkinder“ wird der Ort Ferlach zweimal angeführt, einmal mit fünf, dann mit vier Kindern.

27 Vgl. Freund, Oberösterreich, S. 176

anzuhängen.[28] Diese Pläne standen nicht nur auf verwaltungstechnischer Ebene im Kontext der antisemitischen Verfolgungsmaßnahmen, sondern wiesen auch bezüglich ihrer Radikalität Parallelen auf. Der Vorbereitung dieser geplanten Deportationen diente auch der Festsetzungserlass des RSHA vom 17. Oktober 1939, laut dessen Inhalt alle, die von der Polizei als „Zigeuner" angesehen wurden, an jenem Ort bleiben mussten, an dem sie sich zum Zeitpunkt des Erlasses aufhielten. Bei Nichtbefolgung drohte KZ-Haft. Von 25. bis 27. Oktober 1939 wurden die Festgesetzten durch die Ortspolizei erneut gezählt und in Listen erfasst. Schließlich wurden die Waggons allerdings nicht wie geplant angehängt.

Wegen der erzwungenen Festsetzung konnten „Zigeuner" nun zum Teil nicht mehr in ihre Heimatgemeinden abgeschoben werden, und durch das faktische Gewerbeverbot konnten sie sich nicht mehr selbst erhalten. Unter diesen – bewusst herbeigeführten – Umständen wurde schließlich Anfang Dezember 1939 ein provisorisches Lager in Salzburg/Maxglan errichtet, in dem vermutlich 138 Personen (davon ein Drittel Kinder und Jugendliche) interniert wurden.

Gegen Ende Jänner 1940 wurde ein weiterer Anlauf zur Deportation von „Zigeunern" aus dem gesamten „Deutschen Reich" im Zusammenhang mit der „Umvolkung" von 160.000 „Juden" und „Polen" in Angriff genommen. 30.000 „Zigeuner"[29] sollten ins *Generalgouvernement* deportiert werden. Doch Generalgouverneur Hans Frank wehrte sich dagegen, und auf Geheiß Görings wurden die Deportationen – zum Ärger der österreichischen Nationalsozialist_innen – am 23. März 1940 untersagt.[30] Das RSHA zeigte „Verständnis" für die ostmärkischen Anliegen und versicherte im Juli 1940, dass noch im August oder September 6.000 „Zigeuner" ins *Generalgouvernement* deportiert würden – aber auch diese Pläne konn-

28 Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien/Zürich 1993, S. 77

29 Diese Zahl entsprach zu dem Zeitpunkt ungefähr derjenigen aller als „Zigeuner" etikettierten und stigmatisierten Menschen im „Deutschen Reich".

30 Vgl. Freund, Oberösterreich, S. 180; dennoch sollten auf Himmlers Anordnung 2.500 „Zigeuner" aus dem nordwestlichen und westlichen Grenzland des „Deutschen Reiches" auf Verlangen der Wehrmacht deportiert werden.

ten nicht realisiert werden und wurden auf die Zeit nach dem Krieg verschoben.[31]

Parallel entbrannte der Streit um die Kosten der Erhaltung der Lager sowie der Versorgung der Insass_innen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Impulse zur Verschärfung der Verfolgung überwiegend aus Niederdonau und Steiermark gekommen. Im Zuge einer Weisung Heydrichs vom 31. Oktober 1940 nahm nun die Polizei im Gau Kärnten ihre Möglichkeiten war. Laut Heydrich sollten die circa 700 „Zigeuner“ in den Bereichen der Kriminalpolizeileitstellen in Linz, Innsbruck, Salzburg und Klagenfurt zusammengezogen werden und die Fürsorge sollte, wenn das Existenzminimum durch Arbeit nicht gedeckt werden konnte, eingreifen.[32] Die Kripo Wien und Graz sollten kleinere „Zigeunersiedlungen“ (bis circa 300 Personen) räumen, die betroffenen Menschen in den größeren Siedlungen zusammenziehen und unter Bewachung stellen. Die arbeitsfähigen Männer sollten zur Zwangsarbeit herangezogen werden.[33] Im Grunde wurde damit die Etablierung eines KZ-ähnlichen Systems angestrebt. Um die Struktur und perfide Hierarchie des KZs zu transferieren, wurden „Zigeuner“ aus Konzentrationslagern als „Verbindungsmänner“ und Barackenälteste eingesetzt. Um sicherzustellen, dass die Gefangenen die Kosten der eigenen Haft selbst deckten, wurde das „Burgenländische Zwangsarbeitsmodell“ reichsweit für die Lager herangezogen.[34] Auch hier lässt sich eine Parallele zur antisemitischen Verfolgung ziehen, bei der das „Wiener Modell“

31 Vgl. ebd., S. 181 f.

32 Vgl. ebd., S. 182

33 Vgl. ebd., S. 189

34 Vgl. ebd.; nach Abzug des Verpflegungsgeldes und eines Taschengeldes (10 Prozent des Nettolohnes) wurde der Restbetrag den Bezirksfürsorgeverbänden zugeleitet, um ihn für den Unterhalt der Angehörigen zu verwenden; Inhaftierte mussten eine Erklärung abgeben, mit der sie unter anderem bestätigten, dass bei Verstößen das Taschengeld gekürzt oder eine Vorbeugehaft in einem KZ verhängt werden konnte – diese Erklärung diente dem Schein der „Legalität“ für die Privatfirmen, bei denen die Zwangsarbeit verrichtet wurde.

Ende 1938/1939 reichsweit übernommen wurde.[35] Österreich zeigte sich nicht nur radikaler, sondern auch innovativ.

Im Zuge der antiziganistischen Verfolgung wurden aber nicht alle Befehle auf der lokalen und regionalen Ebene auch befolgt. Nicht nur, dass alle Möglichkeiten ausgenutzt wurden, um die Verfolgungen exzessiv zu realisieren, es wurde sogar gegen Heydrichs Anordnungen agiert: Wer als Lohnabhängige_r arbeitete, hätte von den Verhaftungen ausgenommen werden sollen – dieser Teil des Befehls wurde jedoch ignoriert.[36] So wurden z. B. in Salzburg am 10. September 1940 weitere 223 „Zigeuner" – über die Hälfte davon Kinder – im Lager Maxglan interniert. Um die „Selbsterhaltungskosten" zu decken, begann mit dem 1. Oktober die Zwangsarbeit (Glan-Regulierungen). Diese Maßnahmen wurden *vor* und *unabhängig* von Weisungen aus Berlin umgesetzt und im Nachhinein von Heydrich legitimiert.[37] Die reibungslose, wiewohl nicht vertraglich geregelte Zusammenarbeit der Behörden kann im Hinblick auf die Kontinuität zum austrofaschistischen Bettlerlager Salzburg/Maxglan erklärt werden.[38]

35 Es handelte sich hier um das Ergebnis der massiven antisemitischen Beraubungs- und Enteignungswelle in Österreich, besonders in Wien, die ex post gesetzlich legitimiert wurde. Im Mai wurde in Österreich die *Vermögensverkehrsstelle* errichtet, um die Zwangsenteignungen und -entziehungen zu koordinieren. Ende 1938 wurde dieses Modell fürs ganze Reich übernommen. Im Zusammenhang mit der Enteignung steht auch die *Zentralstelle für jüdische Auswanderung*, deren Organisation und Organisatoren – Eichmann und seine Männer, die so genannten „Judenspezialisten" – später nach Berlin und Prag übernommen wurden. Dieses Modell funktionierte nur durch die tätige Mithilfe der Antisemit_innen auf den Wiener Straßen, in Büros, Gerichten etc. Vgl. Safrian, Die Eichmann-Männer; Ders. mit Hans Witek, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 2008

36 Vgl. Freund, Oberösterreich, S. 191

37 Vgl. ebd., S. 194 f.

38 Vgl. Barbara Rieger, „Zigeunerleben" in Salzburg 1930-1943: Die regionale Zigeunerverfolgung als Vorstufe zur planmäßigen Vernichtung in Auschwitz, Wien 1990

Ein anderes Zwangsarbeitslager, Weyer-St. Pantaleon, das in Oberdonau in Ibm-Waidmoos errichtet worden war[39], wurde am 12. Dezember 1940 in ein „Zigeuneranhaltelager“ transformiert.[40] Ab dem 18. Jänner 1941 wurden Menschen aus Oberdonau und Kärnten in das Lager gebracht, darunter am 11. April 52 aus Kärnten/Koroška verschleppte „Zigeuner“.[41] Kurz vor der Deportation der Internierten in das Lager Lackenbach stieg deren Zahl auf 326.

Das größte „Zigeunerlager“ im „Deutschen Reich“ war das eben erwähnte Lager Lackenbach im ehemaligen Burgenland, Gau Niederdonau. Ab dem 23. November 1940 wurden Personen jeden Alters und Geschlechts in das Lager eingewiesen, unter strenge Bewachung durch die Polizei gestellt und für Zwangsarbeiten bei verschiedenen privaten Arbeitgeber_innen herangezogen.[42] Unter den Lagerinsass_innen befanden sich nachweislich auch „Zigeuner“ aus Kärnten/Koroška. Diese Konzentration war eine wesentliche Vorbereitung für den nächsten Schritt der Verfolgung. Zunächst scheiterten jedoch weitere Pläne zur Errichtung von großen „Zigeunerlagern“ im ehemaligen Burgenland ebenso wie die Idee der Deportation ins ehemalige Jugoslawien an jeweiligen lokalen und regionalen Widerständen.

Im Zuge des Vormarsches deutscher Truppen im Vernichtungskrieg gegen die und in der Sowjetunion nahmen viele Behörden an, dass die „Zigeunerfrage“ „endlich gelöst“ werden könne. 20.000 „Juden“ und 5.000 „Zigeuner“ aus Österreich sollten in das Ghetto von Łódź deportiert werden. Wieder intervenierten die lokalen NS-Machthaber gegen die geplanten Deportationen – vor allem von „den Zigeunern“ ginge, abgesehen von deren „Unproduktivität“, größte Gefahr für die Sicherheit aus. Doch die Interventionen konnten den Entschluss zur Deportation nicht mehr rückgängig machen. Der Druck der österreichischen Nationalsozialist_innen hat-

39 Vgl. Freund, Oberösterreich, S. 204. Dieses Lager kann als Vorläufer der so genannten „Arbeitserziehungslager“ (AEZ) gelten, die von der Gestapo in Kooperation mit Großbetrieben ab Herbst 1940 im gesamten „Deutschen Reich“ eingerichtet wurden.

40 Vgl. ebd., S. 210

41 Vgl. ebd., S. 212 f.

42 Vgl. ebd., S. 192 f.

te sein Ziel erreicht: Zwischen 4. und 8. November 1941 fuhren Transportzüge von den Bahnhöfen Hartberg, Fürstenfeld, Mattersburg, Rotenthurm und Oberwart mit insgesamt 5.007 „Zigeunern“ (1.130 Männer, 1.188 Frauen und 2.689 Kinder) ab, 2.000 Personen wurden alleine aus dem Lager Lackenbach deportiert. Etwa eine Woche zuvor waren aus dem Gau Kärnten 65 Personen dorthin verschleppt worden.[43] Es ist durchaus möglich, dass es ein Arrangement zwischen den Gauleitungen Kärntens und Niederdonaus gegeben hatte, obwohl Kärnten eigentlich in puncto „Zigeunerbekämpfung“ mit den Gauen Tirol/Vorarlberg, Salzburg und Oberdonau regional zusammengefasst war.[44] Dementsprechend besteht die Möglichkeit, dass sich unter den 2.000 Deportierten auch Kärntner_innen befanden, und es ist anzunehmen, dass dieses Arrangement auch noch später bestand, da die kärntner Kriminalpolizei am 18. November 1941 14 „Zigeuner“ nach Lackbach deportierte.

Das Selektionskriterium für die Deportation war die Arbeits(un)fähigkeit: Die Verwaltung in Łódź wollte Arbeitskräfte für die Zwangsarbeit, die Behörden und Lagerverwaltungen in der „Ostmark“ wollten Arbeitsunfähige loswerden. Für die Lagerverwaltung in Łódź waren „nur“ 1.925 (circa 38 Prozent) der Deportierten arbeitsfähig, weil die meisten Kinder und Kleinkinder waren. Zum Zwangsarbeitseinsatz sollte es jedoch nicht mehr kommen: Das „Zigeunerlager“ im Ghetto bestand nur aus einem Häuserblock ohne sanitäre Einrichtungen, sodass die hygienischen Missstände eine Fleckfieberepidemie verursachten. Weder errichtete die Lagerverwaltung sanitäre Anlagen, noch wurden Medikamente ausgegeben, die Epidemie diente im Gegenteil als „hygienischer Vorwand“ zur Rechtfertigung des Massenmords. Im Dezember 1941 und Jänner 1942 wurden ausnahmslos alle noch lebenden Insass_innen in der Vernichtungsstätte Chełmno mit Gaswägen ermordet.

Nach diesen ersten Deportationen aus der „Ostmark“ hielten die Kripo-Leitstellen weitere für dringend notwendig. Es dauerte jedoch ein Jahr bis zum so genannten Auschwitz-Erlass Himmlers.

43 Vgl. Sinti in Villach

44 Dasselbe ist für Oberdonau anzunehmen. Siehe: Freund, Oberösterreich, S. 258

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Definitionsmacht der lokalen Polizei: Statt gemäß den Anweisungen die *Ritter'schen Kategorien*[45] anzuwenden, entschieden die Polizeistellen nach ihrer jeweiligen „Zigeuner“-Definition über die Deportationen. Am 3., 5., 9. und 16. April 1943 trafen die Züge in Auschwitz ein.[46] Die Kripo-Leitstelle Wien präsentierte dem Gauleiter und Reichsstatthalter Niederdonaus, Hugo Jury, ihre „Erfolgsbilanz“: Es waren 2.572 „Zigeuner“ aus Wien (141), Niederdonau (167), Oberdonau (7), Tirol/Vorarlberg (76), Salzburg (151), der Steiermark (1.842) sowie aus dem Lager Lackenbach (188) deportiert worden.[47] In der Steiermark wurden zu diesem Zeitpunkt weitere Transporte von 150 Personen zusammengestellt, und die Deportation der sesshaften und in einem festen Arbeitsverhältnis stehenden „Zigeuner“ sollte, „[s]obald es die Arbeitslage gestattet“, durchgeführt werden. „Was dann noch zurückbleibt, wird der Sterilisation zugeführt. Die Vorarbeiten dazu sind im Gange.“[48] Weiters wurde angeführt:

„Die Gaue Salzburg und Kärnten sind zigeunerfrei geworden.“[49] Es fällt aber auch auf, dass der Gau Kärnten bei der oben zitierten Auflistung der Deportierten nicht aufscheint. Wurden keine Kärntner_innen in das „Zigeunerlager“ nach Auschwitz deportiert? Hans Haider konnte nachweisen, dass „Zigeuner“, die in Kärnten/Koroška ihren letzten Wohnsitz hatten, nach Auschwitz deportiert wurden[50], doch dürften diese Menschen bereits zuvor nach Lackenbach verschleppt worden sein. Für das 1940 zusammengefasste polizeiliche

45 Es handelte sich dabei um die folgenden „rassischen“ Kategorien: Z („Zigeuner“), ZM + („Zigeunermischling“ mit vorwiegend „zigeunerischen Blutsanteil“); ZM 1. Grad (ein Elternteil „Vollzigeuner“, der andere „deutschblütig“); ZM 2. Grad (ein Elternteil ist ZM 1. Grad), ZM - (vorwiegend „deutscher Blutsanteil“); NZ („Nichtzigeuner“). Vgl. Zimmermann, Rassenutopie, S. 149

46 Freund, Oberösterreich, S. 275

47 Vgl. Kriminalpolizeileitstelle Wien an Reichsstatthalter für Niederdonau betr. Regelung der Zigeunerfrage, 11.5.1943, Niederösterreichisches Landesarchiv (NÖLA), RSTH XIII 1601/1145

48 Ebd.

49 Ebd.

50 Vgl. Sinti in Villach

Aktionsgebiet Kärnten, Tirol/Vorarlberg und Salzburg wurde die Zahl der „Zigeuner“ auf 700 geschätzt. In einem groben Vergleich der Anzahl der Erfassten und jener der Deportierten zeichnet sich ab, dass die 139 nachgewiesenen Deportierten in etwa der Gesamtzahl jener Personen entsprechen[51], die in Kärnten im Rahmen der antiziganistischen Vernichtungspolitik verfolgt wurden. Mit anderen Worten: Ende 1941 war Kärnten als erster Gau „zigeunerfrei“, ohne dass im Land selbst irgendwelche radikalisierenden Maßnahmen getroffen werden mussten – die Menschen wurden schlicht in die bestehenden Lager der Nachbargaue deportiert.

Im Sinne der „Öffentlichen Sicherheit und Ordnung“

Der vom Nationalsozialismus geführte Vernichtungskrieg ermöglichte die Massenerschießungen, Deportationen und Vergasungen – aber auch das schon zuvor bestehende System der Zwangssterilisierungen war ein genozidales.

Angesichts des Umfangs der Verfolgung ist überraschend, dass Antiziganismus als Ideologie bei den Nationalsozialist_innen, bis auf wenige Ausnahmen, nur schwach ausgeprägt war. Im Unterschied zum Antisemitismus, in dem „die Juden“ als „die Gegenrasse“ zum Deutschen Volk schlechthin konstruiert wurden, wurden „Zigeuner“ zuerst im Rahmen allgemeiner sozialpolitischer Maßnahmen verfolgt. Erst durch die Radikalisierung im Krieg wurden Menschen dezidiert „als Zigeuner“ ermordet. Hier tun sich allerdings markante regionale Unterschiede auf: In besetzten Gebieten Osteuropas wurden „Zigeuner“ als „Spione“ von den Einsatzgruppen oder der Wehrmacht erschossen. „Zigeuner“ war hier soziographisch, also als „Fahrende“, definiert. Im Unterschied dazu wurden in NS-Deutschland vor allem im Kontext der Zwangssterilisationen besonders „Zigeunermischlinge“ verfolgt – unabhängig von ihrer Lebensweise und gesellschaftlichen Integration.[52] Auch wenn die Verfolgungen von „Zigeunern“ im Kontext der Verfolgungsmaßnahmen gegen „Ju-

51 Diese Zahl entspricht einem Minimum. Wie viele Kärntner_innen von diversen Verhaftungsaktionen außerhalb Kärntens/Koroškas betroffen waren, kann nicht eruiert werden.

52 Vgl. Zimmermann, Rassenutopie, S. 370-383

den“, „Behinderte“ und „Asoziale“ gesehen werden müssen, waren dennoch dezidiert antiziganistische Momente für ihre Radikalisierung ausschlaggebend.

Die Verfolgungspraktiken waren primär auf der Ebene der Polizei angesiedelt, die seit ihrer Etablierung im Staatssystem als tragende Komponente antiziganistischer Maßnahmen fungierte. Im Dienste der „öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ wurden schon zuvor als „Zigeuner“ etikettierte Menschen im Nationalsozialismus verfolgt. Mit derselben Begründung wurden sie Jahrzehnte danach von der Republik Österreich ebenso wie der BRD nicht als Opfer rassistischer Verfolgung anerkannt.

Zwei Jahre nach der offiziellen Anerkennung der Burgenlandroma als österreichische „Volksgruppe“ wurden 1995 in Oberwart vier Menschen mit einer Sprengfalle ermordet, als sie ein Schild mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“ entfernen wollten.[53] Seit der so genannten Wende in Osteuropa sind Romagruppen verstärkt Diskriminierungen und Verfolgungen ausgeliefert – und die österreichischen Behörden schieben die Flüchtlinge in ihre „sicheren“ Heimatländer ab. In fast allen österreichischen Bundesländern wurden und werden zudem seit 2010/11 Bettelverbote erlassen, die sich gegen angebliche „Ostbettelbanden“ richten sollen. Auch wenn das inzwischen offiziell diskreditierte Wort „Zigeuner“ nicht verwendet wird, hallt es bei jeder dieser Maßnahmen nach.

53 Dieses Attentat wurde von der neonazistischen *Bajuwarischen Befreiungsfront* (BBF) verübt. Neben diesen Morden wurden Mitte der 1990er Jahre mehrere rassistisch motivierte Anschläge mit Sprengfallen und Briefbomben verübt (15 Verletzte).

ALEXANDER SLUSARCYK

Loibl-KZ – das „vergessene" Konzentrationslager[1]

Ab dem Jahr 1943 gab es an der Grenze zu Slowenien ein Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen. Hunderte Gefangene mussten unter Folter einen Tunnel durch den Loibl treiben. Erinnern will sich in Kärnten/Koroška kaum jemand daran. Das soll die Errichtung einer Gedenkstätte nun ändern – wenn sie denn errichtet wird.

Wenn wir von Klagenfurt/Celovec aus über die Loiblpass-Straße mit dem Auto Richtung Slowenien fahren, kommen wir an gut besuchten und bekannten Orten vorbei. Direkt neben der Straße verläuft z. B. die „Tscheppa Schlucht", kaum ein Klagenfurter oder eine Klagenfurterin, die nicht schon von diesem beliebten Ausflugsziel gehört hat oder selbst schon mal dort war. Was sich allerdings am Ende der Straße, auf österreichischer Seite, neben dem mittlerweile verwaisten Zollhäuschen bis 1945 befunden hat, war lange Zeit vergessen und wird bis heute von so manchen ignoriert. Jahrzehntelang konnte sich die Natur in den Überresten des KZ Loibl Nord ausbreiten, bis es komplett zugewachsen und nicht mehr erkennbar war. Nur drei unscheinbare Tafeln gleich rechts neben der Einfahrt in den Tunnel erinnerten daran, welche Verbrechen hier begangen wurden. Eine deutschsprachige, ohne Widmung, thematisiert recht generell die Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen aus Mauthausen. Eine französische Tafel, angebracht von ehemaligen KZ-Häftlingen aus Frankreich, und eine Tafel der „Regierung der Republik Polen", die an zehn Polen erinnert, die beim Bau des Tunnels den „Märtyrertod" erlitten. Lange Zeit waren diese Tafeln auf der österreichischen Seite der Grenze die einzigen Hinweise darauf, unter welchen Umständen

1 Der Titel ist angelehnt an den Titel von Josef Zausnigs Buch: „Der Loibl-Tunnel", Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs. 1995

der Loibltunnel erbaut wurde. Erst 1995 wurden auf Betreiben des Vereins *Mauthausen Aktiv Kärnten/Koroška* (heute: *Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška*) unter der Leitung des Klagenfurter Universitätsprofessors Peter Gstettner zwei weitere, größere und zugänglichere Tafeln aufgestellt. Auf diesen ist auch der Grundriss des Lagers grafisch dargestellt, was die Orientierung auf dem zugewachsenen Areal erleichtert.

Wie konsequent am Verdrängen und Vergessen gearbeitet wurde, musste schon die deutsche Staatsanwaltschaft Ende der 1960er Jahre erkennen. Da im Zusammenhang mit dem am Loiblpass eingesetzten SS-Wachmann Andreas Vogel ermittelt wurde, baten deutsche Beamt_innen das österreichische Innenministerium um ergänzendes Material zum Loibl-KZ. Das österreichische Innenministerium konnte jedoch nur feststellen, dass es

> „keine Vormerkungen hat, aus welchen die Lage der beiden am Loiblpass bestehenden Nebenlager des KL Mauthausen hervorgeht. Den seinerzeit durchgeführten Erhebungen zufolge sind weder bei der Verwaltungs- noch bei den Sicherheitsbehörden oder Dienststellen im Bundesland Kärnten Aufzeichnungen über die beiden Lager vorhanden.“[2]

Die deutsche Staatsanwaltschaft musste sich daraufhin die Informationen von slowenischen Partisan_innenverbänden organisieren.

Ganz anders das Gedenken auf der slowenischen Seite des Tunnels, dort erinnern seit den 1950er Jahren ein von der Straße aus deutlich erkennbares Denkmal und das freigelegte und beschilderte Gelände des ehemaligen KZ Loibl Süd an die Vorkommnisse im Nationalsozialismus.

Der Tunnelbau

Nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf Jugoslawien, den damit einhergehenden militärstrategischen Überlegungen, um die direkt an Kärnten/Koroška angeschlossene Oberkrain/Gorenjska besser zu „erschließen“ und um von den Vertreibungen der SlowenInnen abzulenken, schien dem NS-Regime ein Straßenausbau Richtung besetztes Jugoslawien opportun. Zusätzlich drängte Gauleiter

2 Lisa Rettl & Peter Pirker, „Ich war mit Freuden dabei“. 2010

Friedrich Rainer auf einen raschen Baubeginn des Tunnels unterhalb des Loiblpasses. Diesem Drängen wurde stattgegeben, wohl auch um den treuen Gau ein weiteres Mal auszuzeichnen, waren doch Deutschnationalismus und „Anschluss"-Bestrebungen seit den 1920er Jahren fixer Bestandteil der Politik in Kärnten/Koroška, die NS-Ideologie breit aufgenommen und von vielen „alten Kämpfern", meist ehemaligen „Abwehrkämpfern", gestützt.

Bereits im Mai 1941 wurde die Klagenfurter Baufirma Raubal unter der Führung der *SS-Organisation Todt*[3] (OT) mit den Bauvorbereitungen beauftragt. Am 30. Juni 1942 wurde das in Podljubelj (Slowenien) errichtete Lager für zivile Arbeitskräfte von der *Osvobodilna Fronta* (OF/*Befreiungsfront*) abgebrannt. Aufgrund dieser Aktion sahen sich die Nationalsozialist_innen veranlasst, eine Militäroperation unter dem Namen „Enzian" gegen Widerstandskämpfer_innen und deren Familien in der Oberkrain/Gorenjska durchzuführen.

Zu Beginn des Jahres 1943 schloss die SS-Organisation mit der Firma Universale Hoch & Tiefbau AG Verträge für Baumaßnahmen am Loibl ab. Die SS verpflichtete sich dazu, das benötigte „Menschenmaterial" bereitzustellen; die Universale dazu, dass der Tunnel im Oktober 1945 fertiggestellt sei. Im Mai 1943 begann die SS, ein „Lager der Waffen-SS" auf einem enteigneten Grundstück in der Nähe der Kirche „Sveta Ana" im jetzigen Slowenien zu errichten. Am 29. März begannen Zivilarbeiter (zum Thema „Zivilarbeiter_innen" siehe den Artikel *Zwangsarbeit in Kärnten/Koroška*) mit dem Tunnelanschlag am Südportal des Loibltunnels. In der Zwischenzeit selektierte die SS im Konzentrationslager Mauthausen die ersten Häftlinge für das so genannte Kommando X. 330 Menschen wurden „ausgewählt" und im Juni in das Südlager deportiert. Im Sommer 1943 mussten so genannte Arbeitskommandos täglich über

3 Die *SS-Organisation Todt* (OT) wurde von Fritz Todt, der seit 1922 bei der NSDAP war, gegründet. Vorerst für den Bau des Westwalls zuständig, wurden ihr im Verlauf des Krieges alle militärischen Bauvorhaben unterstellt. Todt selbst wurde 1940 Reichsminister für „Bewaffnung & Munition". Nach seinem Tod 1942 wurde Albert Speer Reichsminister und 1943 Leiter der OT.

den 1.367 Meter hohen Pass marschieren und wurden zum Ausbau des Nordlagers sowie der Zufahrtsstraße zum Tunnelnordportal gezwungen.

Unter welchen Bedingungen diese Menschen arbeiten mussten, überliefert ein Beispiel des Augenzeugen Stanislaus Tschaschl. So mussten circa 40 vom Südlager kommende Häftlinge, teilweise mit ihren bloßen Händen, Rodungsarbeiten durchführen:

> „[...] Beim Fällen der Bäume waren es so viele, dass sie einen ganzen Baum auf ihren Schultern wegtragen konnten. Und andere mussten wieder die Baumstümpfe samt den Wurzeln ausgraben. Sie hatten wohl diese Eisenstangen, oft mussten sie mit den Händen, ohne Werkzeug, anpacken.“[4]

Im Oktober wurden die ersten Häftlinge in das Nordlager verlegt. Aufgrund der noch schlechteren Arbeits- und Witterungsbedingungen dort, hatte die Verlegung den Charakter einer Bestrafung.

Im September waren bereits 680 Häftlinge auf der „Baustelle des Todes“, wie das Lager auch genannt wurde, eingesetzt. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten zusätzlich 664 zivile Arbeiter_innen am Loibl. Im Laufe des Jahres schlossen sich jedoch viele der zivilen Arbeiter_innen, aber auch geflohene Häftlinge dem Partisan_innenwiderstand an (siehe dazu auch den Artikel „*... in Uniform nach Jugoslawien desertiert... um nicht deutscher Soldat zu werden*“).

Folterungen am Loibl

Die Häftlinge litten nicht nur unter den unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Zusätzlich wurden sie von den SS-Bewachern und im Speziellen von den Lagerkapos gefoltert. So starteten diese im Sommer 1943 so genannte „Corridas“. Das waren Prügelexzesse mit sandgefüllten Gummischlauchenden. Die Folterungen nahmen solche Ausmaße an, dass sich die zivile Bauleitung beschwerte, allerdings nur weil die Arbeitskraft der Zwangsarbeiter litt. Die Folge war die Ablösung des Lagerkommandanten Julius Ludolph. Die Quälereien blieben jedoch auch unter dem neuen Kommandanten Jakob Winkler bestehen. Zeugen sprechen sogar von einer Verschlechte-

4 Zeitzeugenaussage aus: Josef Zausnig, Der Loibl-Tunnel. 1995

rung der Situation. Dazu sagte am 4. Juni 1947 Blockkapo Max Skride während seiner Vernehmung:

> „[...] Untersturmführer Ludolph [...] befahl, die Häftlinge aufs strengste zu behandeln und ihnen keine Erleichterungen zu gewähren. Er befahl uns persönlich, die Häftlinge zu mißhandeln. Zu der Zeit wo Ludolph Lagerführer war, wurden Häftlinge so geschlagen, daß sie arbeitsunfähig wurden. [...] Ludolph [wurde] nach Mauthausen versetzt und durch Winkler ersetzt. Das Schlagen der Gefangenen dauerte auch unter Winkler an, doch war Winkler kein so grausamer Typ wie Ludolph. Es galt als stehender Befehl, daß die Capos und Blockältesten die Häftlinge zu schlagen hatten, und Rapportführer Goggel ließ zu diesem Zweck Gummischlauch-Enden beschaffen.“[5]

Zusammen mit Winkler wurde auch ein neuer Lagerarzt in das Südlager versetzt, SS-Hauptsturmführer Dr. Sigbert Ramsauer. Dieser war für die Rücktransporte der „Arbeitsunfähigen“ (Kranke und Verletzte, bei denen er keine Heilungschance sah, oder Menschen, die länger als eine Woche krank waren) verantwortlich. Sie wurden nach Mauthausen zurückgebracht, was einem Todesurteil gleichkam. Die Zwangsarbeiter, die seiner Meinung nach einen Rücktransport nicht überlebt hätten, bekamen eine Herzinjektion mit Benzin. „Schönes Sterben“ nannte der Lagerarzt diesen Vorgang. Neueste Forschungen gehen von 39 von der SS ums Leben gebrachten Häftlingen aus.[6]

Innerhalb des Lagers gründete sich eine Widerstandsgruppe, die mithilfe des Zivilarbeiters Janko Tišler mehrere Fluchtversuche startete, von denen 22 von Erfolg gekrönt waren. Sieben Versuche scheiterten. Auch konnten Briefe für die Häftlinge im Tunnel versteckt werden, sodass ein gewisser Kontakt zur Außenwelt vorhanden war. In der Zwischenzeit ging auch der Tunnelausbau zügig voran. So gelang im Dezember der Durchbruch eines zwei mal drei Meter großen Tunnelstollens, der Ausbau wurde in Folge brutal vorangetrieben.

5 Abschrift der Aussage von Max Skride aus ebd.

6 Andreas Baumgartner, Die Häftlinge des Loibl-KZ. Ein Gedenkbuch. 2010; zit. n. Lisa Rettl & Peter Pirker, „Ich war mit Freuden dabei“. 2010

Die SS-Bewacher überlegten sich im Sommer 1944 weitere Quälereien. Sie veranstalteten so genannte Sportspiele. Dabei mussten die entkräfteten Häftlinge Faustkämpfe gegeneinander austragen oder Fußball spielen. Diese der Belustigung der Wachmannschaften dienenden Folterungen wurden an den „arbeitsfreien“ Tagen abgehalten. Im Winter 1944/45 hatten die Gefangenen trotz totaler Entkräftung den Tunnelausbau so weit vorangetrieben, dass die ersten Wehrmachtsfahrzeuge den Tunnel passieren konnten.

Aufgrund des immer stärker werdenden Partisan_innenwiderstandes wurde am 15. April 1945 das Nordlager geschlossen, die Gefangenen wurden in das Südlager verlegt. Am 7. Mai wurden zudem 76 Häftlinge aus der SS-Junkerschule in Lendorf/Dhovše (siehe Kasten: *Der „Dank“ an die Garnisonsstadt Klagenfurt/Celovec*) auf den Loibl transportiert. Damit waren insgesamt 1.115 Häftlinge im Südlager interniert. Noch am selben Tag marschierten sie unter der Führung von 40 SS-Männern, welche die Häftlinge als Schutzschild gegen Partisan_innen missbrauchten, durch das Loibltal. Am nächsten Tag wurden die Häftlinge von Partisan_inneneinheiten befreit, ihre „SS-Bewacher“ festgenommen.

Die Folgen für die Täter

Am 10. November 1947 verurteilte ein britisches Militärgericht die SS-Männer Jakob Winkler und Walter Briezke zum Tode. Der Kommandant des Nordlagers Paul Gruschwitz wurde zu zwölf Jahren und der SS-Rapportführer im Norden Karl Sachse zu 20 Jahren verurteilt. Beide kamen freilich schon 1955 vorzeitig aus der Haft. Lagerarzt Dr. Ramsauer, der bereits 1933 der SS beigetreten war, wurde 1947 wegen der bewiesenen Ermordung von drei Häftlingen zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach seinem Haftantritt begannen sich verschiedene Menschen für seine Begnadigung einzusetzen. Sein ehemaliger Schulkamerad, der nunmehrige ÖVP-Staatssekretär Ferdinand Graf – 1956 erster Verteidigungsminister der Zweiten Republik –, setzte sich für ihn ein. Im Mai 1959 hielt Graf zudem die Festrede bei der Einweihung der Gedenkstätte am Ulrichsberg. Auch der Salzburger Erzbischof Andreas Rohracher versuchte, zu Gunsten Ramsauers zu intervenieren. Dabei verließ er sogar die Position der Amtskirche in der so genannten Euthanasiefrage, indem er erklärte,

Ramsauer hätte bei zwei Morden „aus Gefühlen tiefsten menschlichen Mitleids für die hoffnungslos Leidenden gehandelt und zudem seine schwierige Pflicht auf Basis von Befehlen seiner Vorgesetzen" erfüllt.[7] 1949 wurde Ramsauers Begnadigung vom *No.1 War Crimes Review of Sentences Board on European War Criminals* geprüft und abgelehnt. Doch als 1953 das Begnadigungsrecht an das österreichische Justizministerium übertragen wurde, teilte Ramsauer das „Schicksal" vieler österreichischer NS-Verbrecher. Er wurde 1954 begnadigt und entlassen. Sogar als Arzt durfte er wieder praktizieren, erhielt einen Ausbildungsplatz im Klagenfurter Landeskrankenhaus und eröffnete in Klagenfurt/Celovec eine Arztpraxis. Noch 1991 antwortete er in einem Interview auf die Frage, ob er die Gefangenen denn gehasst hätte:

> „Ich hatte keinen Grund, auch keine Veranlassung, jemanden zu hassen. Aber ich habe – na sagen wir es mal so – diese Menschen schon als minderwertig empfunden."[8]

... und heute?

Seit am 10. Juni 1995 in Anwesenheit von Innenminister Caspar Einem und Landeshauptmann Christoph Zernatto die neuen Gedenktafeln enthüllt wurden und Vertreter_innen der österreichischen Regierung beim österreichischen Tunnelportal und bei der slowenischen Gedenkstätte Kränze niederlegten, versucht der *Verein Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška*, das Vergessen und Verschweigen zu durchbrechen. Jährliche Gedenkveranstaltungen sollen das Bewusstsein für diesen Ort stärken und ihn auch für zukünftige Generationen als Gedenkstätte erschließen, vor allem Jugendliche sollen angesprochen werden. Peter Gstettner schreibt im Gedenkstättenrundbrief 154, dass seit der Tafelerrichtung und den jährlichen Feiern tatsächlich auch mehrfach kärntner Schulklassen den Gedenkort besuchten. Das Areal wurde jedoch in seinem überwucherten Zustand belassen. 2003 wurde der ehemalige Appellplatz im Zuge von Tunnelsanierungen auch als Schuttplatz verwendet. Der Verein

7 Lisa Rettl & Peter Pirker, „Ich war mit Freuden dabei". 2010

8 1991, Interview für den Fernsehfilm *Der Tunnel* – Auszug aus dem Buch von Josef Zausnig, Der Loibl-Tunnel. 1995

ließ sich jedoch nicht entmutigen, entfernte in den folgenden vier Jahren den Schutt und setzte erste Schritte zur Realisierung einer würdigen Gedenkstätte. 2008 konnte das Areal, das sich zu diesem Zeitpunkt noch in Privatbesitz befand, unter Denkmalschutz gestellt und schließlich von der Republik Österreich gepachtet werden. (Das Areal in Slowenien wurde bereits 1999 unter Denkmalschutz gestellt und zum „Kulturdenkmal von staatlicher Bedeutung" erklärt.) Im September 2008 wurden erstmals Freilegungsarbeiten und Sondierungsgrabungen durchgeführt und im Sommer 2009 der Bereich des ehemaligen KZ gerodet und mit der Freilegung der Fundamente begonnen. Durchgeführt wurden diese Arbeiten von Villacher HTL-Schüler_innen gemeinsam mit der Universität Klagenfurt/Celovec und der Berliner Knobelsdorff-Schule. Am 5. Juni 2009 gedachten Bundespräsident Heinz Fischer und sein slowenischer Amtskollege Danilo Türk den NS-Opfern. Mit dabei Vertreter_innen der SPÖ, der ÖVP und der *Grünen* in Kärnten/Koroška, Landeshauptmann Gerhard Dörfler war wegen eines „unabkömmlichen Urlaubs" nicht am Loibl vertreten. Er ließ ausrichten, dass es nicht einzusehen sei, dass man „jedes Mal Kränze niederlegen soll".[9] Landesparteichef Uwe Scheuch (2009 beide noch BZÖ) hatte ebenfalls Wichtigeres zu tun. Er musste in seiner Funktion als Naturschutzreferent einer Bartgeierfreilassung in den Hohen Tauern beiwohnen, das war ihm „in diesem Moment … wichtiger".[10] Dafür wurde Peter Gstettner wegen Verhetzung vom Ex-SPÖ-Mandatar Johannes Gradenegger angezeigt. Gstettner hatte bei seiner Rede gemahnt, dass Österreich bei der Aufarbeitung seiner KZ-Geschichte einen 60-jährigen Nachholbedarf habe. Solange dies nicht geschehe, dürfe man Österreich „nicht zu den zivilisierten Völkern der Welt" zählen.[11] Die Staatsanwaltschaft Klagenfurt/Celovec stellte das Verfahren allerdings einen Monat später ein.[12] Im folgenden Jahr versicherte die damalige Innenministerin Maria Fekter:

9 *Kleine Zeitung* vom 8.10.2009
10 *Neue Kärntner Tageszeitung* 12.6.2009
11 *Kleine Zeitung* 17.8.2009
12 *Kleine Zeitung* 19.9.2009



Denkmal bei der Loiblgedenkstätte in Slowenien

> „Bei der Umgestaltung genießt Loibl absolute Priorität. Orte, an denen Gräueltaten passiert sind, müssen in Erinnerung bleiben."[13]

Daraufhin schrieb das *Mauthausen Komitee Kärnten/Koroška* einen Ideenwettbewerb für die Gestaltung einer Gedenkstätte aus. Die Ausschreibung richtete sich direkt an Bautechnikschüler_innen. Insgesamt 70 Schüler_innen aus drei Nationen (Slowenien, Deutschland und Österreich) nahmen teil. Am 24. Jänner 2011 konnten die Sieger bekannt gegeben werden: Thomas Werginz und Markus Baumann von der HTL Villach/Beljak. Für Irritation sorgte bei den Gewinnern und Organisator_innen aber bereits im folgenden Monat die Feststellung, dass das Konzept doch nicht umgesetzt werde. Seitdem wird um einen Kompromiss gerungen. Vielleicht schafft es Österreich bzw. Kärnten/Koroška doch noch, nach mittlerweile 66 Jahren den Opfern des Nationalsozialismus im Loibl-KZ Nord würdig zu gedenken und einen entsprechenden Ort dafür zu schaffen.

13 *Kleine Zeitung* 3.5.2010

Der „Dank“ an die Garnisonsstadt Klagenfurt/Celovec

1940 wurde im Stadtteil Lendorf/Dhovše bei Klagenfurt/Celovec eine SS-Kaserne errichtet (die heutige Khevenhüllerkaserne). Zusätzlich wurde auf dem Gelände eine von insgesamt vier SS-Junkerschulen errichtet, eine Eliteschule für SS-Offiziersanwärter. Treu dem Spruch „SS-Mann, deine Ehre heißt Treue“ wurden die Anwärter zum absoluten Kadavergehorsam bis in den Tod gegenüber Hitler erzogen. Ziel der Schule war die totale Identifikation mit den ideologischen Grundpfeilern der SS. Auf dem Gelände befand sich zudem ab September 1943 ein Außenkommando des KZ Mauthausen. 80 bis 130 KZ-Häftlinge mussten auf dem Gelände selbst und in der Stadt Klagenfurt/Celovec Zwangsarbeit leisten.

Am Ulrichsberg findet sich seit Jahrzehnten gleich auf drei „Gedenktafeln“ der „Dank an die Garnisonsstadt Klagenfurt“. Eine der Tafeln „ziert“ der abgewandelte SS-Spruch „Des Soldaten Ehre ist seine Treue“, was darauf schließen lässt, dass sich hier ehemalige Mitglieder der (Waffen-)SS „dankbar“ an ihre Zeit in Klagenfurt/Celovec erinnern. Erst 2007 enthüllte Rajmund Pajer, der einzige noch lebende Zeitzeuge des KZ-Außenlagers, eine Gedenktafel an der Kaserne, die an die Opfer erinnert. Gleichzeitig wurde im Speisesaal der Kaserne die künstlerische Umgestaltung eines NS-Freskos vorgenommen. Über dem Bildnis eines – inzwischen denkmalgeschützten – (Waffen-) SS-Soldaten wurden Glasplatten angebracht, worauf folgender Satz zu lesen ist: „Dieses Bild spiegelt das nationalsozialistische Regime. Seine Niederwerfung brachte Österreich die Freiheit. Diese zu schützen ist Auftrag des Österreichischen Bundesheeres.“

PAULA BOLYOS

Zwangsarbeit in Kärnten/Koroška

Zwangsarbeit im Nationalsozialismus ist keineswegs ein abgeschlossenes Thema. Kontinuitäten – die das Verdrängen und Leugnen von (vergangenen) Verbrechen mit sich bringen – sind sichtbar, beispielsweise wenn Arbeiter_innen in der Landwirtschaft, die etwa aus Polen zur Arbeit nach Österreich gekommen sind, als „Ostarbeiter" bezeichnet werden – ein Begriff, der im Nationalsozialismus Menschen nicht nur sprachlich benannt, sondern auch eine besonders extreme Ausbeutung bedeutet hat.

Bis 2000 verweigerte die österreichische Republik – konsequent im Sinne der „Opferthese" – jede Form von Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter_innen und deren Angehörige. Unter dem Druck von Sammelklagen und möglicherweise auch, um den EU-Sanktionen aufgrund der Beteiligung der FPÖ an der Regierung ein positives Bild eines Staates, der mit seiner NS-Vergangenheit abgeschlossen hat, entgegenzusetzen, wurde im Jahr 2000 auf Grundlage des im Herbst beschlossenen *Versöhnungsfondsgesetzes* „Entschädigungszahlungen" zugestimmt. In einer Broschüre[1], die der *Österreichische Versöhnungsfonds* nach Abschluss der Zahlungen herausgegeben hat, wird benannt, dass es sich um symbolische „Entschädigungen" handelt, trotzdem ist an anderer Stelle wiederum von beträchtlichen Geldmitteln die Rede. Wenn dann als Beispiel „Zwangsarbeiter/innen in der Landwirtschaft sowie in Hotels und Haushalten" herangezogen werden, die pro Person 1.453 Euro bekamen, weil „[d]iese Arbeit meist leichter als anderswo [war], [aber] dennoch nicht selten auch mit Unterdrückung oder Vergewaltigung einher[ging]", wird deutlich, was unter „Entschädigung" zu verstehen ist.

1 www.versoehnungsfonds.at

Zwangsarbeit

Ein großer Teil der anfallenden Arbeit wurde in der Zeit des Nationalsozialismus im Gebiet des heutigen Deutschland und Österreich, aber auch in besetzten Gebieten, durch Zwangsarbeiter_innen verrichtet. Statistisches Datenmaterial gibt es zwar, da hier allerdings vielfach auf von nationalsozialistischen Behörden erstellte Daten zurückgegriffen werden muss, können diese nur unter Vorbehalt verwendet werden. Besonders dürftig sind das vorhandene Material und die Bearbeitung der spezifischen Lebensbedingungen von Zwangsarbeiterinnen. Im folgenden Artikel werde ich einen Überblick über Herkunft, Arbeitsbedingungen und Einsatz von Zwangsarbeiter_innen im „Deutschen Reich" bzw. auf dem Gebiet Österreichs und – auf Grundlage sehr weniger Materialien – spezifisch in Kärnten/Koroška geben.

Unter Zwangsarbeit verstehe ich im vorliegenden Artikel jede Arbeit in der NS-Zeit, die (auch) aufgrund außerökonomischer Zwänge aufgenommen werden musste. Dazu zählen Arbeitszwang basierend auf Herkunft und Religion sowie gruppenspezifische Diskriminierungen, die dazu dienten, Menschen zur Arbeit zu zwingen. Ausgenommen ist jene Arbeit, zu der Angehörige einer „deutschen Volksgruppe" angehalten wurden, wie der *Reichsarbeitsdienst* (RAD), das „Landjahr" usw., da deren Arbeits- und Lebensbedingungen nicht mit jenen von Zwangsarbeiter_innen vergleichbar waren. Die Bedingungen, unter denen die Menschen arbeiten und leben mussten, waren insbesondere abhängig von deren Herkunft bzw. rassistischen Einteilungen in bestimmte Gruppen durch das nationalsozialistische Regime. Außerdem unterschieden sich die Bedingungen durch Regionen, Branchen und Betriebe wie auch durch den Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme.

Um „Deutsche" zu ersetzen …

Durch die im Zuge der Kriegswirtschaft entstehende Arbeitskräfteknappheit musste sich die nationalsozialistische Führung entscheiden, ob die Produktion zurückgeschraubt oder ausländische Arbeitskräfte ins „Reich" (vorrangig heutiges Deutschland und Österreich) geholt werden sollten. Da die ohnehin schon starke Doppelbelastung der „deutschen" Frauen als Gefahr für die Stabilität des

Regimes angesehen wurde, wurden die Arbeitskräfte anderswo gesucht: In einer ersten Phase wurden in den besetzten Gebieten Tschechiens und Polens Menschen angeworben und – vorerst – als so genannte „Zivilarbeiter"/„Zivilarbeiterinnen" eingesetzt, vorrangig in der Landwirtschaft. Der Mangel an ausreichenden Arbeitskräften und die eroberungsbedingt große Anzahl an scheinbar „verfügbaren" Menschen führten in einer zweiten Phase dazu, Zwangsarbeiter_innen zur Arbeit im „Deutschen Reich" zu zwingen und zu verschleppen.

... wurden „Fremde" geholt.

Es kann insgesamt zwischen vier großen Gruppen von Zwangsarbeiter_innen unterschieden werden, wobei die größte Gruppe der Zwangsarbeiter_innen Zivilist_innen aus dem Ausland waren. In ganz Österreich waren das Ende des Jahres 1944 etwa 580.000 Personen.[2] Die zweite Gruppe sind KZ-Häftlinge, die zur Arbeit außerhalb der KZs gezwungen wurden; Ende 1944 waren das etwa 70.000. Zur gleichen Zeit mussten etwa 10.000 Kriegsgefangene Zwangsarbeit verrichten, hierbei handelt es sich um die dritte Gruppe. Außerdem – um die vierte Gruppe zu nennen – wurden circa 50.000 ungarische Juden und Jüdinnen zur Zwangsarbeit in die „Ostmark" verschleppt. Dazu kommen noch etwa 20.000 österreichische Juden und Jüdinnen, die zwischen 1939 und 1941, teilweise bis 1945, in Zwangsarbeitslagern festgehalten wurden, ebenso wie österreichische Roma und Sinti. Insgesamt ist davon auszugehen, dass auf österreichischem Gebiet im Herbst 1944 zumindest 700.000 Menschen Zwangsarbeit verrichten mussten.

Differenzierungen

Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen waren nicht nur zwischen diesen Gruppen, sondern auch innerhalb derselben sehr unterschiedlich. Anhand der selektiven Anwendung der *Genfer Konvention* durch das nationalsozialistische Regime wird

2 Dies waren vor allem Polen_Polinnen, Russen_Russinnen, Belarussen_Belarussinnen, Ukrainer_innen, Italiener_innen, Tschechen_Tschechinnen, Slowenen_Sloweninnen, Kroaten_Kroatinnen, Serben_Serbinnen.

deutlich, wie Differenzierungen vorgenommen wurden: Der Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen war durch die *Genfer Konvention* geregelt. Allerdings wurde diese nur für jene Personen anerkannt, denen das NS-Regime „rassische Artverwandtschaft" zugestand. Das waren vor allem amerikanische, belgische, britische, niederländische, norwegische, französische und serbische Gefangene; Kriegsgefangene aus der UdSSR waren ausgenommen – mit dem vorgeschobenen Grund, die Sowjetunion habe selbst die *Genfer Konvention* nicht unterzeichnet –, italienische „Militärinternierte" wiederum, weil sie formal gesehen nicht als Kriegsgefangene ins „Deutsche Reich" gekommen waren. Nach dem Ausscheren der italienischen Regierung aus der „Achse" wurden letztere zwar als Kriegsgefangene, aber ohne Schutz durch die *Genfer Konvention* betrachtet und waren zusätzlich dem Hass der lokalen Bevölkerung und insbesondere der Arbeitgeber_innen für den „Verrat" ihrer Regierung ausgesetzt. Jüdische Kriegsgefangene waren prinzipiell Kriegsgefangenen aus den jeweiligen Ländern gleichgestellt. Jüdische Gefangene aus der polnischen oder sowjetischen Armee wurden hingegen in gesonderten Arbeitslagern unter besonders brutalen Bedingungen zur Arbeit gezwungen.

Lebens- und Arbeitsbedingungen

Ausländische Zwangsarbeiter_innen, zivile wie auch militärische, mussten an der Kleidung sichtbar Kennzeichnungen tragen, auch hier je nach Herkunft und Zuweisung zu einer bestimmten „Ethnie". Die Bezahlung war – ohnehin nicht mit der von Arbeiter_innen vergleichbar – nach Herkunft bzw. wiederum konstruierter „ethnischer" Zugehörigkeit zusätzlich gestaffelt.

Um zu verhindern, dass „ausländische" Personen mit „Reichsdeutschen" Beziehungen eingingen, wurde versucht, einen Anteil von 30 bis 50 Prozent an Frauen mit zu verschleppen. Beziehungen zwischen „Reichsdeutschen" und anderen Personen wurden schwer geahndet – egal, ob es sich dabei um einen „Deutschen" und eine Zwangsarbeiterin handelte oder umgekehrt. Auch Schwangerschaften von Zivilarbeiterinnen wurden strikt abgelehnt: Schwangerschaften von Polinnen und „Ostarbeiterinnen" waren aus rassistischen Gründen unerwünscht, weswegen die ansonsten bei Todesstrafe ver-

botenen Abtreibungen für die betreffenden Frauen nicht nur gefördert bzw. die Frauen dazu gezwungen, sondern sogar bis zum fünften Monat durchgeführt wurden. Da die Zahl der Schwangerschaften unter ausländischen Zivilarbeiterinnen trotzdem anstieg, wurden ab 1942 Entbindungsmöglichkeiten, Stilleinrichtungen und so genannte „Ausländerkinder-Pflegestätten“ eingerichtet, um die Frauen weiterhin arbeitsfähig zu halten. Die Kinder durften aufgrund möglicher „Leistungsminderung“ nicht behalten werden, bei landwirtschaftlicher Arbeit durften sie auch nicht auf den Höfen bleiben, weil „deutsche“ Kinder nicht gemeinsam mit „fremdvölkischen“ aufwachsen durften. In den genannten „Pflegestätten“ starben zwischen 80 und 90 Prozent (geschätzt wird zwischen 100.000 und 200.000) aller Kinder aufgrund von Vernachlässigung.

Frauen waren zusätzlich zur schweren Arbeit häufig sexualisierter Gewalt ausgesetzt. In KZs wurden Frauen zu Sex-Zwangsarbeit gezwungen. Als so genannte „Asoziale“ wurden sie erst im Jahr 2005 als Opfer des Nationalsozialismus rehabilitiert.

Kärnten/Koroška

In Kärnten/Koroška mussten die ersten Zivilarbeiter_innen aus Tschechien unter anderem im Magnesitwerk in Radenthein/Radenče, bei Streckenausbesserungen der Reichsbahn im Raum Arnoldstein/Podkološter und bei der Bleiberger Bergwerksunion arbeiten. Viele der Arbeiter_innen wehrten sich gegen die zu niedrigen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen und weigerten sich, die ihnen zugewiesene Arbeit weiter zu verrichten.

Ende 1939 wurden Polen/Polinnen angeworben, dann ebenso wie zuvor tschechische Bürger_innen gezwungen, in Österreich zu arbeiten. Die Menschen wurden zunächst in Lager nach Klagenfurt-Waidmannsdorf/Otoče und nach Villach/Beljak-St. Magdalen gebracht und dann auf die jeweiligen Betriebe verteilt. Es gab eigene Beauftragtenstellen, denen Listen vorlagen, in welchen Bereichen Arbeitskräfte benötigt wurden. Zwischen 1941 und 1945 mussten auch für die katholische Kirche 77 Zwangsarbeiter_innen aus Russland, Polen, Italien und dem ehemaligen Jugoslawien arbeiten.

Weitere zivile Zwangsarbeiter_innen aus Polen wurden im Sommer 1940 nach Kärnten verschleppt, im Herbst dann die ersten

französischen und britischen Kriegsgefangenen. Mitte 1942 kamen angeworbene kroatische Zivilarbeiter_innen, dann wurden serbische und slowenische Zwangsarbeiter_innen, schließlich ab 1943 russische Zwangsarbeiter_innen aus der Zivilbevölkerung und Kriegsgefangene gezwungen, in Kärnten zu arbeiten.

Literatur

Amesberger, Helga u.a. [Hrsg.innen]: Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern. Mandelbaum Verlag, Wien 2007

Baum, Wilhelm u.a. [Hrsg.]: Das Buch der Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten. Kitab Verlag. Klagenfurt/Wien 2010

Karner, Stefan/Ruggenthaler, Peter: Zwangsarbeit in der Land- und Forstwirtschaft auf dem Gebiet Österreichs 1939 bis 1945. Oldenbourg Verlag, Wien/München 2004

Österreichische Historikerkommission: Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939-1945. Oldenbourg Verlag, Wien/München 2004

Walzl, August: Zwangsarbeit in Kärnten im Zweiten Weltkrieg. Die Hintergründe eines politischen Phänomens im Alpen-Adria-Raum. Verlag des Kärntner Landesarchivs. Klagenfurt 2001

ROSA BELLADONNA

Verdrängt und vergessen – Kontinuitäten der NS-Medizin

Die Liste der Ärzt_innen, die als Täter_innen und Mittäter_innen an den Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt waren, ist lang. Ebenso die der Wissenschaftler_innen, die durch ihre akademisch-wissenschaftliche Arbeit und die daraus resultierende vermeintliche naturwissenschaftliche Objektivität die Legitimation für Eugenik, NS-Euthanasie, „Rassenhygiene" und die systematische Vernichtung von Millionen von Menschen geschaffen haben.[1]

Im Folgenden darf keine umfassende Aufarbeitung von NS-Medizin und NS-Wissenschaften erwartet werden. Obwohl diese bis heute nicht vollständig erfolgt ist, würde eine solche weit über den Rahmen dieses Beitrages hinausgehen. Vielmehr soll es darum gehen, anhand ausgewählter Beispiele bis heute andauernde Kontinuitäten aufzuzeigen und eine kritische Auseinandersetzung damit einzufordern.

1 Medizin und Naturwissenschaften waren (und sind) Männerdomänen, in denen Frauen nur eine untergeordnete, aber dennoch wichtige Rolle spielten. Wenn die potentielle Möglichkeit einer (Mit-)Täterinnenschaft durch Frauen besteht, wird in diesem Artikel _innen bzw. (_innen) verwendet, auch im Zusammenhang mit der SS. Obwohl diese als patriarchale Elitetruppe galt, waren zahlreiche Frauen als so genanntes „SS-Gefolge" („SS-Helferinnen") der SS unterstellt. Frauen waren von der Mitgliedschaft in der SS nicht explizit ausgeschlossen und z. B. im Frauen-KZ Ravensbrück als SS-Aufseherinnen, SS-Krankenschwestern sowie SS-Ärztinnen eingesetzt und direkt an Medizinverbrechen beteiligt (vgl. *Frauen im Nationalsozialismus* im Literaturverzeichnis).

Gewidmet den SS-Ärzt_innen

Der Ausgangspunkt für diesen Artikel ist die Widmungstafel der „Angehörigen der Ärztlichen Akademie Berlin-Graz“, die im „Ehrenhain“ am Ulrichsberg angebracht ist. (Näheres zum „Ehrenhain“ ist im Artikel *Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen* nachzulesen.) Die Gedenktafel wurde 1991 anlässlich einer Festsitzung zum Gedenken an die Übersiedlung der *SS-Ärztlichen Akademie* von Berlin nach Graz an Paul Rösch, einen Kameraden der *Ulrichsberggemeinschaft*, übergeben (Klee 2001, 26),[2] und ist

> „In Memoriam – den im Einsatz für Heimat und Vaterland gefallenen, vermißten und nach Kriegsende gewaltsam zu Tode gekommenen Ärzten, Schwestern und Sanitätsdienstgraden beider Weltkriege und der Abwehrkämpfe gewidmet von Angehörigen der ärztlichen Akademie Berlin-Graz.“

Ausgespart wir hier, dass die *Ärztliche Akademie* in Graz eine der SS unterstehende war.

Die *SS-Ärztliche Akademie* ist aus einer 1937 in Berlin gegründeten SS-Junkerschule[3] hervorgegangen und wurde im Oktober 1940 auf Befehl Adolf Hitlers nach Graz verlegt. Aufgabe der SS-*Ärztlichen Junkerschule* bzw. der *SS-Ärztlichen Akademie* war die Ausbildung junger SS-Sanitätsoffiziere und speziell geschulter SS-Ärzte für die (Waffen-)SS und die SS-Totenkopfverbände. Die Ausbildung umfasste neben der medizinischen an der Grazer *Karl-Franzens Universität* eine militärische und eine Fachausbildung an der *SS-Ärztlichen Akademie*, die neben Sport- und Fremdsprachenkursen vor allem einen „weltanschaulichen Unterricht“ beinhaltete (vgl.

2 Das Jubiläum der Übersiedlung der *SS-Ärztlichen Akademie* nach Graz war offensichtlich ein Grund zum Feiern. Der Festredner, ehemaliger SS-Obersturmbannführer Hans Foerster und früher Dozent an der SS-Akademie, sagte: „[E]s ist wirklich erstaunlich. dass eine Institution, die nur 5 Jahre bestand, nach 50 Jahren noch in lebendiger Erinnerung geblieben ist. [...] Es muss also die Institution gewesen sein, die etwas geschaffen hatte, was heute nach 50 Jahren uns wieder hier zusammengeführt hat.“ (Zit. n. Klee 2001, 10)

3 Als SS-Junker wurden SS-Offiziersanwärter bzw. SS-Führerlaufbahn-Anwärter, die in speziellen so genannten SS-Junkerschulen, den Elite-Kaderschmieden, ausgebildet wurden, bezeichnet (vgl. Gstettner 2001).



Gedenktafel der SS-Ärztlichen Akademie

Bruns 2009). Zum „Berufsbild“ heißt es in einer Werbebroschüre der (Waffen-)SS dazu:

> „Die Ausbildung zum SS-Führer und SS-Arzt sollte eine Verbindung von politischem Soldaten und Arzt darstellen. Er ist Arzt der Truppe und Hausarzt der Familienangehörigen seiner Truppe. Er ist als Erbarzt verantwortlich für die Durchführung des Heirats- und Verlobungsbefehls des Reichsführers-SS. Er ist der verantwortliche Arzt der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten. Als SS und Polizeiarzt und als Arzt in Konzentrationslagern wird er zu kriminalbiologischen [sic!] Aufgaben herangezogen.“ (Zit. n. Dich ruft die SS)

Einer der Kommandanten dieser Akademie war der Dozent für Innere Medizin und SS-Obersturmbannführer Hans Kaether. Als sein Adjutant fungierte eine Zeit lang SS-Obersturmbannführer und Lagerarzt des KZ Buchenwald Erwin Ding-Schuler, der auch Lehrgänge an der *SS-Ärztlichen Akademie* leitete. Ding-Schuler, der insbesondere für seine Fleckfieberversuche eine zweifelhafte Berühmtheit

erlangte, war ein besonders ehrgeiziger Arzt und einer der skrupellosesten Mediziner, die das „Dritte Reich" hervorgebracht hat – er hat 1945 in Untersuchungshaft Selbstmord verübt (vgl. Scharsach 2000; Klee 2001). Ein weiterer Adjutant war der Kärntner Egon Skalka (Klee 2001, 21), der auch der *Ulrichsberggemeinschaft* kein Unbekannter ist – wurde er doch bei der Ulrichsbergfeier 1988 vom Kameraden Hans Hirn dafür gelobt, dass er als „Divisionsarzt der Waffen-SS [...] ‚feindliche' Verwundete in deutsche Lazarette bringen ließ und somit ihr Leben rettete" (Rencher 1999, 127).[4]

Zwischen der *Medizinischen Fakultät* der Universität Graz und der *SS-Ärztlichen Akademie* bestanden enge Verbindungen: Einerseits besuchten die Angehörigen der Akademie an der Fakultät Lehrveranstaltungen, andererseits waren Dozenten der Fakultät als Lehrende an der Akademie eingesetzt. Zum Beispiel wurde Bernward Josef Gottlieb – SS-Sturmbannführer und seit 1941 Leiter des *Institutes für Geschichte der Heilkunde beim Reichsarzt SS und Polizei* in Berlin – im Jänner 1943 zum Dozenten für *Geschichte der Medizin* an der Universität Graz ernannt und gleichzeitig Lehrgangsleiter an der *SS-Ärztlichen Akademie*. Zeitgleich mit seiner Versetzung nach Graz übersiedelte auch das medizinhistorische Institut der SS nach Graz (Bruns 2009, 68). Zudem wurde Ernst Robert Grawitz – SS-Obergruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS, *Reichsarzt SS und Polizei* – 1941 zum Honorarprofessor der Medizinischen Universität Graz (Klee 2001, 13; vgl. auch Bruns 2009). Von Heinrich Himmler bereits 1937 zum *Reichsarzt SS und Polizei* ernannt, war er in dieser Funktion Chef aller SS-Ärzt_innen und für die in den KZs durchgeführten medizinischen Experimente verantwort-

4 Egon Skalka (1915-2006), in Völkermarkt/Velikovec in Kärnten/Koroška geboren, meldete sich 1935 freiwillig zur SS-Verfügungstruppe. Seine medizinische und militärische Ausbildung inkludierte unter anderem den Besuch der SS-Junkerschule in Bad Tölz (1937-1938) und der *SS-Ärztlichen Akademie* in Graz, wo er 1941 promovierte. Egon Skalka wird immer wieder als Beispiel für die „guten Taten der (Waffen-)SS gegenüber dem Feind" herangezogen. In der Schlacht bei Arnheim 1944 organisierte er im Einvernehmen mit den Briten einen temporären Waffenstillstand, um britische Verwundete zu behandeln.

lich bzw. ordnete er diese an (Bruns 2009, 58; vgl. auch: Grenzfeste Deutscher Wissenschaft 1985).

Die Akten zur *SS-Ärztlichen Akademie* sind bis heute unvollständig aufgearbeitet, und es bleibt abzuwarten, zu welchen Ergebnissen das derzeit von Alois Kernbauer an der Universität Graz betriebene Forschungsprojekt kommen wird, dessen Veröffentlichung für Jänner 2012 geplant ist.[5] Jedenfalls wurden an der *SS-Ärztlichen Akademie* Forschungsarbeiten durchgeführt, für die – in zumindest einem Fall – ein Skelett eines ermordeten Häftlings aus dem Konzentrationslager Mauthausen überstellt wurde:

> „In der Anlage übersende ich 12 Fotographien des Juden, dessen Skelett Sie jetzt besitzen. Ich bitte, diese Photographien absolut vertraulich behandeln zu wollen. Sie dürfen in keinem Fall an die Öffentlichkeit kommen." Mauthausen, 21. Juli 1943. (Zit. n. Kernbauer 2001, 53)

Präparate, die aus Häftlingsleichen hergestellt wurden, wurden aus dem KZ Buchenwald bezogen. In einem Brief an den Leiter der Pathologischen Abteilung des KZ wird dieser aufgefordert,

> „[...] über den vorliegenden Auftragsbestand für die SS-Ärztliche Akademie in Graz [...] zu berichten." (Zit. n. Grenzfeste Deutscher Wissenschaft 1985, 62)

Auch in der so genannten „Pathologischen Abteilung" im KZ Gusen wurden unter der Anleitung von SS-Ärzten diejenigen Häftlinge, die „körperliche Besonderheiten" aufwiesen, durch Herzinjektionen getötet, ihre Leichen präpariert und ein großer Teil der Präparate zur weiteren Untersuchung an die *SS-Ärztliche Akademie* in Graz geschickt (vgl. Rabitsch 1970; Grenzfeste Deutscher Wissenschaft 1985).

Als „Lehrbetrieb" für die chirurgische Ausbildung diente den Absolventen der *SS-Ärztlichen Akademie* das KZ Dachau. Zwischen Mitte Mai 1941 bis Ende 1942 wurden von Studenten oder gerade ausgebildeten Ärzten der *SS-Ärztliche Akademie* ungefähr 500 Operationen an gesunden Häftlingen nur zu Übungszwecken ausgeführt (Klee 2001, 23). Unter den „Praktikanten" erwies sich der Klagenfurter Arzt Sigbert Ramsauer – KZ-Arzt in Dachau, Mauthausen, Neuengamme und ab 1943 im KZ Loiblpass – als einer der „tapfers-

5 Alois Kernbauer, Die SS-Ärztliche Akademie. Böhlau Verlag 2012

ten“ Chirurgen (Klee 2001, 23). Auf die Karriere Sigbert Ramsauers vor allem nach 1945 wird im Artikel *Loibl-KZ – das „vergessene“ Konzentrationslager* näher eingegangen.

Auf der Widmungstafel der *SS-Ärztlichen Akademie*, die im „Ehrenhain“ am Ulrichsberg hängt, wird durch das Weglassen der SS-Runen ein harmloses Gedenken an medizinisches Personal vorgespiegelt. Eine ehrende Gedenktafel für Ärzt_innen und Krankenschwestern[6], die auch diejenigen, die in den Nürnberger Ärzt_innenprozessen nach dem Krieg für ihre Medizinverbrechen zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, einschließt, kommt einer Verhöhnung ihrer hunderttausenden Opfer gleich – ein typisches Beispiel einer Täter_innen-Opfer-Umkehr und ein Legitimationsversuch für die Medizinverbrechen des „Dritten Reiches“. Ärzt_innen denunzierten ihre jüdischen Kolleg_innen, die ihrer eigenen wissenschaftlichen Karriere im Weg standen, Ärzt_innen waren für die „Rassengutachten“, die über Leben und Tod entschieden, verantwortlich, Ärzt_innen entschieden, wer der NS-Euthanasie zum Opfer fallen sollte, Ärzt_innen verabreichten tödliche Medikamente, Ärzt_innen führten Zwangsabtreibungen und Zwangssterilisationen durch, Ärzt_innen nützten die Gelegenheit, unvorstellbar grausame Menschenversuche durchzuführen, Ärzt(_innen) führten die Selektionen an den Rampen der KZs durch und drehten die Gashähne auf.

(NS-)Kontinuitäten in Medizin und Forschung

Viele Forschungsrichtungen, die aufgrund ihrer Legitimation und der finanziellen Unterstützung durch den Nationalsozialismus einen ungemeinen Aufschwung nahmen, haben eine Tradition, die über die NS-Zeit hinausgeht. Der Nationalsozialismus hat im Bereich der Medizin keine eigene neue Ideologie geschaffen, sondern bestehende Denkmuster zu „Rassenpolitik“ und „Rassenhygiene“ systematisch in die gesellschaftspolitische Praxis umgesetzt. Weder Sterilisationspolitik und Eheverbote, noch Eugenik, „Euthanasie“ und Menschenversuche waren nationalsozialistische Erfindungen. Bereits Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts prägten Vor-

6 Aus historischen Gründen wird hier der Begriff Krankenschwestern anstelle der korrekten Bezeichnung Pfleger_innen verwendet.

denker die Begriffe Eugenik, „Rassenhygiene“ und Bevölkerungspolitik[7], und bis heute existieren weltweit noch immer fragwürdige Gesetzgebungen, die eine sozialdarwinistische, „rassenhygienische“ Biopolitik ermöglichen.

Die Schwerpunkte der naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschung in der Zeit des Nationalsozialismus waren nicht neu und zumindest zum Teil auch nicht pseudo-wissenschaftlich, sondern die logische Fortsetzung international anerkannter Forschungsrichtungen. Dies lässt sich anhand von Beispielen deutlich belegen. Um nur einige ausgewählte zu nennen: Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte Francis Galton (1822-1911) seine eigene Vererbungslehre und leitete daraus Thesen zur „Verbesserung der menschlichen Rasse“ ab – dafür prägte er 1883 den Begriff Eugenetik (Eugenik)[8] und gründete 1908 die internationale *Eugenics Education Society*; Alfred Ploetz (1860-1940) führte in seinem Buch *Die Tüchtigen unserer Rasse und der Schutz der Schwachen* 1895 den Begriff „Rassenhygiene“ anstelle von Eugenik ein und war Mitbegründer der 1905 gegründeten völkischen *Gesellschaft für Rassenhygiene*; Wilhelm Schallmayer (1857-1919) prägte den Begriff „Sozialeugenik“[9] und forderte eine „Erziehung zur Moral des Rassedienstes“; Ludwig Woltmann (1871-1907) vertrat die Ansicht, dass „Erbgutmischungen aus verschiedenen Rassen“ schädlich für den kulturellen Fortschritt und daher zu bekämpfen seien; seit Beginn des 20. Jahrhunderts fand die Zwangssterilisation von „Kriminellen“, „Geisteskranken“ und Menschen mit angeblich unheilbaren Krankheiten

7 Unter Bevölkerungspolitik wird die Gesamtheit zielgerichteter, staatlich-administrativer Maßnahmen, um eine Bevölkerung in ihrer Größe oder inneren Zusammensetzung zu verändern, verstanden, oder anders gesagt, eine Steuerung und Regulierung der Bevölkerung in ihren biologischen und sozialen Merkmalen.

8 Eugenik (altgriechisch *eu* „gut“, *genos* „Geschlecht“) bezeichnet die Anwendung humangenetischer Erkenntnisse auf die Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik mit dem Ziel, den Anteil positiv bewerteter Erbanlagen zu vergrößern (positive Eugenik) und den Anteil negativ bewerteter Erbanlagen zu verringern (negative Eugenik).

9 Unter Sozialeugenik wird die Steuerung einer Bevölkerung aufgrund sozialer Kriterien verstanden.

unter Mediziner_innen in aller Welt Befürworter_innen und wurde in vielen Ländern durch entsprechende Gesetzgebungen in die Praxis umgesetzt; in zahlreichen europäischen Ländern und Bundesstaaten der USA wurden Menschen, die an bestimmten Krankheiten litten oder verschiedenen „Rassen" angehörten, mit Eheverboten belegt; Adolf Jost (1874-unbekannt) veröffentlichte bereits 1895 einen Aufruf zum medizinischen Töten, um „den sozialen Organismus lebendig zu halten" (vgl. Baader/Schultz 1980; Scharsach 2000; Stromberger 2002; Bruns 2009).

Die „Euthanasie" betreffend, geschah in der Zeit des Nationalsozialismus nichts, was nicht Psychiater_innen schon lange gefordert hatten. Eine Psychiatrie, die ihre Patient_innen nicht heilen konnte, befand sich in dem Dilemma, Ruf und Anerkennung zu verlieren, hatte ihr Unvermögen ständig vor Augen und sah daher ihre Patient_innen als „Ballast" an. Um eine „Abnahme des Irrsinns erreichen zu können", kam Hermann Simon (1867-1947), Anstaltsleiter in Gütersloh, bereits 1931 zu dem Schluss: „Es wird wieder gestorben werden müssen." Der Psychiater Ernst Rüdins (1874-1952) – Vorsitzender der *Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene* – äußerte 1934 über Adolf Hitler:

> „Die Bedeutung der Rassenhygiene ist in Deutschland erst durch das politische Werk Adolf Hitlers allen aufgeweckten Deutschen offenbar geworden, und erst durch ihn wurde endlich unser mehr als dreißigjähriger Traum zur Wirklichkeit, Rassenhygiene in die Tat umsetzen zu können." (Zit. n. Klee 1999)

Diese Aussage macht deutlich, dass die Psychiatrie nicht von den Nationalsozialist_innen missbraucht wurde, sondern diese den Nationalsozialismus begrüßte, um ihre lang gehegten Träume zu verwirklichen (vgl. Scharsach 2000; Stromberger 2002; Bruns 2009).

Auch Menschenversuche waren keine Erfindung des Nationalsozialismus, denn bereits Anfang des 19. Jahrhunderts gewannen diese mit dem Aufkommen von modernen wissenschaftlichen Methoden zunehmend an Bedeutung. Unterstützt durch die nationalsozialsozialistische „Rassenideologie" und durch die veränderten Rahmenbedingungen wurden von KZ-Ärzt_innen systematisch unvorstellbar grausame Versuche an Menschen durchgeführt, insbesondere auch zu militärischen Zwecken. Kriegsrelevante Experimente an

Menschen haben eine lange Tradition und wurden (und werden) seit den frühen 1930er Jahren vor allem von Geheimdiensten durchgeführt, um die Auswirkungen von „Wahrheitsdrogen", radioaktiver Strahlung oder chemischen und biologischen Waffen zu erproben.

Nach 1945 lehnten es die meisten Ärzt_innen und Naturwissenschaftler_innen kategorisch ab, sich mit dem von ihnen geleisteten Beitrag zum organisierten Massenmord auseinanderzusetzen, und begründeten ihr Verhalten damit, sich bei ihren Forschungsarbeiten strikt an objektive, wissenschaftliche Kriterien gehalten zu haben. Um sich der eigenen Verantwortung zu entziehen und jegliche (Mit-)Schuld von sich zu weisen, beteuerten sie wiederholt, dass sie selbst und ihre angeblich rein objektive Arbeit von den Nationalsozialist_innen instrumentalisiert und missbraucht worden wären, und sie so zu Opfern des Systems geworden wären. Dadurch wird eine kritische Auseinandersetzung mit der Verantwortung der medizinischen und naturwissenschaftlichen Forschung für die Verbrechen des Nationalsozialismus verhindert. Die eigene Verantwortung für Medizinexperimente an Menschen, NS-Euthanasie und Massenmord wird von Forscher_innen und Ärzt_innen mit der Begründung, diese seien gesetzlich erlaubt gewesen, abgelehnt, der ethisch-moralische Tabubruch legitimiert. Somit wurde es möglich, die Verantwortung für das eigene menschenverachtende Handeln an die Machthaber_innen und deren Gesetzgebung abzugeben. Gerade heute, wo es in der Forschung in vielen Experimenten weniger um die wissenschaftliche Sinnhaftigkeit als die technische Machbarkeit geht, kann eine solche Argumentation nur als gefährliche Drohung verstanden werden. Keinem Staat, keine_m_r Machthaber_in kann und darf die alleinige Verantwortung und Reglementierung der medizinischen und naturwissenschaftlichen Forschung übertragen werden. Wissenschaftler_innen haben Eigenverantwortung zu tragen und müssen sich kontinuierlich mit den möglichen Auswirkungen ihrer Forschung kritisch auseinandersetzen.

Eponyme – Was sagt ein Name?

Die Bedeutung des Begriffs „Eponym" ist wohl kaum jemandem bekannt. In der Medizin bezieht sich dieser auf den Gebrauch des Namens einer Person als Bezeichnung für eine Krankheit, eine

medizinische Untersuchungsmethode oder auch eine Operationsmethode. Das ist eine der größten Ehrungen für Ärzt_innen, eine Ehrung, die eine immerwährende Anerkennung seitens der Kolleg_innen festschreibt. Das mag seltsam anmuten, ist aber eine übliche Wertschätzung, die in den Naturwissenschaften durch das Benennen von Tier- und Pflanzenspezies oder Mondkratern nach ihren Entdecker_innen oder in ehrender Anerkennung von Wissenschaftler_innen ihr Pendant findet.

Eponyme in der Medizin wurden und werden vielfach beibehalten, weil sie nicht nur die Verbindung zu einer Person herstellen, sondern auch einen historischen Kontext, einen Bezug zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt zum Stand der Wissenschaft bewirken sollen. Solange die Lebensgeschichte der betreffenden Geehrten jedoch nicht zum Allgemeinwissen – insbesondere von Mediziner_innen und natürlich Patient_innen sowie deren Angehörigen, die sich mit ihrer Diagnose auseinandersetzen müssen – gehört, bleibt ein Name nur ein Name. Im Folgenden soll diese Problematik an zwei bekannten Beispielen für Täter-Eponyme aus der Medizin dargestellt werden.

Hirnforscher auf Abwegen

Im Jahr 1922 beschrieben Julius Hallervorden (1882-1965) und Hugo Spatz (1888-1969) zum ersten Mal eine sehr seltene Erkrankung des Gehirns[10], die – wie heute bekannt ist – genetisch bedingt ist und bereits im Kindesalter auftritt. Für diese wissenschaftliche Arbeit wurde den beiden Hirnforschern durch die Vergabe eines Eponyms Anerkennung und Ehre zuteil, und das so genannte *Hallervorden-Spatz Syndrom* fand Eingang in die medizinische Terminologie.

Für ihre weiteren Forschungsarbeiten sammelten Hallervorden und Spatz in der NS-Zeit die Gehirne von hunderten im Rahmen

10 „Eigenartige Erkrankung im extrapyramidalen System mit besonderer Beteiligung des Globus pallidus und der Substantia nigra“, Zeitschrift für Neurologische Psychiatrie, 1922. Die Arbeit erschien vor der Machtergreifung der Nationalsozialist_innen und die untersuchten Gehirne stammten nicht von NS-Euthanasie-Opfern.

der *Euthanasie Aktion T4*[11] ermordeten Kindern und Erwachsenen. Julius Hallervorden – Psychiater und Neuropathologe, ab 1938 Vorstand der Neuropathologie des *Kaiser-Wilhelm-Instituts* (KWI) für Hirnforschung und Pathologe in Brandenburg-Görden – führte persönlich Gehirnentnahmen bei den Ermordeten durch. So berichtete er dem Psychiater Paul Nitsche, einem Expertengutachter der *T4-Aktion*, der nach dem Zweiten Weltkrieg zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, dass er 697 Gehirne, inklusive derer, die er selbst in Brandenburg entnommen hatte, erhalten habe (vgl. Shevell/Pfeiffer 2001).

Bemerkenswert ist die Offenheit, mit der Julius Hallervorden sein Mitwissen an der *T4-Aktion* nach 1945 zugab. Aus den von Leo Alexander (siehe Kasten) im Auftrag der Alliierten erstellten Dokumenten geht hervor, dass Hallervorden der Ansicht war, dass – wenn diese Menschen schon getötet werden würden – doch wenigstens die Gehirne weiterverwendet werden sollten.[12] Da Julius Hallervor-

11 *T4-Aktion* steht als Synonym für das Massenmord-Programm „Euthanasie“ und leitet sich aus der Adresse der Euthanasie-Zentrale in der Tiergartenstraße 4 in Berlin ab. Der Führerbefehl zur Euthanasie wurde im Oktober 1937, rückdatiert auf den 1. September, gegeben. Ende August 1941 wurde die *T4-Aktion* aufgrund des massiven öffentlichen Drucks, vor allem der Kirche, offiziell eingestellt. Die Massenvernichtungsanstalten wurden zwar mit Ausnahme von Hartheim aufgelassen, „inoffiziell“ ging das Morden jedoch in den Krankenanstalten dezentralisiert weiter (vgl. Scharsach 2000; Stromberger 2002).

12 „Ich hörte, dass sie das tun würden und so ging ich hin und sagte ihnen, ‚schaut her, Jungens, wenn ihr die Leute doch tötet, nehmt wenigstens die Gehirne heraus, damit das Material verwendet werden kann‘. Sie fragten mich: ‚Wieviele können Sie untersuchen?‘ und so sagte ich ihnen, eine unbegrenzte Anzahl, je mehr desto besser. Ich gab ihnen die Fixierungsmittel, Glasbehälter und Kasten, und unterrichtete sie im Entfernen und Fixieren der Gehirne und dann kamen sie nur so und brachten sie herein wie der Lieferwagen vom Möbelgeschäft. Die Gemeinnützige Krankentransport Gesellschaft brachte die Gehirne in Mengen von 150-250 auf einmal. […] Es war wunderbares Material unter diesen Gehirnen, Schwachsinnige, Missbildungen und frühe Kinderkrankheiten. Selbstverständlich nahm ich diese Gehirne an. Wo sie herkamen und wie sie zu mir kamen, war wirklich nicht meine Angelegenheit.“ (Geschichte-erforschen.de/wissenschaft/euthanasie)

den die Morde nicht selbst ausführte, also nicht in der „ersten Reihe" stand, fühlte er sich in keinster Weise verantwortlich; dass ihm als „Materialverwerter" irgendeine Schuld zukommen könnte bzw. er an der NS-Euthanasie zumindest indirekt beteiligt war, scheint er nie reflektiert zu haben.

Leo Alexander

Leo Alexander, Neuropsychiater, emigrierte 1933 wegen seiner jüdischen Abstammung in die USA und diente 1942 bis 1946 im medizinischen Corps der Vereinigten Staaten am General Hospital der 8. US-amerikanischen Luftflotte in England. Von Mai 1945 bis Juni 1947 war er im Auftrag des Hauptquartiers der alliierten Expeditionsstreitkräfte (*Supreme Headquaters Allied Expeditionary Forces*, SHAEF) tätig und untersuchte für das *Combined Intelligence Objectives Sub-Committee* (CIOS; Unterausschuss für gemeinsame Nachrichtenziele) die Arbeit medizinischer Pflegeanstalten und Forschungseinrichtungen in den westalliierten Zonen. Ziel dieser Mission war zum einen, die deutschen medizinischen Verbrechen umfassend zu untersuchen, zum anderen aber auch die medizinischen Experimente an Anstaltsinsass_innen und KZ-Häftlingen in Bezug auf fachliche Qualität und potentiellen Nutzen für die Alliierten zu prüfen. Er besuchte viele medizinische Forschungsstätten, aber auch Heil- und Pflegeanstalten in Deutschland und führte zahlreiche persönliche Gespräche mit Neurolog(_inn)en, Psychiatern, Neuropatholog(_inn)en, ehemaligen SS-Offizieren, Anstaltsärzt_innen, Pflegepersonal und Überlebenden aus Anstalten und Konzentrationslagern und sammelte auf diese Weise umfangreiches Material über den aktuellen Stand der deutschen Neuropsychiatrie und Neurochirurgie. Dieser Bericht stellte eine essentielle Basis für die Nürnberger Ärzt_innenprozesse dar und war auch für die Aufklärung der Verstrickung von Julius Hallervorden in die NS-Euthanasie-Aktionen wesentlich.

Geschichte-erforschen.de/wissenschaft/euthanasie

Da weder die Alliierten noch die bundesdeutsche Justiz Anklage gegen Julius Hallervorden erhoben, stand nach 1945 seiner langen und erfolgreichen wissenschaftlichen Karriere nichts im Wege. Er war Träger des großen *Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland,* Ehrendoktor der Medizinischen Fakultät Gießen und Präsident der *Deutschen Neuropathologischen Gesellschaft.* Während er unter den deutschen Kolleg_innen, bei denen seine Verwicklung in die NS-Euthanasie-Maßnahmen nicht diskutiert wurde, weiterhin hohes Ansehen genoss, reagierten die nicht-deutsche Kolleg_innen in diesem Punkt sensibler und distanzierten sich zumindest zum Teil sehr deutlich von seinem Umgang mit dem Thema. In den Nachrufen, die ihm gewidmet sind, findet die Zeit zwischen 1933 und 1945 kaum Erwähnung, nur dass „[d]er Ausbruch des Zweiten Weltkrieges allen Plänen ein Ende“ machte (vgl. Geschichte-erforschen.de/wissenschaft/euthanasie). Angesichts seiner steilen Karriere sowohl zur Zeit des Nationalsozialismus als auch nach 1945 blanker Zynismus.

Hugo Spatz war einer der anerkanntesten deutschen Neuropathologen und wurde zum Mentor von Julius Hallervorden, der ihm auch 1921 die Gehirne der beiden Schwestern brachte, die als Basis für die Erstbeschreibung der später nach den beiden Forschern benannten Erkrankung diente. Hugo Spatz leitete von 1937 bis 1945 die anatomische und allgemein-pathologische Abteilung des KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch und unter seiner Leitung kollaborierte das Forschungszentrum mit der Mordanstalt in Brandenburg-Görden, aus der die Gehirne der „Geisteskranken“ bezogen wurden.

Als Direktor des KWI wurde Hugo Spatz 1945 zwar von der amerikanischen Militärpolizei gefangen genommen, es wurde jedoch niemals Anklage gegen ihn erhoben. Ihm wurde sogar angeboten, seine Forschungsarbeiten im amerikanischen *Aeromedical Center* in Heidelberg weiterzuführen, was er auch tat. Unabhängig von seiner Involvierung in die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, konnte auch er seine Karriere fortsetzen, zuerst erhielt er ein Forschungslabor im *Institut für Physiologie* in Gießen, von 1948 bis 1957 war er Direktor des *Max Planck Instituts für Hirnforschung* in Frankfurt.

Die Weiterverwendung des Eponyms *Hallervorden-Spatz Syndrom* kommt nicht nur einer Verhöhnung der hunderten NS-Euthanasieopfer gleich, sondern verdeutlicht auch, dass die Anerkennung

von Wissenschaftler_innen allein auf ihren Errungenschaften in der medizinischen Forschung basiert, aber die Lebensgeschichte der Personen komplett ausgeblendet wird. Kritische Mediziner_innen und Wissenschaftler_innen haben seit Anfang der 1990er Jahre durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen in der medizinischen Fachliteratur eine Auseinandersetzung mit dieser Problematik eingefordert und sich damit beschäftigt, wie das Schweigen gebrochen und die wissenschaftliche Verstrickung sichtbar gemacht werden kann. Die Diskussionsbeiträge zu diesem Thema reichen von Vorschlägen zur Umbenennung der Erkrankungen – zum Beispiel durch eine Benennung der Erkrankung, welche die Namen der Opfer einschließt, somit aber die Täter_innen verschwinden lässt – bis zur Beibehaltung der Eponyme mit einer entsprechenden Anmerkung zu den Namensgebenden (vgl. *Medizinische Fachliteratur* im Literaturverzeichnis).

Der Hallervorden-Spatz Krankheit wurde ein neuer wissenschaftlicher Name gegeben[13], und es ist nun ein Usus, diesen zu verwenden und in Klammer „früher/formally Hallervorden-Spatz" anzugeben. Diese Variante soll einen Hinweis darauf liefern, dass die Forscher, nach denen die Krankheit benannt wurde, einen zweifelhaften ethisch-moralischen Ruf haben. Dieses Verständnis setzt jedoch eine grundlegende Bereitschaft voraus, sich mit der Problematik von Eponymen überhaupt auseinanderzusetzen, sonst könnte eine Neubezeichnung auch einfach als neuere, präzisere wissenschaftliche Erkenntnis verstanden werden, die eine Umbenennung notwendig erscheinen ließ.

Die gelebte Praxis in der heutigen medizinischen Forschung das Eponym Hallervorden-Spatz betreffend sieht kurz umrissen folgendermaßen aus: Während Internetdatenbanken, die vom US-amerikanischen *National Institute of Health* und vom *National Center for Biotechnology Information*[14] betrieben werden, kritisch Bezug auf das

13 PKAN, Pantothenate Kinase-Associated Neurodegeneration

14 Die Datenbanken des *National Institute of Health* (NIH) und des *National Center for Biotechnology Information* (NCBI) enthalten unter anderem Informationen über genetisch bedingte Erkrankungen und über die Gene, die durch Veränderungen (Mutationen) betroffen sind.

Eponym Hallervorden-Spatz nehmen, ist ein solcher in vielen derzeit veröffentlichten wissenschaftlichen Arbeiten nicht zu finden. In einer zufälligen Auswahl wissenschaftlicher Publikationen aus den Jahren 2005 bis 2010 aus Belgien, Spanien, Ungarn, Indien, Korea, Japan und den USA sind alle Varianten von einem deutlichen Vermerk zur nationalsozialistischen Vergangenheit der Namensväter über ein einfaches Auflisten aller Krankheitsnamen ohne Erklärung bis zu einer kommentarlosen Verwendung des kritisierten Namens und Zitierung der 1922 von Hallervorden und Spatz veröffentlichen Originalarbeit zu finden. Bleibt noch zu erwähnen, dass zumindest in einer Arbeit, die ausgerechnet vom *Institut für Klinische Neurobiologie* in Wien stammt, das maßgeblich an Präparaten von den am *Spiegelgrund* ermordeten Kindern forschte, nur die Sparvariante – „previously referred to as Hallervorden-Spatz disease/früher als Hallervorden-Spatz Krankheit bezeichnet“ ohne eine weiterführende Erklärung – gewählt wurde (vgl. Jellinger 2003).

Die Auswahl der analysierten wissenschaftlichen Arbeiten stellt keinen repräsentativen Querschnitt dar. Dennoch zeigt sie, dass die seit den 1990er Jahren von kritischen Mediziner_innen versuchte Sichtbarmachung der Involvierung von durch Eponyme geehrten Mediziner_innen in die Verbrechen des Nationalsozialismus noch immer zu keiner breiten internationalen Auseinandersetzung mit der Thematik geführt hat und keine einheitliche, akzeptable Form des Umgangs damit gefunden wurde. Die Aufarbeitung des österreichischen Umgangs mit Täter_innen-Eponymen wäre wohl eine eigene Forschungsarbeit wert.

Die Meerwasser-Experten

Dass sich Naturwissenschaftler_innen und Mediziner_innen schwer tun, den „Ruhm“ ihrer Kolleg_innen in Frage zu stellen, soll noch an einem zweiten Beispiel gezeigt werden. Hans Eppinger (1879-1946) promovierte 1902 in Graz und war dann im *Allgemeinen Krankenhaus* in Wien tätig. Nach Aufenthalten in Freiburg und Köln kehrte er 1933 nach Wien zurück und wurde Direktor der *1. Medizinischen Universitätsklinik für Interne Medizin*. Hans Eppinger, der sich einen Namen als Leberspezialist machte, wurde von seinen Kolleg_innen wiederholt für seinen brutalen Umgang mit Patient_

innen, den Diebstahl sowohl von wissenschaftlichen Daten als auch von medizinischen Instrumenten – insgesamt für seine hochgradige Gewissenlosigkeit und Skrupellosigkeit – kritisiert (vgl. Reuben 2005).

Es ist nicht erwiesen, dass Hans Eppinger selbst aktiv an Menschenversuchen, der Dokumentation von besonderen Merkmalen von „Untermenschen" oder der Perfektionierung von Methoden für Massenmord und Zwangssterilisationen beteiligt war (vgl. Reuben 2005). Auf seine Empfehlung hin führte jedoch Wilhelm Beiglböck, Stabsarzt und Oberarzt in Wien, die Experimente der deutschen Luftwaffe zur Trinkbarkeit von Meerwasser im KZ Dachau vor allem an Roma und Sinti durch. Dafür wurde nicht-entsalztes Meerwasser verwendet, dem lediglich ein den Geschmack verändernder Süßstoff zugesetzt wurde. Die Experimente hatten, wenig überraschend, keinerlei wissenschaftlichen Nutzen, denn dass das Trinken von Meerwasser zu schweren gesundheitlichen Schäden und nach einigen Tagen zum Tod führt, war schon vorher bekannt. Genau aus diesem Grund wurde schließlich versucht, für die Bruchpiloten der deutschen Luftwaffe Meerwasser trinkbar zu machen. Während Wilhelm Beiglböck im Nürnberger Ärzt_innenprozess 1946/47 zu 15 Jahren Haft verurteilt, aber bereits nach einigen Jahren entlassen wurde, wurde Hans Eppinger nicht angeklagt und entzog sich 1946 durch Selbstmord noch vor seiner Einvernahme als Zeuge jeglicher Verantwortung (vgl. Scharsach 2000).

Vermutlich wäre Hans Eppingers Vergangenheit mit ihm begraben geblieben, hätte nicht Herbert Falk (Direktor der Falk Pharma GmbH) in Unkenntnis von dessen Machenschaften 1973 den Eppinger-Preis ins Leben gerufen. Erst in den frühen 1980er Jahren brachte Howard Spiro, Professor an der Yale Universität in den USA und dort Direktor des *Program for Humanities in Medicine*, das Preis-Eponym mit Hans Eppingers unrühmlicher Geschichte in Verbindung (vgl. Spiro 1984; Reuben 2005). Nachdem dieser Fall vom *Simon-Wiesenthal-Zentrum* aufgenommen wurde, kam es Ende 1984 zur Umbenennung des Preises. Erst in den 1990er Jahren erhielt ein anlässlich seines 30. Todestages – besser gesagt Selbstmordtages – ebenfalls nach ihm benannter Mondkrater einen anderen Namen (Reuben 2005). Ebenso wie bei der Hallervorden-Spatz Krankheit

wurde auch die Verwendung der Krankheitsbezeichnung *Cauchois-Eppinger-Frugoni Syndrom* auf die Liste der diskussionswürdigen medizinischen Eponyme gesetzt (vgl. Strous/Edelman 2007).

Der Beginn einer Auseinandersetzung mit der Problematik der Eponyme erfolgte viel zu spät und diese ist noch längst nicht abgeschlossen. Dennoch ist positiv anzumerken, dass in international hoch anerkannten wissenschaftlichen Journalen zumindest von einigen engagierten Mediziner_innen nach wie vor intensiv versucht wird, diese nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, und sich die Herausgeber_innen der entsprechenden Journale auch nicht der Verantwortung entziehen, die entsprechenden Veröffentlichungen abzudrucken (z. B. Strous/Edelman 2007; Morris 2010; Van Craenenbroeck et al. 2010). Dem gegenüber steht der negative Aspekt, dass nach wie vor viele Autor_innen Eponyme völlig unkritisch verwenden, und auch diese Artikel von Herausgeber_innen, ohne einen entsprechenden Hinweis zu verlangen, verlegt werden.

Straßen der Erinnerung

Ähnlich wie bei einem Eponym in der Medizin erhalten Straßen und Plätze die Namen berühmter Persönlichkeiten. Straßennamen dienen somit nicht nur der Orientierung, sondern ermöglichen eine Ehrung von Personen im öffentlichen Raum, es findet jedoch kaum eine Auseinandersetzung mit der Lebensgeschichte der Namensgeber_innen statt. Ohne eine entsprechende Erklärung zu den geehrten Personen, die bei Straßenschildern nur selten zu finden ist und – falls vorhanden – oftmals zu kurz greift, bleiben sowohl die Verdienste als auch die möglichen Verbrechen – einfach die ganze Lebensgeschichte – der Geehrten völlig im Dunkeln. Nicht selten kommt es dadurch zu einer direkten – zumindest örtlichen – Gegenüberstellung von Opfern und Täter_innen.

Ärzt_innen waren auf der Basis des *Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* auch an der Durchführung von Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen direkt beteiligt. Insgesamt wurden im „Deutschen Reich" vermutlich 400.000 Sterilisationen und 30.000 Abtreibungen durchgeführt; etwa 4.000 bis 5.000 Menschen starben an den Folgen dieser Zwangseingriffe. Da in Österreich zum Zeitpunkt der Verordnung des reichsdeutschen Sterilisationsgesetzes



im November 1939 bereits die weitergehende Maßnahme der NS-Euthanasie praktiziert wurde, fanden nach Schätzungen „nur“ etwa 5.000 bis 10.000 Zwangssterilisationen statt (vgl. Malina/Neugebauer 2000).

Im Gaukrankenhaus Klagenfurt wurden die Sterilisationen auf der Chirurgie von Franz Palla (1876-1947) und auf der Gynäkologie von Viktor Hiess (1886-1960), zu ihrer Zeit angesehene Lokalgrößen, durchgeführt. Um den Ausfall von Arbeitsleistung für die deutsche Kriegswirtschaft zu minimieren, wurden von Viktor Hiess ab Anfang 1944 auch routinemäßig Zwangsabtreibungen bei so genannten „Ostarbeiterinnen“ vorgenommen. (Siehe den Artikel *Zwangsarbeit in Kärnten/Koroška*.) Weder Franz Palla noch Viktor Hiess wurden nach 1945 zur Rechenschaft gezogen, sie wurden juristisch nicht belangt. Nach beiden sind in Klagenfurt/Celovec jedoch Straßen benannt: die *Hiessgasse* im Stadtteil Welzenegg und die *Dr.-Franz-Palla-Gasse*, die vom Zentrum Klagenfurts zum heutigen Landeskrankenhaus führt (Haider 2005, 154). Während sich auf dem Gelände des Landeskrankenhauses seit 1988 ein Mahnmal für die Opfer der NS-Euthanasie befindet, das den Schriftzug „Für die Opfer des Nationalsozialismus in der Psychiatrie Klagenfurt“ trägt – eine der wenigen Ausnahmen in der kärntner Gedenkpolitik, die an die tatsächlichen Opfer erinnert –, wird nur wenige Meter davon entfernt einer der Verantwortlichen für Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen geehrt. Die Opfer stehen den skrupellosen Tätern (noch immer/wieder) gegenüber.

Namenlos – Ged/a/e/nkenlos

Eponyme von Täter_innen abzuschaffen und stattdessen die Namen von Opfern hervorzuheben, stellt durchaus einen gangbaren Weg dar. Diese Vorgangsweise würde jedoch einerseits die Täter_innen zum Verschwinden bringen und andererseits einzelne Opfer hervorheben. Daher stellt eine Beibehaltung der Eponyme bei einer gleichzeitigen Verdeutlichung der historischen Hintergründe eine passendere Möglichkeit dar, das öffentliche Bewusstsein für die Zusammenhänge der aktuellen mit der NS-Medizin zu schärfen. Folglich würden die Täter_innen nicht mehr aufgrund ihrer wissenschaftlichen Errungenschaften im Gedächtnis behalten, sondern aufgrund ihrer Vergehen gegen die medizinische Ethik und ihrer direkten oder indirekten Beteiligung an der Umsetzung der von Rudolf Hess[15] vertretenen These: „Nationalsozialismus ist nur angewandte Biologie".

Allgemeine Literatur

Baader, Gerhard/Schultz, Ulrich [Hrsg.] (1989). Medizin und Nationalsozialismus. Tabuisierte Vergangenheit – Ungebrochene Tradition. Frankfurt.

Bruns, Florian (2009). Medizinethik im Nationalsozialismus: Entwicklungen und Protagonisten in Berlin (1939-1945). Stuttgart.

Gstettner, Peter (2001). Justiz und Erinnerung Nr. 4.

Grenzfeste Deutscher Wissenschaft (1985). Über Faschismus und Vergangenheitsbewältigung an der Universität Graz. Hrsg. Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik, Verein Kritische Sozialwissenschaft und Politische Bildung. Verlag für Gesellschaftskritik.

Haider, Hans (2005). Nationalsozialismus in Villach. Edition kärnöl 2005. 3. erweiterte Auflage 2008.

Kernbauer, Alois (2001). Medizin und Nationalsozialismus in der Steiermark. Die Auswirkungen der NS-Herrschaft auf die Struktur der Medizinischen Fakultät Graz. In: Freidl, Wolfgang/Kernbauer, Alois/Noack, Richard N. u.a. [Hrsg.]: Medizin und Nationalsozialismus in der Steiermark, Innsbruck, Wien, München.

15 Rudolf Walter Richard Hess (1894-1987), Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Obergruppenführer der SS und ab dem 21. April 1933 „Stellvertretender Führer", wurde 1946 im *Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess* zu lebenslanger Haft verurteilt und beging am 17. August 1987 im Militärgefängnis Berlin-Spandau Selbstmord.

Klee, Ernst (1999). Referat gehalten am 6. August 1999 am PI der Universität Hamburg. www.irren-offensive.de/rede_ernstklee.htm

Klee, Ernst (2001). Sichten und Vernichten. In: Freidl, Wolfgang/Kernbauer, Alois/Noack, Richard N. u.a. [Hrsg.]: Medizin und Nationalsozialismus in der Steiermark, Innsbruck, Wien, München.

Malina, Peter/Neugebauer, Wolfgang (2000). NS-Gesundheitswesen und -Medizin. Ursprünglich erschienen in: Tálos, Emmerich/Hanisch, Ernst/Neugebauer, Wolfgang/Sieder, Reinhard [Hrsg.]: NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. Wien. S. 696-720.

Reichsführer SS (um 1942). Dich ruft die SS. Reichsführer SS Verlag. Werbebroschüre der Waffen-SS.

Scharsach, Hans-Henning (2000). Die Ärzte der Nazis. Verlag Orac im Verlag Kremayr & Scheriau. Wien.

Simon, Gerd (2008). Chronologie Schulung und Elitebildung im 3. Reich. Schwerpunkt: SS.

Stromberger, Helge (1998). Die Ärzte, die Schwestern, die SS und der Tod. Drava Verlag, Kärnten, 3. erweiterte Auflage 2002.

Frauen im Nationalsozialismus

Kuhn, Anette (1993). Frauen im Nationalsozialismus, Die Täterschaft deutscher Frauen im NS-System – Traditionen, Dimensionen, Wandlungen. Polis Nr. 07.

Taake, Claudia (1998). Angeklagt: SS-Frauen vor Gericht. Karl von Ossietzky Universität Oldenburg. http://papinga.bis.uni-oldenburg.de/bisverlag/taaang98/inhalt.html

AFBL – Antifaschistischer Frauenblock Leipzig (2003). Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus und die Frauenforschung. www.left-action.de/afb/frauen_im_ns.html

Phillip, Grit/Schikorra, Christa (o. J.) Täterinnen und Täter. www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-7663-Broschure-Kalendarium-Ravensbr,property=pdf.pdf

Einöder, Sylvia (2010). Handlungsräume von Frauen während der NS-Zeit jenseits der „Opfer-Täterinnen-Dualität“. Diplomarbeit am Institut für Geschichte. Graz.

Medizinische Fachliteratur

Bachrach, Susan (2004). Eugenics. In the Name of Public Health – Nazi Racial Hygiene. The New England Journal of Medicine 351: 417-420.

Cohen, Michael M Jr. (2010). Overview of German, Nazi, and Holocaust Medicine. American Journal of Medical Genetics Part A 152A: 687-707.

Freidl, Wolfgang (2000). Austrian university confronts Nazi past. The Lancet 356: 1994.

Harper, Peter S (1996). Naming of syndromes and unethical activities: the case of Hallervorden and Spatz. The Lancet 348: 1224-1225.

Jellinger, Kurt A (2003). Neuropathological spectrum of synucleinophaties. Movement Disorders 8, Suppl. 6: 2-12.

Leach, John P/Geiderman, Joel M/Shevell, Michael (2003). Letters to the editor. Hallervorden and History. The New England Journal of Medicine 348: 1725-1726.

Morrison, Patrick J/Shevell, Michael/Jacoby, Robin/Oppenheimer, Catherine (1996). Naming of syndromes. The Lancet 384: 1662.

Reuben, Adrian (2005). Landmarks in Hepatology. First Do No Harm. Hepatology 42: 1464-1470.

Shevell, Michael (1992). Racial hygiene, active euthanasia, and Julius Hallervorden. Neurology 42: 2214-2219.

Shevell, Michael I/Peiffer, Jürgen (2001). Julius Hallervorden's Wartime Activities: Implications for Science Under Dictatorship. Pediatric Neurology 25: 162-165.

Spiro, Howard M (1984). Eppinger of Vienna: Scientist and Villain? Editorial. Journal of Clinical Gasteroenterology 6: 493-497.

Strous, Rael D/Edelman, Morris C (2007). Eponyms and the Nazi Era: Time to Remember and Time for Change. Medicine and the Holocaust. Israel Medical Association Journal 9: 207–214.

Van Craenenbroeck, Amaryllis/Gebruers, Marilien/Martin, Jean-Jacques/Cras, Patrick (2010). Historical Review. Hallervorden-Spatz Disease: Historical Case Presentation in the Spotlight of Nosological Evolution. Movement Disorders 25: 2486–2492.

Internet-Quellen und weitere Informationen

www.geschichte-erforschen.de/wissenschaft/euthanasie
www.whonamedit.com/
http://de.wikipedia.org/wiki/Eugenik
www.gedenkstaettesteinhof.at/
www.schloss-hartheim.at/
www.gusen-memorial.at/

MATHIAS LICHTENWAGNER

„... in Uniform nach Jugoslawien desertiert ... um nicht deutscher Soldat zu werden."[1]

Desertion ohne Widerstand? Desertion und Widerstand? Opfer und Helden – vom schwierigen Verhältnis zweier erinnerungspolitischer Figuren.

Der folgende Beitrag besteht aus drei Teilen: Im ersten Abschnitt sollen verschiedene Aspekte des historischen und geschichtspolitischen Komplexes *Desertion* behandelt und die Verbindung mit dem *Widerstand der PartisanInnen* – besonders in Kärnten/Koroška – beleuchtet werden. Der darauf folgende Teil stellt zwei ausgewählte Beispiele von Desertionen vor, die einen Eindruck davon vermitteln sollen, wie unterschiedlich die Personen und ihre jeweiligen Motive für die Entziehung vom Wehrdienst einerseits und das Aufnehmen des bewaffneten Kampfes andererseits waren. Der letzte Abschnitt widmet sich der geschichtspolitischen Fragestellung, welche Bilder von Desertion und PartisanInnenkampf in Österreich bestehen und welche (Gegen-)Bilder der *AK gegen den kärntner Konsens* in seiner fünfjährigen Arbeit selbst verwendet hat. Damit sollen Widersprüche in und zwischen diesen beiden Komplexen behandelt werden, die nicht nur auf staatlicher bzw. gesamtgesellschaftlicher Ebene, sondern auch im linken und linksradikalen Umgang mit der Vergangenheit bestehen. Welche Ausschlüsse (re)produzierte (auch) unsere – um einen kritischen und offenen Blick bemühte – Herangehensweise?

1 Informationscenter 1978, 45-49; zit. n. Baum 2010, 145

Opfer und Pflichterfüllung

In der wissenschaftlichen und historischen Aufarbeitung in Österreich wurden die beiden Komplexe *Desertion* und *PartisanInnen* sehr unterschiedlich behandelt. Verständlich wird das vor dem Hintergrund der nach 1945 entwickelten geschichtspolitischen Grundstruktur, die die These von Österreich als erstem Opfer des Nationalsozialismus unverbunden neben einer zweiten, den Nationalsozialismus integrierenden und normalisierenden Erzählung bestehen ließ (siehe Artikel *Geschichts- und Gedenkpolitik in Österreich*). Die (nur) oberflächlich in klarem Gegensatz zueinander stehenden Deutungen bestärkten sich gegenseitig in der De-Thematisierung von TäterInnenschaft – und eine der problematischen gesellschaftlichen Konsequenzen dieser unterschiedlichen Abwehrmechanismen zeigte sich in der Haltung gegenüber dem Widerstand im Nationalsozialismus, der mal für Staatsinteressen instrumentalisiert, mal verschwiegen und mal verdammt werden sollte, mit dem jedoch keine offene und differenzierte Auseinandersetzung stattfand. Als typisches Beispiel für dieses falsche Spiel kann die Haltung der österreichischen Bundesregierung kurz nach Kriegsende genannt werden: Während im *Rot-Weiß-Rot-Buch* noch die Rolle der widerständischen Haltung von Österreichern innerhalb der untersten Ränge der Wehrmacht (vgl. Rot-Weiß-Rot-Buch 1946, 152-154) hochgehalten wurde[2], nahm sie gleichzeitig in der Sozialgesetzgebung Opfer der

2 „Österreicher, die sich der Dienstleistung in der Wehrmacht durch die Flucht entzogen hatten, das waren die ersten Kämpfer [...]. Bald war das erste Bataillon aufgestellt, und im November 1944 trat es in den Verband der Volksarmee Sloweniens als ein Teil der Tito-Armee. Es war von allem Anfang selbstständig und in seinem österreichischen Charakter vollkommen gewahrt und anerkannt." (Ebd., 145) Das *Rot-Weiß-Rot-Buch* ist eine Fundgrube für Beispiele der (teils auch faktisch falschen) Instrumentalisierung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, dem samt und sonders österreichpatriotische Motive unterstellt werden. Auch der Widerstand der Kärntner SlowenInnen und der PartisanInnenkampf werden ihres politischen Charakters beraubt und in diese Erzählung eingebunden. Unsichtbar gemacht wird damit nicht zuletzt auch die spezifische rassistische Verfolgung der Kärntner SlowenInnen.

NS-Militärjustiz von Versorgungsrechten aus, die ehemaligen Wehrmachtssoldaten und SSlern selbstverständlich zugestanden wurden.

Sowohl Desertion als auch bewaffneter Widerstand wurden im ersten Nachkriegsjahrzehnt ausführlich verhandelt, wobei in sich widersprüchliche (Geschichts-)Bilder entstanden, die sich als äußerst zählebig erweisen sollten. Die sich ergebenden Widersprüche und die großen blinden Flecken – wo blieben die Ansprüche von NS-Opfern in einem „Land der Opfer“, was bedeutete „Widerstand“ in einem solchen Setting und welche Anerkennung konnte es dafür geben? – wurden nie aufgelöst. Es wurde jedoch genau darauf Bedacht genommen, der absoluten Mehrheit stets zu versichern, dass der Dienst in der Deutschen Wehrmacht eine richtige und legitime Entscheidung war. Spätestens ab 1955 stand moralisch wie legistisch die „Pflichterfüllung“ klar vor dem mit „Eidbruch“ verbundenen Widerstand – in Österreich und eben auch in Kärnten/Koroška.

Entziehung von und Desertion aus der Wehrmacht

Die Desertion aus der Wehrmacht nahm verschiedene Verlaufsformen und Muster an. Vor allem in Österreich, das weit hinter allen Fronten lag, waren etwa Selbstverstümmelung und Flucht während des Heimaturlaubes viel relevanter als die „klassische Desertion“ an der Front. Je nach Richtersenat, Laune und Zusammensetzung eines Militärgerichts oder allgemeiner Kriegslage stand ein anderes militärisches oder zivil-politisches Delikt im Vordergrund: Hoch-, Kriegs-, Landes- oder Reichsverrat, Fahnenflucht, Unerlaubte Entfernung, Freischärlerei, Begünstigung einer fremden Macht, Sabotage usw. In der wissenschaftlichen Aufarbeitung, die versucht, den Komplex der Desertion und Entziehungen systematisch zu erfassen, wird nach dem Verfolgungstatbestand gefragt; die Verfolgten als Opfer der NS-Militärjustiz zusammengefasst. Dadurch ist nicht die Tat ausschlaggebend, sondern der vom nationalsozialistischen Staat angegebene Grund für die Verfolgung. Dabei bleibt irrelevant, aus welchen Motiven Deserteure, Fahnenflüchtige und „Verräter“ agierten, ob diese politisch waren, ob die verfolgte Handlung tatsächlich stattfand oder ob dabei Handlungen gesetzt wurden, die auch heute strafbar wären. Diese Einteilung von Handlungen nach der Art der Verfolgung ermöglicht einerseits die wissenschaftliche Systematisierung und er-

laubt es andererseits, Missstände in der Anerkennung, Rehabilitation durch die und Aufarbeitung in der Zweiten Republik zu benennen. Sie darf allerdings nicht den Blick darauf verstellen, dass eine „Fahnenflucht“ oder „Unerlaubte Entfernung“ stets ein politischer Akt war. Nicht jede Handlung, die von der NS-Militärjustiz verfolgt wurde, kann als bewusster Widerstand interpretiert werden, doch jede Entziehung von oder Sabotage an der Wehrmacht schädigte und verlangsamte den Apparat. Diesem Ansatz stehen die vorhandenen Bilder von Deserteuren diametral gegenüber, die sich im Bild vom „Kameradenmörder“ festmachen lassen. Konkret lässt sich diese kolportierte Verlaufsform einer Desertion – Anwendung von Waffengewalt gegen Kameraden/Vorgesetzte, Im-Stich-lassen der Kameraden, Preisgabe von taktischen Details und damit Schädigung der Kameraden – auf dem Gebiet des heutigen Österreich nicht ausmachen: Österreich war nur wenige Wochen Frontgebiet, Desertion „zum Feind“ nicht möglich – außer im besonderen Fall von Kärnten/Koroška. Obwohl die Entziehungen und Widersetzlichkeiten immer höchst individuelle und kaum systematisierbare Handlungen waren, wirken in der österreichischen Debatte tief verwurzelte Bilder von Pflicht und „Kameradschaft“: In der Debatte dominieren die „Deserteure, die zu Mördern geworden sind“. (Protokoll 2009, 215)

Widerstand der PartisanInnen

Auch der Begriff der/des PartisanIn ist kein juristischer, sondern muss gezielt gegen das vom NS-Regime aufgebaute Bild von Kleingruppen, die als „Banden“ ohne Plan und Ziel durch Wälder vagabundierten und Dörfer bedrohten, in Stellung gebracht werden. Wie wirkmächtig diese nationalsozialistische Propaganda war, zeigt sich auch heute noch: Sowohl die *Ulrichsberggemeinschaft* („partisanenverseuchte[r] Balkanraum“, „von Partisanen hingemetzelt, von Banden verschleppt“, Rencher 1999, 20, 114) als auch das Bundesheer („Der Kampf gegen bewaffnete Banden, seien es ausgebrochene Häftlinge, Kleinkriegsgegner oder Partisanen, hatte schon im 2. Weltkrieg größeren und besser ausgerüsteten Verbänden zu schaffen gemacht.“ Hesztera 1999, 80) trugen und tragen diese Begrifflichkeit im Nachkriegsösterreich weiter. Diese Bilder von „Banden“ und des „hinterhältigen“ Kampfes der PartisanInnen, die stets

auch der Rechtfertigung des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges dienen, wurden in der historischen – auch in der kritischen militärhistorischen – Forschung kommentiert. Eines der Ergebnisse betrifft Ursache und Wirkung: Demnach war es vor allem die „völlige Ziel- und Planlosigkeit“ (Schmider 1999, 905) der Wehrmachtsführung, die zu einer Eskalation des „Bandenkrieges“ führte. Schlechte Ausrüstung und Ausbildung sowie Führung durch noch im Siegesrausch des widerstandslosen „Blitzkrieges“ schwelgende Kommandeure trafen auf die nicht-klassische Kriegsführung der PartisanInnen – Guerillataktik, Sabotage und Angriffe auf die Versorgung im Hinterland –, die im Kontrast zur Konzentration der Wehrmacht auf starre Großangriffe stand. Das hatte drastische Auswirkungen auf deutscher Seite: Auf die unkonventionelle Kriegsführung hatte die Wehrmacht keine Antwort, das Ergebnis waren drakonische Sühnemaßnahmen. Für jeden gefallenen deutschen Soldaten wurde eine bestimmte – offiziell festgelegte – Anzahl von (bis zu 100) ZivilistInnen ermordet (vgl. Schmider 1999, 902).

Im Nachkriegsösterreich und -kärnten wurden und werden PartisanInnen immer als „äußerer Feind“ – gleichgesetzt mit Slowenien bzw. Jugoslawien – gesehen. Dabei wird ausgeblendet, dass der bewaffnete Widerstand in Kärnten/Koroška auf der Basis der hiesigen Gegebenheiten – das heißt vor allem in Reaktion auf die brutale Unterdrückung und Verfolgung der Kärntner SlowenInnen – entstand (siehe dazu den Artikel zu den *Deportationen der Kärntner SlowenInnen*). In Kärnten/Koroška – und so auch am Ulrichsberg – vermischt sich das Bild von den jugoslawischen PartisanInnen mit dem vorhandenen Antislawismus, Antikommunismus und den Bildern vom „Kärntner Abwehrkampf“ zu einer permanenten Bedrohung des Deutschkärntnertums. Nach 1945 kamen zu den alten Feindbilder neue hinzu; die Ausgrenzung der Kärntner SlowenInnen wurde neu formuliert: Nun galt es, den Buchstaben nach eben die österreichisch-nationale Gemeinschaft statt der deutschen zu verteidigen. Das Bild von den „feigen Partisanen“ und „Banden“, die Zivilbevölkerung und Dörfer nicht verteidigten, sondern sich zurückzogen und aus dem Hinterhalt operierten, Scharfschützen einsetzten und Verbindungslinien sabotierten (vgl. Klinkenhammer 1999, 815), ist eine TäterInnenperspektive, die sich selbst entlarvt. Aus diesem Bild

spricht sowohl die Empörung des einfachen Wehrmachtssoldaten über das Versagen der Wehrmachtsführung als auch dessen Verzweiflung ob der Tatsache, dass man sich nach den großen Erfolgen der propagandistisch ausgeschlachteten „Blitzkriege" bis 1942 plötzlich mit FeindInnen[3] konfrontiert sah, die sich nicht an klassisch-militärische Regeln hielten.[4] Daneben blieben die NS-Sprachregelung, wonach diese als „Banden" agierten, und die nationalsozialistische Anweisung, dass diese nicht als Kriegsgefangene zu behandeln waren, auch nach der Befreiung unhinterfragt. Weitgehend gleich blieben auch die ideologischen Aspekte des Feindbilds „Partisan": Antikommunismus, anti-slawischer Rassismus und Antisemitismus. Gerade durch die beiden letztgenannten Komponenten verband sich die nationalsozialistische „Bandenbekämpfung" bruchlos mit der rassistischen und (besonders im Zuge des Überfalls auf die Sowjetunion) antisemitischen Vernichtungspolitik; auch die minutiöse Aufzählung jener OF-Offiziere, die „jüdischer Abstammung" sind (Krainer 1999, 3 f.), lässt ein ultimatives Feindbild-Amalgam entstehen. Es ist demnach kein Zufall, dass auch am Ulrichsberg dieser Blickwinkel der Täter, seltener jener von Täterinnen, vorherrscht. Dieses Bild wurde von der „Erlebnisgeneration" geschaffen, über die Jahrzehnte mit Unterstützung von Kirchen, Bundesheer und Lokal-

3 Auch die Tatsache, dass sich Wehrmachtsoldaten an verschiedenen Fronten Frauen gegenüber sahen – an allen Fronten der Alliierten, vor allem aber in der Roten Armee sowie durch die Partisaninnen –, führte zu verschiedenen Verarbeitungsstrategien; etwa indem es der (männlichen) militärischen Führung zum Vorwurf gemacht wurde, diesen „soldatischen Zivilisationsbruch" zu tätigen – und so versucht wurde, diesem aktiven Schritt von Frauen perfiderweise seine Bedeutung zu nehmen. Eine zweite Form ist die Diffamierung als „Flintenweiber".

4 Dazu gehört etwa das Konzept, eine Stellung zu erobern und zu halten. PartisanInnen im Guerillakampf verließen hingegen Dörfer/Städte kampflos, um nach Abziehen der Wehrmacht wieder in die Ansiedlung zurückzukehren. In der Täterperspektive blieb hängen, dass die PartisanInnen „feige" davongelaufen wären, ZivilistInnen mal als Schutzschilde benützt, mal im Stich gelassen hätten. Die beiden letzten Vorwürfe dienen als notwendige Begründung für die oben angeführten „Sühnemaßnahmen". Weitere Beispiele für eine „Übersetzung" von Bestandteilen des Guerillakampfes in eine Täterperspektive ließen sich ausführen.

politik weitergegeben und immer wieder aktualisiert. Schon vor der Stiftung des Heimkehrerkreuzes schien der NS-Duktus durch, wenn das Heimkehrerkreuz jenen gewidmet wurde, die „von Partisanen gemetzelt, von Banden verschleppt“ wurden (Rencher 1999, 20). Auch 25 Jahre später galt noch:

> „An sie alle denken wir alljährlich am Ulrichsberg. Ob sie nun am Eismeer liegen, in den Schluchten des Kaukasus oder in den weiten Ebenen zwischen Don und Wolga, im partisanenverseuchten Balkanraum oder an der Atlantikküste.“ (Ebd., 114)

In diesen Komplex gehört auch die Komponente der „Enthumanisierung des Gegners“: PartisanInnen waren nicht nur keine militärischen GegnerInnen auf gleicher Augenhöhe; durch die Propaganda von den „Gräueln der PartisanInnen“ war schon vor dem ersten Kontakt die Legitimation für die eigenen Verbrechen vorgekaut (vgl. Klinkenhammer 1999, 820). Diese „NS-Gräuel-Propaganda“ wirkt bis heute, indem bei zentralen kärntner Akteuren das virulente Bedürfnis besteht, die Brutalität der PartisanInnen durch das Entdecken und Erforschen immer neuer Massengräber in Südkärnten oder in „Grenznähe“ im Bewusstsein zu halten.[5]

Den bewaffneten Widerstand in Österreich umfassend zu beschreiben ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich. Dessen Formen waren höchst unterschiedlich, mehr oder weniger aktiv, mehr oder weniger organisiert, mehr oder weniger politisch motiviert. Die Spannweite reichte von Einzelgruppen, die sich in bergigen Gegenden verschanzten, über informelle Netzwerke unter – teils über Waffen verfügenden – ZivilistInnen in Städten bis zu Widerstandszellen in Verbänden der Wehrmacht und in Offizierskreisen. Manche dieser Gruppen waren klein, andere umfassten hunderte Personen.

5 Sowohl die kärntner Landesregierung als auch verschiedene (Print-)Medien halten die „Gräuel der Partisanen“ durch Berichtserien, historische Studien und Öffentlichkeitsarbeit im Bewusstsein. Exemplarisch sei die mehrteilige Serie *Opfer, Täter, Denunzianten* in der *Kleinen Zeitung* im Juni 2007 zu nennen. Als aktuelles Beispiel ist die Entdeckung eines Massengrabes drei Wochen vor der 90-Jahr-Feier der Volksabstimmungs-Landesfeierlichkeiten am 10. Oktober 2010 zu nennen, der die Ankündigung durch FPK-Landespolitiker folgte, „die Gräuel der Partisanen ein für alle mal“ umfassend historisch aufzuarbeiten.

Manche führten Aktionen – etwa Sabotagen, Befreiungen und Diebstähle – durch, andere warteten den Vormarsch der Alliierten ab, um diese einzuweisen oder zu unterstützen (vgl. Broucek 2008, 155f, 164f; Manoschek 2003, 365; Baum 2010, 157). Der Widerstand der PartisanInnen in Kärnten/Koroška stellt dabei in mehrerer Hinsicht einen Sonderfall dar.

„Damals waren wir noch keine Partisanen, sondern grüne Kader, wir hatten gerade so viele Waffen, dass wir uns wehren konnten."[6]

Schon direkt nach dem „Anschluss" setzten sich Kärntner SlowenInnen – unorganisiert, nur selten in Gruppen und wenn dann meist als Verwandte – nach Jugoslawien ab; vor allem Wehrpflichtige, um so der Einberufung zu entgehen (vgl. Manoschek 2003, 360f; Baum 2010, 130-131). Die Motive dafür waren individuell, unterschiedlich gelagert und sind unmöglich rekonstruierbar. Jedenfalls handelte es sich bei diesen – um die Bilder von nach 1945 zu bemühen – weder nur um „kommunistische Staatsfeinde" noch ausschließlich um „Widerstandskämpfer für ein freies Österreich". Mit Sicherheit haben aber die Erfahrungen als jahrzehntelang schikanierte Minderheit im deutschnationalen Kärnten diesen Schritt begünstigt. Einige kehrten schon früh nach Kärnten/Koroška zurück und bildeten autonome Gruppen, die zwar nicht formal organisiert waren, aber über gute Netzwerke verfügten. Diese so genannten „Grünen Kader"

> „waren Schmuggler und Grenzgänger, die nicht in der Wehrmacht dienen wollten, sich aber auch nicht den kommunistischen Partisanen [...] unterordnen wollten; alleine in Zell-Pfarre waren es [1938/39, Anm.] mehr als 20 Deserteure" (Baum 2010, 131).

Oft bauten sie Bunker in der Nähe ihnen bekannter Höfe, im Allgemeinen waren sie schlecht ausgerüstet und nicht militärisch organisiert:

> „Wir waren bis dahin grüne Kader, das heißt, wir waren eine eigene Gruppe. Unter uns war niemand, der das Kommando gehabt hätte; [...] bei den Partisanen dagegen herrschte eine militärische Ordnung." (Messner 1990, 263)

6 Messner 1990, 263

Andere kehrten erst nach dem Frühjahr 1941 zurück, als sie der Überfall des „Dritten Reichs“ auf Jugoslawien de facto dazu zwang: Ein Teil Sloweniens wurde an den Reichsgau Kärnten angeschlossen und damit ebenso gefährlich wie die Gegend nördlich der Karawanken, wo die WiderstandskämpferInnen zumindest den Vorteil guter Ortskenntnis und (oft verwandtschaftliche) Verbindungen hatten. Als das nationalsozialistische Reich 1942 begann, „Germanisierung“ und „Aussiedlung“ zu beschleunigen, ließ das weitere Kärntner SlowenInnen den aktiven Kampf wählen, die sich im slowenischen Zentralraum ausbreitenden organisierten PartisanInnen der OF trugen ebenso dazu bei (Messner 1990, 223-224). Bis dahin waren in Kärnten/Koroška bereits rund 200 Menschen im Widerstand aktiv (vgl. Baum 2010, 137).

„... nahmen die Verbindung zu politisch gefärbten, hochverräterischen und feindbegünstigenden Räuberbanden in Oberkrain auf, die über die Berge herübergekommen waren und das Land unsicher machten ...“[7]

Neben den kärntner Gruppen (Grüne Kader, *Schüttpartisanen*/ Arnoldstein etc.) gab es mehrere größere Widerstandsorganisationen. PartisanInnen waren etwa in der TIGR organisiert, einer bereits seit den 1920er Jahren bestehenden, kroatisch-slowenischen, antifaschistischen und liberalnationalen, dezidiert nicht-kommunistischen Untergrundbewegung im italienisch-slowenisch-kroatischen Gebiet (vgl. Pirker 2010, 18, 121). Schon 1940 wurden von TIGR-PartisanInnen Anschläge auf die Reichsbahn, etwa in Maria Gail/Marija na Zilji oder Judenburg durchgeführt (vgl. Baum 2010, 131-132).[8] Am

7 Informationscenter 1978, 45-49; zit. n. Baum 2010, 145

8 Die TIGR-PartisanInnen, die schon 1938 vom britischen Geheimdienst unterstützt wurden, fanden nie Eingang ins österreichische Nachkriegsgedächtnis – insbesondere für Kärnten/Koroška, bis 1955 britische Zone des Alliierten Rates, hätten die Aktivitäten der TIGR-Gruppe ein schlagkräftiges Argument für die „eigene Widerständigkeit“ im Sinne des in der Moskauer Deklaration geforderten „Beitrags zu Befreiung“ dargestellt und wäre auch für österreichpatriotische AntifaschistInnen eine legitime Identifikationsfläche gewesen. Das hatte Kärnten/Koroška zwischen 1945 und 1955 aber nicht nötig, es gelang den ehemaligen Wehrmachtsoldaten und

bekanntesten, auch weil sie in Kärnten als Feindbild dient, vor allem jedoch weil sie die bei Weitem größte und militärisch relevanteste Gruppe organisierter PartisanInnen war, ist die 1941 gegründete Widerstandsorganisation OF[9], in der neben kommunistischen auch katholische und liberale AntifaschistInnen organisiert waren, die den Führungsanspruch der KP mittrugen (Messner 1990, 221f; Baum 2010, 140). Ab 1942 intensivierten sich die Kontakte zwischen der OF und den Gruppen nördlich der Karawanken und bis 1943 hatte die OF in Kärnten/Koroška mehrere Verbände in Kompanie-Stärke aufgestellt (ebd.). Organisierter militärischer Widerstand entstand in Kärnten/Koroška somit nicht sofort nach dem Anschluss, es bestanden aber von Anfang an widerständige Strukturen, Fluchtrouten und Informationskanäle, die in erster Linie von Kärntner SlowenInnen getragen wurden, vor allem von jenen, die sich dem Wehrdienst entzogen. Ab Ende 1942 gewann der Widerstand an Stärke und blieb von da an – trotz Verfolgung, einigen Rückschlägen und Verlagerungen – bis 1945 aktiv. Besonders scharf trafen die Repressionsmaßnahmen dabei jene PartisanInnen, die aus Kärnten/Koroška stammten und aus deren Umfeld sich die Verfolger Informationen erhofften. Als mehrere größere PartisanInnengruppen 1943 verraten und aufgerieben wurden, schickte die OF vermehrt nicht-kärntner Verbände zur Unterstützung (Baum 2010, 148-150). Der bewaffnete Kampf der Kärntner SlowenInnen war der militärisch relevanteste Beitrag zur Befreiung vom Nationalsozialismus in Österreich (Neugebauer 2008, 184) – deutlich wird das vor allem im Vergleich mit dem vom offiziellen Österreich so gefeierten Offizierswiderstand.[10]

-offizieren auch so, den Alliierten klar zu machen, auf welcher Seite der Karawanken der Feind und auf welcher der Verbündete steht – vgl. Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldatengenerationen*.

9 *Osvobodilna fronta (Befreiungsfront)*, eigentlich *Osvobodilna fronta Slovenskega naroda (Befreiungsfront des slowenischen Volkes*, kurz OF SN)

10 Für den 10. Juli 1944 hatte eine Gruppe hochrangiger Militärs und Diplomaten ein Attentat auf Hitler und einen Staatsstreich („Operation Walküre“) geplant, der jedoch scheiterte. Dieser war keineswegs eine Reaktion auf Verbrechen der Wehrmacht oder die Shoah, sondern ein Militärputsch zur Rettung des „Dritten Reiches“. Beinahe alle „Verschwörer“ rund um den Offizier Stauffenberg wurden hingerichtet, darunter der gebürtige

Die kämpfenden Gruppen waren grundverschieden ausgerichtet, keineswegs gab es nur den kommunistischen Widerstand. Vor allem aber war der Widerstand zwar jeweils lokal bzw. regional verankert, gleichzeitig jedoch transnational orientiert. Sein Charakter lässt sich daher kaum erschließen, wenn innerhalb heutiger nationaler Grenzen gedacht wird. Die regionalen Veränderungen und Verschiebungen innerhalb der Achsen-Staaten führten wiederholt zu Verlagerungen und Anpassungen auf Seiten der AntifaschistInnen, etwa indem sie sich aus Gebieten zurückzogen oder Lücken im nationalsozialistischen Machtapparat nützten. Für Kärnten/Koroška gilt besonders, dass sich der bewaffnete Kampf nicht unabhängig von jenem im heutigen Slowenien, aber auch in der Gegend von Triest im heutigen Italien denken lässt. Die Zahlenangaben zu Desertion und Widerstand weichen voneinander ab und sind meist ob unterschiedlicher Forschungszugänge und Schwerpunktsetzungen nicht vergleichbar. In Jugoslawien liefen zwischen 1941 und Mitte 1944 etwa 600 Wehrmachtsoldaten zu den Tito-PartisanInnen über (Berthold/Wette in Wette/Vogel 2007, 116-117). In Kärnten/Koroška waren die Verbände meist überschaubar und umfassten bis 1944 kaum mehr als 100 Personen (Baum 2010, 148-149), danach zählten sie teils bis zu 1.000 Menschen (ebd., 151, 154). Für die Bewertung der Effektivität der PartisanInnenaktivitäten ist die Zahl der zu ihrer Bekämpfung abgestellten Deutschen relevant, die jedoch umstritten ist; in Kärnten/Koroška sicherlich „einige tausend Mann“ (Rausch 1994, 85), im Bereich zwischen Kärnten/Koroška und Jugoslawien bis zu fünf Divisionen (vgl. Klinkenhammer 1999, 818).

Innsbrucker Robert Bernardis. In Österreich folgten mehrere weitere Operationspläne in Offizierskreisen, darunter die Operationen „Herbstlaub 44“ und „Radetzky“, die nicht umgesetzt wurden, aber mehrere Opfer forderten, die sich als österreichpatriotische Identifikationsfiguren eignen: Karl Biedermann, Carl Szokoll und andere. Seit den 1990er Jahren besinnt sich das offizielle Österreich verstärkt auf diesen Offizierswiderstand. In der Forschung wird auch die Ambivalenz dieses militärischen Widerstands diskutiert, da auch überzeugte Nationalsozialisten und rabiate Antisemiten („Walküre“) oder NS-Täter („Radetzky“) zum Kreis der „Verschwörer“ gehörten. Mehrere Bundesheerliegenschaften sind nach „Mitverschwörern“ benannt, vor allem 2005 kamen etliche dazu.

Innere und äußere Feinde

„… der in Uniform nach Jugoslawien desertierte … um nicht deutscher Soldat zu werden."[11]

Der Nationalsozialismus machte aus der Gesellschaft die „Volksgemeinschaft", die wesentlich durch den Ausschluss – bis hin zur physischen Vernichtung – von „Anderen" funktionierte. Zentral war hier der Antisemitismus, doch neben Juden und Jüdinnen gab es auch andere „innere Feinde", etwa so genannte „Asoziale", Menschen mit Behinderung oder schlicht politische GegnerInnen. Analoge Ideen finden sich auch auf anderen Ebenen: So war der Deserteur der idealtypische „innere Feind" der „Wehrgemeinschaft", deren Zusammenhalt nicht zuletzt durch rabiate Repression, insbesondere durch die Militärjustiz, aufrechterhalten werden sollte. Diese Entwicklung lässt sich auch als Folge der Dolchstoß-Legende interpretieren: einer rechten Verschwörungstheorie, die die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg (von antisemitisch konnotierten Angriffen auf die Sozialdemokratie abgesehen) als Ergebnis einer schwachen Militärjustiz, der unpolitischen Haltung der Soldaten und einer zögernden Militärführung interpretierte. Diese inneren Feinde der Wehrgemeinschaft galt es nun zu erkennen und zu bestrafen. Die Konsequenz waren über 30.000 Todesurteile durch die NS-Militärjustiz. Allerdings scheiterten die Konzepte von Volks- und Wehrgemeinschaft in der Praxis oftmals an einer klaren Differenzierung des „Innen" und „Außen" (ohne dass dies an ihren mörderischen Konsequenzen etwas geändert hätte), wie sich etwa am Beispiel der Kärntner SlowenInnen zeigen lässt. Während sie als SlowenInnen kein Teil der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft sein konnten, sondern entweder assimiliert oder deportiert werden sollten, galten sie durchaus als „wehrwürdig". Jene, die diesen Waffendienst für die Deutsche Wehrmacht aber verweigerten, machten damit einen aktiven, selbstgewählten Schritt aus der Wehrgemeinschaft – aus Erfahrung mit der Volksgemeinschafts-Exklusion, aus Solidarität mit anderen, aus politischer Überzeugung oder aus ganz anderen Gründen. Sie wurden damit im doppelten Sinn zu inneren FeindInnen. Für Männer

11 Informationscenter 1978, 45-49; zit. n. Baum 2010, 145

und Frauen stellte der Eintritt in eine bewaffnete Widerstandsgruppe jedenfalls einen weiteren aktiven Schritt dar, mit dem sie in der Sicht der TäterInnen zu „äußeren Feinden“ von Volks- und Wehrgemeinschaft wurden. Zwei Bilder lassen sich deutlich als Kontinuität nationalsozialistischer Vorstellungen im Heute ausmachen: Zum einen erscheinen Kärntner SlowenInnen auch in den Geschichtserzählungen im Nachkriegs-Kärnten/Koroška als äußere FeindInnen, werden samt und sonders mit „Tito-Partisanen“ gleichgesetzt, deren Ziel es gewesen sei, die „Kärntner Heimat“ an das kommunistische Jugoslawien „auszuliefern“. Auf der anderen Seite setzt sich der „innere“ Ausschluss aus dem nationalen „Wir“ ungebrochen fort – auch wenn an die Stelle blanker Gewalt andere Strategien der Marginalisierung getreten sind. Die Auseinandersetzungen um zweisprachige Schulen und Ortstafeln sprechen hier eine deutliche Sprache – noch klarer äußerte sich beispielsweise die *Ulrichsberggemeinschaft*, die in den 1970er Jahren den ganzen Weg auf den Berg hinauf mit Plakaten des *Kärntner Heimatdiensts* „Es gibt kein slowenisches Kärnten“ zupflastern ließ (vgl. Rencher 1999, 60). Diese Denkfigur, die sich einerseits weigert, Kärntner SlowenInnen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, und sie andererseits als dauernde Bedrohung konstruiert, folgt der verqueren Logik der Kreation „innerer“ und „äußerer“ Feinde und verweist damit auch auf das Weiterbestehen der Vorstellungen der Volksgemeinschaft nach 1945.

„… jetzt … wird mich der Hitler nicht mehr sehen!“[12]

Der Deserteur, Partisan und Kommandant eines Bataillons, *Lenart* alias Franc Pasterk, verstarb Anfang April 1943, nachdem seine Gruppe bei einer Aktion in Mežica von einer deutschen Patrouille überrascht und er schwer verletzt worden war. Seine Geschichte – gut dokumentiert und vielfach beschrieben – lässt sich als Geschichte einer widerständigen kärntner-slowenischen Familie erzählen. Auf dem Hof der Pasterks in Lobnik (Nähe Eisenkappl/Železna Kapla) lebten 1938 die Mutter Rosalia, die Halbbrüder Jurij, Franc und Jakob und die Schwestern Marija, Kristine und Ana Pasterk sowie Jurijs Frau Katarina und die Söhne der beiden: Jurij

12 Rettl 2010, 96 ff., alle Angaben im Folgenden vgl. ebd.

und Franc. Während Jurij Pasterk zunächst auf dem Hof bleiben konnte, wurden die jüngeren Brüder Franc und Jakob zur Wehrmacht eingezogen – Jakob kehrte nicht mehr zurück. 1942 ergriffen die Deportationen auch den erweiterten Familien- und Freundeskreis der Pasterks – ihr eigener Hof blieb fürs erste verschont. Etwa zur gleichen Zeit begannen die Kontakte mit der slowenischen OF und im August des Jahres wurde der Hof der Pasterks zum Schauplatz der Gründung des ersten Gebietsausschusses der Befreiungsfront in Kärnten/Koroška. Im Oktober nutzte Franc einen Heimaturlaub von der Wehrmacht, um zu den PartisanInnen zu desertieren. Er nahm in der Folge an einer Reihe von Einsätzen teil und stieg in der militärischen Hierarchie der OF auf, bevor er bei der Aktion in Mežica tödlich verwundet wurde. Die Geschichte der Familie Pasterk zeigt auch, wie brutal die NS-Behörden gegen die UnterstützerInnen der PartisanInnen vorgingen: Schon im November 1942 wurden Jurij und seine Frau Katarina verhaftet und im April 1943 verurteilt. Jurij Pasterk wurde mit zwölf weiteren Personen (darunter eine Frau) im Wiener Landesgericht enthauptet, Katarina Pasterk zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Juli 1943 wurde auch Jurijs Schwester Ana verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Am 12. Oktober 1944 wurden schließlich die beiden verbliebenen Schwestern Marija und Kristine mit den Kindern Franc und Jurij in ein Lager in Altötting im „Altreich" deportiert, nachdem der Hof bereits im September beschlagnahmt worden war. Die vier kehrten ebenso wie Katarina und Ana im Mai 1945 nach Kärnten/Koroška zurück. Während das „offizielle" (Deutsch-)Kärnten das Andenken der WiderstandskämpferInnen bis heute schmäht, spielen die Brüder Pasterk in der Erinnerungstradition der Kärntner SlowenInnen eine wichtige Rolle. An ihrer Geschichte wird auch der Zusammenhang zwischen der Verfolgung der SlowenInnen (insbesondere den Deportationen 1942) und dem bewaffneten Widerstand, die Bedeutung der politischen Organisierung durch die OF sowie der Unterstützung durch das familiäre Umfeld besonders deutlich.

„... wenn man ihn jetzt an die Front versetzen wollte, täte er das nicht mit“[13]

Robert Wolbank wurde 1913 in der Nähe von Völkermarkt/Velikovec in einer deutschsprachigen Familie geboren, war seit 1938 Mitglied der NSDAP und wurde 1941 zur Wehrmacht zum Dienst an der Flak und im Versorgungsbereich eingezogen, befand sich aber auch einige Wochen an der „Ostfront“. Ende 1942 wurde seine Mutter, Maria Wolbank, wegen Schmähung des Führers zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, musste diese Haftstrafe wegen gesundheitlicher Probleme aber nicht antreten. Der erneuten Aufforderung zum Haftantritt kam sie im September 1944 ebenfalls nicht nach. Robert befand sich zu diesem Zeitpunkt bei seiner Mutter auf Urlaub und kehrte dann zu seiner Einheit in Prag zurück. Bei einer Verlegung der Einheit Richtung Front setzte er sich ab. Gegenüber einem Kollegen begründete er diese Entscheidung damit, dass seine Mutter verhaftet werden solle, deswegen „täte er das nicht mit“. Trotz der Überwachung des Zugverkehrs schaffte es Robert Wolbank, teils zu Fuß, nach Kärnten/Koroška zu kommen. Er versuchte dabei nicht zu seiner Mutter zu kommen, sondern näherte sich über Umwege der Petzen/Peca an der ehemaligen – Kärnten wurde bereits um Teile Sloweniens erweitert – kärntner-slowenischen Grenze. Nachdem er ein Lagerfeuer angezündet hatte, wurde er von einer PartisanInnengruppe bestehend aus zwei Frauen und zwölf Männern gefunden und überprüft; er blieb mehrere Tage bei ihnen. Als er einem Kampfbataillon zugeteilt werden sollte, floh Robert Wolbank zusammen mit einer zweiten Person, wurde aber von einer anderen PartisanInneneinheit gestellt. Dort wurde er nun zum Requirieren eingeteilt und erneut mit einer Waffe ausgestattet. Wieder floh er und wurde schließlich am 24. Oktober 1944 von einem Gendarmen in Brückl/Brukla gefangen genommen. Das *Reichskriegsgericht*/RKG schenkte seinen Aussagen keinen Glauben, er wurde wegen Fahnenflucht (Entfernung auf Dauer) und Kriegsverrat (Kontakt mit PartisanInnen, Informationsweitergabe) angeklagt und am 24. Februar 1945 zum Tode verurteilt. Die hier zusammengefassten Angaben stammen aus Verfahren vor Gerichten

13 Wette/Vogel 2007, 428 f., alle Angaben im Folgenden vgl. ebd.

der Wehrmacht, sind also Herrschaftsakten, verfasst aus der Sicht des nationalsozialistischen Repressionsapparats. Wenn eine von der Wehrmacht gestellte Person Angaben machte, dann nicht freiwillig, sondern unter Zwang bzw. einer Überlebensstrategie folgend – die vorliegenden Akten bieten daher breiten Raum für Interpretationen. Desertierte Robert mit der Absicht, sich den PartisanInnen auf der Petzen/Peca anzuschließen, oder irrte er dort, wie er angab, herum, um seine Tanten – die aber weiter nördlich wohnten – zu besuchen? Auf der Petzen/Peca nächtens ein Lagerfeuer anzuzünden kann als todsichere Variante gesehen werden, um von den PartisanInnen entdeckt zu werden. Unwissenheit? Oder ein Versuch der Kontaktaufnahme? Seine zweimalige „Flucht" vor den PartisanInnen hat das NS-Militärgericht nicht überzeugt. Seine Aussagen könnten tatsächlich auch eine verzweifelte Verteidigungsstrategie gewesen sein und die „Fluchten" eigentlich gescheiterte Operationen der PartisanInnen. War Robert einer jener Wehrmachtsoldaten ohne Kontakte zu Kärntner SlowenInnen, dem trotzdem das Überlaufen gelang, oder wurde er wirklich von den PartisanInnen gestellt und zum Dienst gezwungen? Das Fallbeispiel Wolbank vereint Desertion, bewaffneten Kampf und Verfolgung durch die NS-Militärjustiz, bietet aber keine einfachen Antworten auf die Frage nach den (politischen?) Hintergründen für widerständiges Verhalten.

Widersprüche

Im Komplex von Desertion und PartisanInnenwiderstand tauchen heute aus antifaschistischer Perspektive mehrere geschichtspolitische Fragen und Widersprüche auf, die wir im letzten Abschnitt des Artikels ansprechen möchten. Im Mainstream der Geschichtspolitik Nachkriegsösterreichs kommen PartisanInnen, die aus der Wehrmacht desertiert sind, nicht vor. Unmittelbar nach Kriegsende unterstrich zwar auch die österreichische Bundesregierung für kurze Zeit die Bedeutung bewaffneter Gruppen auf österreichischem Gebiet einerseits und die große Zahl österreichischer Deserteure andererseits, ein Zusammenhang wurde jedoch tunlichst vermieden. Bis heute gilt: Sofern PartisanInnen überhaupt Erwähnung finden, werden sie entweder (im Geist der „Opferthese") als „österreichische Widerstandskämpfer" vereinnahmt oder aber als „kommunis-

tisch“ und „jugoslawisch“ ausgeschlossen (besonders prononciert im „Gefallenengedenken“). Beide Herangehensweisen unterschlagen die historische Bedeutung der antislowenischen Politik in Kärnten/Koroška und der spezifischen Situation der Kärntner SlowenInnen. Sie erlauben es damit auch, gerade *keine* Verbindung zur heutigen „Minderheitenpolitik“ herzustellen. Trotz und wegen dieses widersprüchlichen Geschichtsbilds hat sich in Österreich die Sicht der TäterInnen auf den Zweiten Weltkrieg durchgesetzt. Während die TäterInnen von einem gerechten Krieg für Volk und „Heimat“ am Nordmeer, am Balkan und in Afrika sprachen, unterstreichen „Nachgeborene“ den Wert von Pflichterfüllung, Eidleistung, Gefallenengedenken und Kameradschaft.[14] Personen, die aus der Wehrmacht desertierten, haben in diesem Bild keinen Platz, schon gar nicht, wenn sie sich auch noch den PartisanInnen anschlossen. Die jugoslawische Geschichtsschreibung leistete dazu auch keinen erhellenden Beitrag: Über Jahrzehnte wurde der bewaffnete Widerstand am Balkan, in Slowenien und Österreich den kommunistischen Verbänden zugeschrieben, Anzahl und Bedeutung geschönt und autonome/autochthone Kleingruppen und nicht-kommunistische Verbände totgeschwiegen, teils sogar verfolgt. Österreichische und jugoslawische Nachkriegsgeschichtsschreibung ähneln sich in diesem Punkt paradoxerweise: In beiden Ländern wird/wurde der Widerstand national punziert (Pirker 2010, 18).

Die Auswahl der beiden Fallbeispiele soll dazu dienen, einen weiteren Widerspruch auszuarbeiten: Das zweite Fallbeispiel erzählt die Geschichte eines Deutschkärntners, der bei den PartisanInnen landete – ob er dazu gezwungen wurde oder ob er sich ihnen aus freien Stücken anschloss, ist anhand der Nazi-Akten alleine nicht beantwortbar. Aber warum stehen seine beiden Schritte gegen das Regime – Desertion als Schritt aus der Wehrgemeinschaft sowie PartisanInnenwiderstand als konkreter Angriff auf Volks- und Wehrgemeinschaft – in seinem Fall zur Disposition? Im ersten Fallbeispiel, jenes des kärntner-slowenischen Bataillonsführers fragt niemand, ob

14 Gründe für die Durchsetzung werden im Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen: Bundesheer, Wehrmacht und (Waffen-)SS* ausgeführt.

er zum Widerstand gezwungen wurde oder ob seine Desertion vielleicht nur ein Versehen auf dem Weg, einen Besuch zu machen, war. Ist es, weil es so verwundert, dass sich ein „Deutscher" dem Widerstand gegen Großdeutschland anschließt? Klar wird, dass für alle Personen in Kärnten/Koroška die Chance bestand, sich dem Widerstand anzuschließen, umgekehrt aber Milieu- und Sprachzugehörigkeit sowie Wissen über regionale Gegebenheiten Voraussetzungen für einen erfolgreichen Übertritt bildeten. Dass es vor allem Kärntner SlowenInnen waren, die sich dem Widerstand anschlossen und ihn aufbauten, sollte nicht dazu führen, zu vergessen, dass dieser Handlungsspielraum auch für „Deutsch"-ÖsterreicherInnen bestand. Erstens weil dadurch die Möglichkeit zur Entziehung und Desertion von „Österreichern" kaschiert und/oder als sinnloser Akt ohne Zukunftsmöglichkeit präsentiert wird: Der Schritt jener, die sich entzogen, verweigerten und nicht mitmachten, wird so entwertet, nicht zuletzt um das „Bleiben" der „Pflichterfüller" zu rechtfertigen. Zweitens weil dadurch die Desertionen der Kärntner Slowenen und der Übertritt von Kärntner SlowenInnen zu den PartisanInnen als qua Gruppenzugehörigkeit vorgegeben scheinen; aus dem aktiven Widerstand gegen die Nazis würde so eine völkisch determinierte Haltung werden, die erst wieder dem Antislawismus in die Hände spielt. Die Thematisierung dieses Punktes soll dazu beitragen, die Heroisierung der Kärntner SlowenInnen zu reflektieren: Kärntner SlowenInnen sind keine Opfer, die *deswegen* zur Waffe griffen. Jede einzige widerständische Handlung war ein Schritt von Individuen, die *trotzdem* den Kampf aufnahmen.

Deserteure und PartisanInnen in der Arbeit des AK

Schon 2005, im ersten Jahr der Proteste, kam der bewaffnete Kampf der PartisanInnen prominent im Aufruftext und in der Zeitzeuginnen-Veranstaltung vor, wurde auf Transparenten und in Parolen außenwirksam verwendet (AK 2005a, 1). Eine Presseaussendung forderte im Untertitel die „Bestrafung für Kriegsverbrecher und Rehabilitierung von Deserteuren JETZT!" (AK 2005b, 1). Im Nachhinein schwer rekonstruierbar ist die Frage, ob die Inkludierung der Deserteure Folge einer tatsächlichen Beschäftigung mit dem Themenkomplex Desertion oder Ergebnis der „Affäre Kampl" Mitte Ap-

ril 2005[15] war. Aktivistisch betrachtet wurde auf Transparenten und in Sprechchören auf den Kampf der PartisanInnen hingewiesen, auf Deserteure ging – wenig überraschend – niemand ein. 2006 führte der Aufruftext den Themenkomplex PartisanInnen ebenso aus wie jenen der Wehrmachtsdeserteure:

> „Der politische Kampf der PartisanInnen gegen den Nationalsozialismus wird von den VerteidigerInnen der Deutschen Wehrmacht zu einer Kette von angeblich jugoslawisch-nationalistisch inspirierten Verbrechen umgelogen – da klingt noch die ‚Bandenbekämpfung‘ der nationalsozialistischen Propaganda nach. […] Während die Mörder von einst strafrechtlich nicht verfolgt wurden und sich ihre ‚Dienstjahre‘ für die Pension anrechnen können, wird die Entschädigung von NS-Opfern in Österreich bis heute verzögert. Wehrmachtsdeserteure werden vom österreichischen Staat nicht als Opfergruppe anerkannt, sondern müssen individuell nachweisen, dass sie aus ‚politischer‘ Überzeugung Widerstand geleistet haben und – im Rahmen eines verbrecherischen Krieges – nicht ‚bloß‘ aus ‚Drückebergerei‘ und soldatischer ‚Ehr- und Pflichtverletzung‘.“ (AK 2006, 1)

Auch hier wurden also Widerstand und Desertion nicht zusammen ‚gedacht‘, sondern die Frage der Deserteure unter Opfergruppen verortet. Auch 2007 und 2008 stellten wir die beiden Komplexe bloß nebeneinander, ohne inhaltlich auf ihre Verwobenheit einzugehen, wenn es etwa heißt: „‚Pflichterfüller‘ bekunden sich gegenseitig ihre Unschuld und bekräftigen ihre Ablehnung von Deserteuren und PartisanInnen.“ Oder: „Für die Errichtung von Deserteurs- und PartisanInnendenkmälern!“ (AK 2007, 1) Etwas überraschend – im-

15 Am 14. April 2005 meldete sich der Abgeordnete zum Bundesrat Siegfried Kampl zum Thema NS-Militärjustiz zu Wort, im Protokoll findet sich der wirre Redebeitrag „Zum Krieg: Deserteure, Kampfeinheit, zum Teil aber Kameradenmörder – Beispiel Eismeer-Front“ (zit. n. Metzler 2007, 128). Im Kontext der Debatte um ein Rehabilitierungsgesetz in Kombination mit der turnusmäßig bevorstehenden Übernahme der Funktion des Bundesratpräsidenten durch Kampl entwickelte sich diese Aussage zu einem breit diskutierten innenpolitische Thema und war ein wertvoller „Motor für die Debatte“ (ebd., 132) um eine rechtliche Rehabilitierung.

merhin war es das Jahr der Deserteurs-Ausstellung[16] – kommen Deserteure im Aufruftext 2009 nicht mehr vor (AK 2009a, 1), dafür stellt sich ein mehrseitiger Artikel in der Broschüre dem Thema (AK 2009b, 25-27). Aus heutiger Perspektive können wir zumindest festhalten: Die Opfer der Militärjustiz, denen – völlig unabhängig von ihren persönlichen Motiven – unser Respekt gebührt, lassen sich nicht samt und sonders als Deserteure bezeichnen und nicht jeder Deserteur war automatisch auch Widerstandskämpfer. Gleichzeitig gilt allerdings, dass der PartisanInnenkampf in Österreich sich nicht ohne den Bezug zur Desertion aus der nationalsozialistischen Wehrmacht denken und analysieren lässt. Wenn es darum geht, die PartisanInnen zu ehren, kann das Andenken an die Opfer der NS-Militärjustiz daher nicht ausgespart werden.

Neben der inhaltlichen und theoretischen Arbeit des AK spielen die Demonstrationen und Kundgebungen eine mindestens genauso wichtige Rolle (vgl. Artikel zu Protestkultur). Es lässt sich festhalten, dass die positiven Bezüge auf PartisanInnen und deren Kampf über die Jahre durchwegs und ungebrochen präsent waren, während es – außer in Texten – keine Bezugnahme auf Deserteure oder andere sich der Wehrmacht entziehenden Personen gab. Die oft etwas platt gefassten Sprüche zum PartisanInnenkampf lassen sich im kärntner Kontext als (erfolgreiche) Provokationsstrategie verstehen – sie bergen jedoch stets auch die Gefahr der Instrumentalisierung. Pointiert zusammengefasst wurde diese Problematik im angesprochenen Artikel von 2009:

> „Doch auch die (radikale) Linke – die Verfasserin nicht ausgenommen – tut sich mit (manchen) Deserteuren schwer. Ja, Widerstandskämpfer_innen, Partisan_innen, Saboteur_innen, da ist die politische Einordnung klar. Das sind die Helden und Heldinnen ‚unserer' Geschichtserzählungen, unsere Vorbilder und heimlichen Identifikationsfiguren." (AK 2009b, 25)

16 Die Ausstellung *„Was damals Recht war..." – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht* wurde am 1. September 2009 in Wien eröffnet und sorgte für eine ausreichende mediale Debatte, sodass knapp zwei Monate später überraschend das Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz im österreichischen Nationalrat beschlossen wurde.

Einer der Schlager unter den Demosprüchen – Gegen euch und eure AhnInnen helfen nur noch PartisanInnen! – erfährt bei genauer Betrachtung neben der historischen Komponente noch eine zweite: Da der eingefahrenen kärntner Sicht auf Geschichte, Opfer und TäterInnen mit Argumenten, Aufarbeitung und *Moskauer Deklaration* nicht beizukommen ist, bedarf es des Mittels der ultimativen Provokation: *Mit SFRJ-Fahne, Tito-Stern und einem Hoch auf die PartisanInnen gegen den kärntner Konsens.*

Literatur

AK 2005a: AK gegen den kärntner Konsens: Den Kärntner Konsens angreifen!/Napasti koroški konsenz! Schluss mit dem Ulrichsbergtreffen!/Konec s srečanjem na Ulrichsbergu/Vrhu!, 16.7.2005, Wien/Klagenfurt/Celovec. (www.u-berg.at/texte/aufruf2005.htm)

AK 2005b: AK gegen den kärntner Konsens: Wären sie doch nie heimgekehrt! Stoppt das revisionistische Treffen am Ulrichsberg! Bestrafung für Kriegsverbrecher und Rehabilitierung von Deserteuren JETZT! Presseaussendung via Austria-Presse-Agentur (OTS0173 5 II 0262 NEF0006) vom 30.8.2005. Wien/Klagenfurt/Celovec, 2005.

AK 2006: AK gegen den kärntner Konsens: Den Kärntner Konsens angreifen! Schluss mit dem Ulrichsbergtreffen! Napasti koroški konsenz! Konec s srečanjem na Ulrichsbergu/Vrhu! Aufruftext, Wien/Klagenfurt/Celovec, 2006. (www.u-berg.at/texte/aufruf2006.htm)

AK 2007: AK gegen den kärntner Konsens: Ulrichsberg sprengen - PartisanInnendenkmäler errichten!...weil wir nicht warten wollen, bis die Kameradenverbände aussterben! Aufruftext, Wien/Klagenfurt/Celovec, 2007. (www.u-berg.at/texte/aufruf2007_de.htm)

AK 2009a: AK gegen den kärntner Konsens: Ulrichsberg wegpusten! Antifaschistische Aktionstage 2009, 18.-20.09.2009. Aufruftext, Wien/Klagenfurt/Celovec, 2009. (www.u-berg.at/texte/aufruf2009_de.htm)

AK 2009b: AK gegen den kärntner Konsens: Wo sind die Deserteure? In: Ders.: Odpihnimo Ulrichsberg! Ulrichsberg wegpusten! Textsammlung des AK. Wien/Klagenfurt/Celovec, 2009. S. 25-27.

Baum, Wilhelm et al.[Hrsg.]: Das Buch der Namen. Die Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten. Wien, 2010.

Berthold, Ricarda/Wette, Wolfram: Fälle von Kriegsverrat. In: Wette, Wolfram/Vogel, Detlef [Hrsg.]: Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat. Berlin, 2007. S. 87-131.

Broucek, Peter: Militärischer Widerstand, Studien zur österreichischen Staatsgesinnung und NS-Abwehr. Wien, 2008.

Hesztera, Franz: Von der „A-Gendarmerie“ zur B-Gendarmerie. Der Aufbau des Österreichischen Bundesheeres 1945 bis Herbst 1952. Mattighofen, 1999.

Klinkenhammer, Lutz: Der Partisanenkrieg der Wehrmacht 1941-1944. In: Müller, Rolf-Dieter [Hrsg.]: Die Wehrmacht. Mythos und Realität. München, 1999. S. 815-835.

Krainer, Hans: Die Partisanen in Krain. O.O., 1981.

Neugebauer, Wolfgang: Der österreichische Widerstand 1938-1945. Wien, 2008.

Messner, Mirko: Widerstand der Kärntner Slowenen. In: Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen. Wien, 1990.

Manoschek, Walter [Hrsg.]: Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis, Strafvollzug, Entschädigungspolitik in Österreich. Wien, 2003.

Pirker, Peter: Gegen das „Dritte Reich“. Sabotage und transnationaler Widerstand in Österreich und Slowenien 1938-1940. Klagenfurt/Celovec, Wien, 2010.

Protokoll 2009: Stefan, Harald: Redebeitrag. In: Stenographisches Protokoll der 17. Sitzung, XXIV.GP, 12.3.2009.

Rausch, Josef: Der Partisanenkampf in Kärnten im Zweiten Weltkrieg. (= Militärhistorische Schriftenreihe 39/40; 3. Auflage) Wien, 1994.

Rencher, Norbert: Ulrichsberg-Dokumentation. Klagenfurt/Celovec, 1999.

Rettl, Lisa: „Jetzt, da ich weiß, dass wir Slowenen unsere richtige Führung haben, wird mich der Hitler nicht mehr sehen!“ Desertion im Rahmen des Kärntner Partisanenkampfes. In: Geldmacher, Thomas et al. [Hrsg.]: „Da machen wir nicht mehr mit...“ Österreichische Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht. Wien, 2010.

Rot-Weiß-Rot-Buch: Gerechtigkeit für Österreich. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs. Erster Teil. Wien, 1946.

Schmider, Klaus: Auf Umwegen zum Vernichtungskrieg? Der Partisanenkrieg in Jugoslawien, 1941-1944. In: Müller, Rolf-Dieter [Hrsg.]: Die Wehrmacht. Mythos und Realität. München, 1999. S. 901-922.

Slowenisches Informationscenter [Hrsg.]: Sämtliche Slowenen – Versuch einer Dokumentation, Klagenfurt/Celovec, 1978, S. 45-49.

Wette, Wolfram/Vogel, Detlef [Hrsg.]: Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat. Berlin, 2007.

Janine Wulz und Jonas Kolb

Der Gedenkort Peršmanhof

Ein Stachel in der kärntner Erinnerungslandschaft

Der Peršmanhof – ein alter Bergbauernhof bei Bad Eisenkappel/Železna Kapla – ist seit Jahren einer der wenigen Orte in Kärnten/Koroška, an denen eine Auseinandersetzung mit dem Widerstand der Kärntner PartisanInnen überhaupt möglich ist. Als Museum, Gedenkstätte, Ort der Begegnung, der Vernetzung und des Lernens ermöglicht der Peršmanhof eine erinnerungspolitische Auseinandersetzung mit der „anderen" Geschichte Kärntens/Koroškas, die gegen den deutschnationalen Mainstream gerichtet ist und an die Kärntner PartisanInnen, an die Kärntner slowenischen NS-Opfer sowie deren Familien und an den Widerstandskampf gegen das NS-Regime in Kärnten/Koroška erinnert. Gerade aufgrund dieser Ausrichtung ist der Peršmanhof ein Dorn im Auge vieler deutschnational gesinnter KärntnerInnen.

Im folgenden Beitrag beleuchten wir die Geschichte des Peršmanhofs. Dazu gehen wir auf den Widerstand der PartisanInnen gegen das „Dritte Reich" in Kärnten/Koroška ein, um weiter das Massaker am Peršmanhof im April 1945 in den Mittelpunkt zu rücken. Ausgehend von diesem Ereignis legen wir einen Fokus auf die Entwicklungen des Peršmanhofs nach 1945 bis hin zur Nutzung des Hofs als Gedenkort und zur Einrichtung eines Museums, das nach 30-jährigem Bestehen sowohl mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert ist als auch ein Spektrum an Chancen in sich birgt. Der Peršmanhof ist sowohl Lern- und Vermittlungsort als auch ein zentraler Ort, an dem an die brutalsten Formen der Diskriminierung und Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes an der slowenischsprachigen Bevölkerung in Kärnten/Koroška erinnert wird. Nach diesen verschiedenen Rollen, die der Peršmanhof heute spielt, und danach, welche er zukünftig in der Erinnerungslandschaft in Kärnten/Koroška spielen könnte, fragen wir im Laufe dieses Artikels.

Die Entstehung und der Widerstandskampf der Kärntner PartisanInnen

Bad Eisenkappel/Železna Kapla ist eine kleine Landgemeinde. Bestehend aus ein paar Gasthäusern und vielen Bauernhöfen, die in einer schroffen Gebirgslandschaft liegen. Gleich hinter den Bergen, den Karawanken, liegt Slowenien. In Bad Eisenkappel/Železna Kapla, das mitten im zweisprachigen Gebiet liegt, ist Slowenisch die Muttersprache vieler Menschen. Auch der einzige kärntner Bürgermeister der zweisprachigen *Enotna Lista* (EL) wurde hier gewählt. Ein Stück außerhalb des zentralen Ortes der Gemeinde liegt der Peršmanhof, das einzige PartisanInnenmuseum in Kärnten/Koroška und Schauplatz eines grausamen Massakers.

Der Widerstand der Kärntner PartisanInnen ist historisch eng mit jenem der *Osvobodilna Fronta* (OF), der Befreiungsfront in Slowenien, verknüpft. In Folge des Überfalls der Deutschen Wehrmacht auf Jugoslawien im April 1941 gründeten sich dort schnell erste Widerstandsgruppen. Nach dem Angriff auf die Sowjetunion unterstützte auch die Kommunistische Partei den Widerstand – es kam zur Gründung der OF. Innerhalb der Organisation der OF setzten sich auf Grund der bereits vorhandenen Strukturen die KommunistInnen durch und schlossen sich im Herbst 1942 der gesamtjugoslawischen PartisanInnenbewegung unter der Führung von Josip Broz-*Tito* an.Bereits 1939 waren speziell aus dem Raum Zell/Sele, Eisenkappel-Bela/Železna Kapla-Bela und Bleiburg/Pliberk Burschen nach Jugoslawien geflüchtet, um sich der Deutschen Wehrmacht zu entziehen. Nach dem Überfall der Wehrmacht auf Jugoslawien schlossen sich einige von ihnen der OF an. Ein Jahr später, nach der Deportationsaktion der Nazis im April 1942 in Kärnten, kamen nun einige der „Fahnenflüchtigen" im Sommer 1942 in ihre Heimatorte nach Kärnten zurück, um ihre Verwandten und Bekannten für den Widerstandskampf zu organisieren. Es war zunächst wichtig, ein Netzwerk des Widerstandes aufzubauen, als Basis für bewaffnete Aktionen.

Als PartisanInnen können jene Personen gelten, die versteckt lebten und mehr oder weniger gut ausgerüstet verschiedene Aufgaben im Rahmen des bewaffneten Kampfes durchführten – seien es direkte Kampfeinsätze, Sabotagen und Sprengungen an Infrastruktureinrichtungen, Versorgung mit Lebensmitteln, Aus-

schaltung von Gestapo-Spitzeln, Krankentransporte, Kurierdienste, Betreiben von geheimen Druckereien oder politische Agitation. Neben diesen versteckt Lebenden spielte der breite Kreis an UnterstützerInnen aus der Zivilbevölkerung eine essentielle Rolle im Widerstand. Die Trennlinie war nicht immer ganz scharf zu ziehen, denn oft mussten gefährdete Zivilpersonen vor dem Zugriff der Gestapo zu den PartisanInnen gehen. Ohne diese infrastrukturelle Unterstützung durch die BergbäuerInnen und Zivilpersonen, die den PartisanInnen Verpflegung, medizinische Versorgung, Kleidung und Informationen zukommen ließen, wäre der bewaffnete Widerstand durch PartisanInneneinheiten in den Wäldern nicht möglich gewesen. Da Kärntner Slowenen in der Regel in die Wehrmacht einrücken mussten, waren Frauen die HauptträgerInnen der Unterstützung aus der zivilen Bevölkerung (Entner 2008, 45). Zu Beginn requirierten die PartisanInnen in kleineren Aktionen Nahrungsmittel, Kleidung sowie Waffen und führten Überfälle auf FaschistInnen durch. In den Jahren 1944/1945 konnten die kärntner PartisanInnen, vor allem durch die tatkräftige Hilfe des slowenischen Hauptstabes und der Briten durch Waffen, ihre Aktivitäten erheblich steigern.

Die slowenischsprachige Bevölkerung unterstützte die PartisanInnenbewegung breit, wohl auch deshalb, weil sie von der Härte des faschistischen NS-Regimes voll getroffen wurde. Neben den Deportationen, bei deren Höhepunkt im April 1942 1.075 kärntner SlowenInnen bzw. 221 Familien (vgl. Sima 2002, 152) binnen zwei Tagen in Lager der *Volksdeutschen Mittelstelle* verschleppt wurden, und der Germanisierungspolitik gab es auch massive ökonomische Repressionen gegen Kärntner SlowenInnen. Infolge dessen desertierten viele der Kärntner Slowenen – z. B. während ihres Fronturlaubes – und schlossen sich den PartisanInnen an. Um die Familien zukünftiger PartisanInnen vor Repressionen des NS-Regimes zu schützen, führten die PartisanInnen inszenierte Zwangsrekrutierungen durch.

Neben den von der OF organisierten PartisanInnen gab es noch weitere regionale PartisanInnengruppen, wie die *Schüttpartisanen* bei Arnoldstein oder auch die *Österreichische Freiheitsfront Gruppe Karawanken*, die mit der OF Kontakte unterschiedlicher Intensität hatten. Die PartisanInnengruppen wuchsen zahlenmäßig an, führten

mehr Aktionen durch und wurden damit zu einer ernsthaften Bedrohung für die NationalsozialistInnen. Der Militärhistoriker Josef Rausch hebt bei der Einschätzung der Effektivität des PartisanInnenwiderstands hervor, dass

> „die Partisanen in Kärnten durch die Beschädigung oder Zerstörung zahlreicher Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen [...] sowie durch teilweise erfolgreiche Angriffe auf E-Werke, Sägewerke, Fabriken, Bergwerke [...] und deren Energiezufuhr die Kriegswirtschaft und die militärischen Anstrengungen des ‚Dritten Reiches' in ihrem begrenzten Einsatzgebiet beeinträchtigten" (Rausch 1979, 84).

Rausch schätzt die Zahl der durch die PartisanInnen gebundenen bewaffneten Einheiten des NS-Regimes auf etwa 7.000 bis 10.000 Mann (Rausch 1979, 101), die zur so genannten „Bandenbekämpfung" in Kärnten/Koroška abgestellt werden mussten und damit nicht an anderen Orten eingesetzt werden konnten.

Für PartisanInnentätigkeit oder deren Unterstützung hatte das NS-System schwere Strafen vorgesehen. So wurde zum Beispiel im November/Dezember 1942 eine OF-Organisation im Raum Bad Eisenkappel-Zell/Železna Kapla-Sele aufgedeckt. 200 Personen wurden verhaftet, 135 wegen Hochverrates angeklagt und 13 Menschen wurden in der Folge enthauptet. Die HelferInnen der – wie im Urteil zu lesen – „terroristischen Banditen" erhielten hohe Strafen von bis zu zwölf Jahren. Viele wurden direkt in Konzentrationslager überstellt – Frauen meist nach Ravensbrück und Männer nach Dachau oder Mauthausen. Ähnliche Verhaftungswellen gab es noch einmal 1944 in Ludmannsdorf/Bilčovs, Feistritz/Bistrica im Rosental und St. Kanzian/Škocijan sowie kurz vor Kriegsende in Grafenstein/Grabštanj. Neben diesen umfassenden Verhaftungswellen gab es regelmäßig Einsätze der Gestapo, die „präventiv" gegen UnterstützerInnen von PartisanInnen durchgeführt wurden. Eine der grausamsten „Aktionen" dieser Art war jene am 25. April 1945 am Peršmanhof.

Im Mai 1945 marschierten die PartisanInnen genauso wie die Briten Richtung Klagenfurt/Celovec. Nach dem Einmarsch in Klagenfurt/Celovec wurden einige hundert NS-Funktionäre und KollaborateurInnen durch PartisanInnen verhaftet und in jugosla-

wischen Anhaltelagern inhaftiert.[1] Nach rund zwei Wochen Doppelbesetzung durch jugoslawische und britische Streitkräfte wurde auf Druck der Alliierten den PartisanInneneinheiten der Rückzug befohlen (Rausch 1979, 81).

Die Errichtung der Gedenkstätte Peršmanhof

Bis 1945 war der Bauernhof der Familie Sadovnik einer der größten der Region. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde der Vater der Familie, Luka Sadovnik, zur Wehrmacht eingezogen. Wie an vielen anderen Höfen übernahm die Ehefrau, Ana Sadovnik, die Bewirtschaftung. Der Peršmanhof wurde durch seine Lage in der Abgeschiedenheit bald zu einem wichtigen Stützpunkt des PartisanInnenkampfes. PartisanInneneinheiten trafen sich hier, wurden verpflegt, medizinisch versorgt und konnten hier Informationen austauschen. Die am Hof lebende Familie war durch ihre Unterstützung der PartisanInnen in ständiger Lebensgefahr. Die NationalsozialistInnen führten überfallsartige Kontrollen bei den Bergbauernhöfen im zweisprachigen Gebiet durch, um die BäuerInnen der „Bandenbegünstigung" zu überführen. Für die Bauersleute bedeutete dies Deportationen in Konzentrationslager oder Verhaftungen und Strafen bis hin zur Todesstrafe (vgl. Blohberger 2010).

Am 25. April 1945 hielten sich etwa 150 PartisanInnen des 3. PartisanInnenbataillons am Peršmanhof auf. Dort wurden sie von

1 Diese teils hochrangigen NS-Funktionäre, leitenden Beamten des NS-Systems und KollaborateurInnen mit dem nationalsozialistischen Regime werden wiederholt verfälschend und verharmlosend als unschuldige „Verschleppte" dargestellt, die dem „Terror der Tito-Partisanen" ausgeliefert und willkürlich verhaftet und ermordet worden wären. Mit dieser stetig wiederkehrenden Argumentation von deutschnationaler Seite wird versucht, den Widerstand der Kärntner PartisanInnen zu diskreditieren und mit nationalsozialistischen Verbrechen und Gräueltaten auf eine Stufe zu setzen. Dass von insgesamt 263 dieser so genannten „Verschleppten" über 100 Personen in Kärnten/Koroška wieder frei gelassen wurden (vgl. Sicherheitsdirektion für das Bundesland Kärnten 1952), wird indes ebenso verschwiegen wie die Beteiligung der Inhaftierten an Kriegsverbrechen oder an Deportationen. Insgesamt gelten 96 der „verschleppten" Männer und Frauen nach dem amtlichen Bericht der Sicherheitsdirektion als verschollen (vgl. Entner 2011, 204 ff.).

der circa 70 Mann starken Einheit der 4. Kompanie des 1. Bataillons des *SS- und Polizeiregiments 13* überrascht, die wegen einer eingegangenen Anzeige nach PartisanInnen suchte, welche einen Ochsen beschlagnahmt hatten. Die SS- und Polizeieinheit beschoss die PartisanInnen und den Hof, woraufhin die PartisanInnen die Flucht ergriffen. In Kreisen der ehemaligen PartisanInnen ist von einer (schriftlich nicht dokumentierten) Abmachung zwischen der Kommandantur der OF und der lokalen Polizei die Rede, wonach man kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges Blutvergießen unter der Zivilbevölkerung und Gefechte in der Nähe von Höfen vermeiden wollte. Nach der Plünderung der zurückgelassenen Ausrüstung der PartisanInnen und der Vorräte der Familie Sadovnik zog sich auch die SS- und Polizeieinheit zurück. Aus bis heute nicht gänzlich geklärten Gründen kehrte eine kleine Gruppe der SS- und Polizeieinheit – wahrscheinlich als Racheakt – zurück an den Peršmanhof und verübte das Massaker. Sie ermordeten vier Erwachsene und sieben Kinder der Familien Sadovnik und Kogoj. Der Hof wurde in Brand gesteckt oder hatte bei der Schießerei Feuer gefangen. Zwei Töchter und ein Neffe der Familie überlebten zum Teil schwer verletzt und mussten die Ermordung ihrer Verwandten mit ansehen (vgl. Rettl 2005, 209 f.).

Im März 1946 kam es in Österreich zu Ermittlungen wegen der Ermordung von elf Menschen am Peršmanhof. Sie wurden bis 1949 sehr intensiv geführt, dann jedoch mehr oder weniger abgebrochen, da nach weiteren Mitgliedern der SS- und Polizeieinheit steckbrieflich gesucht wurde. Die Ermittlungen wurden in den 1960er Jahren wieder aufgenommen, dann jedoch ohne Erfolg eingestellt; es wurde keine Anklage erhoben. Die Untersuchungen ergaben zwar einwandfrei, dass die Mörder unter den Angehörigen der SS- und Polizeieinheit zu suchen waren, doch war es anscheinend nicht möglich, den Tatverdacht gegen konkrete Personen so zu erhärten, dass Anklage erhoben werden konnte. Bekannt wurde auch, dass ein Ungar, der als Angehöriger der Polizeieinheit am 25. April 1945 beim Einsatz auf dem Peršmanhof dabei war, in Ungarn zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden war. Ob das Urteil vollzogen wurde, ist nicht bekannt, da die entsprechenden Dokumente vernichtet wurden (vgl. Projektgruppe der Zweisprachigen Bundeshandelsakademie 2008; Društvo/Verein Peršman 2005; Sima 2011).

Im Jahr 1981 pachtete der *Verband der Kärntner PartisanInnen/ Zveza koroških partizanov* (in Folge kurz: PartisanInnenverband) den teilweise wieder aufgebauten Peršmanhof und verpflichtete sich, dort eine Gedenkstätte einzurichten. Am 25. April 1982 fand die Eröffnung des Museums statt, das sich mit der Geschichte der slowenischen Minderheit in Kärnten/Koroška während der nationalsozialistischen Diktatur beschäftigt. Ein Jahr später wurde am Vorplatz des Hofs das Denkmal des antifaschistischen Widerstandes wieder errichtet. Das Denkmal selbst markiert durch die plastische Gestaltung von drei PartisanInnen, in deren Mitte eine

> „selbstbewusste und politische Kämpferin [dargestellt ist] […] in der Kärntner Denkmallandschaft einen deutlichen Bruch mit den gängigen Geschlechterkonventionen" (Rettl 2005, 68).

Enthüllt wurde das Denkmal erstmals auf dem St. Ruprechter Friedhof in Völkermarkt/Velikovec am 26. Oktober 1947. Als die Stadt 1953 ihr 700-jähriges Bestehen feierte und sich als seit jeher „kerndeutsche Stadt" inszenierte, wurde das Denkmal von Deutschnationalen gesprengt. Auch in diesem Fall wurden weder die Täter ermittelt noch das Denkmal am ursprünglichen Ort originalgetreu wieder aufgestellt (Rettl 2005, 173).

Der Gedenkort Peršmanhof heute: Entwicklungen und Herausforderungen

Aller räumlichen Abgeschiedenheit zum Trotz hat sich das Museum am Peršmanhof zunehmend als zentraler Ort etabliert, an dem an die Diskriminierung, Deportation und Ermordung von Kärntner SlowenInnen während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an die Geschichte der Kärntner PartisanInnen erinnert wird. Mit den Entwicklungen der politischen Landkarte seit der Eröffnung des Museums im April 1982 haben sich neue Anforderungen und Perspektiven ergeben, während deutschnationale Diskreditierungsversuche des antifaschistischen Befreiungskampfes in Kärnten/ Koroška weiterhin zum Tagesgeschehen gehören. Fast dreißig Jahre nach der Eröffnung ist es an der Zeit, bedeutsame Entwicklungen für das Museum am Peršmanhof Revue passieren zu lassen und die Problematiken wie Herausforderungen zu reflektieren, mit denen

die Arbeit am Museum und die involvierten Vereine und engagierten Personen konfrontiert sind.

Als maßgebliche Veränderung für das Museum am Peršmanhof ist neben der Entwicklung der BesucherInnenstruktur in erster Linie die Gründung des *Društvo/Verein Peršman* im Jahr 2001 einzustufen, der den PartisanInnenverband bei der BesucherInnenbetreuung und der Museumsarbeit unterstützt. Die räumliche Nutzung des Peršmanhofs als Museum und Gedenkstätte basiert auf dem Pachtvertrag, der vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 2081 rechtlich gültig ist und der zwischen dem – in der Zwischenzeit verstorbenen – Eigentümer der Liegenschaft Ludvik Borovnik und dem PartisanInnenverband abgeschlossen wurde. In dem Vertrag verpflichtet sich der PartisanInnenverband für die Dauer von 99 Jahren,

> „zur ehrenden Erinnerung an die Peršman-Opfer das Museum des Volksbefreiungskampfes bis zum Ende der vereinbarten Vertragsdauer [zu] erhalten“ (zit. n. Društvo/Verein Peršman 2005, 20).

Daneben wird den Kindern der Sadovnik-Familie, die das Massaker überlebten, ein lebenslanges Wohnrecht im Wohngebäude des Peršmanhofs eingeräumt. Davon Gebrauch machte nur Ana Sadovnik, die schwer verletzt das Massaker im April 1945 überlebte und eine Haushälfte des Wohngebäudes bewohnte, bis sie im Jahr 2000 den Peršmanhof als ständigen Wohnsitz aufgab.

In den ersten beiden Dekaden des Bestehens besuchten in erster Linie Bekannte der Familie, ehemalige PartisanInnen oder Kärntner slowenische AnwohnerInnen aus der näheren Umgebung das Museum. Wie die BesucherInnenstatistiken zeigen, suchten im Jahr 2000 abseits von der alljährlichen Gedenkfeier am Peršmanhof 100 Personen das Museum auf. 2010 hat sich die Zahl mit 700 BesucherInnen insgesamt versiebenfacht. Diese Entwicklung hängt mit der Öffnung des Interessiertenkreises zusammen, da neue BesucherInnengruppen angesprochen werden: Neben der bestehenden Kärntner slowenischen BesucherInnengruppe finden sich seit einigen Jahren vermehrt deutschsprachige Personen, die außerhalb von Kärnten/Koroška leben und gezielt das Museum aufsuchen, sowie Jugendliche, SchülerInnen oder Studierende, die an Wochenendseminaren am oder Exkursionen zum Peršmanhof teilnehmen. Kärnt-

nerInnen, die der deutschsprachigen numerischen Bevölkerungsmehrheit angehören, sind hingegen in den BesucherInnenstatistiken weiterhin eher unterrepräsentiert.

Die Durchführung von Seminaren, Führungen und Projekten mit Jugendlichen oder Studierenden geht vorrangig auf die Aktivitäten des *Društvo/Verein Peršman* zurück, der seit seiner Gründung 2001 das Ziel verfolgt, den Peršmanhof verstärkt als Ort der Begegnung und der historisch-politischen Bildung zu nutzen. Seitdem führt der Verein neben Fortbildungen auch Jugendbegegnungstreffen durch, übernimmt teilweise die Betreuung von BesucherInnen des Museums und wirkt bei der Organisation der alljährlichen Gedenktreffen mit. Da im *Društvo/Verein Peršman* MuseumspädagogInnen, LehrerInnen, KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen involviert sind, ist seine Arbeit von zentraler Bedeutung für den PartisanInnenverband, dessen Mitglieder größtenteils mittlerweile in sehr fortgeschrittenem Alter sind.

Die involvierten Personen und Vereine sind bei der Museumsbetreuung und der Arbeit am Peršmanhof mit Herausforderungen konfrontiert, die sich in drei zentralen Problematiken äußern: die Beschilderung des Museums für BesucherInnen, die Neugestaltung der Ausstellung und die rechtlichen Bestimmungen des Pachtvertrages.

Trotz der vergleichsweise großen medialen Bekanntheit des Museums ist dessen Ausschilderung durch nur zwei öffentliche Hinweisschilder in der Gemeinde Bad Eisenkappel-Vellach/Železna Kapla-Bela sehr unzureichend. Da das Museum weit abgeschieden im Seitental Leppen/Lepena gelegen ist, bereitet dieser Umstand für ortsunkundige BesucherInnen nicht selten ein Problem oder verhindert in manchen Fällen gänzlich deren Besuch.

Die zentrale Herausforderung, vor der die involvierten Vereine und AkteurInnen bei der Museumsarbeit stehen, bildet hingegen die Neugestaltung der Ausstellung. Seit der Eröffnung des Museums am 25. April 1982 besteht die Ausstellung, die von Marjan Sturm und Peter Wieser gestaltet wurde, in der früheren Wohnstube des Peršmanhofs bis heute in unverändertem Zustand. Angesichts des Alters und der Didaktik stehen die involvierten Vereine und das Museum vor der Aufgabe, die Museumsausstellung zu überarbeiten

und zumindest eine Auseinandersetzung um damit verbundene bauliche Fragen anzustoßen, die sich innerhalb der rechtlichen Bestimmungen des abgeschlossenen Pachtvertrages vom Juli 1981 bewegen. Aufgrund ihres fast dreißigjährigen Bestehens, im Zuge dessen die Ausstellung nicht verändert wurde, haben zum einen geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzungen und Erkenntnisse der letzten drei Dekaden zur Geschichte der Kärntner PartisanInnen keinen Eingang in die Ausstellungsfläche gefunden (vgl. Rettl 2005, 250). Beispielsweise weist die derzeitige Darstellung des Massakers an der Sadovnik-Familie Defizite auf. Zum anderen konnte die Ausstellung nicht an die veränderten Erfordernisse angepasst werden, die im Zuge der Verschiebung der BesucherInnenstruktur vonnöten sind. Unter diese Anforderungen fallen neben der Notwendigkeit eines pädagogischen Gedenkstättenkonzepts – infolge der verstärkten Nutzung des Peršmanhofs als Ort des Lernens durch Jugend-, SchülerInnen und Studierendengruppen – auch eine adäquate Reaktion auf das große BesucherInnenspektrum aus dem deutschen Sprachraum, also die Ausstellung sämtlicher Exponate und Texte in slowenischer ebenso wie in deutscher Sprache. Überdies besteht die Möglichkeit, die museale Nutzung des Hofs über die ehemalige Wohnstube hinaus auszuweiten, da es sich – seitdem Ana Sadovnik im Frühjahr 2005 dem PartisanInnenverband ihre Haushälfte zur Verfügung stellte – beim Peršmanhof nicht mehr um eine bewohnte Gedenkstätte handelt.

Die Neugestaltung des Museums ist auch das zentrale Anliegen des *Društvo/Verein Peršman* und wird seit einigen Jahren vom Verein in Angriff genommen und vorangetrieben. Vorläufige Früchte trägt diese Arbeit durch die Installation der Schautafel-Ausstellung *Die Deportation slowenischer Familien aus Kärnten 1942* der *Österreichischen Liga der Menschenrechte* sowie durch die Videoinstallation *Das Ende der Erinnerung – Kärntner PartisanInnen/Konec spomina – koroške partizanke, koroški partizani* von Ernst Logar in einem eigenen Ausstellungsraum am Peršmanhof. Durch eine Arbeitsgruppe wurde darüber hinaus 2005 im Auftrag des Vereins ein Projekt unter der Leitung von Peter Gstettner und Karl Stuhlpfarrer durchgeführt, in dem die inhaltliche Neugestaltung der Ausstellung, die geplanten Themenbereiche in den unterschiedlichen Räumen des

Peršmanhofs und die pädagogischen Leitgedanken für die Vermittlungsarbeit detailliert ausgeführt werden (Društvo/Verein Peršman 2005). Erschwert wird die Neugestaltung des Museums bisher durch die Schwierigkeit, die finanziellen Mittel für die Umsetzung des Konzepts aufzustellen.

Daneben erlegt auch der Pachtvertrag, in dem die Nutzung des Peršmanhofs als Museum und Gedenkstätte rechtlich verankert ist, der Neugestaltung des Museums Schranken auf. So erstrecken sich die Nutzungsrechte für den PartisanInnenverband alleinig auf das Wohngebäude des Peršmanhofs, während bauliche Modifizierungen des Gebäudes im Außenbereich sowie die Gestaltung des Außenraumes wie der Freiflächen des Anwesens verunmöglicht werden. Unterbunden wird dadurch beispielsweise einerseits die Freilegung der früheren Grundmauern der Wirtschaftsgebäude des Peršmanhofs für Museumszwecke, die beim Massaker 1945 in Brand gesetzt und nach dem Krieg nicht wieder aufgebaut wurden. Andererseits kann auch der sukzessive Verfall der noch erhaltenen originalen Keusche des ehemaligen Bergbauernhofs nicht abgewendet werden.

Erinnerungspolitische Projekte und Vermittlungsarbeit am Peršmanhof

Die Vermittlungsarbeit im Museum am Peršmanhof verfolgt in erster Linie das Ziel, den ehemaligen Bergbauernhof als Ort des zeitgeschichtlichen und politischen Lernens zu nützen, über den historisches und regional sehr bedeutsames Wissen erschlossen und angeeignet werden kann. Inhaltlich ist die Museumsbetreuung allgemein darauf ausgerichtet, eine Sensibilisierung der BesucherInnen bezüglich der Geschichte der SlowenInnen in Kärnten/Koroška im 20. Jahrhundert anzustoßen und (inter)kulturelle Kompetenzen wie Toleranz zu befördern.

In der kärntnerischen Erinnerungslandschaft existieren nur wenige Orte der Erinnerung an die Geschichte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an die gewaltsame Unterdrückung der Kärntner slowenischen Bevölkerung. Weder an Verbrechen, die vor, während und nach der NS-Zeit an Kärntner SlowenInnen verübt wurden, noch an die Opfer und Schicksale, die mit den damaligen Geschehnissen verknüpft sind, wird häufig an öffentlichen Orten erinnert. Aus diesem Grund nimmt das Museum am Peršmanhof,

das als einziges Museum in Kärnten/Koroška und Österreich an die Geschichte der Kärntner slowenischen Bevölkerung und den Widerstand der PartisanInnen im vergangenen Jahrhundert erinnert, eine besondere Position innerhalb der antifaschistischen Erinnerungslandschaft in Kärnten/Koroška ein. Dies zeigt sich zum einen daran, dass kaum ein Dokumentarfilm oder eine wissenschaftliche Arbeit, die die Erinnerungskultur in Kärnten/Koroška thematisieren, ohne Filmaufnahmen vom oder Textpassagen zum Peršmanhof auskommt. Korrespondierend mit der diskursiven Bedeutung nimmt das Museum zum anderen auf organisatorischer Ebene eine zentrale Rolle ein, da vom Peršmanhof aus zahlreiche Anstöße für Vernetzungen ausgehen und Projekte mit erinnerungspolitischer Relevanz initiiert werden. Von der Arbeit des *Društvo/Verein Peršman* gingen in den letzten Jahren Impulse vor allem in Richtung der Vermittlungsarbeit mit Jugendlichen aus, von denen wir drei aktuelle Beispiele hervorheben werden.

Im Jahr 2007 wurde in Kooperation mit der *Zweisprachigen Bundeshandelsakademie/Dvojezična Zvezna Trgovska Akademija* in Klagenfurt/Celovec das erste Projekt mit SchülerInnen durchgeführt, die sich mit der Deportation von Kärntner slowenischen Familien und dem Widerstand der PartisanInnen auseinandersetzten. Ebenfalls im Jahr 2007 entstand eine zweisprachige Informationsbroschüre zum Museum am Peršmanhof als Resultat eines Jugendbegegnungsprojektes. In Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Moringen bei Göttingen initiierte der *Društvo/Verein Peršman* im selben Jahr ein zweiteiliges Jugendbegegnungsprojekt mit jeweils 17 Jugendlichen aus Moringen und Klagenfurt/Celovec unter dem Titel *Zeit (zu) reisen/Potovanje skozi čas*, in dem sich die Jugendlichen in Moringen und in Südkärnten eine Woche lang mit der zeitgeschichtlichen Verbindung beider Regionen auseinandersetzten. Die Zusammenarbeit der beiden Einrichtungen erfolgte vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Kärntner slowenische Jugendliche während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nach Moringen deportiert und zur Zwangsarbeit verpflichtet wurden, da eines der dortigen Konzentrationslager als Jugendkonzentrationslager für männliche Jugendliche fungierte. Das Projekt wurde von den Jugendlichen filmisch dokumentiert. *On our ancestors' trail* zeigt die Begegnun-

gen der Jugendlichen mit ZeitzeugInnen in Moringen und in Südkärnten und gibt Einblicke in die Reise der Jugendlichen durch die Geschichten der jeweiligen Region. Ein drittes Jugendprojekt wurde im August 2008 mit 15 Jugendlichen aus Deutschland, Österreich und Slowenien umgesetzt, das durch das *Mauthausen Komitee Deutschland/Gruppe Ost*, das *Muzej novejše zgodovine Slovenije* und den *Društvo/Verein Peršman* organisiert wurde. Unter dem Thema der Jugendbegegnung „Widerstand in Südkärnten und Slowenien während der NS-Zeit" verbrachten die Jugendlichen jeweils vier Tage auf den Spuren des Widerstands und der PartisanInnen im südlichen Kärnten/Koroška und im nördlichen Slowenien.

Die Vermittlungsarbeit legt großen Wert darauf zu vermeiden, dass die persönliche emotionale Betroffenheit der BesucherInnen angesichts des Schicksals der Familie Sadovnik den gesamten Prozess historischen und politischen Lernens überdeckt. Ein grundlegendes Anliegen der Museumsbetreuung ist aus diesem Grund bei Führungen die Betonung der Tatsache, dass die Geschichte des Peršmanhofs keinesfalls einzigartig ist. An vielen Gehöften der Umgebung begegnet man der verschwiegenen Geschichte vom Leben und Überleben im nationalsozialistischen Regime, die sich hinter der landschaftlichen Idylle und der Abgeschiedenheit der Bergbauernhöfe in der Region verbirgt und die im Zusammenhang mit dem Widerstandskampf gegen das „Dritte Reich" oder mit der gewalttätigen Unterdrückung der Kärntner slowenischen Bevölkerung steht. Zwar sticht die besondere Brutalität und Tragik des Massakers am Peršmanhof zweifellos heraus, da hier in den letzten Kriegstagen neben vier Erwachsenen auch sieben Kinder ermordet wurden. Allerdings erzählt jeder einzelne Bergbauernhof in der südkärntnerischen Region im Raum Bad Eisenkappel/Železna Kapla, Zell/Sele oder Bleiburg/Pliberk nahe der Grenze zu Slowenien seine eigene Geschichte von Deportation, Enteignung, Widerstand – oder auch von Kooperation mit den NationalsozialistInnen. Häufig ließen sich unterschiedliche politische Einstellungen und Aktivitäten quer durch einzelne Familien antreffen.

Ausblick und Resümee

Der Peršmanhof wird seit nunmehr 30 Jahren als Gedenkstätte und als Ort der Auseinandersetzung, Begegnung wie des historisch-politischen Lernens genützt. Für viele Menschen ist er zum ersten Ort der Berührung mit der Geschichte der Kärntner SlowenInnen und des PartisanInnenwiderstands geworden, für wieder andere ist er ein Anziehungspunkt, der dazu einlädt, sich weiter mit der „anderen" Geschichte Kärntens/Koroškas zu beschäftigen.

Für Menschen, die dem PartisanInnenwiderstand in Kärnten/Koroška gedenken wollen, die die bis heute andauernde Diskriminierung von slowenischsprachigen Menschen in Kärnten/Koroška aufzeigen und dieser entgegen arbeiten, ist der Peršmanhof ein Ort der Begegnung und Vernetzung, der immer wieder aufs Neue deutlich macht, wofür es notwendig ist, weiter politisch zu arbeiten: Für die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und gegen das Vergessen.

Diese deutliche Aussage des Peršmanhofs ist vielen Menschen in Kärnten/Koroška nach wie vor ein Dorn im Auge. In Andreas Mölzers Film *In der glühenden Lava des Hasses* aus dem Jahr 2003 wird in ebenso dubioser wie kläglicher Art und Weise die revanchistische Umdeutung versucht, PartisanInnen die Verantwortung für das Massaker am Peršmanhof zuzuschieben. Es handelt sich hierbei aber keinesfalls um neue Erkenntnisse oder um neue historische Fakten. Vielmehr wärmt Mölzer altbekannte Aussagen von Deutschnationalen neu auf, die eine bewusste Schuldabwehr und Geschichtsklitterung betreiben. Postings in Neonaziforen, in denen gegen den Peršmanhof agitiert und die Obfrau des *Društvo/Vereins Peršman* diffamiert wurde, spiegeln darüber hinaus die anhaltenden deutschnationalen bis rechtsextremen Anfeindungen gegen den Peršmanhof ebenfalls wider. Allerdings bewegen sich diese Diskreditierungsversuche und Angriffe nicht nur auf medialer und diskursiver Ebene, sondern sind auch im Alltag der Museumsbetreuung am Peršmanhof präsent: Wiederholt zu Bruch gegangene Fensterscheiben in den letzten Jahren, rassistische Beschimpfungen und revanchistische Schmierereien durch Alt-Nazis nach der Gedenkfeier 2009 unterstreichen sehr deutlich, dass der Peršmanhof als Feindbild von Deutschnationalen bzw. von deutschnationaler Erinnerungspo-

litik nichts an Aktualität verloren hat. Und sie machen deutlich, wie sehr der Peršmanhof als einziges Widerstandsmuseum in Kärnten/Koroška gebraucht wird.

Gerade die steigenden BesucherInnenzahlen, die zusätzlichen Personenkreise, die den Ort besuchen, aber auch der zunehmende Bekanntheitsgrad des Gedenkortes zeigen, dass das Interesse an der Geschichte des Peršmanhofs und am Widerstandskampf der Kärntner PartisanInnen enorm angewachsen ist. Die Zahlen indizieren einerseits, dass die Erinnerungsarbeit am Peršmanhof mit der Zielsetzung, für viele Menschen einen Zugang zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und an den Widerstand der PartisanInnen zu ermöglichen, in den letzten Jahren sehr erfolgreich geleistet wurde. Andererseits deutet die Entwicklung auf ein bisher nicht komplett ausgeschöpftes Potential hin, weitere Personengruppen anzusprechen und für die Inhalte der Erinnerungsarbeit zu interessieren.

Einen ersten Schritt zur Erreichung dieser Zielsetzung stellt die anhaltende enge Kooperation mit slowenischen und zweisprachigen Bildungseinrichtungen in Kärnten/Koroška, aber auch mit internationalen Gedenkorten dar sowie deren sukzessiver Ausbau. Ein zweiter notwendiger Schritt, um den Zugang zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und an den Widerstand der PartisanInnen für BesucherInnen zu erleichtern, ist die Modernisierung der bisherigen Gedenkstätte und der nunmehr 30 Jahre alten Ausstellung sowohl in inhaltlicher, vor allem aber auch in didaktischer Hinsicht. Für dieses Vorhaben existieren bereits konkrete Konzepte, die im Detail weiter ausgearbeitet, für die zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten zugeschnitten und schließlich umgesetzt werden müssten. Zugestanden werden sollten im Konzept der Ausstellung – bzw. in den Museumsräumlichkeiten – darüber hinaus Möglichkeiten, auf aktuelle Fragen einzugehen und Projekten, die am Hof oder in dessen Umfeld entstehen, temporäre Ausstellungsflächen zu bieten.

Über die Frage der Konzeptionierung der Ausstellung hinaus werden aber auch pädagogische Konzepte benötigt, um deren Inhalte zu vermitteln und mehr Menschen in ihrer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu begleiten. Hierfür gilt es Überlegungen anzustellen, wie verschiedene BesucherInnengruppen angesprochen werden und welche didaktischen Methoden sie in ihrer



Das PartisanInnendenkmal am Peršmanhof

Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus unterstützen könnten. Vor allem für Jugend- und Schulgruppen wäre ein breiteres Angebot wünschenswert. Eine dafür notwendige Infrastruktur – wie die Ausstattung von Seminarräumen oder Übernachtungsmöglichkeiten für Gruppen –, die es besonders Jugendgruppen ermöglicht, sich besser mit dem Peršmanhof auseinanderzusetzen, besteht schon in Grundzügen. Im Zuge einer Neugestaltung der Ausstellung würden sich allerdings eine Modernisierung dieses Bestandes und eine Ausweitung der infrastrukturellen Kapazitäten anbieten. Nicht zu vernachlässigen sind im Bereich der infrastrukturellen Erfordernisse zusätzliche Straßenbeschilderungen des Gedenkortes für potentielle BesucherInnen.

Der *Društvo/Verein Peršman* hat sich bei seiner Gründung 2001 unter anderem zum Ziel gesetzt, die bisherige Ausstellung neu zu konzeptionieren und umzugestalten. Dass die Umsetzung bis heute noch nicht möglich war, hat zweierlei Gründe: Zum einen scheiterte bisher eine vollständige Finanzierung des umfangreichen Projekts. Zum anderen stellt es eine delikate Frage dar, ein Ausmaß der Modernisierung der Gedenkstätte und ein Konzept für eine neue Ausstellung festzulegen, das allen Beteiligten Genüge tut und die Inte-

ressen aller involvierten Parteien wahrt. Viele Menschen verbinden mit dem Ort Emotionen, formulieren Wünsche, wie er sich entwickeln sollte, oder haben Ansprüche, denen er genügen soll. All dies unter einen Hut zu bringen, ist eine Herausforderung, mit der sensibel umzugehen ist.

Gerade weil es so wenige Orte in Kärnten/Koroška gibt, die eine Auseinandersetzung mit der „anderen" Geschichte Kärntens/Koroškas – jenseits des deutschnationalen Mainstreams – ermöglichen, ist es wichtig, den Peršmanhof weiter als solchen zu institutionalisieren. Denn er spielt eine Vielzahl verschiedenartiger Rollen: Er ist ein zentraler Gedenkort für Kärntner PartisanInnen, für Kärntner slowenische NS-Opfer sowie deren Familien und für den Widerstandskampf gegen das NS-Regime. Zugleich fungiert er als Ort der Vernetzung, von dem erinnerungspolitische und künstlerische Projekte ausgehen und an dem sie wieder zusammenfließen. Darüber hinaus stellt der Peršmanhof durch seine bewegte Geschichte, durch seine Lage im historischen Operationsfeld der Kärntner PartisanInnen und nicht zuletzt durch seine Abgeschiedenheit einen Ort dar, der dazu einlädt, sich allein oder als Gruppe mit Erinnerungspolitik zu beschäftigen. Diese Vielschichtigkeit ist eine Chance, die genutzt werden will.

Um all dies zu ermöglichen, braucht es natürlich politischen Willen und nicht zuletzt finanzielle Mittel. Bleibt zu wünschen, dass die vielen engagierten Menschen, die den Peršmanhof zu dem machen, was er ist, weiter die Kraft haben, diese einzufordern um den Peršmanhof zu einem noch eindrucksvolleren Erinnerungsort zu machen – ohne dabei vor lauter Professionalisierung den informellen Charakter zu verlieren, der für die Gedenkstätte charakteristisch ist.

Literatur

Blohberger, Gudrun (2010): Die Gedenkstätte Peršmanhof. In: von Fransecky, Tanja/Rudorff, Andrea/Schneider, Allegra/Stracke, Stephan [Hrsg.]: Umkämpfte Erinnerungen. Kärnten – Slowenien – Triest. Berlin: Assoziation A

Društvo/Verein Peršman [Hrsg.] (2005): Projektbericht: Neukonzeption des Museums am Peršmanhof

Entner, Brigitte (2011): Vergessene Opfer? Die „Verschleppten" vom Mai 1945 im Spiegel historischer Aufarbeitung und regionaler Geschichtspolitik.

In: Signal. Jahresschrift des Pavelhauses/Letni zbornik Pavlove hiše 2010/2011. S. 203-209
Entner, Brigitte (2008): Wie weiblich ist der Widerstand? Kärntner SlowenInnen im Kampf gegen das NS-Regime. In: Baumgartner, Andreas [Hrsg.]: Wer widerstand? Who resisted? 3. Internationales Symposium „Der europäische Widerstand und das KZ Mauthausen". Wien: Mauthausen-Komitee Österreich. S. 43-531
Malle, Avguštin/Entner, Brigitte/Stuhlpfarrer, Karl/Wilscher, Heidi [Hrsg.Innen] (2002): Pregon koroskih Slovencev. Die Vertreibung der Kärntner Slowenen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag
Projektgruppe der Zweisprachigen Bundeshandelsakademie (2008): Ne pozabimo. Gegen das Vergessen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag
Rausch, Josef (1979): Der Partisanenkampf in Kärnten im Zweiten Weltkrieg. Militärhistorische Schriftenreihe Heft 39/40. Wien: Österreichischer Bundesverlag
Rettl, Lisa (2005): PartisanInnendenkmäler. Antifaschistische Erinnerungskultur in Kärnten. Innsbruck-Wien-Bozen: Studienverlag
Sicherheitsdirektion für das Bundesland Kärnten (1952): Amtliche Darstellung der Verschleppungen von Zivilpersonen aus Kärnten im Jahre 1945 durch Angehörige der jugoslawischen Partisanenverbände sowie des Schicksals der in Oberkrain vermißten Zivilbeamten aus Österreich
Sima, Valentin (2002): Die Vertreibung slowenischer Familien als Höhepunkt deutschnationaler Politik in Kärnten. In: Malle, Avguštin et al. [Hrsg.]: Pregon koroških Slovencev 1942, 2002. Die Vertreibung der Kärntner Slowenen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag. S. 133-172
Sima, Valentin (2011): Das Peršman-Massaker in der Erinnerungspolitik und seine justizielle Untersuchung. In: Entner, Brigitte/Malle, Avguštin/Sima, Valentin [Hrsg.]: Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus im Alpen-Adria-Raum. Internationale Tagung/Odpor proti fašizmu in nacizmu v alpsko-jadranskem prostoru. Mednarodni posvet. Klagenfurt/Celovec, 24.-25.2.2011. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag 2011. S. 117-127

Teil 3:
Aktuelle Entwicklungen

Erinnerung, Proteste, Erfolge

Im dritten Teil des vorliegenden Buches sollen abschließend Aus- und Einblicke in aktuelle Entwicklungen rund um die Bergfeier gegeben sowie die Erinnerungskultur an die Opfer des Nationalsozialismus in Kärnten/Koroška behandelt werden. Eingeleitet wird dieser Abschnitt durch den Text *Formen der Erinnerung – Strategien gegen das Vergessen,* in dem die Frage aufgeworfen wird, wie angesichts des Ablebens vieler Zeitzeug_innen und Überlebender die Erinnerungen jener Menschen festgehalten werden können. Neben der Betonung der Bedeutung der „erzählten Geschichte“ für die (kärntner) Gedenkkultur werden zahlreiche Beispiele aus Film, Theater und Literatur angeführt, die die Erinnerung bzw. Vergegenwärtigung des Holocaust sowie der kärntner Geschichte zum Thema haben. Ein weiterer Text widmet sich rückblickend dem Widerstand und Protest gegen den Ulrichsberg im Speziellen und gegen den „kärntner Konsens“ im Allgemeinen und unterzieht diese einer kritischen Betrachtung. Dabei werden insbesondere die vom *AK gegen den kärntner Konsens* organisierten *Antifaschistischen Aktionstage* in ihrer Vielfältigkeit chronologisch aufgearbeitet. Unterschiedliche Protestaktionen und Parlamentarische Anfragen in Bezug auf die Beteiligung des *Österreichischen Bundesheeres* an der Ulrichsbergfeier werden auch in dem Beitrag *Bundesheer im Rückzugsgefecht* analysiert. Dabei werden vor allem Veränderungen aufgezeigt und eine Einschätzung künftiger Entwicklungen versucht. Der Beitrag *Das Echo auf den Ruf des Ulrichsbergs* versucht abschließend, Einblick in die aktuelle Situation der Ulrichsbergfeier zu geben, die seit dem Rückzug des *Österreichischen Bundesheeres* nun eben nicht mehr, bzw. nicht mehr am Berg, stattfand. Dabei stehen vor allem die Kontinuitäten der bei der Ulrichsbergfeier praktizierten Traditionspflege im Vordergrund, was noch einmal die Notwendigkeit verdeutlicht, gegen die rechts-revisionistische Feier aufzutreten und anzuschreiben.

JUDITH GOETZ

Formen der Erinnerung – Strategien gegen das Vergessen

Gerade angesichts des Ablebens vieler ZeitzeugInnen und Überlebender in den letzten Jahren und Jahrzehnten muss nicht nur darüber nachgedacht werden, wie ihre Geschichten an die Nachfolgegenerationen vermittelt werden können, sondern auch darüber, wie die Erinnerung jener Menschen, die die Gräuel des Nationalsozialismus selbst erlebten, festgehalten werden kann. Diese Formen der Erinnerung haben auch Auswirkungen auf die in Kärnten/Koroška etablierte Gedenkkultur abseits der „deutschkärntnerischen" Traditions- und Brauchtumspflege. So lassen sich heute sehr unterschiedliche Formen des Gedenkens, der Erinnerung an den bzw. der Vergegenwärtigung des Holocaust sowie der kärntner Geschichte antreffen, denen eine zentrale Rolle für die Erinnerungskultur zukommt. Gerade für die Nachgeborenen stellt der Holocaust[1]

1 In den Geschichtswissenschaften ist die Verwendung der Begriffe „Shoah", „Holocaust", „Churban" oder „Auschwitz" mit Debatten verbunden, die verschiedene Prioritäten setzen. Dennoch werden die Bezeichnungen bis heute relativ synonym gebraucht, wobei vor allem die Verwendung des Begriffs Holocaust von einem bestimmten Pragmatismus gekennzeichnet ist. Sowohl in Bezug auf den Begriff Shoah (auf Hebräisch „Unheil", „große Katastrophe"; bezeichnete bereits in der Bibel eine Existenzbedrohung des Volkes Israels) als auch auf den Begriff Churban (auf Hebräisch „Vernichtung" sowie „Verwüstung") lässt sich festhalten, dass die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen im Vordergrund steht, was nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen ist, dass die Opfergruppe auch am stärksten von der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik betroffen war. So sind diese Begriffe gerade für die Bezeichnung anderer Opfergruppen ungeeignet, wohingegen der Begriff Holocaust diese mit einschließt. Zwar lassen sich auch in Bezug auf andere Opfergruppen spezielle Bezeichnungen finden, wie beispielsweise der in Zusammenhang mit den ermordeten Roma und Sinti verwendete Term „Porajmos", eine vergleichbare Bezeichnung

oftmals ein (massenmedial) vermitteltes Ereignis dar, dessen Tradierung auch mit Schwierigkeiten verbunden ist. So meint beispielsweise Kramer (1999, 3):

> „Viele jener Nachgeborenen, die heute das Ereignis durch den Geschichtsunterricht kennenlernen, suchen nach einer anderen emotional involvierenderen Aneignungsweise, um dem ‚übermächtigen Erinnerungsgebot', das der Diskurs mittlerweile produziert, zu entsprechen. Sie hegen einen ‚*Wunsch* nach Authentizität' [...] ‚auf der Ebene der eigenen Affekte und Erlebnisse im Umgang mit dem Holocaust-Komplex'. Zum Teil produzieren sie ‚Re-Inszenierungen *mit* Auschwitz und mit der eigenen Betroffenheit', zum Teil nutzen sie die von der Gedenkkultur und den Massenmedien bereitgestellten Angebote."

So spiegelt sich die Frage nach der „richtigen" bzw. adäquaten Darstellung auch in der Frage nach der „richtigen" bzw. angemessenen Erinnerungsform wider. Neben der Möglichkeit, über die Form der Autobiographie Erlebtes festzuhalten, lassen sich bis heute auch zahlreiche andere Auseinandersetzungen mit der kärntnerslowenischen Vergangenheit finden, die neben politischen Formen wie Symposien, Denkmälern und Gedenkveranstaltungen beispielsweise auf Theater oder Film als Darstellungsformen zurückgreifen. Manuel Köppen und Klaus R. Scherpe (1997, 7) sehen in ihrem Text *Zur Einführung. Der Streit um die Darstellbarkeit des Holocausts* sogar eine Verschiebung innerhalb der kulturellen Bearbeitungen des Holocaust:

> „An die Stelle der im Prinzip unendlichen, oft nur beschwörenden Suche nach dem Authentischen tritt die Dechiffrierung der ‚primären' Holocaust-Zeichen in ‚sekundären' kulturellen Bereichen. Politische Reden, Ausstellungen, Mahnwachen und Gedenkveranstaltungen, Erinnerungsspaziergänge, Denkmalsplanungen und Museumsarchitektur werden zum Quellenmaterial für künstlerische Experimente aktueller Holocaust-Kultur."

gibt es jedoch im Zusammenhang mit den Kärntner SlowenInnen nicht. So soll an dieser Stelle der Begriff Holocaust trotz der Kritik zur Umschreibung der nationalsozialistischen Gräuel angewendet werden, da durch ihn auch die Verfolgung und Ermordung der Angehörigen der kärntnerslowenischen Minderheit gefasst werden kann.

Die „Erinnerungsformen, die in Augenzeugenberichten und Romanen, Kunstwerken und Denkmälern, aber auch in historischen und philosophischen Theorien deutlich werden", sind inzwischen selbst „zum Gegenstand der Untersuchung" (Berg/Jochimsen/Stiegler 1996, 7) geworden. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Formen des Ausgesagten und der Holocaust wird nur mehr als Referenz herangezogen, nicht mehr jedoch als vordergründiger Ausgangspunkt. Dennoch bemängelt beispielsweise Rettl (2006, 13), dass es kaum wissenschaftliche Arbeiten gebe, „die sich intensiver und explizit mit den Gedenktraditionen und Gedächtnisbildungen zum antifaschistischen Widerstand in Österreich beschäftigen". Insofern scheint auch die Geschichte der Aufarbeitungs- und Aufbereitungsformen der Geschichte der Kärntner SlowenInnen sowie ihrer Beteiligung am Widerstand gegen den Nationalsozialismus bislang kaum untersucht worden zu sein.

Erinnerung ist von gesellschaftlichen Faktoren abhängig, die auch Auswirkungen auf die jeweilige Gedenkkultur haben. In Bezug auf die unterschiedlichen Erinnerungsformen an das Schicksal der Kärntner SlowenInnen bedeutet dies vor allem auch, einen Diskurs gegen die Marginalisierung und Verdrängung der Deportationen und Ermordungen der Angehörigen der kärntnerslowenischen Minderheit zu etablieren. Rettl (2006, 14) kommt zu dem Schluss, dass „die geschichtskulturelle Verarbeitung des Widerstandes" selbst „eine Geschichte des Widerstandes ist: gegen das Fortleben faschistischer Traditionen, gegen die neuerliche Ausgrenzung der Opfer in der Erinnerung, gegen Germanisierungs- und Assimilierungsversuche einer deutschnational orientierten Bevölkerungsmehrheit und gegen ungebrochen fortwährende Diskriminierung". Dennoch hat es immer auch Erinnerungsformen abseits des hegemonialen Geschichtsdiskurses in Kärnten/Koroška gegeben. Rettl (2006, 20 f.) spricht davon, dass die Erinnerungskultur in Kärnten/Koroška ein sehr früh und bewusst angelegter „Prozess der erinnernden Bewusstseinsbildung" gewesen sei. Der *Verband ehemaliger Partisanen Slowenisch Kärntens* und der *Verband der slowenischen Ausgesiedelten* riefen bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit dazu auf, „Dokumente zu veröffentlichen und Unterlagen über Widerstand und Verfolgung zu sammeln sowie persönlich-biographische Erinnerun-

gen aufzuschreiben" (ebd., 21). Malle (zit. n. Rettl 2006, 20) meinte beispielsweise, dass die Kärntner SlowenInnen „unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg verschiedene Formen der Erinnerungskultur entwickelt" hätten, „die alle slowenischen Opfergruppen (Vertriebene, politisch Verfolgte und WiderstandskämpferInnen) einschloss". So lassen sich zwei Spezifika dieser Erinnerungsformen festhalten, zu denen einerseits der Gegendiskurs zählt und andererseits, dass in dieser Erinnerungstradition, anders als in Slowenien, wo die Erinnerung an den Widerstand einen fixen Bestandteil offizieller Gedenkpolitiken ausmachte, „Widerstand und Verfolgung in der Erinnerung der Kärntner SlowenInnen stets eine Einheit" bilden (vgl. hierzu den Beitrag *„Macht mir dieses Land wieder deutsch!"*). Nicht zuletzt lässt sich auch in Anlehnung an James Young (1997, 10) festhalten: „Was vom Holocaust erinnert wird, hängt davon ab, wie es erinnert wird." Das Widerständige sowie die erinnernde Bewusstseinsbildung spiegeln sich folglich auch in den unterschiedlichen filmischen Auseinandersetzungen wie auch Buchpublikationen und Theaterproduktionen wider, die im Folgenden in Kürze umrissen werden sollen.[2]

Berichte von Kärntner SlowenInnen über den Holocaust

Viele Berichte von Kärntner SlowenInnen über die Gräuel des nationalsozialistischen Vernichtungsregimes erschienen auch in (dokumentarischen) Sammelbänden, aus denen nicht klar hervorgeht,

2 Im Folgenden wird vorrangig auf Publikationen, Theaterproduktionen und Filme eingegangen, die in Österreich entstanden sind oder sich auf österreichische bzw. kärntnerische erinnerungspolitische Begebenheiten und Diskussionen beziehen, da sich diese, wie bereits erwähnt, vom Umgang mit Widerstand und Verfolgung in Slowenien unterscheiden. Eine umfassende Forschungsarbeit, die sowohl Kärnten/Koroška, Österreich und Slowenien als auch Literatur während und nach dem Krieg, in den 1970ern und 1990ern sowie von TäterInnen, Opfern und der Nachfolgegenerationen miteinbezieht, wurde von Andreas Leben und Erwin Köstler im Rahmen ihres Forschungsprojekts *Literatur und Widerstand – Der Widerstand in der Literatur* von 2002 bis 2004 erstellt.

wer die Texte niedergeschrieben hat.[3] So zeigt sich, dass sich auch unterschiedliche autobiographische Niederschriften von Kärntner SlowenInnen finden lassen, zu denen klar markierte Autobiographien einerseits und dokumentarische Texte andererseits zählen. Im Vergleich der beiden Formen stellt sich die Frage, ob beide als literarisch einzustufen sind bzw. ab wann ein Text literarisch wird, da es sich in beiden Fällen um eine subjektive Beschreibung der eigenen Lebensgeschichte mit Bezug auf die historische Realität und bestimmte Objektivitäts- und Authentizitätsansprüche handelt. An dieser Stelle soll jedoch nicht näher auf diese Problematik eingegangen, sondern es sollen vielmehr einige Werke vorgestellt werden, in denen die Erfahrungen von Kärntner SlowenInnen in Bezug auf den Holocaust dokumentiert wurden und an denen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Bezug auf die Auf- und Bearbeitung ihrer Erlebnisse finden lassen.

Eine der ersten Veröffentlichungen, die insbesondere die Perspektive von Frauen bei den kärntnerslowenischen PartisanInnen in den Vordergrund rückte, war der Sammelband *Der Himmel ist blau.*

3 Auseinandersetzungen rund um die Frage nach legitimen Darstellungsformen des Holocaust machen eine zentrale Komponente der Debatten rund um die Holocaustliteratur und -autobiographien aus. Sie knüpfen damit an eine bekannte Debatte der Literaturwissenschaft nach der Unterscheidung und den unterschiedlichen Bewertungen von fiktionalen und faktualen Texten an. So spricht Sigrid Lange (2002, 125) beispielsweise von der AutorInnenschaft von Überlebenden als „Legitimationszentrum“ und meint damit, dass Überlebenden das Recht zugesprochen wird, über den Holocaust zu sprechen und ihn darzustellen, während dies bei anderen AutorInnen durchwegs umstritten ist. Auch Kleinschmidt (2002, 85) betont, dass sich in den Debatten um Holocaustliteratur und -autobiographien ein „Autorschaftsmodell“ finden lässt, „das den Textverfasser als unbedingte Autorität installiert“, es „für den ‚authentisch‘ gewerteten Charakter der Shoah-Autorschaft“ jedoch keinen Unterschied machen würde, „[o]b das autobiographische Subjekt als ein Ich spricht oder ob die Erzählung gewählt wird“. Dazu kommt auch die Wahrnehmung, dass die Berichte und literarischen Auseinandersetzungen von Überlebenden eine bestimmte Form der Authentizität mit sich bringen und die Ereignisse so beschreiben würden, wie sie „wirklich“ waren bzw. am nähesten daran heran kämen, was in anderen Texten nicht gefunden werden könnte.

Kann sein. Frauen im Widerstand. Österreich 1938-1945. Mit einem Tonbandgerät waren die Herausgeberinnen „zwischen Burgenland und Vorarlberg, von Linz bis Eisenkappel/Železna Kapla“ unterwegs, um zu erkunden,

> „wie die Lebensgeschichte von Frauen verlief, die sich äußerster Gewalt nicht gebeugt, die mit der Unmenschlichkeit keinen Kompromiss geschlossen haben.“ (Berger/Holzinger/Podgornik/Trallori 1985, o.S.)

In der Publikation aus dem Jahr 1985 sind daher auch die Geschichten zweier ehemaliger kärntnerslowenischer Partisaninnen veröffentlicht. Unter dem Titel *Die letzte Kugel war immer für mich* erzählt Johanna Sadolschek-*Zala*[4] die Geschichte ihrer Verhaftung, ihrer Flucht zu den PartisanInnen sowie ihrer Funktion als Sekretärin der antifaschistischen Frauenbewegung in Kärnten/Koroška. Auch eine Kurzform der Geschichte von Helene Kuchar-*Jelka*[5] wurde unter dem Titel *Ein Feuer geht von Luče aus* in dem Band veröffentlicht. 1987 erschien von denselben Herausgeberinnen der Sammelband *Ich geb Dir einen Mantel, daß Du ihn noch in Freiheit tragen kannst. Widerstehen im KZ. Österreichische Frauen erzählen*. Im Vorwort beschreiben die Herausgeberinnen (Berger/Holzinger/Podgornik/Trallori 1987, 7):

> „Bei manchen, die überlebt haben, hat das Schweigen alle Sätze aufgefressen. Andere haben niemals geredet – ihr sprachloses Entsetzen hält an. Gerade unter jenen, deren Verlust an Angehörigen und Freunden am höchsten war, sind wir der Verweigerung eines Gesprächs am häufigsten begegnet.“

Zu jenen, die mit „ihrem Erinnern ein Moment der Verunsicherung gegen den Sog des allgemeinen Vergessens gesetzt […] haben“ (ebd., 10), gehören auch die beiden Kärntner Sloweninnen Katharina Pečnik, die im Oktober 1943 verhaftet wurde, weil sie PartisanInnen unterstützt hatte, und bis zur Befreiung in den KZs Ravensbrück und später Uckermark interniert war, sowie Amalia Blajs, die wegen der Deportationen zu den PartisanInnen geflüchtet war, 1944 verhaftet und ebenfalls nach Ravensbrück überstellt wurde.

4 *Zala* war ihr Partisaninnenname.

5 Schreibweise im vorliegenden Werk. *Jelka* war ihr Partisaninnenname.

Eine ähnliche Publikation stellt auch Ingrid Strobls *Sag nie, du gehst den letzten Weg. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung* aus dem Jahr 1989 dar. Ausgehend von einer Darstellung der Beteiligung von Frauen im Widerstand, widmet die Autorin den ehemaligen Tito-Partisaninnen ein eigenes Kapitel, in dem sie auch auf die oben beschriebenen Arbeiten zurückgreifen konnte. So interviewte Strobl für ihr Werk erneut die ehemalige kärntnerslowenische Partisanin Johanna Sadolschek-*Zala* und erzählt deren Lebensgeschichte mit vielen Zitaten aus dem Interview ebenso nach wie jene der slowenischen Partisanin Marjetka.

Der von Andreas Pittler und Helena Verdel 1990 erarbeitete Sammelband *Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen* entstand aus einem Forschungsprojekt des DÖW, in welchem der Versuch gestartet wurde, vermehrt Menschen zu interviewen, die am Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligt gewesen waren. Die in dem Band veröffentlichten Texte sind Auszüge aus Interviews, die mit der geschichtswissenschaftlichen Methode der *Oral History*, die auf der Befragung von 50 ZeitzeugInnen basiert, geführt wurden. Auch in dem Werk *Volks- und Staatsfeindlich. Die Vertreibung der Kärntner Slowenen 1942* (1992) sind mehrere Erinnerungen und Briefe von ZeitzeugInnen und Überlebenden enthalten. So schreibt Rado Janežič (1992, 282) in der Einleitung zu der Sammlung:

> „Ihre Erzählungen sind keine ausgedachten Geschichten, niedergeschrieben in einer schöngeistigen Sprache, vielmehr sind sie mit einfachen Worten aufgezeichnete Erinnerungen an alles das, was wirklich erlebt wurde – genau das gibt ihren Zeugnissen einen einmaligen Wert."

Im Werk *Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark* kommen neben vier Frauen aus Slowenien, die das KZ überlebt haben, auch die beiden Kärntner Sloweninnen Stefanie Burger-Kelih und Anna Kupper Ogris zu Wort. Die auf Basis von Interviews niedergeschriebenen Lebensgeschichten der beiden können unter den Titeln *Wenn ich das gewußt hätte, wäre ich auch in den Wald gegangen* (Stefanie Burger-Kelih) und *Wir versuchten, eine die andere zu trösten und uns damit diese Bitternis unseres jungen Lebens zu erleichtern* (Anna Kupper Ogris) in dem Sammelband nachgelesen werden. Ergänzt werden sie durch eine kurze historische Darstellung der Deportationen

sowie ein Gruppeninterview mit den erwähnten sechs überlebenden Frauen, welches nicht zuletzt sowohl den individuellen als auch den kollektiven Umgang mit den Erfahrungen der Deportationen wie auch im KZ Uckermark in den Vordergrund rückt. Mit der Rolle von Frauen im kärntnerslowenischen PartisanInnenkampf setzt sich auch die Publikation *V borbi smo bile enakopravne* (*Im Kampf waren wir gleichberechtigt*) von Andreas Leben auseinander. Neben ausgewählten Texten aus dem und über den Widerstand enthält das Werk auch umfassende bibliographische Angaben über Berichte von Zeitzeuginnen.

Banditenkinder war nicht nur die Bezeichnung der NationalsozialistInnen für die Kinder von PartisanInnen, sondern auch der Titel eines 2007 erschienen Ausstellungskatalogs. Dieser ging aus einem Projekt mit der Intention, „Jugendliche aus dem Grenzgebiet Österreich-Slowenien zusammenzubringen und sie zu motivieren, Verständnis und Toleranz gegenüber Minderheiten zu entwickeln" (Hinterleitner 2007, 4), hervor und enthält ebenfalls Berichte der ZeitzeugInnen Janez Kmet aus Slowenien und Romana Verdel aus Kärnten/Koroška, „die auf beiden Seiten der heutigen Grenze zu Opfern des Nationalsozialismus wurden, jedoch das Glück hatten, zu überleben" (ebd.). So erzählt die Kärntner Slowenin unter dem Titel *Wir sind immer marschiert, von Bunker zu Bunker*, dass sie während des Krieges 13 Familienangehörige verlor und nur durch Zufall überlebte. Weil ihre Familie engen Kontakt zu den PartisanInnen hatte, wurden sämtliche Angehörige von der Gestapo „abgeholt". Da Verdel selbst sich gerade am Nachbarhof befand, konnte sie der Verschleppung entgehen, musste jedoch kurz darauf zu den PartisanInnen gebracht werden, da ihre Nachbarin sie nicht dauerhaft verstecken konnte. So verbrachte sie einen großen Teil ihrer Kindheit an der Seite der PartisanInnen in Wäldern und Bunkern. Diese prägende Zeit beschreibt sie (2007, 53) folgendermaßen:

> „Etwas anderes ist aber auch geblieben, nämlich dass ich nie ein Vertrauen zu jemanden gehabt habe, über meine eigenen Gefühle, also nicht nur die Kriegsgefühle, sondern meine eigenen, ganz persönlichen Gefühle zu reden. Das bleibt in mir. Ich weiß nicht, ob das gut ist, aber mit dem lebe ich."

In dem Sammelband *Von Neuem. Die Kärntner Slowenen unter der britischen Besatzungsmacht nach 1945. Zeitzeugen, Beiträge und Berichte*, der von Lipej Kolenik 2008 herausgegeben wurde, geht es, wie bereits der Titel ankündigt, vorrangig um die Benachteiligungen und Diskriminierungsformen, die Kärntner SlowenInnen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erleben mussten. In dem Band verarbeitet und beschreibt Kolenik nicht nur seine Zeit während der Befreiung, das nur kurz andauernde Gefühl des Siegs über das menschenverachtende Regime der Nazis sowie die Bestrebungen vieler ehemaliger PartisanInnen, Teile Südkärntens an Jugoslawien anzuschließen. Auch seine Erlebnisse unter der britischen Besatzungsmacht, wie beispielsweise die Exkommunikation der ehemaligen Angehörigen der *Osvobodilna fronta*, parteiinterne Konflikte und Richtungsstreitigkeiten zwischen den KommunistInnen sowie Kärntner SlowenInnen und die nahtlose Integration ehemaliger Nazis und anderer Deutschnationaler in führende Positionen des Nachkriegskärntens fanden Eingang in seinen Bericht. Neben seinen Ausführungen sammelte Kolenik auch die Erzählungen 20 anderer ZeitzeugInnen seiner Generation. Einen Schwerpunkt der verschiedenen Erzählungen machen dabei auch erneut die enttäuschenden Erfahrungen im Umgang der britischen Alliierten sowie der deutschkärntner Behörden mit den ehemaligen PartisanInnen in Kärnten/Koroška nach 1945 aus, die von einem antislowenischen Geschichtsrevisionismus gezeichnet waren, der ehemalige Angehörige des PartisanInnenkampfes als vermeintliche TäterInnen brandmarkte und sie somit von Neuem ausgrenzte. Zuletzt erschien 2010 in der Reihe *Gehört gelesen* im Wieser Verlag unter dem Titel *Man soll das sein, was man ist* ein Gespräch von Michael Kerbler mit Ana Zablatnik, einer Kärntner Slowenin (1923 in Ludmannsdorf/Bilčovs geboren), die von den Deportationen verschont blieb und in ihrem Heimatort für die PartisanInnen aktiv wurde. Obwohl sie 1944 verhaftet und im Gestapo-Gefängnis in Klagenfurt/Celovec interniert wurde, kam es nicht mehr zu einem Prozess, sie wurde kurz vor Kriegsende freigelassen. In dem Buch werden die Erinnerungen Zablatniks, die auch 2005 als Zeitzeugin bei den *Antifaschistischen Aktionstagen* gegen das Ulrichsbergtreffen teilnahm, bis zu ihrem Tod im März 2010 festgehalten.

Bücher gegen das Vergessen

In der Reihe *Bücher gegen das Vergessen* des zweisprachigen Drava Verlags stehen auch ausgewählte autobiographische Werke unterschiedlicher Kärntner slowenischer AutorInnen im Vordergrund, in denen den Zwangsaussiedlungen, der Zeit in den Konzentrations- und Vernichtungslagern und dem Kampf der PartisanInnen sowie der Situation der Minderheit vor und nach dem Zweiten Weltkrieg eine zentrale Rolle zukommt. Es handelt sich hierbei um Anton Haderlaps[6] (2008) *Graparji. So haben wir gelebt. Erinnerungen eines Kärntner Slowenen an Frieden und Krieg*, Tone Jelens (2007) *Auf den Spuren der Hoffnung. Odyssee eines Kärntner Slowenen 1938–1945*, Andrej Kokots (2007) *Das Kind, das ich war. Erinnerungen an die Vertreibung der Slowenen aus Kärnten*, Lipej Koleniks (2001) *Für das Leben, gegen den Tod. Mein Weg in den Widerstand*, Franc Kukovicas (2008) *Als uns die Sprache verboten wurde. Eine Kindheit in Kärnten (1938–1945)*, Karel Prušniks-*Gašpers*[7] (1984) *Gemsen auf der Lawine. Der Kärntner Partisanenkampf*, *Jelka. Aus dem Leben einer Kärntner Partisanin* (2009) sowie *Widerständig. Erinnerungen aus acht Jahrzehnten* von Peter Kuhar. Da dokumentarische Prosa wie auch Sachbücher über den antifaschistischen Widerstand immer wieder im Drava Verlag publiziert wurden und einen großen Teil des Verlagsprogramms ausmachten, mag es auch nicht verwundern, dass die ausgewählten Werke in diesem Verlag erschienen sind. Dennoch stellt die Regelmäßigkeit, mit der insbesondere autobiographische Werke von holocaustüberlebenden Kärntner SlowenInnen im Drava Verlag herausgegeben werden, ebenso wie die Tatsache, dass diese Werke als eigene Reihe vermarktet werden, eine Neuheit dar.

Zur Reihe selbst muss gesagt werden, dass die einzelnen Werke nicht von Anfang an als Reihe konzipiert waren oder als solche betitelt wurden. Die Bezeichnung tauchte erstmals mit der Veröffentlichung der Autobiographie von Anton Haderlap bzw. der Präsentation des Buches in einer breiteren Öffentlichkeit auf, während zum Zeitpunkt des Erscheinens der Texte von Kolenik, Kokot und Jelen

6 Die Jahreszahlen beziehen sich auf das Erscheinungsjahr der jeweiligen deutschsprachigen Übersetzung.

7 *Gašper* war der PartisanInnenname von Karel Prušnik.

noch nicht von einer Reihe gesprochen wurde. So heißt es beispielsweise in der Presseaussendung des Parlaments anlässlich der Präsentation des Buches von Anton Haderlap 2008:

> „Zum Buch sprach für den Drava Verlag Franz Marenits. Er meinte, sein Verlag veröffentliche Erinnerungsliteratur, weil es Bücher gegen das Vergessen brauche. Sie stellten Geschichte sehr persönlich und eindringlich dar, zeugten von Diskriminierung und Unterdrückung, von Verfolgung, aber auch von Überlebenswillen und Widerstand. Es seien dies Themen, die in Kärnten immer noch tabu seien, und daher brauche es solche Bücher als Teil eines kollektiven Gedächtnisses."[8]

Gedenkpolitische Themen in Film und Theater

Bis heute lassen sich auch zahlreiche Filme finden, die nicht nur auf die Geschichte der kärntnerslowenischen Minderheit eingehen, sondern vor allem auch ihr Schicksal während des Zweiten Weltkriegs betonen. Zu den dokumentarischen Auseinandersetzungen zählen beispielsweise der erste und der dritte Teil der 2001 fertig gestellten Filmreihe *Vergessene Opfer* von Angelika Schuster und Tristan Sindelgruber über *Kärntner Slowen/innen 1 – Aussiedlung* und *Kärntner Slowen/innen 2 – Partisan/innen*. Bereits der Titel der Reihe suggeriert, dass es sich hierbei um Personengruppen handelt, die im etablierten Geschichtsdiskurs nicht berücksichtigt und als Opfergruppe marginalisiert werden. Die Filme versuchen daher, diese Leerstellen zu füllen. Gerhard Roth hat neben seiner „milde gehaltenen", aber von deutschnationaler Seite stark „kritisierten" Brennpunkt-Dokumentation über *Die Kärntner Partisanen*[9] auch einen Film mit dem Titel *Slowenen, Partisanen, Hochverräter* produziert, in dem über Interviews mit verschiedenen kärntnerslowenischen ZeitzeugInnen die Geschichte der Minderheit während des Holocaust sowie im Wider-

8 www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080128_OTS0269 (13.4.2010)

9 „Am 19. April 2002 strahlte der ORF in der Reihe ‚Brennpunkt' die Dokumentation ‚Die Kärntner Partisanen' aus. Unmittelbar darauf reichte der kärntner Landeshauptmann eine Beschwerde beim Bundeskommunikationssenat ein und forderte eine ‚Wiedergutmachung'." (www.uni-klu.ac.at/his/inhalt/723.htm; 17.4.2010)

stand thematisiert wird. Die Bedeutung dieser Filme als Gegendiskurs und insbesondere der Brennpunkt-Dokumentation als Versuch der Etablierung bestimmter geschichtlicher Fakten wird vor allem anhand der Reaktionen in Kärnten/Koroška deutlich.

> „Gegen das als ‚an einseitiger Tito-Partisanen-Propaganda nicht mehr zu überbietendes Pamphlet', wie es die Ulrichberggemeinschaft bezeichnete, wurde neben Unterschriftenaktionen und Landtagsverurteilungen sogar eine ‚Popularbeschwerde' gegen den ORF beim Bundeskommunikationssenat in Wien eingereicht. Von Seiten der einstigen FPÖ wurde weiter von einem ‚skandalösen, unvorstellbaren Akt der Geschichtsverfälschung' gesprochen und eine sofortige ‚Wiedergutmachung' in Form einer eigens gedrehten ‚objektiven Berichterstattung', die ‚die Geschichte Kärntens zu respektieren' hätte, verlangt. Weil der ORF diesem Wunsch nicht nachgekommen war, produzierten die beiden KHD-Funktionäre Andreas Mölzer und Josef Feldner eine zweiteilige ‚Partisanendoku', welche das Geschichtsbild wieder zurecht [sic!] rücken sollte. Ihr aus Mitteln der Landesregierung gefördertes Machwerk über den ‚Partisanenterror gegen Kärnten' wurde Kärntner SchülerInnen vorgesetzt." (Goetz 2005, o.S.)

Auch die Dokumentation *Artikel 7 – Unser Recht!/Pravica Naša! Člen 7*[10] von Eva Simmler und Thomas Korschil aus dem Jahr 2005 bezieht sich in Teilen der Darstellung auf das besondere Schicksal, das die Kärntner SlowenInnen während des Nationalsozialismus durchleben mussten.

Darüber hinaus lassen sich im filmischen Erinnerungsdiskurs auch mehrere filmische Porträts von Angehörigen der kärntnerslowenischen Minderheit finden, die auf unterschiedliche Art und Weise die Gräuel der NationalsozialistInnen in den Konzentrationslagern oder im Widerstand überlebten. Zu den bekanntesten filmischen Darstellungen von Lebensgeschichten von Kärntner Slowe-

10 Der ORF weigert sich bis heute, den Film wegen vermeintlich „mangelnder Objektivität in einigen Aspekten" (Zitat Franz Grabner, Leiter der ORF Kultur/Dokumentarfilmredaktion) auszustrahlen. (www.artikel7.at/index.php?art_id=89, 22.2.2011)

nInnen im Zweiten Weltkrieg bzw. im Widerstand gehören die 1984 produzierten *Küchengespräche mit Rebellinnen*, einem Film in Form von Gesprächen mit Frauen, die im Widerstand tätig waren, bei denen auch die Kärntner Slowenin und ehemalige Partisanin Johanna Sadolschek-*Zala* zu Wort kommt. *Kein Ort für Slowenen*, ein anderer von Karin Berger und Lotte Podgornik 1990 veröffentlichter Film, porträtiert die Kärntner Slowenin Marija Olip und ihre Lebensgeschichte. Zu den neueren Porträts bzw. filmischen Annäherungen an das Thema gehören beispielsweise die Werke von Andrina Mracnikar, die bereits zwei Filme, die Bezug auf die Geschichte der Kärntner SlowenInnen während des Nationalsozialismus nehmen, produziert hat. *Der Kärntner spricht deutsch* aus dem Jahr 2006 porträtiert die Geschichten unterschiedlicher ZeitzeugInnen und Überlebender und *Andri 1924–1944* handelt vom Bruder ihrer Großmutter, der desertierte, von der Gestapo gesucht und im November 1944 als Partisan hingerichtet wurde. Auch die Filmemacherin Marika Schmiedt hat sich in einer 2009 fertiggestellten Filmreihe unter dem Titel *Visible* unterschiedlichen Lebensgeschichten von Frauen gewidmet, die auf verschiedene Art und Weise den Holocaust überlebten. In den fünf Porträts wird Filmmaterial von fünf Angehörigen unterschiedlicher Opfergruppen aufgearbeitet und unter dem Titel *Der Dreck auf der Kehrschaufel war abends in der Blutwurst* mit der Lebensgeschichte von Anna Kupper auch das Schicksal der Kärntner SlowenInnen während des Holocaust behandelt. Ebenfalls 2009 erschien der Film *Wilde Minze* von Lisa Rettl und Jenny Grand, der die Lebensgeschichte von Helga Emperger aufarbeitet, deren Mutter PartisanInnen unterstützt hatte und in Graz hingerichtet wurde. Ernst Logar wiederum kombinierte die Darstellungsformen Ausstellung und Film in seinem Projekt *Das Ende der Erinnerung*, in welchem er ebenfalls ZeitzeugInnen in Form von filmisch aufgearbeiteten Interviews zu Wort kommen lässt und dabei Fragen rund um Erinnerung und Gedenken aufwirft. Es geht vor allem darum, die erlebten Geschichten aus der Privatheit heraus in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen, da

> „[w]enn die Geschichte des slowenischen Widerstandes einmal hier ist, in der familiären Privatheit, wenn sie nur mehr hier –

> quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit – erzählt wird, dann ist dies DAS ENDE DER GESCHICHTE."[11]

Eine bedeutende Figur der Minderheit, Janko Messner, beteiligte sich ebenfalls an der Produktion von zwei Filmen, zu denen der zweisprachig gehaltene Film *Die Rückkehr/Vrnitev* aus dem Jahr 1976 sowie der *Kärntner Heimatfilm* aus dem Jahr 1983 zählen. *Die Rückkehr/Vrnitev* handelt von antislowenischen Ressentiments in der Zwischenkriegszeit, unter dem Nationalsozialismus bis hinein in die Gegenwart. Messner (1986, 134 ff.) selbst schreibt über den Film:

> „So ist die Rückkehr in diesem Film eine vielfache: Die Rückkehr des Deutschnationalismus nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie, der die nationale Frage ebenfalls im Zusammenhang mit ‚unlösbaren' wirtschaftlichen imperialistischen Spekulationen über den Kopf gewachsen war. […] Die zweite Rückkehr des Deutschnationalismus war die verheerendste: das von Arthur Lemisch, dem ersten Landeshauptmann von Kärnten in der ersten Republik angeordnete Eindeutschungswerk […] wurde unter Maier-Kaibitsch und anderen Nazigrößen mit physischen Ausrottungsversuchen gekrönt. […] Und nun zur dritten Rückkehr des Deutschnationalismus: Die ist uns allen vor den Augen. ‚Einen kleinen Adolf tät ma brauchen in Kärnten.' […] Lautes Wunschdenken im Österreichischen Fernsehen, in Anwesenheit österreichischer Polizisten, der ganzen Welt offenbar, zu Allerheiligen in Annabichl im neutralen Österreich!"

In *Das Dorf an der Grenze* von Thomas Pluch aus dem Jahr 1978, einer dreiteiligen Serie, die im ORF ausgestrahlt wurde, geht es wiederum um ein fiktives Dorf Selice/Selitsch in der Grenzregion zwischen Kärnten/Koroška und Jugoslawien sowie die Probleme von zwei kärntnerslowenischen Familien von 1920 bis 1976. Auch dieses Filmepos ist durchwegs zu einem Politikum geworden und Pluch wurde vorgeworfen, mit diesem Film nur „Unfrieden zu schüren" und das „Heimatland Kärnten zu beschmutzen".

11 www.kaernoel.at/cgi-bin/kaernoel/comax.pl?page=page.std;job=CENTER:articles.single_article;ID=2453 (19.4.2010)

Auf humoristische Art und Weise nähern sich die Filme *FAQ – Frequently Asked Questions. Ein Film über Kärnten/Film o Koroški* von Stefan Hafner und Alexander Binder aus dem Jahr 2005 sowie die verfilmte Lesung *Helmut Qualtinger liest Texte zur Slowenenfrage* aus dem Jahr 1980 der Geschichte und Situation der Kärntner SlowenInnen. Weniger um den Zweiten Weltkrieg als um die aktuelle Situation der Minderheit, insbesondere den zweisprachigen Unterricht, geht es beispielsweise in dem Film *Die Schülereinschreibung/Vpisovanje* von Marijan Hinteregger.

Auch das Theater wurde in den letzten Jahren immer wieder dazu genutzt, die Geschichte der Kärntner SlowenInnen sowie den Nationalsozialismus in Kärnten/Koroška zu thematisieren. Ein Beispiel dafür stellt das von Zdravko Haderlap gegründete Tanztheater IKARUS dar, das als „politisches, revolutionäres, molekulares Theater: anti-staatlich, zwischenstaatlich, eigenständig, nomadisierend in vielerlei Hinsicht"[12] bekannt wurde und sich von 1990 bis 1998 in Kärnten/Koroška einen Namen machte. Von der Theatergruppe wurden immer wieder tagespolitische, brisante Themen aufgegriffen und politisch bearbeitet. Die Kritik an den bestehenden kärntnerischen als auch österreichischen Verhältnissen brachte der Theatergruppe jedoch nicht nur Erfolg, sondern wurde ihr zugleich zum Verhängnis, da ihr schon bald die finanzielle Grundlage für ihr Schaffen entzogen wurde und sie sich auflösen musste.

In dem Theaterstück von Tina Leisch *11 Seelen für einen Ochsen/Enajst duš za enega vola* aus dem Jahr 2003 wiederum geht es um das Massaker an einer elfköpfigen Familie am Peršmanhof durch die NationalsozialistInnen wenige Tage vor Kriegsende sowie die Gerichtsprozesse nach 1945. In der Ankündigung des Stücks war zu lesen:

> „Es montiert Zeugeneinvernahmen und Beschuldigtenverhöre mit kurzen Szenen aus dem Alltag im Kärntner zweisprachigen PartisanInnengebiet zum großen Fragezeichen nach dem Umgang mit der NS-Geschichte."[13]

12 www.inst.at/trans/15Nr/02_4/huettler15.htm (22.2.2011)

13 Vgl. http://at2.indymedia.org/newswire/display/34845/index.html (20.4.2010)

Partisan aus dem Jahr 2008 handelt von einem Unort, einer Zwischenstation.

> „Der Autor und Regisseur Berndt Liepold-Mosser hat auf der Grundlage historischer Fakten und authentischer Berichte ein Stück über die Kärntner Partisanen geschrieben […].“[14]

In *Urt* – ein „absurd komisches, musikalisch-theatrales Bühnenereignis über Sprachgrenzen, Ortstafel-Verrücken und Stammesrituale hinweg“[15] des Aktionstheater Ensemble – wurde 2007 vor allem der „Ortstafelkonflikt“ thematisiert.

Strategien gegen das Vergessen

In jedem angesprochenen Werk handelt es sich folglich primär um Strategien, gegen das Vergessen anzutreten, die einzelnen Geschichten von Überlebenden und die Erzählung ihrer Erfahrungen festzuhalten, einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und in den hegemonialen Erinnerungsdiskurs einzugreifen. Dass die meisten Thematisierungen der kärntnerslowenischen Geschichte im Zweiten Weltkrieg erst in den letzten Jahren und Jahrzehnten einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, mag zwar daran liegen, dass das stetige Ableben von ZeitzeugInnen zunehmend ins Bewusstsein gerückt ist. Andererseits muss aber auch gesehen werden, dass erst eine Veränderung der Rahmenbedingungen notwendig war, um dies zu ermöglichen. Dabei spielen unter anderem gedenkpolitische Diskussionen und Maßnahmen in Österreich und Europa eine zentrale Rolle, deren Umsetzung auch in Kärnten/Koroška zu einer Veränderung des Klimas geführt hat. Gleichzeitig fungieren die unterschiedlichen kulturellen Bearbeitungen gedenkpolitischer Themen auch als eine Art Korrektiv des hegemonialen Gedenkdiskurses, von dem Angehörige der kärntnerslowenischen Minderheit eben bis heute weitgehend ausgegrenzt geblieben sind. Nicht wenige der angesprochenen AutorInnen betonen diesen Umstand als eine Art Motivation, die sie veranlasst hat, ihre Werke zu schreiben und sie zu veröffentlichen. So heißt es beispielsweise in

14 www.kulturchannel.at/?pagetype=detail&arid=10613&siid=77 (20.4.2010)

15 http://volksgruppen.orf.at/slowenen/aktuell/stories/66593/ (20.4.2010)

dem von Kukovica selbst verfassten Vorwort zu seinem Werk, dass die „Erinnerung an das Geschehen in den Kärntner Tälern“ (Kukovica 2008, 7) erhalten bleiben und an die Nachkommen weiter gegeben werden müsse. Gerade angesichts der Tatsache, dass die kärntnerslowenischen PartisanInnen keinen geringen Beitrag für die Befreiung Kärntens/Koroškas geleistet haben, „soll er nicht in Vergessenheit geraten“ (ebd.). „Besonders deshalb, weil manche in unserem Lande den Partisanenkampf gegen den Nazismus noch heute bis zur Unkenntlichkeit zu entstellen versuchen.“ (Ebd.) So wird die Intention deutlich, einen Beitrag zur historischen Korrektur des etablierten Geschichtsdiskurses vornehmen zu wollen. Karel Prušnik konnte diese Zeilen nicht mehr selbst schreiben, da er vor dem Erscheinen der deutschsprachigen Ausgabe des Werks verstarb. In einem – in der deutschsprachigen Version veröffentlichten – Nachruf auf den Autor, wird jedoch eine ähnliche Intention deutlich, wenn es heißt:

> „Die Wahrheit über das Kärntner Partisanentum wollte er seinen deutschsprachigen Mitbürgern in Kärnten, der breiten Öffentlichkeit in Österreich und der Welt vermitteln. Mit seinen Partisanenerinnerungen wollte er das Wissen um den bewaffneten Kampf der Kärntner Slowenen auf dem damaligen Gebiet des Hitlerschen Reiches und um ihren Beitrag im gemeinsamen Kampf mit den jugoslawischen Völkern und Völkerschaften sowie den großen Verbündeten gegen die Achsenmächte und damit auch um die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich weitergeben.“ (*Pavle Žaucer-Matjaž,* Vorwort in Prušnik 1984, 5)

Auch in diesem Text werden die nachkommenden Generationen explizit angesprochen, wenn betont wird, dass das Buch eine „verläßliche Brücke“ wäre bzw. einen Beitrag dazu leisten kann, der jungen Generation zu helfen, sich der Ungerechtigkeit zu widersetzen und die Erinnerung zu bewahren (ebd.). Auch im Nachwort zu Andrej Kokots Werk von Klaus Ottomeyer (in Kokot 2007, 181) steht die Aufarbeitung im Vordergrund:

> „Die Erzählung von Kokot ist aber selbst Teil einer Traumaverarbeitung, die Selbstvergewisserung eines Überlebenden, in der Schutz- und Ablenkungsmechanismen, die das Kind entwickelt hat, noch einmal lebendig werden.“

Tatsächlich könnten die Werke einen Bestandteil kollektiver Traumaarbeit ausmachen, wenn die gesellschaftlichen Bedingungen dazu vorhanden wären. Kokot (2007, 163) selbst bringt seine Intention folgendermaßen auf den Punkt:

> „Ich versuchte zu vergessen, besser gesagt, die Erinnerungen an die Zeit im Lager und im Krieg beiseite zu schieben. Je schneller die Jahre verstrichen, desto größer war mein Bedürfnis, die Erinnerungen an die Zeit der Vertreibung aufzuschreiben. Ich empfand es als Pflicht jenen gegenüber, die wie ich mit ihren Eltern die Heimat hatten verlassen müssen. Meine Geschichte habe ich auch niedergeschrieben, weil sich die Menschheit trotz des Grauens, das ihr der Nazifaschismus angetan hatte, nicht wesentlich verändert hat."

So verdeutlicht sich bei diesem Autor dieselbe Intention, nämlich das Geschehene nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und auf das etablierte Geschichtsbild einzuwirken. Der Prozess des Schreibens fungiert dabei selbst als Akt der Selbstermächtigung und durch die Texte wird die Geschichte der Kärntner SlowenInnen während des Nationalsozialismus ein Stück weiter aufgearbeitet. Aufarbeitung ist an dieser Stelle im doppelten Sinne zu verstehen, einerseits als individueller Prozess der Bewältigung der traumatischen Erfahrungen sowie andererseits als die geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema, die diese Opfergruppe bis heute marginalisiert. Auch in dem Buch über *Jelka* wird die Intention, ihre Geschichte zu veröffentlichen, von den beiden HerausgeberInnen formuliert, wenn sie betonen, dass eine der Besonderheiten des Werkes wäre, dass „es eine vom männlich dominierten Diskurs abweichende weibliche Sicht auf den Widerstand bot" (zit. n. Kuhar 2009, 5). Sie selbst erzählt in ihren Erinnerungen:

> „Die Hoffnung ist wie ein Feuer, an dem man sich aufwärmt, wenn es rundherum kalt ist. Solange wir gegen den Hitler gekämpft hatten, dachten wir: Morgen wird Gerechtigkeit sein in Kärnten. Daraus ist nichts geworden. Jetzt darf man die Glut nicht ausgehen lassen. Aus der kann einmal ein neues Feuer werden. Wenn sie ausgeht, bleibt nur kalte Asche." (Ebd., 140)

So geht es im Werk über das Leben der ehemaligen Partisanin wohl auch darum, den Widerstandsgeist und den Kampf gegen Ungerech-

tigkeit nicht verstummen zu lassen, sondern auf diese Art und Weise auch an andere weiterzugeben.

Literatur

Berg, Nicolas/Jochimsen, Jess/Stiegler, Bernd (1996): Vorwort: Shoah. Formen der Erinnerung. Geschichte, Philosophie, Kunst, Literatur. In: Berg, Nicolas /Jochimsen, Jess/Stiegler, Bernd [Hrsg.]: Shoah. Formen der Erinnerung. München: Wilhelm Fink Verlag. S. 7–11.

Berger, Karin/Holzinger, Elisabeth/Podgornik, Lotte/Trallori, Nadja [Hrsg.innen] (1985): Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand. Österreich 1938–1945. Wien: Promedia.

Berger, Karin/Holzinger, Elisabeth/Podgornik, Lotte/Trallori, Nadja [Hrsg.innen] (1987): Ich geb Dir einen Mantel, daß Du ihn noch in Freiheit tragen kannst. Widerstehen im KZ. Österreichische Frauen erzählen. Wien: Promedia.

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes [Hrsg.in] (1990): Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen. In: Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern wie Verfolgten. Band 4: Die Kärntner Slowenen. Wien: Österr. Bundesverlag.

Goetz, Judith (2005): Die „Mörder der Kameraden". Über die österreichische PartisanInnenphobie und ihre kärntnerischen Auswüchse. Online abrufbar unter: http://oesterreich-2005.at/txt/1127383142

Haderlap, Anton (2008): Graparji. So haben wir gelebt. Erinnerungen eines Kärntner Slowenen an Frieden und Krieg. Übersetzt aus dem Slowenischen von Metka Wakounig und Klaus Amann. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Hinterleitner, Norbert (2007): Vorwort. In: Rettl, Lisa/Obid, Vida [Hrsg.innen]: Partisanenkinder/Partizanski otroci. Überleben, weiterleben/Preživeti, živeti. Übersetzt aus dem Slowenischen von Vida Obid, Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Janežič, Rado (1992): Einleitung. In: Malle, Avguštin/Sima, Valentin [Hrsg.]: Zveza Slovenskih Izseljencev. Narodu in državi sovražni. Pregon koroških Slovencev 1942. Volks- und staatsfeindlich. Die Vertreibung von Kärntner Slowenen 1942. Celovec/Klagenfurt: Drava Verlag, Hermagoras-Verlag. S. 280-282.

Jelen, Tone (2007): Auf den Spuren der Hoffnung. Odyssee eines Kärntner Slowenen 1938–1945. Übersetzt aus dem Slowenischen von Vida Obid, Andreas Pittler, Helena Verdel. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Kleinschmidt, Erich (2002): Schreiben an Grenzen. Probleme der Autorschaft in der Shoah-Autobiographik. In: Günter, Manuela [Hrsg.in]: Überleben

schreiben. Zur Autobiographik der Shoah. Würzburg: Königshausen & Neumann. S. 77-96.

Kokot, Andrej (2007): Das Kind, das ich war. Erinnerungen an die Vertreibung der Slowenen aus Kärnten. Übersetzt aus dem Slowenischen vom Autor. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Kolenik, Lipej (2001): Für das Leben, gegen den Tod. Mein Weg in den Widerstand. Übersetzt aus dem Slowenischen von Erwin Köstler. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Köppen, Manuel/Scherpe, Klaus R. (1997): Zur Einführung. Der Streit um die Darstellbarkeit des Holocausts. In: Köppen, Manuel/Scherpe, Klaus R. [Hrsg.]: Bilder des Holocaust. Literatur – Film – Bildende Kunst. Köln, Wien [u.a.]: Böhlau Verlag. S. 1-12.

Kramer, Sven (1999): Auschwitz im Widerstreit. Zur Darstellung der Shoah in Film, Philosophie und Literatur. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Kuhar, Helena (2009): Jelka. Aus dem Leben einer Kärntner Partisanin. Thomas Busch, Brigitte Windhab nach Tonbandaufzeichnung. Klagenfurt/Celovec, Wien: Drava Verlag.

Kuhar, Peter (2010): Widerständig. Erinnerungen aus acht Jahrzehnten. Übersetzt aus dem Slowenischen von Metka Wakounig. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Kukovica, Franc (2008): Als uns die Sprache verboten wurde. Eine Kindheit in Kärnten (1938–1945). Übersetzt aus dem Slowenischen von Gertraud Pasterk. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Lange, Sigrid (2002): Blickverschiebung. Roberto Benignis „Das Leben ist schön" und Imre Kertész' „Roman eines Schicksalslosen". In: Günter, Manuela [Hrsg.in]: Überleben schreiben. Zur Autobiographik der Shoah. Würzburg: Königshausen & Neumann. S. 121-138.

Leben, Andreas (2003): V borbi smo bile enakopravne. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Limbächer, Katja/Merten, Maike/Pfefferle, Bettina (2002): Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart. Münster: Unrast-Verlag.

Messner, Janko (1986): Ein Kärntner Heimatbuch. München, Wien: Europaverlag.

Prušnik-Gašper, Karel (1984): Gemsen auf der Lawine. Der Kärntner Partisanenkampf. Übersetzt aus dem Slowenischen von Florjan Lipuš, Avguštin Malle, Gerri Musger. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Rettl, Lisa/Obid, Vida [Hrsg.innen] (2007): Partisanenkinder/Partizanski otroci. Überleben, weiterleben/Preživeti, živeti. Übersetzt aus dem Slowenischen von Vida Obid, Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.

Rettl, Lisa (2006): PartisanInnendenkmäler. Antifaschistische Erinnerungskultur in Kärnten. Innsbruck/Wien [u.a.]: Studienverlag.

Strobl, Ingrid (2002): „Sag nie, du gehst den letzten Weg." Frauen im bewaffneten Widerstand gegen den Faschismus und deutsche Besatzung. Frankfurt am Main: Fischer-Verlag.

Young, James Edward (1997): Beschreiben des Holocaust. Darstellung und Folgen der Interpretation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

RABIA EMANZOTTI

Pusten, Beamen, Schleifen, Sprengen

Egal wie, der Ulrichsberg muss weg!

Jedes Jahr im Herbst ist der Ulrichsberg Schauplatz einer gespenstischen Veranstaltung: Mehrere hundert Alt- und Neonazis, Burschenschafter, Mitglieder von Kameradschaften, Landsmannschaften und deutschnationalen „Heimatverbänden“ treffen sich, um ihrer gefallenen „Kameraden“ aus Wehrmacht und (Waffen-)SS zu gedenken. Jahrzehntelang fast ungestört – seit 2005 begleiten kontinuierlich Demonstrationen, Aktionen, ZeitzeugInnengespräche, antifaschistische Stadtspaziergänge und Recherchearbeiten den rechten Spuk am Berg. Folgender Text will zum einen in chronologischer Reihenfolge Widerstand und Protest gegen den Ulrichsberg im Speziellen und gegen den „kärntner Konsens“ im Allgemeinen nacherzählen und zum anderen Herangehensweisen und Konsequenzen analysieren und einer kritischen Betrachtung unterziehen.

Seit seiner Entstehung als „Heimkehrergedenkstätte“ Ende der 1950er Jahre fand am Ulrichsberg alljährlich eine Gedenkfeier für die gefallenen Soldaten statt, an der neben Politprominenz aus fast allen politischen Parteien, ehemalige (Waffen-)SS-Angehörige und ab Anfang der 1990er Jahre verstärkt Neonazis aus dem In- und Ausland teilnahmen. Meist konnte die revisionistische Veranstaltung ungestört über die Bühne gehen, Protest kam gelegentlich aus dem weit entfernten Wien oder blieb angesichts des kollektiven Abfeierns des „kärntner Konsens“ ganz aus.

In den 1950er Jahren trugen erstmals GenossInnen der *Kommunistischen Partei Österreichs* (KPÖ) ihren Protest gegen die Ulrichsbergfeier auf den Berg und verteilten Flugblätter an die anwesende Festgemeinde. Mitte der 1970er Jahre thematisierten Mitglieder von *Longo Maï*, einer selbstverwalteten landwirtschaftlichen und handwerklichen Kooperative, die Problematiken des rechtsextremen Treffens und ließen ihre Schafherde den „Ehrenhain“ zuscheißen.

1983 demonstrierten laut hauseigener Dokumentation der *Ulrichsberggemeinschaft* „einige junge Leute“ mit dem auf T-Shirts ge-

druckten Spruch „Als Fremde in der Heimat“ bei der Feier gegen das vorherrschende Geschichtsbild.[1] Auch 1985, als der junge Landesrat Jörg Haider zum ersten Mal die Festrede am Berg hielt, gab es kleinere Demonstrationen gegen das Ulrichsbergtreffen sowie Zeitungsartikel in der kärntner *Volksstimme*, dem Zentralorgan der KPÖ, in denen die Teilnahme des *Österreichischen Bundesheeres* massiv kritisiert wurde.[2] 1994, ein knappes Jahr nach der ersten Briefbombenserie gegen MigrantInnen, Angehörige von Minderheiten, PolitikerInnen und Personen in Österreich, die sich in antirassistischen Bereichen engagierten[3], dokumentierte die *Ulrichsberggemeinschaft* einen „Großeinsatz der Staatspolizei“ am Rande der Feierlichkeiten, da offenbar „Jugendliche aus Deutschland Störaktionen“ geplant hatten. Zu Zwischenfällen kam es allerdings nicht, es wurden lediglich Personalien von „einigen Verdächtigen“ aufgenommen.[4]

Diese, vermutlich unvollständigen, Beispiele zeigen, dass Kritik am Treffen immer wieder medial oder auch direkt vor Ort geäußert wurde. Leider gibt es kaum schriftliche Aufzeichnungen zu früheren Protesten gegen das Ulrichsbergtreffen, aber es ist anzunehmen, dass es auch vor 2005, dem Gründungsjahr des *AK gegen den kärntner Konsens*, unregelmäßig zu Widerstandsaktionen gegen das revisionistische Soldatengedenken gekommen ist.

1997: Der Tod ist ein Meister aus Deutschland

Erst mit dem Besuch des *Kommando z.a.l.a.* im August 1997 am Ulrichsberg und der Zerstörung der „Heimkehrergedenkstätte“, begann sich die antifaschistische Linke in Österreich für das rechtsextreme Treiben am Berg zu interessieren und sich in Erinnerung

1 Rencher, Norbert, Ulrichsberg-Dokumentation, S. 97

2 Rencher, Norbert, Ulrichsberg-Dokumentation, S. 97

3 Von 1993 bis 1996 kam es in Österreich zu sechs rechtsextrem motivierten Briefbombenserien und mehreren Rohrbombenanschlägen, durch die vier Roma in Oberwart ermordet und dutzende Menschen schwer verletzt wurden. Verantwortlich dafür war der vermeintliche Einzeltäter Franz Fuchs, der 1997 gefasst wurde und 2000 in Haft Selbstmord beging. Die Einzeltätertheorie wird immer wieder in Frage gestellt. Vgl. Scheid, Hans Christian, Doch kein Einzeltäter?, Styria, Graz, 2001

4 Rencher, Norbert, Ulrichsberg-Dokumentation, S. 153

zu rufen, dass das Andenken an die angeblichen Helden der Wehrmacht und (Waffen-)SS nicht unangreifbar ist.[5] Wochenlang dominierten Berichte und Spekulationen über den „Anschlag" und mögliche TäterInnen die bürgerliche Presse. Die *Sozialistische Jugend*, die KPÖ, die *Grünen*, das *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands* (DÖW) oder die Wiener Wochenzeitung *Falter* reagierten auf die Zerstörung des „Ehrenhains" reflexartig mit raschen Distanzierungen. Der nächtliche Besuch am Ulrichsberg habe, so der Tenor, mehr „der Sache" geschadet als geholfen, wobei offen blieb, von welcher „Sache" eigentlich genau gesprochen wurde.[6] Auch einer in Kärnten/Koroška lebenden ehemalige Partisanin, die den Decknamen *Zala* verwendet hatte und deren Geschichte von Ingrid Strobl in ihrem Buch *Sag nie, du gehst den letzten Weg*[7] erzählt wird, blieb nach unzähligen Anrufen von MedienvertreterInnen und Polizeibehörden nichts anderes übrig, als öffentlich klarzustellen, dass sie nichts mit dem Anschlag zu tun hatte.[8]

Die *Ulrichsberggemeinschaft* traf der Besuch von *Kommando z.a.l.a.* hart: Viele Steintafeln, die an diverse (Waffen-)SS-Divisionen, Wehrmachts- und andere nationalsozialistische Verbände erinnern sollten, wurden zerstört und laut Medienberichten so aufgereiht, wie „die soldatischen Formationen bzw. die Kränze bei den alljährlichen Feiern postiert sind".[9] Die Außenwand der Kirchenruine, in der der „Ehrenhain" untergebracht ist, zierte in großen, roten Lettern der Spruch „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" aus der *Todesfuge* von Paul Celan. Weitere Graffitis wie „Der Schoß, der dies gebar, ist immer noch fruchtbar" sowie rote „Kommunisten-Sterne" sorgten im bürgerlichen Blätterwald für Panikmache gegen den „linken Terror".[10]

Die kärntner FPÖ setzte eine Prämie in der Höhe von 100.000 Schilling (umgerechnet circa 7.200 Euro) für Hinweise, die zur Er-

5 www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt/82ul.htm
6 http://nadir.org/nadir/periodika/lotta_dura/n10/ulrich2.html
7 Strobl, Ingrid, Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Fischer Taschenbuchverlag, Frankfurt am Main, 1989
8 www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt/82ul.htm
9 *Kurier*, 19.8.1997, sowie *Kronen Zeitung*, 21.8.1997
10 *Täglich Alles*, 6.9.1997

greifung der TäterInnen führen würden, aus[11] und auch die kärntner Polizei ließ sich nicht lumpen, als sie medial dazu aufrief, bei der Staatspolizei in Klagenfurt/Celovec Videoaufnahmen von Personen aus dem „linken universitären Eck" zu sichten.[12] Alle Versuche, die TäterInnen auszuforschen, scheiterten allerdings und der Aufruf zum „Bildchen Schauen" bei der Klagenfurter Staatspolizei wurde nach Protesten der *Grünen* und polizeiinternen „Missverständnissen" zurückgezogen.[13]

Der „Anschlag" beherrschte wochenlang innenpolitisch die Nachrichten, einige Zeitungen druckten das BekennerInnenschreiben in voller Länge ab und trugen somit dazu bei, dass die berechtigte und längst überfällige Kritik an der jährlichen Traditionspflege am Ulrichsberg breiter thematisiert wurde.

Der Politikwissenschafter Anton Pelinka schlug im Zuge der hitzig geführten Diskussionen vor, die Wiederherstellung der Gedenkstätte für eine Ergänzung zu nutzen und bei den Bergfeierlichkeiten „allen Opfern" des NS-Regimes zu gedenken. Diese Idee wurde allerdings von der *Ulrichsberggemeinschaft*, den Kameradschaftsverbänden und nahezu sämtlichen Parteien „aus Gründen der Verfälschung des Charakters als Heimkehrergedenkstätte" entschieden zurückgewiesen. Revisionistische oder verharmlosende Aussprüche wie „Widerstand und Einsatz für Volk und Heimat – das geht überhaupt nicht zusammen!" oder „Eine Feier dieser Art käme einer Entehrung der Gedenkstätte gleich!" zeigten, aus welcher Richtung der Wind am Ulrichsberg weht.[14] Aus antifaschistischer Perspektive hätte ein „gemeinsames Gedenken" an in der Shoah Ermordete, PartisanInnen oder Wehrmachtsdeserteure am Ulrichsberg eine Verhöhnung der Opfer sowie eine Gleichsetzung mit TäterInnen dargestellt und kann nur entschieden abgelehnt werden.

11 *Neues Volksblatt*, 19.8.1997, sowie *Kronen Zeitung*, 19.8.1997
12 *Kurier*, 23.8.1997 sowie 27.8.1997
13 *Der Standard*, 28.8.1997
14 *Der Standard*, 28.8.1997

2000: Da hilft nur mehr … Hubschrauberangriff

Soviel Staub das *Kommando z.a.l.a.* im Sommer 1997 aufgewirbelt hatte, dauerte es doch wieder einige Jahre, bis sich im Jahr 2000, dem Jahr der schwarz-blauen Regierungsangelobung, AktivistInnen der Kunst- und Kulturplattform *get to attack* eine Aktion gegen die Feierlichkeiten am Ulrichsberg ausdenken wollten. Die frühzeitig bekannt gewordene Aktion sorgte für Aufruhr in Kärnten/Koroška und mediale Hetze gegen AntifaschistInnen, kritische KünstlerInnen und „NestbeschmutzerInnen" im Schnitzelland. Die AktivistInnen hatten geplant, einen Hubschrauber anzumieten und damit aus der Luft gegen die Feierlichkeiten am Ulrichsberg zu intervenieren. So sollte sich der Hubschrauber, den *Walkürenritt* von Richard Wagner abspielend, dem Treffen nähern, dann über der Heimkehrergedenkstätte kreisen und dabei die Anwesenden mit dem Goebbels-Zitat „Wollt ihr den totalen Krieg?" beschallen. Nach dieser Attacke aus der Luft hätte die Aufregung unter den TeilnehmerInnen genutzt werden können und ein weiterer „Angriff" am Boden stattfinden sollen: Geplant war, dass der Schauspieler Hubsi Kramar in der Rolle Adolf Hitlers zusammen mit vier Begleitern in einem Jeep an den Kameraden vorbei auf den Berg fahren und dort versuchen solle, vor Jörg Haider, dem geplanten Festredner, die Tribüne zu erklimmen. Nachdem die Intervention aufgeflogen war, entschied *get to attack* die geplante Aktion abzubrechen und stattdessen als „Kommunikationsguerilla"[15] weiterzuführen. Gerüchte dazu besagen, dass niemals wirklich daran gedacht war, die „Angriffe" tatsächlich auszuführen, sondern dass auch das mediale „Aufdecken" der Aktion schon Teil der Inszenierung war.[16]

15 http://kommunikationsguerilla.twoday.net/

16 Nachzulesen unter www.u-berg.at/texte/hubschrauber.htm, www.ceiberweiber.at/ceiberweiber_alte_seite/wahl/3okt1.htm sowie www.mund.at/archiv/oktober/aussendung021000.htm#2

„Seitdem ich Landeshauptmann bin, traut sich kein Linker mehr zu demonstrieren!"[17]

Fünf weitere Jahre sollten vergehen, bis sich AntifaschistInnen aus Wien, Graz und Kärnten/Koroška zum *Arbeitskreis gegen den kärntner Konsens* zusammenschlossen, um argumentativ und aktionistisch dem rechten Treiben am Hausberg von Klagenfurt/Celovec Widerstand und inhaltliche Kritik entgegenzusetzen.

Die Namenswahl folgte dabei inhaltlichen Überlegungen. Zwar stand der Ulrichsberg, auf dem sich Rechtsextremismus, antislawischer Rassismus und eine deutschtümelnde und NS-verharmlosende bis -glorifizierende Geschichtsdeutung verdichten, im Zentrum der Proteste und Recherchen. Es war aber von vornherein klar, dass das Ulrichsbergtreffen nur sinnvoll analysiert werden kann, wenn seine gesellschaftliche Verankerung stets mitbedacht wird. Konkret bedeutet dies, dass das Ulrichsbergtreffen kein „Sonderfall", sondern nur ein besonders deutliches Symbol österreichischer Geschichtspolitik ist. Das schlägt sich nicht zuletzt in seiner Einbettung in den Mainstream der kärntner Regionalpolitik, unter anderem durch die Beteiligung von PolitikerInnen nahezu sämtlicher Couleurs, der wohlwollenden Berichterstattung in lokalen und regionalen Medien und der selbstverständlichen Beteiligung von Feuerwehr, Rettung oder Touring Club nieder. Mit dem Begriff „kärntner Konsens" sollte genau diese Platzierung extrem rechten Gedankengutes in der gesellschaftlichen Mitte fokussiert werden.[18]

Sich gegen diesen vorherrschenden „kärntner Konsens" zu stellen, war daher – neben der Kritik am Ulrichsbergtreffen selbst – für die im AK beteiligten AktivistInnen von so großer Bedeutung, dass er von Beginn an namensgebend war.

2005: Repression und Regen

Im Vorfeld der *Antifaschistischen Aktionstage*, die unter dem Motto „Der Ulrichsberg ruft? U-Berg, halt's Maul!" rund um den 18. September 2005 ausgerufen wurden, begann der *AK gegen den*

17 Jörg Haider am 20.10.2000 in der Wiener Stadthalle, www.doew.at/projekte/rechts/fpoe/fpoezitate.html

18 http://u-berg.at/texte/kaerntner_konsens.htm

kärntner Konsens mit einer umfassenden Recherche. Eine Broschüre wurde geschrieben, T-Shirts mit dem Slogan „Wir kennen weder Ehre noch Treue!“ gedruckt und sich auf zwei Demonstrationen – eine Samstagabend gegen das Treffen der *Kameradschaft IV* im Kursaal in Krumpendorf/Kriva Vrba, die andere Sonntag früh auf den Ulrichsberg hinauf – vorbereitet. Als „Herzstück“ der Proteste wurde an drei Tagen ein Infopoint, der zentral in der Klagenfurter Innenstadt aufgebaut werden sollte, als Anlaufstelle für AktivistInnen, Diskussionsportal für PassantInnen sowie zur Sichtbarmachung der Proteste konzipiert.

Als Rahmenprogramm zeigte der *AK gegen den kärntner Konsens* Freitagabend an der Klagenfurter Uni den Film *Artikel 7* sowie Ausschnitte aus *Qualtinger liest Texte zur Slowenenfrage*.

Samstagmorgen kamen, abgeschirmt von einigen PolizeibeamtInnen, einige Naziskins, darunter auch einer, der 2009 beim Angriff auf AntifaschistInnen in Krumpendorf/Kriva Vrba wieder dabei sein sollte, den Infopoint besichtigen und warfen mit benutzten Babywindeln und Wasserbomben in Richtung AktivistInnen. Auch einige Angehörige der *Kameradschaft IV* (mehr dazu im Beitrag *Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen*) provozierten mit Sprüchen wie „Ihr ghörts alle vernichtet!“

Gegen Mittag fanden sich an die 60 Interessierte bei der ZeitzeugInnenveranstaltung in den Räumlichkeiten des Verlages *Mohorjeva/Hermagoras* in Klagenfurt/Celovec ein. Zu Gast war Ana Zablatnik (mehr dazu siehe den Beitrag *Formen der Erinnerung*), eine 2010 verstorbene Kärntner Slowenin, die 1944 wegen Unterstützung der PartisanInnen von der Gestapo verhaftet wurde, und Valentin Sima.

Samstagabend zogen AktivistInnen nach Krumpendorf/Kriva Vrba, um gegen den Kameradschaftsabend der *Kameradschaft IV*, bei dem sich nationale und internationale Größen der extremen Rechten ein Stelldichein gaben, zu protestieren. Spontan wurde aus der geplanten Kundgebung eine Demonstration, die sich in Richtung Kursaal bewegte, jedoch relativ schnell von der Polizei gestoppt wurde. Hierbei kam es zu einer Verhaftung mit rechtsstaatlich bedenklichen Folgen. Ein Münchner Antifaschist wurde wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ mehrere Tage lang von Polizei und Gericht festgehalten, in einem unüblichen „Schnellverfahren“ abgeurteilt, in

Schubhaft gesteckt sowie mit einem zehnjährigen Aufenthaltsverbot in Österreich belegt. Der *AK gegen den kärntner Konsens* wies in mehreren Presseaussendungen auf den repressiven und völlig überzogenen Umgang mit widerständigen Menschen hin und organisierte eine kleine Kundgebung vor dem Justizministerium in Wien.[19]

Aufgrund des Vorgehens der Repressionsbehörden wurden mehrere Rechtsmittel ergriffen, das „Schnellurteil" schlussendlich aufgehoben und der Münchner im August 2007 von der Erstinstanz, dem Landesgericht Klagenfurt/Celovec, freigesprochen. Gegen das Urteil legte die Staatsanwaltschaft Klagenfurt/Celovec erwartungsgemäß Berufung ein, die Zweitinstanz kippte den Freispruch des Landesgerichts Klagenfurt/Celovec und verwies wieder an die erste Instanz zur neuerlichen Entscheidung. Diese Entscheidung ist bis dato ausständig, da es aufgrund diverser Ungereimtheiten bzw. Terminkollisionen bislang zu keiner neuerlichen Gerichtsverhandlung kam.[20]

Antifawalküren machen mobil

Am Sonntag hieß es dann früh aufstehen – gegen 8 Uhr fuhren die DemonstrantInnen mit zwei Reisebussen zum Fuße des Ulrichsbergs und versuchten bei strömendem Regen, nach oben zu gelangen. Aktionistisch waren Antifawalküren in pinkem Outfit, beflügelten Helmen und mit Doppeläxten am Start.[21] Die Busse der *Ulrichsberggemeinschaft*, die vom Klagenfurter Hauptbahnhof aus die BesucherInnen auf den Berg karrten, wurden wegen der Demoroute der circa 90 Antifas umgeleitet, was zu kleineren Staus, allerdings zu keinen Verspätungen führte. Die Exekutive versuchte immer wieder durchzugreifen und die Bannmeile von 300 Metern rund um den Kollerwirt, ein Gasthof, der circa 45 Minuten Fußmarsch von der Heimkehrergedenkstätte entfernt liegt, durchzusetzen. Die Feier der *Ulrichsberggemeinschaft* fand 2005 nicht oben am Berg statt, sondern aufgrund des starken Regens in einem Zelt direkt beim Kollerwirt, also in Hörweite der Gegendemo. Inhaltlich wurde in den Festreden auf die ersten wahrnehmbaren antifaschistischen Proteste seit Jahren

19 www.u-berg.at/archiv2005/presse.htm
20 www.u-berg.at/archiv2005/pa190905.htm
21 www.u-berg.at/archiv2005/pa150905.htm

stark Bezug genommen und eine bekannte Aktivistin des *AK gegen den kärntner Konsens* als „Polithexe“ diffamiert.[22]

Auch wenn die Aktionstage 2005 quantitativ eher wenige AktivistInnen mobilisieren konnten, so machte sich doch unter den AnhängerInnen der *Ulrichsberggemeinschaft* und den teilnehmenden ParteienvertreterInnen Unruhe und Ärger über die – wenn auch nur marginal – gestörten Feierlichkeiten breit. Medial war aufgrund der Pressearbeit des *AK gegen den kärntner Konsens* Kritik am soldatischen Abfeiern am Ulrichsberg gut platziert und nach Jahren des Schweigens wieder vermehrt präsent. Der „kärntner Konsens“ sollte daher auch 2006 erneut angegriffen werden.

2006: Antifaschistisch spazieren gehen

Wieder wurde für ein Wochenende voller antifaschistischer Action und Infoveranstaltungen im September 2006 nach Kärnten/Koroška mobilisiert, erneut der Infopoint am Neuen Platz in Klagenfurt/Celovec bespielt und wieder regnete es drei Tage lang fast durchgehend.

Die meisten anwesenden AntifaschistInnen besuchten Samstagmittag das ZeitzeugInnengespräch mit dem Historiker Valentin Sima und dem leider im Februar 2008 verstorbenen Zeitzeugen Lipej Kolenik sowie Andrej Kokot und dem Kulturwissenschaftler Wilhelm Seidl in der Klagenfurter Universität.

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und der repressiven Erfahrungen im Vorjahr beschloss der *AK gegen den kärntner Konsens*, 2006 nicht nach Krumpendorf/Kriva Vrba zu mobilisieren und lud stattdessen am späten Samstagnachmittag zum antifaschistischen Stadtspaziergang. Dieser nahm seinen Anfang am Klagenfurter Domplatz beim so genannten „Denkmal für die Opfer der Partisanen“, einem fragwürdigen „Erinnerungsstein“, der den Mythos der „von jugoslawischen Partisanen verschleppten Kärntner“ ungebrochen weiterverbreitet. An die 200 interessierte TeilnehmerInnen besuchten Orte revisionistischer Denkmäler, nationalsozialis-

22 Rede von Rudolf Gallob, Präsident der *Ulrichsberggemeinschaft*, am 18.9.2005 im Festzelt, nachzulesen auf www.u-berg.at/archiv2005/gallob01.htm

tische Wirkungsstätten oder symbolträchtige Plätze, an denen der „kärntner Konsens" zelebriert wird. An fast allen besuchten Lokalitäten wurden Kommentierungen der Örtlichkeiten hinterlassen, beispielsweise wurde das „Denkmal für die Opfer der kärntner Partisanen" mit einem Nachdruck des PartisanInnen-Denkmals, das am Peršmanhof steht, überklebt oder an der „Stätte der kärntner Einheit" goldene Scheißehaufen aufgestellt.

In der Dr.-Franz-Palla-Gasse, benannt nach einem NS-Arzt, der für die Zwangssterilisierung der Männer auf der Klagenfurter Psychiatrie verantwortlich war, wurde eine Straßenumbenennung in *Straße der Erinnerung an die Opfer nationalsozialistischer Anstaltsmorde* vorgenommen (siehe den Beitrag *Verdrängt und Vergessen*), an anderen Orten wie z. B. dem Gestapo- und Gaugefängnis in der Putschergasse wurden Gedenktafeln montiert. Der Stadtspaziergang endete im strömenden Regen an der „kärntner Landesgedächtnisstätte", die sich am Fuße des Kreuzbergls befindet, der nach der spätbarocken Kreuzweganlage benannt ist. Aus dieser wurde Mitte der 1950er Jahre die so genannte „Landesgedächtnisstätte", die an „alle Opfer der Kriege" erinnern soll und einen Kreuzweg mit nationalsozialistischer Sinngebung darstellt.

Trotz des teilweise sehr geschlossenen, blockähnlichen Democharakters des Stadtspaziergangs – zwischen den Stationen wurden immer wieder lautstark Parolen gerufen – hielt sich die anwesende Polizei im Hintergrund und verabschiedete sich bei der Versammlungsverantwortlichen mit der Bemerkung, dass sie mit einem ähnlich friedlichen Ablauf morgen früh am Berg rechnen würde.

Antifa heißt früh aufstehen

Um ihren Protest gegen das revisionistische Treffen an der „Heimkehrergedenkstätte" zu zeigen, erklommen an die 120 AntifaschistInnen am frühen Morgen den Berg bis zu einer extra mit der Polizei ausgehandelten Stelle mitten im Wald, die mit Tretgittern abgesichert wurde („Tretgitterstelle"). Obwohl die kärntner Behörden im Vorfeld einen großen Teil der angemeldeten Demoroute untersagt hatten und den DemonstrantInnen stattdessen eine Wanderung durch den Wald aufzwangen, verlief der Protest ohne größere Zwischenfälle. Einige Busse, die die neuen und alten FaschistInnen den

Berg hinaufkarrten, wurden mit Farbeiern beworfen. Aufgrund der Demonstration verspäteten sich viele TeilnehmerInnen und kamen nicht mehr rechtzeitig zum Beginn der Feier. Auch die Abfahrt der U-BerglerInnen wurde durch die Anwesenheit der AntifaschistInnen auf der einzigen Zufahrtsstraße um circa eine Stunde verzögert.

2007: Codewort Banane!

Recherchen und Aufarbeitung der Ulrichsbergfeierlichkeiten sowie die Thematisierung der am Berg zelebrierten NS-verharmlosenden Inhalte wurden auf einer breiten Ebene, beispielsweise durch Artikel in diversen Print- und Onlinemedien, gut rezipiert, waren aber noch lange nicht abgeschlossen. Daher rief der *AK gegen den kärntner Konsens* auch 2007 erneut *Antifaschistische Aktionstage* von 14. bis 16. September 2007 aus.

Die Anlaufstelle Infopoint hatte sich in den letzten Jahren bewährt und so wurde auch 2007 Freitag und Samstag eine Dauerkundgebung mit einer Ausstellung zum Ulrichsberg, Broschüren, Büchertisch, Musikeinlagen und vielen Transparenten gut sichtbar am Klagenfurter Alten Platz aufgebaut. Trotz zweier rechtsextremer Angriffe gegen den Büchertisch und einer Menge verbaler Attacken gab es auch Gelegenheit zu Diskussionen mit PassantInnen. Die Ausstellung, die Bilder und Informationen rund um den „Ehrenhain“ am Ulrichsberg, zu rechten und rechtsextremen Denkmälern, aber auch zum „vergessenen“ KZ am Loibl/Ljubelj (mehr dazu siehe den Beitrag *Loibl-KZ – das „vergessene“ Konzentrationslager*) zeigte, stieß auf besonders großes Interesse.

Freitagabend wurde im Zuge der „Freiräume statt Ulrichsberg!“-Demo die vorherrschende kärntner Kulturpolitik zum Thema gemacht, in der die systematische Aushungerung von Initiativen oder repressive Maßnahmen gegen selbstverwaltete und emanzipatorische Projekte auf der Tagesordnung standen. Laut, bunt und gut sichtbar wurde – organisiert von lokalen AktivistInnen – quer durch die Klagenfurter Innenstadt demonstriert und ein subversiver, unkommerzieller und kritischer Gegenentwurf zur von Seebühne, GTI-Treffen, Fête Blanche und 10. Oktober-Feiern dominierten „Leitkultur“ gefordert.

Antifa Ahoi!

Als Rahmenprogramm lud die *Ulrichsberggemeinschaft* Samstagmittag zum gemeinsamen Bootfahren am Wörthersee/Vrbsko Jezero – ein Spaß, der ihnen von circa 80 AntifaschistInnen gründlich verdorben wurde. Diese blockierten nämlich, im Liegestuhl oder Federball spielend, die Bootsanlegestelle in Klagenfurt/Celovec und konnten auch durch die dezent überforderte Polizei, die solche Aktionsformen eher selten zu Gesicht bekommt, nicht daran gehindert werden. Schließlich mussten die verärgerten U-BerglerInnen von einem anderen Steg ablegen. Einige AntifaschistInnen eroberten zur selben Zeit mit Elektrobooten den Wörthersee/Vrbsko Jezero. Transparente mit der Aufschrift „Revisionistenpack, widerliches!“ sowie „Eure Ehre heißt Mord!“ und megaphonverstärkte Sprechchöre führten der *Ulrichsberggemeinschaft* klar vor Augen, dass sie auch am Wasser unerwünscht war.

Gegen 14 Uhr begann im überfüllten Veranstaltungsraum der Buchhandlung *Haček* in Klagenfurt/Celovec das ZeitzeugInnengespräch mit den Zeitzeuginnen Romana Verdel und Theresia Pörtsch, das vom Historiker Valentin Sima moderiert wurde. Theresia Pörtsch, die als Kärntner Slowenin 1942 mit ihrer Familie „ausgesiedelt“ – ein Euphemismus für deportiert – wurde, erzählte von ihren Erfahrungen. Romana Verdel entkam als fünfjähriges Kind durch Zufall der Verhaftung ihrer Familie. Ein großer Teil ihrer Angehörigen, darunter ihre Eltern, wurde von den Nazis ermordet. Beide Frauen sprachen in beeindruckender Weise von ihren persönlichen Erlebnissen im Nationalsozialismus, aber auch von den kärntner Zuständen und der immer präsenten SlowenInnenfeindlichkeit.

Nie wieder Krumpendorf!

Krumpendorf/Kriva Vrba, als besonders symbolträchtiger Ort des „kärntner Konsens“, wurde 2006 vom antifaschistischen Aktionismus gänzlich ausgelassen – 2007 sollte das dort stattfindende Treffen der *Kameradschaft IV* wieder mehr ins Zentrum der Proteste gerückt werden.

Daher brachen Samstagabend an die 80 AntifaschistInnen mit dem Zug nach Krumpendorf/Kriva Vrba auf, um dort gegen das Treffen der Kameradschaftsverbände im Kursaal zu protestieren.

Durch massive Polizeipräsenz am Bahnhof Krumpendorf/Kriva Vrba wurden die AntifaschistInnen an der Ausübung ihres Rechts auf Versammlungsfreiheit gehindert und es kam zu brutalen Schlagstockeinsätzen, Tritten und Faustschlägen von Seiten der Polizei. Da in Krumpendorf/Kriva Vrba kein Meter zu machen war, und die anwesende Exekutive versuchte, die Situation äußerst repressiv unter Kontrolle zu halten, begaben sich die Antifas unverrichteter Dinge und leicht frustriert wieder zurück nach Klagenfurt/Celovec.

I muaß aufi … aufi aufn Berg!

Aus Vorjahresfehlern hatte der *AK gegen den kärntner Konsens* gelernt: Nach dutzenden Begehungen der Örtlichkeiten und taktischen Überlegungen zu diversen Stellen am Berg, intern liebevoll als „Schlurf", „Tretgitterstelle" und „Hohlweg" bezeichnet, startete die Demo frühmorgens um 6 Uhr in Karnburg/Krnski Grad, einem kleinen Ort am Fuß des Ulrichsbergs, mit einer Standkundgebung und *Bella Ciao* im Dauerloop. Bald schon brachen an die 130 angereiste AktivistInnen in vorbildlicher Bezugsgruppenformation zur zweiten Kundgebung an der Zufahrtsstraße zum Kollerwirt auf. Da der Weg, wie von erster zu zweiter Kundgebung mitten im Wald zu gehen sei, von Seiten der Exekutive nicht festgelegt wurde, „verschwanden" abenteuerlustige GenossInnen beim morgendlichen bergauf Joggen und tauchten auf der einzigen Zufahrtstraße zur Bergfeier wieder auf (Stichwort: „Banane!"). Durch mehrere Blockaden und auf der Fahrbahn abgelegte Äste gelang es den AntifaschistInnen, den für 9.45 Uhr angesetzten Beginn der revisionistischen Feier, vermutlich zum ersten Mal seit ihrem Bestehen, zu verzögern. Bei der Räumung der Blockaden kam es zu einigen Polizeiübergriffen, allerdings zu keinen ernsthaften Verletzungen oder Festnahmen. Ganz oben am Berg waren die antifaschistischen Proteste in aller Munde: Kein Festredner, der nicht auf die DemonstrantInnen Bezug genommen hätte, die die Auffahrt auf den Berg kräftig verzögert hatten und als „Nestbeschmutzer" das Andenken an die gefallenen Kameraden besudelten. Auch der martialisch über der Landschaft kreisende Polizeihubschrauber war dagegen machtlos.

2008: Bombendrohung, Naziangriff, Repression

„Wir kommen wieder – keine Frage." So endeten oft Presseaussendungen oder Zusammenfassungen der *Antifaschistischen Aktionstage* – und auch 2008 hielt sich der *AK gegen den kärntner Konsens* an seine eigene Zusage, wenn auch alle ProtagonistInnen stets froh über das Ende des spannenden, aber doch kräftezehrenden Wochenendes waren und mal mehr, mal weniger zufrieden die Heimreise antraten.

Hatte es schon die Jahre zuvor in geringem Maße Einschüchterungsversuche von Neonazis in diversen Internetforen gegen die *Antifaschistischen Aktionstage* gegeben, so zeigte sich in diesem Jahr zum Auftakt Freitagmittag, dass die verbalen Entgleisungen, Drohungen gegen und Outings von Antifas auf Neonazi-Webpages ernst zu nehmen sind. Der Bus, mit dem die TeilnehmerInnen der Proteste anreisen wollten, konnte Wien erst mit mehrstündiger Verspätung verlassen, nachdem bei der Polizei eine anonyme Bombendrohung eingegangen war. Eine gründliche Überprüfung des Fahrzeugs unter Einsatz eines Spürhundes brachte allerdings keinen Sprengstoff zu Tage.[23]

2008 starteten die Aktionstage mit der Demonstration unter dem Motto „Goodbye Ulrichsberg – Refugees Welcome!" am Freitag, bei der der Umgang des Bundeslandes Kärnten/Koroška mit MigrantInnen thematisiert wurde.[24] Im Sommer 2008 beschloss Landeshauptmann Jörg Haider beispielsweise die Einrichtung einer „Sonderanstalt" mitten in den Bergen auf der Saualpe/Svinska Planina, wo AsylwerberInnen unter dem falschen Vorwand, sie seien kriminell, isoliert wurden bzw. nach wie vor werden. 200 motivierte AktivistInnen forderten daher lautstark „Bleiberecht für alle" und die Abschaffung der menschenverachtenden Fremdengesetze.[25]

Der Samstag begann mit einer Aktion an der Bootsanlegestelle in Krumpendorf/Kriva Vrba, da die Ulrichsberggemeinde, so wie bereits im Vorjahr, zur Schiffsfahrt am Wörthersee/Vrbsko Jezero lud. Im Zuge der Blockadeversuche kam es zu einem brutalen Angriff auf die anwesenden, völlig überraschten AktivistInnen durch 15 bis 20

23 http://no-racism.net/article/2681/
24 www.u-berg.at/texte/demo2008.htm
25 http://no-racism.net/article/2411/

vermummte Neonazis, bei dem drei AktivistInnen (teilweise im Gesicht) verletzt wurden. Dieser Neonazi-Angriff zeigte einmal mehr, dass das Ulrichsbergtreffen als Wallfahrtsort für Alt- und Neonazis gilt, auch wenn die *Ulrichsberggemeinschaft* tat, als hätte sie mit all dem nichts zu tun. Dennoch liegt es in ihrer Verantwortung, welche Klientel ihre Feierlichkeiten anzieht.

Das Ulrichsbergtreffen wird seit Jahren von Neonazis in diversen Internetforen als Pflichttermin im braunen Kalenderjahr beworben, da dort Angehörige der „Erlebnisgeneration" – also solche, die „damals" live dabei waren – zu bewundern und kennen zu lernen sind. Als „besonderer Reiz" wurde immer auch auf den antifaschistischen Protest hingewiesen und ein „aktionsreiches" Wochenende versprochen. Offen bleibt dabei, wie motivierend die Durchführung der *Antifaschistischen Aktionstage* für Neonazis wirklich war, um den (mitunter weiten) Weg nach Kärnten/Koroška anzutreten.

Trotz des Schocks über den Angriff begrüßten die AntifaschistInnen die braunen KameradInnen mit entsprechenden Sprechchören. Außerdem gelang es zwei Aktivistinnen, ein Transparent mit dem Schriftzug „1945 wurde euer Reich versenkt, heute geht ihr baden!" auf dem Schiff anzubringen, welches erst relativ spät entdeckt und entfernt wurde.

Wie jedes Jahr wurde am Infopoint am Alten Platz in der Innenstadt von Klagenfurt/Celovec den ganzen Freitag und Samstag über (manchmal heftig) diskutiert. Klar ist mittlerweile: Die Proteste fallen auf, sind bekannt, streuen Salz in offene Wunden der kärntner Zustände und finden doch auch immer wieder Zuspruch in der Bevölkerung.

Antifaschistischer Stadtspaziergang 2.0

Samstagnachmittag fanden sich circa 150 Personen ein, um gemeinsam Orte zu besuchen und – wenigstens kurzfristig – zu verändern, an denen sich der deutschnationale Konsens besonders deutlich ausdrückt, wie die „Stätte der kärntner Einheit" im Hof des Landhauses oder das „Denkmal für die Opfer der Partisanen" am Domplatz. Weitere Stationen waren Plätze, an denen in der NS-Zeit Menschen gequält, gefoltert und ermordet wurden. Besonders ge-

dacht wurde dem antifaschistischen Kampf der PartisanInnen, der in Kärnten/Koroška so oft verschwiegen und verleumdet wird.

Auch auf das ZeitzeugInnengespräch sollte 2008 nicht verzichtet werden, da diese Form der Geschichtsvermittlung für den *AK gegen den kärntner Konsens* stets einen der wichtigsten Bestandteile der Proteste darstellte. Auf diesem Weg werden Teile der verdrängten und „vergessenen" kärntner Geschichte sichtbar und die Auseinandersetzung mit den Gräueln des Nationalsozialismus findet auf einer persönlichen Ebene statt, was traurigerweise in einigen Jahren aufgrund des Ablebens der ZeitzeugInnen nicht mehr möglich sein wird.

In der wieder sehr vollen Buchhandlung *Haček* in Klagenfurt/Celovec fand Samstagnachmittag das Zeitzeuginnengespräch mit Katja Sturm-Schnabl, Dozentin an der Uni Wien, statt. Sturm-Schnabl berichtete von der Deportation ihrer Familie, der Zwangsarbeit ihrer Eltern sowie deren Erfahrungen bei der Rückkehr nach Kärnten/Koroška.

Pizza im Polizeikessel

Der Sonntag stand unter dem Zeichen massiver Polizeirepression, da es zu sechs Festnahmen sowie vielfachen Personalienaufnahmen und Perlustrierungen während der Proteste am Berg kam. Mit dem Bus wurden in zwei Fahrten an die 120 Antifas zur angemeldeten Kundgebung in Karnburg/Krnski Grad kutschiert, um dort – sehr zum Ärger aller – in einem Polizeikessel auszusteigen. Die kärntner Polizei war wohl der irrigen Annahme, dass ein stundenlanger Kessel einen angemessenen Umgang mit einer angemeldeten Veranstaltung darstellte. Von zwei angezeigten Kundgebungen wurde eine gleich von vornherein untersagt – angeblich hatte die *Ulrichsberggemeinschaft*, die 2008 ihr 50-jährige Bestehen feierte, für ihren, ebenfalls als politische Kundgebung angemeldeten, Festakt gleich den ganzen Berg samt Zufahrtsstraßen und Wegnetz beansprucht.

Obwohl der Ulrichsbergweg, der von Karnburg/Krnski Grad aus zum Kollerwirt führt, für AntifaschistInnen geschlossen und von Dutzenden ExekutivbeamtInnen gesichert wurde, konnten sich trotzdem Kleingruppen über Umwege in den Wald durchschlagen und auf den Weg zur Zufahrtsstraße machen. Zeitweise gelang es den teilnehmenden AntifaschistInnen, diese Straße zu blockieren, und es

kann als Erfolg gewertet werden, dass die UlrichsbergfahrerInnen erneut und wie schon im Vorjahr zu spät zur Bergfeier gelangten. Der halbe Ulrichsberg war – wie bereits 2007 – mittels Verordnung zum polizeilichen Sperrgebiet erklärt worden und oft endete der Aufstieg mitten im Wald an einer Polizeiabsperrung mit einer Personenkontrolle, die mehrfach erfolgreich verweigert werden konnte.

Aufgrund des repressiven Vorgehens der PolizeibeamtInnen, der Festnahmen beim Kessel am Fuße des Berges und des von der Polizei gestreuten hartnäckigen Gerüchts, dass Neonazis in Kleingruppen ebenfalls im Wald unterwegs seien, um Jagd auf Antifas zu machen, kehrten viele AktivistInnen erschöpft zum Kessel zurück. Dort ließen sich die DemonstrantInnen um die Mittagszeit vor den Augen der verdutzten PolizistInnen Pizzen vom solidarischen Lieferservice direkt in den Kessel bringen.

Am späten Nachmittag wurden alle festgenommenen Personen aus dem Polizeigewahrsam entlassen. Für viele AntifaschistInnen brachte der Tag ein juristisches Nachspiel mit sich: An die fünfzehn Betroffene mussten sich in mehreren Instanzen wegen „Störung einer Versammlung“ strafrechtlich verantworten. Ein slowenischer Aktivist wurde wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ verurteilt. Relativ kurz nach den Protesten gegen das Ulrichsbergtreffen 2008 erhielten weiters an die 30 AntifaschistInnen, die im Zuge der Aktionen perlustriert oder festgenommen wurden, Verwaltungsstrafen wegen Übertretungen der Straßenverkehrsordnung („Gehen auf der falschen Straßenseite“) von den zuständigen Polizeistellen in Kärnten/Koroška.

Es schien so, als solle der Protest gegen den „kärntner Konsens“ mittels Repression mundtot gemacht und AktivistInnen von einer weiteren Teilnahme an den *Antifaschistischen Aktionstagen* abgehalten werden.[26]

Dies gelang nicht. 2009 und 2010 wurde erneut nach Kärnten/Koroška mobilisiert, wenn auch in kleinerem Rahmen und mit – so wie in den Jahren zuvor auch schon – teilweise personell veränderter Besetzung des *AK gegen den kärntner Konsens*.

26 Vgl. Dokumentation zu Repression auf www.u-berg.at/

2009: Feierstimmung!

Ende August 2009 wurde aufgrund der Recherchen eines Antifaschisten bekannt, dass der Obmann der *Ulrichsberggemeinschaft* Wolf Dieter Ressenig mit NS-Devotionalien im Internet gehandelt hatte, was vom *AK gegen den kärntner Konsens* durch eine Presseaussendung verbreitet wurde. Verteidigungsminister Norbert Darabos reagierte daraufhin prompt und untersagte mittels Weisung die Bundesheer-Unterstützung für das Ulrichsbergtreffen.[27] Ein paar Tage später verkündete die *Ulrichsberggemeinschaft* über eine Presseaussendung, dass aufgrund der fehlenden Unterstützung durch das Bundesheer sowie „interner Turbulenzen" die heurige Ulrichsbergfeier bis auf Weiteres abgesagt sei. Doch auch wenn der Ulrichsberg 2009 nicht soldatisch befeiert werden sollte, waren die Gründe, gegen SlowenInnenfeindlichkeit, kärntner Deutschtum oder die Absegnung revisionistischer Geschichtsbilder zu demonstrieren, nach wie vor vorhanden und so wurden die Aktionstage von Seiten des AK dennoch abgehalten. Allerdings konnte nur mehr eine recht geringe Anzahl von AntifaschistInnen nach Kärnten/Koroška mobilisiert werden.

Los ging es Freitagabend mit der schon vom Vorjahr bekannten „Goodbye Ulrichsberg – Refugees welcome"-Demo, die von einem Großaufgebot der Exekutive gleich zu Beginn eingekesselt wurde. Als vom Kessel aus zwei Farbeier auf die BZÖ-Zentrale geworfen wurden, kam es zur polizeilichen Auflösung der Demonstration und zur Festnahme einer Person durch die äußerst aggressiv vorgehende Polizei.

Der Infopoint in Klagenfurt/Celovec wurde auch 2009 wieder am Alten Platz errichtet, um die BewohnerInnen der Stadt, BesucherInnen, TouristInnen und angereiste AktivistInnen zu informieren und mit ihnen zu diskutieren.

In der Nacht von Freitag auf Samstag kam es zu einem antifaschistischen „Angriff" mit Steinen und Farbeiern gegen das FPÖ-Parteilokal in der Klagenfurter Innenstadt, was die Lokalpresse zum

27 www.u-berg.at/2009/ubgabsage09.htm

Anlass nahm, um in diversen Artikeln pauschal gegen „linke Demonstranten“ zu hetzen.[28]

Am Samstagnachmittag lud der *AK gegen den kärntner Konsens* erneut zum antifaschistischen Stadtspaziergang durch Klagenfurt/Celovec, an dem an die 60 Interessierte teilnahmen. Erstmals wurden auch der Umgang mit der früheren jüdischen Bevölkerung und der allgegenwärtige Antisemitismus breiter thematisiert.

Samstagabend begab sich die antifaschistische Feiergemeinde direkt vor den Kursaal in Krumpendorf/Kriva Vrba, um dort ausgelassen auf die erfolgreichen Proteste der letzten Jahre anzustoßen. Direkt am symbolträchtigen, und die letzten Jahre von der Polizei schwer bewachten, Ort fiel das Feiern besonders heiter und beschwingt aus und war für viele AktivistInnen, die alljährlich im Herbst nach Klagenfurt/Celovec gereist waren, eine besondere Genugtuung.

In den Nächten der *Antifaschistischen Aktionstage* schmückte ein *Kommando R.O.S.A.* revisionistische Denkmäler in Klagenfurt/Celovec wie z. B. die Stätte der kärntner Einheit oder das Kreuzbergl mit pinken Luftballons. Auch dem „Ehrenhain“ am Ulrichsberg selbst wurde ein Besuch abgestattet – wie die AktivistInnen des *Kommando R.O.S.A.* in die Kirchenruine selbst eingestiegen sind, bleibt wohl nicht nur den braunen KameradInnen ein Rätsel.

Naziprominenz am Berg

Weil die FPÖ und Neonazis via Internet zu einer Kranzniederlage im kleinen Kreis am Sonntag mobilisierten, beschloss auch der *AK gegen den kärntner Konsens*, noch einmal mit einer Demonstration direkt beim Kollerwirt Präsenz zu zeigen. Eine winzige Delegation der FPÖ zog mit polizeilicher Erlaubnis und einem Kranz unterm Arm quer durch die antifaschistische Kundgebung, die ein „Hoch die PartisanInnen“-Transparent über deren Weg gespannt hatte. Unerfreulicherweise versuchten Neonazis, die Kundgebung, die ihnen den Weg zum Ulrichsberg versperrte, anzugreifen. Unter den Angreifern befanden sich unter anderem Neonazigrößen wie Gottfried Küssel und Hans-Jörg Schimanek Jr..

28 www.kleinezeitung.at/

Vor Ort war weiters Benjamin Fertschai, Sohn eines hochrangigen Verfassungsschutzbeamten, in Militäruniform, weshalb er im Nachhinein vom Abwehramt, dem Inlandsnachrichtendienst des *Österreichischen Bundesheeres*, das dem „Eigenschutz“ des Heeres dient, eine Strafe in der Höhe von 250 Euro aufgebrummt bekam.[29]

Die Polizei hielt sich beim Angriff der Neonazis dezent im Hintergrund, durch das beherzte Einschreiten einiger AktivistInnen konnten Verletzungen auf Seiten der Antifas verhindert werden.

2010: Neuer Ort – neues Glück?

Auch 2010 planten unermüdliche AntifaschistInnen Proteste gegen das Ulrichsbergtreffen, dem das Bundesheer nach Weisung des Verteidigungsministers Norbert Darabos erneut fern blieb. Samstagvormittag wurde der altbewährte Infopoint am Alten Platz in Klagenfurt/Celovec eröffnet, danach gab es eine Demonstration durch die Stadt, die die kärntner Zustände an sich thematisierte.

Am Sonntag fand die Demo gegen das Ulrichsbergtreffen mit circa 50 Beteiligten in Maria Saal/Gospa Sveta beim Herzogsstuhl am Zollfeld am Fuße des Berges statt, wohin die Feier 2010 verlegt wurde. Der Herzogstuhl ist ein mittelalterliches Relikt und gleichzeitig eines der wichtigsten slowenischen Nationalsymbole, da es als ältestes Denkmal der slowenischen Eigenstaatlichkeit und Souveränität gilt. Außerdem marschierten dort nach 1945 regelmäßig ehemalige PartisanInnen auf und hielten Mahnwachen ab, was die deutschnationalen kärntner KriegsverliererInnen als besonders provozierend wahrgenommen haben müssen. Für die *Ulrichsberggemeinschaft* bedeutete die Verlegung der Feier inhaltlich eine Orientierung an einem sehr stark nationalistisch aufgeladenen Symbol, das unter allen Umständen „deutsch“ zu sein und zu bleiben hat.[30] Logistisch stellte die Verlegung der Feierlichkeit vor allem eine Vereinfachung von Organisation und Anreisemodalitäten dar.

Die Polizei untersagte die angemeldeten Kundgebungen und ging wieder einmal rigide gegen die anwesenden DemonstrantInnen

29 www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_07011/fnameorig_201192.html

30 http://at.indymedia.org/node/18923

vor. Außerdem wurden einige AntifaschistInnen sowie ein *Falter*-Journalist[31] unter den Augen der anwesenden Exekutive von rabiaten Neonazis der Traditionsfeier angegriffen. Erneut war es der Eigeninitiative der Beteiligten zu verdanken, dass alle nur mit einigen blauen Flecken davonkamen, und wenn angereiste AktivistInnen in Kärnten/Koroška etwas gelernt haben, dann vor allem, dass der Kritik am nationalen Schulterschluss auch mit körperlicher Gewalt begegnet wird und Selbstschutz vonnöten ist.

Widerstand im Haiderland – Wir sind der letzte Dreck in einem aufgeräumten Land![32]

Die Proteste gegen das Ulrichsbergtreffen sind längst nicht alles, was sich widerständige Menschen in den letzten Jahren einfallen haben lassen, um gegen den „kärntner Konsens" auf die Barrikaden zu gehen. Lokale Initiativen, soziale Kämpfe und direkte Aktionen finden auch in Kärnten/Koroška statt. Da eine umfassende Auflistung den Rahmen dieses Artikels sprengen würde, seien stellvertretend für viele andere ein paar wenige genannt.

Im September 2000 wurden im Rahmen einer Kunstaktion in Krumpendorf/Kriva Vrba mindestens zwei Ortstafeln entfernt, um an ihrer Stelle die plakative Botschaft „Krumpendorf ist ein Symbol!" zu hinterlassen. Diverse gefälschte BekennerInnenschreiben wurden von der Urheberin, der *Internationalen Klara Moser Gesellschaft*, in Umlauf gebracht und die Tafeln via öffentliche Ausschreibung zur Bearbeitung zur Verfügung gestellt.[33]

Im Oktober 2000 zog die *Kulturkarawane gegen Rechts* durch Kärnten/Koroška, um dem Ulrichsbergtreffen am 1. Oktober und der 80-Jahr-Feier der Volksabstimmung in Südkärnten am 10. Oktober ein deutliches „Nein!" entgegenzusetzen.[34] Auch ein Jahr später kam es am 10. Oktober 2002 erneut zu einer Kundgebung gegen den Landesfeiertag. Anfang Oktober 2003 flog ein Molotowcock-

31 *Falter* Printausgabe 38/10, Seite 9
32 http://u-berg.at/texte/widerstand.htm
33 www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt/184/184krumpendorf.htm, www.nadir.org/nadir/periodika/tatblatt/151krumpendorf.htm
34 www.no-racism.net/old/aufruhr_widerstand/kultkara/kultkara_prog.htm

tail gegen die Auslage der damaligen FPÖ-Zentrale „Jörg's Treff" in Klagenfurt/Celovec. Tage danach stürmte die Polizei ohne Durchsuchungsbefehl eine Wohnung unliebsamer PunkerInnen und nahm einige Personen fest, die in der Folge zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt wurden.

Im April und September 2004 demonstrierten hunderte Menschen gegen „Umweltzerstörung und Kommerzialisierung" in der Klagenfurter Innenstadt, um gegen den Bau eines Einkaufszentrums zu protestieren. Neben den Demos gab es außerdem mehrwöchige Parkbesetzungen sowie einen „Anschlag" der *Haschrebellen Klagenfurz* auf einen Bagger der Baustelle. Die Aktionen sorgten nach vielen Jahren der „Ignoranz" für die erste Erwähnung der linksradikalen Szene in Kärnten/Koroška im Verfassungsschutzbericht.[35]

2006 besetzten junge Leute aus Mangel an Räumen ohne Konsumzwang zwei alte Häuser am Kreuzbergl in Klagenfurt/Celovec und tauften sie *Bomba Clab*. Durch die Besetzung wurde bekannt, dass in den Häusern und auf der unmittelbar angrenzenden Wiese während der NS-Zeit eine Schießübungsstätte von Wehrmacht und (Waffen-) SS untergebracht war, in der auch Hinrichtungen von Deserteuren stattfanden. Ende August musste der *Bomba Clab* geräumt werden.[36]

2006 wurde erneut am 10. Oktober gegen den Landesfeiertag, Deutschnationalismus im Besonderen und gegen Kärnten/Koroška im Allgemeinen demonstriert.[37]

Im November 2007 erregte die Kundgebung einer Handvoll Antifas gegen die Vertreibung einer Romafamilie aus einem kleinen slowenischen Dorf vor dem slowenischen Konsulat in Klagenfurt/Celovec viel mediales Aufsehen und Panik bei der lokalen Polizei.

Als im Februar 2007 Jörg Haider in Griffen/Grebinj den „Freistaat Kärnten" ausrief, demonstrierten mitten drin einige unerschrockene AktivistInnen. Das BZÖ zeigte in der Folge einige der Akti-

35 www.bmi.gv.at/cms/bmi_verfassungsschutz/

36 http://bclab.awardspace.com/, http://de.indymedia.org/2006/05/147103.shtml

37 http://no-racism.net/article/1838/

vistInnen wegen „Herabwürdigung des Staates und seiner Symbole“ an.[38]

Zur 90-Jahr-Feier der Volksabstimmung am 10. Oktober 2010 wurde österreichweit groß mobilisiert, gekommen sind dennoch nur eine Handvoll AntifaschistInnen, die bis zu 15.000 TeilnehmerInnen der wohl größten deutschnationalen und offen rassistischen Kundgebung Österreichs gegenüber standen. Bei einem vom ORF österreichweit übertragenen Festumzug durch Klagenfurt/Celovec kam es zu Interventionen der AktivistInnen vor Ort und einigen Festnahmen durch die Polizei.[39]

Diese Aktionen und viele andere hier unerwähnte Kundgebungen, Demonstrationen, Kunstaktionen, Theaterstücke, Störversuche oder Flugblattverteilungen sind seit jeher kontinuierlich und rund ums Jahr unverzichtbarer Bestandteil der „Gegenöffentlichkeit“ im „anderen“, widerständigen Kärnten/Koroška.

Analyse, Kritik und wie weiter?

Viele AktivistInnen des *AK gegen den kärntner Konsens* waren am Ende der Aktionstage stets froh, wieder wegfahren zu können. Es darf in einer Nachbetrachtung daher nicht verschwiegen werden, dass ein Großteil der Planungs-, Recherche- und Vorbereitungstätigkeiten vom weit entfernten Wien bzw. von Graz ausging. Der viel besprochene „kärntner Konsens“ wurde daher von den nicht in Kärnten/Koroška geborenen bzw. aufgewachsenen und/oder lebenden AktivistInnen nur an diesem einen Wochenende im Jahr „erlebt“, was mitunter zu einer abgeklärten und leicht abgehobenen Sichtweise des AK beigetragen hat.

Der „Großstadtarroganz“ ist es vielleicht auch zuzuschreiben, dass viele Antifas aus Wien nie den Weg nach Klagenfurt/Celovec fanden, um an den Aktionstagen teilzunehmen. Und das, obwohl das Ulrichsbergtreffen getrost als das größte (Waffen-)SS-Veteranentreffen – mit wichtiger Scharnierfunktion zwischen Alt- und Neonazis und politischen Parteien aus dem In- und Ausland – in Österreich und vermutlich auch im gesamten deutschsprachigen Raum

38 http://no-racism.net/article/2078/
39 http://no10oktober.blogsport.de/

bezeichnet werden kann. Meist konnten trotz der weit gestreuten Infotouren (von Bern über Ljubljana bis nach Berlin) nicht mehr als 150 AktivistInnen aus Wien und den Bundesländern sowie vereinzelt Antifa-Gruppen aus Slowenien und Bayern mobilisiert werden. Jedes Jahr beteiligten sich immer mehr lokale AntifaschistInnen an den Vorbereitungen und trugen durch ihre Mitwirkung massiv zum Gelingen und zur Verankerung der *Antifaschistischen Aktionstage* vor Ort bei.

Die kaum vorhandene linke Infrastruktur und die Erwartungshaltung mancher angereister AktivistInnen, der *AK gegen den kärntner Konsens* würde für alle TeilnehmerInnen eine dreitägige Busreise samt zugehörigen Bequemlichkeiten organisieren, trugen sicherlich nicht zur vermehrten Beteiligung an den Aktionstagen bei. Kritik von angereisten Antifas zur unkomfortablen Unterbringung oder zu früh angesetzten Abfahrtszeiten des Busses ließen bei Teilen des AK manchmal das Gefühl aufkommen, mit ReiseleiterInnen verwechselt zu werden.

Zurück zum Beton?

Zwar versuchte der *AK gegen den kärntner Konsens*, den angereisten und lokalen AntifaschistInnen auf Austauschtreffen angestrebte Ziele sowie mögliche Herangehensweisen und Ideen zu den geplanten Aktionen zu vermitteln, doch aufgrund interner Hierarchien und vor allem des „schwierigen Geländes Ulrichsberg“ war die Beteiligung in taktischen Fragen für viele nicht zufriedenstellend und die Stimmung auf den nächtlichen Delegiertenplena eher gereizt.

Die Anreise zur Bergdemo Sonntagmorgen war aufgrund der schlechten Anbindung der Region an öffentliche Verkehrsmittel an eine gemeinsame Fahrt mit dem organisierten Reisebus gekoppelt, weswegen Spontanität und rasches Reagieren auf Veränderungen bei Polizei oder TeilnehmerInnen an den Ulrichsbergfeierlichkeiten kaum möglich waren, da im „Niemandsland“ am Fuße des Ulrichsberges (logischerweise) keinEr zurückgelassen werden wollte. Auch die Freiheiten der Bezugsgruppen waren – außer mensch verfügte über einen eigenen Pkw – wegen der zwingenden gemeinsamen An- und Abreise massiv eingeschränkt. Der AK war sich seiner Ver-

antwortung diesbezüglich bewusst und bemühte sich um mehrere Möglichkeiten der Partizipation, sodass auch Menschen, die aus Fitnessgründen oder aufgrund körperlicher Einschränkungen nicht den *Run* auf den Berg starten konnten oder wollten, nicht von vornherein ausgeschlossen wurden.

Untypisch für antifaschistische Gruppen war über all die Jahre eine sehr hohe Frauen*beteiligung im *AK gegen den kärntner Konsens*, was sich auch bei den TeilnehmerInnen der Aktionstage widerspiegelte, da im Vergleich zu anderen Antifa-Zusammenhängen verhältnismäßig viele Frauen* an den Protesten teilnahmen. Vielleicht lässt sich die eher zurückgehende Präsenz von männlichen Antifas damit erklären, dass (fälschlicherweise) angenommen wurde, dass actionorientiert „nix gegangen ist", und mann daher beschloss, im nächsten Jahr zu Hause zu bleiben.

Zu kurz kam in den Analysen rund um das soldatische Gedenken leider oft der antimilitaristische Aspekt und die Forderung nach einer gänzlichen Abschaffung der Institution Bundesheer.

Am Berg selbst waren AktivistInnen des *AK gegen den kärntner Konsens* alljährlich unerkannterweise unterwegs, zum einen um recherchetechnisch am Laufenden zu bleiben und zum anderen um fehlende kritische Berichterstattung in der medialen Darstellung der Ulrichsbergfeier zu ergänzen. Analysen, Dokumentationen, transkribierte Reden und Fotos der braunen Traditionspflege, die sich über die Jahre ansammelten, sind gut aufbereitet auf www.u-berg.at/ nachzulesen.

Da es seit der Untersagung der Teilnahme des Bundesheeres am Ulrichsberg, was definitiv als Erfolg verbucht werden kann, rund um den *AK gegen den kärntner Konsens* aktionistisch ruhiger geworden ist, konnten auch Ressourcen neu gebündelt und das vorliegende Buch bewerkstelligt werden. Zwar ist zum Entstehungszeitpunkt der vorliegenden Publikation weder abzusehen, ob es 2011 ein Ulrichsbergtreffen geben wird, noch ob *Antifaschistische Aktionstage* dagegen organisiert werden. Klar ist vielmehr, dass – solange revisionistische Geschichtspolitik, antislowenische Ressentiments oder alltagsrassistische Diskriminierungen auch in Kärnten/Koroška nicht aus der Welt geschafft sind – mit Widerstand zu rechnen sein wird.

Auch oder gerade in Kärnten/Koroška!

MATHIAS LICHTENWAGNER

Bundesheer im Rückzugsgefecht

Parlamentarische und öffentliche Debatte zur Traditionspflege des Bundesheeres am Ulrichsberg

Im Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen: Bundesheer, Wehrmacht und (Waffen-)SS* wurde versucht aufzuzeigen, welche Gründe sich für das bis zuletzt enge Verhältnis von Bundesheer/BH bzw. Verteidigungsministerium/BM.LV und *Ulrichsberggemeinschaft*/UBG ausmachen lassen. Es konnte gezeigt werden, dass die Entstehung des Bundesheeres im Nachkriegsösterreich mit wesentlicher Beteiligung von Wehrmachtspersonal und -Know-how stattgefunden hat und bis heute – mal offen, mal versteckt – positive Rückbezüge geäußert werden. In diesem Artikel soll analysiert werden, wie das Bundesheer und das Verteidigungsministerium mit diesem Erbe umgehen: Wieder dient der Ulrichsberg zugleich als Ausgangspunkt als auch als prägnantestes Beispiel. Dazu wird anhand von öffentlich-medialen und parlamentarischen Materialien ein Meinungswandel nachgezeichnet, der für den AK insofern von besonderem Interesse ist, als er diese Debatten aktiv begleitet hat.

Die Unterstützung, die der UBG von Seiten des BH und des BM.LV zuteilwird, lässt sich in drei Komponenten teilen. Erstens stellt die Unterstützung der Feier eine Form von militärischer Traditionspflege dar. Zweitens ist sie eine politische Unterstützung für die UBG und ihre Mitgliedsorganisationen. Drittens hat das BH in Kärnten/Koroška ebenso wie das BM.LV in Wien Inhalte, Positionen und Geschichtsbilder der UBG und der in ihr organisierten Täter übernommen.

Traditionspflege

Kranzablage, Ehrenwache, Konzert der Militärkapelle, militärische Abmeldung beim Ranghöchsten, Mitführung der BH-Verbandsfahnen und Aufziehen der österreichischen Flagge samt Adler – all das gehört zum Repertoire einer militärischen Feier. Die Unterstützung, die die Feierlichkeiten am Ulrichsberg durch das BH er-

fahren – vgl. dazu den *Zahlen und Fakten*-Artikel sowie den Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldatengenerationen* –, stellt ein klassisches Beispiel von militärischer Traditionspflege dar, die seit der ersten Feier 1958/59 stattfindet. Militärische Traditionspflege meint in Österreich die Bezugnahme einer militärischen Einheit auf Vorgänger-Einheiten oder Kriegsschauplätze/„Schlachten", im weiteren Sinne auch militärische Bräuche, Uniformen, Abzeichen, Fahnen etc.

> „So verfügt auch das Militär als Institution über zahlreiche ethische Werte und reichhaltiges Brauchtum. Ohne Besinnung auf diese Tradition wird eine Armee zum willfährigen Söldnerhaufen und verliert damit ihre Legitimation [...]. Greift nun eine Armee auf ihre Tradition zurück, indem sie bewußt an ihrer Wehrgeschichte anknüpft und deren Symbole, in welcher Art immer, übernimmt, dann spricht man von militärischer Traditionspflege." (Urrisk 1997, 9)

Welche Einheiten oder Kriegsschauplätze eine Traditionspflege des *Österreichischen Bundesheeres* begründen können, definiert das Verteidigungsministerium per Erlass. Ein solcher wurde erstmals 1967 verlautbart, relevant ist der letzte von 2010. In den letzten drei Erlässen (2001, 2006, 2010) gab es keine inhaltlichen oder vergangenheitspolitisch relevanten Änderungen (Anordnung 2001, Anordnung 2010). Bei den möglichen Verbänden und Schlachten handelt es sich vor allem ausschließlich um solche vor oder während des Ersten Weltkrieges. Ergebnis dieser zentral gesteuerten Traditionspflege sind lange Tabellen mit – wohl nicht nur dem/der militärhistorischen LaiIn unbekannten – militärhistorischen Daten. Das *Kärntner Jägerbataillon 25* hat als wenig ansprechenden Gedenktag den 5. August 1716, den Tag der Schlacht bei Peterwardein in Serbien während der Türkenkriege (vgl. ebd., 38). Es ist also nicht weiter verwunderlich, dass diese Einheit insgeheim lieber Anleihe am „legendären Narvik-Unternehmen" des Wehrmachts-*Gebirgsjägerregiments 139* nimmt (Festschrift 2006, 25). Ein Bezug auf Einheiten der Wehrmacht oder „Schlachten" während des Zweiten Weltkrieges ist zwar offiziell nicht vorgesehen (Anordnung 2001, 602), findet nichtsdestotrotz statt. Außerhalb der militärhistorischen Forschung werden daher auch nicht-erlaubte, inoffizielle Bezugnahmen im Sinne einer „Traditionspflege" untersucht (etwa Rettl 2002, 113). Die Frage nach Bundesheer-interner

rechtlicher Deckung ist dabei von geringem Interesse, sie wird im Folgenden aber genauso herangezogen wie etwa entsprechende Bestimmungen im *Staatsvertrag* und der Bundesverfassung.

Politische Unterstützung

Die UBG hält in ihrer offiziellen Dokumentation an mehreren Stellen fest, wie eminent wichtig die Unterstützung des BH für die Etablierung der Feier war – und auch in den Jahren danach unabdingbar: „[D]ie bisherige Unterstützung und Teilnahme des Österreichischen Bundesheeres [muss] unbedingt gesichert werden, da nur so die Ulrichsbergfeier durchgeführt werden könne." (Rencher 1999, 57) Dabei ging es einerseits um Equipment, das die UBG in den 1960ern wohl einfach nicht hatte, sowie um Rekruten als billige Arbeitskräfte beim Anlegen der Straßen und der Bergkuppe; auch die Gewährung dieser Hilfe ist schon politisch. Viel gravierender ist aber die inhaltliche Komponente: Teilnahme von Militärkommandanten und Verteidigungsministern, zahlreiche Festreden durch diese, Abspulen der militärischen Bräuche wie „Abmelden", Kranzablage und Ehrenwache vor dem Ulrichsbergpublikum stellen eine ideelle und zutiefst politische Solidaritätsbekundung und Unterstützung dar. Bei der Weihe der Gedenkstätte im Mai 1959 nahmen bereits mehrere Bundesheer-Abordnungen aus Kärnten/Koroška teil, die überhaupt erste Festrede hielt nicht zufällig der erste Militärkommandant des Bundeslandes (vgl. ebd., 27, 31). Mehrere hochrangige Offiziere waren seit Beginn in der UBG aktiv, engagierten sich im UBG-Vorstand und hielten den Kontakt in die Lendorf/Dhovše-Kaserne und nach Wien. Es wundert daher kaum, dass in 50 Jahren sechsmal ein Verteidigungsminister die Festrede hielt, viermal ein Militärkommandant (vgl. ebd., 178; Fanta/Sima 2003, 94 f.). Dazu kommen diverse verlesene Grußbotschaften und finanzielle Zuwendungen (vgl. Rencher 1999, 103, 109). Die Unterstützung durch das BH war für die UBG von substantieller Bedeutung: Sie garantierte den Brückenschlag von Soldaten der Wehrmacht zu Soldaten der Zweiten Republik, sorgte für die politische und rechtliche Rückendeckung und stellte nicht zuletzt ein halbes Jahrhundert gratis Arbeitskräfte, Gardesoldaten, Material und Know-how zur Verfügung.

Die wesentlichste Funktion der Beteiligung des Bundesheeres ist dabei jene der Immunisierung der Ulrichsbergtreffen vor Kritik. Die teilnehmenden Organisationen entwickelten ein argumentatives Rad der gegenseitiger Rückversicherung: Das BM.LV verteidigt seine Teilnahme mit den anwesenden „Bundes-, Landes- und Gemeindepolitikern" (1923/AB 1995, 3), das kärntner Bundesheer mit der Teilnahme des Ministers und von Priestern, die Landespolitik mit der Anwesenheit der Kirche, der Bundespolitik und des Bundesheeres usw. Nutznießerin ist die UBG, die all diese Teilnahmen als Legitimation und zur Kritikabwehr gebrauchen kann (Rencher 1999, 93, 104). Dieses Rad umfasst längst nicht nur die politische Sphäre, sondern auch Exekutive und Judikative. 2008 stellte die Staatsanwaltschaft Klagenfurt/Celovec etwa ein Verfahren ein,

> „weil nach den Statuten der Ulrichsberggemeinschaft, den daraus zu ersehenden Vereinszielen sowie der stets unter Beteiligung prominenter Vertreter des politischen, öffentlichen und kirchlichen Lebens [...] ein verbotsgesetzwidriges Verhalten per se nicht angenommen werden kann. [...] Ein solcher Nachweis ist auch angesichts der bereits erwähnten Teilnahme hochrangiger Funktionsträger aus Politik, Kirche und Heer bei den jährlichen Treffen nicht zu erbringen. [...] [Weshalb] man davon ausgeht, dass es Ziel der Ulrichsberggemeinschaft ist, Menschen im Geiste der Toleranz, der Freiheit und der Achtung des Mitmenschen zusammenzuführen, der Opfer der Kriege zu gedenken sowie den Europagedanken zu fördern und zu vertiefen". (Staatsanwaltschaft 2008, 1-2)

Positionsübernahmen

Sowohl das kärntner BH als auch das BM.LV haben Inhalte der UBG übernommen, wie bereits im Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen* gezeigt werden konnte. Die übernommenen Inhalte erstrecken sich von der Position, die die TäterInnen bezüglich des Kriegsgeschehens und der „Leistungen" einnehmen, bis zu deren Sichtweise von PartisanInnen und „Banden", Heimkehr usw. Zu unterstreichen ist, dass auch das BM.LV Argumente der UBG bereitwillig übernahm und -nimmt. Über Jahre wurde vom Verteidigungsminister wiederholt, was als Verteidigungsstrategie von

der UBG vorgekaut wurde: Das Motto der Feier sei „Nie wieder Krieg“ und diene „dem Europa-Gedanken“, sogar der „europäischen Integrationsidee“. Es war dem BM.LV nicht einmal zu peinlich, auf mehrere „Offene Briefe“ des AK inklusive ausführlicher Dokumentationen über Reden, Tafeln und TeilnehmerInnen am Ulrichsbergtreffen dem AK mit derselben Handvoll von UBG-Argumenten zu antworten. Unter der Geschäftszahl S90323/975-KBM/2007 erhielten wir folgende Klarstellung:

> „Das Ulrichsbergtreffen ist eine Veranstaltung, die unter dem Motto ‚Nie wieder Krieg‘ steht. [...]. Sowohl das errichtete Heimkehrerkreuz, als auch die Veranstaltung am Ulrichsberg sollen, vor allem für zukünftige Generationen, als Mahnmal gegen die Gräuel des Krieges dienen. [...] Abschließend darf ich Ihnen noch versichern, dass es im Österreichischen Bundesheer keinen Platz für Sympathie-Bekundungen für das nationalsozialistische Gedankengut gibt.“

Very convincing. Zuletzt wiederholte Minister Norbert Darabos 2008 diese Leier vom „[...] Gedenken an die Gefallenen und Opfer aller Kriege im Mittelpunkt, [...] offizielle Botschaft lautet: ‚Nie wieder Krieg‘.“ (3685/AB 2008, 4) Dabei wäre interessant, wie die Kommunikation dabei funktioniert: Fragt das Ministerium bei der UBG nach, was die aktuell anzuwendende Argumentation ist, oder fungiert das Militärkommando Kärnten/Koroška dabei als Zwischenschritt oder aber ist das Bundesministerium nach 15 Jahren Anfragebeantwortungen zum Thema Ulrichsberg inhaltlich so versiert, dass eine Rückversicherung in Kärnten/Koroška gar nicht mehr nötig ist? Jedenfalls scheint der Draht abgerissen oder gekappt worden zu sein, an welcher Stelle bleibt offen. Tatsache ist, dass das BM.LV die UBG nicht weiter unterstützt, die durch die jahrzehntelange Zusammenarbeit entstandene Positionierung aber nie widerrufen hat. Minister Darabos baut das Ulrichsberg-Verbot zwar gern in Reden und Aussendungen ein, eine inhaltliche Gegenposition zum Treffen oder seinen früher getätigten Verteidigungen der Teilnahme des BH nimmt er dabei aber nicht ein (BM.LV 2009a+b, 1; BM.LV 2010a, 1; BM.LV 2011a+b; Protokoll 2010, 220). Dies, zusammen mit den NS-Devotionalien

des UBG-Obmanns[1] als offizielle Verbotsbegründung, lässt nicht den Schluss zu, dass im BM.LV wirklich ein Umdenken stattgefunden hat. Über Jahrzehnte getätigte Aussagen über „Nie wieder Krieg“, das Europa der SS und der Vaterländer, zu Pflichterfüllung und Eidtreue, Verteidigung der „Heimat“ am Nordmeer und in Afrika und die hohe Integrität der UBG bedürfen einer Relativierung durch das BM.LV. Wie bereits ausgeführt wurde, zeigt sich die jenseitige Traditionspflege aber nicht nur während der jährlichen Ulrichsbergfeier, sondern betrifft auch die kärntner Gebirgsjägereinheiten ganzjährig: Auch hier fand und findet eine Abgrenzung zur Wehrmacht nur sehr mangelhaft statt, sowohl was Bezüge zu einzelnen Wehrmachtssoldaten anbelangt als auch solche zu Einheiten der Wehrmacht. So fiel es den kärntner Gebirgsjäger-Verbänden sowohl direkt nach der Aufstellung als auch bis in die jüngste Vergangenheit schwer, ihre Vorbilder nicht in den Gebirgsjägern der Wehrmacht und (Waffen-)SS zu suchen (vgl. Artikel *Brückenschlag zwischen den Soldaten-Generationen*).

Analyse und Kritik

Diese Traditionspflege zog über die Jahrzehnte unterschiedliche Kritiken auf sich. Zwischen 1945 und 1955 war es der *Alliierte Rat*, danach waren es über Jahrzehnte nur kritische sowie kommunistische Medien, die die Genese des Bundesheeres ebenso wie deren Teilnahme am Ulrichsbergtreffen anprangerten. Dem sowjetischen Generalkonsul, der 1978 das Treffen an sich und die Bundesheerteilnahme im Besonderen kritisierte, folgte 1983 die *Österreichische Gewerkschaftsjugend*, 1985 die *Vereinigung demokratischer Soldaten Österreichs*. 1995 erreichten die kritischen Stimmen aufgrund der Festrede des Verteidigungsministers Fasslabend einen Höhepunkt: Mehrere Zeitungen, politische Gruppen, Parteien, Universitätsvertretungen etc. kritisierten dessen Teilnahme (vgl. Rencher 1999, 78, 97, 115, 156) und auch im Parlament wurden zwei Dringliche Anfragen an den Minister gestellt.

1 Vgl. den Artikel *Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen*

Die Entstehung einer Freundschaft: AK und BH

In den ersten Jahren der Arbeit des AK hatte die Unterstützung der UBG durch das Bundesheer geringe Bedeutung, galt es doch, die Teilnahme von einerseits Neonazi-Gruppen und andererseits Wehrmachts- und (Waffen-)SS-Verbänden zu thematisieren. Die fehlende kritische Öffentlichkeit in Kärnten/Koroška als auch das Desinteresse der landesweiten Medien an neuen und alten Nazis ließen es nach den ersten Jahren der Proteste als unwahrscheinlich erscheinen, durch die Thematisierung und Skandalisierung von Inhalten und Personen ein Ende des Ulrichsbergtreffen herbeiführen zu können. Im September 2006 wurde versucht, Kontakt zu Abgeordneten der Oppositionsparteien SPÖ und *Grüne* aufzubauen.[2] Seither gelang es durch Serien von Parlamentarischen Anfragen, gestellt von *Grünen* Abgeordneten, die sich auf Recherchearbeiten des AK stützten, das Justiz- und das Innenministerium, vor allem aber das BM.LV unter Druck zu setzen.

Anfragebeantwortungen im Spiegel der Zeit

Die Periode, in der das Ulrichsbergtreffen Gegenstand Parlamentarischer Anfragen war, spannt sich über knapp 20 Jahre und beinhaltet vier verschiedene Verteidigungsminister aus drei Parteien.[3] Die Strategien der Beantwortung haben sich dabei kaum gewandelt, sehr wohl aber deren politischer Gehalt und historische Implikationen.

Bei der Feier am Ulrichsberg am 1. Oktober 1995 hielt Verteidigungsminister Werner Fasslabend die Festrede. Eigentlich war dies schon für 1994 geplant gewesen, das Wetter verhinderte aber den Hinflug. Nach der Feier wurde der Minister am 11. Oktober 1995 befragt, ob er die Aufwertung der Veranstaltung durch seine Person mit der Ausrichtung und dem Image des Bundesheeres für vereinbar hält, zumal das Treffen ein „Treffpunkt der rechtsextremis-

2 *Grüne*: Karl Öllinger, Albert Steinhauser, Wolfgang Zinggl. SPÖ: Johann Maier, Hannes Jarolim und andere. Die drei *Grünen* Abgeordneten meldeten sich, die SP-Abgeordneten nicht.

3 Werner Fasslabend, ÖVP, 1990-2000; Herbert Scheibner, FPÖ, 2000-2003; Günther Platter, ÖVP, 2003-2007; seit 2007 Norbert Darabos, SPÖ

tischen Szene“ ist und daran auch die „berüchtigte Kameradschaft IV und Angehörige anderer SS-Verbände“ teilnehmen (1991/J: 1995, 1). Dieser bezeichnete die Anfrage als „polemisch“, merkte weiters an, dass schon Amtsvorgänger an der Feier teilnahmen, die Feier behördlich nicht verboten sei und kein Schaden für das BH entstehe (1927/AB: 1995, 1). Die Beantwortung des Verteidigungsministers gibt weiters über die Kontakte der UBG Aufschluss: Fasslabend wurde vom Obmann der UBG mündlich eingeladen und die Einladung mehrmals bekräftigt, unter anderem vom kärntner Landeshauptmann und Dritten Präsidenten des Kärntner Landtages (vgl. 1927/AB: 1995, 1-2). Die Rückendeckung der Bundespolitik für das Treffen war zu diesem Zeitpunkt also noch voll gegeben: Der Verweis auf anwesende VertreterInnen von Kirche und Lokalpolitik reichte aus, um die symbolischen Problematiken zu entkräften, die Nicht-Untersagung der Veranstaltung durch die Polizei gereichte als Antwort auf den Vorwurf der Nähe zur „rechtsextremistischen Szene“. Die Tatsache, dass er seine Festrede vor Neonazis und der SS-Kameradschaft hielt, leugnete Fasslabend nicht einmal. Inhaltlich fällt auf, dass Fasslabend noch nicht den „Europa-Gedanken“ in das Argumentationsrepertoire aufnahm; während die UBG schon Jahre vor dem EU-Anschluss 1995 auf die Europa-Karte setzte, war der ÖVP, die sich gerade erst für den EU-Beitritt verbürgt hatte, wohl noch nicht klar, was die EU mit Soldatengedenken zu tun haben sollte – zu Recht. Bevor Fasslabend wegen seiner Ulrichsberg-Rede angegriffen wurde, spielte das Gedenken am Ulrichsberg fast ausschließlich im Zusammenhang mit dem Aufstieg Jörg Haiders eine Rolle. Galt es, Haiders Kokettieren mit der extremen Rechten zu skandalisieren, griffen auch SPÖ und ÖVP das Gedenken am Berg an: Formulierungen wie „am Kärntner Ulrichsberg [...] beim alljährlichen Treffen der alten Wehrmachts- und SS-Kameraden“ in einer 1991 von ÖVP und SPÖ gestellten Dringlichen Anfrage sind erstaunlich direkt im Vergleich zu späteren Lobliedern von Friede, Europa und Handreichung am Ulrichsberg (1282/J 1991). Der Haider-Fokus blieb: In den Jahren nach der Anfrage 1995 spielt das Treffen kaum eine Rolle, sondern hauptsächlich die Inhalte der Festreden Jörg Haiders 1985 und 1990. Eine 1998 gestellte Anfrage an den Innenminister betreffend die staatspolizeiliche Überwachung der Ulrichsberg-TeilnehmerInnen von Her-

bert Haupt, selbst Förderer des Ulrichsberges und Festredner, führt – als weiteres Beispiel für die selektive Wahrnehmung des Treffens – in der Beantwortung zu einer überraschend umfassenden Charakterisierung der Ulrichsbergfeier: So wird darin ohne Umschweife bestätigt, dass „Angehörige der ehemaligen Waffen-SS aus dem In- und Ausland", „bekannte Rechtsextremisten und sogenannte [sic!] Revisionisten" und „Exponenten der rechtsextremen Szene aus dem In- und Ausland" an der Feier teilnehmen (4740/AB: 1998, 1).

Input durch den AK

2006 gelang es dem AK, sich in die Erarbeitung von Anfragen einzubringen, Ergebnis sind Anfragen mit hohem Recherchehintergrund an das Justiz-, Innen- und Verteidigungsministerium. Dabei ist auffällig, dass sich in diesen die Kritikebenen kaum von jenen der Anfrage von 1995 – die dem AK zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt waren – unterscheiden. Es wird nach dem Ansehen im Ausland und den Bestimmungen des *Staatsvertrages* gefragt und die Teilnahme von Neonazis sowie von Angehörigen der Wehrmacht und (Waffen-) SS skandalisiert. Zwei neue Ebenen stellten die logistische Unterstützung durch das Bundesheer und die Gedenktafeln im „Ehrenhain" dar, die sich jeweils direkt aus den Grundlagen-Recherchen des AK ergaben. Die Anfragebeantwortung auf die erste Anfrage 2006 lässt bereits einen Bruch mit früheren Positionen erkennen: Die Frage nach der Teilnahme ehemaliger SS-Soldaten und dem Vorhandensein von Gedenktafeln von Wehrmachts- und SS-Einheiten sowie der *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger* umgeht Minister Günther Platter mit dem Hinweis, dass diese Fragen nicht dem parlamentarischen Fragerecht unterliegen würden. Auch die Fragen nach der Beziehung des BH zur *Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger* und nach den „hochrangigen Angehörigen des Bundesheers", die in dieser Mitglied sind, beantwortet der Minister mit dem gleichen – unzulässigen – Verweis (4583/AB: 2006, 2). Die „finanzielle und logistische Unterstützung [...] des Ulrichsbergtreffens" wird vom Ministerium geleugnet (4583/AB: 2006, 2), viele konkrete Fragen mit dem „Verweis auf einleitenden Ausführungen" umgangen, womit sich weitere Widersprüche ergeben. Den „einleitenden Ausführungen" ist nämlich zu entnehmen, dass

> „das Leitmotiv der Traditionspflege im Bundesheer – auch im Sinne des Erlasses […] ‚Anordnung für die Traditionspflege im Bundesheer' – […] auf die demokratische pluralistische Gesellschaftsordnung ausgelegt [ist]. Damit ist auch verbunden, all jenen Personen mit einem Bezug zum österreichischen Bundesheer Ehre und Respekt zu erweisen, die durch ehrenhaftes Handeln für diese Werte eingetreten sind, oder – im Extremfall – sogar ihr Leben gelassen haben, sei es, dass sie gefallen oder Opfer des nationalsozialistischen Regimes geworden sind." (4583/AB: 2006, 1)

Die Implikationen dieser Ausführung sind weitreichend, zumal durch den Rück-„Verweis" Antworten auf die Frage nach dem Verhältnis von Bundesheer zu (Waffen-)SS-Einheiten gegeben werden sollen. Was Minister Platter mit dem Verweis auf den Traditionspflegeerlass rechtfertigt – das Gedenken an Soldaten von Wehrmacht, (Waffen-)SS und anderen Verbänden des „Dritten Reiches" – ist gerade dort explizit ausgeschlossen:

> „Eine Teilnahme von Soldaten des Bundesheeres in Uniform […] an Veranstaltungen solcher Vereine [Rückbezug auf: „Vereine oder Verbände von Truppen oder Truppenteile der ehemaligen Deutschen Wehrmacht sowie anderer Organisationen von Staat und Partei des Dritten Reiches"] ist ebenfalls untersagt." (Traditionspflege-Anordnung: 2001, 602)

Weiters bleibt offen, welche Toten „mit einem Bezug zum österreichischen Bundesheer" gemeint sind, deren „ehrenhafte[m] Handeln" „Ehre und Respekt" gezollt werden soll, wenn nicht die Soldaten von Wehrmacht, Freiwilligen-SS und (Waffen-)SS, denen das Gedenken an der Heimkehrergedenkstätte gilt. Auch die Formulierung „gefallen oder Opfer des nationalsozialistischen Regimes" stellt eine beliebte Methode zur TäterInnen-Opfer-Umkehr dar: Österreichische TäterInnen werden im Handstreich zu Opfern des „Dritten Reichs". Was Platter damit bewusst oder unbewusst übernahm, ist die Argumentation von Soldatenverbänden und UBG, die es vermochten, sich als Opfer der Alliierten, der Justiz und des „Dritten Reichs" zu gerieren (vgl. dazu Fanta/Sima 2003, 55 f.). Platters Position stellt aber insofern einen Bruch dar, als die Teilnahme am Ulrichsbergtreffen sowie dessen Unterstützung durch das BH nicht mehr inhaltlich verteidigt, sondern teils mit dem Verweis auf die Geschäftsordnung des Parla-

ments abgeblockt und teils geleugnet wird. Die zitierten „einleitenden Ausführungen“ stellen den letzten Versuch einer allgemeinen inhaltlichen Rechtfertigung dar, stehen de facto aber im Widerspruch zu den Bestimmungen der eigenen Traditionspflege-Anordnung.

Einen eigenen Komplex bildet die Frage nach den Gedenktafeln im „Ehrenhain“, die das Bundesheer-Emblem zeigen. Dem § 7 – *Bestimmung grundsätzlicher militärischer Angelegenheiten* – des Wehrgesetzes (WG 2001) wurde 2005 folgende Ziffer 4 beigefügt:

> „Das militärische Hoheitszeichen dient der Kennzeichnung militärischer Sachgüter. Es darf auch von Personen und Dienststellen, die mit der Vollziehung militärischer Angelegenheiten betraut sind, in Ausübung dienstlicher Funktionen geführt werden. Darüber hinaus darf der Bundesminister für Landesverteidigung das Führen dieses Hoheitszeichens erlauben, wenn und solange es militärische Interessen erfordern. Diese Erlaubnis kann aus militärischen Rücksichten mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden. Der Bundesminister für Landesverteidigung hat die Gestaltung des militärischen Hoheitszeichens durch Verordnung näher zu bestimmen.“ (WRÄG 2005, 2)

Spätestens durch diese Gesetzesänderung sind aus Sicht des AK die beiden Bundesheer-Embleme im „Ehrenhain“ illegal. Konkrete Fragen, etwa nach Untersuchungen zur Urheberschaft, wurden von Platter mit dem Verweis auf „einleitende Ausführungen“ verweigert. Die Tatsache, dass sie auch 2011 unverändert hängen, deutet darauf hin, dass das kärntner Militärkommando oder das Ministerium bei der Errichtung beteiligt war. Die parallel eingebrachten Anfragen an das Justiz- und Innenministerium ergaben im Unterschied zu den Platter-Anfragen brauchbare Antworten. So bestätigte das Innenministerium, dass „einige Gedenktafeln am Ulrichsberg [...] auf verschiedene Einheiten der ehemaligen deutschen Wehrmacht und der SS hin[weisen]“, dass „an der Ulrichsbergfeier [...] Angehörige der Kameradschaft IV“ teilnehmen sowie Teilnehmer mehrmals gegen das Abzeichenverbot verstoßen haben. (4553/AB: 2006, 1-2) So weit, so gut.

Minister Darabos und Mittenwald als Nebenfront

2007 folgte Norbert Darabos – SPÖ-Abgeordneter, Politikwissenschaftler und Historiker, Zivildiener, ehemaliger SJ-Funktionär und als solcher Aktivist für die Minderheitenrechte der BurgenlandkroatInnen – als Verteidigungsminister. Folglich boten sich für eine inhaltliche Auseinandersetzung weit bessere Voraussetzungen als beim konservativen Traditionalisten Minister Platter oder gar beim rechtskonservativen Minister Herbert Scheibner. Es gelang in den Folgejahren, jeweils im Frühjahr eine Anfrage zu Bundesheer–Mittenwald[4] gefolgt von einer im Sommer zu Bundesheer–Ulrichsberg zu stellen, was es dem Ministerium zunehmend verunmöglichte, eine Teilnahme am Ulrichsberg zu rechtfertigen. Die Thematisierung der Teilnahme von Bundesheer-Angehörigen am Gebirgsjägertreffen in Mittenwald, eingeleitet 2004 durch den SPÖ-Mandatar Johann Maier, ermöglichte die Eröffnung einer Nebenfront: Der noch frische Minister untersagte im Mai 2007 die Teilnahme von Bundesheer-Angehörigen an der Mittenwald-Feier. Mehrere hochrangige Offiziere, darunter Josef Puntigam, Erwin Konzett und Michael Lasser[5], ignorierten die Anweisung, nahmen am 27. Juli 2007 trotzdem teils in Uniform an der Feier teil, wurden namentlich als Repräsentanten des BH begrüßt und legten Kränze ab. In der Anfragebeantwortung im September rechtfertigt Darabos dies damit, dass der sich seiner Weisung widersetzende Oberst Michael Lasser „zur Führung von Fachgesprächen mit Repräsentanten der europäischen Gebirgsschulen“ teilnahm, alle anderen Offiziere hingegen privat teilgenommen hätten, und ließ damit unkommentiert, dass diese namentlich und als österreichische Repräsentanten begrüßt wurden und als solche Kränze niederlegten (1221/AB: 2007, 1). Darabos beantwortete auch andere Fragen – etwa jene nach der Publikationstätigkeit von Bundesheerangehörigen im antisemitischen und rechtsextremen[6] Grazer Stocker-Verlag – nicht bzw.

4 Vgl. den Artikel *Der „Kameradenkreis der Gebirgstruppe“*

5 Vgl. Parlamentarische Anfrage 1130/J, XXIII.GP, Dr. Wolfgang Zinggl, 4.7.2007: „Traditionspflege des österreichischen Bundesheeres in Mittenwald und am Ulrichsberg“, S. 1

6 Vgl. „Alle Klagen des Leopold-Stocker-Verlags abgewiesen“. In: no-racism.net/article/1588/ (25.1.2011, Screenshot im Archiv des Autors). Vgl. ebenso „Stellungnahme des DÖW zum Leopold Stocker Verlag“ unter

unrichtig (ebd., 2). Was die Antworten zum Ulrichsberg anbelangt, ist davon auszugehen, dass Darabos kaum Einfluss auf die Beantwortung nehmen konnte, die Anfrage also von denselben KabinettsmitarbeiterInnen beantwortet wurde, die dies auch schon für Platter getan hatten. Bei der Beantwortung wurden jedenfalls ganze Textblöcke aus den oben zitierten „einleitenden Ausführungen“ von Minister Platter übernommen, insgesamt mehr als eine halbe Seite (4583/AB: 2006, 1, 1221/AB: 2007, 2). Zwei Beistriche wurden – orthografisch völlig richtig – verändert, die Position zum Ulrichsbergtreffen änderte sich hingegen nicht. Zum *copy and paste* der UBG-Inhalte trat also auch noch ein Recycling der Argumentation des Amtsvorgängers. Durch die Löschungen und Ergänzungen der restlichen Textbausteine lassen sich aber Unterschiede in der inhaltlichen Akzentuierung erkennen: So geht die Darabos’sche Version ausführlicher auf den Traditionserlass ein und gibt diesen nahezu unverändert wieder (1221/AB: 2007, 2). Da diese Ausführungen als Antworten auf die Fragen nach dem Zusammenwirken von Wehrmacht und (Waffen-)SS-Einheiten mit Bundesheer-Angehörigen dienen, stellt Darabos – bzw. sein Kabinett – selbst eine Verbindung zwischen Wehrmachts- bzw. (Waffen-) SS-Gedenken und Traditionserlass her, zieht aber – noch – keine Konsequenzen. Außerdem bestätigt Darabos in der Anfrage, was ein Jahr zuvor von Platter noch geleugnet wurde: dass es eine logistische Unterstützung der Feier durch das Bundesheer gibt und dass diese eine symbolische Bedeutung hat (ebd., 3).

„Das Österreichische Bundesheer nimmt an keinen ‚Kriegsverbrechertreffen‘ teil“[7]

Diese Aussage stimmt zwar unserer Meinung nach nicht, versucht aber auch keine diffusen Rechtfertigungsversuche der Ulrichsbergfeier mehr und könnte deshalb auf den Beginn des Umdenkens hinweisen. Die Anfragebeantwortung 2008 wies kein Textbausteinrecycling mehr auf, umgekehrt wurde ungefragt sehr ausführlich auf Gedenkveranstaltungen des Ministeriums und des Bundesheeres ein-

www.doew.at/projekte/rechts/chronik/2004_08/no2.html (26.1.2011, Screenshot im Archiv des Autors)

7 3685/AB: 2008, 3

gegangen. Der Schönheitsfehler daran: Diese fanden alle bereits unter Minister Platter oder davor statt. Was die Ulrichsbergfeier betrifft, äußerte sich Darabos noch immer versöhnlich:

> „Im Rahmen der Ulrichsberg-Feiern steht das Gedenken an die Gefallenen und Opfer aller Kriege im Mittelpunkt. [...] Die Ulrichsbergfeier widerspricht nicht dem geltenden Traditionserlass des Bundesheeres. Eine Teilnahme von Angehörigen des Bundesheeres ist daher grundsätzlich möglich." (3685/AB: 2008, 4)

Er erwähnte aber zum ersten Mal, dass die Gedenktafeln mit Bundesheerlogo ein Problem darstellen:

> „Auf Grund der Zuordnung einzelner Tafeln zu Institutionen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht wird die Verlegung an einen anderen Ort angedacht." (Ebd.)

Das hat mehrere Implikationen: In der Anfrage wurde belegt – auch mit umfassendem Bildmaterial –, dass sich im „Ehrenhain" Abzeichen von Verbänden befinden, deren Verwendung untersagt sind, darunter solche von SS und RAD und das *Ritterkreuz* (3696/J: 2008, 6-7), trotzdem ließ Darabos auch 2008 das Bundesheer an der Feier teilnehmen. Mit der Ankündigung der „Verlegung" der Tafeln bestätigte er, dass dies in seinen Zuständigkeitsbereich fällt, obwohl andere Anfragebeantwortungen genau dies leugneten (4583/AB: 2006, 2). Zur Feier 2008 ließ Darabos die Tafeln „verhüllen", tatsächlich wurden nur die Embleme auf drei von vier Bundesheer-Tafeln mit Papierstickern mit UBG-Logo verdeckt, welche zum makellosen Fotoshooting von Gästen wieder entfernt wurden. Auch im Verteidigungsministerium war man mit der Lösung unzufrieden und kündigte an, dass die Tafeln 2009 tatsächlich verlegt werden würden (Der Standard: 2008a). Dies ist bis heute nicht geschehen.

Absage

2009 untersagte Darabos die Teilnahme von Bundesheer-Angehörigen an der Feier und begründete dies mit dem Bericht über den mit NS-Devotionalien handelnden UBG-Obmann Wolf Dieter Ressenig, der vom AK veröffentlicht wurde. Kärntner Militärs nahmen trotzdem an der Ulrichsbergfeier 2009 teil, fielen aber ob der

Nicht-Uniformierung scheinbar nicht unter das Verbot. Aber auch jüngere BH-Angehörige nahmen an der Feier teil (3997/AB: 2010, 1), etwa Benjamin Fertschai, bei dem nicht zum ersten Mal eine Nähe zum organisierten Neonazismus anzunehmen ist.[8] Die Argumentation konzentrierte sich rein auf die NS-Devotionalien, wodurch sich für das BM.LV mehrere Probleme ergeben und Fragen bis heute offen geblieben sind. Vier Gedenktafeln mit dem „militärischen Hoheitszeichen" des Bundesheeres hängen noch immer unverändert im „Ehrenhain", eine Teilnahme von Bundesheerangehörigen in Zivil ist weiterhin möglich und jahrelang gewälzte Verteidigungsstrategien des BM.LV – etwa: „Die Ulrichsbergfeier widerspricht nicht dem geltenden Traditionserlass des Bundesheeres. Eine Teilnahme von Angehörigen des Bundesheeres ist daher grundsätzlich möglich." (3685/AB: 2008, 4) – sind bisher unwiderrufen. Dieses Zitat weist auf eine qualitative Lücke in den Traditionserlässen (2001, 2006, 2010) hin: Dieser sind so zahnlos und offen formuliert, dass selbst offene Bezugnahmen auf die Wehrmacht oder Organisationen des „Dritten Reiches", etwa den RAD, erlaubt sind. Zweitens und viel gravierender: Im Traditionspflegeerlass finden sich keine Regelungen zur Waffen-SS und SS – eine konsequente Fortsetzung des § 12 des *Staatsvertrages*, der eine Übernahme von Wehrmachtsoffizieren verbot, SS-Offiziere aber aussparte (Barthou 2007, 30). Die Anfragen der folgenden Jahre sind es kaum wert, eigens besprochen zu werden. Die letzten Anfragebeantwortungen im Mai 2011 schaffen es, über 130 Fragen mit Ausflüchten, Ausreden und Querverweisen zu umgehen. Die zentrale Frage nach dem Rechtscharakter des Mittenwald- und Ulrichsbergs-„Verbots" bleibt unbeantwortet (7830/AB 2011, 2; 7831/AB 2011, 1). Die Fragen zu den Gedenktafeln, die die Bundesheer-Embleme zeigen, werden ignoriert, stattdessen wird ausgeführt, dass das BM.LV diese weder errichtet noch gestiftet hat (7830/AB 2011, 2).

8 Vgl. Parlamentarische Anfragen 6094/J, 7011/J und 7012/J, alle XXIV.GP

Den Konflikt zum Gegner tragen

Zusätzlich zu diesen parlamentarischen Auseinandersetzungen und zur Öffentlichkeitsarbeit wurde versucht, die problematische Kontinuität zwischen BH und Wehrmacht sowie (Waffen-)SS direkt zum BH zu tragen. Kurz nach Einbringung der Anfrage 2007 wurde vom AK eine Presseveranstaltung vor der Wiener Rossauerkaserne, dem Sitz des Bundesministers, abgehalten. Zu diesem Zweck wurde eine Installation aus Holz vor einer Einfahrt der Kaserne aufgebaut, die zwei Gardesoldaten vor einer Replikation der Gedenktafel des SS-Soldatenbundes *Kameradschaft IV* zeigte, darüber ein Spruchband mit dem Text „NS-Traditionspflege am Ulrichsberg. Bundesheer ist mit dabei!". In kurzen Redebeiträgen wiesen der AK und der *Grüne* Abgeordnete Wolfgang Zinggl auf die problematische Kontinuität von Wehrmacht und (Waffen-)SS zum BH hin. Ein Offener Brief wurde an PressevertreterInnen und PolizistInnen verteilt und auch einem Repräsentanten des Bundesministeriums überreicht. Auch im folgenden Jahr wurde eine solche Veranstaltung abgehalten, diesmal bei der Einfahrt zum Nordhof. Den Offenen Briefen folgten meist mehr oder weniger originelle Antworten an den AK.

… es gibt kein ruhiges Hinterland!

Zusätzlich fand 2007 eine Presseaktion vor der Khevenhüllerkaserne, vormals Lendorf/Dhovše-Kaserne, statt (vgl. den Artikel zum Loibl-KZ in diesem Buch). Die Kaserne eignete sich aus mehrerlei Gründen als Ziel: Die Kaserne, hinter der sich in sechs Kilometern Entfernung der Ulrichsberg erhebt, wurde von KZ-Häftlingen für die SS errichtet. Bis 2007 waren in Vitrinen der Kaserne NS-Devotionalien ausgestellt und im Speisesaal hängt ein Fresko eines Soldaten in SS-Uniform, seit 2007 ist über das Fresko eine „kommentierende Glasplatte" (!) montiert. Das in der Kaserne stationierte *Jägerbataillon 25* nimmt in seiner 2006 herausgebrachten Festschrift einerseits positiv Bezug auf das „legendäre" Wehrmachts-*Gebirgsjägerregiment 139*, verschweigt umgekehrt aber die Funktion der Kaserne für die SS und ihre Erbauung durch KZ-Häftlinge (Festschrift 2006, 14, 25). Die Presseaktion erzeugte große Nervosität unter den Wachsoldaten, der herbeigeeilten Militärpolizei, insgesamt drei Streifen der Bundespolizei und sechs Beamten des Landesamtes für

Protestaktionen vor der Rossauer Kaserne (Wien) und der Lendorf/Dhovše-Kaserne (Klagenfurt/Celovec)

Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung. Bis zuletzt blieb die Zuständigkeit für den Gehsteig und die Grünfläche vor der Kaserne, auf der die Aktion stattfand, unklar: Handelt es sich bereits um militärisches Gebiet oder noch um Gemeindegebiet? Vier Pandur-Radpanzer, die die Kaserne in der Folge auffahren ließ, stellten die Machtverhältnisse aber wieder eindeutig klar. Bei der Presseaktion wurden Broschüren verteilt und versucht, dem Kommandanten eine Pressemappe mit Argumenten dafür, warum er nicht an der zwei Tage später stattfindenden Ulrichsbergfeier teilnehmen solle, zu überreichen. Die Daten aller AktivistInnen und eines Presseredakteurs wurden aufgenommen und zur Anzeige gebracht. Diese Aktion war dem BH und vor allem dem BM.LV sicherlich ein Dorn im Auge, zumal sie – zugegeben: stark vereinfachende – Bilder für die Presse schuf.

Kein Vergeben, kein Vergessen! Mörder haben Namen und Adressen!

Auch wenn die meisten dieser Mörder längst begraben sind, macht es das *Österreichische Bundesheer* durch die stolze und massenhafte Übernahme von Wehrmachts-Personal und durch seine Traditionspflege für Einheiten des „Dritten Reiches" einer antifaschistischen Kritik leicht, sich daran abzuarbeiten. Zur österreichischen postfaschistischen Nachkriegsnormalität gehört offenbar, dass Verteidigungsminister von FPÖ, ÖVP und SPÖ einhellig eine Bezugnahme auf militärische, paramilitärische und zivile NS-Verbände über Jahrzehnte mal verteidigen, mal leugnen, mal umschiffen, aber jedenfalls aus Rücksicht auf „die kärntner Verhältnisse" nicht abstellen.

Der Ulrichsberg stellt dafür nur ein Beispiel dar, die Heldengedenken für Wehrmacht und (Waffen-)SS in Gniebing, Wiener Neustadt, Wien, Salzburg usw. sind ebenso Normalität. Diese postfaschistische Normalität hat mehr oder weniger offensichtliche Kristallisationspunkte. Unserer Meinung nach ist und war der Ulrichsberg einer davon. Sowohl die Fokussierung auf solche Kristallisationspunkte als auch die Untersagung der BH-Teilnahme ändern nichts am allgemeinen Normalzustand: In nahezu jedem Ort in Österreich steht ein Kriegerdenkmal mit einem Gedenken für all die Mörder, die losgezogen waren, um die „Heimat" am Nordmeer und in Afrika zu verteidigen. In vielen Kirchen hängen Mahntafeln für



Josef Dorsch (re.) am Ulrichsberg. Trägt mehrere Orden der Bundeswehr, rechts unten aber auch das „Bandenkampfzeichen" aus seinem Dienst in der SS.

die Gefallenen, Verschollenen, Heimgekehrten und Kriegsgefangenen und nicht nur in Kärnten/Koroška wird dabei oft *olles lei oans.*

Das Bundesheer war über fünfzig Jahre eine wesentliche Stütze der Gedenkfeier am Ulrichsberg. Dass 2009, zur 50-Jahr-Feier der Einweihung 1959, das Bundesheer diese Unterstützung versagte, brach der Feier hoffentlich das Genick. Die Gedenkfeiern 2009 und 2010 sind zu dem verkommen, was sie schon vorher im Kern waren, einer rührseligen Mischung aus Militarismus und Ordenbeschau, einem Treffpunkt von jungen und älteren Neonazis, gewürzt mit etwas Vereinsmeierei und den letzten SSlern, die es noch auf den Berg schaffen – wie Josef Dorsch.

Die Proteste und Recherchen zum Ulrichsbergtreffen haben erreicht, dass das Bundesheer bei den Ulrichsbergfeiern nicht mehr offiziell präsent und in weiterer Folge eine wichtige Legitimation des Treffens weggebrochen ist. Das Bundesheer und das Verteidigungsministerium haben in dieser Sache ausschließlich reagiert und für ähnliche Konflikte sicherlich Lehren daraus gezogen. Trotz Teilnahmeverbot und Neufassung des Traditionserlasses 2010 hat sich an den Grundparametern im Bundesheer nichts geändert: Die inhaltlichen und historischen Lücken sowie die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten

des Traditionserlasses sind, auch in der Neufassung, offensichtlich. Opfermythos, Reintegration von Wehrmacht statt Entnazifizierung, Aufbau des Bundesheeres durch Offiziere der Wehrmacht und der (Waffen-)SS sind das Fundament des Bundesheeres.

Literatur

Anordnung über die Traditionspflege im Bundesheer, 25.11.1967, GZ. 384.100-Zentr/67

Anordnung über die Traditionspflege im Bundesheer, 17.7.1987, GZ. 32.3100/608-3.15/87

Anordnungen über die Traditionspflege im Bundesheer, 8.10.2001, GZ. 35.10018-3.7/00

Anordnungen über die Traditionspflege im Bundesheer, 16.6.2010, GZ. S9358/17-EFÜ/2010

Barthou, Peter: Der „Oberstenparagraph“ im Bundesheer. Diplomarbeit, Universität Wien, 2007

Blüml, Erich: Wehrhaftes Kärnten. Klagenfurt/Celovec, 2005

BM.LV 2009a: 1 Jahr Regierung: Minister Darabos zieht Bilanz. Wien, 2. Dezember 2009, www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=4891

BM.LV 2009b: Tagesbefehl von Verteidigungsminister Darabos anlässlich des Jahreswechsels, Wien, 23. Dezember 2009, www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=4923

BM.LV 2010a: Drei Jahre Verteidigungsminister Norbert Darabos – Zahlen, Daten, Fakten. Wien, 04. Jänner 2010, Abruf über: www.bmlv.gv.at/cms/artikel.php?ID=4924

Fanta, Walter/Sima, Valentin: Stehst mitten drin im Land. Das europäische Kameradentreffen am Kärntner Ulrichsberg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec, 2003

Festschrift 50 Jahre Jägerbataillon 25. Klagenfurt/Celovec, 2006

Parlamentarische Anfrage 1964/J, XIX.GP, Dr.^{in} Madeleine Petrovic, 01.10.1995: „Auswirkungen der Teilnahme des Bundesministers Fasslabend an der Ulrichsbergfeier auf das Ansehen Österreichs im Ausland“ (als Dringliche Anfrage eingebracht, später zurückgezogen und damit Einfache Anfrage)

Parlamentarische Anfragebeantwortung 1923/AB, XIX.GP, Dr. Wolfgang Schüssel, 29.11.1995: „Auswirkungen der Teilnahme des Bundesministers Fasslabend an der Ulrichsbergfeier auf das Ansehen Österreichs im Ausland“

Parlamentarische Anfrage 1991/J, XIX.GP, Rudolf Anschober, 11.10.1995: „Kameraden am Ulrichsberg“

Parlamentarische Anfragebeantwortung 1927/AB, XIX.GP, Dr. Werner Fasslabend, 30.11.1995: „Kameraden am Ulrichsberg“

Parlamentarische Anfrage 5053/J, XX.GP, Mag. Herbert Haupt, 14.10.1998: „Die neusten Eskapaden der Staatspolizei“

Parlamentarische Anfragebeantwortung 4740/AB, XX.GP: „Die neusten Eskapaden der Staatspolizei“

Parlamentarische Anfrage 2445/J, XXII.GP, Mag. Johann Maier, 22.12.2004: „Ermordung von über 4000 italienischen Soldaten auf Kefalonia durch die deutsche Wehrmacht (Edelweiß-Division)“

Parlamentarische Anfragebeantwortung 2406/AB, XXII.GP, Mag. Johann Maier, 14.2.2005: „Ermordung von über 4000 italienischen Soldaten auf Kefalonia durch die deutsche Wehrmacht (Edelweiß-Division)“

Parlamentarische Anfrage 4614/J, XXII.GP, Karl Öllinger, 13.7.2006: „Kriegsveteranentreffen am Ulrichsberg“

Parlamentarische Anfragebeantwortung 4583/AB, XXII.GP, Günther Platter, 13.9.2006: „Kriegsveteranentreffen am Ulrichsberg“

Parlamentarische Anfrage 1130/J, XXIII.GP, Dr. Wolfgang Zinggl, 4.7.2007: „Traditionspflege des österreichischen Bundesheeres in Mittenwald und am Ulrichsberg“, inkl. Beilage

Parlamentarische Anfragebeantwortung 1221/AB, XXIII.GP, Mag. Norbert Darabos, 4.9.2007: „Traditionspflege des österreichischen Bundesheeres in Mittenwald und am Ulrichsberg“

Parlamentarische Anfrage 3696/J, XXIII.GP, Dr. Wolfgang Zinggl, 4.3.2008: „Traditionspflege des Bundesheeres in Mittenwald und am Ulrichsberg“

Parlamentarische Anfragebeantwortung 3685/AB, XXIII.GP, Mag. Norbert Darabos, 30.4.2008: „Traditionspflege des Bundesheeres in Mittenwald und am Ulrichsberg“

Parlamentarische Anfrage 3936/J, XXIV.GP, Mag. Albert Steinhauser, 11.12.2009: „Uniformierte Bundesheerangehörige trotz Verbot bei Ulrichsbergfeier 2009“

Parlamentarische Anfragebeantwortung 3685/AB, XXIV.GP, Mag. Norbert Darabos, 5.2.2010: „Uniformierte Bundesheerangehörige trotz Verbot bei Ulrichsbergfeier 2009“

Rencher, Norbert: Ulrichsberg-Dokumentation, Nr. 1. Klagenfurt/Celovec, 1999

Rettl, Lisa: Der Ulrichsberg ruft. Oder: Alles was recht(s) ist. In: Die Mühen der Erinnerung. Zeitgeschichtliche Aufklärung gegen den Gedächtnisschwund, Bd. 1. Schulhefte, 105, 2002, S. 108-123

Republik Österreich, Staatsanwaltschaft Klagenfurt/Celovec: Betrifft Strafsache gegen DI Peter Goëss und unbek. Täter, wegen § 3g VerbotsG vom 17.9.2008. Datiert: 20.11.2008. Kopie im Archiv des AK

Urrisk, Rolf M.: Die Traditionspflege des österreichischen Bundesheeres 1918-1998. Wien, 1997

AK GEGEN DEN KÄRNTNER KONSENS

Das Echo auf den Ruf des Ulrichsbergs

Fast 50 Jahre lang rief der Ulrichsberg. Im Jahr 2009 ging dieser Ruf aufgrund der Turbulenzen, welche die *Ulrichsberggemeinschaft* (UBG) ausgelöst hatte, abrupt – zumindest vorläufig – zu Ende. Auslöser dafür war, dass der damalige geschäftsführende Obmann der UBG, Wolf Dieter Ressenig, im Internet mit Nazi-Devotionalien handelte und diese Tatsache durch antifaschistische Recherche aufgedeckt werden konnte, was ihm eine Anzeige nach dem Abzeichengesetz einbrachte und zu einem offiziellen Verbot der Teilnahme des *Österreichischen Bundesheeres* an der Ulrichsbergfeier führte. Norbert Darabos, Verteidigungsminister der SPÖ, wurde über mehrere Jahre mit Parlamentarischen Anfragen konfrontiert, die auf Grundlage von antifaschistischer Recherche das Naheverhältnis von *Ulrichsberggemeinschaft* und Neonazismus dokumentierten. Letztendlich führte der Abzug von Bundesheerpersonal und -gerät bei der UBG zu unüberwindlichen, logistischen Schwierigkeiten. Während die UBG um Schadensbegrenzung bemüht war und Überlegungen anstellte, wie und wo in Zukunft eine entsprechende Feier neu gestaltet werden könnte, beschloss die FPÖ kurzerhand, sich den Ulrichsberg nicht nehmen zu lassen, und rief zu einer Feier inklusive Kranzniederlage im kleinen Kreis auf. Der wegen Wiederbetätigung rechtskräftig verurteilte und bei Drucklegung des Buches in Untersuchungshaft sitzende Neonazi Gottfried Küssel sowie Hans-Jörg Schimanek Jr. beehrten die Feier mit ihrer Anwesenheit. Ein wunderbares Beispiel für die engen Beziehungen zwischen FPÖ und der rechtsextremen Szene, aber das ist eine andere Geschichte. Der offizielle Krumpendorfabend am Samstagabend wurde zwar abgesagt – informelle Treffen der alten Kameraden fanden dennoch statt.

Ein Jahr nach der durch antifaschistische Recherche verursachten Absage trat die personell umstrukturierte UBG 2010 wieder auf

den Plan und organisierte neuerlich eine Feier. Die offiziellen Vereinsvertreter kommen – wie kann es anders sein – nach wie vor aus dem *Österreichischen Kameradschaftsbund* Landesverband Kärnten und dem *Kärntner Abwehrkämpferbund* sowie der *Kameradschaft der Kärntner Freiwilligen Schützen*. Somit bleibt die traditionell soldatische Ausrichtung der UBG nicht nur ideell, sondern auch personell ungebrochen erhalten.

Im Jahr 2010 fand die Feier jedoch nicht am Ulrichsberg, sondern beim Herzogstuhl[1] im Zollfeld/Gosposvetsko polje bei Maria Saal/Gospa sveta statt. Symbolisch versuchte die UBG damit, zu den Wurzeln ihres Gedenkens zurückzukehren, und drehte die Perspektive sozusagen um: Vom Ulrichsberg aus eröffnet sich die Aussicht über das Zollfeld/Gosposvetsko polje, vom Zollfeld/Gosposvetsko polje aus kann ein (sehnsüchtiger) Blick auf den Ulrichsberg geworfen werden.[2] Da das Treffen nicht mehr am Berg stattfinden konnte, war das Pathos der Feier weniger ausgeprägt und die Zeltatmosphäre machte es schwieriger, die Symbolik einer Feier der heldenhaften „Heimkehrer" und gefallenen Soldaten aufrechtzuerhalten, was den traditionellen Inhalten der Feier aber keinen Abbruch tat – wie immer standen Opfermythos, Soldatengedenken, Helden_innenverehrung und Deutschnationalismus im Zentrum.

Der Verlust des sagenumwobenen *Mons carantanus*, des zur Kultstätte stilisierten, mythischen Ulrichsbergs, der schon in den 1920ern als Gedenkort für den „Kärntner Abwehrkampf" und ab Ende der 1950er für die Heldenverehrung beim Soldatengedenken

1 Beim Herzogstuhl im Zollfeld/Gosposvetsko polje versammelten sich am 12. September 1920 vor der Volksabstimmung des 10. Oktober 1920 mehr als 30.000 Kärntner_innen, um für die Einheit des Landes zu demonstrieren. Der Herzogstuhl steht symbolisch für „Deutschkärnten", hat aber auch für Slowenien eine große historische Symbolkraft. Er spielte im Mittelalter (ab 976) eine zentrale Rolle bei der Einsetzung der regionalen Fürsten.

2 Am 10. Oktober 1947 fand im Zollfeld/Gosposvetsko polje das erste Heimkehrergedenken statt, an dem angeblich mehr als 20.000 Menschen teilnahmen (Rencher 1999, 16). Zur *Gesellschaft zur Errichtung eines Ehrenmals auf dem Zollfeld*, der späteren *Ulrichsberggemeinschaft*, vgl. *Der Ulrichsberg – Fakten und Zahlen*

der UBG diente, raubte den Feierlichkeiten den traditionellen Ritualrahmen. Dafür fand die UBG 2010 am Zollfeld/Gosposvetsko polje einen Austragungsort, der schon in den 1950er Jahren als Gedenkort für das „Heimkehrertreffen“ anvisiert wurde.

An der Feier 2010 nahmen ungefähr 600 Anhänger_innen teil. Obwohl die Anzahl der Besucher_innen im Vergleich zu den Besucher_innenströmen, die in den 1970er und 1980er Jahren einige Tausende erreichten (Fanta/Sima 2003, 102), relativ gering war, gelang es der UBG dennoch wieder, ihre Anhänger_innen zu mobilisieren. Im 21. Jahrhundert war allgemein bereits eine fallende Tendenz der Besucher_innenzahlen zu verzeichnen, die sich nach der Zäsur 2009 jedoch nicht wesentlich reduzierte. Wie schon in den letzten Jahren bei den von der UBG ausgerichteten Ulrichsbergfeiern als auch bei der von der FPÖ 2009 organisierten, war auch 2010 der hohe prozentuelle Anteil an Neonazis nicht zu übersehen. Dem gegenüber reduzierte sich die Anzahl der Teilnehmer_innen der „Erlebnisgeneration“ zunehmend, natürlich nicht zuletzt, weil diese faktisch wegstirbt. Das zahlenmäßige Verhältnis von Neonazis zu Veteranen hat sich zwar geändert, erstere haben aber seit jeher an den Feierlichkeiten teilgenommen, nur die Relation hat sich verschoben. Waren früher 150 Neonazis unter 5.000 Teilnehmer_innen für Beobachter_innen eher unauffällig (Fanta/Sima 2003, 138), fallen 50 unter 600 Besucher_innen schon mehr ins Gewicht. Der Hauptteil der Besucher_innen setzte sich jedoch wie immer aus dem traditionsbewussten, Trachten tragenden kärntner Mainstream und internationalen Veteranenorganisationen zusammen, die durch Abordnungen aus Flandern, Estland, Finnland, dem Elsass, Italien und Deutschland vertreten waren.

Auch verschiedene Vertreter_innen der politischen Parteien BZÖ/FPK – der frühere Bundesminister Herbert Haupt hielt die Festrede – und ÖVP setzten ihre traditionelle Teilnahme bruchlos fort. Die SPÖ war zwar nicht mehr durch aktive Politiker_innen vertreten, jedoch durch ihren ehemaligen Landeshauptmannstellvertreter, Rudolf Gallob, der langjähriger UBG-Präsident war. Durch ihre Anwesenheit unterstrichen sie die breite Akzeptanz der Feierlichkeiten und demonstrierten sie einmal mehr, wie geringe Berührungsängste das offizielle Kärnten mit einer weit rechts stehenden Klientel

hat. Nach den Vorkommnissen 2009 hätte sich den Politiker_innen eine Chance geboten, auf Distanz zu gehen – ein behördlich angezeigter Handel mit Nazi-Devotionalien innerhalb der UBG fällt aber offensichtlich in die Kategorie „Betriebsunfall" und bedarf keiner weiteren kritischen Auseinandersetzung.

Die Erhaltung der Gedenkstätte und die Pflege des „Ehrenhains" haben die UBG schon immer vor massive finanzielle Probleme gestellt. Bereits in den 1970er Jahren plagten die UBG die Kosten für die Restaurierung der Kapellenruine, in den 1980ern die Anschaffung des Glockenspiels, die Schäden am Kreuz und an der Ruine und laufend die Erhaltung des „Ehrenhains", der Wege am Berg und die Feierlichkeiten selbst (vgl. Rencher 1999) – und das obwohl die UBG Subventionen aus dem kärntner Kulturbudget erhält.[3] Vielleicht können ja die zahlreichen Unterstützer_innen der UGB wie der *Kärntner Abwehrkämpferbund*, die *Volksdeutschen Landsmannschaften* und der *Österreichische Kameradschaftsbund*, die großzügige Subventionen vom Land Kärnten erhalten, in Zukunft finanziell einspringen...[4]

Die Frage, wie und ob sich die Gedenkstätte in Zukunft verändern wird, muss unbeantwortet bleiben. Der *AK gegen den kärntner Konsens* würde sich aber erwarten, dass nach dem Verbot der Teilnahme des Bundesheeres an der Ulrichsbergfeier weitere Taten seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung folgen und die Gedenktafeln für das Bundesheer – wie 2009 angekündigt – endlich aus dem „Ehrenhain" entfernt werden. Davon abgesehen ist schon seit Jahren eine Überprüfung aller Gedenktafeln seitens der zuständigen

3 Von 2007 bis 2009 erhielt die UBG vom Land Kärnten 45.000 Euro, davon sind im Kulturbericht des Landes Kärnten 11.000 Euro pro Jahr für „Aktivitäten" ausgewiesen.

4 Von 2007 bis 2009 erhielt der *Kärntner Abwehrkämpferbund* allein aus der kärntner Kulturkassa insgesamt mehr als 80.000 Euro, der *Österreichische Kameradschaftsbund*, der *Österreichische Kameradschaftsbund Land Kärnten* und diverse lokale Unterorganisationen ungefähr 95.000 Euro. Der *Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs* erhält eine Jahressubvention von 25.000 Euro; daher flossen in diesem Zeitraum mindestens 300.000 Euro aus dem Topf der kärntner Kulturförderung in Organisationen, die im „Ehrenhain" Gedenktafeln angebracht haben.

Behörden in Bezug auf das NS-Verbotsgesetz ausständig, gegen das zumindest eine Tafel eindeutig verstößt[5] – andere sind mindestens bedenklich. Das Nicht-Vorgehen der Behörden hat in einer autoritätshörigen Gesellschaft eine beträchtliche Symbolwirkung: nicht strafrechtlich verfolgte rechtsextreme Symbole und Handlungen erfahren eine rechtliche und politische Absolution, die Sensibilität gegenüber Rechtsextremismus sinkt und nicht zuletzt erfährt dieser dadurch eine gesellschaftliche Legitimation.[6]

In welcher Form der Ulrichsberg oder ein anderer Ort in Zukunft zum „Heimkehrer-Soldaten-Helden-Opfer-Europa-Friedensgedenken" rufen wird, ist nicht abschließend einzuschätzen. Einerseits wird es die UBG in ihrer derzeitigen Situation wohl kaum schaffen, die notwendige Infrastruktur für eine Bergfeier in der Form früherer Jahre auf die Beine zu stellen, andererseits wird sie sich ihre Feier nicht komplett nehmen lassen – dafür ist sie zu tief in der Tradition verankert. Das Bundesheer darf in absehbarer Zeit sicher nicht mehr offiziell an den Feierlichkeiten teilnehmen, Verteidigungsminister Norbert Darabos hat mit Aussagen zum Naheverhältnis von Ulrichsbergtreffen und Rechtsextremismus aufhorchen lassen, hinter die er nicht mehr zurückgehen kann. Es ist schwer auszudenken, mit welchen Argumenten der Abzug des Bundesheeres zurückgenommen werden könnte – aber wer weiß?

5 Die Tafel des SchAD-Österreich (*Schutzverband ehemaliger Arbeitsdienstangehöriger*) erinnert an die gefallenen Arbeitsdienstangehörigen, an den RAD (*Reichsarbeitsdienst*). Bei der Einweihung der Tafel trug ein Kranz die Bezeichnung der Vereinigung RAD w.J. (*Reichsarbeitsdienst-weibliche Jugend*), die unter das österreichische Verbotsgesetz fällt. Wie es möglich ist, dass die SchAD-Tafel mit der gleichartigen Widmung in der Gedenkstätte am Ulrichsberg hängt, ist unklar.

6 Hier soll der staatlichen Repression, der Ausweitung des Überwachungsstaates und dem Abbau bürgerlicher Rechte keinesfalls das Wort geredet werden, denn diese sind selbst Ausdruck eines Rechtsrucks – auch wenn sie mit dem Kampf gegen den Neonazismus begründet werden. Angesichts der hegemonialen Schwäche des Antifaschismus erscheint das NS-Verbotsgesetz aber (noch) notwendig zu sein, da die menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus nicht durch eine rechtsstaatlich gewährte Meinungsfreiheit geschützt werden kann.

Wenn die UBG weiterhin bemüht bleibt, die von ihr ausgerichteten Feierlichkeiten in ein ruhiges Fahrwasser zu steuern, und diese als Symbol für den Frieden in einem freien Europa propagiert, kann sie sich der Akzeptanz weit über das Umfeld der traditionsbewussten (Deutsch-)Kärntner_innen hinaus sicher sein. Die Ulrichsbergfeier hat sich über mehr als 50 Jahre als Tradition derartig konserviert, dass „Betriebsunfälle" – unter denen der behördlich angezeigte Handel mit Nazi-Devotionalien nicht der erste war – ihr keinen Abbruch tun. Kärntner_innen bzw. Österreicher_innen sind bekannt für ihr kollektives Vergessen – und Traditionsbewusstsein gehört zu ihren speziellen (Un)tugenden –, daher wird es wohl kaum zu einer Abkehr von der Ulrichsbergfeier kommen.

Wie in den letzten Jahren schon zu beobachten war, ist eine weitere Verschiebung in Richtung einer Teilnahme von offen auftretenden Rechtsextremist_innen und Neonazis der jüngeren Generation zu erwarten[7]; ein Publikum, das früher bei der Bergfeier nicht so im Blickpunkt stand, sondern eher auf den Krumpendorfabend fixiert war. Das außerhalb der offiziellen Ulrichsbergfeierlichkeiten angesiedelte Rahmenprogramm, insbesondere die Kameradschaftsabende, fand schon immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit im engsten auserwählten Kameradenkreise statt. Wie viele dieser klandestinen Treffen – abgesehen vom legendären Krumpendorfabend – hinter verschlossenen Türen abgehalten wurden und wer in den letzten Jahren an denselben teilnahm, war im Rahmen der Recherche des *AK gegen den kärntner Konsens* nicht eruierbar.

Ob, wo und in welcher Form 2011 eine Ulrichsbergfeier stattfinden wird, entzieht sich zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Buches leider unserer Kenntnis. Aber solange der Ruf des Ulrichsbergs nicht endgültig verhallt ist, wird der *AK gegen den kärntner Konsens* über die Feiern und die Proteste dagegen sowie über die weiteren Entwicklungen auf www.u-berg.at berichten.

7 Damit sind nicht nur sehr junge, sondern gerade auch die Neonazis gemeint, die in den letzten Jahrzehnten daran gearbeitet haben, rechts-revisionistische Ideen in der Gesellschaft zu verankern.

Literatur

Fanta, Walter/Sima, Valentin (2003). Stehst mitten drin im Land. Das europäische Kameradentreffen am Kärntner Ulrichsberg von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec

Rencher, Norbert (1999). Ulrichsberg-Dokumentation Nr. 1. Klagenfurt/Celovec

AK GEGEN DEN KÄRNTNER KONSENS

Danksagung

Bei jedem Projekt hat mensch jemandem zu danken. In unserem Fall sind es gleich zwei Projekte, für die wir uns bei unseren Unterstützer_innen bedanken müssen: die jährlichen Aktionstage seit 2005 einerseits und diese Publikation andererseits. Eine chronologische Reihenfolge scheint uns angebracht:

Der größte Dank gilt allen Aktivist_innen, die sich Jahr für Jahr erneut mit Wanderschuhen/Gummistiefeln, Thermounterwäsche und dreifacher Regenausrüstung ausgestattet haben, um an den Aktionstagen teilzunehmen; allen, die herumgecheckert haben, sodass es Schlafplätze und was zu essen in Klagenfurt/Celovec gab; die Stadtpläne und Plenarräume zur Verfügung gestellt; die den Infotisch betreut, während den Stadtspaziergängen, Demonstrationen und Kundgebungen Rechtshilfe gemacht, mit der Polizei und den Behörden verhandelt, ZeitzeugInnengespräche moderiert, Veranstaltungen dokumentiert, Texte übersetzt und/oder vor, nach und während den Aktionstagen Pressearbeit übernommen haben. Nicht zu vergessen auch insbesondere jene Menschen, die auch teils Jahre nach den Aktionstagen Aktivist_innen für Antirepressionsarbeit zur Verfügung standen bzw. stehen und uns mit rechtlichen Ratschlägen, Unterstützung bei Einsprüchen, Prozessvorbereitungen und dergleichen tatkräftig unterstützt haben. Ein besonderer Dank in Sachen Unterstützung geht dabei an die *Plattform grünalternativer Jugendorganisationen*!

Außerdem gilt unser Dank jenen, die Info-Mobilisierungsveranstaltungen organisiert und auf ihren Homepages und in Radiosendungen auf *Radio Agora*, *Radio Helsiniki* und *Radio Orange* für die Aktionstage Werbung gemacht haben, ebenso wie jenen, die Solifeste organisiert, Soli-Cocktailbars betreut oder auf anderen Wegen Geld für Prozesskosten und anfallende Strafen gesammelt haben.

Während *Grüne* Parlamentarier_innen uns seit 2005 (als es darum ging, einen bayrischen Aktivisten aus der mehrtägigen Sofort-

Haft-samt-Schnellverfahren zu befreien) bis heute durch Presseaktionen und Parlamentarische Anfragen unterstützt haben, haben sich die *Grünen* in Kärnten/Koroška jedes Jahr etwas Neues einfallen lassen, die *Antifaschistischen Aktionstage* zu blockieren oder zu sabotieren. Anzeigen gegen jugendliche Aktivist_innen wegen Diebstahl zweier Sonnenschirme und die öffentliche Erklärung, im AK seien kriminelle Elemente aktiv, haben den von uns oftmals kritisierten „kärntner Konsens" nur bestätigt.

Besonderer Dank gilt auch unserem langjährigen solidarischen Busfahrer, der sich trotz der nicht gerade prickelnden Erfahrungen mit uns in Koroška (stundenlange Polizeikontrollen, Bombendrohung, verdreckte Antifas ...) Jahr für Jahr wieder darum bemüht hat, einen Bus aufzustellen, und AktivistInnen via Linz-Wien-Graz in den Süden zu kutschieren. Nicht zuletzt gilt unser Dank auch unserer Pressesprecherin, Josefine Broz, die sich trotz medialer Attacken über Jahre hinweg immer wieder dazu bereit erklärt hat, für Interviews und Presseauftritte zur Verfügung zu stehen.

Für die Unterstützung bei unseren Recherchen und inhaltlichen Fragen wollen wir insbesondere dem *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands* (DÖW) sowie Nadja Dangelmaier, Peter Gstettner, Hans Haider, Peter Pirker, Lisa Rettl, Valentin Sima und Helge Stromberger danken. Auch jenen, die uns ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt haben (*Klub slovenskih študentk in študentov na Koroškem/Klub slowenischer Studentinnen und Studenten in Kärnten*, Buchhandlung *Haček*, *Volkshaus/Ljudski dom*, Universität Klagenfurt/Celovec) und den FilmemacherInnen Thomas Korschil und Eva Simmler dafür, dass sie für Präsentationen angereist sind und uns ihre Filme zur Verfügung gestellt haben, wollen wir hiermit danken. Besonderer Dank gilt auch jenen Menschen, die uns bei ZeitzeugInnenveranstaltungen von ihren Erfahrungen während des Nationalsozialismus berichtet haben (Ana Zablatnik, Lipej Kolenik, Andrej Kokot, Romana Verdel, Theresia Pörtsch, Katja Sturm-Schnabl, Peter Kuhar) und von denen zwei mittlerweile leider verstorben sind.

Auch bei der kärntner Polizei müssen wir uns bedanken. Auch nach einigen Jahren und etlicher Erfahrung hat sie es wieder und wieder geschafft, uns mit den unverständlichsten Schriftstücken,

Strafen und Urteilsbegründungen zu erheitern: angefangen von der Ausführung, dass Standkundgebungen am Alten Markt nicht möglich seien, bis hin zur Anzeige wegen Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung mit der Argumentation: „Sie haben als Fußgänger auf der Freilandstraße nicht das linke Straßenbankett benützt, obwohl dies zumutbar gewesen wäre."

Still not loving police, but laughing 'bout them.

Zuletzt gilt auch unserer Dank all jenen, die uns beim Entstehen dieses Buchs unterstützt haben – als Autor_innen, Lektor_innen, durch finanzielle Unterstützung –, unserem sozialen Umfeld, das uns in dieser turbulenten Zeit ertragen musste, sowie dem Mandelbaum Verlag und all seinen Mitarbeiter_innen, die die Publikation überhaupt erst möglich gemacht haben.

Abkürzungsverzeichnis

AFP | Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (rechtsextreme Organisation)
AG | Ackermann-Gemeinde
AK | Arbeitskreis
AVNOJ | Antifašističko v(ij)eće narodnog oslobođenja Jugoslavije/Antifaschistischer Rat der Nationalen Befreiung Jugoslawiens
APA | Austria Presse Agentur
AZ | Arbeiterzeitung
BdM | Bund deutscher Mädel
BdV | Bund der Vertriebenen
BGBl | Bundesgesetzblatt
BH | Österreichisches Bundesheer
BM.LV | Bundesministerium für Landesverteidigung; Minister seit 2007 Mag. Norbert Darabos (SPÖ)
BVFG | Bundesvertriebenen Gesetz
BZÖ | Bündnis Zukunft Österreich (Abspaltung von der FPÖ, 2005)
CDU/CSU | Christlich Demokratische/Soziale Union
ČSR | Tschechoslowakische Republik
DAF | Deutsche Arbeitsfront
DAG | Deutsche Ansiedlungsgesellschaft
DJ | Deutsche Jugend
DÖW | Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands
DP | Displaced Persons
EL | Enotna Lista
FDP | Freie Demokratische Partei – Die Liberalen
FPK | Freiheitliche Partei Kärntens
FPÖ | Freiheitliche Partei Österreichs; vormals VdU (Verband der Unabhängigen)
GzVeN | Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
HHB | Heimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstelle
HIAG | Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS
HJ | Hitlerjugend
HOP | Hrvatski oslobodilački pokret/Kroatische Befreiungsbewegung
IFMS | International Federation of Mountain Soldiers
IKG | Israelitische Kultusgemeinde

IKL | Inspektion der Konzentrationslager
JNA | Jugoslavenka Narod Armija/Jugoslawische Volksarmee
JWS | Jewish Welcome Service
K IV | Kameradschaft IV
KAB | Kärntner Abwehrkämpferbund
KHB | Kärntner Heimatbund
KHD | Kärntner Heimatdienst
KPÖ | Kommunistische Partei Österreichs
KWI | Kaiser-Wilhelm-Institut
KZ | Konzentrationslager
LAG | Lastenausgleichgesetz
NATO | North Atlantic Treaty Organization
NDH | Nezavisna Država Hrvatska/Unabhängiger Staat Kroatien
NLA | Nationalliberale Aktion
NPD | Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS | Nationalsozialismus
NSBO | Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OF | Osvobodilna Fronta/Befreiungsfront
OFG | Opferfürsorgegesetz
ÖKB | Österreichischer Kameradschaftsbund
OKW | Oberkommando der Wehrmacht
ÖVP | Österreichische Volkspartei
ORF | Öffentlich-rechtliches Fernsehen in Österreich
OTS | Original-Text-Service, ein Presseaussendungsportal der APA
PBV | Počasni Bleiburški Vod/Bleiburger Ehrenzug
RFJ | Ring Freiheitlicher Jugend
RFS | Ring Freiheitlicher Studenten
RFSS | Reichsführer SS (Heinrich Himmler)
RGB | Reichsgesetzblatt
RKF | Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums
RKPA | Reichskriminalpolizeiamt
RSHA | Reichssicherheitshauptamt der SS
SA | Sturmabteilung
SD | Sicherheitsdienst der SS
SdP | Sudetendeutsche Partei
SG | Seliger-Gemeinde
SHS | Kraljevina Srba, Hrvata i Slovenaca/Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen
SL | Sudetendeutsche Landsmannschaft
SPÖ | Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS | Schutzstaffel

T4 | steht für Tiergartenstraße 4, Bezeichnung für das NS-„Euthanasie"-Programm
TV | (SS-)Totenkopfverband
TIGR | Akronym für Trst/Trieste, Istra/Istrien, Gorica/Görz und Reka/Rijeka (Widerstands- und PartisanInnen Organisation im italienisch-slowenischen Grenzgebiet)
UBG | Ulrichsberggemeinschaft
VdU | Verband der Unabhängigen (Vorläuferpartei der FPÖ von 1949 bis 1956)
VLÖ | Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs
VVN/BdA | Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten
VT | (SS-)Verfügungstruppe
WB | Witikobund
WIZO | Women's International Zionist Organisation
WJC | World Jewish Congress
ZvD | Zentralverband der vertriebenen Deutschen

Personenregister

Der AK gegen den kärntner Konsens ist ein loser Zusammenschluss von antifaschistischen und antimilitaristischen Gruppen und Einzelpersonen, die sich mit österreichischer Geschichts- und Gedenkpolitik, mit „Revisionismus" und Rechtsextremismus, insbesondere dem Gedenken am Ulrichsberg in Kärnten/Koroška sowie den gesellschaftlichen und politischen Grundlagen dieser ritualisierten Brauchtumspflege, beschäftigen. Seit 2005 werden auch die antifaschistischen Aktionstage gegen das sogenannte „Ulrichsbergtreffen" von ihm organisiert.